

Das bayerische Genossenschaftsgesetz vom 29. April 1869 gehört in den großen Rahmen der bayerischen Sozialgesetzgebung unter König Max II. und König Ludwig II. Gezeigt wird vor allem die kontroverse Diskussion um die Rechtsformen der ersten Genossenschaften. Im Zentrum stehen dabei die Haftung der Genossen und der staatliche Einfluss auf die Genossenschaftsbildung.

Die Arbeit stellt einen Beitrag zur Geschichte des bayerischen Parlaments und seiner juristisch überaus qualifizierten Abgeordneten dar.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Arbeit ist auch, dass erstmals die bedeutende Rolle des bayerischen Schulze-Delitzsch - Dr. Joseph Völk - herausgestellt wird.

ISBN: 978-3-86646-428-5



9 783866 464285

Rechtskultur Wissenschaft

Rechtskultur Wissenschaft

Roeckl: Geschichte der Genossenschaftsgesetzgebung im Königreich Bayern

Philipp Paul
Roeckl

Geschichte der Genossenschaftsgesetzgebung im Königreich Bayern

Rechtskultur Wissenschaft

Rechtskultur Wissenschaft

Band 17

Herausgegeben von
Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Philipp Paul Roeckl

Geschichte der
Genossenschaftsgesetzgebung
im Königreich Bayern

Rechtskultur Wissenschaft

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
ISBN: 978-3-86646-428-5

©2015 Edition Rechtskultur
in der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regensburg
www.gietl-verlag.de / www.edition-rechtskultur.de
Satz und Gestaltung: Simon Naczinsky und Thomas Hornberger, Regensburg
ISBN: 978-3-86646-428-5

VORWORT

Die Juristische Fakultät der Universität Regensburg hat die vorliegende Arbeit im Wintersemester 2014/2015 als Dissertation angenommen. Die mündliche Doktorprüfung wurde am 9. Februar 2015 abgelegt.

Besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Martin Löhnig für seine Betreuung und das entgegengebrachte Vertrauen, bei Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Becker für die Übernahme und die zügige Anfertigung des Zweitgutachtens sowie bei Frau Caroline Berger für ihre hilfsbereite Unterstützung.

Danken möchte ich auch den Mitarbeitern des bayerischen Hauptstaatsarchivs für ihre Hilfe und die Bereitstellung der Archivalien.

INHALTSÜBERSICHT

EINLEITUNG	17
QUELLEN UND LITERATUR ZUR GESCHICHTE DES GENOSSENSCHAFTSWESENS IN BAYERN	18
HISTORISCHE GRUNDLAGEN DER GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG UND DER GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG DES 19. JAHRHUNDERTS	20
SCHULZE-DELITZSCH UND SEIN WERK	21
I. DIE POLITISCHE UND SOZIALE LAGE IM KÖNIGREICH BAYERN NACH 1848 UND DAS GENOSSENSCHAFTSWESEN	24
1. Das Genossenschaftswesen in Bayern	26
2. Die Anfänge der modernen Genossenschaftsbewegung in Bayern	27
3. Die Gründung der Münchner Bank (Münchner Darlehensverein) im Jahre 1862 und der Beginn der Genossenschaftsbewegung in Bayern.	29
4. Weitere frühe Genossenschaftsgründungen in Bayern	32
5. Genossenschaftsverbände ab 1867	37
6. Sparkassen und Genossenschaftsgründungen	37
7. Arbeiterbildungsvereine und Genossenschaftsgründungen	39
II. DIE GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG IM BAYERISCHEN LANDTAG	41
1. Der Landtag des Königreichs Bayern und seine rechtliche Stellung	41
2. Die erste Initiative des Abgeordneten Dr. Joseph Völk auf Erlass eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes 1863	46
III. DIE BERATUNGEN ZUM ERLASS EINES GENOSSENSCHAFTSGESETZES IM BAYERISCHEN LANDTAG VON 1865	58
1. Die Beratungen im ersten Ausschuss im April 1865.	58
2. Der Vortrag des Abgeordneten Melchior Stenglein im 1. Ausschuss vom 25. April 1865	59
3. Die Diskussion im Plenum der Kammer der Abgeordneten des Landtags am 1. Mai 1865 und die Ausrede Dresden	68
4. Die Dresdner Verhandlungen von 1863 und der Dresdner Entwurf eines deutschen Obligationenrechts von 1866	72
5. Völks Antrag in der Kammer der Reichsräte	74
6. Gesamtbeschluss des Landtags vom 27. Mai 1865 mit Antrag an die Regierung	77
7. Das Schreiben des volkswirtschaftlichen Vereins an den Landtag vom April 1865	77
8. Die Regierung bewegt sich nicht: Das Ende des 21. Landtags und der Landtagsabschied vom 10. Juli 1865	80

IV. VERZÖGERUNGEN: DER DEUTSCHE BÜRGERKRIEG VON 1866	82
V. DAS PREUSSISCHE GENOSSENSCHAFTSGESETZ VOM 27. MÄRZ 1867	86
VI. BAYERN IM JAHRE 1867 UND DIE BEMÜHUNGEN VÖLKS UM EIN GENOSSENSCHAFTSGESETZ	88
1. Der dritte Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. März 1867 auf Erlass eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes	88
2. „Wenig klare Vorstellungen vom Genossenschaftswesen“. Der Stand des Genossenschaftswesens in Bayern im Jahre 1867 nach den Aussagen von Schulze-Delitzsch.	91
VII. BAYERN IM JAHRE 1868 UND DER REGIERUNGSENTWURF EINES GENOSSENSCHAFTSGESETZES	95
1. Die Vorlage des Regierungsentwurfes eines Genossenschaftsgesetzes im Landtag am 24. Januar 1868	95
2. Der Verfasser des Regierungsentwurfes des Genossenschaftsgesetzes Dr. Ludwig Ritter von Weis	96
3. Würdigung des Regierungsentwurfs vom 24. Januar 1868	97
4. Die Behandlung des Entwurfs im 1. Ausschuss der Abgeordnetenkommission ab Januar 1868; Die erste Stellungnahme des Referenten Dr. Joseph Völk vom 17. März 1868 und Völks weitere Vorträge als Berichterstatter	99
5. Die Eingabe des Volkswirtschaftlichen Vereins München vom 25. Februar 1868	100
6. Das Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes vom 4. Juli 1868	102
7. Schulze-Delitzsch und seine Kritik am bayerischen Entwurf	105
8. Die Stellungnahme des Pfälzischen Genossenschaftsverbands vom Dezember 1868	106
9. Die sonstigen Stellungnahmen von Genossenschaften, Verbänden und Vereinen zum Regierungsentwurf und ihre Bedeutung	111
VIII. DIE ENDGÜLTIGEN BERATUNGEN ZUM BAYERISCHEN GENOSSENSCHAFTSGESETZ IM JAHRE 1869	114
1. Die Beratungen im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (15. Januar bis 20. Februar 1869)	114
2. Die Stellungnahmen des Referenten Dr. Joseph Völk vom 21. Februar 1869	117
3. Die Beratungen im Plenum der Kammer der Abgeordneten im März 1869	120
4. Die Beratungen in der Kammer der Reichsräte	122
5. Der Gesamtbeschluss der beiden Kammer des Landtags	124
6. Die Unterschiede zwischen dem bayerischen Genossenschaftsgesetz und dem Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes	125
IX. KÖNIGREICH SACHSEN UND SÜDDEUTSCHE STAATEN	127

X. DIE ENTWICKLUNG NACH DEM ERLOSS DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES	129
XI. DAS VERHÄLTNISS DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES VON 1869 ZUM VEREINSGESETZ VON 1850	131
XII. DER KAMPF UM DIE GENOSSENSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG NACH 1871	133
XIII. DIE AUFHEBUNG DES BAYERISCHEN GENOSSENSCHAFTSGESETZES VOM 29. APRIL 1869 DURCH DAS REICHSGESETZ VOM 23. JUNI 1873	136
XIV. DIE WEITEREN SCHICKSALE DES REICHSGENOSSENSCHAFTSGESETZES	137
XV. ZUSAMMENFASSUNG: DER „BAYERISCHE SCHULZE-DELITZSCH“ VÖLK UND DIE FORTSCHRITTPARTEI – DAS BAYERISCHE GENOSSENSCHAFTSGESETZ VON 1869 UND DIE LIBERALE ÖFFNUNG IN BAYERN	140
XVI. AUSBLICK: GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG HEUTE	143
ANHANG	147
1. Dokumente	147
2. Zeittafel	324
UNGEDRUCKTE QUELLEN	333
GEDRUCKTE QUELLEN	333
LITERATURVERZEICHNIS	337

INHALT

EINLEITUNG	17
QUELLEN UND LITERATUR ZUR GESCHICHTE DES GENOSSENSCHAFTSWESENS IN BAYERN	18
HISTORISCHE GRUNDLAGEN DER GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG UND DER GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG DES 19. JAHRHUNDERTS	20
SCHULZE-DELITZSCH UND SEIN WERK	21
I. DIE POLITISCHE UND SOZIALE LAGE IM KÖNIGREICH BAYERN NACH 1848 UND DAS GENOSSENSCHAFTSWESEN	24
1. Das Genossenschaftswesen in Bayern	26
2. Die Anfänge der modernen Genossenschaftsbewegung in Bayern	27
3. Die Gründung der Münchner Bank (Münchner Darlehensverein) im Jahre 1862 und der Beginn der Genossenschaftsbewegung in Bayern.	29
4. Weitere frühe Genossenschaftsgründungen in Bayern	32
a. Negativbeispiel: Oktober 1862 – die Produktivgenossenschaft zu gemeinschaftlicher fabrikmäßiger Erzeugung von Kamm- und Hornwaren in Nürnberg.	32
b. 1862 November 3: Coburger Bank	32
c. 1862 November 30: Darlehensverein Traunstein	34
d. 1863 Februar 7: Spar- und Aktienverein Fürstenfeldbruck	34
e. 1863 Dezember 10: Vorschuss- und Sparverein in Ostheim v.d. Rhön	35
f. 1864 Januar 1: Bürgerlicher Spar- und Darlehens- Unterstützungs-Verein in Nürnberg	36
5. Genossenschaftsverbände ab 1867	37
6. Sparkassen und Genossenschaftsgründungen	37
7. Arbeiterbildungsvereine und Genossenschaftsgründungen	39
II. DIE GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG IM BAYERISCHEN LANDTAG	41
1. Der Landtag des Königreichs Bayern und seine rechtliche Stellung .	41
a. Ständeversammlung	41
b. Landtag	42
c. Die erste Kammer, die Kammer der Reichsräte.	43
d. Die zweite Kammer, die Kammer der Abgeordneten.	43
e. Der Geschäftsgang der Kammern des Landtags	44
aa. Das Gesetzgebungsverfahren	45
bb. Einberufung und Vertagung des Landtags	46

2. Die erste Initiative des Abgeordneten Dr. Joseph Völk auf Erlass eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes 1863	46
a. Landtag und Regierung im Jahre 1863	46
b. Die erste Initiative des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863	49
c. Dr. Joseph Völk, der „bayerische Schulze-Delitzsch“	52
d. Die Bayerische Fortschrittspartei	54
III. DIE BERATUNGEN ZUM ERLASS EINES GENOSSENSCHAFTSGESETZES IM BAYERISCHEN LANDTAG VON 1865	58
1. Die Beratungen im ersten Ausschuss im April 1865.	58
2. Der Vortrag des Abgeordneten Melchior Stenglein im 1. Ausschuss vom 25. April 1865	59
a. Der Abgeordnete Melchior Stenglein	59
b. Stengleins Ausführungen im 1. Ausschuss zur Entwicklung des Genossenschaftswesens (25. April 1865)	59
c. Stengleins Ausführungen zur bisherigen rechtlichen Einordnung der Genossenschaften (25. April 1865): Das in Bayern geltende gemeine Recht.	61
d. Stengleins Ausführungen zur bisherigen rechtlichen Einordnung der Genossenschaften (25. April 1865): Das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch.	63
aa. Die Entstehung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs	63
bb. Anwendbarkeit des Handelsgesetzbuchs auf die Genossenschaft?	64
e. Die Regierung macht Ausflüchte: Beratung des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über den von Dr. Völk vorgelegten Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes am 25. April 1865	67
3. Die Diskussion im Plenum der Kammer der Abgeordneten des Landtags am 1. Mai 1865 und die Ausrede Dresden	68
4. Die Dresdner Verhandlungen von 1863 und der Dresdner Entwurf eines deutschen Obligationenrechts von 1866	72
5. Völks Antrag in der Kammer der Reichsräte	74
6. Gesamtbeschluss des Landtags vom 27. Mai 1865 mit Antrag an die Regierung	77
7. Das Schreiben des volkswirtschaftlichen Vereins an den Landtag vom April 1865	77
8. Die Regierung bewegt sich nicht: Das Ende des 21. Landtags und der Landtagsabschied vom 10. Juli 1865	80
IV. VERZÖGERUNGEN: DER DEUTSCHE BÜRGERKRIEG VON 1866	82
V. DAS PREUSSISCHE GENOSSENSCHAFTSGESETZ VOM 27. MÄRZ 1867	86
VI. BAYERN IM JAHRE 1867 UND DIE BEMÜHUNGEN VÖLKS UM EIN GENOSSENSCHAFTSGESETZ	88
1. Der dritte Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. März 1867 auf Erlass eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes	88

2. „Wenig klare Vorstellungen vom Genossenschaftswesen“. Der Stand des Genossenschaftswesens in Bayern im Jahre 1867 nach den Aussagen von Schulze-Delitzsch.	91
---	----

VII. BAYERN IM JAHRE 1868 UND DER REGIERUNGSENTWURF EINES GENOSSENSCHAFTSGESETZES 95

1. Die Vorlage des Regierungsentwurfes eines Genossenschaftsgesetzes im Landtag am 24. Januar 1868	95
2. Der Verfasser des Regierungsentwurfes des Genossenschaftsgesetzes Dr. Ludwig Ritter von Weis	96
3. Würdigung des Regierungsentwurfs vom 24. Januar 1868	97
4. Die Behandlung des Entwurfs im 1. Ausschuss der Abgeordnetenkommission ab Januar 1868; Die erste Stellungnahme des Referenten Dr. Joseph Völk vom 17. März 1868 und Völk's weitere Vorträge als Berichterstatter	99
5. Die Eingabe des Volkswirtschaftlichen Vereins München vom 25. Februar 1868	100
6. Das Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes vom 4. Juli 1868	102
7. Schulze-Delitzsch und seine Kritik am bayerischen Entwurf	105
8. Die Stellungnahme des Pfälzischen Genossenschaftsverbands vom Dezember 1868	106
9. Die sonstigen Stellungnahmen von Genossenschaften, Verbänden und Vereinen zum Regierungsentwurf und ihre Bedeutung	111

VIII. DIE ENDGÜLTIGEN BERATUNGEN ZUM BAYERISCHEN GENOSSENSCHAFTSGESETZ IM JAHRE 1869 114

1. Die Beratungen im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (15. Januar bis 20. Februar 1869)	114
2. Die Stellungnahmen des Referenten Dr. Joseph Völk vom 21. Februar 1869	117
3. Die Beratungen im Plenum der Kammer der Abgeordneten im März 1869	120
4. Die Beratungen in der Kammer der Reichsräte	122
5. Der Gesamtbeschluss der beiden Kammern des Landtags	124
6. Die Unterschiede zwischen dem bayerischen Genossenschaftsgesetz und dem Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes	125

IX. KÖNIGREICH SACHSEN UND SÜDDEUTSCHE STAATEN 127

X. DIE ENTWICKLUNG NACH DEM ERLASS DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES 129

XI. DAS VERHÄLTNISS DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES VON 1869 ZUM VEREINSGESETZ VON 1850 131

XII. DER KAMPF UM DIE GENOSSENSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG NACH 1871 133

XIII. DIE AUFHEBUNG DES BAYERISCHEN GENOSSENSCHAFTSGESETZES VOM 29. APRIL 1869 DURCH DAS REICHSGESETZ VOM 23. JUNI 1873	136
XIV. DIE WEITEREN SCHICKSALE DES REICHSGENOSSENSCHAFTSGESETZES	137
XV. ZUSAMMENFASSUNG: DER „BAYERISCHE SCHULZE-DELITZSCH“ VÖLK UND DIE FORTSCHRITTPARTEI – DAS BAYERISCHE GENOSSENSCHAFTSGESETZ VON 1869 UND DIE LIBERALE ÖFFNUNG IN BAYERN	140
XVI. AUSBLICK: GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG HEUTE	143
ANHANG	147
1. Dokumente	147
a. 1863 Juni: (preußischer) Gesetzentwurf über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	147
b. 1865 Mai 1 Beratung im Plenum der Kammern der Abgeordneten	159
c. 1868 Januar 24: Regierungsentwurf zu einem bayerischen Genossenschaftsgesetz mit Motiven	167
d. 1868 Dez. 23: Denkschrift des pfälzischen Genossenschaftsverbandes: „Die bayerischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihr Verhältnis zum Regierungsentwurf eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes	187
e. 1869 Januar 15: Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (1.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 1 bis 16)	203
f. 1869 Januar 16: Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (2.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 17 bis 39)	205
g. 1869 Januar 19: Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (3.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 40 bis 69)	207
h. 1869 Februar 18 Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (4.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 70 bis 82)	208
i. 1869 Februar 21: Vortrag des Berichterstatters des 1. Ausschusses Dr. Völk für das Plenum der Kammer der Abgeordneten über die Erörterungen und Beschlüsse des 1. Ausschusses zum Genossenschaftsgesetz	210
j. 1869 März 11: Beratung und Beschlussfassung der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf „die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften betr.“	252
k. 1869 April 6 Kammer der Reichsräte: Bericht des Berichterstatters Reichsrat Haubenschmied für den 1. Ausschuss der Kammer der Reichsräte über den Entwurf eines Gesetzes: „die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften und beziehungsweise der Vereine betreffend.“	276
l. 1869 April 15: Plenarsitzung der Kammer der Reichsräte; Beratung des Genossenschaftsgesetzes	291
m. 1869 April 29: Gesetz die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betr.	298

n. Kommentar WEBER, Gesetz- und Verordnungen-Sammlung, Bd. 8, S. 56:	318
o. Verordnung vom 3. Oktober 1869 über den Vollzug des Gesetzes über Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften und des Gesetzes über Aktiengesellschaften, deren Unternehmen nicht in Handelsgeschäften besteht	323
2. Zeittafel	324
UNGEDRUCKTE QUELLEN	333
GEDRUCKTE QUELLEN	333
LITERATURVERZEICHNIS	337

EINLEITUNG

Das weit ins Mittelalter zurückgehende Genossenschaftsprinzip (Weidegenossenschaften, Waldgenossenschaften, Bergbaugewerkschaften) hat im 19. Jahrhundert eine moderne Ausprägung in der Form von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erfahren. Das waren Genossenschaften bzw. Gesellschaften mit einer nicht geschlossenen Mitgliederzahl, die zur Förderung des Kredits, des Erwerbs und der Wirtschaft ihrer Gesellschafter mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs gegründet wurden. Sie leisteten einen enormen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage.

Wie alle mittelalterlichen und neuzeitlichen Genossenschaften passten auch diese modernen Genossenschaften nicht in das System des römisch-rechtlich bestimmten Systems des Gesellschaftsrechts. Der Weg zu einer gesetzlichen Regelung war daher schwierig und begleitet von dem in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts aufflammenden Streits zwischen den Anhängern des deutschen Rechts (Germanisten) und den Anhängern des römischen Rechts (Romanisten). Der Zwang, die Gründung von modernen Genossenschaften durch eine brauchbare Gesetzgebung zu fördern, wurde seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts durch die zunehmende Industrialisierung immer stärker. Genossenschaftsgründungen und eine entsprechende Gesetzgebung wurden insoweit als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage gesehen und daher besonders von liberalen Politikern, sehr oft gegen den Widerstand der Regierungen, gefordert und vorangetrieben.

Unter den großen Vorkämpfern der Genossenschaftsbewegung ist vor allem Schulze-Delitzsch in Preußen zu nennen, dessen unbestrittene Verdienste schon vielfach gewürdigt wurden. Weniger bekannt ist, dass fast gleichzeitig mit den Bemühungen von Schulze-Delitzsch in Preußen in Bayern ein liberaler Abgeordneter des bayerischen Landtags, Dr. Völk, das Verdienst für sich in Anspruch nehmen kann, als „bayerischer Schulze-Delitzsch“ den Weg zu einem bayerischen Genossenschaftsgesetz gewiesen zu haben, das sich zwar eng an die preußische Gesetzgebung anlehnte und nach kurzer Zeit von der Reichsgesetzgebung abgelöst wurde, das aber durchaus eigene Akzente setzte. Dieser Weg zur bayerischen Genossenschaftsgesetzgebung ist das Thema der folgenden Arbeit.

QUELLEN UND LITERATUR ZUR GESCHICHTE DES GENOSSENSCHAFTSWESENS IN BAYERN

Zur bayerischen Genossenschaftsgesetzgebung gibt es bisher keine oder eine nur sehr fragmentarische Literatur, genauso wenig, wie es zur Innenpolitik des Königs Max II. und des Königs Ludwig II. ausreichende Arbeiten gibt. Für Max II. fehlt eine Biographie. Das von Rainer A. Müller 1988 herausgegebene Sammelwerk (König Maximilian II. von Bayern 1848-1864, hg. vom Haus der Bayerischen Geschichte, Rosenheim 1988) ist kein Ersatz. Hier wären die Aufsätze von Günther MÜLLER, König Maximilian II. und die soziale Frage (S. 175-186), der Aufsatz von Peter FASSL, Industrialisierung und soziale Frage in der Zeit Maximilians II. (S. 187-200) und die Bände von Horst HESSE, Gesetzgeber und Gesetzgebung in Bayern 1848-1870 (Weilheim 1984/87), sowie dessen Arbeit „Die sogenannte Sozialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts (München 1971) heranzuziehen.

Sehr gut ist in der letzten Zeit die industrielle Entwicklung Bayerns bearbeitet worden, ich verweise nur auf die 2010 erschienene Wirtschaftsgeschichte Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert von Dirk GÖTSCHMANN. Mit der Geschichte der ersten bayerischen Genossenschaft, der Münchner Bank, befasst sich eine 2012 zum 100jährigen Jubiläum von HÜTTL verfasste Festschrift.

Was die Entstehungsgeschichte der Genossenschaften in Bayern betrifft, so wäre noch Pionierarbeit zu leisten.

Die bisher unbearbeitet gebliebene Geschichte der bayerischen Genossenschaftsgesetzgebung, insbesondere die Diskussion im bayerischen Landtag und die Rolle des rührigen schwäbischen Abgeordneten Dr. Joseph Völk, des „bayerischen Schulze-Delitzsch“ ist Schwerpunkt dieser Arbeit. Dabei standen mir als Quelle die gedruckten und ungedruckten Protokolle der Landtagsverhandlungen sowie die entsprechenden Archivalien der Ministerien zur Verfügung, insbesondere des Justizministeriums.

Zudem ist die vorliegende Arbeit auch insbesondere ein Beitrag zur Parlamentsgeschichte, weil die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kammern des Landtags, der Kammer der Reichsräte (die aus den großen Dynasten und Grundbesitzern des Landes bestand) und der Kammer der Abgeordneten, aufgezeigt werden kann. Erstaunlich sind die vielen qualitätsvollen Beiträge, die auf eine hervorragende berufliche Qualifikation der Abgeordneten hinweisen. Allein die Zahl der Professoren war um vieles höher als heute, was darauf zurückzuführen ist, dass die Landesuniversitäten Sitz und Stimme in der Kammer der Abgeordneten hatten.

Zur Geschichte des Landtags in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen ebenso noch keine befriedigenden Arbeiten vor. Hier half nur ein Blick in die zeitgenössische Literatur. Unentbehrlich ist nach wie vor das in drei Auflagen seit 1890 herausgegebene Werk zum bayerischen Staats- und Verwaltungsrecht von Max von SEYDEL.

Wie steht es um die Literatur zum bayerischen Genossenschaftsgesetz?

Das Genossenschaftsgesetz ist wie viele gute bayerische Gesetze ein Opfer der „Verreichlichung“ Bayerns 1870/71 geworden. Daher sind auch keine eigenständigen wissenschaftlichen Kommentare zum bayerischen Genossenschaftsgesetz von 1869 erschienen. Da aber der überwiegende Teil der Bestimmungen des Gesetzes mit dem Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1868 übereinstimmt, kann mit Gewinn der schon 1868 erschienene Kommentar von PARISIUS verwendet werden.

Welche Quellen wurden benutzt?

Der Arbeit liegen im Wesentlichen die gedruckten Protokolle des bayerischen Landtags seit der ersten Initiative des Abgeordneten Dr. Joseph Völk im Jahre 1863 zugrunde. Die Protokolle der Abgeordnetenkammer des Bayerischen Landtags (vor 1848: Ständeversammlung) wurden seit dem ersten Zusammentreten der ersten Ständeversammlung gedruckt. Gedruckt wurden auch die Protokolle der Ausschussverhandlungen. Teilweise gedruckt (in den Beilagen) wurden die Eingaben (Petitionen), vor allem dann, wenn sie von einem der Abgeordneten übernommen worden waren. Die Protokolle der ersten Kammer der Reichsräte, die zunächst nicht gedruckt wurden, liegen für die hier einschlägige Zeit ab 1863 gedruckt vor. Zu den Protokollen und Beilagen erschienen umfangreiche Register.

Zusätzlich zu den gedruckten Quellen sind auch die Archivalien der Ständeversammlung bzw. des Landtags herangezogen worden, die sich (nach Auflösung des Landtagsarchivs) inzwischen im bayerischen Hauptstaatsarchiv befinden und sehr gut erschlossen sind. Hier finden sich auch die Anträge und Petitionen, die nicht gedruckt wurden. Ergänzend herangezogen wurden auch die jeweiligen Akten der Ministerien. Aus ihnen lassen sich die Verfasser der Regierungsentwürfe ermitteln, sowie der Gang der Gesetzgebung vor der Einbringung im Landtag, insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Staatsrat bzw. dem König selbst. In Frage kommen hier vor allem die Akten des Justizministeriums sowie des Ministeriums des Äußeren und des kgl. Hauses.

HISTORISCHE GRUNDLAGEN DER GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG UND DER GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG DES 19. JAHRHUNDERTS

Theoretisch wird die Idee der modernen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Frankreich erörtert. Zu verweisen ist hier vor allem auf Henri de Saint-Simon und Charles Fourier, die unter dem damals so beliebten „Zauberwort“ Association sich vor allem mit Produktiv-Genossenschaften beschäftigten, freilich zunächst in einer weitgehend theoretischen Weise. Praktische Schlussfolgerungen wurden aus dem in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen wie ein Zauberwort und Allheilmittel gehandelten Associationsgedanken zunächst nicht gezogen. Doch kam es in Frankreich unter dem Einfluss von Philippe Buchez 1832 zur Gründung einer Tischlergenossenschaft und 1834 zur Gründung einer Goldarbeitergenossenschaft. Während diese Gründungen bereits den Charakter echter Genossenschaften aufwiesen, gehörten andere Gründungen, insbesondere, wenn sie von öffentlicher Seite unterstützt und finanziert wurden, eher in den Bereich der öffentlichen Armenpflege und Gewerbehilfe, wie etwa die französischen Nationalwerkstätten (Ateliers). Gerade auch in Frankreich gab es viele Vertreter der Ansicht, dass etwa die Unterstützung von Gewerbetreibenden und die Bereitstellung von Kapital allein Aufgabe des Staates sei. Dies galt vor allem für alle frühkommunistischen Bewegungen (Louis Blanc).

Praktisch umgesetzt wurden die modernen Genossenschaftsideen am besten in England, wo die Industrialisierung bereits im 18. Jahrhundert eingesetzt hatte. Dort hatte man zuerst Maßnahmen zur Lösung der sozialen Frage ergriffen, um die Nebenfolgen der Industrialisierung zu lindern: Eine dieser Maßnahmen war die Gründung von Genossenschaften. Man wollte durch die Hilfe zur Selbsthilfe der betroffenen Bevölkerung beistehen. Die in England gegründeten Konsumgenossenschaften (vorbildhaft die von King und Owen konzipierte und 1844 gegründete Rochdale Society of Equitable Pioneers) wurden auch auf dem Kontinent nachgeahmt. Freilich sollte dort die Entwicklung mehr Richtung Kreditgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften gehen.

SCHULZE-DELITZSCH UND SEIN WERK

Von Bedeutung wurde die Genossenschaftsbewegung dann auch in Deutschland, jedoch erst nach der bürgerlichen Revolution von 1848. Hier ist vor allem Franz Hermann Schulze-Delitzsch (1808- 1883)¹ zu nennen, dessen Lebensweg deutlich macht, dass die Vorkämpfer der Genossenschaftsbewegung aus dem liberalen Lager kamen, meistens bürgerliche Juristen, die 1848 für Reformen gekämpft hatten und nach der Niederlage der Revolution schrittweise versuchten, ihre Gedanken politisch umzusetzen. Das gilt für Schulze-Delitzsch ebenso wie für den bayerischen Vorkämpfer der Genossenschaftsbewegung Dr. Völk.

Wer war dieser Hermann Schulze-Delitzsch?

Der Jurist Schulze-Delitzsch beendete 1851 nach Konflikten mit der Obrigkeit und wegen seiner politischen Haltung seine Richterlaufbahn und lebte seitdem in Delitzsch bei Leipzig von seinem Vermögen und von Rechtsgutachten. Hier befasste er sich mit dem Gedanken der Association. Anlässlich der Hungersnot von 1847 hatte er an seinem Wohnort Delitzsch bei Leipzig eine Rohstoffassoziation für Tischler und Schuhmacher gegründet; 1849 war unter seiner Leitung in Delitzsch eine Kranken- und Sterbekasse entstanden. 1848 stand er wie fast alle Advokaten in dieser Zeit auf der Seite der bürgerlichen Reformer und Revolutionäre. Nach der Niederlage des Bürgertums in der Revolution versuchte auch er die gescheiterten Reformideen auf politischem Weg schrittweise umzusetzen. 1850 gründete er einen Vorschussverein. 1851 beendete er nach Konflikten mit der Obrigkeit seine Richterlaufbahn und lebte seitdem in Delitzsch bei Leipzig von seinem Vermögen und von Rechtsgutachten. 1853 verfasste er eine erste Zusammenfassung des Systems des Genossenschaftswesens „Assoziationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter“. Schon 1859 gelingt ihm eine erste Organisation der Genossenschaften und seit 1861 gibt er selbständig die „Blätter für Genossenschaftswesen“ heraus. Unter allen Genossenschaftstypen entwickelten sich die Vorschusskassen am schnellsten. Schulze-Delitzsch konnte in seiner 1858 erschienenen Schrift „Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland“ bereits 25 Vereine auflisten. 1859 wird in Weimar der erste Genossenschaftstag abgehalten. Dort entsteht auch die Idee zum Deutschen Nationalverein, was zeigt, wie eng die Genossenschaftsbewegung und auch Schulze-Delitzsch mit der Politik einer Reichseinigung verbunden waren.

1861 wird Schulze-Delitzsch in den Preußischen Landtag gewählt und siedelte 1862 nach Potsdam über. Seitdem bemühte er sich unermüdlich um die Genossenschaftsgesetzgebung. 1863 reicht er den Entwurf eines (seit 1860 besprochenen) Genossenschaftsgesetzes ein. Das Gesetz kam wegen gewisser Einzelfragen und wegen der politischen

¹ Karl Theodor EHEBERG, Schultze-Delitzsch, in: Allgemeine Deutsche Biographie, 33. Band (1891), S.18 – 29; Zu Schulze-Delitzsch vgl. Rita ALDENHOFF-HÜBINGER, S.-D., ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, 1984; NDB 23 (2008), S. 731 f. (Rita ALDENHOFF-HÜBINGER); FÖRDERVEREIN HERMANN SCHULZE-DELITZSCH (Hrsg.), Hermann Schulze-Delitzsch Weg-Werk-Wirkung – Festschrift zum 200. Geburtstag am 29.August 2008 (2008).

Umstände (Krieg von 1866) erst am 27. März 1867 als preußisches Gesetz zustande und wurde mit kleinen Änderungen auf Initiative von Schulze-Delitzsch am 4. Juli 1868 vom Norddeutschen Bund als Gesetz übernommen. Dieses Gesetz wirkte für andere Länder vorbildhaft, letztlich auch für Bayern. Schulze-Delitzsch erläuterte die Gesetzgebung durch seine weit verbreitete und 1869 in Berlin erschienene Schrift: „Die Gesetzgebung über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit besonderer Rücksicht auf die Haftpflicht bei kommerziellen Gesellschaften.“

Der Erfolg der Genossenschaftsgründungen nach dem Vorbild von Schulze-Delitzsch geht nicht zuletzt auch auf dessen politische Tätigkeit im preußischen Landtag, Norddeutschen und Deutschen Reichstag zurück. Seit 1858 beteiligte er sich an der Gründung des Volkswirtschaftlichen Kongresses und an der Gründung des Nationalvereins und der Deutschen Fortschrittspartei. Diese vertrat er seit 1861 als Abgeordneter im Preußischen Landtag und seit 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. seit 1871 im Deutschen Reichstag. Er gehörte damit zu den entschiedenen Gegnern Bismarcks, der die Verfechter des Genossenschaftsgedankens (nicht ganz ohne Grund) als ehemalige 1848er verdächtigte, die nun mit den Mitteln der Genossenschaft versuchten, ihre Ziele durchzusetzen. Nach Bismarcks Meinung gehörten alle Vereine, beginnend mit deren Zulassung (Konzessionssystem), obrigkeitlich überwacht, was erklärt, warum die Genossenschaftsgesetzgebung in Preußen nur mühsam voranging. Besonders verderblich in den Augen Bismarcks waren die Vorschussvereine, nach Bismarck waren das „Kriegskassen der Revolution“, die man unter Regierungsaufsicht stellen müsse.

Aber nicht nur Bismarck war ein entschiedener Gegner des Genossenschaftswesens und von Schulze-Delitzsch, sondern merkwürdigerweise auch der Gründungsvater der Sozialdemokratischen Partei Ferdinand Lasalle. Schulze-Delitzsch machte sich Lasalle vor allem deswegen zum Feind, weil er auch den Industriearbeitern seine Genossenschaftsidee predigen wollte. Nach Meinung von Lasalle war das, was Schulze-Delitzsch betrieb, eine „verlogene Täuschung“. Man könne einem Industriearbeiter keine „Krämerseele“ einimpfen. Mit privaten Initiativen sei die soziale Frage nicht zu lösen. Das könne nur zentral und von Staats wegen gelöst werden. Lasalle ging in seinem Kampf gegen Schulze-Delitzsch sogar soweit, dass er 1863 aus Anlass des Gründungsparteitags des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) ein 40seitiges Pamphlet gegen Schulze-Delitzsch verfasste („Offenes Antwortschreiben“) und diese Schrift auch an Bismarck schickte, damit dieser geeignete Argumente zur Vernichtung der Genossenschaftsbewegung zur Verfügung hatte. 1864 starb Lasalle im Duell und damit der Streit zwischen diesen beiden allzu selbstbewussten „Genossen“.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass Schulze-Delitzsch gegen den bürokratischen Zentralismus von Lasalle und der Sozialdemokratie vor allem rechtshistorisch argumentiert und damit an die alten juristischen Fehden zwischen den römisch-rechtlich orientierten Romanisten und den deutschrechtlich orientierten Germanisten

anknüpft. Zentralismus sei nach Meinung von Schulze-Delitzsch ein welscher Import, der genossenschaftlich aber ein germanisches Urprinzip verkörpere.

Der „Alleinvertretungsanspruch“ von Schulze-Delitzsch führte auch zu erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der Genossenschaftsbewegung. Zu den erklärten Gegnern von Schulze-Delitzsch gehörte neben Bismarck und Lasalle auch ein anderer großer und erfolgreicher Pionier der Genossenschaftsbewegung, nämlich Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888).² Der „sanfte“ Raiffeisen hatte sich ebenfalls wie Schulze-Delitzsch im Hungerjahr 1847 engagiert. Als Bürgermeister gründete er in Weyerbusch (Kreis Altenkirchen) einen Hilfsverein für die notleidende Bevölkerung, der preiswert Lebensmittel an die Armen verkaufte und später Saatgut auf Kredit vermittelte. 1852 gründete er dann den „Heddersdorfer Wohltätigkeitsverein“, aus dem sich dann 1862/64 ein „Darlehnskassenverein“ entwickelte, die älteste Genossenschaftsbank nach Raiffeisens Muster in der Welt (heute VR-Bank Neuwied-Linz). Raiffeisen zielte eher auf die bäuerliche Bevölkerung ab („Das Geld des Dorfes dem Dorf“) und kam deren Bedürfnissen entgegen: Die Bauern bezahlten Saatgut, Dünger und Geräte mit der gemeinsam verkauften Ernte. Schulze-Delitzsch überschüttete Raiffeisen und seine Ideen mit Spott und tat alles, um dessen Genossenschaften zu behindern, da nach seiner Meinung nur sein Genossenschaftskonzept erfolgreich war. Er sollte sich täuschen, denn Raiffeisen war weit erfolgreicher. Erst 1972 sollte es zum Zusammenschluss der beiden großen Genossenschaftsbewegungen kommen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die von Schulze-Delitzsch gegründeten Genossenschaften den Kredit demokratisiert und tausende von kleinen Meistern und Geschäftsleuten kreditfähig gemacht und in der Hauptsache auch auf die Erhaltung und Hebung der in ihrem Bestand schwer bedrohten Mittelklassen auf das vorteilhafteste eingewirkt haben. Bei seinem Tode 1883 gab es neben den Kreditgenossenschaften noch 954 Rohstoff-, Magazin-, Werk- und Produktivgenossenschaften, 621 Konsumvereine und 35 Baugenossenschaften in Deutschland.

² Zu Raiffeisen vgl. Ludwig HÜTTL, F.W.R., Leben und Werk 1988; W. KOCH, Der Genossenschaftsgedanke F.W.R.s als Kooperationsmodell in der modernen Industriegesellschaft, 1991; NDB 21, S. 115 f. (Ulrich S. SOÉNIUS).

I. DIE POLITISCHE UND SOZIALE LAGE IM KÖNIGREICH BAYERN NACH 1848 UND DAS GENOSSENSCHAFTSWESEN

In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann in Bayern in größerem Umfang die Industrialisierung. Der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat, der sich endgültig erst gut 100 Jahre später vollzieht, wurde eingeleitet. Zwischen 1839 und 1846 verdoppelte sich die Zahl der Industriearbeiter. Der Rückgang der Reallöhne, eine konservative und damit zugleich restriktive Gewerbegesetzgebung (1834), mangelhafte oder nicht durchgeführte Arbeiter- und Kinderschutzverordnungen sowie eine realitätsferne Armenengesetzgebung (Almosengeben ist eine Begünstigung des Bettels), aber auch das neue Bewusstsein bisher wenig einflussreicher Gruppen der Gesellschaft von ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation führten zu einem wachsenden Konfliktpotential. Dieses entlud sich in der Märzrevolution 1848, auch wenn sich das Aufbegehren des Volkes dadurch allein nicht erklären lässt.

Am 20. März 1848 dankte im Königreich Bayern der seit 1825 regierende König Ludwig I. zugunsten seines Sohnes König Maximilian II. ab. Für diesen bildete die soziale Frage den Dreh- und Angelpunkt seiner Regierung, und zwar vor allem deshalb, weil er in dieser eine der Ursachen für die Revolution von 1848 erblickte. Dabei verstand König Max II. die Lösung der sozialen Frage vor allem als herrschaftliche Aufgabe. Gegenüber allen liberalen Lösungsansätzen, etwa wenn es um die Zulassung und Förderung von „Assoziationen“ oder Vereinen ging, hatte er größte Vorbehalte. Die liberalen Reformen, die er 1848 notgedrungen genehmigen musste, versuchte er in den ersten Jahren seiner Regierung wieder rückgängig zu machen, stieß dabei aber nicht nur auf den heftigen Widerstand des Landtags, sondern auch auf die Bedenken seiner Minister.

Die sozialen Reformen des Königs beschränkten sich zunächst auf zahllose Gutachten zu diesem Themen, finanzielle Unterstützungen und einzelne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.³

Bereits als Kronprinz widmete Max II. den Ursachen der Not der unteren Schichten sein Interesse. Schon kurz nach Regierungsantritt fertigte der Ministerialrat und Universitätsprofessor Friedrich Benedict Wilhelm von Hermann dem König eine Skizze über die soziale Lage.⁴

Auch das von König Max. II im November 1848 gegründete Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten sollte durch gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen und durch die Koordinierung und Förderung öffentlicher Aufträge auf die ökonomische Gesamtsituation Einfluss nehmen und dazu beitragen, die soziale Frage zu entschärfen. So sah man im Bau von Heimen oder Krankenanstalten auch ein Instrument der Arbeitsbeschaffung. Ein Gesetz über die Unterstützung und Verpflegung hilfs-

³ G. MÜLLER, König Maximilian und die soziale Frage, in: Rainer A. MÜLLER (Hg.), König Maximilian II. von Bayern 1848-1864, Rosenheim 1988, S. 175-186.

⁴ Zu Hermann vgl. Manfred PIX (HG.) Friedrich Benedict Hermann (1795-1868). Ein Genie im Dienste der bayerischen Könige. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Aufbruch, Stuttgart 1999.

bedürftiger Personen sollte die Lage jener Menschen verbessern, die außerhalb ihres Heimatortes erkrankt waren.

König Max II. versuchte der Regierung Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, indem er eine Preisfrage mit dem Titel „Durch welche Mittel kann der materiellen Not der unteren Klassen der Bevölkerung Deutschlands und insbesondere Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden?“ stellte und darauf 100 Gulden aussetzte. Auf die Preisfrage gingen 656 Antworten ein, die sich zu 10 Prozent bereits auch mit dem Nutzen von Sparkassen beschäftigten.⁵

Im März 1849 befahl König Max II., die auf seine Preisfrage eingegangenen Preisschriften zu sichten. Die damit befasste Kommission schlug dann am 20. Juli dem König die Schrift des Assessors und Fiskaladjunkten August Frhrn. von Holzschuher aus Augsburg für die Erteilung des ausgesetzten Preises in Höhe von 100 Gulden vor. Holzschuhers Arbeit fand auch die Billigung des Königs und zwar wohl vor allem deshalb, weil Holzschuher eine „humanistische“ Lösung des Problems anbot. Er wandte sich gegen die „unbedingte Herrschaft des Geldes“ und forderte mehr Gemeinsinn. Die folgende Stelle hatte sich der König besonderes angemerkt: „Höchste und dringendste Aufgabe der Religion wie der Staatskunst im Sinne des Grundtypus im christlich-germanischen Staate ist, das gelockerte Band zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft wieder zu knüpfen.“⁶

König Max II. spendete zudem erhebliche Summen aus den Mitteln der Zivilliste für die Förderung wohltätiger Unternehmungen kirchlicher und bürgerlicher Kreise, von Vereinen und Komitees, war persönlich auch aufgeschlossen für die sich aus den Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen ergebenden sozialen Probleme der im Gewerbe, im Handwerk und im Handel tätigen Personen und hätte gern ein Arbeiterschutzgesetz zur Eindämmung der Kinderarbeit, Regelung von Arbeitszeit und Kranken- und Hinterbliebenenversorgung auf den Weg gebracht.⁷

Während die Regierung entgegen dem Willen des Königs die Gewerbegesetzgebung verschärfte und damit die Errichtung weiterer Fabriken zugunsten des ortsansässigen Gewerbes 1853 erschwert hatte, sind die letzten Regierungsjahre des Königs sozialpolitisch von Verbesserungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes geprägt. 1862 wurde die fabrikfeindliche Vollzugsverordnung des Gewerbegesetzes von 1853 aufgehoben. Die Handelskrise von 1857/59 zeigte in Bayern keine größeren Auswirkungen. Schwerpunkt der gewerblich-industriellen Neugründungen war die Verbrauchsgüter-, in erste Linie die Textilindustrie.

Der Tod König Max' II. bedeutete kein Ende der von ihm eingeleiteten Sozialpolitik. Viele Gesetzesinitiativen und Reformvorschläge wurden erst unter König Ludwig II. verwirklicht. Höhepunkt war die sogenannte Sozialgesetzgebung der sechziger Jahre des 19.

⁵ ARMENFÜRSORGE UND DASEINSVORSORGE (Ausstellungskatalog der staatlichen Archive), S. 103.

⁶ aaO S. 104.

⁷ SPINDLER, S. 260.

Jahrhunderts. Mit dem Ziel, die bayerische Gesetzgebung den Verhältnissen in anderen Staaten anzugleichen, wurde 1868 eine neue Gewerbeordnung und ein geändertes Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt erlassen. Auch das Gesetz über die Armen- und Krankenpflege und die Gemeindeordnungen von 1869 atmeten den neuen, liberal-konservativen Geist.

1. Das Genossenschaftswesen in Bayern

Während es in Preußen und Sachsen dank Schulze-Delitzsch und Raiffeisen schon in den 50er Jahren zu zahlreichen Gründungen und politischen Initiativen kam und die Diskussion um Genossenschaften (Associationen) lebhaft geführt wurde, blieb es in Bayern vergleichsweise ruhig. Lediglich in Kreisen des Münchner Bürgertums begann man sich seit 1861 Gedanken über eine Vorschusskasse zu machen. Die Beteiligten waren meisten Linksliberale, die schon 1848 zusammen Politik gemacht hatten und die nun 1862 die erste Genossenschaft Bayerns ins Leben riefen, die heute noch bestehende Münchner Bank. Und dann folgten in schneller Reihenfolge auch in Bayern andere Institute.

Warum gerade das katholische Bayern gegenüber dem Genossenschaftswesen so zurückhaltend war, erklärt der Historiker, Archivar und Redakteur der „Historisch-Politischen Blätter“ im Jahre 1862 anlässlich der Aufnahme eines Artikels von Viktor Aimé Huber⁸ („Der Katholizismus und das Genossenschaftswesen“): Gegen den Vorwurf, dass man sich unsererseits bisher zu wenig mit dem Gegenstand desselben befasst habe, wird der Herr Verfasser die Hinweisung gelten lassen, dass eben in den katholischen Staaten und im südlichen Deutschland überhaupt bis in die neueste Zeit die Auflösung der Gesellschaft auf dem gewerblichen Gebiet nicht so hervortrat, wie aus den altliberalen Gesetzgebungen Frankreichs und Preußens und aus der merkantilistischen Sonderstellung Englands. Diese Auflösung ist aber die Voraussetzung der modernen Association. Wo kein Gefühl einer Krankheit, da ist auch keine Nachfrage nach Medicin. Jetzt indes sind wir mit dem Übel nicht nur bedroht, sondern es ist überall in Bayern einstweilen bloß noch maskiert, schon da.⁹

Im Jahr 1863 reichte Schulze-Delitzsch, der 1861 in den Preußischen Landtag gewählt worden war, den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes im preußischen Landtag ein. Und jetzt reagierte man in Bayern schnell und zwar auf der parlamentarischen Ebene. Während die bayerische Regierung das Genossenschaftswesen noch als revolutionäre Verirrung betrachtete, machte ein schwäbischer Abgeordneter einen mutigen Vorstoß: Der Abgeordnete Dr. Joseph Völk, der zum Umkreis der Gründer der ersten bayerischen Genossenschaft, der Münchner Bank, gehörte, beantragte im Landtag, die Regierung möge auch in Bayern nach dem Vorbild Preußens ein Genossenschaftsgesetz auf

⁸ Viktor Aimé Huber (1800-1869) war einer der führenden christlich-konservativen Sozialpolitiker seiner Zeit. Er lehrte 1832 als Professor für neuere Geschichte und abendländische Sprachen in Rostock, dann in Marburg und Berlin 1843-1851), wo er Literaturgeschichte lehrte. Huber vertrat eine konservativen Arbeitergenossenschafts-Gedanken (JÖRG, Briefwechsel S. 190 Anm. 2).

⁹ JÖRG, Briefwechsel, S. 191, Anm. 3.

den Weg bringen. Dem Landtag stand damals zwar (seit 1848) eine Gesetzesinitiative zu, aber sie bedurfte der Übereinstimmung der beiden Kammern und schließlich noch der Sanktion des Königs (also der Regierung) und so blieb für den rührigen Völk nur die Möglichkeit, der Regierung durch dauernde Anträge lästig zu werden. Als in Preußen der Antrag von Schulze-Delitzsch auf Erlass eines Genossenschaftsgesetzes von der Regierung verzögert wurde, beschwor Völk 1865 die Regierung, sie solle sich jetzt mit dem Genossenschaftsgesetz an die Spitze aller deutschen Staaten stellen. Vergebens.

Die Regierung reagierte erst, nachdem 1866 Bayern im deutschen Bruderkrieg Preußen unterlegen war und Preußen 1867 und dann der Norddeutsche Bund 1867 ein eigenes Genossenschaftsgesetz erlassen hatten. Jetzt erst, im Januar 1868, legte das Justizministerium dem Landtag einen eigenen Entwurf vor. Völk rächte sich nun für die jahrelange Missachtung. Er setzte es im Landtag durch, dass der Entwurf im Papierkorb landete und im Wesentlichen der Wortlaut des preußischen Entwurfs übernommen wurde. Die Regierung gab kleinlaut bei. 1869 wurde schließlich der von Völk vorgeschlagene Entwurf als bayerisches Genossenschaftsgesetz beschlossen, ein Gesetz, das tatsächlich aus dem Bürgertum kam.

Noch zu fragen ist sich in dieser Untersuchung, die in die Zeit der beiden Könige Max II. und Ludwig II. fällt, wie sich diese zum Genossenschaftsgesetz gestellt haben. Dabei ist festzustellen, dass Max II. seit dem Jahre 1859 eine vollkommene Kehrtwendung vollzieht. Er wendet sich von seinem konservativen Ministerium ab und beginnt die Tore für eine liberale Gesetzgebung zu öffnen. Damals äußert er: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke“ und schafft mit seinem neuen Ministerium zukunftsweisende Gesetze, wie etwa die 1861 durchgeführte Trennung von Justiz und Verwaltung.

Die fortschrittliche Politik von Max II. wird von seinem Sohn Ludwig II. erfolgreich fortgesetzt. Das ist umso erstaunlicher, als wir Ludwig II. nur als Märchenkönig kennen, der sich zurückgezogen nicht um die Politik kümmert. Aber fast das Gegenteil ist richtig.

2. Die Anfänge der modernen Genossenschaftsbewegung in Bayern

Die Gründung von Genossenschaften, also das Zusammenwirken mehrerer gleichberechtigter Personen, um einen gemeinsamen Zweck zu erreichen, ist ein auf das frühe Mittelalter zurückgehendes Phänomen und betrifft alle Formen des menschlichen Daseins. Dargestellt hat diese Entwicklung in einer bis heute unübertroffenen Weise der große Jurist Otto von Giercke in seinem vierbändigen Genossenschaftsrecht, das zwischen 1868 und 1887 erschienen ist. Aus dem Mittelalter bis heute überdauerte haben Wald- und Weidegenossenschaften, also Institutionen zur gemeinsamen Nutzung von Grund und Boden. Die Genossenschaften im städtischen Bereich sind meistens mit den alten Stadtverfassungen (kollegiale Verfassung, entstanden aus den Schwurgenossenschaften des Mittelalters) zu Beginn des 19. Jahrhunderts untergegangen. Innerhalb der Städte bilden sich mit den unterschiedlichen Zünften, Schwurvereinigungen, Gesellenvereinigungen eigene Arten von Genossenschaften. Alle diese Genossenschaftstypen verändern ihr Wesen mit der Rezeption des römischen Rechts, das menschliche Verbände als rechtsfähig fingierte, ihnen eine eigene Rechtsfähigkeit zuschrieb, ihnen aber

die Handlungsfähigkeit absprach. Diese konnte nur durch Vertreter (Organe) geschehen. Die wurde bereits in der Kanonistik vorgelebt.

In der Neuzeit werden freie Verbandsbildungen von der Obrigkeit beargwöhnt und beschränkt. Das System der freien Verbandsbildung weicht dem Konzessionssystem. Viele ehemals freien Genossenschaften (dazu gehören auch die Universitäten) müssen sich der staatlichen Vormundschaft und Reglementierung beugen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts beginnt man wieder die Heilkraft der Genossenschaft zu beschwören. Die „Association“ gilt als das Mittel, mit dem nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Probleme bewältigt werden können. Doch die landesherrliche Vereinsgesetzgebung lässt bis Mitte des 19. Jahrhunderts die Schrauben angezogen. Nur gänzlich unpolitische „Assoziationen“ haben eine Chance, genehmigt zu werden.

Ohne Schwierigkeiten können sich jedoch weiterhin Genossenschaften im Bereich der Landwirtschaft und der Landeskultur entfalten, soweit sie es geschafft haben, sich über die Verstaatlichungen um 1800 herüber zu retten. Es gibt auch interessante Neugründungen von landwirtschaftlichen Genossenschaften im Rahmen von Kulturmaßnahmen, also der Erschließung von unfruchtbarem Land (Moorkolonisation). So erlaubten etwa Art. 2 – 9 des Gesetzes über Bewässerungs- und Entwässerungsunternehmen zum Zwecke der Bodenkultur vom 28. Mai 1852 (Gbl. S. 545) die Gründung von entsprechenden Genossenschaften.

[Vereinigen sich zum Zwecke der Herstellung einer gemeinschaftlichen Bewässerungs- oder Entwässerungsanlage mehr als drei Grundeigentümer, so bilden dieselben eine Genossenschaft, wenn es sich um ein Unternehmen der im Artikel 1 bezeichneten Art handelt, oder die Beteiligten diese Genossenschaftsbildung beantragen.

Die Genossen haben, im Falle ihre Anzahl mehr als sechs beträgt, zum Zwecke der Besorgung ihrer Geschäfte aus ihrer Mitte einen Ausschuss zu wählen.

Der Ausschuss ist berechtigt, die Genossenschaft in allen das Unternehmen betreffenden Angelegenheiten zu vertreten.

Die Genossenschaft hat die auf das Unternehmen bezüglichen Rechte und Verbindlichkeiten ihrer Mitglieder, sowie ihre gesamte innere Verwaltung durch Statuten zu regeln.]

Zu den frühesten Genossenschaftsgründungen gehört in diesem Zusammenhang die Kulturgenossenschaft rechts der Isar, deren Satzung am 14. Oktober 1857 zunächst abgelehnt, dann aber nach entsprechenden Änderungen am 18. Dezember 1857 bzw. am 27. Aug. 1858 genehmigt wurde. Das Beispiel zeigt, wie schwierig damals die Genehmigung von genossenschaftlichen Unternehmungen auch bei vergleichsweise einfachen Sachverhalten war.¹⁰

¹⁰ Bericht des Ausschusses der Genossenschaft für die Cultur im unteren Freysinger-Moose, Genossenschaftsjahr 1858.

3. Die Gründung der Münchner Bank (Münchner Darlehensverein) im Jahre 1862 und der Beginn der Genossenschaftsbewegung in Bayern.

Verglichen mit Norddeutschland begann im Königreich Bayern die Gründung von Genossenschaften vergleichsweise spät. Bemerkenswert ist jedoch die Gründung des Münchner Darlehensvereins am 12. Juli 1862, da diese Gründung ausschlaggebend war für die spätere Genossenschaftsgesetzgebung in Bayern: Im Umfeld der Gründung treffen wir auf die Personen, die in der Folgezeit für die Genossenschaftsbewegung in Bayern von Bedeutung waren.

Der Gründungsprozess der ältesten bayerischen Genossenschaft begann im Frühjahr 1862, als 23 Münchner Bürger erstmals über die Gründung eines Kreditvereins im Hause des damals 38jährigen Juweliers Max Rottmanner berieten. Anwesend waren damals neben Max Rottmanner¹¹ die Herren Dr. Carl Adler (Bankinspektor), J. Beringer (Telegraphenbeamter), Karl Billing (Blumenfabrikant), Chr. Block, Anton Deschl (Schlossermeister), Ch. Fick, Bruno Guck, L. H. Van Hees (Kaufmann), L. Holländer (Schneidermeister), Julius Knorr (Fabrikant), Albert Kolb (Kürschnermeister), Josef Kugler, O. Kullmann, Georg Mair, Michael Mösl, M. Niggel, Carl Padewett, W. Potberski, H. Roth, Josef Rothmiller, Franz Schörg (Kassenfabrikant) und Ludwig Walter. Die zweite Zusammenkunft am 27. Juni 1862 fand in der Wohnung des Weinwirts Friedrich Fries in der Dienerstr. 21 statt. Sie wurde bereits vom „Volkswirtschaftlichen Verein“ unter der Leitung des Universitätsprofessors Dr. Neumann getragen. Die Teilnehmer beriefen eine eigene Kommission ins Leben, die sich mit dem Statutenentwurf befasste. Nach Drucklegung wurde er zunächst zur Werbung in weiteren Kreisen bekanntgegeben. Am 12. Juli 1862 konnte die Versammlung zur Vereinsgründung stattfinden, und es wurde beschlossen, als „Münchner Darlehen-Verein“ (mit Solidarhaft) zu firmieren. Die ehrenamtliche Vorstandschaft bildeten ein Kaufmann, ein Fabrikant, ein Schneidermeister und ein Säcklermeister. Ihnen zur Seite standen mit beratender Stimme ebenfalls ehrenamtlich – 18 Herren, davon die Hälfte Handwerksmeister. Als zuständige Aufsichtsbehörde genehmigte die Polizeidirektion München die Statuten vergleichsweise rasch.

Bereits wenige Tage nach Gründung konnten elf neue Mitglieder aufgenommen und am 28. Juli 1862 das erste Darlehensgesuch in Höhe von 1.000 Gulden, und zwar auf vier Wochen, bewilligt werden. Im August wurde bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank ein Bankkredit zur Geschäftsausweitung ersucht, der am 26. August 1862 in Höhe von 10.000 Gulden gegen Solidarhaft aller 117 Mitglieder bewilligt wurde. Schon Ende August fand eine erste Kassenprüfung durch den Kontrolleur statt. Fortan wurden wöchentliche und unangesagte Revisionen durch eigens ernannte Mitglieder der Revisionskommission durchgeführt. Der „1. Bericht des Geschäftsbetriebs vom Juli 1862-Mai 1863“ schloss mit einer Bilanzsumme von rund 141.686 Gulden ab. Die weitere Geschichte dieser Bank¹² muss hier nicht im Einzelnen ausgebreitet werden, auf-

¹¹ Siegfried Julius HIRTH, Stammbaum der Familie Rottmanner 1695-1895 zur Feier des 200jährigen Familienjubiläums, München 1895.

¹² Im zweiten Geschäftsjahr (1863/64) wurde das Kontokorrentgeschäft eingeführt. In Folge der sich immer weiter ausbreitenden Industrialisierung wurde im April 1865 der Name zu „Münchner Industrie-

schlussreich ist aber ein Blick auf die Gründungsväter der Bank, bei denen es sich um enge Mitstreiter von Schulze-Delitzsch handelte. Zu nennen sind hier vor allem der Universitätsprofessor Karl Friedrich Neumann und der Fabrikant Julius Knorr.

Ein enger Freund von Knorr war, und damit schließt sich der Kreis, der „Vater des bayerischen Genossenschaftsgesetzes“, der Abgeordnete Dr. Joseph Völk.

Das wichtigste Beiratsmitglied der neu gegründeten Genossenschaft war der Fabrikant Julius Knorr (*3.3.1826, +28.7.1881),¹³ seit 1860 Mitglied des Deutschen Nationalvereins und 1863 Mitbegründer der Fortschrittspartei in Bayern, der im Jahre 1862 die später so einflussreichen „Neuesten Nachrichten aus dem Gebiete der Politik“ erwarb, die „Münchner Neuesten Nachrichten“, die er in ein Kampfblatt der liberalen Fortschrittspartei umwandelte

Wenn wir uns die weiteren Gründer des Münchner Darlehen-Vereins von 1862 ansehen, dann fällt nicht nur die Verbindung zu den Männern der bayerischen Fortschrittspartei auf, sondern auch zu den ehemaligen Revolutionären von 1848. Sie standen bezeichnenderweise alle auf einer Liste, die König Max II. 1849 hatte anlegen lassen, die Liste der Gegner der Monarchie

Eine der interessantesten Gestalten im Umfeld der Münchner Genossenschaftsgründung von 1862 war der Universitätsprofessor Karl Friedrich Neumann.¹⁴ Geboren am 28. Februar 1793 in Reichmannsdorf bei Bamberg als Sohn eines armen Handelsjuden unter dem Namen Bamberger, konvertierte er im September 1818 zum Protestantismus; seine Taufpaten sind die bayerische Königin Karoline und der Philologe Friedrich Thiersch, von denen er seine Vornamen übernimmt. Den Hauptname „Neumann“ nimmt er an, um den neuen Lebensabschnitt deutlich zu machen. Nach seinem Studium bei Thiersch besteht er 1819 die Lehramtsprüfung und ist von 1821 bis 1825 als Gymnasiallehrer in Würzburg und Speyer tätig, wo er dann wegen „rationalistischer Bibelauslegung“ in den Ruhestand versetzt wird. In der Folgezeit lebt er von seinen historischen Publikationen. Zunächst begibt er sich zu den Armeniern nach S. Lazzaro in Venedig und vertieft sich

Bank“ geändert. Dadurch sollte auch ausgedrückt werden, dass die Bank nicht nur Handwerk und Gewerbe, sondern auch kleinere Industrieunternehmen betreute. Trotz des Krieges von 1866 konnte die Bank weiterhin eine positive Entwicklung verzeichnen und eine Dividende von 6 % ausbezahlen und den Reservefonds aufstocken. 1871 erfolgte die Eintragung beim Handelsgericht München als Genossenschaft. An dem in Nürnberg abgehaltenen Genossenschaftstag der deutschen Schulze-Delitzsch-Genossenschaften nahm auch ein Delegierter der „Münchner Industrie-Bank“ teil. Seit 1873 residierte die Bank am Münchner Petersplatz 11, wo sie für 40.000 Gulden ein Anwesen erwarb, bis sie 1899 an den Frauenplatz zog. Im Jahre 1874 wurde der Kgl. Rat Dr. Franz Xaver Proebst, ein Mitstreiter von Schulze-Delitzsch Mitglied der Bank. Unmittelbar nach Eintritt befasste er sich mit einer Statutenänderung und bat Schulze-Delitzsch um Prüfung. 1882 trat das Unternehmen dem Deutschen Genossenschaftsverband bei und 1886 der neugegründeten Hilfskasse für die Angestellten der Genossenschaftsbanken. 1900 wurde die Bank in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht gemäß dem Reichsgenossenschaftsgesetz von 1889 umgewandelt.

¹³ Siegfried Julius HIRTH, Stammbaum der Familie Knorr-Sabatini, München 1895.

¹⁴ NDB 19 (1999), S. 147 f. (Harald DICKERHOF); H. DICKERHOF, Der Orientalist und Historiker K. F. N., in: Historisches Jahrbuch 97/98 (1978), S. 289-335; RALL, Hans, K. F. N., Sinologe und Universalhistoriker, in: Archivalische Zeitschrift 75 (1980), S. 194-210; JOLLY, Julius, Neumann Karl Friedrich, in: ADB 23 (1886), S. 529 f.

in die armenische Literatur. 1829 fährt er nach China, lernt chinesisch und erwirbt chinesische Bücher, die er dann (12.000 Stück) der bayerischen Staatsbibliothek überlässt. 1833 wird er daraufhin zum Professor der armenischen und chinesischen Sprache und der Länder- und Volkskunde ernannt. Seine Vorlesung, die er bald auf allgemeine Geschichte ausdehnt, werden immer beliebter und Neumann ist auch bald ein wichtiger Teilnehmer an den abendlichen Symposien des Kronprinzen Maximilian.

1848 wird er für den Münchner Bauhofclub ins Frankfurter Vorparlament gewählt (als „Kandidat der Schusterbuben“, wie die Augsburger Postzeitung boshaft schreibt). Im Bauhofclub hält er Vorträge über die Gewebeordnung und über „Kapital und Arbeit“. In diesem Vortrag fordert er „eine billige Ausgleichung zwischen Kapital und Arbeit bei den großen Fabrikanstalten“ und eine Beteiligung der Arbeiter „in irgend einer Weise bei dem Gewinne wie bei dem Verluste des Kapitals“. Gleichzeitig wandte er sich entschieden gegen den Kommunismus. Er sei das „verruhteste“, was sich jemals ein menschliches Gehirn ausgedacht habe, Anders sei es aber mit dem Sozialismus: „Jeder Mensch habe schon seit seiner Geburt Anspruch, dass die Gesellschaft für ihn sorgt. Gleichheit sei unzertrennlich von Freiheit.“ Die Risikobeteiligung sollte freilich nur für Fabriken gelten, für die Handwerker wünschte er sich eine neue Gewerbeordnung. Vor allem rühmt Neumann die Wichtigkeit der Sozietäten.

Im Bauhofclub in München waren mit Neumann auch andere Personen tätig, die uns dann 1862 bei der Gründung des Darlehensvereins begegnen, wie etwa der genannte Julius Knorr und der Blumenfabrikant Karl Billing (genannt als Billing aus Schweinfurt). Billing war jahrzehntelang im Vorstand des Darlehensvereins tätig. Die Gründung der Münchner Bank ist also, so gesehen, auch eine Spätfolge der Revolution von 1848.

Neumann¹⁵ war demokratisch-republikanisch gesinnt und ein enger Freund von Görres (+29.1.1848). Wegen seiner allzu liberalen Auffassungen, die er auch in seinen Vorlesungen zum Besten gibt, wurde er (zum zweiten Mal in seinem Leben) in den Ruhestand versetzt. Er betätigte sich noch bis 1863 als Schriftsteller und Sozialreformer in München. Dann ging er nach Berlin, wo er am 17. März 1870 stirbt.

Neumann übernahm 1862 bis 1863, bis zu seinem Weggang nach Berlin, auch das Amt des 2. Vorstandes im Münchner Darlehensverein. Seine Bindungen zu Schulze-Delitzsch waren so eng, dass sie vielleicht mitbestimmend waren für seinen Weggang nach Berlin. Er erhoffte sich wohl in Berlin die Erfüllung seiner nationalliberalen Träume. In München darf er als derjenige gelten, der die Anregungen von Schulze-Delitzsch am schnellsten umsetzte. Vor allem die Verwertung der Ergebnisse der neuen Wissenschaft der Nationalökonomie¹⁶, von der man sich Wunder erhoffte, lag ihm am Herzen.

¹⁵ Von seinen Werke und Schriften sind besonders hervorzuheben: Versuch einer Geschichte der armenischen Literatur 1836; Die Völker des südlichen Russlands 1847; Geschichte der englischen Reiche in Asien, 2 Bde. 1857; Geschichte der vereinigten Staaten von Amerika, 3 Bde. 1863-1866.

¹⁶ Seit 1858 wurde unter wesentlicher Beteiligung von Schulze-Delitzsch (erstmalig in Gotha) ein volkswirtschaftlicher Nationalkongress veranstaltet, der auch lokale Gründungen von volkswirtschaftlichen Vereinen zur Folge hatte. Hier war in München vor allem Neumann tätig.

Der zweite bedeutende Sozialwissenschaftler, der neben Neumann bei der Gründung des Darlehensvereins in München 1862 mitwirkte, war der Jurist Dr. Carl Adler¹⁷ (*20.8.1823 Speyer, +16.2.1896 Bad Dürkheim), dem wir später noch als Vorstand des Volkswirtschaftlichen Vereins begegnen werden. Der Jurist Adler hatte an der pfälzischen Revolution 1849 teilgenommen und fand daher weder als Beamter, Richter oder Advokat eine Anstellung. Außerdem war er als Jude auch in der Pfalz bei einer Bewerbung um eine Staatsstelle immer benachteiligt. Zunächst war Adler daher als Lehrer in Hamburg und Frankfurt a. M. dann als Bankangestellter tätig. Später gelang es ihm, doch noch als Advokat, schließlich auch als Notar in der Pfalz tätig zu werden. Seit 1869 war er Abgeordneter im 24. bayerischen Landtag und arbeitete daher an der Endphase der Gesetzgebung zum Genossenschaftsgesetz mit, das er als Mitglied der Fortschrittspartei und enger Vertrauter Völks heiß befürwortete.

Über Bayern hinaus berühmt wurde Adler als Übersetzer von nationalökonomischen Schriften, insbesondere derjenigen von Henry Charles Carey.¹⁸

4. Weitere frühe Genossenschaftsgründungen in Bayern

a. Negativbeispiel: Oktober 1862 – die Produktivgenossenschaft zu gemeinschaftlicher fabrikmäßiger Erzeugung von Kamm- und Hornwaren in Nürnberg.

Diese von 17 Kammmachern gegründete Produktivgenossenschaft erhielt gleich zu Beginn, durch einen gutwilligen Mäzen, den Grafen Giech, ein zinsloses Darlehen von 10.000 fl. Dieser Eingriff durch Dritte wurde allgemein als schädlich bezeichnet und tatsächlich hörte die Genossenschaft wenig später zu bestehen auf. Ein ähnlicher Fall, wo durch großzügige Unterstützung von außen, aber auch durch obrigkeitliche Reglementierung eine Genossenschaft ruiniert wurde, stellt die wenig später gegründete Produktionsgenossenschaft der Weber in Münchberg dar, die ebenfalls zugrunde ging, nachdem ihr der Staat nicht nur zinslose Darlehen (die man nicht benötigte) zur Verfügung stellte, sondern sie auch noch durch Aufträge für Uniformen in Dienst nahm.¹⁹

b. 1862 November 3: Coburger Bank

Obwohl Coburg erst nach einer Volksabstimmung von 1919 im Jahre 1920 zu Bayern kam, darf die am 3. November 1862 gegründete Coburger Bank eG als die zweitälteste Genossenschaftsbank Bayerns gelten.²⁰ Ihrer Satzung lag das Statut des Vorschussvereins zu Delitzsch zugrunde. Initiator war der Glasfabrikant Joseph R. Geith, der bereits im April 1862 Schulze-Delitzsch um Rat und Unterstützung für die Gründung eines Vor-

¹⁷ Vgl. Anm. Nr. 34; S. 31.

¹⁸ Die Grundlagen der Sozialwissenschaft, München 1863; Briefe über schriftstellerisches Eigentum, Berlin 1866; Lehrbuch der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft, München 1866; Wirtschaftspolitische Rückblicke auf die letzten zehn Jahre, München 1868.

¹⁹ Vgl. dazu Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern (Erlangen) vom 10. Mai 1866.

²⁰ Vereinsbank e.G.m.b.H. Coburg (Hg.), 50 Jahre Vereinsbank eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Coburg 1862-1912, Coburg 1912; Coburger Bank e.G.m.b.H. (Hg.), 1862-1962. 100 Jahre Coburger Bank e.G.m.b.H. Coburg, Coburg 1962; Coburger Bank eG (Hg.), 125 Jahre Coburger Bank eG 1862-1987. Festschrift, Geschäftsbericht 1987, Coburg 1988.

schussvereins bat. Die „Gründung“ am 3. November 1862 war zunächst ein Beschluss der versammelten Mitglieder des „Kunst- und Gewerbevereins“, einen Vorschussverein nach dem Muster des Delitzscher Vorschussvereins zu gründen. Die Statuten aus Delitzsch lagen neben zahlreichen sonstigen Ratschlägen von Schulze-Delitzsch vor, und am 18. Dezember 1862 riefen dann 30 Bürger den „Vorschussverein zu Coburg“ ins Leben und passten die von Delitzsch übernommenen Statuten den örtlichen Gegebenheiten an.

Im Januar 1863 wurde die Zusammenarbeit mit der Coburg-Gothaischen-Kreditgesellschaft eingegangen. Diese überließ dem Verein Darlehen bis zur Höhe von 5.000 Gulden zu 4,5%. Unter großem Werbeaufwand versuchte man auch von Dritten Geld zu bekommen, die man mit 4% verzinst. Am 1. Februar 1863 trat der Verein der „Anwaltschaft deutschen Genossenschaften“ bei. Zur Verbesserung seiner rechtlichen Stellung wollte der Verein die Rechte einer juristischen Person erlangen und erhielt diese „Rechte der Gesamtpersönlichkeit“ von der Coburger Regierung bzw. dem Herzog mit Urkunde vom 20. Juli 1863.

Im ersten Geschäftsjahr 1863 hatte der Verein 129 Mitglieder, die eine Dividende von 10% erhielten. Im Januar 1888 wurde der Verein dem Genossenschaftsgesetz unterstellt und führte die Bezeichnung „Vorschussverein zu Coburg, eingetragene Genossenschaft“. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte freilich erst nach 8 Jahren, was zeigt, dass viele der älteren Genossenschaften auch ohne die Vorgaben der Genossenschaftsgesetze existieren konnten. Nachdem seit dem Reichsgesetz vom 1. Mai 1889 auch Genossenschaften mit „beschränkter Haftpflicht“ möglich waren, beschloss man in Coburg im Januar 1897 die Statuten entsprechend zu ändern. Jetzt wurde die im Reichsgesetz vorgesehene „beschränkte Haftpflicht“ eingeführt und der Verein nannte sich „Vorschuss- und Sparverein zu Coburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“. 1909 brachte die Umfirmierung in „Vereinsbank, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Coburg“ zum Ausdruck, dass sich der Vorschussverein inzwischen zu einem vollgültigen Bankinstitut entwickelt hatte.

Älter noch als die Coburger Bank ist der 1844 gegründete Spar- und Hilfsverein zu Coburg, der sich zur Coburg-Gothaische Kreditgesellschaft entwickelte und bereits 1858 Darlehen in Höhe von 400.000 fl. vergab. Später entwickelte sich diese Kreditgesellschaft selbständig ohne genossenschaftliche Organisation, arbeitete aber eng mit der Coburger Bank zusammen. Das Coburger Beispiel zeigt, in welcher unterschiedlichen Gesellschaftsformen der gewerbliche Mittelstand und die Handwerker das Kreditproblem angingen. Immer dann, wenn die jeweilige Genossenschaftsgründung nicht homogen war, etwa weil einige gewinnorientierte Mitglieder zu mächtig geworden waren, entwickelten die wenigen kapitalkräftigen Mitglieder ihre eigenen Gesellschaftsformen, meist zusammen mit anderen Kapitalgebern. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in dem zunächst an der Armenpflege orientierten Sparkassenwesen beobachten, wo nach der Anfangsphase einige Einleger „reich“ wurden und dann selbständige Gesellschaften oder Banken gründeten.

Die dem Genossenschaftswesen günstige Entwicklung in Coburg ist natürlich auch auf die liberale Politik der dortigen Herzöge zurückzuführen, die, wie vor allem Herzog Ernst II. (regiert 1844-1893) nicht nur in der deutschen Nationalbewegung eine führende Rolle spielten (Deutscher Nationalverein, Deutscher Turnerbund, Deutscher Sängerbund), sondern durch ihre liberale Innenpolitik die Gründung von Vereinen aller Art begünstigten, was man von den bayerischen Königen Ludwig I. und Maximilian II. (wenigstens bis zum Jahre 1859) nicht sagen kann. Herzog Ernst II. verlieh sogar dem genannten Vorschussverein 1863 die „Rechte der Gesamtpersönlichkeit“ und wertete ihn damit erheblich auf.²¹

c. 1862 November 30: Darlehensverein Traunstein

Im Königreich Bayern von 1862 war nach der Münchner Bank der Darlehensverein Traunstein die zweite, im heutigen Bayern die drittälteste Genossenschaftsgründung. Das Gründungsdatum des „Gewerblichen Kredit-Vereins in Traunstein“ ist der 30. November 1862, zumindestens tragen die Statuten dieses Datum.²² Nach den Statuten konnte jeder eigenberechtigte und ehrenhafte Staatsbürger, welcher ein Gewerbe oder ein Handlung betreibt, Mitglied werden, vorausgesetzt er legte eine Brandversicherung vor, mit der er seinen Grundbesitz belegen konnte. Der Traunsteiner Credit-Verein ist zwar nicht in eine heute tätige Genossenschaft aufgegangen, jedoch nahm diese gewerbliche Genossenschaft 1897 am Bayerischen Genossenschaftstag in Schrobenhausen teil und wurde 1904 in „Volksbank Traunstein“ umbenannt. Im Jahre 1911 wurde sie von der Bayerischen Handelsbank, München, übernommen.²³

d. 1863 Februar 7: Spar- und Aktienverein Fürstenfeldbruck

Am 7. Februar 1863 genehmigte das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten die Vereinsstatuten des Spar- und Aktienvereins Fürstenfeldbruck.²⁴ Die Genehmigung erfolgte auf Grund des Art. 193 des Bayerischen Polizeistrafgesetzbuchs vom 10. Januar 1861 und der VO vom 24. Juni 1862, nach der das Ministerium zuständig war für die Genehmigung von Versicherungsanstalten, Renten-, Aussteuer-, Sterbe-, Witwen-, und Waisenversicherungen- und Sparkassen oder sonstiger Anstalten, die bestimmt sind, gegen Zahlung eines Einkaufsgeldes oder gegen Leistung periodischer Geldbeträge oder beim Eintritt gewisser Bedingungen Zahlungen an Kapital oder Renten zu leisten.

Art. 193 des Bayerischen Polizeistrafgesetzbuches wurde teils durch § 360 Ziffer 9 des ReichsstrafGB, teils durch Art. 140 des neuen BayPStrGB ersetzt. Nach Einführung der Reichsgewerbeordnung 1874 wird dieser Art. 140 ebenfalls obsolet mit der Folge, dass Gründungen von Sparkassen, sofern sie nicht von Gemeinden oder Distrikten errichtet werden, keiner Genehmigung mehr bedurften.

²¹ RUHLAND, S. 39, Anm. 22.

²² Ein gedrucktes Exemplar in: BayHStA MWi 1317.

²³ RUHLAND, S. 40.

²⁴ BayHStA MInn 52714.

Es lässt sich also auch beim Sparkassenwesen, ähnlich wie beim Genossenschaftswesen, beobachten, dass es mehr und mehr gelang die Polizeibehörden aus der Gründungsphase herauszuhalten.

e. 1863 Dezember 10: Vorschuss- und Sparverein in Ostheim v.d. Rhön

Wie auch Coburg gehörte Ostheim vor der Rhön im 19. Jahrhundert nicht zu Bayern, sondern zu Thüringen. Erst 1945 wurde es als thüringische Enklave von der Besatzungsmacht aus Zwecken der Grenzbereinigung an Bayern angeschlossen.²⁵

In Ostheim wurde schon am 10. Dezember 1863 ein „Vorschuss- und Sparverein“ gegründet, der damit mit zu den ältesten Genossenschaftsgründungen im heutigen Bayern gehört.²⁶ Damals zählte die gesamte Enklave Ostheim etwa 9000, die Stadt Ostheim etwa 2.400 Einwohner. Die Bevölkerung an den hochgelegenen und unfruchtbaren Basaltabhängen der Rhön war außerordentlich arm; man lebte neben einer dürrftigen Landwirtschaft von der Fabrikation von rohen Holzgeräten. Um die Zeit der Genossenschaftsgründung gab es auch Flanell- und Plüschwebereien.

Ähnlich wie im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha begünstigte die liberale Vereinspolitik der Herzöge von Sachsen-Weimar-Eisenach (Großherzog Karl Alexander, regiert 1853 bis 1901) Genossenschaftsgründungen. Die Statuten wurden von 39 Bürgern unterschrieben, darunter auch vom Bürgermeister. Besondere Verdienste um die Gründung hatte der dortigen Amtsphysikus (Amtsarzt) Dr. Friedrich Eduard Keßler. Dieser war später langjähriger Vorstand des Ostheimer Vereins. Große Verdienste erwarb er sich aber um den 1867 gegründeten Verband der fränkischen Kreditgenossenschaften, dem ersten Genossenschaftsverband Bayerns.

Durch einen 1873 publizierten Bericht²⁷ Keßlers über die medizinischen Zustände in seinem Physikatsbezirk Ostheim v.d. Rhön erfahren wir auch indirekt die Motive für die Gründung der Genossenschaft. Es ging dabei, und das dürfte für viele der Gründungen im fränkischen Bereich gelten, vor allem auch um die Abwehr der jüdischen Händler, die als Kreditgeber den meisten Nutzen von der Arbeit der Gewerbetreibenden hatten. Kessler schreibt über die entsprechenden Zustände in Ostheim, dass die dortige wirtschaftliche Entwicklung gehemmt sei durch die Abhängigkeit eines Großteils der Bevölkerung von einem stark vertretenen jüdischen Händlerstand, dem durch langjährige Tradition alle Ergebnisse der mühsamen Arbeit zufließen.²⁸

Werfen wir insoweit noch einen kurzen Blick auf die Tätigkeit des Amtsphysikus Keßler, der, obwohl Beamter des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, zu den Genossenschaftspionieren in Bayern zählen darf. Keßler war bis 1859 an der Kreisirren-

²⁵ 1741 und 1920 Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, dann Freistaat Thüringen.

²⁶ RUHLAND, S. 40 ff.; 1863/1963 Volksbank Ostheim v. d. Rhön e.G.m.b.H. 100 Jahre im Dienste der heimischen Wirtschaft, Ostheim v. d. Rhön 1963.

²⁷ Die epidemischen Krankheiten in und um Ostheim v.d. Rhön in den Jahren 1859-1871. Zusammenge stellt nach epidemiologischen Monatsberichten des H. A. Dr. Kessler daselbst, in: Correspondenzblätter des Allgemeinen ärztlichen Vereins von Thüringen, 1873, Nr. 11.

²⁸ aaO.

anstalt in Jena tätig und kam dann als Amtsphysikus nach Ostheim v. d. Rhön, wo er von 1859 bis 1871 amtierte. Vor und nach der Gründung der Ostheimer Genossenschaft stand er im lebhaften Briefwechsel mit Schulze-Delitzsch.²⁹ Keßler war nicht nur lange Zeit 1. Vorsitzender der Ostheimer Genossenschaft, sondern war dann 1867 Mitbegründer des „Unterverbands der Kreditgenossenschaften in den fränkischen Ländern“, des ersten Genossenschaftsverbands in Bayern.

Keßlers Engagement für die fränkischen Genossenschaften, die ja im Königreich Bayern lagen, ist deswegen bemerkenswert, weil Keßler ja in der Enklave Ostheim v.d. Rhön Beamter des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach amtierte und somit die liberale Vereins- und Genossenschaftsgründungspraxis der thüringischen Fürstentümer (siehe Coburg) nach Bayern exportierte. Keßler gehörte zu den typischen Gründungsvätern der Genossenschaftsbewegung: Liberal, belesen, wissenschaftlich tätig auch mit Blick auf die Nöte der Untertanen. Da er als Amtsphysikus die Pflicht hatte, ähnlich wie seine bayerischen Kollegen, regelmäßig an die Regierung über den Zustand seines Landgerichts in medizinischer, wirtschaftlicher und volkscundlicher Beziehung zu berichten,³⁰ konnte er die Verhältnisse in seinem Physikatsbezirk, die schließlich zur Genossenschaftsgründung von 1863 führten, genau. Mit dem Ende seiner Amtszeit in Ostheim im Jahre 1871 dürfte auch die Verbindung Keßlers zur Ostheimer Genossenschaft und zum fränkischen Genossenschaftsverband abgerissen sein. Keßler wird nach 1871 Direktor der Irren- und Siechenanstalt Blankenheim (Thüringen), wo er am 30. Januar 1900 stirbt. Die Ostheimer Gründung wurde erst 1875 in eine „eingetragene“ Genossenschaft umgewandelt. 1919 erfolgte die Umwandlung in eine Genossenschaft mit „beschränkter Haftung“. Aus ihr entwickelte sich die Volksbank Ostheim, die in der Raiffeisen-Volksbank Ostheim (heute: VR Bank Main-Kinzig-Büdingen eG) aufgegangen ist.³¹

f. 1864 Januar 1: Bürgerlicher Spar- und Darlehens- Unterstützungs-Verein in Nürnberg

Der Bürgerlicher Spar- und Darlehens- Unterstützungs-Verein in Nürnberg vom 1. Januar 1864, eine registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung³² ging aus einer am 1. September 1859 gegründeten Spar-, Vorschuss-, Witwen- und Waisen- Pensions- Kassa (registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht) in Nürnberg hervor. Es handelte sich dabei um eine Sparkasse mit wöchentlich zu leistende Einlagen, die in ihrer Konstruktion ein Mittelding zwischen Genossenschaft und Sparkasse darstellte

²⁹ RUHLAND, S. 41.

³⁰ Umfangreiche Physikatsberichte wie im Königreich Bayern scheint es im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach nicht gegeben zu haben; zumindest ist das Schriftgut der Physikatsärzte noch nicht publiziert und von den Historikern ausgewertet worden, wie das in Bayern geschehen ist.

³¹ RUHLAND, S. 42.

³² BayHStA MInn 52714.

5. Genossenschaftsverbände ab 1867

Die Genossenschaftsgründungen nahmen in den 60er Jahren auch in Bayern so zu, dass es bald zur Gründung von Genossenschaftsverbänden kam. Der erste Verband war, wie bereits erwähnt, der im Jahre 1867 gegründete „Unterverband der Fränkischen Vorschuss- und Kreditgenossenschaften“,³³ dessen erster Vorsitzender der Amtsphysikus (Amtsarzt) Dr. Eduard Keßler war, der bei der Gründung der Ostheimer Genossenschaft 1863 führend beteiligt war. Diesen Posten bekleidete von 1871-1872 auch der Landtagsabgeordnete Carl von Crämer, der uns auch bei den Beratungen zum Genossenschaftsgesetz begegnen wird. Für einen gesamtbayerischen Genossenschaftsverband machte sich vor allem der königliche Rat Dr. Franz Xaver Proebst stark, der mit Schulze-Delitzsch befreundet war. Dieser schrieb an Proebst am 18. Dezember 1869 aus Potsdam: Ebenso bin ich gerne zur Mitwirkung bereit, wenn Sie für diejenigen Genossenschaften, die nicht Consumvereine sind, die Gründung eines Süd-Baierischen Genossenschaftsverbandes anregen wollen und würden eventuell, wenn sie sich rechtzeitig vorher darüber mit mir verständigen, zu einer zu dem Zwecke zu berufenden Versammlung von Vertretern dieser Genossenschaften selbst dorthin kommen.³⁴ Im Frühjahr 1871 richtete man auf Anregung von Proebst den Fränkischen Verbandstag in München aus, um den Zusammenschluss auf gesamtbayerischer Ebene voranzutreiben, aber das Vorhaben scheiterte. Im Sommer wurde auf einem neuen Verbandstag beschlossen, dass der Fränkische Verband bestehen bleiben (und nicht in einem gesamtbayerischen Verband aufgehen) soll. Den Genossenschaften in der Oberpfalz, Oberbayern, Niederbayern und Schwaben wurde empfohlen, einen eigenen süddeutschen Verband zu gründen. Dies geschah dann im April 1877 unter Anwesenheit von Schulze-Delitzsch: Zehn südbayerische Genossenschaften schlossen sich unter dem nicht ganz zutreffenden Titel „Bayerischer Genossenschaftsverband mit dem Sitz in München“ zusammen. Erster Direktor wurde Dr. Franz Xaver Proebst, der zu dieser Zeit Direktor des Statistischen Amtes der Stadt München war.³⁵ Zu einer gesamtbayerischen Gründung kam es erst 1902. Den Raiffeisen-Genossenschaften gelang ein solcher Zusammenschluss schon 1897.³⁶

6. Sparkassen und Genossenschaftsgründungen

Bei den oben erwähnten ersten Genossenschaften lassen sich als Hauptmotiv für die jeweiligen Gründungen die schlechte wirtschaftliche Lage des einheimischen Gewerbes

³³ Ludwig HÜTTL, 1893-1993, Genossenschaftsverband Bayern (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V. München. Eine Chronik der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftsverbände in Bayern seit dem 19. Jahrhundert, München 1993, S. 352-372.

³⁴ RUHLAND, Die Anfänge, S. 48.

³⁵ Zur Geschichte des Bayerischen Genossenschaftsverbandes vgl.: 1902-1907, 75 Jahre Bayerischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V. München, mit Jahresberichts, München 1978, S. 7 f., N.L. KROIDL u. M. IRL, Bayerischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V. Festschrift zum 50jährigen Jubiläum, München 1952; Ludwig HÜTTL, 1893-1993, Genossenschaftsverband Bayern (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V. München. Eine Chronik der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftsverbände in Bayern seit dem 19. Jahrhundert, München 1993, S. 352-372.

³⁶ E. HOHENEGG, Raiffeisen in Bayern. 1893-1968. 75 Jahre Raiffeisenverband, Bayerische Raiffeisen-Zentralkasse, München 1968.

und der fehlende Kredit ausmachen. Es bedarf daher noch kurz einer Erörterung, inwieweit sich diese ersten Genossenschaftsgründungen von den Sparkassengründungen unterscheiden, die ja bereits kurz nach den napoleonischen Kriegen einsetzen und erstmals im Königreich Bayern in der Verordnung „Das Armenwesen betreffend“ vom 17. November 1816 Erwähnung finden (Art. 53). Auch bei den ersten Sparkassengründungen³⁷ ging es darum, das Gewerbe durch Kredite zu fördern, darüber hinaus aber auch, den ärmeren Schichten der Bevölkerung, insbesondere den Dienstboten, die Möglichkeit zu geben, Kapital anzusparen, das ihnen später eine gesicherte Existenz, insbesondere eine Heirat ermöglichte.

Im Unterschied zu den späteren Genossenschaftsgründungen ging die Gründung von Sparkassen in der Regel auf die Initiative von öffentlichen Stellen aus und gehört zunächst in den großen Bereich der Armenpflege. Sparkassen, wie etwa die älteste bayerische Sparkasse in Nürnberg von 1821,³⁸ waren in der Regel

kommunale Institute, die auf Kosten und auf Risiko der jeweiligen Kommune arbeiteten. Sparkassen waren also in der Regel öffentliche Institute und daher im Unterschied zu den Genossenschaften rechtlich unselbständig. Selbst dort, wo wie in Augsburg 1822 die Sparkasse zunächst von einem Bankhaus (Lorenz Schaezler)³⁹ gegründet wurde, flüchtete man sich nach kurzer Zeit (1830) unter die Fittiche der Stadt. Die staatliche Überwachung der Sparkassen führte zu störenden Eingriffen, etwa durch Anbindung der Sparkassen an die staatliche Staatsschuldenkommission oder durch Festlegung des Zinssatzes oder der Einlagenhöhe.

All diese Beschränkungen hatten die Genossenschaften nicht und es war eines der Hauptanliegen von Schulze-Delitzsch, den staatlichen Einfluss auf Genossenschaften zu begrenzen bzw. auszuschließen, auch wenn sich dieser Einfluss auf finanzielle Zuschüsse beschränkte. Das schloss freilich nicht aus, dass viele Genossenschaften bei ihren Kreditgeschäften auf die Hilfe von Sparkassen zurückgriffen. Bestes Beispiel ist etwa der am 25. Mai 1867 gegründete „Landwirtschaftliche Kreditverein Auerberg“,⁴⁰ der auf Anregung des Bezirksamtmanns von Oberdorf (heute Marktoberdorf) gegründet wurde, weil die dortige Distriktsparkasse nur Hypothekendarlehen vergeben durfte. Die von 65 Bürgern gegründete Genossenschaft nutzte zwar bei Kassengeschäften das Know-how der Sparkasse, war aber völlig selbständig und konnte 1869 sogar eine Dividende von 8% ausschütten. Ähnliche Kooperationen zwischen dem kommunalen Instituten der Sparkassen und den rechtlich selbständigen Genossenschaften, die ja vielfach die gleiche Zielsetzung hatten, finden sich auch an zahllosen anderen Standorten.

³⁷ Zum Sparkassenwesen in Bayern vgl. Bodo SPIETHOFF, Ungewollt zur Größe. Die Geschichte der bayerischen Sparkassen, München 1958; Ausstellungskatalog ARMENFÜRSORGE UND DASEINVORSORGE. Dokumente zur Geschichte der Sozialgesetzgebung und des Sparkassenwesens in Bayern, München 1997 (mit Lit.).

³⁸ Leonhard BENKER, Die Geschichte der Stadtparkasse Nürnberg von der Gründung bis zum Jahre 1938, in: Tradition und Fortschritt. 140 Jahre Stadtparkasse Nürnberg, Nürnberg 1961, S. 49-120.

³⁹ Wolfgang ZORN, Johann Lorenz und Ferdinand Benedikt von Schaezler, in: Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd. 3, München 1954, S. 369-388.

⁴⁰ Vgl. dazu RUHLAND, S. 45 f.

7. Arbeiterbildungsvereine und Genossenschaftsgründungen

Noch nicht untersucht ist die Rolle, die Arbeiterbildungsvereine⁴¹ in Bayern in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts für die Gründung der ersten Genossenschaften gespielt haben. Arbeiterbildungsvereine gibt es schon seit den 30er Jahren auf dem Gebiete des Deutschen Bundes. Sie wurden meistens auf Initiative des liberalen Bürgertums, in vielen Fällen auch von Handwerkern und Arbeitern selbst gegründet. Sie dienten der allgemeinen Vermittlung von Wissen und Bildung, aber auch der fachlichen Fortbildung. Wichtigstes Instrument dieser Bildungsvereine waren neben Lesesälen, in denen vor allem Zeitschriften ausgelegt wurden, Vorträge aller Art. Einer der ersten Bildungsvereine Deutschlands wurde 1833 in Erlangen gegründet (Bildungsverein der Brauereiarbeiter), in der Folgezeit finden sich in Bayern aber kaum Gründungen dieser Art, was besonders der strengen Überwachung der Vereine und der Zensur unter dem autoritären König Ludwig I. zu danken ist. Viele liberale und sozialistische Intellektuelle (etwa Karl Marx oder Friedrich Engels) suchten über Arbeiterbildungsvereine Einfluss auf die Arbeiter zu bekommen, was zu einer strengen Überwachung dieser Vereine durch die Polizei führte. Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848, während der viele Arbeiterbildungsvereine gegründet wurden (in Landshut etwa von den Gesellen, während die Handwerksmeister einen Gewerbeverein gründeten), mussten sich die Mitglieder des Deutschen Bundes verpflichten, besonders streng gegen Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine vorzugehen (1854). In den 60er Jahren lösten sich viele Arbeiterbildungsvereine aus ihrem demokratisch-bürgerlich-liberalen Umfeld und verfolgten eine radikale und revolutionäre Politik. Sie waren die Keimzelle der Sozialdemokratie. In München, wo der einzige bedeutende Arbeiterbildungsverein Altbayerns bestand, an dessen Gründung bzw. Wiederbegründung im Jahre 1862 Julius Knorr beteiligt war, war der Verein weiterhin dem bürgerlich-liberalen Lager verhaftet und hielt streng zur Fortschrittspartei von Knorr und Völk. Erst später (1909) spaltete sich ein sozialistischer Arbeiterbildungsverein „Vorwärts“ ab. Der „bürgerliche“ Arbeiterbildungsverein betrieb eine große Bibliothek, über deren Bestand die Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung in Coburg im Jahre 1866 (S. 1034) berichtete. Die Bibliothek umfaßte 663 Bände sowie 19 Abonnements aktueller Zeitschriften. Erster Vorstand war der Schriftsetzer Friedrich Strohbach, zweiter Vorstand ein Herr Heisinger. Im Landtag hatte der Münchner Arbeiterbildungsverein in Dr. Carl Adler seit 1869⁴² einen besonderen Verbündeten gefunden.

Auch die Genossenschaften verdächtigte man der Nähe zu den politisch agierenden Arbeiterbildungsvereinen, was in einigen Fällen sicher der Fall war. Das gilt auch für den Münchner Arbeiterbildungsverein, der am 16. April 1862 von Vertretern des linken Flügels der bayerischen Fortschrittspartei gegründet wurde. Die Gründer Julius Knorr und August Napoleon Vecchioni (der seit 1862 die Münchner Neuesten Nachrichten redigierte) waren wie die Gründer der ersten bayerischen Genossenschaft schon 1848 aktiv.

Die Mitgliedszahl des Münchner Arbeiterbildungsvereins stieg von 27 im Gründungsjahr auf 1000 im Jahre 1864, was die große Bedeutung dieser Gründung unterstreicht.

⁴¹ Karl BIRKER, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840.1870, Berlin 1973.

⁴² Vgl. Anmerkung Nr. 164.

Die Initiativen zu den Genossenschaftsgründungen und zur Genossenschaftsgesetzgebung in Bayern gehen also nicht zuletzt von einem Kreis liberaldemokratischer Bürger aus, die sich aus der Revolutionsbewegung von 1848 rekrutierten und die bei der Gründung von Arbeiterbildungsvereinen und der bayerischen Fortschrittspartei in vorderer Front stand.

II. DIE GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG IM BAYERISCHEN LANDTAG

1. Der Landtag des Königreichs Bayern und seine rechtliche Stellung .⁴³

a. Ständeversammlung

Als einer der ersten deutschen Staaten erhielt das Königreich Bayern am 26. Mai 1818 eine Verfassung und mit ihr eine das ganze Land repräsentierende so genannte Ständeversammlung. Dieses Parlament trat im Januar 1819 erstmals zusammen; es bestand aus zwei Kammern, die der Reichsräte und die der Abgeordneten, unterteilte Ständeversammlung, der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten. Deren Befugnisse waren in der Verfassungsurkunde vergleichsweise unverbindlich formuliert. In der Präambel der Verfassung heißt es dazu: Eine Standschaft – hervorgehend aus allen Klassen der im Staate ansässigen Staatsbürger, - mit den Rechten des Beirats, der Zustimmung, der Willigung, der Wünsche, der Beschwerdeführung wegen verletzter verfassungsmäßiger Rechte, - berufen, um in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Regierung zu verstärken, ohne die Kraft der Regierung zu schwächen.⁴⁴

Der wesentlichste Grund für die Einführung der Ständeversammlung war im Übrigen nicht die liberale Gesinnung des Monarchen (König Max I. Joseph), auch wenn in der Präambel vom „freien Entschluß“ des Königs die Rede ist, dem das „Glück des Vaterlandes“ sowie die „Liebe seines Volkes“ so sehr am Herzen liegen. Wesentlicher Grund für die Erstellung der Verfassung war die katastrophale finanzielle Situation des Königreichs, das wieder einmal vor dem Staatsbankrott stand. Der Monarch galt für die ihn bisher finanzierenden Bankhäuser (vor allem das Bankhaus Seligmann) bereits 1817 nicht mehr als kreditwürdig. Der damalige Finanzminister Lerchenfeld (und natürlich auch das „Bankenkonsortium“) empfahl daher dringend die Einrichtung einer Landesrepräsentation aus den vermögenden Untertanen, die quasi als Haftungsgrundlage das Königreich wieder kreditwürdig machen könnte. So geschah es. Daher ist die in der Regel völlig unbeachtete Bestimmung in Titel VII § 11 der Verfassungsurkunde die vielleicht wichtigste. Sie lautet: Die gesamte Staatsschuld wird unter die Gewährleistung der Stände gestellt. Zu jeder Staatsschuld, wodurch die zur Zeit bestehende Schuldenmasse im Kapitalbetrag oder der jährlichen Verzinsung vergrößert wird, ist die Zustimmung der Stände des Reichs erforderlich. Wenn man einen Blick auf die Zusammensetzung vor allem der 1. Kammer der Reichsräte wirft, wird klar, dass diese Versammlung der Standesherrn und größten Grundbesitzer des Landes nicht nur theoretisch, sondern durchaus realiter in der Lage gewesen wären, die gesamte Staatsschuld zu „gewährleisten.“ Die erste Kammer bestand, wie unten auszuführen ist, aus erblichen und ernannten Mitgliedern, vornehmlich aus den ehemaligen reichsunmittelbaren und seit 1806 mediatisierten Standesherrn, die damit eine gewisse politische Kompensation für den Verlust ihrer Selbstständigkeit erhielten. Wenn der König jedoch gehofft hatte, dass diese erste Kam-

⁴³ Vgl. dazu SEYDEL, Bd. 2, S. 215 ff.

⁴⁴ Gesetzblatt für das Königreich Baiern 1818, Sp. 103.

mer wegen dieser Standesherrn und wegen der ebenfalls dazugehörenden Prinzen zur unbedingten Stütze einer monarchischen konservativen Politik werden würde, so hat ihn und vor allem seinen Nachfolger Ludwig I. die Geschichte eines besseren belehrt. Die Mitglieder der 1. Kammer teilten keineswegs immer die Meinung des Königs und seines Ministeriums, sondern entwickelten in manchen Punkten ein beachtliches Selbstbewusstsein, das natürlich auch mit ihrer vergleichsweise unangreifbaren Stellung zusammenhing. In manchen Punkten wurden in der ersten Kammer der Ständeversammlung erstaunlich liberale Meinungen geäußert. Zu einem Instrument der monarchischen Beeinflussung des Parlaments ist die Kammer der Reichsräte jedenfalls bis zu ihrer Auflösung 1918 jedenfalls nie geworden.⁴⁵

b. Landtag

Nach der Abdankung König Ludwig I. im Jahre 1848 wurden durch mehrere Verfassungsänderungen die Stellung der Ständeversammlung, die nun den Namen „Landtag“ trug, verbessert. Dies betraf vor allem die Kammer der Abgeordneten. Während bis zum Jahre 1848 die Wahl der Abgeordneten nach Kurien geschah (Grundbesitzer, welche eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausüben, Abgeordnete der Universitäten, Geistliche der katholischen und protestantischen Kirche, Abgeordnete der Städte und Märkte sowie Landeigentümer), wurde jetzt nach dem Prinzip der allgemeinen und gleichen Wahl nach Wahlbezirken gewählt, wobei zwar die Wahlberechtigung von der Steuerleistung abhing, ohne dass aber dabei wie in Preußen die hochbesteuerten besondere Vorteile genossen.

Auch nach 1848 bildete der bayerische Landtag kein einheitliches Kollegium, sondern er bestand weiterhin aus zwei Kollegien oder Kammern, welche selbstständig berieten und beschlossen, aber nur einheitlich gesetzgeberisch tätig werden konnten: Nur die übereinstimmende Willenserklärung beider Kammern gegenüber dem König stellte eine entsprechende staatsrechtlich gültige Willenserklärung dar.⁴⁶ Sobald ein übereinstimmender Beschluss beider Kammern zustande gekommen war, wurde er dem Gesamtstaatsministerium übersandt und von diesem dem König unterbreitet. Der König traf dann seine Entscheidung sogleich nach der Vorlage oder spätestens beim Schluss der Versammlung im so genannten Landtagsabschied.⁴⁷

Wenn sich die Kammern nicht einigten, durfte der jeweilige Gegenstand in der Legislaturperiode nicht mehr beraten werden.⁴⁸

Die Staatsrechtslehre unterschied einerseits die politischen Rechte des Landtags, bei denen es um seine Zuständigkeiten im Staatsleben ging und andererseits seine kollegialen Rechte, die das innere Leben der beiden Landtagskollegien betrafen.

⁴⁵ Dazu ausführlich für die 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts die Arbeiten von LÖFFLER und OSTADAL: Für die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts fehlen entsprechende Arbeiten.

⁴⁶ SEYDEL, Bd.1. S. 217.

⁴⁷ SEYDEL, Bd.1. S. 221.

⁴⁸ SEYDEL, Bd.1. S. 217.

Die politischen Rechte unterteilte man in materielle und formelle Rechte. Die materiellen Rechte betrafen vor allem die Gesetzgebung und die Aufstellung des Staatshaushalts.⁴⁹

Zu den formellen Rechten des Landtags gehörten vor allem das Recht auf Information, das Petitionswesen, die Verfassungsbeschwerde und die Ministeranklage.

c. Die erste Kammer, die Kammer der Reichsräte.

In der Kammer der Reichsräte waren die durch Geburt oder durch königliche Ernennung legitimierten Vertreter der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Oberschicht und der politischen Führungsschicht des Königreichs versammelt.⁵⁰

In Titel VI § 2 der Verfassungsurkunde hieß es dazu:

Die Kammer der Reichsräte ist zusammengesetzt aus

1. den volljährigen Prinzen des königlichen Hauses,
2. den Kronbeamten des Reiches,
3. den beiden Erzbischöfen (München-Freising und Bamberg)
4. den Häuption der ehemals reichsständischen fürstlichen und gräflichen Familien, als erblichen Reichsräten, solange sie im Besitze ihrer vormals reichsständischen, in Bayern gelegenen Herrschaften bleiben,
5. einem vom Könige auf Lebenszeit ernannten Bischof und dem jedesmaligen Präsidenten des protestantischen Generalkonsistoriums,
6. aus denjenigen Personen, welche der König entweder wegen ausgezeichneter dem Staate geleisteter Dienste, oder wegen ihrer Geburt, oder ihres Vermögens zu Mitgliedern dieser Kammer entweder erblich oder lebenslang besonders ernennt.⁵¹

d. Die zweite Kammer, die Kammer der Abgeordneten.

Die Abgeordneten der Zweiten Kammer wurden von den volljährigen, Steuer zahlenden bayerischen Staatsbürgern (männlichen Geschlechts) gewählt.⁵²

Die Abgeordnetenwahl erfolgte grundsätzlich für sechs Jahre oder nach der Auflösung der Kammer durch den König, die dieser jederzeit vornehmen konnte. Solche Landtagsauflösungen geschahen etwa am 25.3.1855 oder am 28.2.1863 und zuletzt am 6.10.1869. Bis 1911 kam es dann zu keinen Landtagsauflösungen mehr. Der Auflösung musste eine Neuwahl nach drei Monaten folgen.⁵³

Das Plenum der Ständeversammlung bzw. des Landtags tagte öffentlich. Wichtig war, dass die Wortprotokolle gedruckt wurden. Auf diese Weise konnten Meinungen an die

⁴⁹ SEYDEL, Bd. I. S. 219.

⁵⁰ SPINDLER, Bd. IV/I, S. 287.

⁵¹ Gesetzblatt für das Königreich Baiern 1818, Sp. 121 f.

⁵² SPINDLER, Bd. IV/I, S. 287.

⁵³ Dieter C. UMBACH, Parlamentsauflösung in Deutschland. Verfassungsgeschichte und Verfassungsprozeß, Berlin 1990.

Öffentlichkeit gelangen, die sonst ein Opfer der bis 1848 sehr rigiden Zensur geworden wären.

Zu Beginn jeder Landtagsversammlung wurden die fünf ständigen und die besonderen Ausschüsse gebildet, dazu unten mehr.

Grundlage der Beratungen der Kammer waren die Vorlagen der Staatsregierung sowie die Anträge und Interpellationen der Abgeordneten bzw. Fraktionen. Eine eigene Gesetzesinitiative besaßen die beiden Kammern zwar seit 1848, aber nur, wenn sie sich einig waren. Darüber hinaus bedurften diese Gesetze der Sanktion des Königs (der Regierung). Das heißt, man musste die entsprechenden Gesetzesentwürfe dem Gutdünken der Regierung anheimstellen oder mit der Regierung aushandeln. Damit war nur ein indirektes, aber beim Zusammenwirken beider Kammern durchaus wirkungsvolles Initiativrecht gegeben, wie die Geschichte der bayerischen Genossenschaftsgesetzgebung zeigt.

Die jeweiligen Beratungsmaterien, etwa die Gesetzentwürfe wurden nach Vorberatungen oder auch unmittelbar an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Von dort gelangten sie mit einem Votum des Ausschusses wiederum an das Plenum zu zweiter Beratung und Beschlussfassung. Beschlüsse wurden außer bei Verfassungsgesetzen mit einfacher Mehrheit gefasst. Dies geschah in jeder der Kammern separat. Dann musste man sich, was (wie im Falle der Genossenschaftsgesetzgebung) oft der schwierigste Teil des Verfahrens war, auf einen gemeinsamen Beschluss (Gesamtbeschluss) beider Kammern einigen. Dieser konnte dann vom König angenommen oder verworfen werden. Die entsprechende Verlautbarung findet sich dann im königlichen Landtagsabschied.⁵⁴

e. Der Geschäftsgang der Kammern des Landtags

Die Einberufung, Eröffnung oder Schließung der beiden Kammern war allein Sache des Königs. Dieses Recht war nach den Reformen von 1848 das einzige Druckmittel, das der König besaß, um Entscheidungen zu erzwingen oder zu verhindern. Die Einberufung der Kammern (sie konnten immer nur gleichzeitig einberufen und aufgelöst werden) musste spätestens alle drei Jahre (Tit. VII § 22 der Verfassungsurkunde), seit dem Gesetz vom 10.7.1865 alle zwei Jahre erfolgen und zwar für eine Dauer von regelmäßig nicht länger als zwei Monaten.⁵⁵ Doch konnte die Session vom König verlängert werden (Titel VII § 23. der Verfassungsurkunde). Wenn sich die beiden Kammern einig waren und ein Gesamtbeschluss beider Kammern vorlag, wurde dieser dem Staatsministerium übersandt und von diesem dem König unterbreitet. Dieser erhielt natürlich auch Kenntnis von den sonstigen Vorlagen jeder Kammer.⁵⁶

⁵⁴ SPINDLER, S. 364.

⁵⁵ KOTULLA, Michael, Deutsches Verfassungsrecht 1806-1918, S. 216.

⁵⁶ SEYDEL, Bd.1. S. 310.

aa. Das Gesetzgebungsverfahren

Die Gesetzesinitiative lag trotz der Zugeständnisse von 1848 bis zum Ende der Monarchie de facto beim König und der Regierung. Doch wurde die Regierung nicht selten auch auf Antrag des Landtags hin tätig, wie etwa bei der Genossenschaftsgesetzgebung, die vor allem durch Anträge des Abgeordneten Dr. Joseph Völk angestoßen wurde.

Ein aus der Mitte des Landtags kommender Antrag wurde zunächst durch einen Ausschuss behandelt, der die formale Ordnungsmäßigkeit des Antrags und die Zuständigkeit des Landtags vorprüfen musste und dann den Antrag dem Plenum zur Annahme oder Ablehnung unterbreitete. Sodann wurde der Antrag an den zuständigen Ausschuss weiterverwiesen, der seinerseits einen Berichterstatter bestimmte, der den Antrag im Ausschuss vor der Diskussion und Beschlussfassung referieren musste. Die Ausschüsse tagten unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die grundlegenden Bestimmungen für das Ausschusswesen waren in der X. Verfassungsbeilage enthalten und besaßen somit Verfassungsrang.⁵⁷ Nach 1848 wurden diese Bestimmungen moderiert. Insbesondere konnten durch die Geschäftsordnungen des Landtags bzw. der Kammern ergänzende Regelungen getroffen werden.

Es gab fünf bis sechs Kernausschüsse und nach Bedarf, insbesondere bei schwierigen Einzelthemen oder Gesetzesvorhaben auch Sonderausschüsse. Nach dem Zusammentreten des 21. Landtags am 15. Juni 1863 kam es beispielsweise zur Bildung von fünf Kernausschüssen und zu mehreren Sonderausschüssen: Der erste Ausschuss war der dem Justizministerium zugeordnete Gesetzgebungsausschuss. Der zweite befasste sich mit Finanzen (Steuern) und der Staatsschuld, der dritte mit der inneren Verwaltung, der vierte mit Beschwerden wegen Verletzung der Staatsverfassung und der fünfte schließlich mit der Vorprüfung von Anträgen. Daneben gab es noch Sonderausschüsse für die Adresse an den König (= Antwort auf die königliche Eröffnungsrede - Adressdebatte), einen Ausschuss für die Beratung der Zivilprozessordnung (der sogar nach Vertagung des Landtags am 26. September 1863 am 4. Januar 1864 separat einberufen wurde), so- dann gab es noch Sonderausschüsse für die Beratung der Gemeindeordnung, der Wehrverfassung und der sozialen Gesetzgebung.

Einen permanenten Ausschuss, der die Zeit zwischen den Landtagssessionen überbrückte, gab es in Bayern nicht. Nach dem Gesetz vom 12.5.1848 über die Behandlung neuer Gesetzbücher gab es aber die Möglichkeit, für bestimmte Gesetzgebungsvorhaben Ausschüsse auch zwischen den Sessionen einzusetzen. Dies war Aufgabe des Königs. Max II. hat davon, trotz des dringenden Gesetzgebungsbedarfs, nur zögerlich Gebrauch gemacht.

In der Kammer der Abgeordneten bestanden die Ausschüsse aus sieben bis neun Mitgliedern. Das jeweils älteste Mitglied hatte den Vorsitz, während die Sekretäre und die Referenten von den Ausschussmitgliedern gewählt wurden.

⁵⁷ X. Verfassungsbeilage, 2. Titel, § 25-39, GO KdA 1825, 4. Abschnitt; GO KdA 1831, 3. Abschnitt.

bb. Einberufung und Vertagung des Landtags

Ein besonders kritischer Punkt im Verhältnis zwischen Monarchen und Landtag war die Einberufung und die Vertagung des Landtags. Nach Tit. VII § 22. der Verfassungsurkunde musste der König den Landtag alle drei Jahre einberufen. Nach § 23. stand ihm das Recht zu, den Landtag jederzeit zu vertagen, also auf unbestimmte oder bestimmte Zeit zu unterbrechen. Nach Meinung der Fortschrittspartei begann die Dreijahresfrist mit der Einberufung des Landtags, nicht aber mit der Wiedereinberufung nach einer Vertagung, da die Landtagssession von der Eröffnung bis zur förmlichen Schließung reichte. Sehr aktuell wurde diese Frage, nachdem mit dem Gesetz über die Verkürzung der Finanzperioden vom 10. Juli 1865 der Landtag alle zwei Jahre einmal versammelt werden musste, da er zumindest das Budget zu beschließen hatte. Bis dahin hatten die Finanzperioden jeweils sechs Jahre gedauert, d.h. es wurde nur alle sechs Jahre über das Budget Beschluss gefasst.

Da die Abgeordneten auf sechs Jahre gewählt wurden, amtierte jeder Abgeordnete demnach im Normalfall zwei Landtagsperioden, seit 1865 drei Landtagsperioden, außer der Landtag wurde vom König aufgelöst, dann mussten die Abgeordneten neu gewählt werden.

2. Die erste Initiative des Abgeordneten Dr. Joseph Völk auf Erlass eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes 1863**a. Landtag und Regierung im Jahre 1863**

Die Regierungszeit König Max II. war im ersten Jahrzehnt von dem Gegensatz zwischen Landtag einerseits und König sowie Ministerium andererseits bestimmt. Der liberale Landtag drängte in seiner Mehrheit auf die Verwirklichungen der Forderungen von 1848, während der König und sein Ministerium versuchten, die Zugeständnisse von 1848 rückgängig zu machen. Führer der Opposition im Landtag war der Würzburger Universitätsprofessor Dr. Ludwig Weis, der uns später noch als „gezähmter“ Regierungsbeamter und Verfasser des Regierungsentwurfs zum Genossenschaftsgesetz begegnen wird.

Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Landtag mit der Ernennung des reaktionären Innenministers Graf Reigersberg im Jahre 1852. Reigersberg machte sich vor allem wegen seiner Pressepolitik unbeliebt, darüber hinaus versuchte er mit Rückendeckung des Königs, hinter dem als Berater der ehemalige Minister Abel stand, möglichst viele der liberalen Gesetze des Jahres 1848

rückgängig zu machen. 1854 legt er ein neues Landtagswahlgesetz vor, das das liberale Wahlgesetz vom 4.6.1848 vollständig revidiert hätte. Der Landtag weigerte sich, wieder auf das Niveau von 1818 zurückgebracht zu werden. Am 25. März 1855 führten die Auseinandersetzungen zur Landtagsauflösung. Diese war schon von langer Hand geplant, da sich Reigersberg von den Neuwahlen Einbußen der Opposition erhoffte. Doch im Gegenteil wurde die liberale gemäßigte Opposition gestärkt und der neugewählte (17.) Landtag, der am 1. September 1855 zusammentrat, setzte seine Opposition gegen die Regierung fort. Im Juli 1856 wurde der Landtag beendet. Der 18. Landtag, der am 25. September 1858 zusammentrat, dauerte nur 6 Tage, denn er wurde bereits am 30. September 1858 aufgelöst, nachdem die Abgeordnetenversammlung demonstrativ Ludwig Weis zum zweiten Präsidenten gewählt hatte. Bei den Neuwahlen zum 19. Landtag im Herbst 1859 gewannen die Liberalen wiederum die Mehrheit. Wieder drohte ein Stillstand in allen Gesetzesvorhaben. Die Eröffnung des (19.) Landtags am 15. Januar 1859 war für den König wenig erfreulich, da in der Adresse deutliche Kritik an den Beratern des Königs und am Ministerium geübt wurde. Der König weigerte sich die Adresse anzunehmen und beendete den Landtag, kaum dass er zusammengetreten war, am 26. März 1859. Schon der nächste Tag aber brachte die überraschende Kunde, dass von der Pfordten seines Ministerpostens enthoben und zum Bundestagsgesandten ernannt sei. Am 9. April wurde ein neues Kabinett mit Neumayer als Minister des Inneren und v. Schrenck als Minister des königlichen Hauses und des Auswärtigen berufen. Es wurde bekannt, dass der König nach schwerem Kampf sich selbst diese Nachgiebigkeit abgerungen und seinen Entschluß mit den schönen Worten begründet habe; Ich will Frieden haben mit meinem Volke! Auf ganz falschen Voraussetzungen beruht die da und dort ausgesprochene Vermutung, der König habe sich – etwa in Folge zunehmender Kränklichkeit – durch eine Anwendung von Quietismus bewegen lassen; alle Eingeweihten stimmen darin überein, dass er durch Unterordnung des eigenen Willens unter das Gebot der konstitutionellen Staatsform eine peinliche, aber unabweisbare Pflicht zu erfüllen glaubt.⁵⁸

In der neuen Regierung, mit der Max II. den Stillstand der Gesetzgebung überwinden wollte, befanden sich nach der Entlassung Pfordtens am 27. März 1859 der Außenminister und Vorsitzende des Ministerrats Karl Frh. von Schrenck-Notzing⁵⁹ und der Innenminister Max von Neumayr.

Am 14. Juli 1859 kam es zur Eröffnung des (20.) Landtags, der schon am 9. August 1859 wieder vertagt wurde. Am 29. Dezember 1859 trat der Landtag wieder zusammen und arbeitete bis zu seinem Ende am 12. November 1861 sehr erfolgreich. Dieser Land-

⁵⁸ Theodor HEIGEL, König Maximilian II., in ADB Bd. 30 S. 48.

⁵⁹ Karl Freiherr von SCHRENCK-NOTZING (1806-1884) stand seit 1828 im bayerischen Justiz- dann Verwaltungsdienst und war 1845 Regierungspräsident in der Rheinpfalz. Unter König Ludwig II. wurde er 1846 zum Justizminister, dann auch zum Kultusminister ernannt. Regierungspräsident der Oberpfalz, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung 1848 (katholisch-konservativ), 1849 Regierungspräsident von Niederbayern, 1850-1859 bayerischer Bundestagsgesandter. Nach seiner Entlassung am 4. Dezember 1864 als Außenminister und Vorsitzender des Ministerrats war er 1864 bis 1866 wieder als Bundestagsgesandter und dann 1868-1870 als Mitglied des Zollparlaments tätig. In der kritischen Zeit von 1870 bis 1871 bekleidete er den Gesandtschaftsposten in Wien.

tag von 1861 verwirklichte die Ankündigungen des „Grundlagengesetzes“ von 1848. Das wichtigste Gesetz war das vom 10. November 1861 über die Gerichtsverfassung, das die Trennung von Justiz und Verwaltung brachte. Weitere Gesetze waren das Strafgesetzbuch, das Polizeigesetzbuch, das Notariatsgesetz sowie das Gesetz über die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches. Am 12. November 1861 schloss der (20.) Landtag, der erfolgreichste in der Geschichte des 19. Jahrhunderts. Der König war aber nicht gewillt, so schnell einen neuen Landtag einzuberufen. Da nach der Verfassung aber alle drei Jahre (gerechnet ab der Eröffnung des letzten Landtags) ein neuer Landtag einberufen werden mußte, und die Eröffnung des 20. Landtags am 14. Juli 1859 erfolgt war, hätte bis zum Juli 1863 die Einberufung geschehen müssen. Die Wahlperiode der nach der Landtagsauflösung 1858 gewählten Abgeordneten wäre erst nach sechs Jahren, also im Dezember 1864 zu Ende gegangen. Die Regierung war aber nicht gewillt, mit den 1858 gewählten Abgeordneten weiter zu arbeiten. Daher schritt man nicht zur Einberufung der 1858 gewählten Kammer der Abgeordneten, sondern erzwang eine Neuwahl, indem man die Kammer auflöste, ein Recht, das dem König kraft des monarchischen Prinzips zustand und das in Tit. VII § 23. der Verfassungsurkunde niedergelegt war. Man erhoffte sich eine günstigere Zusammensetzung der Kammer nach einer Neuwahl und daher löste der König auf Anraten der Regierung am 28. Februar 1863⁶⁰ die Kammer der Abgeordneten mit der (vorgeschobenen) Begründung auf, dass bis zum 14. Dezember 1864 die Gesetzgebung über die Zivilprozeßordnung nicht abgeschlossen werden könne. Am 14. Dezember 1864 wäre nämlich das Mandat der Abgeordneten (nach sechs Jahren) verfassungsmäßig erloschen.

Das Kalkül der Regierung, nach der Wahl mit einer regierungsfreundlichen Mehrheit arbeiten zu können, ging aber nicht auf. Insgesamt waren bei einer Einwohnerzahl von 4.689.837 Seelen 148 Abgeordnete zu wählen (nach dem Wahlgesetz vom 4. Juni 1848 waren für 31.500 Seelen je ein Abgeordneter zu wählen). Das Ministerium erhoffte vor allem eine Stärkung der rechten liberalen Parteien, doch die Neuwahlen (21.-29. April) erbrachten nicht das gewünschte Ergebnis. Nur 16 von diesen Abgeordneten gehörten der (kleindeutsch gesinnten) Fortschrittspartei an, die sich im Frühjahr 1863 formiert hatte. Stärkste Gruppierung waren die großdeutsch eingestellten Altliberalen.

Bei der feierlichen Eröffnung am 15. Juni 1863 dieses 21. Landtags erklärte König Maximilian II., dass er den Landtag aufgelöst habe, um die Beratung der Zivilprozeßordnung vor jeder „Gefahr der Stockung“ zu bewahren. Er verwies darauf, dass ein Antrag auf gemeinsame Gesetzgebung beim Bund gescheitert sei. Dass dabei die übertriebenen Forderungen des Bundesratsgesandten und ehemaligen Ministers von der Pforden eine wichtige Rolle spielten, blieb freilich unerwähnt.

Der König kündigte Gesetzesvorlagen zur Weiterentwicklung des Gewerberechts, der Gemeindeordnung, des Heimatrechts und der Armenversorgung an. An ein Genossenschaftsgesetz war von Seiten der Regierung indes nicht gedacht.

⁶⁰ Rbl. 1863, Sp. 169-172.

Der Landtag wurde zweimal (über seine normale Sessionsdauer von zwei Monaten hinaus) gem. Tit. VII § 22 der Verfassungsurkunde verlängert und schließlich am 26. September 1863 vertagt. Der Entwurf der Zivilprozessordnung, der ja den Vorwand für die Landtagsauflösung gegeben hatte, war immer noch nicht abschließend beraten. Daher machte der König auf Anraten der Regierung (da es in Bayern zwischen den Landtagen keine ständigen Ausschüsse gab), vom Gesetz vom 12.5.1848 über die Behandlung neuer Gesetzbücher Gebrauch und ordnete an, dass die zur Beratung neuer Gesetzbücher gewählten Ausschüsse am 4. Januar 1864 zusammentreten sollten, um die Zivilprozessordnung zu beraten.

b. Die erste Initiative des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863

1863 brachte Schultze-Delitzsch im preußischen Landtag den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes ein, auf den die preußische Regierung schnell mit einem eigenen Entwurf antwortete. In Bayern reagierte der fortschrittlich-liberale Abgeordnete Dr. Joseph Völk, der ja über seinen Freund Julius Knorr die Verhältnisse beim Münchner Darlehensverein gut kannte, prompt und legte im Landtag den Entwurf von Schulze-Delitzsch mit der Bitte an die Regierung vor, ein ähnliches Gesetz auch in Bayern einzubringen. Dabei verwies er darauf, dass sich wegen der Neugründungen von Genossenschaften – ausdrücklich verwies er auf den Münchner Darlehensverein und die Augsburger Bäcker-genossenschaft – die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung ergeben habe, da weder das Vereinsrecht noch das Handelsrecht eine geeignete Grundlage für die rechtliche Regelung des Genossenschaftswesens boten.

Am 10. August 1863 beantragte Völk die „Vorlage eines Gesetzentwurfs über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthülfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“. Der Antrag hatte den folgenden Wortlaut:⁶¹ Eine der wichtigsten, größten und für unser staatliches und gesellschaftliches Leben folgenreichsten Aufgaben der Gegenwart besteht in der Lösung der sozialen Frage oder doch der gründlichen und zweckentsprechenden Vorbereitung auf die Lösung dieser Frage.

Unter den Bestrebungen zu diesen Vorbereitungen, nehmen die Vereine, welche die Förderung des Kredits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittelst gemeinschaftlichen Gesellschaftsbetriebs auf dem Wege der Selbsthülfe bezwecken, eine hervorragende Stellung ein.

Dazu gehörten namentlich:

- 1) die Vorschuss- und Kreditvereine
- 2) die Rohstoff- und Magazinvereine,
- 3) Vergesellschaftungen zur Produktion und zum Verkauf der gefertigten Waren für gemeinschaftliche Rechnung,
- 4) Consumvereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensbedürfnissen im Großen und zur Abgabe in kleineren Partien an ihre Mitglieder.

⁶¹ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65 Beil. Bd. 5, S. 173.

Ich darf wohl als bekannt voraussetzen, wie sich solche Vereine über den größten Teil Deutschlands und einen Teil Bayerns verbreitet haben, und wie das erfolgreiche Wirken derselben zu ihrer fortwährenden Vermehrung und Ausdehnung in allen Gauen des Vaterlandes beiträgt.

Eben so bekannt ist, welche unvergänglichen Verdienste sich Schulze-Delitzsch um die Bildung, Fortbildung und das segensreiche Wirken dieser Vereine erworben hat.

Diese Genossenschaften sind aber in ihrer Wirksamkeit sowohl ihrem Inneren als nach Außen durch die bestehende Gesetzgebung in beklagenswerter Weise behindert, und es ist diesem Umstand zuzuschreiben, wenn sie sich nicht noch weiter ausbilden und vermehren.

Die bisherige Zivilgesetzgebung hat diese Vereine nicht gekannt, und daher auch auf ihre Bedürfnisse keine Rücksicht nehmen können.

Ihre Lage ist durch die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches nicht gebessert, sondern eher verschlimmert worden, da sie in keine der Formen der Vergesellschaftung passen, welche das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch kennt. Ich verweise hierüber statt alles weiteren Ausführens auf Schulze-Delitzsch, „Vorschuß- und Kreditvereine als Volksbanken“, Leipzig 1862 bei Ernst Keil. Seite 12-29.

Es ist deshalb ganz natürlich, dass sich das Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung dieses Gegenstandes immer lebhafter fühlbar machte. Es wurde deshalb von Schulze-Delitzsch ein Gesetzesentwurf an das preußische Haus der Abgeordneten eingebracht, und es findet sich dieser Entwurf Seite 167 des allegierten Werkes abgedruckt. Derselbe kam in einer Kommission dieses Hauses zur Beratung und ist von derselben mit einigen Abweichungen angenommen worden.

Ich lege einen Abdruck dieses Entwurfes, wie er aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen und in Nr. 6 der „Innung der Zukunft“ vom Juni 1863 enthalten ist, hier an, weil hierdurch das, was ich durch meinen Antrag erziele, am einfachsten und deutlichsten dargelegt ist.

Die Annahme des Entwurfes im preußischen Hause der Abgeordneten erschien im Allgemeinen als gesichert und die Regierung war demselben ebenfalls nicht entgegen.

Er kam aber der bekannten Ereignisse in Preußen wegen in dem Hause der Abgeordneten selbst nicht mehr zur Beratung.

In anderen Ländern, namentlich in Sachsen, beschäftigt man sich ebenfalls mit der Regelung dieser Materie, für welche die Englischen Einrichtungen nachahmenswerte Vorgänge bilden.

Auch in Bayern ist das Bedürfnis der gesetzlichen Regelung namentlich seit Einführung des Handelsgesetzbuches schon mehrfach hervorgetreten. Soviel mir bekannt, in Augsburg bei dem Vereine zum Verkauf der Waren und bei der Regelung der Verhältnisse der sogenannten Bäckermühle, welche Eigentum der meisten Bäcker in Augsburg ist

und zur Produktion des von den Bäckern benötigten Mehles dient. Die neuerlichen Vorgänge im Münchner Darlehensvereine scheinen ebenfalls darauf hinzuweisen, dass bestimmte Normen für das Statut solcher Vereine gesetzlich festzustellen sind.

Der anliegende Entwurf ist zwar zunächst für Preußen bestimmt. Da jedoch bei uns das A.D. Handelsgesetzbuch bereits eingeführt ist, so werden nur unwesentliche Einzelheiten bezüglich des Konkurses, der Beglaubigung etc. zu ändern sein.

Wird der Entwurf im wesentlichen in irgend einem deutschen Staate zum Gesetz erhoben, so wäre das für die Vereine in allen deutschen Staaten vom höchsten Interesse, da sie der einmal gebrochenen Bahn zu folgen sich kaum enthalten könnten. Preußen wird diese Bahn nach Lage der Sache nicht zu brechen vermögen. In Bayern sind bei dem glücklichen Einklange der Faktoren der Gesetzgebung die Bedingungen dazu gegeben.

Möge an diesem Baume die Frucht reifen, welche Andern zum Muster und zur Nachahmung in dieser so wichtigen und zukunftsreichen Materie diene.

Ich stelle hiernach den Antrag: die Hohe Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, es sei an Seine Majestät den König die alleruntertänigste Bitte zu richten:

„dem Landtag einen Gesetzesentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthülfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften geregelt werde.“⁶²

Beigelegt war dem Antrag eine Ausgabe der von Schulze-Delitzsch herausgegebenen Zeitung „Die Innung der Zukunft. Blätter für das Genossenschafts-Wesen (Associationen) vom Juni 1863“, in der der preußische Gesetzentwurf abgedruckt war, den Schulze-Delitzsch 1862 verfasst hatte.

Diese Initiative Völks stellte den Beginn der Genossenschaftsgesetzgebung in Bayern dar und hätte sogar der Beginn der deutschen Genossenschafts-gesetzgebung sein können, da der in der preußischen Abgeordnetenversammlung eingebrachte Entwurf von Schulze-Delitzsch wegen der preußischen Verfassungswirren nicht mehr weiter beraten wurde. Das war wohl auch der Grund, warum Völk – wohl auch in Absprache mit Schulze-Delitzsch – die Initiative ergriff. Nach Meinung Völks und aller Verfechter des Genossenschaftsgedankens, musste möglichst bald ein Land des Deutschen Bundes mit einem Genossenschaftsgesetz den Anfang machen, da die Defizite der bisherigen Gesetzgebung angesichts der zahlreichen neuen Genossenschaftsgründungen immer deutlicher wurden. Man war, wie auch Völk ausführt, zuversichtlich, dass dann, wenn ein Land die Vorreiterrolle übernehmen würde, alle anderen Länder schnell nachziehen würden. Trotz der Initiative Völks sollte es aber schließlich doch nicht Bayern sein, das sich an die Spitze der Genossenschaftsgesetzgebung stellte, sondern Preußen.

Dass der bayerische Landtag, der König oder die bayerische Regierung nicht die Gelegenheit ergriffen, wie in anderen sozialen Fragen, auch in diesem Punkt vorbildlich für die deutsche Gesetzgebung zu werden, liegt an mehreren, freilich oft zufälligen Faktoren, denn die bayerische Kammer der Abgeordneten hat den Antrag Völks zügig aufgenom-

⁶² VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65 Beil. Bd. 5, S. 173.

men. Der für die Behandlung der Anträge zuständige 5. Ausschuss der Abgeordneten-kammer hielt den Gegenstand für richtig formuliert und die Zuständigkeit des Landtags für gegeben. Der Sekretär des 5. Ausschusses, der Freisinger Bürgermeister Franz Krumbach nahm am 29. August 1863 entsprechend Stellung und zitierte die wichtigsten Passagen aus Völk's Antrag. (Sten. B. 1 S. 236) und beantragte die Überweisung an den zuständigen 1. Ausschuss, was von der Abgeordneten-kammer gebilligt wurde.⁶³ Der 1. Ausschuss übertrug am 1. September 1863 das Referat über den Antrag von Völk dem Abgeordneten Dr. Fischel Arnheim, einem Advokaten aus Bayreuth.⁶⁴

Am 26. September 1863 wurde der Landtag vertagt, so dass der 1. Ausschuss nicht mehr zur Beratung des Antrags kam. Darüber hinaus starb Dr. Fischel Arnheim am 31. Januar 1864.

c. Dr. Joseph Völk, der „bayerische Schulze-Delitzsch“

Die Geschichte der Genossenschaftsgesetzgebung in Bayern ist untrennbar mit dem Wirken des aus Bayerisch-Schwaben stammenden Landtagsabgeordneten Dr. Joseph Völk verbunden. Ohne ihn hätte das Königreich Bayern mit großer Wahrscheinlichkeit kein eigenes Genossenschaftsgesetz erhalten. Auch für andere Gesetzesvorhaben in dieser für die bayerische Rechtsgeschichte so wichtigen Zeit vor der Reichsgründung unter den Königen Max II. und Ludwig II. zeichnet sich Völk verantwortlich. Völk steht für den Typ des juristisch vorzüglich ausgebildeten und praxiserfahrenen Landtagsabgeordneten, ohne den die Gesetzgebung der Jahre zwischen 1859 und 1870 nicht denkbar ist. In seiner Biographie spiegelt sich im Übrigen das Schicksal der damaligen Generation, die vor der Revolution Jura studierte, in studentischen Korporationen tätig war und die sich dann mit großer Begeisterung 1848 für die liberalen und teilweise republikanischen Ideale des Bürgertums eingesetzt hatte. Deswegen war sie der Regierung natürlich nach 1848 verdächtig und ein Großteil der Spannungen zwischen Landtag und Regierung erklärten sich aus der „Erblast“ des Schlüsseljahrs 1848. Es sei nur daran erinnert, dass sich Max II. eine Liste der Verfassungsfeinde und Verfassungsfreunde anlegen ließ, also derjenigen Leute, die 1848 gegen und für die Regierung eingetreten sind.

Dr. Franz Joseph Völk⁶⁵ (*9.5.1819Mittelstetten - +22.1.1882Augsburg) stammte aus Bayerisch-Schwaben, besuchte das Gymnasium St. Stephan in Augsburg und studier-

⁶³ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65 Sten. Ber. Bd. 1 S. 237.

⁶⁴ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten 1863 Sten. Ber. Bd. 1, S. 265; BayHStA Landtag 3657; Fischel ARNHEIM (*23.2.1812 Bayreuth, +31.1.1864 München) stammt aus einer sehr konservativen jüdischen Familie und sollte nach dem Willen seines Vaters Rabbiner werden, studierte dann aber Jura, wurde aber erst 1848 zum Advokat ernannt. Seit 1849 war er für den Wahlkreis Hof im bayerischen Landtag, wo er in den Gesetzgebungsausschüssen zum Zivilrecht und zum Zivilprozeß mitarbeitete. Ihm ist die Aufhebung des Matrikelzwangs für Juden zu danken. 1863 erreichte er, noch kurz vor seinem frühen Tod, das Recht der Gewerbeausübung für Juden, was eine rechtliche Gleichstellung von Juden und Christen in Bayern bedeutete.

⁶⁵ Zu Völk vgl. ADB 40 (1896), S. 230 ff. (Weilhelm VOGT): Helmut STEINSDORFER; Dr. Joseph Völk, Zum 150. Geburtstag des großen Allgäuer Politikers, in: Allgäuer Geschichtsfreund NF 69 (1969), S. 15-22; Ders., Dr. Joseph Völk (1819-1882) – Sein kulturkämpferisches Engagement im Deutschen Reichstag, in: Internationale Kirchliche Zeitschrift 91 (1984), S. 203-232.

te 1838-1841 Jura in München. 1843 promovierte er zum Dr. jur.. In der Revolutionszeit 1848/49 spielte Völk eine aktive Rolle, was dazu führte, dass er erst 1855 nach einer Verzichtserklärung hinsichtlich seiner früheren Ansichten zum Anwaltsberuf zugelassen wurde. Seit 1855 arbeitete er als Anwalt in Friedberg, dann in Augsburg. Von 1855 bis 1882 war Völk (für Günzburg, Memmingen, Immenstadt, Augsburg, Kempten) Abgeordneter im bayerischen Landtag, 1868-1870 im Deutschen Zollparlament und von 1871 bis 1881 Abgeordneter im Berliner Reichstag. Seit 1866 war Völk, der vorher eher der großdeutschen Lösung der deutschen Einheit zuneigte, ein Freund der kleindeutschen Lösung und besonders seit 1870 ein begeisterter Verfechter der Reichseinheit.⁶⁶ 1871 schloss sich Völk der altkatholischen Bewegung an.

Besondere Verdienste hatte Völk als Mitbegründer der bayerischen Fortschrittspartei 1863, die als Fraktion im bayerischen Landtag schon 1861 zusammenfand. Sie spielte gerade in der Zeit der Reichsgründung eine bedeutende Rolle. Ihr ist es zu verdanken, dass Bayern Mitglied des Deutschen Reiches wurde, da sie von Anfang an die kleindeutsche, d.h. preußische Lösung der deutschen Frage vertrat. Die bayerische Fortschrittspartei war 1863 in Nürnberg als Zweig der 1861 gegründeten Deutschen Fortschrittspartei gegründet worden. Die Fortschrittspartei bestand vor allem aus Mitgliedern des Besitz- und Bildungsbürgertums der neubayerischen und protestantischen Gebiete. Sie verlangte Beschränkung des Militäretats, Abschaffung der Todesstrafe, Einführung der Zivilehe und kämpfte vor allem für eine bundesstaatliche Einigung Deutschlands. Einer ihrer kompetentesten Führer war der bedeutende Verwaltungsjurist und Journalist Karl Brater (1819-1869, im Landtag 1859-1869), der Begründer der im Nördlinger Beck-Verlag erscheinenden „Blätter für administrative Praxis“ und eben Dr. Franz Joseph Völk. Seit 1875 war Völk Mitglied bei den Vereinigten Liberalen und seit 1881 bei den Nationalliberalen. Völk verfocht im Landtag ein Nord und Süd umfassendes bundesstaatliches Deutschland. Er galt als der kompetenteste Berichterstatter im 1. Ausschuss.

Aber auch im Reichstag, dem er seit 1871 angehörte, profilierte sich Völk durch durchdachte Redebeiträge. Als etwa im April 1871 über die Verfassung des Norddeutschen Bundes diskutiert wurde, die weitgehend unverändert als Verfassung des Deutschen Reichs übernommen werden sollte, wurde von Schulze-Delitzsch die Änderung des Art. 32 beantragt, der für die Abgeordneten Diätenlosigkeit vorschrieb. Diese Bestimmung sollte verhindern, dass sich die Abgeordneten möglicherweise allein wegen der Diäten zur Wahl stellten. Weitergehende aber nicht ausgesprochene Absicht war es, den Sozialisten den Einzug in das Parlament zu erschweren. Völk sprach sich nun wie Schulze-Delitzsch in einer bemerkenswerten Rede am 19. April 1871 für die Einführung von Diäten aus, da dies ein Gebot der Demokratie sei. Vergebens. Die Diätenlosigkeit blieb bis 1906 Teil der Reichsverfassung.

⁶⁶ Reingart KÄSTNER, Dr. Josef Völk und die deutsche Frage, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg 54 (1941).

d. Die Bayerische Fortschrittspartei

Zwei der großen Exponenten der Genossenschaftsbewegung in Bayern, nämlich Julius Knorr und Dr. Franz Joseph Völk (1819-1882) gelten als Mitbegründer der „Deutschen Fortschrittspartei in Bayern“, die am 15. März 1863 in Nürnberg als Zweig der 1861 gegründeten deutschen Fortschrittspartei ins Leben gerufen wurde. Es handelte sich dabei um den kleindeutsch orientierten Flügel der Liberalen, deren anhaltende Opposition im Landtag 1859 zur Entlassung des Ministeriums Pfordten-Reigersberg und zur Kehrtwende des Königs hin zu einer liberalen Politik geführt hatte („Ich will Frieden haben mit meinem Volke“). Die Fortschrittspartei formierte sich 1863 als eigene Kammerfraktion in der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags. Sie forderte eine Reform der Reichsratskammer, eine Reform des Wahlrechts, Abkürzung der Finanzperioden, konfessionelle Gleichberechtigung, Begrenzung des kirchlichen Einflusses im Schulwesen (geistliche Schulaufsicht!) und vor allem eine intensive Sozialgesetzgebung, wozu auch die Genossenschaftsgesetzgebung gehörte.

Schon im ersten Band der seit 1865 erscheinenden „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Baiern“ (Jahrgang 1865 Nr. 9-11) findet sich ein Aufsatz des Erlanger Professors für Staatswissenschaften und späteren (seit 1869) Landtagsabgeordneten Franz Makowiczka⁶⁷ über „Schulze-Delitzsch und die deutsche Volkswirtschaft“

Die im Landtag sitzenden Abgeordneten der Fortschrittspartei waren meistens hochqualifizierte Juristen, die in der Folgezeit insbesondere bei der nun anlaufenden Gesetzgebung in allen Bereichen des Verwaltungs- und Zivilrechts Hervorragendes leisteten.

Genannt sei vor allem der von 1859 bis zu seinem Tode 1869 im Landtag aktive Karl Brater (27.6.1819 Ansbach-20.10.1869 München). Brater studierte in Erlangen, Heidelberg und Würzburg Jura, arbeitete zunächst im Bayerischen Staatsministerium der Justiz, dann seit 1848 als Redakteur bei der Augsburger Abendzeitung. 1851 ist er kurz-

⁶⁷ Franz MAKOWICZKA (* 7.5.1811 Hagensdorf bei Komotau/Böhmen, +22.1.1890 Erlangen) studierte zwischen 1829 und 1835 Philosophie und Rechtswissenschaft in Prag, wo er 1849 promovierte. Von 1846 bis 1849 war er Professor in Krakau (im k.u.k. Kronland Galizien). Wegen seiner Kritik an der allzu slawenfreundlichen österreichischen Verfassung entlassen. 1849 bis 1850 war er Schriftleiter der dann verbotenen „Deutschen Zeitung aus Böhmen“, die vor allem die Interessen der deutschen Industriellen in Böhmen vertrat. Seit 1849 als Privatdozent für Statistik und Mitarbeiter der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Enzyklopädie in Prag tätig. Seit 1852 (bis 1890) Professor für Staatswissenschaft (Volkswirtschaft) in Erlangen. Makowiczka war schon 1848 für seine Heimat Komotau in Böhmen in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt worden. Dort engagierte er sich bis zuletzt, bis 30. Mai 1849 war er Schriftführer der Nationalversammlung. Politisch setzte er sich stark für die Rechte der Deutschen in Böhmen ein. Von 1879 bis 1873 war er für die Fortschrittspartei im bayerischen Landtag. Literarisch hat sich Makowiczka in zahlreichen Artikeln und gedruckten Vorträgen zu Fragen der Zeit geäußert, besonders am Herzen lag ihm dabei die Lösung der sozialen Frage (Arbeiterfrage). Er war ein großer Anhänger von Schulze-Delitzsch und ein beharrlicher Verfechter des Genossenschaftsgedankens. Typisch ist etwa der im Juni 1869 vor den Vertrauensmännern der Fortschrittspartei in Nürnberg gehaltene und gedruckte Vortrag über die Arbeiterfrage. Im Staatslexikon von Bluntschli stammen viele Beiträge von ihm. Makowiczka war ein sehr beliebter Universitätslehrer. Der junge Ludwig Thoma, der ihn als Student kennenlernte, berichtet über ihn. Nach dem 1. Vatikanischen Konzil wandte er sich der Altkatholischen Kirche zu. (Lit.: Olaf WILLET, Sozialgeschichte Erlanger Professoren, Göttingen 2001; Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte (<http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=1375>)).

zeitig Bürgermeister von Nördlingen, dann publizistisch tätig. Mit Bluntschli gibt er das Deutsche Staatswörterbuch heraus, ist seit 1869 Herausgeber der „Bayerischen Wochenschrift“ und der Begründer der im Nördlinger Beck-Verlag erscheinenden „Blätter für administrative Praxis“. Dr. Brater war auch Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der gut organisierten Fortschrittspartei und damit der einflussreichste Mann innerhalb der Partei. Neben Brater und Völk sind noch als Mitglieder der Fortschrittspartei, die beim Genossenschaftsgesetz aktiv mitwirkten Dr. Marquard Barth (1809-1885), Philipp Umbscheiden (1816-1870) und Franz Frh. von Stauffenberg (1834-1901) zu nennen.

Dr. Marquard Barth (19.9.1809 Eichstätt-23.5.1885 Würzburg).⁶⁸ Barths Vater war zeitweise Bürgermeister in Augsburg. Barth studierte Jura und promovierte in München. Seit 1837 Rechtsanwalt in Kaufbeuren. 1848/49 Mitglied des Vorparlaments und der Frankfurter Nationalversammlung. Von 1855 bis 1871 war er Mitglied des bayerischen Landtags und 1863 einer der Gründer der Fortschrittspartei, deren parlamentarischer Führer er war und dabei als geschickter Taktiker agierte. 1869 bis 1871 war er auch Mitglied des Zollparlaments. Als Mitglied des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten im bayerischen Landtag und als Abgeordneter im Plenum war er an der Genossenschaftsgesetzgebung entscheidend beteiligt. Er unterstützte Dr. Völk, wo immer es ging; auf ihn sind auch wesentliche Formulierungen in der Endfassung des bayerischen Genossenschaftsgesetzes von 1869 zurückzuführen. Gleiches gilt für den Abgeordneten Stauffenberg, der von 1866-1899 im Landtag, sowie von 1871-1893 im Reichstag saß und der in der Diskussion um das Genossenschaftsgesetz ebenfalls bemerkenswert konstruktive Beiträge leistete. Barth war ein bedeutender und deutschlandweit geschätzter Jurist. Er verfasste 1869/70 einen Kommentar zur neuen (und bald überholten) bayerischen Zivilprozessordnung. 1871 wurde er als Mitglied der Liberalen Reichspartei in den Reichstag gewählt, wechselte aber noch im gleichen Jahr als Reichsoberhandelsgerichtsrat zum Reichsoberhandelsgericht in Leipzig. Dort blieb er bis zu seiner Pensionierung 1879.

Ein weiterer Abgeordneter der Fortschrittspartei, der als Mitglied des 1. Ausschusses bei den Beratungen des Genossenschaftsgesetzes beteiligt war, ist Philipp Umbscheiden (8.10.1816 Grünstadt/Bergzabern/Pfalz - 9.7.1870 Minden).⁶⁹ Umbscheiden hat Jura in Erlangen und Würzburg studiert. Im Staatsdienst als Staatsprokurator-Substitut, vertrat er dann 1848/49 als Abgeordneter der Paulskirche eine extreme Position und blieb bis zur gewaltsamen Auflösung des Stuttgarter Rumpfparlaments als Abgeordneter tätig. 1850 wird er als Vertreter der „extremen“ Linken in den Ruhestand versetzt. Von 1861 bis zu seinem frühen Tod 1870 sitzt er für den Wahlkreis Landau im bayerischen Land-

⁶⁸ ADB 46 (1902), S. 220 f. (Karl Theodor von Heigel); NDB 1 (1953), S. 605 f. (Heinz Gollwitzer); Helmut STEINSDORFER, Marquard Barth (1809-1885) - ein Vorkämpfer der deutschen Einheit in Freiheit aus Bayerisch Schwaben, in: Pankraz FRIED (Hg.), *Miscellanea Suevica Augustana*, Der Stadt Augsburg dargebracht zur 2000-Jahrfeier 1985 (Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens 3), Sigmaringen 1985, S. 191 ff.

⁶⁹ Günther VOLZ, Philipp Georg Umbscheiden (1816-1870). Vertreter der Südpfalz in der deutschen Nationalversammlung und im bayerischen Landtag. Anwalt der Protestantenvereine in der Pfalz, in: *Kaiserslautern Jahrbuch für pfälzische Geschichte und Volkskunde* 12 (2012), S. 271-283.

tag. 1868 wird er auf Betreiben des Ministerratsvorsitzenden Fürst Hohenlohe „rehabilitiert“ und zum Appellationsgerichtsrat ernannt.

Weiter zu nennen ist Franz August Frh. von Stauffenberg (1834-1901).⁷⁰ Er war 1866 durch eine Nachwahl in Augsburg in den bayerischen Landtag gekommen. Er studierte in Würzburg und Heidelberg Rechtswissenschaften, wurde 1857 Rechtsreferendar und 1860 stellvertretender Staatsanwalt. Ab 1866 bis zu seiner Wahl als Abgeordneter war er Staatsanwalt in Augsburg, schied dann aus freiwilligen Stücken aus dem Staatsdienst aus. Mit der Wahl in den Landtag begann eine außerordentliche politische Karriere, die ihren Höhenpunkt in den 70er und 80er Jahren erreichen sollte, als Stauffenberg als Reichstagsabgeordneter und Gegner Bismarcks die deutsche Politik im liberalen Sinne mitzugestalten versuchte. Stauffenberg gehört zu den wenigen Abgeordneten, hochqualifizierten und mutigen Juristen des bayerischen Landtags, die immer unerschrocken zu ihrer Meinung standen. Berühmt ist sein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe am 20. Februar 1867, seiner ersten Initiative nach der Wahl in die Abgeordnetenversammlung. Erstaunlicherweise wurde der Antrag mit 87 zu 44 Stimmen angenommen, scheiterte aber in der Kammer der Reichsräte, wo der Onkel Stauffenbergs, Franz Ludwig Frh. (seit 1874 Graf) Präsident war. Dort wurde der Antrag am 16. November 1867 abgelehnt. Stauffenberg schloss sich der Fortschrittspartei an und beteiligte sich auch intensiv 1869 an den Beratungen zum bayerischen Genossenschaftsgesetz. Seit 1871 saß Stauffenberg im Reichstag, wo er sich zu einem der hartnäckigsten Gegner der Frage der Schutzzollpolitik, des Sozialistengesetzes und des Kulturkampfes entwickelte. Seine guten Beziehungen zum späteren Kaiser Friedrich, der kurze Zeit nach seinem Regierungsantritt 1888 starb, brachte keine Liberalisierung der Regierungspolitik. Das Bürgertum war zu ängstlich und misstrauisch gegen allzu „linke“ liberale Ideen und unterstützte nur bedingt die „Freisinnige Partei“, die von Stauffenberg und Eugen Richter geführt wurde. Für die Haltung Stauffenbergs, der sich im Zweifel immer „für die volle Freiheit“ entschied, sind auch schon seine Redebeiträge bei der Diskussion des Genossenschaftsgesetzes 1869 typisch, als es um Art. 27 Abs. 2 ging, der die Strafbarkeit des Vorstands für den Fall festlegte, dass in der Generalversammlung genossenschaftsfremde Ziele erörtert wurden. Seine Anträge auf Streichung bzw. Modifizierung dieser Bestimmung wurden abgelehnt.

Zur Fortschrittspartei gehörte auch ein weiterer Abgeordneter, der sich um die Genossenschaftsgesetzgebung verdient gemacht hat, nämlich Friedrich Croissant (*19.3.1826 Edenkoben/Pfalz-15.12.1898 Freiburg).⁷¹ Croissant kämpfte im Plenum der Abgeordnetenversammlung nicht nur wie Stauffenberg um eine möglichst liberale Fassung des Genossenschaftsgesetzes (auch er plädierte für die Streichung des Art. 27 Abs. 2), sondern er hatte sich auch die Bitten und Gutachten des volkswirtschaftlichen Vereins München

⁷⁰ Helmut STEINSDORFER, Franz Freiherr Schenk von Stauffenberg (1834-1901) als ein bayerischer und deutscher Politiker, München 1959. Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte (<http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=2224>).

⁷¹ Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte (<http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=285>).

und des pfälzischen Genossenschaftsverbands „angeeignet“ und damit zu den (in den Beilagen der Verhandlungen gedruckten) Grundlagen der Beratung gemacht.

Croissant stammte als Sohn eines Bäckers aus Rockenhausen bei Edenkoben in der Pfalz, aus einfachen Verhältnissen, war aber hochbegabt. Er besuchte das Gymnasium in Edenkoben und studierte Rechtswissenschaft. 1861 wird er Staatsprokurator-Substitut in Frankenthal, später Bezirksrichter, Bezirksgerichtsrat und Handelsgerichtsrat. Ab 10.12.1867 ist er für den Stimmkreis Speyer-Frankenthal als Nachfolger des verstorbenen Rudolph Christmann im bayerischen Landtag. 1871 verlässt er den Landtag, um eine Stelle als Appellationsgerichtsrat in Colmar in Elsass-Lothringen anzutreten.

Abschließend sei noch erwähnt, dass das Presseorgan der Fortschrittspartei die genannte Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern war, die seit 1865 erschien. Aber auch andere Teile der Presse standen der Partei sehr nahe, so etwa die Fränkische Zeitung, der Fränkische Kurier, die Kaiserslautener Zeitung, die Augsburger Abendzeitung und vor allem die einflussreichen Neuesten Nachrichten in München.

III. DIE BERATUNGEN ZUM ERLASS EINES GENOSSENSCHAFTSGESETZES IM BAYERISCHEN LANDTAG VON 1865

1. Die Beratungen im ersten Ausschuss im April 1865.

Am 10. März 1864 starb König Max II. und sein Nachfolger König Ludwig II. hatte es zunächst nicht eilig, den Landtag einzuberufen. Die gesamte Gesetzgebung kam ins Stocken. Wenig förderlich für die Arbeit des Landtags war, dass König Ludwig II. Karl Freiherr von Schrenck-Notzing entließ und Ludwig Freiherr von der Pfordten, der 1859 auf Druck des Landtags gehen musste, am 4. Dezember 1864 wieder zum Außenminister und Vorsitzenden im Ministerrat berief. Schon am 1. August 1864 war Eduard von Bomhard als neuer Justizminister berufen worden.

Schließlich wurde dann am 27. März 1865 der 21. Landtag wieder einberufen, der am 11. Juli 1865 schon wieder endete. Gleich nach der Eröffnung des Landtags stellte Völk erneut seinen Antrag von 1863.

Da der 1863 ernannte Berichterstatter zum Antrag Völks, der Abgeordnete Dr. Fischel Arnheim, im Januar 1864 gestorben war, bestimmte der Vorsitzende des 1. Ausschusses am 3./5 April 1865⁷² einen neuen Referenten, nämlich den Abgeordneten Melchior Stenglein. Dieser legte dem 1. Ausschuss am 25. April 1865 eine umfangreiche Stellungnahme vor.⁷³

Der erste Ausschuss erweiterte den Geltungsbereich des zu beratenden Gesetzes, das Völk nur auf die Erwerbsgenossenschaften beschränken wollte, auf alle sonstigen Vereine. Nach Meinung des Ausschusses bedürfen auch soziale Vereine, wie sie in vielen Orten bestehen, einer gesetzlichen Regelung. Ihre gesetzliche Regelung hänge nach der Meinung Stengleins völlig in der Luft, da keine der geltenden gesetzlichen Bestimmungen auf sie Anwendung finden könne. Die Gerichte seien gezwungen bei der Frage der Legitimation solcher Vereine oder bei Klagen gegen die Vereine oder beim Entstehen von Schuldverhältnissen oder wenn ein Verein als Grundbesitzer auftritt, eigene Konstruktionen zu finden, bei denen vermieden wurde, dass etwa sämtliche Vereinsmitglieder eine Vollmacht ausstellen oder sonstige Formalien beachten mussten, die ein Rechtsgeschäft, wie etwa eine Darlehensaufnahme praktisch unmöglich machten. Stenglein hielt diese richterliche Rechtsgestaltung im Einzelfall für wenig nützlich: Es liegt immer etwas Demoralisierendes darin, wenn ich mich so ausdrücken soll, wenn die Gerichte genötigt sind, *via facti* vorzugehen, wo sie *via juris* vorgehen sollten, wenn sie genötigt sind, sich nicht strikte an das Gesetz zu halten, sondern sich eine gewisse Freiheit zu erlauben, die gar zu leicht auch auf ein Gebiet überschweift, wo sie nicht gestattet sein soll.⁷⁴

⁷² VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Sten. Ber. Bd. 2, S. 25.

⁷³ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, S. 170.

⁷⁴ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, S. 170.

2. Der Vortrag des Abgeordneten Melchior Stenglein im 1. Ausschuss vom 25. April 1865

a. Der Abgeordnete Melchior Stenglein

Es stellt einen Glücksfall für die Beratungen zum bayerischen Genossenschaftsgesetz dar, dass als Berichtersteller im 1. Ausschuss ein bedeutender Jurist, nämlich der Abgeordnete Melchior Stenglein auftrat. Seine Ausführungen⁷⁵ ergänzen kongenial die 1863 vorgebrachten Argumente des Abgeordneten Dr. Völk.

Melchior Stenglein (*4. Oktober 1825 Bayreuth, +8. Juli 1903 Tegernsee)⁷⁶ gehörte dem Landtag seit den Wahlen im April 1863 als Mitglied der Liberalen Mittelpartei für den Wahlkreis Kronach an (bis 1879). Er war einer der profiliertesten und angesehensten Juristen des bayerischen Landtags, der als Staatsanwalt und Advokat nicht nur die Praxis kannte, sondern auch als Schriftsteller und Herausgeber der Zeitschrift für Gerichtspraxis und Rechtswissenschaft auf der Höhe der wissenschaftlichen Diskussion seiner Zeit stand.

Die Familie Stenglein, die aus Oberfranken stammt, hat der bayerischen Justiz und Verwaltung viele tüchtige Beamte gestellt. Schon der Vater von Melchior Stenglein, Melchior Ignatius Nicolaus Ritter von Stenglein (1790-1857) war ein bedeutender Verwaltungsjurist, der erste (später geadelte) bürgerliche Regierungspräsident von Oberfranken.⁷⁷

Sein Sohn, unser Abgeordneter Melchior Stenglein,⁷⁸ studierte vor allem in Würzburg (von 1844-1849) Jura, war dann königlicher Staatsanwalt in München (1854-1862, 1864-1868) und Passau (1862-1864). Später, ab 1872, arbeitete er als Rechtsanwalt in München und dann seit seinem Ausscheiden aus dem Landtag 1879 als Reichsanwalt in Leipzig. Schließlich war er von 1888 bis 1898 als Reichsgerichtsrat in Leipzig am Reichsgericht (in den Strafrechtssenaten) tätig. Berühmt ist er als der Verfasser der wichtigsten Kommentare zum Reichsstrafgesetzbuch und als Autor vieler Lehrbücher zum Strafrecht.

b. Stengleins Ausführungen im 1. Ausschuss zur Entwicklung des Genossenschaftswesens (25. April 1865)

Stenglein ging zunächst auf die Geschichte der Genossenschaften ein, und betonte, dass trotz der vielen historischen Wurzeln die heutigen Genossenschaften, deren gesetzliche Regelung erörtert werden sollte, ein Ergebnis der neuesten Zeit waren. Zwar seien gewisse Analogien auch im älteren deutschen Privatrecht vorhanden, etwa bei der Marktgenossenschaft, der Deichgenossenschaft oder der Gewerkschaft im Bergrecht, doch wür-

⁷⁵ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, Nr. 75, S. 170-173; BayHStA Landtag 564.

⁷⁶ Personalakt: BayHStA MJu 1984.

⁷⁷ Günter DIPPOLD, Melchior (Ritter von) Stenglein (1840-1857), in: Stefan NÖTH/Klaus RUPPRECHT (Hg.), Die Präsidenten. 200 Jahre Regierung von Oberfranken in Bayreuth, Stegaurach 2010, S 191-215.

⁷⁸ BayHStA Mju 1984 sowie Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte (<http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=2248>).

den diese Genossenschaften eher auf einem natürlichen Zusammenhang beruhen. Sie seien also keine völlig freien Vereinigungen für bestimmte, selbstgesetzte Zwecke.

Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft sei dagegen das Produkt der Erwerbstätigkeit der Gegenwart. Und weil sie so jungen Ursprungs sei, habe sie bisher keine gesetzliche Regelung gefunden.

Eine solche Regelung sei auch nicht in anderen Ländern erfolgt, wo die Gewerbetätigkeit weit fortgeschrittener sei als im landwirtschaftlich geprägten Bayern. Dies liege aber wohl an speziellen Umständen. In Frankreich etwa an der dortigen Staatsverfassung, die eine freie Vereinstätigkeit nicht begünstige oder in Preußen an den dortigen Verfassungskämpfen,⁷⁹ obwohl dort ein von Schulze-Delitzsch herrührender Gesetzentwurf vorliege (welcher sogar schon einer Kommissionsberatung unterzogen und angenommen worden war, ohne jedoch einen weiteren Erfolg erlangt zu haben). Bayern sei also nicht gehindert, in der Gesetzgebung voranzugehen, vorausgesetzt, es sei ein Bedürfnis dafür vorhanden.

Stenglein machte nun Ausführungen darüber, ob in Bayern schon die Zeit für ein Genossenschaftsgesetz reif sei: Hat die Erwerbsgenossenschaft bereits eine solche Wichtigkeit gewonnen, dass ihre gesetzliche Regelung überhaupt gerechtfertigt und die Anregung der gesetzlichen Regelung in der Gegenwart geboten ist?⁸⁰

Dies wird von Stenglein bejaht und er bringt dafür ganz moderne Gesichtspunkte vor. Er verweist darauf, dass die fortgeschrittene Erwerbstätigkeit sich vor allem durch „Kapitalanhäufung“ auszeichne, was dazu führe, dass der einzeln unbemittelt und auf seine Arbeit allein angewiesene Arbeiter nur unter besonderen Verhältnissen zur Selbstständigkeit sich durchringt und die große Masse auf bloße Tagelöhnerarbeit angewiesen ist, bei der sie lediglich von der Hand in den Mund lebend, durch jeden Unglücksfall unrettbar in das Elend gegossen wird.

Diese das Proletariat erzeugenden Zustände sind ein Produkt der Gesamtentwicklung und lassen sich durch keine Spezialgesetzgebung beseitigen. Die äußerste Beschränkung, ja die Vernichtung der Massenindustrie in einem einzelnen Lande würde vielmehr nur bewirken, dass dieses Land verarmt, dass der in andern Ländern durch die Industrie erwähnte Überschuss der Bevölkerung dem Elende in anderer Form verfällt oder zur Auswanderung gedrängt wird.⁸¹

⁷⁹ Der Verfassungskonflikt in Preußen 1861-1866 nahm seinen Ausgang von einer geplanten Heeresreform der Regierung, die das Parlament nicht billigen wollte. Der am 8.10.1862 ernannte Ministerpräsident Otto von Bismarck regierte nach der von ihm vertretenen „Lückentheorie“ (= wenn kein Haushalt verabschiedet ist, kann die Regierung wie bisher weiterregieren) ohne Parlament weiter. Erst nach seinen außenpolitischen Erfolgen einigte sich Bismarck 1866 mit dem Parlament, das den Haushalt seit 1862 rückwirkend billigte (Vgl. Günter CORDES, Verfassungskonflikt in Preußen, in: Gerhard TADDEY, Lexikon der Deutschen Geschichte, 3. Aufl. Stuttgart 1998, S. 1290 f.). Die Verfassungskämpfe blockierten vor allem auch die Genossenschaftsgesetzgebung.

⁸⁰ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, Nr. 75, S. 170.

⁸¹ aaO.

Man könne sich also nicht, so Stenglein, gegen das Kapital wenden, sondern müsse dem Einzelnen die Möglichkeiten verschaffen, sein Emporkommen zu erleichtern, etwa durch Unterricht oder Institute, die durch Ansammlung von Einzelkräften den des Kapitals entbehrenden Arbeiter künstlich in den Mitbesitz desselben bringen, und an seinen Früchten participiren lassen.⁸²

Stenglein teilte zwar nicht den Optimismus von Völk, dass man durch die Genossenschaften die soziale Frage lösen könne, aber zumindest könne man der Arbeit des Einzelnen den Wettkampf mit der Industrie überhaupt möglich machen.

Die Notwendigkeit und Bedeutung solcher Genossenschaften könne man nicht nach dem Umfang der schon bestehenden Vereine bemessen, denn eine ungünstige Gesetzgebung vermag die Bildung und Ausdehnung derselben wesentlich zu hemmen, während doch die Ausdehnung, welche die Genossenschaften anderwärts schon erlangt haben, mit Sicherheit voraussehen lässt, dass die gleichen Verhältnisse unter günstigen Umständen auch die gleiche Vereinstätigkeit hervorrufen würden.⁸³

Statistisches Material würde in Bayern in dieser Hinsicht zwar nicht zur Verfügung stehen, aber dies hätte keinen Einfluss auf die Dringlichkeit und Wichtigkeit der Angelegenheit.

c. Stengleins Ausführungen zur bisherigen rechtlichen Einordnung der Genossenschaften (25. April 1865): Das in Bayern geltende gemeine Recht.

Besonders ausführlich äußerte sich Stenglein zur Frage, wie man nach der bisherigen Gesetzeslage die Genossenschaften rechtlich einordnen kann, wobei sich die Schwierigkeit ergab, dass es in Bayern immer noch zu viele unterschiedliche Rechtsgebiete gab. Stenglein stellte zunächst die Frage, ob die Rechtsverhältnisse der Genossenschaften sich nicht nach den zur Zeit bestehenden Gesetzgebungen zur Genüge beurteilen lassen? Mit anderen Worten: Waren die geltenden Gesetze, die das Gesellschaftsrecht in Bayern regelten, ausreichend?

Nach Stenglein war das entschieden zu verneinen. Der Sache sei nach seiner Meinung nicht damit gedient, dass ein durchaus neues Rechtsverhältnis, auf dem Boden neuer Verhältnisse gewachsen, in das Streckbett römisch-rechtlicher Formeln gespannt werden soll, welche mehr oder minder auch die Grundlagen der zwar etwas neueren, für unsere jetzigen Verkehrsverhältnisse aber immerhin veralteten zivilrechtlichen Codifikationen bilden.

Das Wechselrecht hat lange darunter gelitten, dass es unter die Regeln des römischen Rechts gezwungen werden sollte, und erst die neueste Zeit hat dasselbe von diesen Kunststücken juristischer Weisheit befreit. Wie das Wechselrecht durch diese Verhältnisse sich nicht zur vollen Wirksamkeit entfalten konnte, so würde es auch den Genossenschaften ergehen, wollte man veraltete Rechtsformeln auf diese neuen Rechtsverhältnisse

⁸² aaO.

⁸³ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, Nr. 75, S. 171.

anwenden, wollte man nicht vielmehr neue Rechtsregeln aus dem Bedürfnisse und der Gewohnheit schöpfen. Eine nähere Betrachtung wird noch weiter belegen:

I. Das gemeine Recht und hiermit in Übereinstimmung das bayerische Landrecht kennt als hier einschlagendes Rechtsinstitut nur den Gesellschaftsvertrag. Allein derselbe setzt bestimmte Teilhaber, Kündbarkeit des Rechtsverhältnisses mit der Folge der Teilung des Gesellschaftsvermögens, Auflösung der Gesellschaft durch den Tod eines Gesellschafters, Erwerbung aller Rechte für die Gesellschaft zum Gesamteigentume der Gesellschafter voraus, so dass jeder Einzelne pro rata seinen Anteil einklagen, auch das Gesellschaftsvermögen pro rata des Gesellschafters von dessen Gläubigern angegriffen werden kann, ferner ist, um Namens der Gesellschaft zu klagen, eine Vollmacht Aller, um gegen sie zu klagen, ein Einklagen aller Gesellschaftsmitglieder, welche es zur Zeit der Entstehung des eingeklagten Rechtsgeschäftes waren, erforderlich, was bei einem Vereine von Hunderten oder sogar Tausenden von Mitgliedern kaum durchführbar erscheint. u.s.w..

Die Genossenschaft dagegen erfordert die Möglichkeit eines steten Wechsels der Mitglieder durch Ein- und Austritt, Tod, u.s.w. Es kann nicht dem Einzelnen freistehen, durch Kündigung die Genossenschaft aufzulösen, und Herauszahlung eines Anteils am Gesellschaftsvermögen zu verlangen, Erwerbungen können nur für die Gesellschaft als solche erfolgen, nicht aber pro rata des Einzelnen klagbar sein u.s.w..

Das gemeine Recht widerspricht also in seinen Bestimmungen dem Wesen der Genossenschaften.⁸⁴

Gleiches gelte Stenglein zufolge auch für das preußische Landrecht und den code civil. Dieser überlässt die Handelsgesellschaften der Regelung durch den Code de commerce, und enthält bezüglich des rein zivilrechtlichen Gesellschaftsvertrages nur wenige und nicht wesentliche Abweichungen von den Bestimmungen des römischen Rechts, von den höchstens die gegenseitige Verantwortlichkeit der Gesellschafter für jede culpa, und die Verpflichtung der Gesellschafter, Dritten gegenüber, nach Kopfteilen hieher Bezug haben dürfte.

Keines der in Bayern geltenden Zivilrechte entspricht mithin dem Wesen der Genossenschaften, keines macht eine neue Regelung derselben entbehrlich.⁸⁵

Wie schon Schulze-Delitzsch und Völk vor ihm verwarf also Stenglein eine Anwendbarkeit der geltenden Gesetze auf die Genossenschaften. Das galt nach Stenglein aber auch für das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch (ADHGB, in Bayern gültig seit 1862), dem er im letzten Teil seines Gutachtens seine besondere Aufmerksamkeit schenkte.

⁸⁴ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, Nr. 75, S. 172.

⁸⁵ aaO.

d. Stengleins Ausführungen zur bisherigen rechtlichen Einordnung der Genossenschaften (25. April 1865): Das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch.

aa. Die Entstehung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs

Das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch war in Bayern seit dem 1. Juli 1862 in Kraft (Gesetz, die Einführung des allgemeinen deutschen Handels-gesetzbuches betr. vom 10. November 1861).⁸⁶

Die Entstehung des Handelsgesetzbuchs⁸⁷ war eng mit Bayern verbunden, da nicht nur die Beratungen über das Gesetz vorwiegend in Nürnberg stattfanden, sondern weil auch bayerische Juristen, insbesondere der spätere Justiz- und Kultusminister Frh. Johann von Lutz das Gesetz entscheidend mitgestaltet haben. Das Handelsgesetzbuch war nach dem Wechselrecht, das erste und einzige bedeutende Gesetz, das in allen Staaten des Deutschen Bundes jemals in Kraft getreten ist.

Begonnen hatten die Bemühungen um eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung im Deutschen Bund mit dem Wechselrecht. Die allgemeine deutsche Wechselordnung von 1849, die zwischen dem 20. Oktober und 9. November 1847 in Leipzig von 30 Delegierten beraten worden war, geht auf einen württembergischen Antrag auf einer Zollvereinskonferenz von 1846 zurück. Die in Leipzig beratene Wechselordnung wurde am 26. November 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung als gesamtdeutsches Gesetz verkündet und sollte ab 1. Mai 1849 gelten, erlangte aber wegen der fehlenden Reichsgewalt und dem Ende der Nationalversammlung nicht den Charakter eines allgemeingültigen Reichsgesetzes. Das damals beschlossene Gesetz wurde in der Folgezeit durch Einzelgesetze in den jeweiligen Ländern des Deutschen Bundes eingeführt, in Bayern 1852.⁸⁸

Gleichzeitig mit dem Wechselgesetz kümmerte sich die Frankfurter Nationalversammlung um das Handelsrecht. 1848 wurde von der Nationalversammlung eine Kommission zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Handelsgesetzbuches eingesetzt, die bis März 1849 die ersten fünf Teile des Entwurfs beraten hatte. Mit dem Ende der Reichsregierung endete jedoch auch die Arbeit dieser Kommission. Am 21. Februar 1856 brachte dann Bayern bei der deutschen Bundesversammlung in Frankfurt den Antrag Einsetzung einer Kommission zur Beratung eines Handelsgesetzbuches ein. Der Antrag wurde am 18. Dezember 1856 angenommen und bereits am 15. Januar 1857 wurden in Nürnberg die Konferenzen der beantragten Kommission eröffnet. Im Unterschied zu den späteren Dresdner Beratungen über das Obligationenrecht waren bei den Nürnberger Konferenzen wie schon vorher bei den Leipziger Beratungen über das Wechselrecht alle bedeutenden Staaten des Deutschen Bundes dabei, insbesondere auch Preußen und Österreich. Der bayerische Vertreter war Dr. von Seuffert. Protokollführer war Johann Lutz, der spätere bayerische Justiz- und Kultusminister, der dann die Protokolle herausgab.

⁸⁶ Gesetzblatt für das Königreich Bayern 1862. Sp. 425 ff.

⁸⁷ Vgl. dazu C. BERGFELD, Handelsrecht (Deutschland), in: COING, Handbuch III/3, S. 2853 ff.

⁸⁸ Johann Caspar BLUNTSCHLI, Die allgemeine deutsche Wechselordnung mit dem kgl. Bayerischen Einführungsgesetz, Erlangen 1852.

Nachdem man in Nürnberg in zwei Lesungen die Beratungen abgeschlossen und auch noch das Wechselrecht ergänzt hatte (Nürnberger Novellen), begann man in Hamburg am 26. April 1858 mit den Beratungen zum Seerecht. Am 11. März 1861 waren alle Beratungen abgeschlossen. Inhaltlich lehnte sich das Handelsgesetzbuch an das von Levin Goldschmidt vertretene „objektive“ System an. Danach war Kaufmann, wer die im Gesetz beschriebenen Grundhandelsgeschäfte betrieb. Das bürgerliche Recht wurde damit zum Ausnahmerecht.⁸⁹

Die Mitgliedstaaten mussten nun das Gesetz (auf Empfehlung der deutschen Bundesversammlung vom 31. Mai 1861) durch Einführungsgesetze in ihren Ländern in Kraft setzen. Das bayerische Einführungsgesetz verfassten die beiden bayerischen Vertreter Seuffert und Lutz. Die Einführungsgesetze waren in allen Ländern sehr unterschiedlich ausgestaltet. Das bayerische Einführungsgesetz traf in 84 Artikeln vor allem Bestimmungen über das Handelsregister, die Prokuristen, die Handelsmäkler (Sensalen) und über die Handelsgeschäfte.

Das Handelsgesetzbuch kannte fünf Gesellschaftsarten, die offene Handelsgesellschaft, die Kommanditgesellschaft, die Kommanditgesellschaft auf Aktien, die Aktiengesellschaft und die stille Gesellschaft.

bb. Anwendbarkeit des Handelsgesetzbuchs auf die Genossenschaft?

Stenglein war wie fast alle Rechtswissenschaftler seiner Zeit der Meinung, dass sich die Bestimmungen auch dieses Gesetzes nicht auf die Genossenschaften anwenden lassen. In seinem Vortrag prüft er alle im Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch (ADHGB) behandelten Gesellschaftstypen einzeln durch, um sie mehr oder weniger schnell zu verwerfen.

Die offene Handelsgesellschaft, die das Betreiben eines Handelsgewerbes unter einer gemeinsamen Firma erforderte, musste bei ihrer Errichtung beim Handelsgericht unter genauer Benennung jedes Gesellschafters angemeldet werden. Dies war nach Meinung Stengleins für eine größere Genossenschaft beim steten Wechsel ihrer Mitglieder undurchführbar. Auch viele andere Bestimmungen des OHG-Rechts passten nicht auf die Genossenschaft, etwa Art. 96 ADHGB, wonach ein Gesellschafter in demselben Handelszweige keine Geschäfte für eigene Rechnung oder die eines Dritten machen, noch in eine andere gleichartige Handelsgesellschaft eintreten durfte, oder Art. 98 ADHGB, wonach die Aufnahme eines neuen Gesellschafters die Einwilligung aller Gesellschafter bedurfte, oder Art. 103 ADHGB, welcher für gewisse Gesellschaftsbeschlüsse Einstimmigkeit verlangte und schließlich Art. 123 Ziffer 2 und 3 AHGB, nach dem durch Tod oder Konkurs eines Gesellschafters die Gesellschaft aufgelöst wird.

Gleiches galt nach Stenglein für die Bestimmungen des AHGB hinsichtlich der Kommanditgesellschaft; Auch bei der KG mussten bei der Anmeldung alle Mitglieder aufgeführt werden (Art. 151 und 156 AHGB). Auch andere Vorschriften des ADHGB im Bezug auf die OHG waren für die Genossenschaft nicht anwendbar.

⁸⁹ Thomas HENNE, Handelsgesetzbuch, in: HRG, 11. Lieferung 2010, Sp. 712 ff.

Noch weniger passte nach Stenglein die Kommanditgesellschaft auf Aktien, da diese nach Art. 173 ADHGB Namensaktien im Mindestbetrag von 200 Talern, nach Art. 175 ADHGB eine bestimmte Anzahl von Aktien, nach Art. 77 ADHGB die Einzahlung von mindestens einem Viertel jedes Aktienbetrags und nach 178 ADHGB die Auflösung der Gesellschaft durch den Austritt eines persönlich haftenden Gesellschafters voraussetzte.

Die Aktiengesellschaft hatte nach Stenglein den Nachteil, dass sie jede persönliche Haftung eines Gesellschafters ausschloss und damit den Kredit der Gesellschaft schmälerte. Darüber hinaus erforderte sie ein Grundkapital in bestimmter Höhe und bestimmte Beträge der Aktien (Art. 209 ADHGB). Damit würden die Vereine (Genossenschaften), welche auf die verschiedenartigsten Beteiligungen angewiesen sind und fast nur durch solidarische Haftung der Mitglieder Kredit erhalten, in ihrer Existenz bedroht sein.

Auch die stille Gesellschaft würde die solidarische Haftung ausschließen (Art. 252, 256 ADHGB) und sei damit ungeeignet.

Abschließend stellte Stenglein die Frage, ob auf die Geschäfte der Genossenschaften das Handelsrecht Anwendung finden würde, ob es sich also im Einzelfall um Handelsgeschäfte handle, wenn die Genossenschaften tätig werden. Gerade in einem solchen Fall sei eine Abänderung des bestehenden Rechtes besonders dringlich.

Stenglein verweist dabei auf Schulze-Delitzsch, der dies auf der Grundlage der preussischen Gesetze verneinte und zwar, weil die Geschäfte der Genossenschaften „nicht in der Absicht, davon einen Erwerb, den ganzen oder teilweisen Unterhalt zu beziehen, unternommen werden.“ (Schulze-Delitzsch, Vorschuss- und Kreditvereine als Volksbanken, S. 24).

Stenglein meinte jedoch, auf Grund der bayerischen Gerichtspraxis zu einem anderen Resultate gelangen zu müssen und verweist dabei auf das Handelsappellationsgericht zu Nürnberg, das als einen Grundsatz feststellte, „dass jeder gewerbsmäßige Einkauf einer Ware zum Zweck der Weiterveräußerung Handelsgeschäft sei (Art. 271 Ziff. 1 ADHGB) (Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege Bd. X. S. 209, 509, 524, 718). Danach sind fast alle Gewerbe Handelsgewerbe, da sie fast sämtlich gewerbsmäßig Rohstoffe einkaufen, um sie verarbeitet wieder zu veräußern. Es kann dabei nach Meinung Stengleins keine Rolle spielen, ob diese Geschäfte des Ein- und Verkaufs im Vereine oder einzeln betrieben werden. Die Genossenschaften, die solche Handelsgeschäfte betreiben, sind Handelsgesellschaften.

Dies gelte nach Stenglein auch für Konsumvereine, auch sie seien Handelsgesellschaften, da sie sich zur Aufgabe setzen, Lebensmittel einzukaufen, um sie wieder zu verkaufen. Dass dieselben vielleicht ein beschränktes Absatzgebiet an ihre Mitglieder haben, macht keinen notwendigen Unterschied, so wenig als wenn ein Kaufmann an einem kleinen, entlegenen Ort nur wenige Kunden hat, und um so weniger, als in der Regel der Eintritt in den Verein Jedermann gegen leicht zu erfüllende Bedingungen frei steht.⁹⁰

⁹⁰ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, Nr. 75, S. 172.

Lediglich den Vorschuss- und Kreditvereinen müsse die Eigenschaft von Handelsgesellschaften abgesprochen werden, da sie ausschließlich ihren Mitgliedern Kredit geben, also nur durch solidarische Haftung ihrer Mitglieder den Kredit des Einzelnen zu vermehren suchen.

Nach Stenglein müssten daher die meisten und vielleicht sogar die nützlichsten Genossenschaften als Handelsgesellschaften behandelt und damit dem Handelsgesetzbuch unterworfen werden. Dies mache eine gesetzliche Regelung umso dringlicher.

Diese müsste nach Stenglein folgenden Inhalt haben:

- 1) Regelung der Bedingungen, unter welchen den Genossenschaften die Rechte privatrechtlicher Personen gegeben werden (allgemeines Vereinsrecht)
- 2) Bestimmungen, mit denen die Rechte der Einzelnen untereinander, sowie gegen die Gesellschaft und ihre Repräsentanten gesichert werden und welche teils dispositiver, teils subsidiärer Natur sein können, für den Fall, dass der Gesellschaftsvertrag keine besonderen Bestimmungen enthält.
- 3) Bestimmungen über die Verhältnisse der Genossenschaften zu Dritten,
- 4) Bestimmungen über die Auflösung der Gesellschaften.

Nach Stenglein würde der dem Antrag beigegebene (preußische) Gesetzentwurf in sieben Abschnitten und 46 Paragraphen in ziemlich erschöpfender Weise diese Voraussetzungen erfüllen. Nach Stenglein kann es jedoch nicht Aufgabe dieses Vortrages sein, zu prüfen, ob die Bestimmungen des Entwurfes vollkommen genügen, ob sie mit den bayerischen Verhältnissen und der bayerischen Gesetzgebung überall im Einklang stehen, kurz ob der Gesetzentwurf als solcher empfohlen werden kann. Jedenfalls ist aber durch diesen Entwurf der Beweis geliefert, dass durch ein Gesetz von nicht zu großem Umfange den Wünschen der Genossenschaften selbst entsprochen werden kann, und dass sich dieselben von den bestehenden Gesetzen nicht allzusehr entfernen.⁹¹

Sehr gegen die Absichten Völks und gegen die Grundsätze von Schulze-Delitzsch ging dann der von der Mehrheit des Ausschusses getragene Wunsch Stengleins, die geplante Gesetzgebung nicht nur auf die Genossenschaften im engen Sinn zu beschränken, sondern auf andere Rechtssubjekte im Staat zu erweitern, die ebenfalls noch keine befriedigende rechtliche Regelung erhalten hatten: Die große Anzahl von geselligen Vereinen in Deutschland, welche als solche Vermögen besitzen oder Schulden haben; die Mehrzahl mildtätiger Vereine, Kunst- und musikalischer Vereine, denen nicht durch besonderen Akt der Staatsgewalt Korporationsrechte verliehen sind, führen eine rechtliche Existenz, während ihre rechtlichen Verhältnisse nur durch Konnivenz der Gerichte, durch Berücksichtigung notorischer Verhältnisse u. dgl. in eine notdürftige Ordnung gebracht werden. Fasst man einmal die Ordnung der Rechtsverhältnisse freiwilliger Vereine in das Auge, so können füglich auch die der letztgedachten Kategorie, nicht nur die der allerdings wichtigeren auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbsgenossenschaften entsprechende Würdigung finden, und dadurch Lücken unseres Zivilrechts Ausfüllung finden.

⁹¹ aaO.

Der Ausschuss ist daher der Ansicht, dass der vom Herrn Antragssteller gewünschte Gesetzentwurf in der angegebenen Richtung eine Erweiterung zu erhalten hätte.⁹² Abschließend stellte Stenglein noch die Frage, ob dieser so dringende Gesetzentwurf auch in nächster Zeit auf den Weg gebracht werden könne. Angesichts der anhängigen Wünsche und Gesetzesvorhaben im Landtag sei dies zu verneinen. Vordringlich sei vor allem die Reform des Zivilrechts und des Zivilprozesses. Alle diese Erwägungen lassen es als untunlich erscheinen, die Bitte an die Krone in der Weise zu stellen, dass schon an dem dermaligen Landtag ein Gesetzentwurf gebracht werden möge. Aus allen diesen Gründen geht der Vorschlag des Ausschusses hervor:

Die hohe Kammer wolle beschließen, dass an Seine Majestät den König die alleruntertänigste Bitte gestellt werde: Dem Landtag, sobald als möglich, einen Gesetzesentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt wird.⁹³

e. Die Regierung macht Ausflüchte: Beratung des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über den von Dr. Völk vorgelegten Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes am 25. April 1865

Die Beratung des Gutachtens des Abgeordneten Stenglein im 1. Ausschuss der Abgeordnetenkammer des Landtags,⁹⁴ bei der neben dem Referenten Stenglein, dem Antragsteller Völk und dem Justizminister Eduard von Bomhard noch mehrere der besten der damaligen Juristen des Königreichs, wie etwa der Landtagspräsident Prof. Dr. Pözl, Prof. Dr. Edel aus Würzburg und der Ausschussvorsitzende und Präsident des Appellationsgerichts München Ludwig Ritter von Neumayr anwesend waren, gestaltete sich kurz. Nur der Justizminister suchte umständlich zu erklären, warum die Regierung das Gesetzesvorhaben nicht für dringlich ansah.

Von Seite des Herrn Vertreters der k. Staatsregierung wurde hiernächst erklärt, dass bereits das bayerische Mitglied der zur Zeit in Dresden versammelten Kommission zur Beratung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches von der Staatsregierung angewiesen sei, bei den Arbeiten jener Kommission auf die gesetzliche Regelung der Verhältnisse derartiger Genossenschaften hinzuwirken; und dass in Folge dessen auch bereits eine Reihe bezüglichlicher Vorschriften aufgenommen worden sei; dass aber eben darum die Regierung es für zweckmäßig erachte, vor weiterem besonderen Vorgehen im Sinne des Antrags die Resultate der bezüglichlichen Arbeiten der Dresdener Kommission abzuwarten, zumal sie gerade in der hier fraglichen Angelegenheit eine allgemeine gesetzliche Regelung jeder partikularistischen vorziehen zu müssen glaube.⁹⁵

Ungeachtet dieser Einwände einigte man sich im Ausschuss darauf, die Vorgaben des Berichterstatters Stenglein unverändert zu übernehmen und beschloss zu beantragen,

⁹² aaO.

⁹³ aaO.

⁹⁴ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65 Beilagen Bd. 5 Nr. 85, S. 173.

⁹⁵ aaO.

dem Landtage sobald als möglich einen Gesetzesentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt wird“.

Zum ersten Mal begegnen uns in dieser Ausschusssitzung zwei Abgeordnete, die später bei der weiteren Beratung des Genossenschaftsgesetzes und überhaupt für diese dichte Periode der Gesetzgebung in den zehn Jahren zwischen 1860 und 1870 eine wichtige Rolle spielen sollten. Der eine war Ludwig Ritter von Neumayr, der andere Prof. Dr. Carl Franz Edel.

Ludwig Ritter von Neumayr (*21.3.1810 München, + 4.3.1895 München)⁹⁶ studierte Jura in München, war seit 1851 Ministerialrat und seit 1860 Präsident des Appellationsgerichts für Oberbayern. Von 1868-1879 amtierte er als Präsident des höchsten bayerischen Gerichts, des Oberappellationsgerichts, des späteren Bayerischen Obersten Landesgerichts. Als Abgeordneter war Neumayr seit 1863 im Bayerischen Landtag. 1870 ernannte ihn König Ludwig II. zum lebenslänglichen Reichsrat und 1871 zum Vertreter Bayerns im Bundesrat. Neumayr, ein glänzender Jurist, arbeitete seit 1874 an führender Stelle am Entwurf des BGB mit.

Der andere Abgeordnete, ebenfalls ein hochqualifizierter Jurist, Carl Franz Wilhelm (seit 1879 von) Edel (10.8.1810 Aschaffenburg-16.9.1890 Würzburg) war nach seinem Jurastudium in Würzburg und Heidelberg seit 1836 zunächst am Landgericht Kissingen und dann seit 1838 als Regierungsassessor in Würzburg tätig. Von 1840 bis zu seinem Tode 1890 wirkte er als Professor für Kriminalrecht an der Universität Würzburg. 1845 bis 1847 und 1855-1861 sowie 1863-1871 war Edel Abgeordneter im bayerischen Landtag.⁹⁷

3. Die Diskussion im Plenum der Kammer der Abgeordneten des Landtags am 1. Mai 1865 und die Ausrede Dresden

Am 1. Mai 1865 wurde im Plenum der Kammer der Abgeordneten das Gutachten Stengleins diskutiert.⁹⁸ Obwohl die Regierung schon im Ausschuss versucht hatte zu bremsen und Justizminister Bomhard zuerst die Resultate der Dresdner Konferenz abgewartet haben wollte, stellte der Ausschuss nach den Vorgaben des Referenten den Antrag auf Erlass eines entsprechenden Gesetzes. Stenglein erklärte dann am 1. Mai im Plenum der Abgeordnetenversammlung, warum sein Antrag (auf baldige Erlassung eines Gesetzes) trotz der Bedenken des Ministers aufrecht erhalten werden sollte: Die Staatsregierung sei, so Stenglein, zwar richtigerweise der Ansicht, dass die Regelung nicht auf dem Wege der partikularen, sondern auf dem der allgemeinen deutschen Gesetzgebung wünschenswert

⁹⁶ Werner SCHUBERT (Hg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB. Einführung, Biographien, Materialien, Berlin-New York 1978, S. 71; Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte (<http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=1545&popH=720>).

⁹⁷ Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte (<http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=410>).

⁹⁸ Vgl. Anhang Nr. 2 (VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65, Stenographische Berichte, Bd. 2, S. 109-113).

ist, und dass sie deshalb das bayerische Mitglied der zur Zeit in Dresden versammelten Commission zur Beratung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs beauftragt habe, bei dem Entwurfe des deutschen Obligationenrechtes auch auf die gesetzliche Regelung in diesem Punkte hinzuwirken.⁹⁹ Dies würde aber nicht seinem Antrag auf bald mögliche Vorlage eines Antrags auf Erlass eines Gesetzes zur Regelung der privatrechtlichen Stellung von Genossenschaften und Vereinen widersprechen. Denn wenn es in Deutschland in absehbarer Zeit zu keiner allgemeinen Regelung der Angelegenheiten kommen sollte, so müsse man das Genossenschafts- und Vereinswesen eben auf Landesebene regeln. Entscheidend war, wie schnell bei den Dresdner Konferenzen Entscheidungen fallen würden und welche Auswirkungen sie für Bayern hätten.

Im weiteren Verlauf betonte Völk in seinem Redebeitrag die Bedeutung des Gesetzes für die Lösung der sozialen Frage. Deswegen dürfe das Gesetz auch nicht auf die lange Bank geschoben werden. Auch die Praxis, dass man derzeit den Genossenschaften juristisch nur mit Hilfe von Analogien weiterhelfen könne, unterstreiche die Dringlichkeit des Gesetzes und es ist jeder Tag, jede Woche, jeder Monat, in welchem das unterlassen wird, eigentlich ein Hinausschieben, eine Feindseligkeit, eine faktische Feindseligkeit, mit welcher man den Genossenschaften gegenüber steht, nicht eine beabsichtigte Feindseligkeit zwar, aber eine tatsächliche, welche hindert, dass die Genossenschaften entstehen, und dass sie sich frei und zweckmäßig bewegen können.¹⁰⁰ Das Handelsgesetzbuch des Deutschen Bundes hätte hier keine Fortschritte gebracht, sondern hätte den Genossenschaften geschadet: Wenn die Formen der Handelsgesellschaften auf die Genossenschaften, welche hier in Frage sind, angewendet werden sollen, so gehört eine fürchterliche Zähigkeit und eine außerordentliche Selbstüberwindung der betreffenden Genossenschaftsmitglieder dazu, um nicht nach 8 oder 14 Tagen die ganze Genossenschaft aufzugeben und sich Glück zu wünschen, dass man aus einem solchen Verbande wieder herausgekommen ist.¹⁰¹

Völk verwies des weiteren auf die bemerkenswerten neuen Entwicklungen und auf die Richtungskämpfe zwischen Schulze-Delitzsch und Lasalle. Die beiden Lager unterscheiden sich nach Völk vor allem durch die unterschiedlichen Meinungen über das Ausmaß des Staatseinflusses bei der Gründung und bei der Arbeit von Genossenschaften. Mit Blick auf Lasalle bemerkte er, dass sich hier der Absolutismus und jene Partei, welche die Staatshilfe an die Spitze stellt... verbündet haben.¹⁰² Die Regierung sollte aber diejenigen Entwicklungen begünstigen, die die Selbsthilfe zu ihrem Wahlspruch machen. Die Sache sei dringlich und er habe schon vor zwei Jahren den entsprechenden Antrag gemacht und so schwierig sei die Sache auch nicht, dass man nicht in den zwei Jahren einen Entwurf hätte verfassen können, der auf dem gegenwärtigen Landtag hätte beraten werden können. Eine Vertröstung auf das allgemeine deutsche Obligationenrecht sei wenig hilfreich, da dieses wahrscheinlich erst nach 10 bis 12 Jahren fertig sei. Völk verwies auf

⁹⁹ aaO.

¹⁰⁰ aaO.

¹⁰¹ aaO.

¹⁰² aaO.

die Eingabe des Münchner volkswirtschaftlichen Vereins, der für die Staatsregierung ein Ansporn sein sollte die Sache nicht bloß so nebenbei zu behandeln, sondern ex professo einen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen, welcher gerade den fraglichen Genossenschaften die Möglichkeit gedeihlicheren Entwickelns schafft.¹⁰³ Die soziale Frage werde durch das Gesetz natürlich nicht sofort gelöst werden, aber die Zeit wird es richten. Ein solches Gesetz würde auch die derzeitige Agitation innerhalb der Arbeiterklasse beruhigen, indem man die richtigen nationalökonomischen und volkswirtschaftlichen Grundsätze aufstellt, und sie in Formen aufstellt, welche sie dem Verständnis der Arbeiter näher bringt, - so wird man vielmehr dadurch, dass man die Genossenschaften begünstigt und praktisch zeigt, wie sie wirken, zur Entfernung dieser Agitation beigetragen haben, als dadurch, dass man die Hände in den Schoß legt und glaubt, dass allgemeine deutsche Obligationenrecht werde seiner Zeit schon helfen.¹⁰⁴

Da Völk mit seinem Redebeitrag doch sehr massiv die Regierung angriff, nahm der seit 1. August 1864 amtierende Justizminister Eduard von Bomhard¹⁰⁵ im Plenum der Abgeordnetenkommission am 1. Mai 1865 noch einmal Stellung zu den Vorwürfen der Untätigkeit.¹⁰⁶ Die Regierung war, wie der Referent und andere der Meinung, dass die Gesetzeslage unbefriedigt sei. Man halte es aber bei aller Notwendigkeit einer baldigen Gesetzgebung doch für angeraten, dass die gesetzliche Regelung in einer, wo möglich für sämtliche deutsche Bundesstaaten, oder doch wenigstens für einen großen Teil derselben gemeinsamen Weise erfolge. Deshalb hat die königliche Staatsregierung schon vor mehr als sechs Monaten, soviel ich mich erinnere, im Laufe des Monats Oktober vorigen Jahres, und zwar durch das Staatsministerium der Justiz, dem Kommissär der bayerischen Regierung bei der in Dresden versammelten Kommission zur Ausarbeitung eines Obligationenrechtes für die deutschen Bundesstaaten den Auftrag gegeben, diesen Gegenstand zur Bearbeitung in Anregung zu bringen.¹⁰⁷ Bomhard versicherte, dass es der Staatsregierung ernst sei mit ihren Bemühungen um die Regelung des Genossenschaftswesens und in Folge ihres Auftrags an den bayerischen Vertreter in Dresden seien auch eine Reihe von Bestimmungen in den Entwurf aufgenommen worden, daher sollte man auf jeden Fall die Dresdner Ergebnisse abwarten. Man könne natürlich nicht auf das gesamte Obligationenrecht warten, sondern nur auf die Beratung der Bestimmungen, die das Genossenschaftsrecht betreffen. Dies wird auch nicht so lange dauern, dass die Rechtsverhältnisse der Genossenschaften darunter zu leiden haben werden, denn ich kann Ihnen zugleich bemerken, dass die zweite Lesung auch im Laufe dieses Sommers oder spätestens im Herbst dieses Jahres begonnen und höchst wahrscheinlich sehr rasch zur Vollendung gebracht werden wird. Ist dies geschehen, dann erst wird die Staatsregierung in der Lage sein, gründlich prüfen und sich entschließen zu können,

¹⁰³ aaO.

¹⁰⁴ aaO.

¹⁰⁵ Zu Bomhard vgl.: Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, München 1931, S. 723-758 (Andreas HOLZBAUER).

¹⁰⁶ Anhang Nr. 2 (VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65, Stenographische Berichte, Bd. 2, S. 109-113).

¹⁰⁷ aaO.

ob sie diese in Dresden ausgearbeiteten Bestimmungen als Gesetzentwurf zur Annahme vorlegen oder ob sie auf dem Wege der Partikulargesetzgebung mit Vorlage eines anderen Entwurfs vorgehen soll.¹⁰⁸

Der Weg der Partikulargesetzgebung sei freilich wenig wünschenswert, da für die Genossenschaften selbst eine gemeinsame deutsche Regelung von größter Wichtigkeit sei. Wenn man mit einer Partikulargesetzgebung vorgehe, komme man leicht in die unangenehme Lage, dass man die eben beschlossenen Bestimmungen bald wieder abändern müsse.

In der Debatte meldete sich neben dem Referenten Stenglein und dem Antragsteller Völk nur noch der Nürnberger Abgeordnete Carl Crämer¹⁰⁹ zu Wort, der als Freund und Kampfgenosse Völks naturgemäß auch eine Lanze für die Genossenschaftsgesetzgebung brach: Die Ausführungen des Ministers, so Crämer, haben ihn nicht überzeugen können. Man stehe jetzt an der Schwelle einer neuen sozialen Gesetzgebung und nicht der leichteste Punkt derselben wird die Behandlung unseres Armenwesens sein.¹¹⁰ Hier sollen Kräfte geweckt werden, die ohne Staatshilfe in der Lage wären, ihre Zukunft zu sichern und man könne nicht warten, bis endlich alle Voraussetzungen für ein Gesetz zusammengekommen wären. In Nürnberg sei ein Kreditverein mit einem Umsatz von 50.000 fl. bis 60.000 fl. tätig und dieser arbeite ohne Probleme. Man wird fragen, warum ist dann eine gesetzliche Regelung notwendig? Gerade daraus nehme ich meinen Grund, dass sie notwendig ist. Mit der größten Anstrengung und Aufopferung gehen die Leute zu Werke. Sie glauben nicht, welche Hindernisse sie zu bekämpfen haben, um ihr Ziel zu erreichen.¹¹¹ Man könne also nicht auf das deutsche Obligationenrecht warten, man müsse sofort helfen. Warten sei gefährlich. Bisher werde nichts vom Staat verlangt: Unser Arbeiterstand und derjenige kleine Gewerbestand, der hier in Mitleidenschaft kommt, verschmäht es, sich dem Prinzipie unterordnen zu sollen, Hilfe von dem Staate in Anspruch zu nehmen. Sie wollen aus sich selbst heraus Hilfe schaffen mit Aufopferung der äußersten Mittel, um dieses Ziel zu erreichen,- und dem gegenüber wird jetzt nichts weiter

¹⁰⁸ aaO.

¹⁰⁹ Carl (Ritter von) Crämer (*18.12.1818 Kleinlangheim LK Kitzingen, +31.12.1902 Nürnberg). Betrieb in Doos an der Pegnitz (heute nach Nürnberg eingemeindet) ein Spiegelwerk. Zieht nach Verkauf der Anteile nach Nürnberg, wo er Mitglied des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten und bis 1890 Magistratsrat war. 1848 in Fürth in den Landtag gewählt, behielt er sein Mandat bis 1892, ab 1859 als Abgeordneter für Nürnberg. Beim Sturz des reaktionären Ministeriums Reigersberg-Pfordten 1859 war er maßgeblich beteiligt. Crämer gehörte zu den Mitbegründern der bayerischen Fortschrittspartei und darf daher im Parlament als ein enger politischer Verbündeter Völks gelten, den er auch bei der Beratung des Genossenschaftsgesetzes unterstützt. 1880 gründet er die Fortschrittspartei in Franken. 1867-1871 Mitglied des Zollparlaments, 1871-1874 Mitglied des Reichstags (Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte: <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=283&popH=720>; Bernd HAUNFELDER, Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918, Münster 2004).

¹¹⁰ Anhang Nr. 2 (VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65, Stenographische Berichte, Bd. 2, S. 109-113).

¹¹¹ aaO.

verlangt, als dass Sie aussprechen, dass es ein dringendes Bedürfnis ist, die beschwerenden gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen.¹¹²

Abschließend bemerkte der Referent Stenglein noch, dass man aus manchen Redebeiträgen zwar die Forderung herauslesen könne, man solle auf keinen Fall auf den nächsten Landtag warten, aber in diesem Punkt sei der Ausschuss doch der Meinung gewesen, man müsse doch bei einem solchen Gesetzentwurf die verschiedensten anderen gesetzlichen Bestimmungen (Zivil-, Prozess- und Strafrecht) berücksichtigen, auch die soziale Gesetzgebung: nun scheint mir in einem Punkte eine sehr bedeutende Berührung zwischen der sozialen Gesetzgebung und dem Rechtsverhältnisse der Genossenschaften zu bestehen. Es ist der Punkt bezüglich der Gewerbegesetzgebung. Ich kann mir kein gedeihliches Wirken der Genossenschaften denken, wenn nicht ein freier Standpunkt in der Gewerbegesetzgebung gewonnen ist, wenn die Genossenschaften ihre Tätigkeit nicht frei entfalten können.¹¹³ Deshalb sei es sinnvoll, erst beim nächsten Landtag der Genossenschaftsgesetzgebung näher zu treten, da dann aller Voraussicht nach nicht nur das deutsche Obligationenrecht soweit fertig beraten sei, sondern auch die Sozialgesetzgebung zum Abschluss gelangt sei. Jedenfalls sind wir im Schlussantrag einverstanden, eine baldige Regelung nicht länger verschieben, als bis zum nächsten Landtag, und wir können hoffen, dass die k. Staatsregierung diesem Wunsche Genüge leisten wird.¹¹⁴

Demgemäß beschloss der Landtag, es sei an Seine Majestät den König die alleruntertänigste Bitte zu stellen, dem Landtage sobald als möglich einen Gesetzesentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt wird.¹¹⁵

Am 5. Mai 1865 dann erhielt die Kammer der Reichsräte diesen Antrag zur Beratung.

Dort ernannte man am 7. Mai 1865 Graf Ludwig von Lerchenfeld-Köfering¹¹⁶ zum Referenten. Im ersten Ausschuss der Kammer der Reichsräte billigte man ohne große Diskussion am 22. Mai 1865 den vom Referenten für gut geheißenen und übernommenen Antrag der Kammer der Abgeordneten.

4. Die Dresdner Verhandlungen von 1863 und der Dresdner Entwurf eines deutschen Obligationenrechts von 1866

Nachdem Justizminister Eduard von Bomhard in der Debatte vom 1. Mai 1865 darauf verwies, dass auf den Dresdner Verhandlungen über ein Obligationenrecht auch das Genossenschaftsrecht beraten würde und die bayerischen Kommissäre entsprechende An-

¹¹² aaO.

¹¹³ aaO.

¹¹⁴ aaO.

¹¹⁵ aaO.

¹¹⁶ Graf Ludwig Heinrich Emil von Lerchenfeld (*22.8.1837 Petersburg, +24.12.1907 Köfering), Fideikommißherr auf Köfering, Kämmerer, erblicher Reichsrat der Krone Bayern und 1. Präsident der Kammer der Reichsräte, Großkomtur- und Großkanzler des St. Georgsordens, Kapitular des St. Hubertusordens, heiratet 1867 Clara Gräfin von Bray-Steinburg (1848-1945) (Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte: <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=2769&popH=720>).

weisungen hätten – beides war so nicht richtig – soll noch kurz auf die Dresdner Beratungen und den Dresdner Entwurf des Obligationenrechts¹¹⁷ eingegangen werden.

Im Rahmen der Beratungen über eine Reform des Deutschen Bundes wurde auf einer Ministerialkonferenz, die im November 1859 in Würzburg tagte, beschlossen, in der Bundesversammlung die Frage einer gemeinsamen Zivil- und Strafgesetzgebung des Bundes zur Sprache zu bringen, nachdem die Beratungen über das Handelsgesetzbuch in Nürnberg und Hamburg weitgehend erfolgreich abgeschlossen worden waren. Am 17.12.1859 stellten 10 Regierungen in der Bundesversammlung einen entsprechenden Antrag, der an den Bundesgerichts-Ausschuss verwiesen wurde. Auch der Erste Deutsche Juristentag 1860 erörterte diese Frage und verwies in einem Beschluss, dass zumindestens ein gemeinsames Obligationenrecht wünschenswert sei.

Das Gutachten des Bundesgerichts-Ausschusses im Dezember 1859 kam zu dem Ergebnis, dass eine gemeinsame Zivil- und Kriminalgesetzgebung als Ausdruck einer Einigungsbestrebung der deutschen Länder durchaus wünschenswert sei und auch ausführbar sei, im Zivilrecht, wenigstens im Bereich des Obligationenrechts. Diese Kommission für das Obligationenrecht nahm die Beratungen am 7.1.1863 in Dresden auf. Es nahmen Vertreter der Regierungen von Österreich, Sachsen, Bayern (von Metz, Appellationsgerichtsdirektor), Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Frankfurt teil. Preußen fehlte, was der Konferenz einen Großteil an Bedeutung nahm.

Man beschloss, die bayerischen und hessischen Zivilrechtsentwürfe sowie das sächsische BGB als ersten Leitfaden zu nehmen. Da der Referent des wichtigen vorbereitenden Ausschusses, der sächsische Vertreter Siebenhaar war, dominierte in der Endfassung das Obligationenrecht des sächsischen BGBs.

Am 7.6.1866 wurde der „Entwurf eines allgemeinen deutschen Gesetzes über Schuldverhältnisse“ der Bundesversammlung zugeleitet.¹¹⁸ Wegen des bald danach ausgebrochenen Kriegs und der Auflösung des Deutschen Bundes wurde über den Entwurf nicht beraten.

Entgegen der Ankündigungen der bayerischen Regierung hat sich die Dresdner Kommission nie mit dem Genossenschaftsrecht befasst. Vor allem machte der Widerstand Preußens die Arbeit der Kommission in Dresden weitgehend wertlos.

Preußen nahm an den Dresdner Verhandlungen vor allem deswegen nicht teil, weil es die darin beabsichtigte Verfestigung des Deutschen Bundes (mit österreichischer Beteiligung) nicht wollte. Preußen sprach dem Deutschen Bund schlichtweg die Legitimation ab, in diesem Bereich tätig zu werden. Der für eine solche Kompetenz vorgebrach-

¹¹⁷ Vgl. dazu und zum Folgenden: Justus Wilhelm HEDEMANN, Der Dresdner Entwurf von 1866. Ein Schritt auf dem Weg zur deutschen Rechtseinheit (Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Gruppe Rechtsgeschichte), Berlin 1935.

¹¹⁸ Der Entwurf wurde unter folgendem Titel gedruckt: Entwurf eines allgemeinen deutschen Gesetzes über Schuldverhältnisse, bearbeitet durch die von den Regierungen von Österreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Schwerin, Nassau, Meiningen und Frankfurt hierzu abgeordneten Kommissären und herausgegeben von Bernhard FRANCKE, Dresden 1866. Ein Nachdruck erschien 1973 in Aalen.

te Art. 64 der Wiener Schlussakte von 1815, in dem „gemeinnützige Anordnungen“ des Bundes für zulässig erachtet wurden, war nach preußischer Meinung nicht tragfähig. Außerdem würden die gesetzgeberischen Funktionen der Länderparlamente durch solche Maßnahmen zur Rechtsvereinheitlichung beschränkt.

Was den Inhalt der Dresdner Beratungen betrifft, so war das fast in allen Ländern geltende gemeine Recht die mittelbare Quelle der Bestimmungen des Entwurfs. Doch seine subsidiäre Geltung wurde nach längeren Diskussionen im endgültigen Entwurf ausgeschlossen.

Der vom sächsischen BGB- und hessischen Zivilgesetzentwurf beeinflusste endgültige Entwurf umfasste 1045 Artikel, davon 421 für den Allgemeinen Teil. Im Allgemeinen Teil werden Wesen und Arten, Entstehung, Wirkung der Schuldverhältnisse, Übergang von Forderungen und Erlöschen der Schuldverhältnisse geregelt; im Besonderen Teil werden die einzelnen Schuldverhältnisse nach ihren Entstehungsgründen in Gruppen zusammengefasst behandelt, wobei die Obligationen aus Verträgen nochmals untergliedert werden (Veräußerung von Sachen oder Rechten, Gebrauchs- oder Verbrauchsüberlassung, Dienstleistung oder Werklieferung, fremde Geschäftsführung, Rechtsgemeinschaft, gewagte Verträge, Sicherstellung von Ansprüchen); darauf folgen: Schuldverhältnisse aus ungerechtfertigten Bereicherungen, aus Delikten und Quasi-Delikten und „aus Zuständen.

Der Entwurf enthält viele Bestimmungen, die später in den Allgemeinen Teil des BGB aufgenommen wurden (Willenserklärung, Stellvertretung). Das Schweizer Obligationenrecht von 1881 übernimmt ebenfalls große Teile des Entwurfs. Doch war der gesamte Entwurf als ein rein vorläufiger gedacht; in der Endphase der Beratungen rückte man immer mehr von einer Kodifikation des Obligationenrechts als gemeinsames Gesetz der deutschen Bundesstaaten ab.

Die Arbeiten der Kommission fanden angesichts der politischen Entwicklung seit 1866 und der damit einhergehenden preußischen Dominanz nicht die nötige Beachtung. Es gab andere Prioritäten. Für viele der teilnehmenden Bundesstaaten, wie etwa Bayern, waren die Arbeiten jedoch befruchtend für ihre eigene Gesetzgebung, insbesondere weil viele Institutionen und Gerichte als Gutachter in die Arbeit der Dresdner Kommission eingebunden waren. Man war sich dabei auch klar geworden, dass das Obligationenrecht nicht vom Zivilrecht getrennt werden könne.

Für die Diskussion um das Genossenschaftsrecht spielten daher die Ergebnisse der Dresdner Kommission zum Obligationenrecht nach 1866 keine Rolle mehr.

5. Völks Antrag in der Kammer der Reichsräte

Von der Abgeordnetenkammer kam der Antrag Völks am 7. Mai 1865 in die Kammer der Reichsräte, wo er vom dortigen Referenten Graf von Lerchenfeld rundum befürwortet wurde. Dies zeigt, dass die Kammer der Reichsräte auch in diesem Punkt weit fortschrittlicher dachte, als dies die Regierung von ihr erwartete. Am 24. Mai 1865 erhielt der

Antrag Völks in der Kammer der Reichsräte die unbeschränkte Zustimmung.¹¹⁹ Da in der Kammer der Abgeordneten kammer die Dringlichkeit einer Gesetzgebung über das Genossenschaftswesen so formuliert worden war, dass man daraus den Vorwurf an das Ministerium herauslesen konnte, es habe dringende Aufgaben vernachlässigt, meldete sich der ehemalige Justizminister und Juraprofessor Friedrich Ringelmann¹²⁰ zu Wort. Ringelmann, der seit 1832 erfolgreich als ordentlicher Professor für deutsches Recht in Würzburg lehrte, war von 1849 bis 1852 Kultusminister und von 1854 bis 1859 Justizminister. Er gehörte 1859 mit v.d. Pfordten und Reigersberg zu den Ministern, die von König Max II. auf Druck des Landtags entlassen wurden („Ich will Frieden haben mit meinem Volke“). Ringelmann blieb aber bis zu seiner Pensionierung 1869 Staatsrat im ordentlichen Dienst; 1863 wurde er vom König zum lebenslangen Reichsrat ernannt. Ringelmann verteidigte nun das Ministerium gegen den Vorwurf der Tatenlosigkeit mit dem Hinweis, dass das Ministerium zu Recht zunächst auch die Entwicklung der Genossenschaften und die Stellung der Gerichte dazu, sodann aber auch die Beratungen in Dresden über eine gemeinsame Kodifizierung des Obligationenrecht abwarten wollte und dass man diese Verhandlungen immer auch bei der bayerischen Gesetzgebung zum Genossenschaftsrecht berücksichtigen sollte. Auch die sonstigen Bestrebungen zur Lösung der sozialen Frage, und dazu gehöre auch diese Gesetzgebung, seien zu berücksichtigen.

Ringelmanns Ausführungen sind zwar vom rechtspolitischen Standpunkt aus nicht uninteressant, insbesondere sein Hinweis, dass Institutionen wie die Genossenschaft sich erst ihren Wirkungsraum erobern müssten, sie tragen aber deutliche Zeichen einer regierungstreuen Verteidigungsstrategie an sich, insbesondere seine Kritik an der Haltung der Kammer der Abgeordneten.¹²¹ Es ist in den Verhandlungen der Abgeordnetenkammer mehrfach hervorgetreten, dass es sehr bedauerlich sei, dass das k. Staatsministerium der Justiz nicht eher zur Vorlage eines Gesetzentwurfes der beregten Art geschritten sei und es wird dies dem Ministerium gleichsam zum Vorwurf gemacht: „Die Sache sei im höchsten Grade dringend, jeder Tag, jede Woche, jeder Monat enthalte eine ungerechtfertigte Hinausschiebung und eine, wenn auch nicht beabsichtigte, doch jedenfalls faktische Feindseligkeit gegen die Genossenschaften“

Dieser Meinung nun, ich gestehe es offen, könnte ich mich durchaus nicht anschließen. Ich bin weit davon entfernt, den Wert dieser Vereine und Erwerbsgenossenschaften zu unterschätzen. Ich glaube, sie haben einen hohen Nutzen, wie ich überhaupt der Meinung bin, dass in der heutigen Zeit nicht Alles auf Staatshilfe gesetzt werden kann, sondern dass die Kräfte der Einzelnen in Anspruch genommen werden müssen. Alle dergleichen Vereine, die Gemeinnützigkeit ihrer Zwecke vorausgesetzt, haben daher einen hohen Wert und verdienen die möglichste Unterstützung. Daraus folgt aber noch keineswegs, dass man mit solch dringender Eile, wie hier angedeutet wurde, sogleich zu Er-

¹¹⁹ VERHANDLUNGEN Kammer der Reichsräte 1865/69 Protokolle Bd. 2, S. 214 -219 = BayHStA Landtag 564.

¹²⁰ Zu Ringelmann vgl. SCHÄRL, S. 110; DIE STAATSMINISTER DER JUSTIZ, S. 579-645.

¹²¹ VERHANDLUNGEN Kammer der Reichsräte 1865/69 Protokolle Bd. 2, S. 214 -219 = BayHStA Landtag 564.

lassung von Gesetzen schreite. Die Rechtsentwicklung im Staate ist in steter Fortbildung begriffen, ohne dass sie die Gesetzgebung sofort in die Hände zu nehmen braucht. Fast in jedem Jahrzehnt entstehen neue Institute; diese Institute bestehen aber begreiflicher Weise eher, als die sie regelnden Gesetze; die Bedürfnisse müssen sich erst feststellen, die Anschauungen müssen sich klären, dann erst ist es Zeit zu gesetzgeberischen Schritten. Man darf deswegen nicht glauben, dass die betreffenden Institute oder Persönlichkeiten recht- oder schutzlos seien.

Die Gerichte müssen selbst den Weg finden, dafür ist das weite Feld der Rechtsanalogie und erst dann, wenn eine gewisse Zeit verflossen ist, Erfahrungen gewonnen und die rechten Gesichtspunkte fixiert sind, dann tut ein Gesetz Not.

Namentlich wird dies dann der Fall sein, wenn eine Institution sich über einen weiteren Kreis verbreitet, und nicht auf ein spezielles kleines Feld beschränkt ist, wie solches bei diesen Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften der Fall ist.

Hier wird es notwendig werden, erst verschiedene Ansichten kennen zu lernen, sie zu kombinieren, und dann die Resultate zum Gesetze zu verwerten.

Wenn daher das kgl. Staatsministerium der Justiz sowohl in dem Ausschusse der Abgeordnetenkommission, als wiederholt in der Kammer selbst darauf hingewiesen hat, dass es beabsichtigt habe, erst die Verhandlungen über das Obligationenrecht, welche gegenwärtig in Dresden gepflogen werden, abzuwarten und dann auf Grund derselben weiter vorzugehen, dass es seinen dortigen Kommissär beauftragt habe, dahin zu wirken, dass die Verhältnisse der betreffenden Genossenschaften gehörig berücksichtigt würden und dass es Kenntnis habe, dass in dieser Hinsicht schon eine Reihe von Bestimmungen in den neuen Gesetzentwurf übergegangen seien, so hat nach meiner Ansicht das kgl. Staatsministerium seinen Standpunkt richtig erfasst und wird daher keinen Vorwurf verdienen.

Es kommt dabei aber auch noch ein anderer Gesichtspunkt mit in Frage, den auch bereits der Herr Referent der Kammer der Abgeordneten hervorgehoben hat. Es lässt sich nicht leugnen, dass diese Bestimmungen über Erwerbsgenossenschaften mit der sozialen Gesetzgebung in Beziehung und engem Zusammenhang stehen und dass es daher wünschenswert ist, klar zu sehen, wie die bezüglichen sozialen Verhältnisse in der eben bevorstehenden neuen Gesetzgebung sich gestalten werden, da eine freie Entfaltung der Erwerbsgenossenschaften wohl nur bei einer entsprechenden Feststellung der gewerblichen Beziehungen überhaupt denkbar ist.

Aus diesem Grunde glaube ich dem Antrage, den der sehr geehrte Herr Referent dem Hohen Hause empfohlen hat, zwar unbedingt und ohne Rückhalt beitreten, dies jedoch nur in der zuversichtlichen Hoffnung tun zu können, dass, bis dem Landtag der beantragte Gesetzentwurf vorgelegt wird, die Ansichten, welche in Dresden hinsichtlich der einschlägigen Obligationenverhältnisse bestehen, bereits bekannt und der freien Beurteilung zugänglich sind, und dass bis dorthin unsere soziale Gesetzgebung soweit gediehen ist, dass man sie bei dem vorzulegenden Gesetzentwürfe berücksichtigen kann.¹²²

¹²² aaO.

6. Gesamtbeschluss des Landtags vom 27. Mai 1865 mit Antrag an die Regierung

Nach der Zustimmung der Kammer der Reichsräte kam es am 27. Mai 1865 dann zum notwendigen Gesamtbeschluss des Landtags auf Erlass eines Genossenschaftsgesetzes unter Hinweis auf den Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863. Dieser Gesamtbeschluss wurde vom Referenten Stenglein in der Form eines Antrags an den König formuliert und vorgetragen: Allergnädigster König und Herr! Die alleruntertänigst treuehorsaamsten Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten haben dem Antrage des Abgeordneten Dr. Völk, „Die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betr.“ in nachstehender Fassung ihre Zustimmung erteilen zu sollen geglaubt: „Es sei an Seine Majestät den König die alleruntertänigste Bitte zu stellen, dem Landtage sobald als möglich einen Gesetzentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt wird. Sie übergeben hiermit Eurer Königlichen Majestät diesen Antrag, welchen sie für den Staat vorteilhaft und nützlich halten, mit der allerehrfurchtsvollen Bitte, demselben die königliche Genehmigung zu erteilen.“¹²³

7. Das Schreiben des volkswirtschaftlichen Vereins an den Landtag vom April 1865

Kurz nach diesem Beschluss ging am 26. April 1865 beim Landtag ein Schreiben des volkswirtschaftlichen Vereins in München ein, das auf den 27. (!) April datiert war.¹²⁴ Unterzeichnet war es vom damaligen Vorstand des Vereins Julius Knorr. Knorr führte aus, dass der volkswirtschaftliche Verein die Initiative des Landtags mit wahrem Jubel begrüßt habe. Er richtete an die Abgeordnetenkammer die untertänigste Bitte, alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit noch in der laufenden Landtagsperiode ein Genossenschaftsgesetz zustande komme.

Sehr ausführlich äußerte sich das Gutachten, das um vieles praktischer gehalten ist als die Ausführungen Stengleins, zur Frage, warum in Bayern ein Genossenschaftsgesetz notwendig sei und warum die bisherige Gesetzgebung nicht ausreiche, um die Gründung von Genossenschaften auf eine sichere Grundlage zu stellen. Der bisherigen bayerischen Gesetzgebung seien die wichtigsten Grundsätze des Genossenschaftswesens vollkommen fremd und dieser Mangel könne auch nicht durch die Statuten der zu gründenden Genossenschaften ausgeglichen werden, da diese dann dem geltenden Recht widersprechen würden; Vergebens würde man sich bemühen, durch Anrufung der Grundsätze des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches eine das Genossenschaftswesen berührende Legislation als entbehrlich darzustellen. Ein großer Teil von Genossenschaften könnte zur Zeit schon deshalb unter die Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch nicht eingereiht werden, weil es an den Merkmalen von Handelsgesellschaften und Handelsgeschäften gebricht. Hier könnten bloß die Grundsätze der allgemeinen Zivilgesetze maßgebend sein und bei diesen Grundsätzen ist der gedeihli-

¹²³ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65, Stenographische Berichte, Bd. 2, S. 218.

¹²⁴ BayHStA Landtag Nr. 3667.

che Bestand solcher Genossenschaften unmöglich. So schrieb zum Beispiel das gemeine Recht und mit ihm das bayerische Landrecht vor, dass wenn die ganze Kompagnie handelt, jeder Gesellschafter nur pro rata hafte und der dritte, mit welchem das Geschäft abgeschlossen wurde ebenfalls jedem Mitglied pro rata hafte. Die Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes würden die Zulässigkeit einer mehr als landesgesetzlichen Verzinsung ausschließen und die Genossenschaften in die missliche Lage des Pfandbriefinstituts bringen. Die Auflösung der Gesellschaft soll nach gemeinem und bayerischen Rechte mit dem Tode eines Gesellschafters erfolgen. Die Haftung für Gesellschaftsschulden würde nach jenen bürgerlichen Gesetzen jedem Mitgliede 30 Jahre lang obliegen. Der Privatgläubiger eines Gesellschafters wäre befugt, sofort den Gesellschaftsanteil anzugreifen. Den Minderjährigen stände Restitution in Aussicht.

Diese Rechtssätze, welche sich noch um eine erkleckliche Zahl vermehren ließe, widerstreben den Bedürfnissen der Genossenschaften in solchem Maße, dass eine Beseitigung unvermeidlich ist, sollen Genossenschaften bestehen und gedeihen, umso mehr, als trotz dieser Beschränkungen dritten Personen weder durch Publizität des Gesellschaftsvertrags noch durch Veröffentlichung einer Bilanz ein genügend sichernder Einblick in die Geschäftsverhältnisse möglich ist, während doch hievon die Seele mancher Genossenschaft, der Kredit, bedingt ist.

Aber auch jenen Genossenschaften, welche ihrer Aufgabe nach große Ähnlichkeit mit Handelsgesellschaften haben und auf welche man daher die Grundsätze des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches auftragen könnte, passen nicht alle Grundsätze des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches. Diese Grundsätze sind vielmehr so wenig darauf berechnet, auch das Genossenschaftswesen mit zu umspannen, dass man bei Abfassung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs sogar die auf Gegenseitigkeit beruhenden Gesellschaften, also gerade die Genossenschaften mit Bewusstsein von der Regelung ausgeschlossen und ohne weitere Rücksicht auf diese die Normen erlassen hat.¹²⁵

Nach Meinung des volkswirtschaftlichen Vereins sollten die folgenden Grundsätze bei einem zukünftigen bayerischen Genossenschaftsgesetz berücksichtigt werden:

Zunächst sollte abweichend von den Bestimmungen der allgemeinen bayerischen Gesetze als des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches die schriftliche Errichtung eines Gesellschaftsvertrags unentbehrlich sein.

Bei der Sozietät des bürgerlichen Rechts sowie bei der offenen Handelsgesellschaft konnte von der Notwendigkeit schriftlicher Fertigung des Gesellschaftsvertrags deshalb Umgang genommen werden, weil der Vertrag nur zwischen wenigen Personen geschlossen zu werden pflegt und eine Änderung in der Person der Gesellschafter zu den seltenen Ausnahmen zählt. Anders ist es bei den hier in Frage stehenden Genossenschaften. Hier ist die Zahl der Mitglieder eine unbegrenzte.

Der Eintritt neuer Mitglieder ist der Natur der Sache nach und bei dem Wachstum der Leistungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit mit der Zahl der Mitglieder eine regelmäßige und fast notwendige Erscheinung. Hier wären bei bloß mündlicher Tradition Kol-

¹²⁵ BayHStA Landtag Nr. 3667.

lisionen nach Innen und Außen unvermeidlich. Es ist deshalb schriftliche Fertigung unentbehrlich. Dagegen lässt sich ein durchschlagender Grund für notarielle oder sonstige öffentliche Beglaubigung nicht ersehen. Vielmehr wird die Einreichung des Statuts und etwaiger Änderungen desselben bei dem zuständigen Gerichte genügen.

Die Unterzeichnung des Statuts von jedem Gesellschafter sowie die persönliche Anmeldung und Unterzeichnung jedes Gesellschafters bei Gericht wird bei der großen Zahl und dem raschen Wechsel der Mitglieder kaum durchführbar sein und es wird genügen, wenn die Vertreter der Genossenschaft persönlich bei Gericht sich anmelden und unterzeichnen, von dem Wechsel der Mitgliedschaft aber die Behörde in periodischen Abschnitten, etwa alle Vierteljahre im Kenntnis gesetzt wird

Die Rechtsverhältnisse nach innen und Außen betreffend.

1. Wird die Genossenschaft eine bestimmte ihrem Zwecke entnommene Firma zu führen haben, es werden aber die einzelnen Genossen nicht wie bei der offenen Handelsgesellschaft für die ganze Genossenschaft aufzutreten oder gar regelmäßige Einsicht der Geschäftsbücher zu nehmen befugt sein können, sondern es ist notwendig, die Vertretungsbefugnis auf einzelne bestimmte Personen zu beschränken, denen nach Umständen ein Aufsichtsrat aus der Genossenschaft zur Seite gestellt werden kann.

2. Nicht bloß die Statuten werden zu veröffentlichen sein, sondern zur Sicherung dritter Personen und im Interesse solider Geschäftsführung ist in regelmäßigen Zwischenräumen die Veröffentlichung einer Geschäftsbilanz notwendig.

3. Die Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs, dass ein Gesellschafter ohne Genehmigung der übrigen in den einschlägigen Artikeln keine Geschäfte machen dürfte, ist im Allgemeinen auf Mitglieder einer Genossenschaft zuverlässig unanwendbar.

4. Ebenso kann eine Genossenschaft nicht bestehen, wenn - wie dies bei offenen Handelsgesellschaften der Fall ist - der Widerspruch eines einzelnen Mitglieds genügt, die Vornahme einer Handlung zu hintertreiben.

5. Eine der wichtigsten Fragen ist wohl die, ob und inwieweit ein Genosse, mit seinem Privatvermögen für Schulden der Genossenschaft hafte. Auf der einen Seite gebietet die Rücksicht auf die Sicherheit dritter Personen, dass sie mit ihren Ansprüchen an die Genossenschaft nicht auf das vorhandenen Genossenschaftsvermögen allein beschränkt sein können. Eine solche Beschränkung würde den Kredit und hiermit die Lebensfähigkeit der Genossenschaften aufheben. Auf der anderen Seite ist es aber auch im höchsten Maße bedenklich, den Genossenschaftsgläubigern den sofortigen Zugriff gegen die einzelnen Genossen zu gestatten, auch wenn Genossenschaftsvermögen noch vorhanden ist.

Eine primäre Solidarhaft dieser Art, wie sie bei offenen Gesellschaften besteht, würde dazu führen, die Beteiligung aller nur einigermaßen bemittelten Leute auszuschließen, umso mehr, als das einzelne Genossenschaftsmitglied nicht in dem Maße wie bei offenen Gesellschaften die persönlichen und finanziellen Verhältnisse der anderen gegenwärtigen und zukünftigen Mitglieder zu prüfen im Stande ist. Noch viel mehr würden gera-

de die solidesten und ehrenwertesten Leute vor der Beteiligung dann zurückschrecken, wenn, wie dies nach den Grundsätzen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs der Fall wäre, der Konkurs der Genossenschaft auch sofort den Konkurs der einzelnen Mitglieder im Gefolge haben würde.

Es erscheint daher geboten, hier einen Weg zu finden, der alle Interessen ausgleicht und dieser dürfte darin zu erblicken sein, dass der Rückgriff an das Vermögen der einzelnen Genossen erst dann genommen werden könne, wenn der Konkurs gegen das Genossenschaftsvermögen die Passiva der Genossenschaft ungedeckt lässt und dass auch hier Repartition auf die einzelnen Mitglieder bis zu vollständigen Deckung der Passiven stattfinde.

Die Auflösung und den Austritt betreffend.

Ist es offenbar, dass die Anwendung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches Artikel 123 Ziffer 2. 3 und 6 auf Genossenschaften die Existenz derselben unmöglich machen würde. Denn es leuchtet ein, dass der Tod eines einzigen Genossen, der Konkurs gegen ein einziges Gesellschaftsmitglied, die Aufkündigung von Seite eines einzigen Genossen, nicht die Auflösung einer Genossenschaft von unbegrenzter Mitgliederzahl im Gefolge haben dürfe, dass vielmehr jede solche Bestimmung den Boden der Genossenschaft erschüttern und ihren Bestand untergraben würde.

Die Verjährungsfrist des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches ist eine zu lange und würde im Genossenschaftsrechte eine kürzere Frist um so mehr sich empfehlen als bei dem Wechsel der Personen ein später Rückgriff praktisch zu großen Schwierigkeiten führen würde.

Das Liquidationsverfahren endlich wird gleichfalls mannigfache Abänderungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches erheischen.

Insbesondere wird in den meisten Fällen von denen die Artikel 133 ff. des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches sprechen, an die Stelle der Einstimmigkeit eine sachgemäße Stimmenmehrheit zu treten haben.¹²⁶

Dieses Schreiben des Münchner Volkswirtschaftlichen Vereins war ganz offensichtlich auf Initiative Völks an den Landtag geschickt worden. Julius Knorr, Mitbegründer der Fortschrittspartei und der ersten bayerischen Genossenschaft (Münchner Darlehensverein) war, wie wir bereits gesehen haben, ein enger Freund Völks und ein einflussreicher Zeitungsherausgeber.

8. Die Regierung bewegt sich nicht: Das Ende des 21. Landtags und der Landtagsabschied vom 10. Juli 1865

Der zweimal verlängerte (21.) Landtag, auf dem der Antrag von Völk über den Erlass eines Genossenschaftsgesetzes am 27. Mai 1865 beschlossen worden ist, wurde erst am 11.

¹²⁶ BayHStA Landtag Nr. 3667.

Juli 1865 beendet. Der Landtagsabschied, mit den vom König gebilligten, abgelehnten oder hinausgeschobenen Beschlüssen des Landtags erging am 10. Juli 1865.¹²⁷

Das wesentlichste Ergebnis des Landtags war das Gesetz von diesem Datum, das in Abänderung von Abschnitt VII § 22 der Verfassungsurkunde bestimmte, dass der Landtag alle zwei Jahre berufen werden musste. Die Finanzperiode wurde von 6 Jahren auf 2 Jahren verkürzt (Abschnitt VII § 5 der Verfassungsurkunde). Die der Regierung obliegende Verpflichtung, alle zwei Jahre ein neues Budget aufzustellen und vom Landtag genehmigen zu lassen, bedeutete eine entscheidende Stärkung des Parlaments.

Die schon 1863 als äußerst dringlich angekündigte Zivilprozessordnung war 1865 immer noch nicht fertig. Es wurde wieder ein Ausschuss eingesetzt, der am 16. Oktober 1865 erstmals zusammentreten sollte.

Der Antrag des Landtags auf Erlass eines Genossenschaftsgesetzes wurde von König und Regierung lediglich zur Kenntnis genommen. Im Bezug auf einen eigenen Gesetzesentwurf hielt sich die Regierung bedeckt. In § 32 des Landtagsabschieds heißt es dazu, dass es sich bei dem Antrag zu einem Gesetz über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften um einen Gegenstand handle, mit dem sich Unsere Regierung schon bisher eingehend beschäftigt hat und dem Wir auch für die Zukunft entsprechende Bedachtnahme zusichern.¹²⁸ Diese nicht nur ausweichende, sondern offensichtlich auch unrichtige Antwort auf den umfanglich begründeten Antrag von Völk war für diesen und für die anderen Betreiber des Genossenschaftsgesetzes mehr als unbefriedigend, denn jeder wusste, dass man sich im Justizministerium bisher keineswegs mit einem Genossenschaftsgesetz beschäftigt hatte. Offensichtlich war dem vergleichsweise schwachen Justizminister Eduard von Bomhard anderes wichtiger. Vor allem wurde er damals heftig wegen des Amnestiegesetzes vom 10. Juli 1865 angegriffen, das die in Folge des Pfälzer Aufstands von 1849 (teilweise zum Tode) Verurteilten amnestierte. Von einem Teil der Reichsräte musste er sich anhören, dass er Mörder begnadige, von einem Teil der Abgeordneten, dass er reaktionär und engherzig sei.¹²⁹

¹²⁷ Gbl. 1863/65, S. 105; WEBER, Gesetz- und Verordnungen, Bd. 6, S.483.

¹²⁸ WEBER, Gesetz- und Verordnungen-Sammlung, Bd. 6, S.493.

¹²⁹ STAATSMINISTER DER JUSTIZ, S. 743.

IV. VERZÖGERUNGEN: DER DEUTSCHE BÜRGERKRIEG VON 1866

Es waren aber nicht nur der Justizminister und die Regierung, die alle Versuche, zu einem bayerischen Genossenschaftsgesetz zu kommen, vereitelten, sondern auch die politischen Umstände. Gerade in der Zeit, in der Völk die Initiative im Landtag ergriff, spitzte sich der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland zwischen Preußen und Österreich zu. Es ging zunächst um eine Reform des Deutschen Bundes, wobei die von Preußen angestrebte kleindeutsche Lösung (ohne Österreich) in Bayern von der Regierung abgelehnt wurde, obwohl sie von vielen Bürgern und den liberalen Abgeordneten (auch Völk gehörte dazu) befürwortet wurde. Die bayerische Regierung unter König Max II. verfolgte teilweise eine eigene Lösung bei der Reform des Bundes, indem es die kleineren Staaten mit ins Gespräch brachte (Triasgedanke).¹³⁰

Am 10. März 1864 war König Maximilian II., der beharrliche Verfechter eines „dritten“ Deutschlands (unter bayerischer Führung) überraschend gestorben. Ihm folgte der 18jährige König Ludwig II., der sich mit der Einberufung des Landtags Zeit ließ und zuerst das Kabinett neu besetzte. Die wichtigste Besetzung war dabei die Wiederberufung des am 1. Mai 1859 entlassenen Ludwig Frh. von der Pfordten, der das Ministerium des Äußeren und königlichen Hauses übernahm und damit Vorsitzender im Ministerium wurde. Diese Ernennung war deswegen erstaunlich, weil Pfordten diese Funktion bereits unter König Maximilian II. einnahm und zwar als der Exponent der vom Landtag so sehr bekämpften restaurativen Richtung.¹³¹

Da der am 15. Juni 1863 eröffnete 21. Landtag noch nicht beendet war, musste dieser zunächst weitergeführt werden. Er trat am 27. März 1865 wieder zusammen, was Völk, wie oben geschildert, umgehend nutzte, um seinen Antrag auf Erlass eines Genossenschaftsgesetzes zu erneuern. Der Landtag wurde zweimal erneuert und am 11. Juli 1865 geschlossen.

Nach den Bestimmungen der Verfassung hätte nun zwingend der nächste Landtag (der 22.) drei Jahre nach der Einberufung des 21. Landtag einberufen werden müssen. Das wäre der 15. Juni 1866 gewesen. Kurz vor diesem Termin, am 27. Mai 1866 kam es dann zur Eröffnung des 22. Landtags, der dann aber schon am 21. Juni 1866 wieder vertagt wurde, denn die politische Lage in Deutschland hatte sich inzwischen dramatisch verschärft:

Es ging dabei um die Deutsche Frage¹³² und um die Herzogtümer Schleswig und Holstein, die seit dem deutsch-dänischen Krieg von preußischen und österreichischen Truppen besetzt waren und auf die Bismarck ein Auge geworfen hatte. Die Mittelstaaten und

¹³⁰ HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 293. (Wilhelm VOLKERT).

¹³¹ Vgl. dazu HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 281 (Wilhelm VOLKERT).

¹³² HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 294 ff. (Wilhelm VOLKERT).

Österreich befürworteten die Erbfolge des Augustenburger Herzogs, Preußen wollte die Herzogtümer annektieren. Am 1. Juni 1866 stellte Österreich den Antrag, die Erbfolge in Schleswig-Holstein durch einen Beschluss des Bundestags (in Frankfurt) entscheiden zu lassen, was für Preußen einen Bruch der Konvention von Gastein (14.8.1865) darstellte, in der zwischen Preußen und Österreich vereinbart worden war, dass Holstein an Österreich, Schleswig an Preußen fallen sollte. Preußen sollte einen Kanal durch Holstein bauen dürfen und erhielt gegen Zahlung von 2,5 Millionen dänischer Taler die österreichischen Ansprüche auf Lauenburg. Die Ansprüche des Augustenburger Herzogs Friedrich VIII. wurden ignoriert.

Am 10. Juni 1866 forderte Preußen eine Bundesreform, die Österreich aus dem Deutschen Bund ausschloss, worauf Österreich einen Tag später nach Art. 19 der Bundesakten die Mobilmachung der nichtpreußischen Bundesarmee zur Exekution gegen Preußen forderte. Diesem Antrag stimmten neben Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und einiger kleinerer Staaten schweren Herzens, nach dem Ratschlag Pfordtens, auch König Ludwig II. zu. Preußen erklärte daraufhin den Bund für erloschen und begann mit den militärischen Operationen in Sachsen, Kurhessen und Hannover.¹³³

Die bayerische Armee, die seit dem sparsamen König Ludwig I. völlig vernachlässigt worden war, zeigte sich den kommenden militärischen Auseinandersetzungen in keiner Hinsicht gewachsen.¹³⁴ Schon die Mobilmachung ging sehr schleppend voran. Den Gesamtbefehl über das VII. Armeekorps (Bayern) und das VIII. Armeekorps (Württemberg, Baden, Hessen, Nassau) hatte der siebzigjährige Prinz Karl, der Bruder Ludwig I., Generalstabschef war der unerfahrene Ludwig von der Tann.

Hannover kapitulierte am 29. Juni, ohne sich mit den süddeutschen Truppen vereinigen zu können und die Österreicher verloren am 3. Juli 1866 in Königgrätz, ohne dass die süddeutschen Truppen, wie von den Österreichern gewünscht, ihnen in Böhmen zur Hilfe gekommen wären. So konnten die Preußen jeden ihrer Gegner einzeln schlagen.

Die süddeutschen und bayerischen Truppen mussten im Mainfeldzug der preußischen Armee das Feld überlassen. Sie wurden am 9. Juli in Kissingen und am 16. Juli bei Helmstadt und Roßbrunn geschlagen. Am 28. Juli erwirkte Pfordten im Hauptquartier in Nikolsburg einen Waffenstillstand für die süddeutschen Truppen ab dem 2. August. Am 1. August besetzten die Preußen noch Nürnberg.

Im Frieden von Berlin am 22. August 1866 kam Bayern ohne größere Gebietsabtretungen davon. Es musste 30 Millionen Gulden Kriegsentschädigung zahlen und ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen schließen. Man musste auch die österreichisch-preußischen Vereinbarungen anerkennen, die nicht nur das Ausscheiden Österreichs aus einer künftige Neuordnung Deutschlands festlegte, sondern auch die Gründung eines Norddeutschen sowie eines süddeutschen Bundes. Dieser kam freilich

¹³³ HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 296. (Wilhelm VOLKERT).

¹³⁴ Zum folgenden vgl. HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 297 (Wilhelm VOLKERT).

nie zustande, da er von Bismarck hintertrieben und von den anderen süddeutschen Staaten wegen der eventuellen Vormachtstellung Bayerns nicht akzeptiert wurde.

Mit dem Bündnisvertrag vom 22. August 1866 band sich Bayern an Preußen. Damit begann auch staatsrechtlich eine Bewegung, die schon im liberalen Bürgertum Fuß gefasst hatte: Der „deutsche Beruf“ Preußens wurde mehr und mehr anerkannt, was sich dann auch in den jeweiligen Beiträgen innerhalb der Abgeordnetenversammlung des Landtags zeigte. Wirtschaftspolitisch galt jetzt für die liberalen Abgeordneten des Landtags der bedingungslose Anschluss an Preußen als alternativlos.

Pfordten, der nicht mehr das Vertrauen des Königs hatte, wollte diesen Weg nicht mitgehen. Am 29. Dezember 1866 entließ ihn König Ludwig II., nachdem vorher schon fast das gesamte Kabinett ausgetauscht worden war. Zuletzt wurde noch am 30. April 1867 Justizminister Eduard von Bomhard, ein enger Freund Pfordtens entlassen. An die Stelle Pfordtens trat am 31. Dezember 1866 Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst (1819-1901), der seit 1846 Mitglied der Kammer der Reichsräte war. Hohenlohe war kleindeutsch und national orientiert und stimmte insoweit mit der liberalen Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung überein. Daher konnten unter seiner Regierung auch die noch ausstehenden Reformgesetze durchgesetzt werden, darunter auch die Genossenschaftsgesetzgebung. Der wichtigste Mann in seinem Kabinett war Johannes Lutz, der am 1. Oktober 1867 zum Justizminister ernannt worden war. Seit der Entlassung Bomhards wurde das Justizministerium von Dr. Anton von Fischer kommissarisch verwaltet.

Kurz nach Abschluss der Verträge mit Preußen berief der König am 26. August 1866 wieder den (22.) Landtag ein, um ihn gleich danach, am 31. August 1866 zu vertagen. Noch war Pfordten als leitender Minister tätig und noch war man mit der Aufarbeitung des verlorenen Kriege beschäftigt. Aber die Genossenschaftsgesetzgebung hatte man nicht aus dem Auge verloren. Am 20. Oktober 1866 ermächtigte der König die Regierung einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Veranlasst wurde diese Initiative wohl durch die Gesetzgebungsarbeiten in Preußen. Dort hatte bereits 1860 Schulze-Delitzsch einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Er erlitt fast das gleiche Schicksal wie die Gesetzesentwürfe und Anträge Völks: Er wurde von der Regierung dilatorisch behandelt. Insbesondere für Bismarck war das Genossenschaftswesen mehr als suspekt und Völk meinte, man könne die Gelegenheit in Bayern nutzen, wenigsten in diesem Punkt als liberales Flaggschiff voranzusegeln. Aber der Krieg von 1866 hat auch dies zunichte gemacht. Preußen überholte nun Bayern und legte am 27. März 1867 das erste deutsche Genossenschaftsgesetz vor.

Der 22. Landtag wurde in Bayern am 5. Januar 1867 wieder einberufen. Jetzt hätte sich die letzte Gelegenheit geboten, ein Genossenschaftsgesetz zu beschließen. Angesichts der Arbeitsfülle und angesichts der Tatsache, dass der Landtag am 23. März schon wieder vertagt wurde, bestand keine Aussicht, dieses Gesetzesvorhaben durchzubringen. Kurz vor Ende des Landtags, am 10. März 1867 stellt Dr. Joseph Völk schließlich wieder einmal einen Antrag. Diesmal konnte er sich nicht nur auf seinen eigenen Antrag vom

10. August 1863 berufen, sondern vor allem auf das preußische Gesetz, das praktisch beschlossene Sache war.

V. DAS PREUSSISCHE GENOSSENSCHAFTSGESETZ VOM 27. MÄRZ 1867

Das preußische Genossenschaftsgesetz von 1867,¹³⁵ das auch auf die 1866 neuerworbenen Provinzen Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt ausgedehnt wurde, führte die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft ein. Damit war das Herumexperimentieren mit anderen ungenügenden Rechtsformen für Preußen beendet. Der Weg zu diesem Genossenschaftsgesetz war mühsam und der Erfolg ist allein der Zähigkeit des Abgeordneten Schulze-Delitzsch zuzuschreiben. Die Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern meinte dazu: Es ist gelungen, die Regierung von den Gedanken, die Genossenschaften der Konzessionspflicht zu unterwerfen und unter Staatsaufsicht zu stellen, abzubringen und sie zu bestimmen, in dasselbe die wesentlichen Bestimmungen des von Schulze-Delitzsch schon vor Jahren eingebrachten Gesetzesentwurf aufzunehmen. Die Genossenschaften werden durch das neue Gesetz den Handelsgesellschaften ebenbürtig an die Seite gestellt und haben gleich diesen gewisse Normativbestimmungen in den schriftlich abzufassenden Statuten zu erfüllen, welche durchaus ihrem Wesen und ihren Bedürfnissen angepaßt sind.¹³⁶

Genossenschaften mussten sich nun nicht mehr behelfsmäßig (und von den Verwaltungen und Gerichten permanent korrigiert), als Vereine oder in einer handelsrechtlichen Gesellschaftsform organisieren.

Das Gesetz unterschied bereits je nach dem verfolgten Zweck zwischen Vorschuss- und Kredit-, Rohstoff- und Absatz-, Produktiv-, Konsum- sowie Baugenossenschaften (§1). Die Gründung erfolgte durch schriftliche Abfassung eines Gesellschaftsvertrages sowie die Annahme einer gemeinsamen Firma; rechtswirksam wurde sie mit Eintragung in das Genossenschaftsregister (§§2-4), wodurch die eingetragene Genossenschaft die Rechte einer juristischen Person erlangte (§10 Abs.1). Für Gesellschaftsschulden hafteten die Gesellschafter unbeschränkt und solidarisch (§11). Die Organe der Genossenschaft, Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung, waren dem Aktienrecht entnommen und den entsprechenden Erfordernissen angepasst worden (§16-32). Besonders segensreich war der §52, der bei einem Konkurs der Genossenschaft die Verteilung der Schulden dem Vorstand überließ und damit vermied, dass sich die Genossenschafter untereinander mit Prozessen überzogen. Das preußische Genossenschaftsgesetz bildete die Vorlage für das ein Jahr später erlassene entsprechende Gesetz des Norddeutschen Bundes, welches nach weiteren drei Jahren zum Reichsgesetz erhoben wurde, wobei Bayern und insbesondere Sachsen auf ihre teilweise abweichenden Genossenschaftsgesetze verzichteten. Gegenüber der preußischen Regelung enthielt das Norddeutsche Gesetz vor allem eine Bestimmung über die Zuschusspflicht, d.h. dass jetzt nach Erschöpfung des

¹³⁵ Vgl. dazu S. 147 (Entwurf vom Juni 1863), der im Wesentlichen der endgültigen Fassung entspricht; Ludolf PARISIUS, Das Preußische Gesetz betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs-Wirtschaftsgenossenschaften vom 27. März 1867, Berlin 1868.

¹³⁶ Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern 1868, S. 329.

Gesellschaftsvermögens, also im Fall des drohenden Konkurses, ein Zuschuss geleistet werden musste (§9 Abs. III.).

VI. BAYERN IM JAHRE 1867 UND DIE BEMÜHUNGEN VÖLKS UM EIN GENOSSENSCHAFTSGESETZ

1. Der dritte Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. März 1867 auf Erlass eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes

Mit dem Text des am 27. März 1867 sanktionierten preußischen Genossenschaftsgesetzes vor Augen unternahm Völk am 10. März 1867 einen dritten Anlauf, um ein bayerisches Genossenschaftsgesetz auf den Weg zu bringen. Die Vertagung des Landtags war schon in Sicht und so wollte er noch kurz vor Schluss einen entscheidenden Anlauf machen, nicht zuletzt auch, um die Regierung zu einer Vorlage zu bewegen: Ich habe im obigen Betreff bereits früher Anträge gestellt... Nunmehr hat ein Gesetzentwurf obigen Inhalts die Zustimmung beider Kammern des preußischen Landtags erhalten...¹³⁷ Völk legte seinem Antrag die neueste Nummer der Blätter für Genossenschaftswesen bei (1867 Nr. 7 und 8), in der der preußische Gesetzentwurf abgedruckt war. Am 16. März 1867 beantragte der Abgeordnete und Freisinger Bürgermeister Franz Krumbach, einer der großen Befürworter eines Genossenschaftsgesetzes die Überweisung des Antrags vom 6. an den 1. Ausschuss (Gesetzgebungsausschuss), da der Antrag formell und materiell gültig sei.¹³⁸ Er wies darauf hin, dass der Antrag Völks auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, „die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betr.“ einen Gegenstand betraf, welcher bereits früher behandelt und an den Fachausschuss verwiesen, aber nicht mehr bearbeitet worden war. Am 22. März 1867 gab der 1. Ausschuss bekannt, dass der Abgeordnete Melchior Stenglein (wie schon 1865) das Referat über den Antrag übernommen hatte.¹³⁹ Stenglein hatte seine Stellungnahme in der Schublade, denn seit 1865, als er bereits als Berichterstatter in dieser Angelegenheit tätig war, hatte sich nichts geändert. Doch Stenglein hatte keine Gelegenheit mehr, tätig zu werden, denn am 23. März 1867 wurde der 22. Landtag wieder einmal vertagt. Am 27. März 1867 wurde das Preußische Genossenschaftsgesetz nach den Vorgaben von Schulze-Delitzsch erlassen. Damit hatte es Bayern versäumt, mit einem eigenen Gesetzentwurf zum Vorreiter im Genossenschaftsrecht zu werden, wie sich das Völk und seine Mitstreiter gewünscht hatten.

Der Grund für diese Versäumnisse lag nicht zuletzt auch in der Krise, die der seit 1864 regierende junge König Ludwig II. durch seine Verbindung mit Richard Wagner heraufbeschworen hatte.¹⁴⁰ Das Kabinett mit Ludwig Freiherr von der Pfordten an der Spitze hatte den König gezwungen, sich von Wagner zu trennen, was das Verhältnis zwischen ihm und dem König belastete. Da man von der Pfordten auch für die Niederlage im

¹³⁷ BayHStA Landtag 3660; VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/69 Sten. Ber. Bd. 1, S. 363.

¹³⁸ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/67 Sten. Ber. Bd. 1, S. 385.

¹³⁹ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/67, Sten. Ber., Bd. 1, S. 387.

¹⁴⁰ HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 293. (Wilhelm VOLKERT).

Krieg mit Preußen verantwortlich machte, erhielt er am 29. Dezember 1866 die Entlassung. Sein Nachfolger als Minister des Königlichen Hauses und des Äußeren wurde der preußenfreundliche Chlodwig Karl Viktor Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst,¹⁴¹ ein Vertreter der liberalen Richtung, der mit den Abgeordneten der Fortschrittspartei, wie etwa mit Völk, im besten Einvernehmen stand. Das Gegenteil von Hohenlohe war der für das Genossenschaftsgesetz zuständige konservative Justizminister Eduard von Bomhard. Zunächst wollte er mit Pfordten zurücktreten, wurde aber von diesem bewogen, im Amt zu bleiben. Auch König Ludwig II. bewog ihn dazu. Hohenlohe hatte natürlich kein Interesse daran, den konservativen und großdeutsch eingestellten Bomhard im Amt zu behalten. Am 29. März 1867 hatte Hohenlohe mit dem allmächtigen Kabinettssekretär Lutz eine Unterredung, dem späteren Nachfolger von Bomhard, aus der deutlich wird, wie isoliert Bomhard bereits war. Hohenlohe meinte, er könne im Augenblick keine Intrige gegen Bomhard beginnen, es würde sich aber ein Anlass bieten. Lutz solle sich bereithalten, das Justizministerium zu übernehmen.¹⁴²

Der erste Anlass für eine Kontroverse kam im Zusammenhang mit einem Abgeordneten, der später bei der Genossenschaftsgesetzgebung neben Völk eine wichtige Rolle spielen sollte: Es ging um Philipp Umscheiden. Hohenlohe wollte Umscheiden, der seit 1861 im Landtag saß und der wegen seiner linksradikalen Haltung in der Frankfurter Nationalversammlung 1850 als Justizbeamter entlassen worden war, wieder verbeamen, was auf den heftigsten Widerstand von Bomhard stieß, der in Frage der Rehabilitierung der Demokraten von 1848/49 eine unnachsichtige Haltung verfolgte. Zu einem weiteren Konflikt zwischen Bomhard und Hohenlohe kam es, als Hohenlohe mit dem Norddeutschen Bund Verfassungsverhandlungen anbahnen wollte. Zum offenen Ausbruch kam der Gegensatz zwischen den beiden Ministern am 16. März 1867.¹⁴³ Damals wurde in der Abgeordnetenversammlung der Antrag der Abgeordneten Völk und Edel auf Errichtung eines obersten Verwaltungsgerichtshofes beraten. Als Edel davon sprach, dass offensichtlich innerhalb der Regierung unterschiedliche Meinung zu diesem Thema bestanden, bezog Bomhard diese Äußerung richtigerweise auf sich und versuchte sich zu rechtfertigen, warum er gegen einen solchen Gerichtshof war.

Völk nahm nun diese Äußerung zum Anlass, die „Steuerlosigkeit“ der Regierung anzuprangern: Gemeint war dabei vor allem die isolierte Haltung Bomhards.¹⁴⁴

Im Ministerrat legte man am 18. März 1867 Bomhard nahe, zurückzutreten. Doch er lehnte ab und verwies darauf, dass er nicht der Minister der Abgeordnetenversammlung, sondern des Königs sei, dessen Vertrauen er besitze.

Die liberalen Abgeordneten hatten sich inzwischen, wohl mit genüsslicher Billigung seines Ministerkollegen Hohenlohe, auf Bomhard eingeschossen und legten nach. Der

¹⁴¹ HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 301. (Wilhelm VOLKERT).

¹⁴² DIE KGL. BAYERISCHEN STAATSMINISTER DER JUSTIZ, S. 754.

¹⁴³ aaO.

¹⁴⁴ DIE KGL. BAYERISCHEN STAATSMINISTER DER JUSTIZ, S. 755.

Abgeordnete Freiherr von Stauffenberg, der die Abschaffung der Todesstrafe beantragt hatte, richtete am 22. März 1867 heftige Angriffe gegen die Justizverwaltung: Sie gefährde die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Richterstands.¹⁴⁵ Einen Tag später wurde angesichts der verworrenen Situation der Landtag vertagt. Wahrscheinlich stand hinter dieser Entscheidung des Königs auch Bomhard, der sich der ewigen Angriffe entziehen wollte.

König Ludwig II. konnte den konservativen Bomhard, dem er prinzipiell sehr zugehört war, nicht mehr länger halten. Der Druck der anderen Minister, wie schon vorher der „linken“ und tonangebenden Abgeordneten des Landtags, war zu stark geworden. Durch königliches Handschreiben vom 30. April 1867 wurde er mit Wirkung vom 1. Mai 1867 entlassen.¹⁴⁶ Für die Genossenschafts-gesetzgebung war diese Entlassung segensreich, denn der Justizminister Eduard von Bomhard hat sich während seiner Amtszeit (1. August 1864 bis 30. April 1867) immer beharrlich gegen alle Anträge gewehrt, die von Seiten der Fortschrittspartei, etwa von Völk kamen. Schon allein der Begriff Fortschritt scheint diesem zutiefst konservativen Menschen zuwider gewesen zu sein. Zur wenig erfreulichen Bilanz seiner Amtstätigkeit gehört insoweit auch die Verhinderung des Genossenschaftsgesetzes.

Nach der Entlassung Bomhards konnte Hohenlohe seine Ministermannschaft in seinem Sinne umgestalten. Jetzt war der Weg frei für einen der besten Juristen, den das Königreich Bayern jemals auf dem Posten eines Justizministers hatte, für Dr. Johann Freiherr von Lutz. Dieser war schon am 1. Januar 1867 vom Kabinettssekretariat in das Justizministerium versetzt worden, nicht zuletzt auch, um Bomhard auf die Finger zu schauen. Ab dem 18. September 1867 amtierte er formal als Justizminister, an dem Tag, an dem der am 23. März vertagte Landtag wieder einberufen wurde.

Erst jetzt, unter dem liberalen Hohenlohe in Verbindung mit dem Justizminister Lutz wurden die Anregungen der liberalen Abgeordneten aufgenommen. Die Genossenschaftsgesetzgebung war ein Teil der großangelegten Reformgesetzgebung des Ministeriums Hohenlohe, das sich auf die „Linken“ in der Abgeordnetenversammlung, insbesondere auf die Mitglieder der Fortschrittspartei stützen konnte.¹⁴⁷ In der Folgezeit kam es zu den großen Gesetzesvorhaben, wie etwa über die Gewerbeordnung (30. Januar 1868), Gesetz über die Wehrverfassung (30. Januar 1868), das Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt (16. April 1868), die Gemeindeordnung (29. April 1869) oder die Zivilprozeßordnung ((29. April 1869). In diesen Rahmen gehört auch die Genossenschaftsgesetzgebung.

Als am 18. September 1867 der 22. Landtag wieder einberufen wurde, hatte das Justizministerium seine „Hausaufgaben“ gemacht. Man hatte inzwischen, wie später auszuführen ist, den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes ausgearbeitet. Aus einem fal-

¹⁴⁵ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/67 Sten. Ber. Bd. 1, S. 396.

¹⁴⁶ DIE KGL. BAYERISCHEN STAATSMINISTER DER JUSTIZ, S. 756.

¹⁴⁷ HANDBUCH DER BAYERISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4/1 München 2003, S. 302. (Wilhelm VOLKERT).

schen Stolz heraus, hatten Lutz und Hohenlohe nicht den Antrag Völks übernommen, das preußische Gesetz im Wesentlichen unverändert zu übernehmen. Man hatte selbst etwas gefertigt, was, wie sich herausstellen sollte, unpraktikabel war.

2. „Wenig klare Vorstellungen vom Genossenschaftswesen“. Der Stand des Genossenschaftswesens in Bayern im Jahre 1867 nach den Aussagen von Schulze-Delitzsch.

Wie dringend notwendig nicht nur in Preußen, sondern offensichtlich auch in Bayern eine Genossenschaftsgesetzgebung war, betonte vor allem Schulze-Delitzsch immer wieder in seinen „Blättern für Genossenschaftswesen“. Dort veröffentlichte er 1867 einen umfangreichen Aufsatz, der in gekürzter Form auch in der Wochenschrift der Fortschrittspartei für Bayern vom 23. November 1867 mit der Absicht abgedruckt wurde, Druck auf die Regierung zu machen.¹⁴⁸

Zunächst ging Schulze-Delitzsch auf die pfälzischen Genossenschaften ein, die für ihn innerhalb Bayerns die fortschrittlichsten sind, da sie sich der „Begönnerung“, also der Unterstützung und damit der Überwachung durch öffentliche Stellen entzogen haben. Sie beruhen demnach allein auf dem Prinzip der Selbsthilfe und hätten deswegen bereits bedeutende Erfolge erzielt. Von den 12 Pfälzer Vereinen, deren ältester 1862 gegründet wurde, hätten sechs (Edenkoben, Frankenthal, Gründstadt, Kaiserslautern, Landau und Speyer) der Anwaltschaft (also ihm Schulze-Delitzsch) ihre Rechnungsabschlüsse für 1866 eingesandt. Daraus könne man auch Schlussfolgerungen auf die anderen sechs Vereine ziehen. Durchschnittlich hätte jeder der genannten Vereine 181 Mitglieder, während bei den übrigen Vereinen, die der Anwaltschaft ihre Abschlüsse eingeschickt hätten, diese Zahl doppelt so hoch sei. Doch trotz dieser geringen Mitgliederzahl sei der Geschäftsumfang bedeutend, was auf die Wohlhabenheit der Mitglieder hindeute. Auch der bedeutende Kontokorrentverkehr bewiese, dass die Genossenschaft sich auch für die Bedürfnisse des wohlhabenden Mittelstands eigne. Gefährlich sei freilich, dass mehr als die Hälfte der fremden Gelder, die 80% der Einlagen ausmachen, Spareinlagen bzw. Schulden im Kontokorrent mit kurzen oder keinen Kündigungsfristen sind. In diesen Fällen müsse die Geschäftsführung doppelt vorsichtig sein: so wäre es falsch, wenn ein Verein, der als eigenen Fonds nur 2000 fl. besitzt, einem Einzelnen einen Kredit über 1000 fl. einräumt.

Die Pfalz besaß noch keine Konsumvereine; außer Vorschussvereinen existierte eine Tuchmachergenossenschaft in Lambrecht¹⁴⁹ und eine Rohstoffgenossenschaft der Schuhmacher in Pirmasens.

¹⁴⁸ Wochenschrift der Fortschrittspartei für Bayern 1867, S. 393-395, 428-430, 436-438.

¹⁴⁹ Die sogenannte Tuchhändlergenossenschaft in Lambrecht in der Pfalz dürfte eine der ältesten Genossenschaften Deutschlands gewesen sein. Sie ist wohl um 1800 gegründet worden, nachdem die linksrheinische Pfalz und damit auch Lambrecht französisch geworden war (Departement Donnersberg). Damals wurde die Gewerbefreiheit eingeführt und die 50 Mitglieder der dortigen Wollenweberzunft beschlossen, um die Konkurrenz von Großunternehmern abzuwehren, den gemeinsamen Kauf einer großen Spinnmaschine. (BAER, Vorgeschichte, S. 70). Die Einzelheiten der Gründung und der Organisation sind nicht bekannt, doch scheint es später noch zu zwei weiteren entsprechenden Gründungen

Im rechtsrheinischen Bayern gab es dagegen eine Vielfalt von Genossenschaften, darunter aber viele, wie Schulze-Delitzsch kritisch anmerkte, die von oben subventioniert wurden, sowie auch solche, die zwar auf Selbsthilfe beruhten, aber nicht die solidarische Haftung kannten. Zu den Vorschussvereinen, die nach dem Prinzip von Schulze-Delitzsch auf Selbsthilfe und auf Solidarhaft beruhten, gehörten im rechtsrheinischen Bayern freilich nicht viele. Schulze-Delitzsch nennt die Vorschussvereine zu Augsburg und Bayreuth, den Kreditverein zu Nürnberg (der freilich der Anwaltschaft schon mehrere Jahre lang keinen Rechnungsabschluss eingeschickt hatte), der 1866 gegründete Kreditverein Kissingen, die Industriebank in München (die für 1866 auch keinen Rechnungsabschluss eingesandt hatte) sowie der Vorschussverein zu Kronach, der freilich wegen Nichterfüllung der ihm nach den „organischen Statuten“ auferlegten Pflichten aus dem deutschen Genossenschaftsverband ausgeschlossen worden war. Für einige Vereine fehlte nach Schulze-Delitzsch jede Nachricht.

Bemerkenswert sei die Münchberger Hilfs-Genossenschaft für Voigtländische Weber, über die Schulze-Delitzsch (und daran anschließend auch die Wochenschrift der Fortschrittspartei 1866 berichtet hatte. Besonders ausführlich beschäftigte sich Schulze-Delitzsch mit dem landwirtschaftlichen Verein für Mittelfranken mit Sitz in Ansbach. Es sei eine einmalige Sache in Deutschland, dass hier ein Vorschussverein schon bei seiner Gründung mit dem Anspruch auftrete, einen ganzen Regierungsbezirk abzudecken und sich dabei wohl die Gründung anderer Genossenschaften zu verbitten scheint. In § 3 der Statuten heißt es dementsprechend: Der Verein eröffnet seine Tätigkeit für den Kreis Mittelfranken und werden je nach Bedürfnis in den einzelnen Bezirksamtsprengeln Zweigvereine gebildet oder in denselben bereits bestehende landwirtschaftliche Kreditvereine zum Beitritt als Zweigvereine eingeladen und heißen dieses alsdann „Filialen des landwirtschaftlichen Kreditvereins für Mittelfranken.“ Schulze-Delitzsch ist höchst erstaunt über diese Art der Gründung: So meint man, sich in dem centralisierenden Frankreich zu befinden... Diese Besonderheiten erklären sich, so Schulze-Delitzsch daraus, dass es sich dabei um ein halb offizielles Institut handle, da es nicht von einzelnen „Kreditbedürftigen“ gegründet worden sei, sondern vom „Landwirtschaftlichen Verein in Bayern“. Dieser Landwirtschaftliche Verein,¹⁵⁰ dessen Protektor der König sei, existiere in jedem Regierungsbezirk (Kreis), und die jeweiligen Regierungspräsidenten seien de facto auch die jeweiligen Vorstände, wie in den einzelnen Bezirken (Landkreisen) die Bezirksamtmänner. Trotz formaler Selbständigkeit bleibe der Verein eine „bürokratisch zentralisierte Regierungsmaschine“. Als ein Mittel zur Förderung der Landwirtschaft hat dieser Verein nun auch die landwirtschaftlichen Kreditvereine erkannt und fängt daher

gekommen zu sein, an denen vor allem ein Georg Koch aus Melsungen (1805-1893) führend beteiligt gewesen zu sein scheint.

¹⁵⁰ Zur Geschichte des 1809 gegründeten landwirtschaftlichen Vereins vgl. TORNOW, S. 93 ff.; K. FRAAS, Die Landwirtschaft in Bayern. Denkschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestandes des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, München 1860. Der Verein bestand zunächst zum Großteil aus Beamten und adeligen Grundbesitzern. Erst nach der Bauernbefreiung 1848 waren in Oberbayern immerhin von etwa 3100 Mitgliedern die Hälfte Landwirte und Gewerbetreibende (FRAAS, S. 113). Auch nach Änderung der Satzung 1850 blieb der offiziöse Charakter des Vereins bestehen, da die Mitglieder trotz Wahlfreiheit hohe Regierungsbeamte wählten (TORNOW, S. 97).

an, ähnlich seiner eigenen Organisation, von oben herunter solche Kreditvereine für die verschiedenen Kreise zu bilden.

Trotz seines Anspruchs und der Möglichkeit, große Kapitalien an sich zu ziehen, verfüge dieser Verein nur über Geschäftsanteile in Höhe von 24.235 Talern. Schulze-Delitzsch zweifelte, ob der Verein damit jemals seine Aufgaben erfüllen könne, insbesondere auch deswegen nicht, weil der Verein die solidarische Haftung ausdrücklich ausgeschlossen hat. Wer sollte diesem Verein Geld leihen, wenn er keinerlei Sicherheit hat? Mit vielen Rechenexempeln und Zitaten aus der Satzung stellt Schulze-Delitzsch dem landwirtschaftlichen Kreditverein für Mittelfranken ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

Ein ähnlich vernichtendes Zeugnis stellt Schulze-Delitzsch dem landwirtschaftlichen Kreditverein für Schwaben aus. Auch dieser Verein habe keine sichere Kreditbasis. Besonders abwegig sei, dass er nach seiner Satzung auch zur Förderung von Kulturunternehmungen dienen soll, obwohl keine Kredite länger als für 18 Monate vergeben werden dürfen. Man würde gerne wissen, meint Schulze-Delitzsch, welche Bodenmelioration innerhalb von 18 Monaten das Anlagekapital samt Zinsen einbringe? Auch dieser Verein stehe de facto unter der Vormundschaft des landwirtschaftlichen Vereins. Im Widerspruch zur Aufgabe und zu den Prinzipien des Genossenschaftswesens stehe die Bestimmung, dass nur Mitglieder mit einem Stammanteil von 50 fl. Stimmrecht hätten, was den Ausschluss unbemittelter Bauern bedeuten würde. Auch die Organisation von Bezirksvereinen sei ein bürokratisches Monstrum: Nur bürokratisch geschulte Geister können unserer Ansicht nach eine solche Organisation erfinden... Die in der Satzung vorgesehenen „Bürgenverbände“, nach denen sich Vereinsmitglieder zusammentun können, um für eine bestimmte Summe solidarisch zu bürgen, beweisen, wie notwendig eine solidarische Haftung sei.

Diese halbamtlichen Kreditgenossenschaften, wie die besprochenen in Mittelfranken und Schwaben, müssen nach Meinung von Schulze-Delitzsch energisch bekämpft werden, weil sie mit ihren Experimenten den Boden für gesunde Bestrebungen auf diesem Gebiet verderben. Das falsche Vorbild dieser zwei Vereine hätte auch schon den seit drei Jahren bestehenden Vorschussverein zu Freising dazu gebracht, die Errichtung von Filialen vorzubereiten, obwohl die Kapitalien selbst für seinen eigenen Geschäftsbetrieb nicht ausreichen würden.

Dann geht Schulze-Delitzsch noch auf „Bürgerliche Unterstützungsvereine“ in Nürnberg und Schweinfurt ein, die einen Vorschussverein und eine Krankenkasse miteinander kombinieren, was höchst verfehlt sei. Dass solche Experimente aber überhaupt möglich sind und noch dazu von gemeinnützig denkenden Männern gefördert werden, das beweist, wie wenig klare Vorstellungen man in Bayern vom Genossenschaftswesen hat.

Die Existenz von angeblich 7 bayerischen Rohstoffgenossenschaften (davon alleine vier in Neunburg vor dem Wald in der Oberpfalz) wird von Schulze-Delitzsch angezweifelt, dagegen seien zuverlässig 11 Konsumvereine bekannt, welche freilich erst seit Kurzem bestehen. Bei sechs von ihnen werden die Abschlüsse für 1866 im Genossenschafts-

blatt mitgeteilt. Unter diesen sei der 1864 in München gegründete der älteste und größte. Er zählte Ende 1866 1279 Mitglieder und hatte einen Jahreserlös von 23.740 Talern.

Auch bei den Konsumvereinen stelle sich die Frage nach dem Kapital, freilich nicht so stark wie bei den Vorschussvereinen. Daher sei auch bei den Konsumvereinen, auch wenn sich diese stark dagegen wehren, die Solidarhaft die einzig richtige Alternative. Dann müsste man sich nicht, wie jetzt üblich, mit Barverkäufen zufrieden geben.

Eine besonders kuriose Geschichte erzählt Schulze-Delitzsch über den Rosenheimer Konsumverein. Dieser wurde nach Anzeige des Stadtmagistrats (dahinter standen wohl einige Krämer) von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, eine Detailhandlung sowie eine eigene Wirtschaft in seinem Vereinslokal zu betreiben und beabsichtige darüber hinaus noch, eine Metzgerei und Bäckerei in Betrieb zu nehmen. Damit sei dieser Verein ein Verein zum Betrieb von Erwerbsgeschäften und müsse daher gem. §37 der Gewerbeinstruktion eine königliche Genehmigung einholen. Etliche andere Vorwürfe wurden dem Verein gemacht, insbesondere auch, dass seine Gastwirtschaft nicht zur Ersparnis für die Mitglieder, sondern nur zur Beförderung der Genusssucht betrieben würde. Der Richter sah allerdings im Treiben des Konsumvereins nichts Gemeingefährliches, wie dies Stadtmagistrat und Staatsanwaltschaft annahm.

Schulze-Delitzsch beendete seinen wenig schmeichelhaften Bericht über die Zustände in Bayern mit der zusammenfassenden Bemerkung, dass es wohl kein Land in Deutschland gäbe, in dem mit Bezug auf das Genossenschaftswesen soviel verfehlte Experimente neben großen Leistungen zu beobachten seien und dass daher kein Land dringender der entsprechenden Beratungen bedürfe. Er empfahl daher im rechtsrheinischen Bayern die Gründung eines Unterverbandes seines Genossenschaftsverbandes, wie das in der Pfalz und besonders in letzter Zeit in Baden geschehen sei.

VII. BAYERN IM JAHRE 1868 UND DER REGIERUNGSENTWURF EINES GENOSSENSCHAFTSGESETZES

1. Die Vorlage des Regierungsentwurfes eines Genossenschaftsgesetzes im Landtag am 24. Januar 1868

Bereits am 20. Oktober 1866 war die Regierung vom König ermächtigt worden, einen Entwurf für ein Genossenschaftsgesetz vorzulegen. Ob damals schon der eher zögerliche Justizminister Eduard von Bomhard den Auftrag zur Ausarbeitung eines Entwurfs an Ministerialrat Ludwig Weis erteilte, sei dahingestellt. Sicher ist, dass nach der Entlassung Bomhards (30. April 1867) die Arbeiten vorangetrieben wurden, was vor allem an dem rührigen, ehemaligen Kabinettssekretär Dr. Johannes Lutz lag, der am 18. September 1867 zum Justizminister ernannt wurde.

Am 24. Januar 1868 legte Dr. Johannes Lutz¹⁵¹ in der Abgeordnetenversammlung den Gesetzesentwurf und die Motive zum Genossenschaftsgesetz (Gesetz, die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften betr.) mit 49 Artikeln zusammen mit einem Gesetzesentwurf zu einem Aktiengesetz mit 22 Artikeln (Gesetz, die Aktiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht, betr.) mit folgender programmatischen Rede vor: Meine Herren! Es darf wohl als unbestritten angenommen werden, dass die Bestimmungen des dermal geltenden Zivilrechts über den Abschluss von Rechtsgeschäften durch Vereinigung mehrerer Personen für gemeinschaftliche Rechnung dem Bedürfnisse unserer Zeit nicht mehr genügen. Um den in dieser Beziehung hervorgetretenen Mängeln abzuweichen, hat das Staatsministerium der Justiz zwei Gesetzesentwürfe ausarbeiten lassen, welche ich auf Befehl Seiner Majestät des Königs auf den Tisch des hohen Hauses niederlege und Ihrer verfassungsmäßigen Zustimmung empfehle.

Der eine Gesetzesentwurf betrifft die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften. Dieser Gesetzesentwurf hat sich nicht zur Aufgabe gesetzt, über alle Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften Bestimmungen zu treffen, er bezieht hauptsächlich nur die Aufstellung von Normen darüber, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Weise die Genossenschaften, beziehungsweise Verbindungen mehrerer Personen die Eigenschaft von Rechtssubjekten erlangen können und für die wenigen Fälle, in welchen eine freie Regelung der Rechtsverhältnisse einer Genossenschaft durch die Teilnehmer an derselben aus Rücksichten der Rechtssicherheit bedenklich erscheinen würde, die Feststellung der erforderlichen Beschränkungen. Er lässt im Übrigen den betreffenden Verbindungen vollständige Freiheit bezüglich der Ordnung ihrer Rechtsverhältnisse.¹⁵²

¹⁵¹ Zu Lutz als Justizminister (1867-1871) vgl. DIE KGL. BAYERISCHEN STAATSMINISTER DER JUSTIZ, Bd. 2, München 1931, S. 759 ff.. Zur Biographie vgl. Walter GRASSER, Johann Freiherr von Lutz (eine politische Biographie) 1826-1890 (Miscellanea Bavarica Monacensia 1), München 1967; ADB Bd. 55, S. 555-558.

¹⁵² BayHStA Landtag 3661; VERHANDLUNGEN 1866/68 Bd. 2, S. 558.

Der Entwurf zum Genossenschaftsgesetz war das Werk des Dr. Ludwig Ritter von Weis, eines hochqualifizierten Juristen mit erstaunlicher Biographie, der um diese Zeit als Ministerialrat im Justizministerium arbeitete.

2. Der Verfasser des Regierungsentwurfes des Genossenschaftsgesetzes Dr. Ludwig Ritter von Weis

Dr. Ludwig (Ritter von) Weis,¹⁵³ (* Januar 1813 Zweibrücken, + 15.5.1880 München). Weis war seit 1.2.1841 Advokat in Zweibrücken und seit 1.10.1851 ordentlicher Professor des französischen Rechts und des bayerischen Staatsrechts an der Universität Würzburg. Er machte vor allem als Landtagsabgeordneter von sich reden. Im Landtag war er einer der Führer der konservativen Kammermehrheit und Gegner des liberalen Ministeriums. Gegen den Widerstand des Ministeriums von der Pfordten-Reigersberg kämpfte er erbittert um die Trennung von Justiz und Verwaltung. Im Jahr 1854/55 (wo er als 2. Präsident amtierte) gehörte er mit Heggenberg und Lerchenfeld zu der Mehrheit, die das Vertrauensvotum für das Ministerium ablehnten und die Auflösung der Kammer herbeiführten. Bei der Neuwahl wurde von der Regierung seine Wahl auf Betreiben der Regierung angefochten und kassiert, aber die Nachwahl brachte ihn auf sein Mandat zurück. Im Folgenden verschärfte sich der Gegensatz zwischen Parlament und Regierung, was zur Aufhebung des Gesetzgebungsausschusses, dessen Berichterstatter Weis ab 1. April 1858 war, am 10. führte. Darüber hinaus wurde Weis fünf Tage später von seiner Stelle als Universitätsprofessor enthoben und an das Appellationsgericht für Mittelfranken in Eichstätt versetzt, weil er angeblich wegen seiner oppositionellen Gesinnung als Professor für bayerisches Staatsrecht ungeeignet sei. Es war dies das letzte Mal in der bayerischen Geschichte, dass ein Universitätsprofessor aus politischen Gründen durch Versetzung gemäßregelt wurde. Obwohl seine Präsenz an der Universität wegen seiner Tätigkeit als Abgeordneter nicht die beste war, versuchte die Fakultät durch ein Immediatgesuch an den König die „betäubende“ und „schmerzliche“ Maßregel rückgängig zu machen. Mehr Eindruck beim König und beim Ministerium in München machte der Beschluss des Gemeindegremiums der Stadt Würzburg, Weis zum Würzburger Ehrenbürger zu machen. Der Antrag wurde vom regierungsabhängigen Magistrat nicht bestätigt. Bei Beginn der neuen Landtagssession im September 1858 wurde Weis demonstrativ zum zweiten Präsidenten gewählt, was am nächsten Tag (30. September 1858) zur Auflösung des Landtags führte. Bei den Neuwahlen im Januar 1859 unterlag Weis in seinem Wahlbezirk dem Regierungskandidaten, aber er wurde in drei rechtsrheinischen Bezirken gewählt und trat als Abgeordneter von Kaufbeuren in den Landtag ein, wo er wieder zum zweiten Präsidenten gewählt wurde, worauf der König nach zwei Monaten die Tagung wiederum vorzeitig schließen ließ (26. März 1859).

Dies sollte der letzte Sieg des Ministeriums von der Pfordten sein, da man inzwischen auch in Hofkreisen erkannte, dass das Hin und Her zwischen Landtag und Regierung zunehmend zu einer Entzweiung zwischen Bürgertum und König führte. Mutig versuchte nun die Stadt Würzburg Weis zum Bürgermeister zu wählen und fragte vorher deswe-

¹⁵³ Zu Weis vgl. A. CHROUST, Dr. Ludwig Weis, in: ADB 55, (Leipzig 1910), S. 19-24; SCHÄRL, S. 381.

gen in München an. Obwohl Innenminister Reigersberg widersprach, hatte sich nun die Meinung des Königs geändert. Er soll bei dieser Gelegenheit die Worte gesprochen haben „Ich will Frieden haben mit meinem Volke“ und am 5. Juni 1859 wurde dem Magistrat mitgeteilt, dass der König „nicht das Geringste“ gegen die geplante Wahl habe, die dann Ende Juni 1859 stattfand. Drei Jahre lang erwarb sich Weis große Verdienste um die Stadt. Dann erhielt er vom neuen Ministerium Schrenck¹⁵⁴ das Angebot, als Ministerialrat im Justizministerium unter Minister Karl Christoph Frh. von Mulzer (seit 1. August 1864 Eduard Peter Ritter von Bomhard) bei den zukünftigen Gesetzesvorhaben mitzuarbeiten. Dahinter stand natürlich der Versuch, den politischen Gegner zu „zähmen.“ Weis ging auf das Angebot ein und wurde am 1. Mai 1862 zum Ministerialrat ernannt. Die Stadt Würzburg verlieh ihm nun (im zweiten Anlauf) endgültig das Ehrenbürgerrecht (Mai 1862).

Im Ministerium widmete sich Weis vor allem der neuen Zivilprozessgesetzgebung (1869) und dem Genossenschaftsgesetz. Am 29.4.1869 erhielt er den Zivilverdienstorden und wurde als Ritter von Weis geadelt. In der Kammer der Abgeordneten trat er mit Rücksicht auf seine Stellung als Staatsbeamter nicht mehr stark hervor, bildete aber einen wichtigen Rückhalt der Patriotenpartei. Bei der von 11. bis 21. Januar 1871 währenden Diskussion um die Versailler Verträge setzte sich Weis gegen die Mehrheit seiner Partei um eine Zustimmung ein, er gehörte damals also zu den Befürwortern der kleindeutschen Lösung (ohne Österreich) und vertrat damit die Regierungspolition. Am 1. Mai 1871 wurde er Präsident des Appellationsgerichts der Pfalz und am 1. Mai 1879 versetzte man ihn auf seinen eigenen Antrag hin in den endgültigen Ruhestand. Wenig später kehrte er nach München zurück, wo er aber schon am 15. Mai 1880 starb.

3. Würdigung des Regierungsentwurfs vom 24. Januar 1868

Die Regierung bzw. Justizminister Lutz legte den von Weis verfassten Regierungsentwurf mit den Motiven am 24. Januar 1868 der Kammer der Abgeordneten vor.¹⁵⁵ In den einleitenden Bemerkungen zum Gesetz erkannte Weis, und damit sein Justizminister Lutz, an, dass die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen für das Genossenschaftswesen, das auch in Bayern wichtig geworden sei, nicht ausreichten. Der vorgelegte Gesetzentwurf regle nicht alle Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften, sondern überlasse die Regelung der Einzelheiten angesichts der Verschiedenheit der Verhältnisse der jeweiligen Genossenschaft: Die Aufgabe des Gesetzes bestehe im Wesentlichen darin, festzulegen, unter welchen Voraussetzungen und wie die Genossenschaften die Rechte juristischer Personen erwerben können. Es räume den Genossenschaften das Recht ein, sich selbst Regeln zu geben. Bestimmungen werden im Gesetz nur dort getroffen, wo eine Beschränkung dieses Regelungsrechts der Genossenschaften nötig erscheine, sowie hinsichtlich der äußeren Stellung der Genossenschaften und ihres Verhältnisses zu Dritten.

¹⁵⁴ Karl Frh. v. Schrenck v. Notzing war vom 1.5.1859 – 4.10.1864 Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußeren (SCHÄRL, S. 112).

¹⁵⁵ VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten 1866/68 Beil. Bd. 3., S. 371; vgl. S. 159.

Der Regierungsentwurf sollte für die bayerische Genossenschaftsgesetzgebung nur insoweit eine Rolle spielen, als er bald zum allgemeinen Objekt der Kritik wurde und daher, genau ein Jahr nach seiner Vorlage, bei der Beratung im zuständigen Ausschuss verworfen wurde. An seine Stelle wurde als Beratungsvorlage der von Völk bearbeitete Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes genommen, der sich eng an die Bestimmungen des preußischen Genossenschaftsgesetzes anlehnte.

Hauptdifferenz- und Kritikpunkt beim Regierungsentwurf war die Tatsache, dass er alle Arten von Vereinigungen (Gesellschaften) mit wechselnder Mitgliederschaft (mit Ausnahme der politischen) in das Gesetz hineinpacken wollte. Dies stand im Gegensatz zu der von Schulze-Delitzsch entwickelten Genossenschaftsidee, die sich auf wirtschaftlich tätige Selbsthilfeeinrichtungen beschränkte. Der „bayerische“ Genossenschaftsbegriff war demnach eher ein historischer, der, so die Kritiker, sich damit wegen seiner Belieblichkeit einer sinnvollen gesetzlichen Regelung entzog. Im Folgenden sei daher nur der am 15. Januar 1869 im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten einstimmig abgelehnte Art. 1 des Regierungsentwurfs samt Begründung zitiert.

Dieser von Dr. Ludwig Weis verfasste Regierungsentwurf beruht im Wesentlichen auf dem Text des preußischen Genossenschaftsgesetzes, wie auch dann später die zum endgültigen Gesetz erhobenen Alternativvorschläge des Abgeordneten Dr. Völk. Im Unterschied zum preußischen Genossenschaftsgesetz fasst der Regierungsentwurf freilich – nicht zuletzt auch auf Grund der Abänderungen im Staatsrat – den Begriff der Genossenschaft viel weiter. Der Regierungsentwurf¹⁵⁶ definierte die Genossenschaft in Art. 1 wie folgt: Vereinigungen zu wirtschaftlichen, Wohltätigkeits-, Bildungs-, religiösen und geselligen oder sonstigen erlaubten Zwecken, welche nicht auf einzelne bestimmte Mitglieder beschränkt sind, der von Schulze-Delitzsch verfasste Entwurf dagegen: Vereine, welche bei nicht geschlossener Mitgliederzahl die Förderung des Kredits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittelst gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes auf dem Wege der Selbsthülfe bezwecken (Genossenschaften), namentlich:

- 1) Vorschuss- und Kreditvereine
- 2) Rohstoff- und Magazinvereine,
- 3) Associationen zur Produktion und zum Verkauf der gefertigten Waren für gemeinschaftliche Rechnung,
- 4) Konsumvereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensbedürfnissen im Großen und Ablass in kleineren Partien an ihre Mitglieder...¹⁵⁷

Diese Einbeziehung religiöser und wohltätiger Vereine in das Gesetz wird von der bald nach Veröffentlichung des Regierungsentwurfs erschienenen Denkschrift der pfälzischen Genossenschaften scharf kritisiert: Dass Gesellschaften, welche ihrer inneren Natur nach so grundverschieden sind, wie alle im preußischen Gesetz aufgezählten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften auf der einen, gesellige, religiöse und Wohltä-

¹⁵⁶ Vgl. S. 159 (VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/68, Bd. 3, S. 371 ff.).

¹⁵⁷ aaO.

tigkeitsvereine auf der anderen Seite, nicht über einen Kamm geschoren werden können; dass es insbesondere nicht möglich ist die Garantien, welche von denselben verlangt werden, in gleicher Weise festzusetzen, ohne entweder ganz gerechtfertigte Forderungen an die wirtschaftlichen Genossenschaften aufzugeben oder die anderen Vereinigungen ganz unnötiger Weise zu beschränken, leuchtet wohl von selbst ein.¹⁵⁸ Auch von Schulze-Delitzsch wurde kritisiert, dass der bayerische Entwurf völlig unnötigerweise normale Vereine Beschränkungen unterwirft, die nur für solche Gesellschaften sinnvoll sind, die im Handelsverkehr stehen. Auch die starke Stellung des Vorstands wurde kritisiert, da dessen Befugnis, die Genossenschaft zu vertreten, nicht beschränkt werden kann, eine Befugnis, die bei vollen Vereinen völlig unnötig sei. Völlig überzogen war natürlich auch die solidarische Haftbarkeit der Mitglieder, die nur für Wirtschaftsgenossenschaften Sinn machte, da diese kreditwürdig sein mussten.

Anders als im preußischen Gesetz (§10) fehlt im Regierungsentwurf die Bestimmung, dass die wesentlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auch für die Genossenschaften gelten. Das war natürlich der Tatsache geschuldet, dass man gesellige, religiöse oder mildtätige Vereine nicht als Kaufleute behandeln konnte. Die Eintragung der Genossenschaft erfolgte nach dem preußischen Gesetz durch das Handelsgericht, nach dem bayerischen Regierungsentwurf durch das Bezirksgericht. Darüber hinaus musste nach dem bayerischen Regierungsentwurf die Satzung der Genossenschaft durch Notarsinstrument eingereicht werden, was die Errichtung von Genossenschaften sehr erschwerte. Nach dem preußischen Gesetz genügte einfache Schriftform.

Einer der wesentlichsten Unterschiede bestand in der Frage der Haftung der Mitglieder. Im preußischen Entwurf gab es nur die unbeschränkte Solidarhaftung, während der bayerische Regierungsentwurf auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung vorsah. Schulze-Delitzsch sah die unbeschränkte Haftung aller Genossen als die zwingende Voraussetzung für die Kreditwürdigkeit der Genossenschaft und damit für ihre Handlungsfähigkeit, eine Ansicht, die er freilich später revidiert hatte. Auf der anderen Seite sah der bayerische Regierungsentwurf vor, dass der Konkurs (Gant) der Gesellschaft automatisch auch zum Konkurs (Gant) des einzelnen Mitglieds führt.

4. Die Behandlung des Entwurfs im 1. Ausschuss der Abgeordnetenkommission ab Januar 1868; Die erste Stellungnahme des Referenten Dr. Joseph Völk vom 17. März 1868 und Völks weitere Vorträge als Berichterstatter

Der am 24. Januar 1868 beim Landtag, Kammer der Abgeordneten, eingegangene Regierungsentwurf wurde an den 1. Ausschuss (Gesetzgebungsausschuss) verwiesen, der noch am 24. Januar 1868 Dr. Völk zum Referenten über die Gesetzentwürfe: „Die Rechtsverhältnisse der Genossenschaften betr. und die Aktiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht“ bestimmte. Dies teilte der Ausschuss am 25. Januar 1868 der Kammer der Abgeordneten mit.¹⁵⁹

¹⁵⁸ aaO.

¹⁵⁹ VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten 1866/68 Sten. Ber. Bd. 2., S. 571.

Am 17. März 1868 erstattete Dr. Völk dem 1. Ausschuss sein Gutachten, das sich vollständig vom Regierungsentwurf löste.¹⁶⁰ Völk machte deutlich, dass ihm der bayerische Entwurf zu viele unterschiedliche Vereine und Gesellschaften einschloss und sich daher zu weit vom preußischen Genossenschaftsgesetz entfernt. Dieses Genossenschaftsgesetz, dessen Entwurf Schulze-Delitzsch schon 1862 verfasst hatte, war im Frühjahr 1867 sehr schnell beraten und beschlossen und am 27. März 1867 zum Gesetz erhoben worden. Nach der Meinung Völks sollte man sich in Bayern an die bewährten und lang diskutierten preußischen Vorgaben halten: Er schlug eine Übernahme der im Wesentlichen von Schulze-Delitzsch stammenden preußischen Genossenschaftsgesetzgebung vor.

Zur Unterstützung seines Anliegens legte er seinen Ausführungen die zwei Eingaben des volkswirtschaftliche Vereins vom 25. Februar 1868 und später des Augsburger Vorschussvereins vom 21. März 1868 bei.

Völk begnügte sich aber nicht, nur auf das preußische Gesetz zu verweisen. Er präsentierte einen eigenen Entwurf, der sich im Wesentlichen am preußischen Genossenschaftsgesetz orientierte, aber auch Bestimmungen des Regierungsentwurfs übernahm. Dieser seine Entwurf, der 59 Artikel umfasste, wurde von Völk auch gleich ausführlich kommentiert, wobei er die Vorzüge seiner Regelung gegenüber dem Regierungsentwurf unterstrich. Völk legte seinem Bericht also zwei Entwürfe zugrunde, den der Regierung und seinen eigenen.

Zu weiteren Beratungen der Entwürfe kam es nicht mehr, da schon am 2. Mai 1868 der Landtag vertagt wurde. Er sollte erst wieder am 7. Dezember 1868 einberufen werden.

5. Die Eingabe des Volkswirtschaftlichen Vereins München vom 25. Februar 1868

Am 22. Februar 1868 erschien in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung ein Artikel zum Regierungsentwurf, in dem die Zusammenfassung von Wirtschaftsgenossenschaften mit den Vereinen als unzumutbar bezeichnet wurde. Wenig später, am 25. Februar 1868 machte der volkswirtschaftliche Verein in München, der ja schon im April 1865 dem Landtag eine umfangreiche Stellungnahme übersandt hatte, und aus dessen Mitte wahrscheinlich auch der Zeitungsartikel kam, eine Eingabe zum Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868, in der er sich für die Übernahme des preußischen Genossenschaftsgesetzes vom 27. März 1867 auch in Bayern aussprach.¹⁶¹ Die Vorstellung (Eingabe) des Vereins war von dessen 1. Vorsitzenden Dr. C. Adler (Dr. Carl Adler) unterzeichnet. Es wurde von den Abgeordneten Croissant und Frh. von Stauffenberg offiziell übernommen („angeeignet“), wie es für alle Eingaben von Dritten erforderlich war und dem 1. Ausschuss zur Berücksichtigung überwiesen.

Wieder versuchte also, wie schon 1865, der Volkswirtschaftliche Verein, über dessen Tätigkeit es leider keine Untersuchung gibt, massiv in die Gesetzgebung einzugreifen, freilich im Interesse Völks, der wohl hinter diesen Aktionen des Volkswirtschaftlichen Vereins steckte. Nach Meinung des Volkswirtschaftlichen Vereins bringe der Regie-

¹⁶⁰ BayHStA Landtag 3661.

¹⁶¹ BayHStA Landtag 3661.

rungsentwurf zwar alles, er erfülle aber nicht die Voraussetzungen für ein Genossenschaftsgesetz. Für das „Postulat eines Genossenschaftsgesetzes“ sei beispielsweise die notarielle Beglaubigung der Satzung völlig überflüssig. Überflüssig und schädlich sei auch die Befugnis der Polizei, die Genossenschaft bzw. deren Versammlungen aufzulösen. Die Rechtsverhältnisse aller nicht wirtschaftlich arbeitenden Zweckvereinigungen und der Aktiengesellschaften, die nicht Handelsgesellschaften seien, sollen in einem besonderen Gesetz geregelt werden.¹⁶²

Der damalige Vorstand des Volkswirtschaftlichen Vereins Dr. jur. Carl Adler war Mitglied der Fortschrittspartei und stand deshalb mit Völk in enger Verbindung. Er gehört zu den ersten Verfechtern des Genossenschaftsgedankens in Bayern und war schon 1862 bei der Gründung des Münchner Darlehensvereins beteiligt. Damals arbeitete er als Bankbeamter.

Carl Adler (*20. August 1823 Speyer, +16. Februar 1896 Bad Dürkheim)¹⁶³ stammte aus einer pfälzischen jüdischen Familie, hatte Rechtswissenschaft studiert und nahm 1849 an den Kämpfen in der Pfalz auf Seiten der Aufständischen teil. Dafür bekam er später keine Anstellung als Advokat oder Beamter. Dabei spielte auch die antisemitische Haltung der pfälzischen Regierung eine Rolle. Zeitweise arbeitete er als Bankangestellter. In München setzte er sich für das Genossenschaftswesen ein und wirkte dabei vor allem innerhalb des Volkswirtschaftlichen Vereins mit dem zweiten bedeutenden Volkswirt und Theoretiker Neumann zusammen. In München war er wie Neumann 1862 an der Gründung der ersten bayerischen Genossenschaft (Münchner Darlehensverein, heute Münchner Bank) beteiligt. Ende der 60er Jahre war er als Rechtsanwalt in Bayreuth, Würzburg und schließlich wieder in München tätig. 1869 wurde er für die Fortschrittspartei in den Landtag gewählt. Seit 1874 versah er eine Notariatsstelle im pfälzischen Freinsheim und seit 1882 in Bad Dürkheim, wo er starb.

In München erwarb sich Adler vor allem durch die Gründung des Arbeiterbildungsvereins sowie durch seine Mitarbeit beim volkswirtschaftlichen Verein Verdienste. In der breiten Öffentlichkeit wurde er als Übersetzer und Herausgeber der Werke des amerikanischen Volkswirtschaftlers Henry Charles Carey (1793-1879) bekannt.¹⁶⁴

¹⁶² BayHStA Landtag 3661.

¹⁶³ Karin HOPSTOCK, Die jüdische Gemeinde Speyer im 19./20. Jahrhundert, in: Die Juden in Speyer (Beiträge zur Speyerer Stadtgeschichte 9), Speyer 2004, S. 171-172. Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte: <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=13>.

¹⁶⁴ Henry Charles Carey (1793-1879) war einer der bekanntesten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler des 19. Jahrhunderts und einer der Hauptberater von Präsident Lincoln. Mit seinem dreibändigen Werk „The Principles of Social Science“ (1858/59) legte er die Grundlage seines Lehrgebäudes, das kapitalistische Marktfreiheit mit Förderung und Überwachung durch den Staat verlangte. Adler gab in diesem entscheidenden Jahr 1868 eine von ihm übersetzte Broschüre H. C. Careys mit dem Titel „Wirtschaftspolitische Rückblicke auf die letzten zehn Jahre“ (Fleischmanns Buchhandlung, Maximiliansstr. 2) heraus. Schon 1863 übersetzte Adler Careys „Grundlagen der Socialwissenschaften“ (München 1863). 1866 besorgte er in München die deutsche Ausgabe von Careys erstmals 1857 erschienenen Lehrbuchs der Sozialwissenschaft und Volkswirtschaft.

6. Das Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes vom 4. Juli 1868

Noch stärker wurde der Druck der Genossenschaften und Verbände auf Landtag und Regierung, als am 4. Juli 1868 das Gesetz des Norddeutschen Bundes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften,¹⁶⁵ erlassen wurde, das im Wesentlichen das preußische Genossenschaftsgesetz vom 27. März 1867 übernahm.

Der Norddeutsche Bund entstand aus den Verträgen, die Bismarck noch während des Deutschen Kriegs 1866 mit den 17 verbündeten deutschen Kleinstaaten am 18. August 1866 schloss. Der Sieg Preußens über Österreich (Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866) führte zur Auflösung des Deutschen Bundes (Von Österreich im Frieden von Prag am 23. August 1866 anerkannt). In diesem so genannten „August-Bündnis“ war nach dem preußischen Reformvorschlag vom 10. Juni 1866 die Errichtung eines Bundesstaates mit einem Reichstag an Stelle des aufgelösten Deutschen Bundes vorgesehen. Nach dem Friedensverträgen von Berlin, am 22. August 1866 mit Bayern und zu anderen Terminen mit den anderen süddeutschen Staaten, die gegen Preußen gekämpft hatten (Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt), traten Hessen Darmstadt mit seinem Gebiet nördlich des Mains, das Königreich Sachsen, Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie in den Norddeutschen Bund ein. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes wurde am 12. Februar 1867 gewählt. Er beschloss am 16. April 1867 eine Verfassung, die am 1. Juli 1867 in Kraft trat.

Auf Initiative von Schulze-Delitzsch wurde das preußische Genossenschaftsgesetz am 28. Mai 1868 dem Reichstag des Norddeutschen Bundes vorgelegt. Wie die Allgemeine Zeitung Augsburg am 2. Juli 1868 bemerkte, diente die Vorlage (wie bei anderen Gesetzen des Norddeutschen Bundes) nur dazu, das preußische Genossenschaftsgesetz zu verbessern, da in den übrigen Ländern des Norddeutschen Bundes mit Ausnahme von einigen Thüringer Kleinstaaten kein Bedarf für ein Genossenschaftsgesetz bestand. Bei der Prüfung des Gesetzes durch die einschlägige Kommission wurden vor allem die neueren Konkursbestimmungen in den Ländern berücksichtigt, ansonsten nur redaktionelle Änderungen vorgenommen. Wie fast alle Gesetze des Norddeutschen Bundes wurde auch das Genossenschaftsgesetz trotz der immerhin 62 Paragraphen im Plenum sehr oberflächlich behandelt und nur mit einer Änderung auf Antrag des Abgeordneten Löwe innerhalb einer Stunde am 28. Mai 1868 „durchgewunken“. Das mangelnde Interesse der Abgeordneten war auch darauf zurückzuführen, dass der Reichstag am nächsten Tag vertagt wurde. Bei seiner Thronrede zur Verabschiedung des Reichstags fand der König es nicht weiter nötig, das Gesetz zu erwähnen.

Am 4. Juli 1868 wurde das Gesetz publiziert (Gesetz des Norddeutschen Bundes betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften). Es sollte am 1. Januar 1869 in Kraft treten.

¹⁶⁵ BundesGBl. 1868 Nt. 24 S.415, 1869 S.168; Karl WEBER Gesetz- und Verordnungen-Sammlung Bd. 7, S. 370.

Der Entwurf des Genossenschaftsgesetzes des Norddeutschen Bundes wurde, wie erwähnt, vom Urheber des preußischen Gesetzes, Schulze-Delitzsch eingebracht, der seit 1867 Abgeordneter des Reichstags des Norddeutschen Bundes war. Am 28. Mai 1868 erstattete der Berichterstatter der zuständigen Kommission Dr. Becker (Dortmund) Bericht.¹⁶⁶ Dieser erklärte, warum die Übernahme des preußischen Gesetzes (mit einigen Verbesserungen) die beste Lösung sei: Die Genossenschaften außerhalb Preußens wünschen das preußische Gesetz zu bekommen. Das ist die beste Empfehlung für die Vorlage. Zwar seien bei der Beratung des preußischen Gesetzes von allen Seiten Bedenken geäußert worden, diese hätten sich aber als unbegründet herausgestellt. Die Kommission hätte nur das beseitigt, was nur für preußische Verhältnisse passt, vor allem die Regelung der Verhältnisse im Falle der Überschuldung der Genossenschaft, da für diesen Fall im preußischen Gesetz nichts vorgesehen sei.

Die Änderungen gegenüber dem preußischen Gesetz sind vor allem von Schulze-Delitzsch sowie von der Kommission formuliert worden. Zu den §§ 52 und 53 gab es darüber hinaus Verbesserungsanträge, die von Schulze-Delitzsch ohne weiteres akzeptiert wurden. Neu war zunächst der § 8, der die Öffentlichkeit des Genossenschaftsregisters nach dem Vorbild des Handelsregisters festlegt. Dies war so schon in der Preußischen Ministerialinstruktion zum Genossenschaftsgesetz enthalten. Die weiteren Änderungen betrafen vor allem die Bestimmungen zum Konkurs und den gegenseitigen Ausgleichspflichten in Art. 52 ff.. Nach dem preußischen Gesetz konnte sich der Gläubiger an jeden der Genossenschafter halten und von diesem die von der Genossenschaft geschuldete Summe herausklagen. Dieser musste sich dann an die anderen Genossenschafter halten, was nicht nur mühsam war, sondern auch zur völligen Zerrüttung unter den ehemaligen Genossen führen konnte. Das Gesetz des Norddeutschen Bundes sah nun vor, dass alle Genossen im Konkurs automatisch anteilmäßig hafteten. Schulze-Delitzsch formuliert die Verbesserungen, deren wichtigste die Minderung der Solidarhaft betrifft, wie folgt: Wenn schon nach dem eben genannten Gesetz (das preußische Genossenschaftsgesetz) die solidarische Verhaftung der einzelnen Genossenschafter für die Genossenschaftsschulden insofern einen bloß bürgschaftlichen Charakter annimmt, als die Genossenschaftsgläubiger erst nach Endigung des Konkurses über das Genossenschaftsvermögen – mit welchem die Konkurseröffnung über das Privatvermögen der Mitglieder nicht verknüpft ist – wegen der dabei erlittenen Ausfälle sich an die Genossenschaften halten können; so geht das gegenwärtige Gesetz in der Rücksichtnahme hierbei soweit, als es mit Aufrechterhaltung des Prinzips der Solidarhaft – in welchem man die wirksamste Kreditbasis der Genossenschaften antasten würde – sich irgend verträgt. Sobald nämlich der Konkurs über das Genossenschaftsvermögen zum Schlußverfahren gediehen und der Stand der Aktiv- und Passivmasse zur Übersicht gebracht ist, wird der darnach zur vollständigen Deckung der Gläubiger erforderliche Betrag mittelst einer executorischen Zwangsumlage unter den Genossenschaf tern aufgebracht und so den vielen prozessualen Weiterungen vorgebeugt, welche durch Ausklagung solcher Forderungsreste gegen einzelne Genossenschafter und die von diesen gegen die übrigen, behufs Wiedererlan-

¹⁶⁶ Protokolle des Reichstags des Norddeutschen Bundes 1867/68 Bd. 8, S. 279.

gung der für letzteren vorgeschossene Summen, anzustellende Rückgriffsprozesse unausbleiblich entstehen müßten.¹⁶⁷

Die sonstigen eher redaktionellen Änderungen des Ausschusses im Gesetz wurden innerhalb des Plenums als „Silbenstecherei“ zur Kenntnis genommen aber nicht weiter diskutiert.

Das Norddeutsche Gesetz galt den Anhängern von Schulze-Delitzsch als der Maßstab für die zukünftige Genossenschaftsgesetzgebung in den anderen Ländern. Vor allem sei dadurch den Genossenschaften nun das Recht eingeräumt, alle Rechte, insbesondere Eigentumsrechte zu erwerben und Ansprüche gerichtlich geltend zu machen. Die Legitimation des Vorstands sei in einfacher Weise geregelt.

Wenig einverstanden war man (in Übereinstimmung mit Schulze-Delitzsch) innerhalb der Genossenschaftsbewegung mit den polizeilichen Bestimmungen §§ 27 und 35 des norddeutschen Gesetzes, deren Weglassung bei zukünftigen Genossenschaftsgesetzen allgemein empfohlen wurde.

Der große Streit innerhalb der Genossenschaftsbewegung entzündete sich freilich an der Frage der Solidarhaftung, die von Schulze-Delitzsch als das Kernstück der Genossenschaftsgesetzgebung angesehen wurde. Zwar wurde sie im norddeutschen Gesetz verwirklicht, aber in Süddeutschland stieß die Solidarhaftung innerhalb der Genossenschaftsbewegung auf Widerstand. Das zeigte sich nicht nur in der Diskussion im bayerischen Landtag und in der Endfassung des bayerischen Genossenschaftsgesetzes, sondern auch auf den Verbandstagen, etwa auf dem Verbandstag der deutschen Konsumgenossenschaften in Stuttgart 1869, wo bei der Formulierung einer entsprechenden Resolution (Empfehlung zur Annahme des norddeutschen Genossenschaftsgesetzes) erbittert gestritten wurde, ob man die Solidarhaftung in den zukünftigen Gesetzen verankern müsse oder nicht. Im Bericht über die Veranstaltung heißt es: Was die in der Resolution vorgeschlagene Abänderung betreffe, so werde darüber, ob die obligatorische Solidarhaftung im Gesetze zu statuieren sei oder nicht, viel gestritten. Diese Frage sei die eigentlich brennende. Sie werde als eine Lebensfrage für die Genossenschaften hingestellt. Während von einer Seite behauptet werde, den Zwang der solidarischen Haftbarkeit in das Gesetz aufnehmen, heiße den Consumvereinen die Lebenswurzel abschneiden, werden von anderer Seite angeführt, dass es das Wesen der Genossenschaften verkennen, das Bestehen derselben in Frage stellen hieße, wenn man ihnen die Wahl zwischen solidarischer und beschränkter Haftbarkeit freigäbe. Eine Genossenschaft ohne Solidarhaft sei ein Widerspruch in sich...¹⁶⁸

¹⁶⁷ Hermann SCHULZE-DELITZSCH, Jahresbericht für 1867 über die auf Selbsthilfe gegründeten deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Leipzig 1868, S. 4.

¹⁶⁸ Bericht über den 3. Verbandstag Deutscher Consumvereine am 16. und 17. Mai in Mannheim, Stuttgart 1869, S. 8.

7. Schulze-Delitzsch und seine Kritik am bayerischen Entwurf

Der bayerische Regierungsentwurf, der in wesentlichen Punkten vom preußischen Genossenschaftsgesetz und vom Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes abwich, wurde auch von Schulze-Delitzsch kritisiert. Dieser befasste 1868 sich in den Nummern 13-15 der Blätter für Genossenschaftswesen mit dem bayerischen Gesetzentwurf: Das Zusammenwerfen von Vereinigungen mit so heterogenen Zwecken, behufs Ordnung ihrer privatrechtlichen Zwecke, führt dahin, dem Wesen aller Gewalt anzutun und den Bedürfnissen keiner zu genügen. Soll in einem Gesetze die Aufgabe für alle möglichen Gattungen von Privatvereinen gelöst werden, so müßten zunächst die Vereine zu geschäftlichen Zwecken von den anderen getrennt und jede Gattung in besonderen Abschnitten unter strenger Auseinanderhaltung ihrer Haftbasis, Vertretung nach außen u.a. behandelt werden.¹⁶⁹

Kritik äußerte Schulze-Delitzsch auch deswegen am Regierungsentwurf, weil dieser nicht die obligatorische Solidarhaft vorsah, die für ihn besonders wichtig war. Nach seiner Meinung sei die Solidarhaft passend für den Charakter der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften als Personalgenossenschaften und zwar weil die Mehrzahl der Mitglieder den unbemittelten Klassen angehören würde und nur dann Kredit erhalte, wenn sie die persönliche Haftung übernehme. Sie sind erst dann in der Lage, sich als Kapitalgenossenschaften zu betätigen, wenn die Kapitalansammlung so groß geworden ist, dass die Einlagen der Mitglieder den Gläubigern der Genossenschaft eine wirkliche Garantie bieten. Erst dann könnte die persönliche Haft der Mitglieder als Kreditbasis wegfallen. Dann müssten aber auf solche Kapitalgenossenschaften die Bestimmungen Anwendung finden müssen, welche das Handelsgesetzbuch bei den Aktiengesellschaften vorsieht und welche zum Zweck haben, dafür zu sorgen, dass die Kapitaleinlagen, welche die einzige Sicherheit der Gläubiger bilden, diesen auch wirklich haften und nicht entzogen werden können. Schulze-Delitzsch hatte nichts dagegen einzuwenden, wenn die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die unbeschränkte Haft mit der auf gewisse Vermögensteile beschränkten vertauschen, sobald die Bedingungen dafür in einer entsprechenden Kapitalansammlung gegeben wären. Dann aber sollten sich diese Gesellschaften den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches unterstellen. Doch auch da gebe es große Schwierigkeiten, da sich die Höhe des Grundkapitals bei Genossenschaften mit wechselnder Mitgliederzahl und allmählich eingezahlten Geschäftsanteilen überhaupt nicht genau feststellen lässt. Jedenfalls geht es nicht an, die Genossenschaft mit beschränkter Haftbarkeit der Mitglieder denselben Bestimmungen zu unterstellen, welche für die Genossenschaften mit persönlicher Haft gelten; ist vielmehr die Trennung der beiden Gesellschaftsformen ebenso und aus denselben Gründen notwendig, wie dies bei der Gesetzgebung für die verschiedenen Handelsgesellschaften der Fall war. Es kann sich nur fragen, ob die gesetzliche Regelung der Privatrechtsverhältnisse solcher Genossenschaften, welche es mit der beschränkten Haft versuchen wollen, ebenfalls ein Bedürfnis ist, und bejahenden Falles, ob deren Verhältnisse in demselben Gesetze reguliert

¹⁶⁹ Zitat nach PARISIUS, S. XLIII.

werden sollen, dass die Verhältnisse der Solidargenossenschaften zu ordnen bestimmt sind?¹⁷⁰

Kritisch äußerte sich 1868 auch der erste Kommentator des preußischen Genossenschaftsgesetzes Ludolf Parisius zu dieser sinnlosen Überfrachtung des Regierungsentwurfs mit sonstigen Vereinen.¹⁷¹ Er empfahl den bayerischen Juristen hinsichtlich der nicht auf Erwerb bedachten Privatvereine die Übernahme des § 20 des Züricher Zivilgesetzbuches, der lautete: Rein privatrechtliche Korporationen, welche zu einem wissenschaftlichen oder künstlerischen oder sonst einem gemeinnützigen oder zu einem erlaubten geselligen Zweck gebildet werden, bedürfen zu ihrer Entstehung lediglich der in den Korporationsstatuten festzustellenden Übereinkunft mehrerer Korporationsmitglieder.

8. Die Stellungnahme des Pfälzischen Genossenschaftsverbands vom Dezember 1868

Nachdem am 7. Dezember 1868 der 22. Landtag wieder einberufen worden war, meldete sich der pfälzische Genossenschaftsverband am 23. Dezember 1868 mit einer umfangreichen Denkschrift („Die bayerischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihr Verhältnis zum Entwurf eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes“) bei der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten zu Wort.¹⁷² Die Eingabe wurde vom Abgeordneten Alwens übernommen und kam dadurch in die Ständeversammlung. Auch hier war der wesentliche Inhalt, dass der Regierungsentwurf vom 24. Januar 1868 durch das Gesetz des Norddeutschen Bundes ersetzt werden sollte.

Der am 8. August 1867 gegründete Pfälzische Genossenschaftsverband (Verband Pfälzischer Kreditgenossenschaften) bestand damals aus 16 Vereinen, nämlich aus den Vorschussvereinen in Blieskastel, Dürkheim, Edenkoben, Frankenthal, Grünstadt, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Lambrecht, Landau, Ludwigshafen, Neustadt, Quirnbach, Speyer, St. Ingbert, Winnweiler, und Zweibrücken. Die Genossenschaftsbewegung begann in der bayerischen Rheinpfalz ähnlich wie im rechtsrheinischen Bayern im Wesentlichen erst 1862. Älteste Genossenschaft in der Rheinpfalz war der 1862 gegründete Vorschussverein Kirchheimbolanden (Volksbank Kirchheimbolanden, heute Volksbank Alzey-Worms). Dann folgte der Vorschussverein Landau und 1864 der Vorschussverein Kaiserslautern (heute Volksbank Kaiserslautern), bei dem 1864 der Nähmaschinenpionier G.M.Pfaff seinen ersten Kredit aufnimmt. Keimzelle dieses Vorschussvereins war der Gewerbeverein Kaiserslautern. Die Geschichte der Gründung ist typisch für ähnliche Gründungen: Im Gewerbeverein wurde am 16. Januar 1864 ein Vortrag über das Genossenschaftswesen gehalten, am 19. Februar 1864 wurde der Gesellschaftsver-

¹⁷⁰ Zitat nach PARISIUS, S. XLIII.

¹⁷¹ Ludolf PARISIUS, Das Preußische Gesetz betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs-Wirtschaftsgenossenschaften vom 27. März 1867, Berlin 1868, S. XLIII.

¹⁷² Siehe Anhang Nr. 4; BayHStA Landtag 3661 (Kammer der Abgeordneten), Landtag 569 (Kammer der Reichsräte).

trag geschlossen und am 1. März 1864 die Geschäftstätigkeit mit 48 Mitgliedern aufgenommen.¹⁷³ Im gleichen Jahr wurde auch der Vorschussverein Speyer gegründet

Die Gründung von Genossenschaften in der Pfalz verlief weitaus zügiger als im rechtsrheinischen Bayern, wo es (mit Ausnahme von Schwaben) um diese Zeit lediglich 26 Kredit- und Vorschussvereine gab (Ansbach, Aschaffenburg, Bayreuth, Bischofsheim, Brückenau, Kronach, Fladungen, Freising, Fürth, Hersbruck, Hof, Kissingen, Kleinostheim, Maßbach, Mellrichstadt, Münchberg, München (2 Genossenschaften: Kreditverein für Handel und Gewerbe und Industriebank des Herrn Billing, die spätere Münchner Bank), Neustadt/Saale, Nürnberg, Poppenlauer, Rosenheim, Schwabach, Schweinfurt, Würzburg). Altbayern mit seinen vier Genossenschaften bildete dabei das absolute Schlußlicht.

Im Jahr 1867 zählten die damals bestehenden 12 pfälzischen Vorschussvereine 2162 Mitglieder mit einem Umsatz von etwa 11 Millionen Gulden. Weit schneller ging es in der benachbarten preußischen Rheinprovinz. Erinnert sei nur daran, dass in unmittelbarer Nachbarschaft der Rheinpfalz, in Weyerbusch im Kreis Altenkirchen (heute Rheinland-Pfalz) Friedrich Wilhelm Raiffeisen als Bürgermeister von 1845-1848 gewirkt und die erste Warengenossenschaft eingerichtet hat.

Der Pfälzische Genossenschaftsverband publizierte seine Denkschrift als separaten Druck (Zweibrücken, Reul & Sommerhalter 1868). Sie wurde dem Landtag am 23. Dezember 1868 übersickt und war von Julius Petersen, dem Direktor des pfälzischen Genossenschaftsverbands unterschrieben.¹⁷⁴

Hauptanliegen der Denkschrift war es, den Landtag und die bayerische Regierung dazu zu bringen, statt des Regierungsentwurfs das Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes zu übernehmen, ein Anliegen, das auch der Abgeordnete Völk verfolgte. Für die Rheinpfalz war dieses Anliegen doppelt dringlich, da sie als unmittelbarer Nachbar der preußischen Rheinprovinz allein schon aus kommerziellen Gründen auch im Genossenschaftswesen eine Anpassung an die preußischen Rechtsverhältnisse benötigte. Das preußische Genossenschaftsgesetz war am 27. März 1867 erlassen, das leicht verbesserte Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes am 4. Juli 1868 angenommen worden. Am 1. Januar 1869 sollte es in Kraft treten.

Die Denkschrift wies zunächst darauf hin, dass schon 1860 Schulze-Delitzsch den damals aufblühenden deutschen Genossenschaften Vorschläge zur Verbesserung ihrer privatrechtlichen Stellung gemacht hatte. Nach englischem Vorbild sollte vor allem eine Erleichterung in Rechtsgeschäften und bei der Legitimation der Genossenschaften erreicht werden. Nachdem 1861 das Allgemeine Handelsgesetzbuch des Deutschen Bundes in den meisten Staaten eingeführt wurde, habe er sich entschlossen, für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften eine den Handelsgesellschaften gleichgestellte eigene Gesellschaftsform zu erarbeiten. Deshalb hatte er 1862 in einem neuen Entwurf eines

¹⁷³ Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 36/37 (1999), S. 305.

¹⁷⁴ BayHStA Landtag Nr. 3661; Julius Petersen aus Dürkheim war Landgerichtsassessor, später Reichsgerichtsrat und erster Verbandsdirektor des pfälzischen Genossenschaftsverbands (1867-1871).

Genossenschaftsgesetzes eine an das Handelsgesetzbuch angelehnte Gesellschaftsform entwickelt, mit dem Zweck den Genossenschaften einerseits die großen Vorteile der Handelsgesellschaften zu sichern, gleichzeitig aber die Bestimmungen an die Bedürfnisse der Genossenschaften anzupassen, etwa die Stellung nach Außen, der Haftbarkeit der Mitglieder für die Vereinsschulden... in Beziehung auf die inneren Verhältnisse, die Verwaltung der Vereinsangelegenheiten, die Beschlussfassung und den Ein- und Austritt der Mitglieder...¹⁷⁵

Der von Schulze-Delitzsch ausgearbeitete Entwurf wurde nicht bloß von dem allgemeinen Vereinstag deutscher Genossenschaften gebilligt, sondern auch im preußischen Abgeordnetenhaus durch eine Kommission, in welcher auch praktisch erfahrene Genossenschafter vertreten waren, geprüft, beraten und schließlich von der Regierung als Gesetzentwurf vorgelegt worden. Schulze-Delitzsch ist also nicht nur der Gründer der deutschen Genossenschaften überhaupt, sondern auch der Vater des preußischen Genossenschaftsgesetzes und des aus diesem hervorgegangenen norddeutschen Bundesgesetzes.

Dieses Gesetz ist von dem allgemeinen deutschen Genossenschaftsverband, in dem die meisten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vertreten sind, allgemein anerkannt worden, ein großer Teil der in dem Gesetze enthaltenen Bestimmungen ist nur das Resultat von den Genossenschaften bisher gemachten Erfahrungen.

Unter diesen Umständen war es verständlich, dass auch die in Bayern bestehenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften den dringenden Wunsch hegten, das bereits erprobte Gesetz auch in Bayern möglichst unverändert einzuführen.

Darüber hinaus sind die deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Glieder eines allgemeinen Verbandes, für den wie bei den Handelsgesellschaften eine gleiche Gesetzgebung wichtig war. Es sollte deshalb, wie es keine spezifisch bayerische oder preußische, sondern nur deutsche Genossenschaften gibt, auch gleichartige Gesetzgebung auf diesem Gebiete bestehen, und auch hier, in allen deutschen Ländern möglichst auf Herstellung einer solchen Gesetzgebung Bedacht genommen... Wenn Bayern vorangeht und im Interesse einer gleichartigen deutschen Gesetzgebung die in dem vorliegenden Gesetzesentwurf enthaltenen Abweichungen fallen lässt, so werden ihm wohl die anderen süddeutschen Staaten auf diesem Wege folgen...¹⁷⁶

Die wesentlichste Abweichung des bayerischen Entwurfes vom preußischen Genossenschaftsgesetz besteht darin, dass in Bayern viel mehr Vereinigungen geregelt sind als im preußischen Gesetz, das sich nur mit den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beschäftigt. Diese müssen aber getrennt von den anderen Vereinen und Gesellschaften (etwa den geselligen, religiösen und Wohltätigkeitsvereinen) behandelt werden. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche vermögensrechtliche Zwecke verfolgen und um dieses zu erreichen, fast immer Rechtsgeschäfte, sehr häufig Handelsgeschäfte vornehmen müssen, welche immer eines eigenen Vermögens bedürfen und

¹⁷⁵ Vgl. S. 189.

¹⁷⁶ Vgl. S. 191.

größtenteils noch bei Anderen Kredit beanspruchen müssen, stehen eben gleich den Handelsgesellschaften mitten im Verkehrsleben; sie kaufen und verkaufen, borgen Geld und leihen solches aus, stellen Wechsel aus und lassen sich solche ausstellen und müssen sich deshalb auch den Gesetzen, die für diesen Verkehr gelten und die ihr eigentümlicher Geschäftsbetrieb notwendig macht, unterwerfen. Für sie ist die auch bei Handelsgesellschaften geltende Bestimmung geboten, dass der Vorstand in seiner Befugnis, die Genossenschaft zu vertreten, mit rechtlicher Wirkung gar nicht beschränkt werden kann, während eine solche Machtvollkommenheit, wie Schulze-Delitzsch in seiner Kritik des bayerischen Entwurfs mit Recht hervorhebt, bei anderen Vereinigungen ganz unnötig ist. Ebenso hat bei Genossenschaften, die mit fremdem Gelde arbeiten und deshalb einer Kreditbasis bedürfen, die solidarische Haftbarkeit der Mitglieder für die Schulden der Genossenschaft einen guten Grund, während dieser bei nichtwirtschaftlichen Vereinigungen vollständig fehlt.¹⁷⁷

Besonders gravierend wurde hervorgehoben, dass der § 10 Abs. 3 des preußischen Gesetzes in Bayern nicht übernommen wurde (Die eingetragene Genossenschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und anderer dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.). Im bayerischen Regierungsentwurf hat diese Bestimmung natürlich keinen Platz, weil eine gesellige Vereinigung oder eine religiöse Gesellschaft nicht als Kaufmann behandelt werden kann. Aber Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften stehen daher gleich den Handelsgesellschaften mitten im Handelsverkehr.

Von grundsätzlicher Bedeutung sei auch die Frage der Haftung. Auch bei ihnen spielt die Frage, ob die Mitglieder persönlich für die Schulden der Genossenschaft haften, oder ihre Haftbarkeit auf die von ihnen gemachten Einlagen beschränkt ist, eine große Rolle. Es ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, wie diese Frage im preußischen Gesetze behandelt ist und wie dieselbe nach dem bayerischen Gesetzesentwurf gelöst werden soll.¹⁷⁸

Das preußische Genossenschaftsgesetz hält an dem Grundsatz fest, dass die Mitglieder solidarisch für die von der Genossenschaft eingegangenen Verbindlichkeiten haften, wobei versucht wurde, die persönliche Haftpflicht zu mildern, indem zunächst die Genossenschaft immer als Hauptschuldner erscheint. Auch wird das Privatvermögen der Mitglieder durch den Konkurs der Genossenschaft nicht berührt. Im Gesetz des norddeutschen Bundes sei sogar vorgeschrieben, dass der Vorstand (im Falle dass ein Ausfall zu decken sei) einen Verteilungsplan entwerfen muss, der vom Gericht für vollstreckbar erklärt werden kann.

Von diesen Bestimmungen ist nun der bayerische Entwurf in doppelter Richtung abgewichen, indem er es einesteils den Genossenschaften selbst überlässt, ob sie das System der auf die Einlagen beschränkten oder das der persönlichen Haft annehmen wollen, andernteils aber denjenigen Genossenschaften, welche am Prinzip der Solidarhaft festhalten, keine der in der norddeutschen Gesetzgebung eingeführten Erleichterungen

¹⁷⁷ aaO.

¹⁷⁸ aaO.

gewährt, vielmehr in Art. 39 die jenen gerade entgegen gesetzte Bestimmung aufstellt, dass der Gant über das Vermögen der Genossenschaft auch die Gant über das Vermögen der persönlich haftenden Mitglieder nach sich ziehe, wenn ein Genossenschaftsgläubiger dies beantrage.¹⁷⁹

Eine beschränkte Haftung sei, wie schon Schulze-Delitzsch ausgeführt hatte, abzulehnen.

Zu den (weiteren) unnötigen Bestimmungen des bayerischen Regierungsentwurfs rechnete der pfälzische Genossenschaftsverband auch die Erfordernis der Errichtung des Gesellschaftsvertrags durch Notariatsakt und Vorlage einer beglaubigten Abschrift desselben an das Bezirksgericht (Art. 2, 3, 7 und 28). Dies sei besonders bei Änderungen der Satzung mehr als hinderlich. Unnötig seien auch die Bestimmungen des Art. 10 des Entwurfs, nach denen bei den Genossenschaften mit persönlicher Haftung jedes Mitglied für den anderen haftet, wenn dieser seine Beiträge nicht bezahlt. Auch die Beschränkung, dass die Bestellung eines Vorstands nur auf zwei Jahre geschehen könne (Art. 12 des Entwurfs) sei zu streichen, da es sehr wohl im Interesse der Genossenschaften liegen kann, ein Vorstandsmitglied, das sich als tüchtig erwiesen hat, besonders den Kassier auf längere Zeit vertragsmäßig zu binden.

Zu streichen seien auch die Beschränkungen in Art. 28 des Entwurfs, soweit sie eine Auflösung der Genossenschaften nach Art. 19 des Gesetzes über die Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 vorsehen. Dort heißt es: Jede Polizeistelle oder Behörde ist befugt, Vereine zu schließen, wenn dieselben: 1) den Bestimmungen des Art. 14 dieses Gesetzes nicht genügen (Art. 14 verpflichtet die politischen Vereine, Vorsteher zu wählen und Satzungen einzureichen); 2) dem Art. 16 zuwider nicht angezeigte, sohin geheime Versammlungen halten oder 3) die Abgeordneten der Polizeibehörde dem Art. 7 zuwider von Versammlungen ausschließen oder 4) dem Art. 17 oder 18 entgegenhandeln (diese Artikel enthalten ebenfalls Bestimmungen über politische Vereine); 5) die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben drohen oder endlich, 6) wenn ihre Zwecke oder Beschlüsse den Strafgesetzen zuwiderlaufen. In dem letzteren Falle haben die Gerichte, welchen die verfügte Schließung des Vereins binnen acht Tagen anzuzeigen ist, über die Fortdauer der Schließung zu entscheiden...

Ähnliche Beschränkungen habe man auch in das preußische Gesetz aus Angst vor eventuellen politischen Betätigungen eingebaut. Doch die bayerischen Vereinsbestimmungen passen auf keinen Fall für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die eigentlich im deutschen Handelsgesetzbuch zu behandeln gewesen wären, wo ähnliche Auflösungsgründe nicht genannt sind. In Bayern aber, wo eine derartige Bestimmung nicht besteht, ist nicht der mindeste Grund vorhanden, die im preußischen Gesetz enthaltene Bestimmung anzunehmen; vielmehr wird die Beseitigung derselben eine wesentliche Verbesserung dieses Gesetzes enthalten. Sollte man aber auch annehmen, die Sorge für das Gemeinwohl rechtfertige den einen Teil der im Art. 29 enthaltenen Bestimmung – obgleich dasselbe wahrlich durch die wirtschaftlichen Genossenschaften so we-

¹⁷⁹ aaO.

nig als durch die verschiedenen industriellen oder Handelsunternehmungen gefährdet wird – so geht doch der zweite Teil dieses Artikels offenbar viel zu weit. Es ist wahrhaft exorbitant, dass eine einfache Abweichung von den in den Satzungen festgestellten Genossenschaftszwecken, selbst wenn sie weder mit den Strafgesetzen noch mit der öffentlichen Ordnung in Widerspruch steht, mit Auflösung derselben bestraft wird, dass eine handelsrechtliche Persönlichkeit, die sich wesentlich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten beschäftigt, vernichtet werden soll, wenn sie von ihren Satzungen abweicht, statt diese erst abzuändern und dann dieselben Handlungen vorzunehmen. Es darf deshalb wohl mit Sicherheit darauf gerechnet werden, dass Art. 29 gestrichen oder doch in der angegebenen Richtung modifiziert wird.

Dass in dem bayerischen Gesetzesentwurf die angeführten Bestimmungen des Vereinsgesetzes auch für die Genossenschaften für anwendbar erklärt wurden, hat wohl darin seinen Grund, dass nach der weiten Fassung des Begriffs „Genossenschaften“ und der Ausdehnung, welche dem Gesetze auf alle möglichen Arten von Vereinen gegeben werden soll, eine große Zahl von Vereinen, welche heute unzweifelhaft dem Vereinsgesetze zu unterstellen sind, den Namen „Genossenschaften“ erhalten würden. Wenn aber die notwendige Trennung zwischen den eigentlichen Genossenschaften im Sinne des neueren Sprachgebrauchs, d.h. den Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften und den übrigen Vereinigungen durchgeführt wird, so besteht gar kein Grund, diese Genossenschaften anders zu behandeln, als die eigentlichen Handelsgesellschaften, die schon nach Art. 26 des Vereinsgesetzes von den Bestimmungen desselben ausgenommen sind. Es ist in keiner Weise geboten, dieselben der polizeilichen Kontrolle und unter Umständen auch der polizeilichen Willkür zu unterstellen.

Nachdem nun seit der Vorlage des Entwurfes beinahe ein Jahr verflossen ist, darf wohl mit Sicherheit darauf gerechnet werden, dass derselbe so bald als möglich zur Beratung kommt und darüber entschieden wird. Möge nur diese Entscheidung in der Weise ausfallen, dass dem gemeinsamen Bedürfnis der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften auch durch eine gleichheitliche Gesetzgebung entsprochen wird. Möge in dieser, für die zunächst und am meisten beteiligten Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften so wichtigen Angelegenheit auch deren Stimme Gehör finden.¹⁸⁰

9. Die sonstigen Stellungnahmen von Genossenschaften, Verbänden und Vereinen zum Regierungsentwurf und ihre Bedeutung

Die Ablehnung des im Januar 1868 vorgelegten Regierungsentwurfs in der Öffentlichkeit war fast einhellig, wobei nicht überall, wie etwa bei der Stellungnahme des Volkswirtschaftlichen Vereins vom 25. Februar 1868¹⁸¹ die Fortschrittspartei und Völk dahinterstanden. Man forderte den Landtag auf, den Regierungsentwurf abzulehnen und dem Preußischen bzw. Norddeutschen Genossenschaftsgesetz zu folgen, wie das auch der Berichterstatter in der Abgeordnetenkommission Dr. Völk von Anfang an vorgeschlagen hatte.

¹⁸⁰ aaO.

¹⁸¹ BayHStA Landtag Nr. 3661.

Auch eine am 21. März 1868 eingereichte Vorstellung (Eingabe) des Augsburger Vorschussvereins zum Regierungsentwurf vom 24. Januar 1868 dürfte mehr oder weniger von Völk veranlasst worden sein. Die Vorstellung (Eingabe) des Vereins wurde vom Abgeordneten Friedrich Croissant aus der Pfalz (Frankenthal) übernommen (Aneignung) und dem 1. Ausschuss zur Berücksichtigung überwiesen. Auch diese Eingabe sprach sich vehement für die Übernahme des preußischen Genossenschaftsgesetzes vom 27.3.1867 durch Bayern aus. Als dann am 17. März 1868 Dr. Völk als Berichterstatter im 1. Ausschuss zum Regierungsentwurf Stellung nahm, berief er sich vor allem auch auf die beiden Eingaben des volkswirtschaftlichen Vereins München und des Augsburger Vorschussvereins und legte neben dem Regierungsentwurf einen eigenen Gesetzentwurf vor, der im Wesentlichen identisch mit dem preußischen Genossenschaftsgesetz war.

Bei seinem Vortrag im 1. Ausschuss am 21. Februar 1869, der dann im Plenum der Kammer der Abgeordneten wiederholt wurde, listete dann Dr. Völk bereits eine Reihe von 11 Genossenschaften auf, die sich darin einig waren dem zu erlassenden Genossenschaftsgesetze das auf vielfacher Erfahrung beruhende und die einschlagenden Verhältnisse nach allen Seiten bestens berücksichtigende Genossenschaftsgesetz für den norddeutschen Bund den Beratungen zu Grunde zu legen und dasselbe mit den durch unsere Gesetzgebung gebotenen Abänderungen der k. Staatsregierung zur Annahme zu empfehlen.

Neben dem volkswirtschaftlichen Verein in München, dem Vorschussverein in Augsburg und dem pfälzischen Genossenschaftsverband waren es noch folgende Denkschriften und Eingaben, die Dr. Völk zur Unterstützung seiner Ansichten aufführte:

- 1) eine Eingabe der Vorstandschaft des Freisinger Vorschussvereins, angeeignet von dem Herrn Abg. Franz Krumbach
- 2) eine Eingabe des Kreditvereins in Hof,
- 3) eine Eingabe des Vorschussvereins in Mellrichstadt,
- 4) eine Eingabe des Vorschussvereins in Augsburger,
- 5) eine Eingabe des Kreditvereins in Brückenau,
- 6) eine Eingabe des Vorschuss- und Sparvereins in Fladungen,
- 7) eine Eingabe der Verwaltung des Kreditvereins in Nürnberg, angeeignet von dem Abgeordneten Dr. Brater.
- 8) eine Eingabe des Kreditvereins in Schweinfurt, angeeignet von dem Abgeordneten v. Schultes.

Unter den bayerischen Genossenschaften meldeten sich vor allem die Vorschussvereine zu Wort, vor allem diejenigen aus Franken. Die einzige altbayerische Genossenschaft war der Freisinger Vorschussverein, der sich am 31. Dezember 1868 an den Landtag wandte und auf die pfälzische Stellungnahme verwies.¹⁸² Ebenfalls am 31. Dezember

¹⁸² BayHStA Landtag Nr. 3661

schrieb der Kredit- und Vorschussverein Mellrichstadt an den Landtag,¹⁸³ am 5. Januar 1869 der Kreditverein Hof, am 7. Januar 1869 der Kreditverein Brückenau, am 9. Januar 1869 der Kreditverein Fladungen und am 15. Januar der Kreditverein Nürnberg.¹⁸⁴

Bei den Beratungen im Januar und Februar 1869 konnte Völk also auf einen breiten Rückhalt unter den Genossenschaften für seinen Entwurf verweisen.

Besonders die kommunal verwurzelten Abgeordneten in der Ständeversammlung, wie etwa der Abgeordnete Franz Krumbach, der Freisinger Bürgermeister war, unterstützten die Initiative ihrer Genossenschaften auf Übernahme des preußischen und norddeutschen Genossenschaftsgesetzes, um eine weitgehende Vereinheitlichung der deutschen Gesetzgebung und damit im Handelsverkehr eine gewisse Sicherheit zu schaffen.

Weitgehend unbeteiligt am Gesetzgebungsverfahren waren die jeweiligen Gewerbevereine in Bayern. Das ist umso erstaunlicher, als doch diese Vereine ganz ähnliche Ziele wie die Genossenschaftsbewegung verfolgten. So betrieb etwa der im Jahre 1848 gegründete¹⁸⁵ Allgemeine Gewerbeverein München seit 1849 eine Darlehen-Kassa, die Geld an die Mitglieder für 3% auslieh. Daneben unterhielt der Münchner Gewerbeverein ein Kohlenmagazin und ein Werkholzlager, die durchaus mit einer Warengenossenschaft verglichen werden konnten. Vielleicht ist es die Stärke dieser Gewerbevereine (bedeutend war auch der Augsburger Gewerbe-Unterstützungsverein), sowie die in Bayern sehr starke staatliche Gewerbeunterstützung, die zunächst die Genossenschaftsgründungen in Bayern weniger dringlich erscheinen ließen. Darüber hinaus war der Allgemeine Gewerbeverein wegen seiner Regierungsnähe für die Betreiber des Genossenschaftsgedankens in Bayern wohl nicht der richtige Partner. Hingewiesen sei nur darauf, dass der Gewerbeverein im November 1848 eine Wahlempfehlung zugunsten des konstitutionell-monarchischen Vereins abgab.¹⁸⁶

¹⁸³ BayHStA Landtag Nr. 3661.

¹⁸⁴ BayHStA Landtag Nr. 3661.

¹⁸⁵ Vgl. TORNOW, S. 106.

¹⁸⁶ TORNOW, S. 107.

VIII. DIE ENDGÜLTIGEN BERATUNGEN ZUM BAYERISCHEN GENOSSENSCHAFTSGESETZ IM JAHRE 1869

1. Die Beratungen im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (15. Januar bis 20. Februar 1869)

Als der (22.) Landtag, der jetzt am 7. Dezember wieder einberufen wurde, am 2. Mai 1868 vertagt worden war, hatte der Berichterstatter Völk sowohl eine Stellungnahme zum Regierungsentwurf vom 24. Januar 1868 als auch einen eigenen kommentierten Entwurf zu einem Genossenschaftsgesetz vorgelegt. Zu einer Diskussion der beiden Entwürfe im 1. Ausschuss war es nicht mehr gekommen.

Dies geschah jetzt ab 15. Januar 1869.¹⁸⁷ Der 1. Ausschuss der Abgeordnetenkammer bestand aus 9 Abgeordneten, einer quasi handverlesenen kleinen Gruppe der besten Juristen des Landtags, ja des ganzen Landes: Mitglieder des Ausschusses waren in diesen vier entscheidenden Sitzungen zwischen 15. Januar und 18. Februar 1869 der Ausschussvorsitzende Ludwig von Neumayr, die Abgeordneten Dr. Joseph Völk,¹⁸⁸ Dr. Marquard Barth,¹⁸⁹ Ignatz Streit,¹⁹⁰ Melchior Stenglein,¹⁹¹ Dr. Edel,¹⁹² Karl von Alwens,¹⁹³ Philipp Umscheiden¹⁹⁴ und Wilhelm Behringer.¹⁹⁵ Der Präsident der Kammer der Abgeordneten Prof. Dr. Joseph Pötzl hatte wie die Regierungskommissäre und Minister bei den Ausschussberatungen nur ein Teilnahme- aber kein Abstimmungsrecht. Soweit ersichtlich war Pötzl nur bei der ersten Sitzung des Ausschusses anwesend.

Alle Ausschussmitglieder waren sich mit Völk in dem Punkt einig, dass der Regierungsentwurf ungeeignet sei, in anderen Punkten musste aber Völk von seinem Konzept der 1:1 Übernahme des norddeutschen Konzepts absehen. Bei den Einzelabstimmungen hatte er in nicht wenigen Fällen die Mehrheit der Ausschussmitglieder gegen sich, in ei-

¹⁸⁷ Vgl. S. 203 ff.

¹⁸⁸ Zur Biographie vgl. oben S. 52.

¹⁸⁹ Zur Biographie vgl. oben S. 55.

¹⁹⁰ Ignatz Streit stammte aus Münnerstadt und war Rechtsanwalt in Würzburg, pachtete 1875 die Staatsbäder Kissingen und Bocklet und machte damit ein Riesenvermögen.

¹⁹¹ Zur Biographie vgl. oben S. 59.

¹⁹² Zur Biographie vgl. oben S. 68.

¹⁹³ Karl (ab 1887 von) Alwens (5.5.1820 Frankenthal – 26.12.1889 München). Sohn des pfälzischen Regierungspräsidenten Franz Alwens (1792-1871). Alwens studierte Jura in München und Heidelberg. 1849 Bezirksgerichtsassessor in Kaiserslautern, Richter in Göllheim und dann ab 1860 Landrichter, später Oberamtsrichter in Bergzabern. Von 1866 bis zu seinem Tod 1889 Mitglied des bayerischen Landtags als Führer der pfälzischen Abgeordneten. Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte: <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=25>.

¹⁹⁴ Zur Biographie vgl. oben S. 55.

¹⁹⁵ Wilhelm Behringer (1.11.1820 Babenhausen-29.8.1902 München). Studium der Philosophie und Rechtswissenschaft in München und Heidelberg. 1447 Gerichtsassessor in Türkheim. 1861 Appellationsgerichtsrat des Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg. Seit 1874 im Bayerischen Innenministerium, 1877 Ministerialrat. 1863-1869 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags. Mitglied des Reichstags 1871-1873. Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte: <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=131>.

nem Fall sogar alle acht übrigen. Zu den engsten Verbündeten Völks gehörte dabei Dr. Marquard Barth, zusammen mit Völk einer der Gründungsväter der Fortschrittspartei von 1863. Melchior Stenglein¹⁹⁶ hatte sich schon seit 1865 ausführlichst mit einem möglichen Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes befasst.

Zunächst aber musste sich der 1. Ausschuss darüber klarwerden, welchen Entwurf man beraten wollte, den Regierungsentwurf oder den Entwurf Völks. Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass dies die Staatsregierung zu entscheiden habe. In dieser ersten Sitzung vom 15. Januar 1869, an der die drei Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, der Justiz und des Innern, zwei Ministerialkommissare (die Ministerialräte Dr. Diepolder und Osberger), der 1. Präsident der Abgeordnetenkommission Dr. v. Pötzl sowie die neun Ausschussmitglieder teilnahmen, stellte Völk dann den Antrag die für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, wie sie in Norddeutschland entstanden seien und sich nach Süddeutschland ausgedehnt hätten, geltenden Bestimmungen in einem eigenen, sich eng an das norddeutsche Gesetz anschließenden Gesetz zu ordnen und das Gesetz über Aktiengesellschaften in der Hauptsache nach dem Entwurf der k. Staatsregierung anzunehmen. Das Gesetz über sonstige Genossenschaften oder Gesellschaften aber, welches er nach dem Entwurf seiner Pflicht als Referent gemäß zusammengestellt habe, jetzt nicht anzunehmen.¹⁹⁷

Völk wollte also statt des Regierungsentwurfs über ein Genossenschaftsgesetz zwei Gesetze, eines über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nach preußischem Muster und eins über sonstige Vereine. Das Gesetz über Aktiengesellschaften war unbestritten.

Auf den Antrag Völks hin, meldete sich Justizminister Lutz zu Wort: Die Staatsregierung, so Lutz, sei nicht unbedingt gegen eine Aufteilung des Gesetzes, sie halte aber eine gesetzliche Regelung auch der vom Herrn Referenten zuletzt erwähnten Vereine und der Genossenschaften mit beschränkter Haftung für ein dringendes Bedürfnis und könne daher den entsprechenden Entwurf nicht fallen lassen. Der Ausschuss müsse sich erst darüber erklären, ob er eine Ausscheidung der Bestimmungen über Genossenschaften mit Solidarhaft für notwendig erachte, dann würde sich die Staatsregierung erklären. Er halte, so Lutz, eine Behandlung der gesamten Materie in verschiedenen Abschnitten eines und desselben Gesetzes für möglich.

Nach dieser Erklärung begann der Ausschuss mit der Beratung des Regierungsentwurfs, dessen § 1 einstimmig abgelehnt wurde. Damit votierte der Ausschuss für zwei verschiedene Gesetze. Justizminister Lutz, selbst ein hervorragender Jurist, erklärte sich daraufhin bereit, den Regierungsentwurf zurückzuziehen und nur noch den Entwurf des Referenten beraten zu lassen.

In der Folgezeit wurde im 1. Ausschuss in vier Sitzungen nur noch der Entwurf Völks beraten, und zwar am 15. Januar Art. 1 bis 16, am 16. Januar Art. 17 bis 39, am 19. Januar Art. 40 bis 69 und am 18. Februar Art. 70 bis 82.¹⁹⁸

¹⁹⁶ Zur Biographie vgl. oben S. 59.

¹⁹⁷ Vgl. S. 203 ff.

¹⁹⁸ BayHStA Landtag 3661; abgedruckt in VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten 1866/69

Zur Beratung kamen in dieser ersten Sitzung die Art. 1 bis 16. Änderungen wurden auf Anregung des Justizministers in Art 4 Abs. 1 bei den Vorschriften über das Genossenschaftsregister beschlossen, das als besonderes Register nach den Vorschriften des Handelsregisters beim zuständigen Handelsgericht zu führen sei. Art. 4 Abs. 1 erhielt nach einstimmigen Beschluss die folgende Fassung: Der Gesellschaftsvertrag muss bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Genossenschaft ihren Sitz hat, nebst dem Mitglieverzeichnis durch den Vorstand eingereicht werden. Der Gesellschaftsvertrag ist in das Genossenschaftsregister einzutragen und im Auszuge zu veröffentlichen. Art. 8 wurde in folgender Fassung angenommen: Das Genossenschaftsregister ist öffentlich und gelten hierbei die im Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch und im Einführungsgesetze zu demselben in Bezug auf das Handelsregister gegebenen Bestimmungen.¹⁹⁹

In der zweiten Sitzung des Gesetzgebungsausschusses am 16. Januar, in der die Art. 17 bis 39 beraten wurden, nahmen wiederum der Justiz- und Innenminister teil. Eine deutliche Niederlage erlitt Völk bei der Beratung über Art. 17: Auf Antrag v. Neumayrs wurde mit 8 Stimmen gegen 1 (Völk) beschlossen, dem Art. 17 folgenden Absatz 3 beizufügen: Besteht der Vorstand nur aus einem Mitglied, so muss in dem Gesellschaftsvertrag wegen der etwa nötig werdenden Stellvertretung Vorsorge getroffen werden. Größere Veränderungen erfuhr

Art. 26 des Entwurfes, in dem man die Buchhaltung der Genossenschaft weit ausführlicher als im Entwurf regelte. Er erhielt die folgende Fassung: Der Vorstand ist verpflichtet, Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Bücher der Genossenschaft geführt werden. Der Vorstand muss in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres die Bilanz des verflossenen Geschäftsjahres, die Zahl der seit der vorjährigen Bekanntmachung aufgenommenen oder ausgeschiedenen, sowie die Zahl der zur Zeit der Genossenschaft angehörigen Genossenschafter veröffentlichen. Die Bücher der Genossenschaft sind während zehn Jahren vom Tage des darin geschehenen letzten Eintrags an aufzubewahren. Zur Entlastung des Vorstandes bei Ablegung der Rechnung können nicht Personen bestellt werden, welche an der Geschäftsführung Teil genommen haben, wohl aber Personen, welchen die Aufsicht über die Geschäftsführung zusteht.

Zu Diskussionen kam es, wie dann später noch ausführlicher in der Plenarsitzung der Abgeordnetenversammlung, bezüglich der genauen Formulierung des Art. 27. Dieser Artikel, der die Bestrafung der Vorstandsmitglieder vorsah, wenn (Abs.1) die Genossenschaft ihre ursprüngliche Zwecke verließ oder (Abs.2) wenn während der Generalversammlungen über „politische“ Themen gesprochen wurde, fehlte im ursprünglichen Entwurf von Schulze-Delitzsch, war dann aber 1867 auf Druck der preußischen Regierung in das preußische Genossenschaftsgesetz aufgenommen worden und von dort in das norddeutsche Gesetz übergegangen. Völk, dem diese Reglementierung der Vorstandsmitglieder natürlich zuwider war, schlug die Streichung des Abs. 2 vor, was auf den Widerstand des

Beilagen Bd. 5 Nr. 198, 5 347-350.

¹⁹⁹ Vgl. S. 203 ff.

Innenministers Hörmann stieß. Schließlich wurde der Abs. 1 in der Fassung des Referenten, Abs. 2 aber mit 7 gegen 2 Stimmen (Dr. Völk, Dr. Edel) in folgender Fassung angenommen: Sie sind, wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf keine geschäftlichen Zwecke, sondern auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, wegen Vergehens an Geld bis zu dreihundert Gulden zu bestrafen.²⁰⁰

Eine ähnliche Diskussion entspann sich in der 2. Sitzung bei der Erörterung des Art. 35, der eine polizeiliche Auflösung der Genossenschaft vorsah, wenn diese Geschäfte betrieb, die nicht im Gesetz vorgesehen waren. Diese Fassung des Auflösungsstatbestands war nach Völk zu weit und unbestimmt und würde den Verwaltungsbehörden einen willkommenen Vorwand liefern um unliebsame Genossenschaften aufzulösen. Nach seiner Meinung sollte eine Auflösung nur bei einem völligen Entfremden von dem ursprünglichen und anderen als den unter Art. 1 des Genossenschaftsgesetzes fallenden Zwecken möglich sein. Damit hatte er aber keinen Erfolg und gegen sein Votum (8 gegen 1) wurde dann die folgende Fassung angenommen: Wenn eine Genossenschaft andere, als die im gegenwärtigen Gesetze (Art. 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt, so kann sie aufgelöst werden, ohne dass deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet.

Die größte Abänderung musste der ursprüngliche Entwurf Völks durch die Einfügung der Genossenschaft mit beschränkter Haftung hinnehmen, die in den Art. 70 ff. geregelt wurde. Da die Beratung von Völks Entwurf von der Regierung nur unter der Voraussetzung genehmigt wurde, dass nach dem Vorbild des Regierungsentwurfs auch die Genossenschaft mit beschränkter Haftung als mögliche Gesellschaftsform gesetzlich geregelt wurde, hatte Völk die entsprechenden Artikel eingefügt. Dabei wurde diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung (registrierte Gesellschaft) nicht wie im Regierungsentwurf als eine der möglichen Gesellschaftsformen zu Beginn des Gesetzes aufgelistet (Art. 2 Nr. 4 des Regierungsentwurfs), sondern in einem eigenen Abschnitt behandelt. In Art. 71 Abs. 2 wurde nach einem Antrag des Ausschussmitglieds Barth sehr detailliert klargestellt, dass die meisten Bestimmungen des Gesetzes auch für die Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Anwendung finden. Diese Genossenschaft mit beschränkter Haftung trug nach dem Gesetzentwurf und nach der endgültigen Fassung den Namen „registrierte Gesellschaft“

2. Die Stellungnahmen des Referenten Dr. Joseph Völk vom 21. Februar 1869²⁰¹

Die Ergebnisse der doch sehr einschneidenden Beratungen im 1. Ausschuss referierte Völk als Berichterstatter im Plenum, wobei er in vielen Punkten über seinen Schatten springen musste, wie aus seinen Ausführungen herauszulesen ist. Seine Stellungnahme

²⁰⁰ Vgl. S. 203 ff.

²⁰¹ Vgl. S. 210; BayHStA Landtag 3661; abgedruckt in Beilage CXCVIII der VERHANDLUNGEN 1866/69.

ist eines der zentralen Dokumente für die Geschichte des bayerischen Genossenschaftsgesetzes.²⁰²

Völk referierte zunächst die Geschichte der modernen Genossenschaftsbewegung in Europa und Deutschland, um dann auf die Bemühungen um ein Genossenschaftsgesetz in Bayern zurückzukommen. Dabei betonte Völk auch seine Rolle als unermüdlicher Antreiber und Verbündeter von Schulze-Delitzsch.

Völk konnte auch auf die praktische Bedeutung der Rohstoff- und Magazinvereine, der Konsumvereine und der Produktivvereine hinweisen. Er verweist auf deren positive politische Wirkung und zitiert die Ausführungen des preußischen Abgeordneten Eduard Lasker von 1866 im preußischen Landtag, die sehr modern klingen: Man erwartete vom Genossenschaftswesen eingreifende und heilsame Rückwirkung auf die Beziehungen der Arbeit zum Kapital und eine Hebung nicht bloß der materiellen Interessen, sondern auch des Bewußtseins der Arbeiter und Handwerker.²⁰³

Ausführlich zitiert Völk Schulze-Delitzsch, aber auch den damals bedeutendsten deutschen Nationalökonom Wilhelm Roscher (Grundlagen der Nationalökonomie), der sich sehr für wirtschaftliche Assoziationen stark machte.

Dann analysierte Völk den Unterschied zwischen Regierungsentwurf und preußischem Gesetz. Wichtig war ihm, dass das preußische Gesetz den Begriff „Genossenschaft“ auf Gesellschaften beschränkt, welche die Förderung des Kredites, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichem Geschäftsbetriebe bezwecken, während der bayerische Regierungsentwurf unter dem Begriff Genossenschaft auch Vereinigungen zu wirtschaftlichen Wohltätigkeits-, Bildungs-, religiösen und geselligen oder sonstigen erlaubten Zwecken subsumiert.

Ein Bedürfnis, auch für solche Vereine gesetzliche Grundlagen zu schaffen, bestehe nur bedingt, auf keinen Fall können beide Typen in einem Gesetz abgehandelt werden. Wichtig sei die Regelung bei den Genossenschaften, die Erwerbszwecke verfolgen, also einen handelsrechtlichen Geschäftsbetrieb betreiben.

Das Genossenschaftsgesetz müsse also eine Art Novelle des Handelsgesetzbuches sein. Falsch wäre es aber, wie es der bayerische Gesetzentwurf versucht, den Begriff der „juristischen Person“, auf alle Gesellschaften auszudehnen und alle gleichzubehandeln. Man könne eine Erwerbsgesellschaft und eine Wohltätigkeitsorganisation juristisch nicht gleich behandeln. Die Stärke der Genossenschaften sei eben die Freiheit von aller Art von Wohltätigkeit und Zuschüssen privater oder öffentlicher Art. Wer nicht arbeiten kann, sei ein Fall für die öffentliche Armutspflege nicht aber für die Genossenschaften.

Der Begriff „Genossenschaften“, wie er sich in Norddeutschland ausgebildet habe, solle also beibehalten werden. Völk meinte dazu: Wozu also neue legislatorische Experimente in Bayern, statt das Gute anzunehmen, dass so nahe liegt!²⁰⁴

²⁰² BayHStA Landtag 3661 = Originalprotokoll; Druck= VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/69 Beilagen Bd. 5 Nr. 198, S. 321-340.

²⁰³ Vgl. S. 210.

²⁰⁴ aaO.

Zu diesem norddeutschen Typ der Genossenschaft gehört nach Völk zwingend die Solidarhaft. Diese Solidarhaft aller Mitglieder erscheint als die einzig sichere Basis der Genossenschaften und die unumgänglich notwendige Voraussetzung ihres Kredites, d.h. also ihrer Lebensfähigkeit.²⁰⁵

Man verweise zwar gerne auf England, so Völk, wo dieses Prinzip nicht durchgehend eingehalten werde, aber alle erfolgreichen Genossenschaften dort hätten zunächst das Prinzip der Solidarhaft beachtet. In Rochdale sei man erst nach mehr als zehnjährigem langsamen Emporwachen aus kleinen, mühsamen Anfängen unter der Gesamthaft und dem gegenseitigen Eintreten füreinander zu bedeutender Kapitalansammlung gelangt und damit zur Bildung einer Aktiengesellschaft (mit beschränkter Haftbarkeit).

Weiterhin wird bei der Vorstellung seines Entwurfes, wie aus den Beratungen im 1. Ausschuss hervorging, deutlich, dass Völk bei vielen Formulierungen auch auf den Regierungsentwurf zurückgegriffen hat, sonst aber, auch in der Reihenfolge der Artikel, sich an die Paragraphen des preußischen oder Norddeutschen Gesetzes gehalten hat. Die Begründungen für die einzelnen Artikel holt er sich im Wesentlichen aus dem Kommentar von Parisius zum Norddeutschen Gesetz. Das häufige Zurückgreifen auf das preußische Gesetz, auf den bayerischen Regierungsentwurf und auf eigene beziehungsweise im Ausschuss erarbeitete Formulierungen, macht deutlich, wie schnell und schlampig das Norddeutsche Gesetz formuliert worden ist.

Abschließend verweist Völk noch einmal darauf hin – und rechtfertigt damit die Ablehnung des Regierungsentwurfs – dass die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, auch wenn sich deren Mitglieder der Solidarhaft nicht unterwerfen, in ihren Zwecken und Bedürfnissen so grundverschieden von den übrigen Vereinigungen seien, dass sie unmöglich nach den gleichen gesetzlichen Normen behandelt werden können. Auch die vom Regierungsentwurf gewollte Verleihung des Status einer „juristischen Person“ an alle in Art. 1 aufgezählten Vereinigungen sei ein Ding der Unmöglichkeit, weil schon unter den Rechtslehrern bis heute strittig ist, was der Inhalt einer „juristischen Person“ überhaupt sei. Vor allem könne man deren Entstehung nicht an die Willkür Einzelner knüpfen. Hier sei immer eine Staatsgenehmigung erforderlich. Das gelte auch für gemeinnützige Unternehmungen: Wenn eine reiche Stiftung zur Verbreitung staatsgefährlicher, irreligiöser, sittenloser Lehren oder Bücher gemacht würde, sollte der Staat diese dulden?

Die Ausfälle Völks gegen die „Privatwillkür“ muten angesichts der sonstigen liberalen und eher obrigkeitsfeindlichen Haltung Völks seltsam an, sind aber seinem Kampf für die Exklusivität der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften mit Solidarhaft geschuldet. Auch seine Angst vor der Vermehrung des Vermögens in toter Hand lässt sich aus einer antiklerikalen Grundhaltung erklären. Er zitiert Savigny, Bluntschli, sowie die Gegenspieler Sinenis (zwingend für staatliche Genehmigung) und Windscheid (Entstehung auch ohne staatliche Genehmigung) um die Verwirrung des derzeitigen Zivilrechts hinsichtlich der Entstehung (Staatsgenehmigung oder nicht) der juristischen Person zu

²⁰⁵ aaO.

zeigen. Es ist eher unwahrscheinlich, dass seine Abgeordnetenkollegen diese Ausführungen zur Kenntnis genommen haben. Die Schlussfolgerung aus seinem langen Literaturzitat war: Wenn hiernach der Begriff einer „juristischen Person“ nicht gesetzlich feststeht, wenn unter den angesehensten Rechtsgelehrten bis in die jüngste Zeit Streit darüber besteht, unter welchen Voraussetzungen eine juristische Person überhaupt entstehe...war von dem Ausdruck „juristische Person“ auch bei denjenigen Vorschlägen abzu sehen, welche die Rechtsverhältnisse der Vereinigungen ohne Solidarhaft behandeln.

206

Abschließend erläuterte Völk seine auf Wunsch der Regierung und der Ausschussmehrheit entworfenen Bestimmungen zur Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Er verwies noch einmal darauf, dass Schulze-Delitzsch Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften ohne solidarische Haftung der Mitglieder nicht als Personalgenossenschaften zulassen wollte, da solche Formen von Vereinigungen nur zu Betrügereien verführen könnten und damit dem Genossenschaftswesen allgemein Schaden zugefügt werde. Wenn man aber solche Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften zulassen wolle, dann müsse man ein Haftkapital und eine Offenlegung der Größe dieses Haftkapitals verlangen. Darüber hinaus sollten auch Bilanzen veröffentlicht werden und der Firmenname müsse deutlich machen, um welche Art Genossenschaft es sich handle (Bezeichnung: „Registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“)

3. Die Beratungen im Plenum der Kammer der Abgeordneten im März 1869

In der Kammer der Abgeordneten wurden die zwei Gesetzentwürfe am 11. März 1869 diskutiert und schließlich ohne große Änderungen gebilligt. Lediglich in Art. 81 (Strafe für das Unterlassen von Anzeigen bei Vermögensverfall nach den Art. 78 und 79) wurde noch ein Zusatz eingefügt: Gleiches gilt, wenn bei Zeichnung der Firma die Worte „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“ weggelassen werden. Der Schlussbestimmung (Inkrafttreten mit dem Tag der Verkündung) wurde noch angefügt An den Rechten derjenigen Genossenschaften, welche die juristische Persönlichkeit bereits erworben haben, wird durch dasselbe nichts geändert.²⁰⁷

Bei der Diskussion im Landtag am 11. März 1869 wurde vom Abgeordneten Stauffenberg beantragt, den Art. 27 Abs. 2 des Entwurfs ganz zu streichen bzw. zu modifizieren. Der von Stauffenberg beanstandete Abs. 2 des Art. 27 betraf die Bestrafung der Mitglieder des Vorstands. Er lautete: Sie sind, wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf keine geschäftlichen Zwecke, sondern auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, wegen Vergehens an Geld bis zu dreihundert Gulden zu bestrafen.²⁰⁸

²⁰⁶ aaO.

²⁰⁷ Vgl. S. 252; BayHStA Landtag 3661; VERHANDLUNGEN 1867/69 Bd. 6, S. 21 ff., abgedruckt in Beilage CXCVIII der VERHANDLUNGEN 1866/69.

²⁰⁸ Vgl. S. 252 ff.

Über diesen Antrag entwickelte sich eine interessante Diskussion, die deutlich macht, wie misstrauisch man im Landtag gegenüber möglichen Kontrollen durch die Regierung war.

Stauffenberg hielt die Begriffe „geschäftliche Zwecke“ und „öffentliche Angelegenheiten“ für zu allgemein und daher für gefährlich: Es kann öffentliche Angelegenheiten geben, welche eine Genossenschaft nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, in den Kreis ihrer Erörterung zu ziehen. Denken Sie sich, z.B. eine Genossenschaft findet, dass eine Bestimmung dieses Gesetzes nicht zweckmäßig ist, dass mit dieser Gesetzesbestimmung die gedeihliche Entwicklung des Genossenschaftswesens nicht möglich ist... aber wenn Sie den Abs. 2 des Art. 27 so annehmen, wie er jetzt ist, wird allerdings unter Umständen eine ängstliche Interpretation dazu kommen, den Vorstand einer Genossenschaft, wegen des Gestattens solcher Anträge zu strafen.²⁰⁹

Der pfälzische Abgeordnete Friedrich Croissant²¹⁰ kam Stauffenberg zur Hilfe. Er verwies darauf, dass der Passus auch im preußischen bzw. norddeutschen Gesetz zu finden sei und dass nun Bayern die Möglichkeit hätte, sich als liberales Land zu präsentieren: Das Verbot, dass sich die Genossenschaften nicht um „öffentliche Angelegenheiten“ kümmern sollten, sei nichts anderes als eine Konkretisierung der alten Regierungsanschauung vom beschränkten Untertanenverstand: Es wurde in unserem Lande früher eine Verordnung erlassen, welche politische Vereine und Versammlungen verbot, jene Verordnung gab als Motiv dieser Bestimmung folgenden Satz an: „Da das Wohl des Staats und das Beste der Staatsbürger nur durch die Regierung befördert werden kann“. Dieses meine Herren, war im Jahre 1804, und ich bin überzeugt, dass die k. Staatsregierung heute auf einem vorgerückten Standpunkte steht. In Preußen, meine Herren, wo die Bestimmung des Abs. 2 erfunden worden ist, scheint man noch auf dem Standpunkt von 1804 in dieser Beziehung zu stehen. Es wurde vor noch nicht langer Zeit in Preußen der Satz ausgesprochen, man sei in Preußen den Süddeutschen zu liberal. Meine Herren! Sie haben heute die beste Gelegenheit, diesen stolzen Satz Lügen zu strafen...²¹¹

Da aber der Referent Völk den Art. 23 Abs. 2 als unwichtig und nicht als gefährlich einstufte, auch wohl der Regierung wenigstens in diesem Punkt einen Gefallen tun wollte, kam es nicht zu der vom Abgeordneten Stauffenberg beantragten Abänderung, insbesondere nachdem sich auch der Innenminister Hörmann²¹² gegen die Änderung ausgesprochen hatte.

²⁰⁹ aaO.

²¹⁰ Zur Biographie Croissant siehe oben S. 57.

²¹¹ Vgl. S. 252 ff.

²¹² Winfried Hörmann von Hörbach (1821-1896) Innenminister vom 31.3.1868 bis 9.12.1869 war ein Sohn des berühmten aus Innsbruck stammenden Appellationsgerichtspräsidenten, Staatsrats und Regierungspräsidenten Joseph von Hörmann. Der Innenminister Winfried Hörmann von Hörbach trat nach der Niederlage der Liberalen bei den Wahlen zur zweiten Kammer im Herbst 1869 vom Ministeramt zurück. Hörmann war wie Völk u.a. ein Mitglied der Fortschrittspartei (JÖRG, S. 374; Parlamentsdatenbank des Hauses der Bayerischen Geschichte: <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=927>).

4. Die Beratungen in der Kammer der Reichsräte

Am 12. März 1869 erhielt die Kammer der Reichsräte sowohl den alten Gesetzentwurf der Regierung vom 24. Januar 1868 sowie die zwei Entwürfe, die von der Kammer der Abgeordneten beschlossen worden waren, (Genossenschafts- und Vereinsgesetz) und empfahl die Annahme der beiden letzten Entwürfe. Alle drei Entwürfe wurden dem 1. Ausschuss der Kammer der Reichsräte übergeben. Als Referent wurde Reichsrat Ferdinand von Haubenschmied bestimmt.²¹³ Dieser erstattete dem 1. Ausschuss seinen Vortrag am 6. April 1868.²¹⁴ Haubenschmied schloss sich in allen wesentlichen Punkten der Kammer der Abgeordneten an und erläuterte auch die dort gefassten Beschlüsse noch einmal ausführlichst, vor allem die Zerlegung der Materie in zwei Gesetzesentwürfe (Genossenschafts- und Vereinsgesetz). Dies alles wurde vom Ausschuss, bei dem auch der Justizminister Lutz anwesend war und die Zustimmung der Regierung signalisierte, gebilligt. Damit verwarf auch die Reichsratskammer wie schon die Kammer der Abgeordneten den Regierungsentwurf. Die eher marginalen Änderungsvorschläge Haubenschmieds wurden vom 1. Ausschuss der Kammer der Reichsräte im Wesentlichen angenommen mit einer Ausnahme, die den Art. 31 betraf, wo es um die Frage ging, welch ein Prozentsatz der Genossenschafter die Einberufung einer Generalversammlung beantragen konnte. Hier hatte Haubenschmied folgenden Änderungsvorschlag, der eine Angleichung an die norddeutschen Bestimmungen vorsah, in denen der Satzungsautonomie der Genossenschaften Vorrang vor gesetzlicher Reglementierung eingeräumt wurde, ein Vorschlag, der dann freilich vom Ausschuss nicht mitgetragen wurde. Haubenschmied meinte:

Dagegen bietet der Art. 31 in seinem letzteren Absatz nach dem Vorgange des Art. 21 Abs. 3 des ursprünglichen Regierungsentwurfes eine wesentliche Abweichung von der entsprechenden Anordnung des norddeutschen Gesetzes dar.

Während nämlich nach diesem Gesetze zwar ein motivierter Antrag des zehnten Teiles der sämtlichen Genossenschafter zur Veranlassung einer Generalversammlung genügt, ist doch diese Regel nur für den Fall aufgestellt, als der Gesellschaftsvertrag nicht eine geringere oder sogar auch eine größere Verhältniszahl aufstellt.

Dagegen gestattet der bayerische Entwurf, indem er gleichfalls die Notwendigkeit der Generalversammlung auf Antrag des zehnten Teiles der Genossenschafter als Regel vorschreibt, eine Ausnahme davon nur nach der einen Seite, indem er zulässt, dass durch den Gesellschaftsvertrag auch schon einem kleineren Teile der Genossenschafter das Recht gewährt werde, eine Generalversammlung durch ihren Antrag herbei zu führen,

²¹³ Ferdinand Ritter von Haubenschmied (*10.8.1808 Ulm, +15.12.1890), 1835 Akzessist am Appellationsgericht des Unterdonaukreises, 1841 Assessor am Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt, später am Appellationsgericht von Niederbayern, seit 1850 Geheimer Sekretär im Staatsministerium der Justiz, dann seit 1851 Staatsanwalt am Kreis und Stadtgericht Passau, dann am Appellationsgericht München und seit 1854 am Oberappellationsgericht München, 1867 Generalstaatsanwalt am Oberappellationsgericht. Am 1. 12. 1868 wird er zum lebenslänglichen Reichsrat der Krone Bayerns ernannt, am 1. Oktober 1876 Präsident des Appellationsgerichts München und am 1. Oktober 1879 (nach der Verreichlichung der Gerichtsverfassung), Präsident des Oberlandesgerichts München (Rainer KOCH, Hg., Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Kelkheim 1989, S. 202).

²¹⁴ Vgl. S. 276 ff.

so, dass es hiernach den Beteiligten gesetzlich untersagt oder unmöglich gemacht wäre, vertrags- und statutenmäßig erst einer größeren Zahl als dem zehnten Teil der Genossenschafter die Befugnis der Erzwingung einer Generalversammlung einzuräumen.

Nach der Ansicht des Referenten liegen keine genügenden Gründe vor, von der Disposition des norddeutschen Gesetzes abzuweichen und der freien Vertragsbestimmung der Beteiligten eine polizeiliche Schranke zum ungesuchten Schutze vor möglicher Benachteiligung Einzelner entgegen zu setzen.

Das öffentliche Wohl nimmt eine Vorsorge in der fraglichen Richtung nicht in Anspruch. Hievon abgesehen wird aber das Genossenschaftswesen dann am besten gedeihen, wenn der freien Vereinigung der Beteiligungslustigen der uneingeschränkste Spielraum gestattet wird.

Anhaltspunkte dafür, dass in Norddeutschland die dort den Genossenschaften in dieser Richtung gestattete freiere Bewegung Mißstände hervorgerufen hätte, liegen nicht vor.²¹⁵

Die wesentlichste Änderung, die der Ausschuss der Kammer der Reichsräte veranlasste, war die Änderung der Überschrift. Da der Begriff „Genossenschaften“ nach den norddeutschen Gesetzen ausschließlich an die Gesellschaften mit unbeschränkter Solidarhaftung gebunden war, im bayerischen Gesetz aber auch eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung vorgesehen war, wählte man als gemeinsame Überschrift für diese beiden Genossenschaftstypen: „Gesetz die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betreffend“. Der 1. Hauptabschnitt des Gesetzes trug dementsprechend die Überschrift: „Von den Gesellschaften mit solidarischer Haftung (Genossenschaften)“, der 2. Hauptabschnitt trug die Überschrift: „Von den Gesellschaften mit beschränkter Haftung“.

Am 15. April 1869 kam der Gesetzentwurf in das Plenum der Kammer der Reichsräte. Dort gab der Berichterstatter Haubenschmied noch einmal eine Art historischen Bericht und betonte dabei vor allem die Notwendigkeit der Genossenschaftsgesetzgebung für die soziale Frage. Ausführlichst begründete er auch, warum man dem norddeutschen Vorbild gefolgt war:²¹⁶

In dem Maße, als die Menschen durch das Wachsen der Bevölkerung näher aneinander gerückt und durch die Steigerung und Verbesserung der Verkehrsmittel mehr untereinander gemengt werden, in dem Maße tritt die Sorge für das Dasein mächtiger und unwiderstehlicher hervor, und es steigert sich naturgemäß das Streben nach Sicherstellung der Bedingungen einer erträglichen Existenz. Durch Zusammenfassung der Kräfte Vierter zu ermöglichen, was in dieser Beziehung der Kraft des Einzelnen immer unerreichbar bliebe, ist der Grundgedanke der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. Diese Vereine haben zuerst in Deutschland in den nördlichen Gebieten Eingang, Ausbildung und Ausbreitung gefunden. Es ist das hohe Verdienst des preußischen Abgeordneten Schul-

²¹⁵ aaO.

²¹⁶ VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte 1868/69, Beil. Bd. 6, S. 557; Sitzungsprotokoll Bd. 7, S. 450.

ze-Delitzsch, nicht nur die Gesetzgebung in den preußischen Landen über diesen Gegenstand hervorgerufen, sondern auch die Übertragung derselben auf das gesamte Gebiet des Norddeutschen Bundes mit einiger Erweiterung des Stoffes vermittelt zu haben.

Diese nützlichen und zukunftsreichen Verbindungen auch in unserem Vaterland einzubürgern und ihre Ausbreitung zu befördern durch Ordnung ihrer privatrechtlichen Verhältnisse, ist der Zweck und Gegenstand der gegenwärtig vorliegenden Gesetze, insbesondere des Gesetzentwurfes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften.

Es ist naturgemäß, dass man hierbei der Gesetzgebung jener Länder folgt, in welchen diese Art von Verbindungen bereits Wurzel geschlagen und ihre Ausbildung erlangt hat, der preußischen und norddeutschen Gesetzgebung. Diese beschränkt sich auf das Gebiet jener Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, bei denen eine solidarische Haftung der Mitglieder vorgeschrieben ist, und gebraucht für diese Art Gesellschaften allein und ausschließlich den Ausdruck: Genossenschaften, so dass dieser bereits eine technisch bestimmte, eingeschränkte Bedeutung erlangt hat.²¹⁷

Die Reichsratskammer übernahm ohne weitere Diskussion die wenigen Änderungsvorschläge Haubenschmieds bzw. des Ausschusses.²¹⁸

5. Der Gesamtbeschluss der beiden Kammer des Landtags

Am 15. April 1869 erörterte der 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten die Rückäußerung der Kammer der Reichsräte und hielt die wenigen Änderungsvorschläge für angebracht.²¹⁹

Dies galt auch für die Änderungswünsche zu den zwei anderen Gesetzen, die neben dem Gesetz, „die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften betr.“ beraten worden waren, nämlich das „Gesetz die Aktiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht betr.“ und das „Gesetz, die privatrechtliche Stellung von Vereinen betr.“. Lediglich beim Vereinsgesetz gab es kleine Differenzen, die aber von der Kammer der Reichsräte akzeptiert wurden. Im Plenum der Kammer der Abgeordneten wurden die Änderungswünsche der Kammer der Reichsräte am 20. April 1869 ohne Diskussion gebilligt.²²⁰ Zur Frage der Überschrift des Gesetzes bemerkte Völk: So schlägt die Kammer der Reichsräte einen veränderten Titel vor, sie sagt nämlich, es soll die Überschrift des Gesetzes lauten: „Gesetz, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betr.“ Ich glaube, dass die Kammer der Reichsräte hierin Recht hat, denn „Gesellschaften“ ist deshalb zu setzen, weil „Genossenschaften“, bezüglich deren in dem I. Hauptstück die Rede ist, ein engerer Begriff ist. Ihr Ausschuss schlägt Ihnen deshalb vor, in dieser Beziehung der Kammer der Reichsräte beizutreten... Was den zweiten Punkt anlangt, so schlägt die Kammer der Reichsräte vor, bezüglich des I. Hauptstückes die Überschrift hiernach einzurichten und zu

²¹⁷ Vgl. S. 276 ff.

²¹⁸ Vgl. S. 291 ff.

²¹⁹ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/69 Beil. Bd. 5., S. 609.

²²⁰ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten. Bd. 6, S. 272 ff.

sagen: „Von den Gesellschaften mit solidarischer Haftpflicht (Genossenschaften)“ weil dadurch in Beziehung auf das I. Hauptstück präziser ausgedrückt wird, dass es sich nur um Genossenschaften handelt, wodurch dann der Ausdruck „Genossenschaften“, wie er im Art. 1 steht, herauskäme. Damit ist ausgedrückt, dass das Wort „Genossenschaften“ lediglich in technischer Bedeutung genommen werden soll; der Ausschuss beantragt Zustimmung.²²¹

Am 29. April 1869 erfolgte der Gesamtbeschluss der Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten.²²² Abgedruckt wurde das Gesetz im Gesetzblatt für das Königreich Bayern 1866-1869 Nr. 58, S. 1153 ff.

6. Die Unterschiede zwischen dem bayerischen Genossenschaftsgesetz und dem Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes

Der wesentlichste Unterschied zwischen dem bayerischen Genossenschaftsgesetz und dem Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes war die im Bayerischen aber nicht im Norddeutschen Gesetz vorgesehene Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Aber es gab noch einige andere Unterschiede, die vor der Übernahme des Norddeutschen Gesetzes und späteren Reichsgesetzes das Justizministerium in einem Gutachten durch Prof. Staudinger auflisten ließ:²²³ Demnach waren die wichtigsten Abweichungen:

1. Die Bestimmung des norddeutschen Gesetzes (§ 4), dass die Genossenschaftsregister einen Teil des Handelsregisters bilden, fehlt im bayerischen Gesetz. De facto war aber die Führung der Genossenschaftsregister in Preußen durch ähnliche Bestimmungen (Just. Min. Entschl. vom 17. Dez. 1868, Seit 392) wie in Bayern geregelt (Bekanntmachung des k. bayer. St. M. der Justiz vom 20. Sept. 1869 Reg. Bl. 1869 S. 1789).

2. Absatz 3 des Art. 17 des Bayerischen Genossenschaftsgesetzes fehlt im Gesetz des Norddeutschen Bundes (Stellvertretung für den Fall, dass der Vorstand aus einem Mitglied besteht)

3. Ebenso fehlen die Bestimmungen des Art. 26 Abs. 3 und 4 des Bayerischen Genossenschaftsgesetzes (über Aufbewahrung der Bücher, Rechnungsablegung) im Gesetz des Norddeutschen Bundes.

4. Das Norddeutsche Gesetz belegt in Art. 27 Abs. 2 unter gewissen, weiter als im Bayerischen Genossenschaftsgesetz, gegriffenen Voraussetzungen die Vorstände mit einer Geldstrafe bis zu 200 Talern. Das Maximum des bayerischen Gesetzes liegt bei 300 fl.

5. § 33 Abs. 2 des Gesetzes des Norddeutschen Bundes gestattet der Staatsbehörde ausdrücklich die Einsicht des Protokollbuchs über die Beschlüsse der Generalversammlung; das Bayerische Genossenschaftsgesetz enthält hierüber keine Bestimmung.

6. Nach dem Bayerischen Genossenschaftsgesetz kann eine Genossenschaft nur aufgelöst werden, wenn sie andere als geschäftliche Zwecke verfolgt (Art. 35); nach dem Ge-

²²¹ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten. Bd. 6, S. 272 ff.

²²² VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte 1868/69 Beil. Bd. 7, S. 677.

²²³ BayHStA MJu 17062.

setz des Norddeutschen Bundes auch dann, wenn sie sich gesetzwidriger Handlungen und Unterlassungen schuldig macht (§ 35). Die Auflösung erfolgt nach dem Gesetz des Norddeutschen Bundes auf Betreiben der höheren Verwaltungsbehörde, nach dem Bayerischen Genossenschaftsgesetz auf Betreiben des Staatsanwalts (Art. 35 Abs. 2).

7. In § 36 des Gesetzes des Norddeutschen Bundes fehlt die Bestimmung des Bayerischen Genossenschaftsgesetzes, dass die aus dem Buche der Genossenschaften ersichtlichen Gläubiger persönlich einzuladen sind.

Die Unterschiede zwischen dem bayerischen Gesetz und dem des Norddeutschen Bundes waren also (mit Ausnahme der Bestimmungen über die Genossenschaft mit beschränkter Haftung) vergleichsweise unbedeutend. Trotzdem war es für die Verfechter des Genossenschaftsgedankens, wie etwa Schulze-Delitzsch, ein Ärgernis, dass das „dritte“ Deutschland sich nicht strikt an die Bestimmungen des preußischen bzw. norddeutschen Genossenschaftsgesetzes anschloss. Eine besondere Rolle spielte hierbei das Königreich Sachsen, das sich sogar als Mitglied des Norddeutschen Bundes weigerte, das Gesetz des Norddeutschen Bundes zu übernehmen.

Werfen wir insoweit kurz einen Blick auf die Genossenschaftsgesetzgebung Sachsens und der süddeutschen Staaten.

IX. KÖNIGREICH SACHSEN UND SÜDDEUTSCHE STAATEN

Die Genossenschaftsgesetze in Preußen und im Norddeutschen Bund beeinflussten auch die Genossenschaftsgesetzgebung nicht nur in den Staaten des Norddeutschen Bundes, sondern, wie man am Beispiel Bayerns sehen konnte, auch außerhalb des Norddeutschen Bundes.

Nach den Friedensverträgen von Berlin, am 22. August 1866 mit Bayern und zu anderen Terminen mit den anderen süddeutschen Staaten, die gegen Preußen gekämpft hatten (Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt), traten Hessen-Darmstadt mit seinem Gebiet nördlich des Mains, das Königreich Sachsen, Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie in den Norddeutschen Bund ein. Sachsen erklärte am 21. Oktober 1866 seinen Eintritt in den Norddeutschen Bund. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes wurde am 12. Februar 1867 gewählt. Er beschloss am 16. April 1867 eine Verfassung, die am 1. Juli 1867 in Kraft trat. Nach Art. 2 dieser Verfassung ging das Recht des Norddeutschen Bundes dem jeweiligen Partikularrecht vor

Trotz dieser vergleichsweise eindeutigen Bestimmung erließ das Königreich Sachsen am 15. Juni 1868 ein Gesetz über die juristischen Personen mit Bestimmungen über die Genossenschaften,²²⁴ das auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung zuließ. Es bestimmte auch, dass bei der Gründung von Genossenschaften die Genehmigung des Innenministeriums erforderlich sei, wenn sich der Zweck der Genossenschaften auf „öffentliche Angelegenheiten“ erstreckte, ein dehnungsfähiger Begriff. Das Gesetz war eine Art Misstrauensvotum gegen den Norddeutschen Bund und Preußen, da kurz vorher, nämlich am 28. Mai 1868, im Reichstag des Norddeutschen Bundes das Genossenschaftsgesetz beraten und beschlossen worden war und am 4. Juli 1868 publiziert wurde (Gesetz des Norddeutschen Bundes betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften). Es trat am 1. Januar 1869 in Kraft. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte das sächsische Gesetz, wenigstens soweit es Genossenschaften betraf, als aufgehoben betrachtet werden müssen.

Die Regierung des Königreichs Sachsen sah das anders. In einer Ausführungsverordnung zum sächsischen Gesetz vom 23. Juli 1867 wurde den Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften das Recht eingeräumt zwischen dem Norddeutschen und dem sächsischen Genossenschaftsgesetz zu wählen. Wählten sie das sächsische Genossenschaftsgesetz, konnten sie noch zwischen beschränkter und unbeschränkter Haftung wählen. Dabei scheint man bei den Genossenschaftsgründungen den Betroffenen nahegelegt zu haben, die sächsische Variante zu wählen, was der erste Kommentator des Norddeutschen Gesetzes Parisius wie folgt kommentierte:²²⁵ Dabei führten gewisse partikularistische Neigungen sächsischer Beamten dazu, auf die Genossenschaften an vielen Orten dahin einzuwirken...das sächsische Gesetz zu wählen. Wegen dieser Haltung Sachsens kam es im Reichstag des Norddeutschen Bundes zu heftigen Debatten. In ei-

²²⁴ Gesetz- und Verordnungsblatt des Königreichs Sachsen 1868, S. 815 ff.

²²⁵ PARISIUS,, S. 434.

ner Interpellation im Norddeutschen Reichstag versuchte Schulze-Delitzsch die „Inkompetenz“ des sächsischen Gesetzes und den Verstoß gegen Art. 2 der Verfassung des Norddeutschen Bundes anzuprangern. In einer 1868 verfassten Schrift²²⁶ wandte er sich auch publizistisch gegen das sächsische Gesetz. Vergebens. Selbst noch 1873, als man im Reichstag das Gesetz vom 23. Juli 1873 beriet (Übernahme des Reichsgenossenschaftsgesetzes in Bayern) wurde der Fall Sachsen und das „illoyale“ Verhalten der sächsischen Regierung breit diskutiert. Vor allem die Tatsache, dass im Bereich des Genossenschaftswesens in Sachsen zweierlei Recht galt, erinnere, so ein Redner, an die Zeit der „leges barbarorum“, als die Germanen und die jeweilige einheimische Bevölkerung unterschiedliche Gesetze hatten. Sachsen hat dann schließlich 1874, ein Jahr nach Bayern und als letzter Staat des Deutschen Reichs, das Reichsgenossenschaftsgesetz übernommen.²²⁷

In anderen Ländern gestaltete sich die Gesetzeslage weniger dramatisch. Das Königreich Württemberg, das bis 1868 keine eigene Genossenschaftsgesetzgebung hatte, übernahm das Gesetz des Norddeutschen Bundes am 1. Januar 1871 auf Grund des Vertrags mit dem Norddeutschen Bund vom 25. November 1870 (Art. 2 Nr. 6). In Baden und in Hessen-Darmstadt wurden zwar noch eigene Genossenschaftsgesetze beschlossen (Baden: 11. Februar 1870 Gesetz über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften;²²⁸ Großherzogtum Hessen: 4. August 1869 Gesetz über Wirtschaftsgenossenschaften²²⁹). Diese Gesetze wichen jedoch nur unwesentlich vom Norddeutschen Gesetz ab, insbesondere kannten sie keine Genossenschaft mit beschränkter Haftung wie die bayerischen und sächsischen Gesetze. Auch diese beiden Gesetze wurden hinfällig, nachdem Baden und Hessen-Darmstadt das Gesetz des Norddeutschen Bundes mit Geltung seit dem 1. Januar 1871 auf Grund des Vertrags mit dem Norddeutschen Bund vom 25. November 1870 Art. 2 Nr. 6 übernommen hatten bzw. übernehmen mussten (Vgl. auch Art. 80 Nr. I 10 der Reichsverfassung).

Im Unterschied zu Bayern und Sachsen konnten also die anderen süddeutschen Staaten ihre Gesetzgebung nicht halten. Bayern hatte sich in den Versailler Verträgen 1870 die weitere Gültigkeit seiner Zivilgesetzgebung gegenüber den Gesetzen des Norddeutschen Bundes ausbedungen.

²²⁶ Hermann SCHULZE-DELITZSCH, Die Gesetzgebung über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Berlin 1869.

²²⁷ Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1874, S. 30.

²²⁸ Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden 1870, S. 191 ff.

²²⁹ Großherzoglich hessisches Regierungsblatt 1869, S. 661 ff.

X. DIE ENTWICKLUNG NACH DEM ERLASS DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES

Der Erlass des bayerischen Genossenschaftsgesetzes vom 29. April 1869 hatte sicher eine bedeutende Signalwirkung auf die Gründung von Genossenschaften in Bayern. Vor allem war es nun nicht mehr notwendig, die erwünschten Zwecke durch komplizierte Statuten, die doch immer unvollständig blieben, herbeizuführen. Doch kam es nicht zu einer greifbaren Gründungswelle, denn dort, wo Genossenschaften sich als notwendig erwiesen, war die Gründung unter anderen Rechtsvoraussetzungen bereits erfolgt. Der wahre und überall greifbare An Schub für das Gewerbewesen in Bayern kam ein Jahr zuvor durch die Gewerbeordnung vom 30. Januar 1868. Die damals gewährte Gewerbefreiheit, die in der Pfalz seit der französischen Zeit eingeführt war, regte Genossenschaftsgründungen an, was man in der Pfalz beobachten kann.

Bis zur Einführung der Gewerbefreiheit und der „Sozialgesetzgebung“ der Jahre 1868/69 lag Bayern sowohl hinsichtlich seines Bevölkerungswachstums als auch hinsichtlich seiner Gewerbeentwicklung weit hinter den anderen Ländern des Deutschen Bundes zurück.²³⁰ Erst jetzt kam es zu einer erfreulicheren Entwicklung; wobei die Gewerbefreiheit ihren langen Schatten auch auf die Genossenschaftsgesetzgebung warf, die den meisten um diese Zeit dann angesichts der anderen Möglichkeiten offensichtlich nicht mehr so wichtig erschien. Auch der gewonnene Krieg gegen Frankreich 1870/71 und die Gründung des Deutschen Reiches belebte die wirtschaftlichen Phantasien und verstärkte die Bereitschaft zu neuen Genossenschaftsgründungen. Nur einige Beispiele:

1869 ließen sich 17 Konsumvereine ins Genossenschaftsregister eintragen (2 in Augsburg, Berg, Geroldsgrün, Heidenheim, Hof, Immenstadt, Kempten, Mellrichstadt, München, Neustädtchen, Röthenbach, Rosenheim, Schwabach, 2 in Stein und Weißenburg). Die Zurückhaltung in Altbayern und die Gründereuphorie in Mittelfranken und Schwaben lassen sich auch hier wieder feststellen.

Am 28. Oktober 1871 (Gründungsversammlung) wurde auf Veranlassung des Arbeiterbildungsvereins München die Baugenossenschaft München ins Leben gerufen, die bereits 1872 in der Nymphenburgerstr. 129-139 (beim Rotkreuzplatz) einen großen Wohnkomplex baute.

Noch positiver waren die Wirkungen des Genossenschaftsgesetzes in der Pfalz. Dort kam es besonders Ende des Jahres 1869 zu mehreren bedeutenden Neugründungen: Am 28. November der Genossenschaftsverein Winnweiler, am 23. Dezember der Vorschussverein Speyer und am 4. Dezember der Vorschussverein Neustadt. Am 18. Februar 1870 wurde schließlich der Vorschussverein Zweibrücken gegründet.

Das neue Genossenschaftsgesetz hatte auch zur Folge, dass die Satzungen der bis 1869 gegründeten Genossenschaften nicht mehr der Rechtslage entsprachen bzw. dass viele

²³⁰ Vgl. dazu und zum folgenden Dirk GÖTSCHMANN, Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2010, S. 39 ff.

der Bestimmungen obsolet geworden sind. So haben etwa alle älteren Satzungen in ihren Statuten mangels gesetzlicher Regelungen das sogenannte Mandatsprinzip vorgesehen gehabt. Vorstand und Aufsichtsrat konnten demnach nur durch solche Rechtsgeschäfte die Genossenschaft verpflichten, bei denen eine Bevollmächtigung gegeben war. Diese Bestimmungen waren nach den §§ 17 bis 21 des Bayerischen Genossenschaftsgesetzes bzw. des Reichsgesetzes ungültig, was aber viele Genossenschaften offenbar nicht zur Kenntnis genommen haben.²³¹

Das bayerische Genossenschaftsgesetz fand kurz nach seinem Inkrafttreten auch eine wissenschaftliche Bearbeitung durch den noch jungen Münchner Professor Hermann Anton Wilhelm von Sicherer (1839-1901).²³² Er hat damit das Genossenschaftsrecht zu akademischen Würden gebracht. Sein 1872 in Erlangen erschienenes Werk hatte den Titel: „Die Genossenschaftsgesetzgebung in Deutschland. Kommentar zu dem Reichsgesetze über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften unter Berücksichtigung des bayerischen Genossenschaftsgesetzes.“ Darin schilderte Sicherer, der in den Ministerialakten auch als Gutachter auftritt, erstmals die Geschichte der Genossenschaftsgesetzgebung in Bayern. Sicherer, der 1862 in München mit einer wechselrechtlichen Arbeit promoviert und 1865 mit einer Arbeit über die Gesamtbelehrung in deutschen Fürstentümern habilitierte, wurde 1868 außerordentlicher und 1871 ordentlicher Professor in München. Sicherer hat sich nach 1872 nicht mehr mit genossenschaftsrechtlichen Fragen befasst, sondern vor allem im Bereich der Kirchenrechtsgeschichte des 19. Jahrhunderts gearbeitet. Seine Karriere verdankt er vor allem der Tatsache, dass er in der Kulturkampfzeit die gegen Rom gerichteten kirchenrechtlichen Positionen der bayerischen Staatsregierung vertrat. Sein Hauptwerk ist die 1874 erschienene Monographie über „Staat und Kirche in Bayern 1799-1821“

In diesem Zusammenhang sei auch noch auf die politische Funktion der Genossenschaftsgesetzgebung hingewiesen. Sie stellt wie alle Reformgesetze der Jahre 1868/69 vor allem einen Sieg der liberalen „linken“ Kräfte in der Abgeordnetenkammer, insbesondere der Mitglieder der Patriotenpartei über eine zögerliche und immer ablehnende Regierungspolitik dar, wie sie vor allem in der Gestalt des 1867 entlassenen Justizministers Eduard von Bomhard verkörpert war. Über diese Abgeordneten, aber auch über das seit 1865 selbständige Wirtschaftsministerium übte auch die Wirtschaft mit großem Erfolg Druck auf die Regierung aus.²³³ Die Folge war, dass das bis dahin im Gewerbe- und Industriebereich wenig entwickelte Bayern Anschluss an die allgemeine Entwicklung fand.

²³¹ Vgl. etwa die von Schulze-Delitzsch noch im Jahre 1874 gerügten Statuten der Münchner Bank (RUHLAND, S. 36, Anm. 14).

²³² Vgl. NDB 24 (2010), S. 307-308 (Peter LANDAU) .

²³³ GÖTSCHMANN, S. 103.

XI. DAS VERHÄLTNISS DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES VON 1869 ZUM VEREINSGESETZ VON 1850

Im politischen und gesellschaftlichen Leben Bayerns des 19. Jahrhunderts spielte die Entwicklung des Vereinswesens²³⁴ eine zentrale Rolle. Da es vor allem in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Genossenschaftswesen eng verwandt, ja in gewissen Bereichen identisch ist, soll hier noch kurz auf das Verhältnis zwischen Genossenschaftsgesetz und Vereinsgesetz eingegangen werden.

Erinnert sei insbesondere daran, wie mühsam die Gründung von Vereinen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war. Vor allem unter dem reaktionären König Ludwig I. (regiert 1825-1848) mussten sich zahlreiche Vereine, da politisch orientierte Vereinsgründungen prinzipiell verboten und daher nicht genehmigungsfähig waren, als Lesevereine, als Turnvereine oder als Gesangsvereine tarnen. Als bestes Beispiel in München ist die um 1830 gegründete Bürger- und Sängerkunft zu nennen, aus der viele Revolutionäre des Jahres 1848 und schließlich auch die Gründerväter der ersten bayerischen Genossenschaft, des Münchner Darlehensvereins von 1862 kamen. In diese Kategorie der Münchner „Tarnvereine“ gehört auch das im Jahr des Hambacher Festes 1832 als geselliger Verein gegründete Kaufmannscasino.²³⁵

Wie stark die Vereinsgründungen von der Regierung unterdrückt worden waren, zeigt die explosionsartige Zunahme der Vereine im Revolutionsjahr 1848. Doch bald gewann die Reaktion wieder die Oberhand und begann Schritt um Schritt, die Vereinsgründungen von staatlicher Genehmigung abhängig zu machen, eben das, was die Genossenschaftsväter auf keinen Fall wollten. Das Vereinsgesetz vom 26. Februar 1850²³⁶ sah in Art. 12 vor, dass nichtpolitische Vereine („deren Zweck sich nicht auf die öffentlichen Angelegenheiten bezieht“), wenn sie Vorsteher und Satzungen haben, ihre Gründung und jede Veränderung ihrer Vorstandschaft oder ihrer Zwecke der vorgesetzten Polizeibehörde innerhalb von drei Tagen anzeigen mussten. Eine solche Anzeige wurde nun offensichtlich von den Polizeibehörden auch von Genossenschaften gefordert, was das Innenministerium in einem Erlass vom 26. November 1872 unterband.²³⁷ Man verwies auf die eindeutige Erklärung des Innenministeriums in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 11. März 1869 (Sten. Berichte Bd. 6, S. 23), dass die Genossenschaften außerhalb der Bestimmungen des Vereinsgesetzes stehen. Gegen die Anschauung, dass die Intention des Vereinsgesetzes vom 26. Februar die polizeiliche Kognition von dem Bestehen aller Vereine ohne Unterschied bezwecke, spricht auch die Erwägung, dass das Gesetz vom 29. April 1869 über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschafts-Gesellschaften in den Art. 27 Abs. 2 und 35 wegen Verfolgung anderer als gesetzlich vorgesehener geschäftlichen Zwecke eine gerichtliche Einschrei-

²³⁴ Vgl. dazu Ingo TORNOW, Münchner Vereinswesen.

²³⁵ Kaufmanns-Casino e.V. Visionen einer Privatgesellschaft. 175 Jahre Kaufmanns-Casino, München 2007.

²³⁶ GBl. S. 53; WEBER, Bd. 4, S. 81.

²³⁷ WEBER, Bd. 9, S. 589 f.

tung gegen die Vorstandmitglieder, sowie die Auflösung des Vereins durch gerichtliches Erkenntnis vorsieht... Das wären vom Vereinsgesetz abweichende Spezialbestimmungen, die ganz offensichtlich den Zweck haben, die Genossenschaft nicht unter die ständige Aufsicht der Verwaltungsbehörden zu stellen.

XII. DER KAMPF UM DIE GENOSSENSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG NACH 1871

Die Bayerische Regierung konnte sich beim Genossenschaftsrecht nicht sofort für die Angleichung an das Bundesrecht bzw. Reichsrecht entschließen. Nach dem Reichsgesetz vom 22. April 1871 (das vorletzte Gesetz, das noch im so genannten Bundes-Gesetzblatt des Deutschen Bundes, S. 87 abgedruckt wurde, ab 29. April 1871 heißt es dann Reichsgesetzblatt) wurden zahlreiche Gesetze des Norddeutschen Bundes (z. B. das Strafgesetzbuch mit Wirkung vom 1. Januar 1872 oder das Gesetz über die Aktiengesellschaften mit sofortiger Wirkung) auch in Bayern eingeführt, nicht aber das Genossenschaftsgesetz vom 4. Juli 1868, da die bayerische Regierung Bedenken hatte das im Gesetz des Norddeutschen Bundes niedergelegte System der unbeschränkten Solidarhaftung zu übernehmen. Man konnte sich dabei auch auf die Verhandlungen des 8. Deutschen Juristentags berufen, der vom 26.- 28. August in Heidelberg stattgefunden hatte, und der sich ausdrücklich für die beschränkte Haftpflicht bei Genossenschaften ausgesprochen hatte.²³⁸ Das bayerische Genossenschaftsgesetz vom 29. April 1869 blieb also zunächst sehr gegen den Willen von Schulze-Delitzsch weiterhin in Kraft. Bei der Beratung des Reichsgesetzes vom 22. April 1871 im Reichstag erklärte Minister Lutz, dass das bayerische Gesetz sich als lebensfähig erwiesen hätte und seine Beibehaltung dem Wunsch weiter Kreise entspreche; daher sei es insgesamt das bessere Gesetz.²³⁹ Dies führte natürlich zu einem heftigen Widerspruch zu Schulze-Delitzsch.²⁴⁰

Eine erste Schwierigkeit angesichts des Nebeneinander beider Gesetze, die in der Mehrheit identische Bestimmungen hatten, zeigte sich, als im Mai 1871 der Reichstag beschloss, sich einer Petition des Elberfelder Konsum- und Sparkassenvereins anzuschließen, der gefordert hatte, § 1 des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868 dahin zu ändern bzw. authentisch zu interpretieren, dass auch solche Genossenschaften unter dieses Gesetz fallen, die über den Kreis der Mitglieder hinaus Geschäfte machten, welche die Förderung des Erwerbs ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs in der Art bezwecken, dass der gemeinschaftliche Einkauf von Lebensbedürfnissen im Großen zum Verkauf auch an Nichtmitglieder den Gegenstand des Unternehmens bildet. Am 1. Mai 1871 machte sich der Bundesrat Gedanken über die Petition und nun mussten sich auch Bayern und dessen Bevollmächtigter im Bundesrat zu dieser Frage äußern.²⁴¹ Das bayerische Justizministerium machte sich nun Gedanken darüber, welche indirekten Folgen eine solche Deklaration für die bayerische Rechtslage haben würde. Das Problem bestand darin, dass § 1 des Norddeutschen Gesetzes von 1868 exakt dem

²³⁸ Festschrift zur 100-Jahrfeier des Deutschen Genossenschaftsverbandes, S. 206; zum Haftungsproblem vgl. auch Arnold PUCK, Geschäftsanteil und Haftsumme der Kreditgenossenschaften. Wandlungen in der Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, Köln 1936.

²³⁹ Stenographische Berichte über die 8. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 31.3.1871, S. 81 (SICHERER, S. 79).

²⁴⁰ Stenographische Berichte über die 8. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 31.3.1871, S. 85.

²⁴¹ Protokoll der 13. Sitzung des Bundesrats v. 1. Mai 1871 in: BayHStA MJu 17062.

Art. 1 des Bayerischen Gesetzes von 1869 entsprach und dass bei einer authentischen Interpretation des norddeutschen „Muttergesetzes“ der bayerische Richter auch für die Tochtergesetzgebung nicht anders entscheiden würde. Der Berichterstatter empfahl daher, im Bundesrat eine solche Interpretation auch für Bayern in Aussicht zu stellen, da die dem Elberfelder Konsum- und Sparverein entsprechenden Vereine in Bayern, wo das Genossenschaftswesen vergleichsweise unterentwickelt sei, noch nicht bestanden.²⁴²

Die authentische Interpretation erfolgte im Reichsgesetzblatt am 19. Mai 1871 (Gesetz betr. die Deklaration des § 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1868): Einziger Paragraph. Die im § 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1868 (Bundesgesetzbl. S. 415) bezeichneten Gesellschaften verlieren den Charakter von Genossenschaften im Sinne des gedachten Gesetzes dadurch nicht, dass ihnen die Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebs auf Personen, welche nicht zu ihren Mitgliedern gehören, im Statute gestattet wird. Diese authentische Interpretation änderte an der bayerischen Rechtslage nichts.

Kritisch für die bayerischen Genossenschaften mit beschränkter Haftung wurde es allerdings, als im Reichstag durch Schulze-Delitzsch noch 1871 der Versuch gemacht wurde, die bayerischen Sonderregelungen zu kippen. Auch von Seiten verschiedener Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung in Bayern wurde in entsprechenden Petitionen und Aufsätzen in Zeitschriften eine Abschaffung der Genossenschaften mit beschränkter Haftung gefordert. Hauptargument war die angebliche Schädlichkeit dieser Genossenschaften für den Kredit der Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung allgemein. Die bayerischen Genossenschaften richteten auch an den Reichstag entsprechende Petitionen. Im Hintergrund arbeitete vor allem Schulze-Delitzsch, der in Bayern seinen wichtigsten Verbündeten in Dr. Franz Xaver Proebst hatte. Am 24. März 1873 schrieb etwa Schulze-Delitzsch an Proebst: Ich gehe in dieser Session des Reichstags mit dem Antrag vor: Das Deutsche Genossenschaftsgesetz in Bayern einzuführen. Dafür wird von einflussreicher Seite - das bleibt unter uns - gewünscht: Dass in der Bayerischen Presse dafür Etwas geschieht, und dass einige Petitionen dafür an den Reichstag (am besten durch meine Hände) von Genossenschaften eingehen...Nach der Pfalz geht eine besondere Anregung von mir hin. Gehen Sie nur rasch los, verehrter Freund. Wir haben eine Handelsmacht - dazu gehören die Genossenschaften.²⁴³

So geschah es. Mehrere von Schulze-Delitzsch und Proebst angesprochene Genossenschaften richteten ihre Petitionen nach Berlin, die dann von der Petitionskommission des Reichstags übernommen wurden. Diesem inszenierten Druck beugte sich schließlich die Bayerische Regierung: Am 5. Juni 1873 beantragte der bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrat schließlich (anders als das insoweit weniger kooperationswillige Sachsen) ein Gesetz, in dem die Übernahme des Norddeutschen Gesetzes von 1868 auch für Bayern geregelt werden sollte, was das Ende für Neugründungen von Genossenschaf-

²⁴² BayHStA MJu 17062.

²⁴³ Der Brief befindet sich im Archiv der Münchner Bank eG; zitiert nach RUHLAND, S. 49.

ten mit beschränkter Haftung bedeutete. Immerhin wurde erreicht, dass die bereits eingetragenen Genossenschaften mit beschränkter Haftung bestehen bleiben durften.²⁴⁴

Im Reichstag entwickelte sich am 16. Juni 1873 bei der Beratung dieses Gesetzes noch eine lebhafte Debatte über die kritische Frage der Genossenschaften mit und ohne beschränkte Haftung. (53. Sitzung des Reichstags vom 16. Juni 1873). Der sächsische Bevollmächtigte zum Bundesrat Justizrat Held musste dabei seine Regierung gegen die Angriffe des Abgeordneten Dr. Braun (Gera) verteidigen, der der sächsischen Regierung Illoyalität vorgeworfen hatte, weil diese ihr Gesetz genau zu dem Zeitpunkt erlassen hatte, an dem auch das Norddeutsche Gesetz entstand.²⁴⁵

²⁴⁴ BayHStA MJu 17062.

²⁴⁵ BayHStA MJu 17062.

XIII. DIE AUFHEBUNG DES BAYERISCHEN GENOSSENSCHAFTSGESETZES VOM 29. APRIL 1869 DURCH DAS REICHSGESETZ VOM 23. JUNI 1873

Durch das Gesetz vom 23. Juni 1873 über die Einführung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften vom 4. Juli 1868 im Königreich Bayern²⁴⁶ endete die kurze Geltung des bayerischen Genossenschaftsgesetzes vom 29. April 1869, das sich vor allem in einem Punkt von dem norddeutschen Gesetz unterschied: Es kannte die Genossenschaft mit beschränkter Haftung, der sie einen eigenen zweiten Abschnitt gewidmet hatte. Das neue (alte) Gesetz des Norddeutschen Bundes von 1868 kannte nur Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung. Die in Bayern bereits errichteten Gesellschaften mit beschränkter Haftung bleiben bestehen. Das waren nach einer Mitteilung in der Kammer der Abgeordneten insgesamt 26.²⁴⁷ Für diese registrierten Gesellschaften galten laut § 2 die Bestimmungen des Gesetzes vom 29. April 1869 weiter (also die Art. 70-81). Um diese Zeit bestehen in Bayern bereits 109 Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht.

²⁴⁶ GBl. 1873, Sp. 3 ff.

²⁴⁷ VERHANDLUNGEN 1873, Bd. 1, S. 1160 ff.

XIV. DIE WEITEREN SCHICKSALE DES REICHSGENOSSENSCHAFTSGESETZES

Das Modell der unbeschränkten Solidarhaftung bewährte sich keineswegs so, wie es die leidenschaftlichen Ausführungen von Schulze-Delitzsch in den Jahren bis 1873 glauben machen wollten. So entschied sich z. B. Österreich 1873 das bayerische Vorbild zu übernehmen. Wie gefährlich die unbeschränkte Haftung war, zeigte sich besonders bei den spektakulären Konkursen und Zusammenbrüchen einiger Volksbanken während der Wirtschaftskrise seit 1873, die dem Ansehen des Genossenschaftswesens großen Schaden zufügte. Zu nennen sind hier die Pleiten der Volksbanken in Dresden 1873, in Leubus (Schlesien) 1874, in Düsseldorf 1875, in Roßwein in Sachsen 1877 und in Stuttgart 1881. Besonders der Konkurs der Düsseldorfer Gewerbebank (Genossenschaftsbank) am 10. August 1875, der viele der Genossen wegen ihrer persönlichen Haftung in den Ruin trieb, ließ in der Folgezeit, Zweifel an der unbeschränkten Solidarhaftung der Mitglieder laut werden. Viele Genossenschaften, vor allem die Banken und Vorschusskassen, nahmen jetzt die Form einer Aktiengesellschaft an.

Aber auch andere Bestimmungen des norddeutschen Genossenschaftsgesetzes und späteren Reichsgesetzes bewährten sich keineswegs so, wie es Schulze-Delitzsch erhofft hatte, so dass dieser sehr bald die Notwendigkeit einer Reform einsah. In einem Antrag vom 7. November 1876, der von 70 Abgeordneten unterstützt wurde, beantragte er im Reichstag die Abänderung des Reichsgenossenschaftsgesetzes. Die Genossenschaft mit beschränkter Haftung kommt dabei freilich nicht vor, insoweit war Schulze-Delitzsch unbelehrbar. Vielmehr forderte er als Heilmittel gegen die Gebrechen des Genossenschaftswesens den Ausschluss von Versicherungsgesellschaften von der Rechtsform der Genossenschaft, eine Mindestzahl von 7 Mitgliedern, die nur physische Personen sein durften, die Festsetzung der Geschäftsanteile durch die Satzung (Mindesthöhe, Einzahlungsmodalitäten) und das Verbot der Bestellung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten. Darüber hinaus sollte beim Konkurs einer Genossenschaft noch ein besonderes Verfahren vorgeschaltet werden, um den Zugriff der Gläubiger auf einzelne Genossenschafter hinauszuzögern.

1876 war der Reichstag mit anderen Gesetzesvorhaben, insbesondere mit den Justizgesetzen beschäftigt. Eine Beratung der Änderungswünsche in den Ausschüssen konnte vor der Auflösung des Reichstags nicht abgeschlossen werden. Doch nach der Neuwahl 1877 brachte Schulze-Delitzsch seinen Antrag in erweiterter Form noch einmal ein. Auch diesmal war von der Einführung von Genossenschaften mit beschränkter Haftung keine Rede.

In der Plenardebatte des Reichstags am 16. April 1877 forderte dann der SPD-Abgeordnete Most die Einführung der Genossenschaft mit beschränkter Haftung und die Herabsetzung der Mindesthöhe für die Genossenschaftsanteile. Schulze-Delitzsch zog dann seinen Antrag zurück, nachdem die Regierung versprach, sich mit der Revision des Genossenschaftsgesetzes zu befassen. Da dies nicht geschah, wiederholte Schulze-De-

litzsch seinen Antrag 1878 in stark verkürzter Form, um wenigstens die notwendigsten Änderungen des Gesetzes durchzusetzen; dazu gehörte die genaue Feststellung der Mitgliedschaft und die Möglichkeit eines Umlageverfahrens im Liquidationsstadium einer Gesellschaft. Während der nur kurzen Plenardebatte meldete sich der SPD-Abgeordnete Moritz Rittinghausen zu Wort und forderte die Einführung der Genossenschaft mit beschränkter Haftung.²⁴⁸

Angesichts der Tatsache, dass ein Reichskanzler Bismarck die Genossenschaften als „Kriegskassen der Revolution“ betrachtete, hatten natürlich solche Vorstöße keinerlei Erfolgschancen. Typischerweise finden sich im Gesetz gegen die gemeingefährlichen Umtriebe der Sozialdemokratie (Sozialistengesetz 1878) unter den besonders gefährlichen Vereinsgründungen auch die Genossenschaftskassen.

Erst mit dem Reichsgesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889²⁴⁹ wurden dann nach bayerischem Vorbild (Genossenschaftsgesetz von 1869) auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung zugelassen. Es wurden nunmehr drei Haftungsarten zur Wahl gestellt: Genossenschaften mit unmittelbarer, unbeschränkter Haftpflicht, Genossenschaften mit unbeschränkter Nachschusspflicht, d.h. mit mittelbarer, unbeschränkter Haftpflicht und Genossenschaften mit beschränkter Haftung (§2). Mit einer Verzögerung von 20 Jahren hat sich damit die 1873 aufgehobene bayerische Gesetzgebung von 1869 als die bessere erwiesen.

Als weitere bedeutende Änderung gegenüber dem Gesetz vom 23. Juni 1873 führte das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 auch eine Prüfungspflicht ein. Schulze-De-litzsch hatte sich zunächst heftig gegen eine solche obligatorische externe Revision gewehrt, da er darin einen Eingriff in die Selbstbestimmung der jeweiligen Genossenschaft sah. Auf dem Verbandstag in Eisenach 1878 schwenkte er dann um und versuchte im Reichstag eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes auch in diesem Punkt zu erreichen. Das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 berücksichtigte schließlich in § 51 den entsprechenden Wunsch: Alle zwei Jahre mussten nun die Genossenschaften durch externe Revisoren überprüft werden.

In der Form der Novellierung von 1896 bildete das Genossenschaftsgesetz von 1889 bis zur Genossenschaftsreform des Jahres 1973 die Grundlage des deutschen Genossenschaftsrechts.

Die letzte bedeutende Novellierung des Genossenschaftsrechts aus dem Jahre 1973 wurde erforderlich, „um die Wettbewerbsfähigkeit der Genossenschaften gegenüber Unternehmen anderer Rechtsform zu bewahren“, sie erstreckte sich besonders auf das organisationsrechtliche Gebiet sowie den Bereich der Kapitalausstattung. Sie war die Antwort auf die im Verlaufe fast eines Jahrhunderts erfolgte Verschiebung der Genossenschaftsformen. Der prozentuale Anteil der Kreditgenossenschaften stieg, gestärkt durch die seit 1889 eröffnete Möglichkeit der Errichtung von Zentralgenossenschaften, in diesem Zeitraum nämlich überproportional an. Insgesamt wuchs der Bestand an eingetragenen Ge-

²⁴⁸ SCHUBERT, S. 24.

²⁴⁹ RGBl. S. 55.

nossenschaften im Deutschen Reich von 6777 im Jahre 1889 bis 1914 um mehr als das Fünffache auf 35026 an, wobei 1914 beinahe die Hälfte auf Kreditgenossenschaften und etwa ein Fünftel auf landwirtschaftliche Genossenschaften entfielen.

XV. ZUSAMMENFASSUNG: DER „BAYERISCHE SCHULZE-DELITZSCH“ VÖLK UND DIE FORTSCHRITTPARTEI – DAS BAYERISCHE GENOSSENSCHAFTSGESETZ VON 1869 UND DIE LIBERALE ÖFFNUNG IN BAYERN

Die Lösung der so genannten „sozialen Frage“ stand nach der Revolution von 1848 im Mittelpunkt der Politik der deutschen Staaten, nicht zuletzt auch in Bayern. Dort bemühte sich der nach der Abdankung seines Vaters Ludwig I. am 20. März 1848 an die Regierung gekommene König Max II. zunächst den Ursachen auf die Spur zu kommen, warum sich 1848 so viele Untertanen gegen die Regierung und das Königtum gestellt hatten. Zahllose Gutachten und selbst Preisausschreiben wurden in Auftrag gegeben, ohne dass man über die Erkenntnis hinaus kam, dass die industrielle Entwicklung weite Bevölkerungsgruppen verarmen ließ und dass viele Untertanen keine Kenntnis von den historischen Verdiensten hatte, die das Haus Wittelsbach, ihre Herzöge, Kurfürsten und Könige, um Bayern hat. Deshalb meinte der König durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Bau von Arbeitersiedlungen, Sparkassengründungen und milden Gaben die Armut bekämpfen zu können und durch „Umerziehungsmaßnahmen“ (Gründung des Nationalmuseums: dem Volk „zu Ehr und Vorbild“ oder Gründung des Maximilianums zur Ausbildung von monarchiefreundlichen Juristen) seine Untertanen in die richtige Richtung führen zu können. Gleichzeitig versuchte Max II., die nach seiner Meinung übereilt zugestandenen Reformen von 1848 wieder rückgängig machen zu können. Insbesondere die Reform des Landtags und die freie und gleiche Wahl der Abgeordneten waren ihm ein Ärgernis.

Diese reaktionäre Politik, verbunden mit einer Armutsbekämpfung durch Almosen brachte keinerlei Erfolge in der inneren Entwicklung des Landes und führte nur dazu, dass sich der Gegensatz zwischen Landtag (Kammer der Abgeordneten) auf der einen Seite und Regierung und König auf der anderen Seite extrem verschärfte.

Der Landtag, d.h. die Kammer der Abgeordneten, hatte durch die Reformen von 1848 (allgemeine Wahlen, Initiativrecht) erheblich an Bedeutung gewonnen. Man war nicht bereit, die Errungenschaften von 1848 preiszugeben und das umso weniger, als nun die liberalen Akteure von 1848, vor allem Juristen, die zunächst von der Regierung in ihrer beruflichen Laufbahn schwer behindert worden waren, mehr und mehr im Landtag präsent waren. Seit 1848 gab es für die Regierung auch nicht mehr die Möglichkeit, unliebsame Advokaten oder Beamten durch Verweigerung des Urlaubs aus dem Landtag herauszuhalten.

Aus der Mitte dieser Abgeordneten, die meisten eine gemeinsame politische Vergangenheit im Jahre 1848 hatten, kamen nun die völlig neuen Ansätze zur Lösung der sozialen Frage. Es war der von der Regierung so gefürchtete Versuch, durch Selbsthilfe, das heißt durch „Assoziationen“ und Vereine, die sozialen Probleme in den Griff zu bekommen. Wichtig war den Pionieren der Genossenschaftsbewegung wie Schulze-Delitzsch dabei, dass die entsprechenden Zusammenschlüsse nicht auf obrigkeitlichem

Befehl oder durch obrigkeitliche Unterstützungsleistungen, sondern durch die freie Initiative von verantwortungsvollen Privatleuten zustande kamen. Diese sollten mit Hilfe des Zusammengehens von gleichberechtigten Personen die Erwerbstätigkeit aller Beteiligten stärken, fördern oder überhaupt erst möglich machen. Wichtig war dabei, dass durch solch einen Zusammenschluss und durch eine gemeinsame unbeschränkte Haftung der Kredit der Gesellschaft eine solche Bedeutung gewinnt, dass die Gesellschaft im Geschäftsleben tätig werden konnte, was dem Einzelnen in der Regel mangels Kapital verwehrt war.

Besonders Schulze-Delitzsch legte großen Wert darauf, dass alle Beteiligten voll für die Verbindlichkeiten der jeweiligen Genossenschaften haften. Diese seine Grundansicht verfolgte er mit einer seltenen Beharrlichkeit, die schließlich dann auch von Erfolg gekrönt war (preußisches Genossenschaftsgesetz von 1867)

Ähnlich beharrlich und juristisch kompetent wie Schulze-Delitzsch in Preußen hat in Bayern der schwäbische Abgeordnete und Mitbegründer der Fortschrittspartei Dr. Joseph Völk das bayerische Genossenschaftsgesetz auf den Weg gebracht. Dies geschah in einer Zeit, in der im Königreich Bayern seit 1859 unter dem König Maximilian II. und nach seinem Tod 1864 unter König Ludwig II. die Abgeordnetenversammlung des Landtags ihre Chance nutzte, eine moderne und liberale Gesetzgebung anzustoßen. Das geschah vor allem unter dem Ministerium des Fürsten Hohenlohe, der sich von Ende 1866 bis zur Reichsgründung 1871 auf die Unterstützung der „linken“ Fraktion des Landtags, vor allem der Mitglieder der Fortschrittspartei verlassen konnte. In der Zeit von 1868 bis 1869 wurden in einem gigantischen Kraftakt Reformen in die Wege geleitet, wie das ganze 19. Jahrhundert vorher und nachher nicht mehr: Erwähnt sei nur die Gewerbeordnung von 1868 und die Gemeindeordnungen von 1869. Auch die Genossenschaftsgesetzgebung gehört in diese Erfolgsgeschichte. Die Gesetze dieses „liberalen Zeitfensters“ sind nur teilweise wirksam geworden, da seit 1870 die politische und gesetzgeberische Selbständigkeit Bayerns weitgehend beendet war. Auch die bayerische Genossenschaftsgesetzgebung fiel damals der Reichsgesetzgebung zum Opfer. Da die bayerische Gesetzgebung, die ja auch in anderen Bereichen fruchtbar angelaufen war (Zivilrecht, Zivilprozeßrecht, Strafrecht, Strafprozeßrecht) nur kurze Zeit wirksam war, ist sie später auch niemals gerecht gewürdigt worden.

Erstaunlich an der Geschichte der bayerischen Genossenschaftsgesetzgebung sind die geballte Kraft und der juristische Sachverstand der damaligen wenigen Mitglieder der bayerischen Fortschrittspartei, die diese Gesetzgebung zunächst an der Regierung vorbei und dann mit der Regierung ins Werk gesetzt haben. Erstmals ist hier mit dem Genossenschaftsgesetz, nachdem der Regierungsentwurf verworfen worden ist, ein Entwurf aus der Mitte des Parlaments zu Gesetzeskraft herangereift. Damit ist im Übrigen auch das Initiativrecht des Landtags, das seit dem 4. Juni 1848 gesetzlich verankert war, erstmals (zaghaft) zur Geltung gekommen.

Dieser liberale Gesetzgebungsschub, der sich in Bayern nach dem Gesinnungswandel von König Max II. 1859 („ich will Friede haben mit meinem Volke“) ereignete, ist dem

Zusammenwirken von König, neuer Regierung und Landtag zu verdanken, wobei selbst die 1. Kammer der Reichsräte sich der modernen Gesetzgebung nicht verschloss und sogar in manchen Punkten, wie schon unter König Ludwig I., liberalere Positionen vertrat als die Kammer der Abgeordneten.

Das bayerische Genossenschaftsgesetz von 1869 war trotz seiner kurzen Geltungsdauer (es musste ja schon 1873 den Reichsgenossenschaftsgesetz weichen) eine beachtliche Leistung und weit ausgereifter, als das vergleichsweise schlampig gearbeitete Genossenschaftsgesetz des Norddeutschen Bundes, das quasi automatisch zum Reichsgesetz wurde. Erst später haben sich die Prinzipien des bayerischen Genossenschaftsgesetzes, etwa die fakultative beschränkte Haftung, auch auf Reichsebene durchgesetzt (1889).

XVI. AUSBLICK: GENOSSENSCHAFTSGESETZGEBUNG HEUTE

Gestärkt durch die seit 1889 eröffnete Möglichkeit der Errichtung von Zentralgenossenschaften stieg der prozentuale Anteil der Kreditgenossenschaften in diesem Zeitraum überproportional an.

Insgesamt wuchs der Bestand an eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reich von 6777 im Jahre 1889 bis 1914 um mehr als das Fünffache auf 35026 an, wobei 1914 beinahe die Hälfte auf Kreditgenossenschaften und etwa ein Fünftel auf landwirtschaftliche Genossenschaften entfielen.

Die Rechtsgrundlagen der Genossenschaft blieb im Wesentlichen seit 1898 bis nach dem 2. Weltkrieg unverändert. Schon nach dem ersten Weltkrieg und dann verstärkt nach dem 2. Weltkrieg wurden zahlreiche Reformvorschläge aus der Wissenschaft, der genossenschaftlichen Praxis und den Prüfungsverbänden gemacht. Doch es dauerte bis zum Jahre 1973, bis eine grundlegende gesetzliche Reform gelang.

Die Novellierung des Genossenschaftsrechts im Jahre 1973 sollte vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der Genossenschaften gegenüber Unternehmen anderer Rechtsform stärken. Sie erstreckte sich besonders auf das organisationsrechtliche Gebiet sowie den Bereich der Kapitalausstattung. Sie war die Antwort auf die im Verlaufe fast eines Jahrhunderts erfolgte Verschiebung der Genossenschaftsformen.²⁵⁰

Das Genossenschaftsgesetz blieb dann seit der breit angelegten Genossenschaftsrechtsnovelle 1973 und den kleinen „Reformen“ durch das Bilanzrichtlinien-Gesetz 1985 und das Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz 1993 von gesetzgeberischen Eingriffen weitgehend verschont.

Erhebliche Änderungen hat dann die Genossenschaftsrechtsnovelle 2006 gebracht: Am 19. Oktober 2005 leitete das Bundesjustizministerium einen Referentenentwurf zur Reform des Genossenschaftsrechts den Bundesministerien, den Bundesländern und den Verbänden für eine Stellungnahme zu, der am 16. August 2006 ohne wesentliche Änderungen in Kraft trat. Die Reaktionen der genossenschaftlichen Interessenverbände auf das Reformgesetz waren sehr positiv. Das „Gesetz zur Einführung der europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts sieht neben Änderungen des GenG auch Regelungen über Ausführungsvorschriften über die Europäischen Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea – SCE) vor, die grenzüberschreitende Betätigungen in einer genossenschaftlichen Vereinigungsform erleichtern sollen.

Zur Belebung von Neugründungen ist die Gründung insbesondere von kleinen Genossenschaften vereinfacht worden. Des Weiteren versucht der Gesetzgeber der strukturell bedingten Eigenkapitalschwäche bei Genossenschaften u.a. durch Einführung von Mehrstimmrechten, Zulässigkeit von investierenden Mitgliedern sowie durch die Möglichkeit eines Mindestkapitals zu begegnen. Vor allem für Unternehmen der genossenschaftlichen Bankengruppe sind die satzungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen

²⁵⁰ Coing III/3, S. 3035 ff.

worden, um ihre Geschäftsguthaben auch bei Anwendung des internationalen Bilanzierungsstandards IAS 32 als Eigenkapital auszuweisen.²⁵¹

Zu tiefgreifenden Änderungen im Recht der Prüfung (§§ 53 ff) und in den Bestimmungen über den Aufsichtsrat (§§ 36 und 38) führte noch das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) vom 25.5.2009.

Zwar ist die absolute Anzahl der in der Rechtsform der eG verfassten Unternehmen insbesondere durch Fusionen von Kreditgenossenschaften in den letzten Jahren rückläufig, aber die Genossenschaften behaupten ihre bedeutende Stellung innerhalb der Wirtschaft in Deutschland erfolgreich. Die wichtige Bedeutung der Kreditgenossenschaften für die Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Krediten zeigt sich gerade innerhalb der Finanzkrise von 2009, da diese Institute deutlich weniger von ihr betroffen sind.

Die Bedeutung der Rechtsform der Genossenschaften in Deutschland unterstreicht auch die Zahl der rund 20 Millionen Mitglieder, in Europa sind es 117 Millionen.

Auf Grund dieser besonderen Bedeutung haben die Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen.

Die genossenschaftliche Bankengruppe spielt eine wichtige Rolle in der deutschen Kreditwirtschaft. Im Mittelpunkt dieser Bankengruppe stehen die 1.138 vor Ort tätigen, rechtlich und wirtschaftlich selbstständigen und damit eigenverantwortlich handelnden Volksbanken und Raiffeisenbanken mit ihren über 13.474 Bankstellen.

Rund 160.000 Mitarbeiter sind derzeit für die Kunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken tätig. Ende 2013 erreichten die vergebenen Kredite ein Gesamtvolumen von über 400 Milliarden Euro, ihnen standen Einlagen von mehr als 550 Milliarden Euro gegenüber, davon in etwa 200 Milliarden Euro Spareinlagen.

Derzeit existieren in Deutschland etwa 2.064 ländliche Waren und Dienstleistungsgenossenschaften mit einem jährlichen Umsatz von 41 Milliarden Euro, 1.622 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mit einem jährlichen Umsatz von 101,6 Milliarden Euro und 1.810 Wohnungsgenossenschaften, die 2,2 Millionen Wohnungen verwalten und einen Anteil von 10% am deutschen Mietshausbestand haben.²⁵²

In Bayern gab es zum 31.12.2013 1.283 genossenschaftliche Unternehmen. Darunter sind 287 Volksbanken und Raiffeisenbanken, 370 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften und 240 Energiegenossenschaften.

In Bayern sind rund 2,8 Millionen Bürger Mitglied einer Genossenschaft, neben 53.203 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

8.746 Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder engagieren sich ehrenamtlich für genossenschaftliche Unternehmen.

²⁵¹ HELIOS/ STRIEDER, Einl. S. 9, 10.

²⁵² LANG/WEIDMÜLLER, Einf. S. 7.

Die Bilanzsumme der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken beläuft sich auf 136,5 Milliarden Euro.

Der Gesamtumsatz der ländlichen und gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften beträgt 11,87 Milliarden Euro.²⁵³

Die Genossenschaftsfamilie ist mit ihren über 2,8 Millionen Mitgliedern *die* mittelständische Wirtschaftsorganisation im Freistaat. Als Eigentümer stehen die Mitglieder hinter 1.296 Unternehmen. Diese Zahlen zeigen einmal mehr, wie attraktiv Genossenschaften – auch im Vergleich zur Aktiengesellschaft – sind, denn in Bayern gibt es lediglich 1,7 Millionen Aktionäre und Fondsbesitzer.

Die bayerischen Genossenschaften sind das Kraftzentrum des bayerischen Mittelstands.²⁵⁴

²⁵³ www.gv-bayern.de, Zahlen: Stand Januar 2014.

²⁵⁴ Rede des Verbandspräsidenten und Vorstandsvorsitzenden des Genossenschaftsverbands Bayern e.V.: Prof. Dr. h.c. Stephan GÖTZL, GVB-Verbandstag 2014 am 10.07.2014.

ANHANG

1. Dokumente

a. 1863 Juni: (preußischer) Gesetzentwurf über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

(abgedruckt in: Die Innung der Zukunft, Blätter für das Genossenschafts-Wesen (Associationen) hg. von Schulze Delitzsch, Nr. 6 Juni 1863, sowie in: VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten 1863/65 Beilagen Bd. 5, S. 173-178)

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen etc verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§. 1.

Vereine, welche bei nicht geschlossener Mitgliederzahl die Förderung des Kredits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittelst gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes auf dem Wege der Selbsthilfe bezwecken (Genossenschaften), namentlich:

- 1) Vorschuss- und Kreditvereine
- 2) Rohstoff- und Magazinvereine,
- 3) Associationen zur Produktion und zum Verkauf der gefertigten Waaren für gemeinschaftliche Rechnung,
- 4) Konsumvereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensbedürfnissen im Großen und Abfaß in kleineren Partien an ihre Mitglieder,

erwerben die Rechte, welche das gegenwärtige Gesetz feststellt, durch gerichtliche Einregistrierung unter den nachfolgenden Bestimmungen. Sie gelten in betreff derjenigen Bestimmungen des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches, welche die Eigenschaften eines Kaufmannes voraussetzen, für Kaufleute. Auch finden auf sie die Art. 28-40 des Handelsgesetzbuches über die Führung von Handelsbüchern, jedoch mit Ausschluss des zweiten Absatzes des Art. 30, die Bestimmungen über den kaufmännischen Konkurs (Falliment), sowie des Art. 23 des Einführungsgesetztes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche vom 24. Juni 1861 Anwendung.

Erster Abschnitt

Errichtung der Genossenschaft und allgemeine Bestimmungen.

§. 2

Zur Gründung einer der vorgedachten Genossenschaften ist erforderlich:
die schriftliche Abfassung des Gesellschaftsvertrages (Statuts),
die Annahme einer gemeinschaftlichen Firma.

Die Firma der Genossenschaft muss vom Gegenstande ihrer Unternehmung entlehnt sein, und die zusätzliche Bezeichnung „Einregistrierte Genossenschaft“ enthalten. Der

Name von Mitgliedern und anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden.

Werden an einem und demselben Orte mehrere gleichartige Genossenschaften errichtet, so hat die später gegründete ihrer Firma einen Zusatz beizufügen, durch welche sie von allen früheren deutlich unterschieden wird.

§. 3

Der Gesellschaftsvertrag muss enthalten:

- 1) die Firma und den Sitz der Genossenschaft;
- 2) den Gegenstand des Unternehmens;
- 3) die Zeitdauer des Unternehmens, oder wenn dasselbe nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll, die für die Erwerbung und Kündigung der Mitgliedschaft und den Austritt und den Ausschluss der Mitglieder bestimmten Fristen und Bedingungen,
- 4) den Normalbetrag der durch Voll- oder Teilzahlungen oder terminliche Einlagen, sowie durch die Zuschreibung von Dividenden zu bildenden Geschäftsanteile der einzelnen Mitglieder und den niedrigsten Satz der terminlichen Einlagen,
- 5) das Rechnungsjahr oder die kürzere Frist, binnen welcher die regelmäßigen Geschäfts- und Rechnungsabschlüsse erfolgen, die Grundsätze, nach welcher der Gewinn zu berechnen ist, und die Art und Weise, wie die Prüfung der Balance erfolgt,
- 6) die Art der Wahl und Zusammensetzung des Vorstandes und die Befugnisse desselben bei Leitung und Vertretung der Genossenschaft,
- 7) die Form der Zusammenberufung der Generalversammlung und der zu fassenden Gesellschaftsbeschlüsse,
- 8) die Form, in welcher die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

§. 4.

Der Gesellschaftsvertrag muss bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Genossenschaft ihren Sitz hat, in das Genossenschaftsregister, welches einen besonderen Teil des Handelsregisters bildet, eingetragen und im Auszuge veröffentlicht werden.

Der Auszug muss enthalten:

- 1) das Datum des Gesellschaftsvertrages;
- 2) die Firma und den Sitz der Genossenschaft;
- 3) den Gegenstand des Unternehmens;
- 4) die Zeitdauer des Unternehmens, im Falle dasselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll;
- 5) den Namen und den Wohnort der Vertreter der Genossenschaft nebst Angabe der Dauer dieser Vertretung.
- 6) die Form, in welcher die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

Der Veröffentlichung ist der Vermerk hinzuzufügen, dass der Gesellschaftsvertrag und das Mitgliederverzeichnis jederzeit im Gerichte eingesehen werden können.

§. 5.

Die Anmeldung behufs der Eintragung in das Genossenschaftsregister muss von dem Vorstände der Genossenschaft vor dem Handelsgerichte unterzeichnet, oder in beglaubigter Form (Art. 4 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch vom 24. Juni 1861) eingereicht werden. Derselben ist der Gesellschaftsvertrag in zwei Exemplaren und ein Mitgliederverzeichnis beizufügen. Letzteres und ein Exemplar des Gesellschaftsvertrages wird mit dem Attest zurückgegeben, dass ein gleichlautendes Exemplar dem Handelsgerichte eingereicht sei.

§. 6.

Insofern die Personen der Vorsteher oder der sonst bestellten Vertreter der Genossenschaft nicht schon in dem Gesellschaftsvertrage genannt sind, müssen sie in der Anmeldung besonders aufgeführt werden, auch ist derselben aldann eine beglaubigte Abschrift des Wahlprotokolls beizufügen.

Gleichermaßen muss jeder Wechsel in den genannten Personen behufs Eintragung in das Genossenschaftsregister und Veröffentlichung sofort bei dem Handelsgerichte angemeldet werden.

Die jeweiligen Mitglieder des Vorstandes und die sonst bestellten Vertreter der Genossenschaft haben sofort nach ihrer Bestellung die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor dem Handelsgerichte zu zeichnen, oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen. Das Handelsgericht erteilt über die Anmeldung und Bekanntmachung ihrer Namen ein Attest, welches bei Vertretung der Genossenschaft nach Inhalt der in dem Gesellschaftsvertrag und dessen Nachträgen enthaltenen Vollmachten zu ihrer Legitimation dient, ohne dass es, selbst beim Hypothekenverkehr einer andern Beglaubigung ihrer Vorsteherschaft oder Vertretungsbefugnis bedarf.

§. 7.

Jede Abänderung des Gesellschaftsvertrags muss dem Handelsgerichte unter Überreichung zweier beglaubigter Abschriften des Gesellschaftsbeschlusses angemeldet werden.

Mit dem abändernden Vertrage wird in gleicher Weise wie mit dem ursprünglichen Vertrage verfahren.

Eine Veröffentlichung desselben findet nur insoweit statt als sich dadurch die in der früheren Bekanntmachung enthaltenen Punkte ändern.

§. 8.

Der Vorstand ist verbunden, dem Handelsgerichte am Schluss jeden Quartals über den Eintritt und Austritt von Mitgliedern schriftliche Anzeige zu machen und alljährlich im Monat Januar ein vollständiges, alphabetisch geordnetes Mitgliederverzeichnis einzureichen.

Das Handelsgericht berichtigt und vervollständigt darnach die Mitgliederliste.

Der Vorstand muss ferner in den ersten sechs Monaten jeden Rechnungsjahres die Bilanz des verflossenen Rechnungsjahrs und die gegenwärtige Zahl der Mitglieder, sowie die Zahl der seit der letzten Bekanntmachung aufgenommenen und ausgeschiedenen Mitglieder in den zu den Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blättern veröffentlichen und das Exemplar des betreffenden Blattes dem Gerichte einreichen.

§. 9.

Bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Genossenschaft eine Zweigniederlassung hat, muss dies behufs der Eintragung in das Genossenschaftsregister angemeldet werden und ist alles das zu beobachten, was die §§. 4 bis 8 für das Hauptgeschäft vorschreiben.

§. 10.

Das Handelsgericht hat die Vorsteher oder Vertreter der Genossenschaft zur Verfolgung der in den §§. 6 bis 9 enthaltenen Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Jede Unrichtigkeit einer Anzeige wird außerdem gegen sie mit einer Geldbuße bis 10 Reichsthalern geahndet, insofern nicht ein in den Gesetzen mit härterer Strafe bedrohtes Vergehen oder Verbrechen vorliegt.

Zweiter Abschnitt.

Vom Rechtsverhältnis der Mitglieder der Genossenschaft unter einander, sowie derselben und der Genossenschaft gegen Dritte.

§. 11.

Das Rechtsverhältnis der Mitglieder der Genossenschaft untereinander richtet sich zunächst nach dem Gesellschaftsvertrag. Derselbe darf von den Bestimmungen der nachfolgenden §§ 12 bis 40 nur in denjenigen Punkten abweichen, bei welchen dies ausdrücklich für zulässig erklärt wird.

Der Gewinn und Verlust wird in Ermangelung einer anderen Bestimmung des Gesellschaftsvertrages unter die Mitglieder nach Köpfen verteilt.

§. 12.

Jeder Genossenschaft muss einen Vorstand haben, der sie vertritt und ihre Geschäfte leitet, ohne dass den einzelnen Mitgliedern eine unmittelbare Einmischung oder die Befugnis, die Genossenschaft durch ihre Handlungen zu verpflichten, zusteht.

§. 13.

Die Rechte, welche den Mitgliedern der Genossenschaft in Bezug auf die Überwachung der Geschäftsführung, die Wahl des Vorstandes und die sonstige oberste Beschlussnahme in den Angelegenheiten der Genossenschaft zustehen, werden von ihrer Gesamtheit in der Generalversammlung ausgeübt.

§. 14.

Die Genossenschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.

§. 15.

Für alle Verbindlichkeiten der Genossenschaft, insofern zur Deckung derselben im Falle der Liquidation oder des Konkurses das Vermögen der Genossenschaft nicht ausreicht, haften alle Mitglieder solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen.

Wer in eine bestehende Genossenschaft eintritt, haftet gleich den anderen Mitgliedern für alle von der Genossenschaft vor seinem Eintritt eingegangenen Verbindlichkeiten.

Entgegenstehende Verabredungen sind gegen Dritte ohne rechtliche Wirkung.

§. 16.

Die Privatgläubiger eines Mitgliedes der Genossenschaft sind nicht befugt, die von einem solchen bar eingelegten Geschäftsanteile und sonst zum Gesellschaftsvermögen eingebrachten Gegenstände behufs ihrer Befriedigung in Anspruch zu nehmen, insoweit sie nicht schon vor dem Übergange dieser Vermögensstücke in das Gesellschaftseigentum dingliche Rechte darauf erworben haben. Nur auf die den Mitgliedern zukommenden Anteile am Geschäftsgewinn haben dieselben Anspruch, insoweit dieses nicht nach dem Gesellschaftsvertrag behufs Erfüllung von Verpflichtungen gegen die Genossenschaft in deren Kasse zurückbehalten werden.

Hat ein Privatgläubiger eines Mitgliedes der Genossenschaft nach fruchtlos vollstreckter Exekution in dessen Privatvermögen die Exekution in das dem Mitglied bei seinem Ausscheiden zukommende Guthaben erwirkt, so ist er berechtigt, es mag die Genossenschaft auf bestimmte oder unbestimmte Dauer eingegangen sein, behufs seiner Befriedigung nach vorher von ihm geschehener Aufkündigung das Ausscheiden jenes Mitgliedes zu verlangen.

Die Aufkündigung muss mindestens sechs Monate vor Ablauf des Rechnungsjahres der Genossenschaft geschehen.

§. 17.

Eine Kompensation zwischen Forderungen der Genossenschaft und Privatforderungen des Genossenschaftsschuldners gegen ein einzelnes Mitglied findet während der Dauer der Genossenschaft weder ganz noch teilweise statt. Nach Auflösung der Genossenschaft ist sie zulässig, wenn und insoweit die Genossenschaftsforderung dem Mitglied bei der Auseinandersetzung überwiesen ist.

Dritter Abschnitt.

Vom Vorstande, vom Aufsichtsrat und von der Generalversammlung

§. 18.

Der Vorstand kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen, welche besoldet oder unbesoldet sein können. Seine Bestallung ist zu jeder Zeit, dem Vereine gegenüber, widerruflich, unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen.

§. 19.

Der Vorstand hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Form seine Willenserklärungen kundzugeben und für die Genossen zu zeichnen. Ist nichts darüber bestimmt, so ist die Zeichnung durch sämtliche Mitglieder des Vorstandes erforderlich.

Die Zeichnung geschieht in der Weise, dass die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft oder zu der Benennung des Vorstandes ihre Unterschrift hinzufügen

§. 20.

Die Genossenschaft wird durch die von dem Vorstande in ihrem Namen geschlossenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet.

Es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der Genossenschaft geschlossen worden ist, oder ob die Umstände ergeben, dass es nach dem Willen der Kontrahenten für die Genossenschaft geschlossen werden sollte.

Die Befugnis des Vorstandes zur Vertretung der Genossenschaft erstreckt sich auch auf diejenigen Geschäfte und Rechtshandlungen, für welche nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht erforderlich ist.

Der Genossenschaft gegenüber ist der Vorstand bei eigener Verantwortlichkeit verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, welche in dem Gesellschaftsvertrag oder durch Beschlüsse der Generalversammlung für den Umfang seiner Befugnis, die Genossenschaft zu vertreten, nur dann rechtliche Wirkung, wenn sie ihnen bekannt war.

§. 21.

Wenn die Änderung der Mitglieder des Vorstandes nicht in das Handelsregister eingetragen und öffentlich bekannt gemacht ist, so kann dieselbe einem Dritten nur dann entgegengesetzt werden, wenn bewiesen wird, dass sie ihm beim Abschluss des Geschäfts bekannt war.

§. 22.

Die Genossenschaft wird durch den Vorstand vor Gericht vertreten. Eide, Namens der Genossenschaft, werden durch den Vorstand geleistet.

Zur Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Genossenschaft genügt es, wenn dieselbe an ein Mitglied des Vorstandes, welches zu zeichnen oder mitzuzeichnen befugt ist, geschieht.

§. 23.

Der Gesellschaftsvertrag kann dem Vorstände einen Aufsichtsrat (Verwaltungsrat oder Ausschuss) an die Seite setzen.

Ist ein Aufsichtsrat bestellt, so überwacht derselbe die Geschäftsführung der Genossenschaft in allen Zweigen ihrer Verwaltung. Er kann sich von dem Gange der Angelegenheiten der Genossenschaft unterrichten, die Bücher und Schriften derselben jederzeit einsehen, den Bestand der Kasse untersuchen und Generalversammlung berufen. Er kann, sobald es ihm notwendig erscheint, Vorstandsmitglieder und Beamte vorläufig bis zur Entscheidung der demnächst zu berufenden Generalversammlung von ihren Befugnissen entbinden und wegen einstweiliger Fortführung der Geschäfte die nötigen Anstalten treffen.

Der Gesellschaftsvertrag kann dem Aufsichtsrat noch andere Befugnisse erteilen und Pflichten auferlegen.

§. 24.

Dem Aufsichtsrat liegt die Führung der Prozesse ob, welche die Generalversammlung gegen die Vorstandsmitglieder und Beamten der Genossenschaft beschließt, wogegen zu Prozessen gegen den Aufsichtsrat selbst die Bevollmächtigten in der Generalversammlung gewählt werden müssen.

Jedes Mitglied der Genossenschaft ist befugt, als Intervenient in die Prozesse auf seine Kosten einzutreten.

Die in den Aufsichtsrat gewählten Personen sind dem Handelsgericht vom Vorstände, zunächst bei Errichtung der Genossenschaft, sodann aber auch später jeder Wechsel unter ihnen, ebenso wie dies für den Ein- und Austritt von Mitgliedern festgesetzt worden ist, schriftlich anzuzeigen, und dient das über die stattgehabte Anzeige ausgefertigte Attest des Gerichts zur Legitimation des Aufsichtsrats bei den erwähnten Prozessen.

§. 25

Die Generalversammlung der Genossenschaftsmitglieder wird durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und in der darin festgesetzten Form berufen, unter Bekanntmachung des Zweckes derselben oder der Gegenstände der Verhandlung.

Nur wenn das Letztere geschehen ist, kann die Mehrheit der in einer Generalversammlung Anwesenden die ganze Genossenschaft durch ihrer Beschlüsse verpflichten.

Ob noch sonstige Erfordernisse zur Fassung eines gültigen Gesellschaftsbeschlusses gehören, sowie ob zu gewissen Festsetzungen andere als bloße Mehrheitsbeschlüsse notwendig sind, bestimmt der Gesellschaftsvertrag.

§. 26.

Der Vorstand ist zur Beobachtung und Ausführung aller der in den Generalversammlungen gültig gefassten Beschlüsse, wie sämtliche Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages unbedingt verpflichtet und der Genossenschaft verantwortlich.

Entsteht Streit unter den Mitgliedern der Genossenschaft über den Sinn von Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages oder früherer Gesellschaftsbeschlüsse, so wird derselbe für die Genossenschaft endgültig durch einen weiteren Gesellschaftsbeschluss entschieden, und nur soweit Vermögensrechte Einzelner davon abhängen, kann von diesen auf richterliche Entscheidung angetragen werden.

**Vierter Abschnitt.
Von der Auflösung der Genossenschaft und dem Ausscheiden einzelner
Mitglieder.**

§. 27

Die Genossenschaft wird aufgelöst:

durch die Eröffnung des Konkurses (Falliments),

durch Beschluss des Handelsgerichts auf Antrag eines Mitgliedes der Genossenschaft nach fruchtlos vollstreckter Exekution in das Vermögen desselben,

durch Beschluss der Genossenschaft,

durch Ablauf der Zeit, auf deren Dauer die Genossenschaft eingegangen ist.

§. 28

Die Auflösung der Genossenschaft muss außer dem Falle des Konkurses dem Handelsgericht angezeigt, in das Genossenschaftsregister eingetragen und öffentlich bekannt gemacht werden, widrigenfalls sie dritten Personen nur dann, wenn sie darum gewusst haben, entgegengesetzt werden kann.

Das Handelsgericht muss den Vorstand zur Anmeldung der betreffenden Tatsachen von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anhalten.

§. 29

Wird über eine Genossenschaft der Konkurs eröffnet, so ist dies von Amtswegen in das Genossenschaftsregister einzutragen.

Die Bekanntmachung der Eintragung durch eine Anzeige in öffentlichen Blättern unterbleibt.

Wenn das Genossenschaftsregister nicht beim Konkursgericht geführt wird, so ist die Konkurseröffnung von Seiten des Konkursgerichts dem Handelsgerichte, bei welchem das Register geführt wird, zur Bewirkung der Eintragung unverzüglich anzuzeigen.

§. 30

Bei einer Genossenschaft von bestimmter Dauer bleiben die Erben eines verstorbenen Mitgliedes bis zum Ablauf der Zeit, für welche die Genossenschaft eingegangen war, an die Mitgliedschaft gebunden, es sei denn, dass sie durch Beschluss der Genossenschaft entlassen werden oder der Gesellschaftsvertrag etwas Anderes bestimmt.

Bei einer Genossenschaft von unbestimmter Dauer erlischt die Mitgliedschaft durch den Tod und steht jedem Mitgliede der Austritt nach vorher von ihm geschehener Aufkündigung innerhalb der im Gesellschaftsvertrage bemessenen Fristen und mit den daselbst bestimmten Folgen zu.

In jedem Falle kann die Genossenschaft Mitglieder aus den im Gesellschaftsvertrage festgesetzten Gründen ausschließen.

§. 31

Die aus der Genossenschaft ausgetretenen und ausgeschlossenen Mitglieder, sowie die Erben verstorbener Mitglieder bleiben den Gläubigern der Genossenschaft für alle bis zu ihrem Ausscheiden von der Genossenschaft eingegangenen Verbindlichkeiten bis zum Ablauf der Verjährung (§. 41) verhaftet, ohne dass ihnen deshalb eine Einmischung in die Angelegenheiten der Genossenschaft zustünde, indem sie nur die Mitteilung des letzten Rechnungs- und Kassenabschlusses der Genossenschaft nebst Bilanz verlangen können.

Wenn der Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt, haben sie an dem Reservefond und an dem sonst vorhandenen Vermögen der Genossenschaft keinen Anspruch, sind vielmehr nur berechtigt zu verlangen, dass ihnen der eingezahlte Geschäftsanteil nebst den zugeschriebenen Dividenden binnen drei Monaten nach ihrem Ausscheiden ausgezahlt werde. Gegen diese Verpflichtung kann sich die Genossenschaft nur dadurch schützen, dass sie ihre Auflösung beschließt und zur Liquidation schreitet.

Fünfter Abschnitt. Von der Liquidation der Genossenschaft.

§. 32

Nach Auflösung der Genossenschaft außer dem Falle des Konkurses derselben erfolgt die Liquidation durch die Vorsteher der Genossenschaft als Liquidatoren. Es kann jedoch auf Beschluss der Genossenschaft die Ernennung von Liquidatoren durch den Richter erfolgen.

Die Liquidatoren sind von dem Vorstande beim Handelsgerichte zur Eintragung in das Genossenschaftsregister anzumelden; sie haben ihre Unterschrift persönlich vor dem Handelsgerichte zu zeichnen oder die Zeichnungen in beglaubigter Form einzureichen.

Das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen ist gleichfalls zur Eintragung in das Genossenschaftsregister anzumelden.

Die Mitglieder des Vorstandes sind zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

§. 33.

Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte abzuwickeln, insbesondere die Aktiva einzuziehen und die Gläubiger zu befriedigen; sie haben die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, sie können für dieselbe Vergleiche schließen und

Kompromisse eingehen, neue Geschäfte jedoch nur dann, wenn dies zur Abwicklung bereits schwebender erforderlich ist.

Unbewegliche Sachen müssen sie, wenn kein Beschluss der Genossenschaft davon entbindet, im Wege öffentlicher Versteigerung veräußern; überhaupt haben sie, selbst wenn sie vom Richter bestellt sind, bei der Geschäftsführung den Beschlüssen der Genossenschaft Folge zu geben.

Die Liquidatoren haben ihre Unterschrift in der Weise abzugeben, dass sie der bisherigen, nunmehr als Liquidationsfirma zu bezeichnenden Firma ihren Namen beifügen.

§ 34

Sind mehrere Liquidatoren vorhanden, so können sie die zur Liquidation gehörenden Handlungen mit rechtlicher Wirkung nur in Gemeinschaft vornehmen, sofern nicht ihre Bestallung oder der Gesellschaftsvertrag anders bestimmen.

§. 35.

Von den bei Auflösung der Genossenschaft vorhandenen und während der Liquidation eingehenden Geldern, soweit sie bei Fortsetzung des Liquidationsverfahrens entbehrlich sind, werden:

a) zunächst die Gläubiger der Genossenschaft je nach der Fälligkeit ihrer Forderungen befriedigt, und für später fällige die erforderlichen Summen reserviert;

b) erst die alsdann verbleibenden Überschüsse gelangen zur Verteilung auf die eingezahlten Geschäftsanteile der Mitglieder und zwar verhältnismäßig, je nach Höhe der einzelnen, insofern der Bestand nicht zur Deckung aller ausreicht;

bleibt endlich nach Deckung der sämtlichen Passiva der Genossenschaft, sowie der Geschäftsanteile der Mitglieder noch etwas übrig, so wird daraus zunächst der Gewinn des letzten Rechnungsjahres an die Mitglieder nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages verteilt, weitere Überschüsse aber, in Ermangelung anderer Vertragsbestimmungen gleichmäßig nach der Kopfzahl.

§. 36.

Bei ungünstigem Stande des Geschäftes wird daher immer zunächst der vorhandene Reservefonds zur Deckung der Passiva herangezogen und nur bei Erschöpfung desselben auf die Geschäftsanteile der Mitglieder zurückgegriffen.

Dabei gilt im Allgemeinen der Grundsatz, dass kein Mitglied wegen des solchergehalt im Geschäft verlorenen höhern Geschäftsanteile an Andere, deren Geschäftsanteile niedriger waren, einen Regressanspruch zu machen berechtigt ist.

Müssen die Geschäftsanteile der Mitglieder nicht völlig, sondern nur zum Teil gegen die Deckung der Schulden der Genossenschaft zurücktreten, so erfolgt der von den einzelnen zu machende Abzug je nach deren Höhe verhältnismäßig.

§. 37.

Die Liquidatoren haben sofort beim Beginn der Liquidation eine Bilanz aufzustellen. Ergibt diese oder eine später aufgestellte Bilanz, dass das Vermögen der Genossenschaft

(einschließlich des Reservefonds und der Geschäftsanteile der Mitglieder) zur Deckung der Schulden der Genossenschaft nicht hinreicht, so haben die Liquidatoren bei eigener Verantwortlichkeit sofort eine Generalversammlung zu berufen, und hierauf, sofern nicht Mitglieder der Genossenschaft binnen acht Tagen nach der abgehaltenen Generalversammlung den zur Deckung der Unterbilanz erforderlichen Betrag bar einzuzahlen, bei dem Konkursgerichte (Handelsgerichte) die Eröffnung des Konkurses (Falliments) über das Vermögen der Genossenschaft zu beantragen.

§. 38.

Ungeachtet der Auflösung der Genossenschaft kommen bis zur Beendigung der Liquidation im Übrigen in Bezug auf die Rechtsverhältnisse der bisherigen Mitglieder untereinander, sowie zu dritten Personen, die Vorschriften dieses Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages zur Anwendung, soweit sich aus dem Wesen der Liquidation nicht ein anderes ergibt.

Der Gerichtsstand, welchen die Genossenschaft zur Zeit ihrer Auflösung hatte, bleibt bis zur Beendigung der Liquidation für die aufgelöste Genossenschaft bestehen.

§. 39.

Nach Beendigung der Liquidation werden die Bücher und Schriften der aufgelösten Genossenschaft einem der gewesenen Mitglieder oder einem Dritten in Verwahrung gegeben. Das Mitglied oder der Dritte wird in Ermangelung einer gütlichen Übereinkunft durch das Handelsgericht bestimmt.

Die Mitglieder und deren Rechtsnachfolger behalten das Recht auf Einsicht und Benutzung der Bücher und Papiere.

§. 40.

Über das Vermögen der Genossenschaft wird außer im Falle des §. 37 der Konkurs (das Fallitverfahren) eröffnet, sobald sie ihre Zahlung eingestellt hat.

Der Konkurs über das Gesellschaftsvermögen zieht den Konkurs über das Privatvermögen der einzelnen Mitglieder nicht nach sich. Der Beschluss über Eröffnung des Konkurses (resp. Die Erklärung des Falliments) hat daher die Namen der solidarisch verhafteten Mitglieder nicht zu enthalten.

Sobald der Konkurs beendet ist, sind die Gläubiger berechtigt, auf Grund der ihnen zu erteilenden Ausfallsatteste wegen des Ausfalls an ihren Forderungen einschließlich Zinsen und Kosten die einzelnen ihnen solidarisch haftenden Mitglieder der Genossenschaft in Anspruch zu nehmen.

Sechster Abschnitt.

Von der Verjährung der Klagen gegen die Mitglieder der Genossenschaft

§. 41.

Die Klagen gegen ein Mitglied der Genossenschaft aus Ansprüchen gegen die Genossenschaft verjähren in zwei Jahren nach Auflösung der Genossenschaft oder nach seinem Ausscheiden oder seiner Ausschließung aus derselben, sofern nicht nach Beschaffenheit der Forderung eine kürzere Verjährungsfrist gesetzlich eintritt.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die Auflösung der Genossenschaft oder das Ausscheiden oder die Ausschließung des Mitgliedes aus derselben in das Genossenschaftsregister eingetragen ist.

§. 42.

Ist noch ungeteiltes Gesellschaftsvermögen vorhanden, so kann dem Gläubiger die zweijährige Verjährung nicht entgegengesetzt, sofern er seine Befriedigung nur aus dem Gesellschaftsvermögen sucht.

§. 43.

Die Verjährung zu Gunsten eines ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Mitgliedes wird durch Rechtshandlungen nicht unterbrochen, welche gegen die fortbestehende Genossenschaft oder ein anderes Mitglied derselben vorgenommen werden.

Die Verjährung zu Gunsten eines bei der Auflösung der Genossenschaft zu derselben gehörigen Mitgliedes wird nicht durch Rechtshandlungen gegen ein anderes Mitglied, wohl aber durch Rechtshandlungen gegen die Liquidatoren unterbrochen.

§. 44.

Die Verjährung läuft auch gegen Minderjährige und bevormundete Personen, sowie gegen juristische Personen, denen gesetzlich die Rechte der Minderjährigen zustehen, ohne Zulassung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, jedoch mit Vorbehalt des Regresses gegen die Vormünder und Verwalter.

Schlussbestimmungen.

§. 45.

Die näheren geschäftlichen Anordnungen über die Führung des Genossenschaftsregisters bleiben einer von dem Justizminister den Gerichten zu erteilenden Instruktion vorbehalten.

§. 46.

Soweit durch Erlaß dieses Gesetzes Bestimmungen in Ansehung der gerichtlichen Gebühren und Kosten zur Ergänzung der bestehenden Gesetze erforderlich sind, werden dieselben durch königliche Verordnung getroffen.

Vor Ablauf von drei Jahren wird diese dem Landtage zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt.

b. 1865 Mai 1 Beratung im Plenum der Kammern der Abgeordneten

(VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1863/65, Stenographische Berichte, Bd. 2, S. 109-113)

I. Präsident:... Wir gehen zum letzten Gegenstande der Tagesordnung über, nämlich zur Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Abg. Dr. Völk auf Vorlage eines Gesetzentwurfes über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Ich ersuche den Herrn Referenten, die Debatte einzuleiten.

Stenglein, (Referent): Meine Herren! Das Ausschussgutachten¹ ist seit mehreren Tagen in Ihren Händen, und ich glaube, im großen Ganzen auf dasselbe verweisen zu dürfen.

Nur zwei Bemerkungen sind es, welche ich mir erlauben wollte der Debatte voranzubringen. Die eine bezieht sich auf die Erweiterung des Antrags, wie er im Ausschussantrage niedergelegt ist, gegenüber dem ursprünglich von Herrn Abg. Dr. Völk gestellten Antrage.

Es hat nämlich der Ausschuss beschlossen, den Antrag des Herrn Abg. Dr. Völk nicht bloß auf die sog. Erwerbsgenossenschaften zu richten, sondern auch eine Reihe anderer Vereine, deren Rechtsverhältnisse gesetzlicher Regelung bedürfen, mit in denselben aufzunehmen. Wohl in jedem größeren Orte bestehen soziale Vereine, Wohltätigkeitsvereine u.s.w., sie alle stehen in ihrem rechtlichen Verhältnisse bis zur Zeit vollständig in der Luft. Keine von allen der Formen von Gesellschaften, welche unsere gesetzlichen Bestimmungen kennen, finden auf dieselben Anwendung, und es haben sich die Gerichte deshalb in eine Art Notstand versetzt gesehen, wenn sie diese Rechtsverhältnisse zu ordnen hatten. Sie waren gezwungen, bezüglich der Legitimation für solche Vereine, für Klagen gegen die Vereine, für Kreierung von Schuldverhältnissen u. dgl. Die faktischen Verhältnisse mehr zu berücksichtigen, die Sache etwas leichter zu nehmen, um es überhaupt möglich zu machen, dass solche Vereine, welche in größerer Anzahl Grundbesitzer sind, Schulden kontrahiert haben u. dgl., vor Gericht auftreten können, indem es außerdem notwendig wäre, eine Vollmacht sämtlicher Vereinsmitglieder beizubringen, Formalien zu beobachten, welche das Rechtsgeschäft vollständig unmöglich machen würden.

Wenn nun auch solche Vereine nicht jenen hohen Grad von volkswirtschaftlichem Interesse an sich tragen, wie diejenigen Erwerbsgenossenschaften, von denen der Antrag des Herrn Abg. Dr. Völk allein gesprochen hat, so war es doch wünschenswert, wenn ein Gesetzentwurf überhaupt die Vereinstätigkeit regeln soll, auch diese Zustände mitzubeherrsigen. Es liegt immer etwas Demoralisierendes darin, wenn ich mich so ausdrücken soll, wenn die Gerichte genötigt sind, *via facti* vorzugehen, wo sie *via juris* vorgehen sollten, wenn sie genötigt sind, sich nicht strikte an das Gesetz zu halten, sondern sich eine gewisse Freiheit zu erlauben, die gar zu leicht auch auf ein Gebiet überschweift, wo sie nicht gestattet sein soll. Ich glaube also, Sie werden damit einverstanden sein, dass der Ausschuss den ursprünglichen Antrag auf diese Vereine erweitert hat.

¹ VERHANDLUNGEN 1863/65 Kammer der Abgeordneten Beil. Bd. 5, S. 170.

Die zweite Bemerkung, welche ich mir zu machen erlauben wollte, bezieht sich darauf, in welchem Verhältnis der Ausschussantrag zu der Erklärung steht, welche die hohe k. Staatsregierung im Schoße des Ausschusses gemacht hat. Es geht, wie Sie aus dem Ausschussprotokolle entnommen haben werden, diese Erklärung dahin, dass die hohe Staatsregierung das Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung des Genossenschaftswesens sehr wohl erkannt hat, dass sie aber der Ansicht ist, dass die Regelung nicht auf dem Wege der partikularen, sondern auf dem der allgemeinen deutschen Gesetzgebung wünschenswert ist, und dass sie deshalb das bayerische Mitglied der zur Zeit in Dresden versammelten Commission zur Beratung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs beauftragt habe, bei dem Entwurfe des deutschen Obligationsrechtes auch auf die gesetzliche Regelung in diesem Punkte hinzuwirken,

Der Antrag des I. Ausschusses lautet nun allgemein dahin, es möge die k. Staatsregierung dem Landtage einen Gesetzesentwurf sobald als möglich vorlegen lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt wird.

Diese beiderseitigen Auffassungen scheinen etwas zu divergieren, treffen aber schließlich vollständig zusammen; denn wenn die hohe Staatsregierung zunächst auch eine allgemeine gesetzliche Regelung für wünschenswert findet, so ist damit, wenn dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen sollte, die partikulare Regelung durchaus nicht ausgeschlossen.

Wenn der Ausschuss glaubt, dass die Regelung dieser Verhältnisse überhaupt wünschenswert sei, so wird auch die hohe Kammer mit ihm eine allgemeine gesetzliche Regelung für ganz Deutschland mit Freuden begrüßen; denn damit ist dem speziellen Wunsche Genüge geleistet, und es ist nur noch mehr geschehen, als zunächst gewünscht wurde. Wenn aber diese allgemeine deutsche gesetzliche Regelung nicht in Erfüllung gehen, oder wenn es sich zeigen sollte, dass diese allgemeine deutsche gesetzliche Regelung eine so lange Zeit in Anspruch nehmen würde, dass es unsere speziellen bayerischen Verhältnisse nicht gestatten würden, darauf zu warten, dann würde schließlich die hohe Staatsregierung wohl auf die allgemeine Fassung des Ausschussantrages zurückkommen, d.h. sich entschließen, auch eine partikulare Regelung anzustreben und einen Gesetzesentwurf in dieser Richtung vorzulegen. Es glaubte deshalb der I. Ausschuss, von der allgemeinen Stellung des Antrags trotz der Erklärung der hohen Staatsregierung nicht abgehen zu sollen, und ich glaube diesen Antrag zur Beschlussfassung und Annahme empfehlen zu können.

I. Präsident: Ich eröffne über den Antrag des I. Ausschusses die Diskussion.

Das Wort hat der Herr Antragssteller.

Dr. Völk: Meine Herren! Sie haben in dem gegenwärtigen Antrage, in denselben eingeschlossen, eigentlich ein Stück der sozialen Frage, und des Bestrebens der Lösung derselben vor sich. Dieser Umstand allein schon zeigt, von welcher Wichtigkeit die Sache ist, welche wir hier behandeln. Es ist aber dennoch, glaube ich, hier nicht am Platze, in eine weitläufige und genaue Erörterung über die verschiedenen Probleme zur Lösung der sozialen Frage, über die einander entgegenstehenden Richtungen und über die einander

bekämpfenden Strömungen einzugehen. Es hat allgemein sich das Bedürfnis kund gegeben, dass wenigstens einem Teile der Übelstände, welche die soziale Entwicklung mit sich gebracht hat, dadurch abgeholfen werden könne, dass man unter Zugrundelegung des Prinzips der Selbsthilfe die eigene Kraft dadurch stärkt, dass man sie mit fremden Kräften verbindet, dass man sich alliiert. Diese Frage, meine Herren, ist aber auch nicht eine solche, welche auf die lange Bank geschoben werden kann.

Wenn trotzdem, die Gesetze eigentlich keine Form bieten, innerhalb welcher Vereine und Genossenschaften sich bewegen können, wenn trotzdem das praktische Bedürfnis hervorgetreten ist, mit Zuhilfenahme von Analogien derartige Vereine zu bilden, so zeigt das deutlich, wie dringlich die Sache ist, und wie notwendig es ist, durch die Schaffung der rechten und richtigen Form der Bildung von Genossenschaften unter die Arme zu greifen, und derselben ihre richtigen Bahnen anzuweisen.

Eine Staatsregierung, welche von der Erkenntnis durchdrungen ist, dass das Genossenschaftswesen zu fördern sei, wird nichts Eiligeres zu tun haben, als die Form zu schaffen, in welcher solche Genossenschaften zur rechtlichen Existenz kommen können, und es ist jeder Tag, jede Woche, jedes Monat, in welchem das unterlassen wird, eigentlich ein Hinausschieben, eine Feindseligkeit, eine faktische Feindseligkeit, mit welcher man den Genossenschaften gegenüber steht, nicht eine beabsichtigte Feindseligkeit zwar, aber eine tatsächliche, welche hindert, dass die Genossenschaften entstehen, und dass sie sich frei und zweckmäßig bewegen können. Dass unsere Gesetze gar keine Formen darbieten, um für die Genossenschaften einen Lebensrahmen zu bilden, ist von Seite des Herrn Referenten ausgeführt worden und ist allgemein anerkannt.

Das Handelsgesetzbuch hat in dieser Beziehung nichts gebessert, sondern es hat vielmehr geschadet. Wenn die Formen der Handelsgesellschaften auf die Genossenschaften, welche hier in Frage sind, angewendet werden sollen, so gehört eine fürchterliche Zähigkeit und eine außerordentliche Selbstüberwindung der betreffenden Genossenschaftsmitglieder dazu, um nicht nach 8 oder 14 Tagen die ganze Genossenschaft aufzugeben und sich Glück zu wünschen, dass man aus einem solchen Verbands wieder herausgekommen ist. Ich glaube aber, meine Herren, dass von Seiten der k. Staatsregierung ganz gewiss aller Grund vorhanden ist, dem Genossenschaftswesen, wenn auch nur durch die *vis inertiae*, durch das was man das Gesetz der Beharrlichkeit oder Trägheit heisst, nicht entgegen zu streben. Ich glaube, dass es im wohlverstandenen Interesse jeder Regierung liegt, wenigstens jeder Regierung, welche nicht den Absolutismus und einen bornierten Konservatismus als Staatszweck hinstellt, sondern welche in freiheitlicher Richtung geht, das Genossenschaftswesen zu unterstützen. Es sind in dieser Beziehung in neuester Zeit bemerkenswerte Erscheinungen zu Tag getreten. Sie kennen die beiden Strömungen, welche in Beziehung auf das Genossenschaftswesen namentlich die letzten Jahre erfüllt haben. Sie kennen die heftigen Kämpfe, welche zwischen beiden Lagern Schulze-Delitzsch auf der einen, und Lassalle auf der anderen Seite ausgebrochen sind. Sie wissen auch, meine Herren, wie gerade der Absolutismus und jene Partei, welche die Staatshilfe an die Spitze stellt, sich verbündet haben. Es liegt auch – das ist nicht zu leugnen – eine gewisse innerliche Verwandtschaft vor, und es hat sich gezeigt, dass die aller-, allerbrei-

teste Grundlage der fruktifizierlichste Boden für den aller-, allerstärksten Absolutismus ist.

Wenn nun Formen gefunden werden sollen, welche hier (mitten innestehend) ein Problem zur Lösung bringen sollen, welches nicht voraussetzt, dass Destruktion von oben und gleichzeitig von unten eintrete, so ist es, glaube ich, Aufgabe einer jeden der freiheitlichen Entwicklung zuneigenden Regierung, die Genossenschaften zu begünstigen, welche die Selbsthilfe zu ihrem Wahlspruch gemacht haben. Es ist also dringlich, dass man die Sache nicht beim Alten lasse und nicht auf die lange Bank schiebe. Schon vor nahezu zwei Jahren ist der Antrag von mir eingebracht worden. So schwierig ist die Sache nun nicht, dass man nicht innerhalb dieser zwei Jahre allenfalls einen Entwurf für den gegenwärtigen Landtag hätte zusammenbringen können, wenn man mit der Sache sich ernstlich beschäftigt hätte. Man scheint aber sich mit der Sache nicht ernstlich beschäftigt zu haben und scheint auch zur Zeit noch nicht im Sinne zu haben, mit Ernst an die Lösung dieser Sache zu gehen; denn, nehmen Sie mir es nicht übel, meine Herren, eine Vertröstung auf das Zustandekommen des allgemeinen deutschen Obligationsrechtes kann ich nicht einmal als Abschlagszahlung in dieser Sache annehmen. Warum soll in einer solchen Frage, welche tagtäglich zur Tätigkeit herausfordert, das allgemeine deutsche Obligationenrecht abgewartet werden? Ich bin vollständig überzeugt, dass unsere Staatsregierung, dass mehrere andere Staatsregierungen und deren Kommissäre sehnlichst wünschen, ein allgemeines deutsches Zivilgesetzbuch zu Stande zu bringen. Aber die Frage, welche sozial so außerordentlich wichtig ist, in die allgemeine Obligationengesetzgebung mit der Aussicht auf eine Erledigung vielleicht nach 10, 12 Jahren hinein zu versetzen, dass, meine Herren, halte ich nicht für recht und richtig. Ich glaube, dass der Gegenstand sehr dringend einer Behandlung bedarf, und dass allerdings an die k. Staatsregierung die Bitte zu stellen ist, sobald als möglich in dieser Sache vorwärts zu gehen, wobei wir nur bedauern können, dass ein solches Vorgehen nicht bisher schon statt hatte. Ich will Ihnen nicht durch einzelne Beispiele zeigen, wie lästig, wie hemmend, wie entmutigend, wie vernichtend unsere Gesetze und die Handhabung derselben auf Vereinigungen der Art, um die es sich hier fragt, wirkt. Jeder kann das bei sich selbst erfahren. So hat denn auch selbst hier in München die Erfahrung gezeigt, wie notwendig es sei, mit der Gesetzgebung hierin vorwärts zu gehen. Es ist vom hiesigen volkswirtschaftlichen Vereine, meine Herren, sehr verdienstlich, dass er auch bei der hier in dieser Beziehung etwas dichten Atmosphäre sich bemüßige und sich veranlasst gesehen hat, diese Frage in Anregung zu bringen. Sie wissen, dass eine Eingabe von Seite des volkswirtschaftlichen Vereins an die Kammer ergangen ist, welche die Sache zur Anregung gebracht hat.²

Diese Eingabe ist im vollen richtigen Verständnisse der Sachlage, um welche es sich handelt, abgefasst, und verdient gewiss alle und jede Aufmerksamkeit. Auch hierin, meine Herren, und in anderen Äußerungen aus verschiedenen anderen Gegenden, welche derselben beizuzählen sind, möge die Staatsregierung die Aufforderung finden, die Sa-

² VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1865, Sten. Ber. Bd. 2, S. 110.

che nicht bloß so nebenbei zu behandeln, sondern ex professo einen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen, welcher gerade den fraglichen Genossenschaften die Möglichkeit gedeihlicheren Entwickelns schafft. Ich will nicht behaupten, und kann auch nicht behaupten, daß dadurch, daß man dieses Gesetz erläßt, die soziale Frage allenfalls gelöst werde. Davon, kann keine Rede sein; hier muß die Zeit am allermeisten wirken.

Man kann, wenn man die einander gegenüberstehenden streitenden Heere in beiden Lagern überblickt, am Ende zugeben, daß weder in dem einem noch in dem anderen dieser Lager Alles vollständig in Ordnung und Alles vollständig in Richtigkeit sei. Man kann recht wohl jenen berühmten Satz, der von dem ehernen Gesetze der Arbeitslöhne handelt, und von Lasalle verteidigt worden ist, zugeben, ohne deswegen zu denselben Konsequenzen bezüglich der Staatshilfe kommen zu müssen, wie Lasalle. Man kann auf der anderen Seite glauben, daß, ohne daß der Staat selbst anregend, aufmunternd und unterstützend eingreift, nicht eine jede einzelne Genossenschaft im Stande sei, sich fruktifizirlich zu gestalten. Das Alles wird ebenfalls die sofortige Lösung der sozialen Frage nicht hervorbringen; es wird aber, - wenn die Staatsregierung der Frage ihre Aufmerksamkeit tatsächlich zuwendet, - nicht zuwendet mit Vertröstungen auf Jahre hinaus, - gewiss ein frischeres pulsierendes Leben in die betreffenden Kreise bringen. Es wird das zur Aufklärung bezüglich derjenigen Fragen beitragen um die es sich handelt; und wenn, meine Herren, eine Agitation unter die Arbeiterklassen geworfen worden ist, welche an verschiedenen Orten die Begriffe derselben verwirrt hat, so wird man viel eher dadurch, daß man die richtigen nationalökonomischen und volkswirtschaftlichen Grundsätze aufstellt, und sie in Formen aufstellt, welche sie dem Verständnisse der Arbeiter näher bringt, - so wird man vielmehr dadurch, daß man die Genossenschaften begünstigt und praktisch zeigt, wie sie wirken, zur Entfernung dieser Agitation beigetragen haben, als dadurch, daß man die Hände in den Schoß legt und glaubt, daß allgemeine deutsche Obligationsrecht werde seiner Zeit schon helfen.

Bei der Dringlichkeit der Frage und bei den großen Interessen, die hier vorliegen, bitte ich Sie, dem Ausschussantrage Ihre Zustimmung zu geben, und zwar namentlich deshalb Ihre Zustimmung zu geben, weil die Staatsregierung darin gebeten werden soll, baldmöglichst einen Gesetzentwurf an die Kammer bringen zu lassen.

Der k. Staatsminister der Justiz v. Bomhard: Meine Herren! Ihr Ausschussreferent hat Ihnen schon zum Theile die Erklärungen mitgeteilt, welche ich über den fraglichen Gegenstand in der Sitzung des verehrlichen Ausschusses abgegeben habe; ich habe nur Weniges beizufügen.

Die Staatsregierung ist, wie der Herr Ausschussreferent bemerkt hat, davon durchdrungen, wie wichtig dieser Gegenstand der Gesetzgebung ist. Sie ist auch darin mit dem Herrn Referenten des Ausschusses einverstanden, daß die gegenwärtig geltende Gesetze nicht genügend sind, um alle Verhältnisse, die durch die Genossenschaften zur Frage kommen, danach regeln und entscheiden zu können. Aber die Staatsregierung sieht diesen Gegenstand als einen derjenigen an, bei denen es im höchsten Grade wichtig und wünschenswert ist, daß die gesetzliche Regelung in einer, wo möglich für sämtliche

deutsche Bundesstaaten, oder doch wenigstens für einen großen Teil derselben gemeinsamen Weise erfolge.

Deshalb hat die königliche Staatsregierung schon vor mehr als sechs Monaten, soviel ich mich erinnere, im Laufe des Monats Oktober vorigen Jahres, und zwar durch das Staatsministerium der Justiz, dem Kommissär der bayerischen Regierung bei der in Dresden versammelten Kommission zur Ausarbeitung eines Obligationsrechtes für die deutschen Bundesstaaten den Auftrag gegeben, diesen Gegenstand zur Bearbeitung in Anregung zu bringen.

Ich glaube, meine Herren, dass Sie daraus ersehen werden, dass es der Staatsregierung denn doch ernstlich darum zu tun war, den Gegenstand seiner Regelung entgegen zu führen.

In Folge dieses Auftrages wurde denn auch wirklich in Dresden eine Reihe von Bestimmungen über diesen Gegenstand in den dort ausgearbeiteten Entwurf aufgenommen.

Die königliche Staatsregierung müsste für höchst unangemessen erachten, wenn nicht die endliche Feststellung dieser in Dresden ausgearbeiteten Bestimmungen abgewartet werden sollte. Damit, meine Herren, soll durchaus nicht gesagt sein, dass die Vollenendung des ganzen Obligationenrechts für die deutschen Bundesstaaten, was übrigens voraussichtlich doch nicht zehn bis zwölf Jahre dauern wird, abgewartet werden soll, sondern nur der Zeitpunkt, wo die Bestimmungen der Dresdner Obligationskommission über die Genossenschaften aus der zweiten Lesung in einer oder der anderen Weise hervorgegangen sein werden. Dies wird auch nicht so lange dauern, dass die Rechtsverhältnisse der Genossenschaften darunter zu leiden haben werden, denn ich kann Ihnen zugleich bemerken, dass die zweite Lesung auch im Laufe dieses Sommers oder spätestens im Herbst dieses Jahres begonnen und höchst wahrscheinlich sehr rasch zur Vollenendung gebracht werden wird.

Ist dies geschehen, dann erst wird die Staatsregierung in der Lage sein, gründlich prüfen und sich entschließen zu können, ob sie diese in Dresden ausgearbeiteten Bestimmungen als Gesetzentwurf zur Annahme vorlegen oder ob sie auf dem Wege der Partikulargesetzgebung mit Vorlage eines anderen Entwurfs vorgehen soll.

Das Letztere wäre – darin sind Sie gewiss mit mir einverstanden – das weniger Wünschenswerte, weil für die Genossenschaften, wie ich schon vorhin zu bemerken die Ehre hatte, die Regelung auf einer für die deutschen Staaten gemeinsamen Grundlage von der höchsten Wichtigkeit ist, und man dann, wenn man auf dem Wege der Partikulargesetzgebung vorangegangen ist, leicht in die unangenehme Lage kommen kann, die eben erst gegebenen gesetzlichen Bestimmungen wieder abändern zu müssen, um die Vorteile einer gemeinsamen Gesetzgebung nicht zu entbehren.

Crämer: Meine Herren! Ich bin Ihrem verehrlichen Ausschusse und seinem Referenten sehr dankbar, für die Behandlung des Antrages des Herrn Dr. Völk. Es haben mich auch die Erklärungen, die wir so eben vom Herrn Staatsminister der Justiz gehört haben, nicht davon überzeugen könne, dass wir besser täten, dem Ausschussantrage unsere Zu-

stimmung zu versagen und uns mit den so eben gehörten Versicherungen zu begnügen. Ich habe noch einen Grund anzuführen, der gewiss im so wichtiger erscheint, als er mit der vorhin gepflogenen Debatte im innigsten Zusammenhang steht. Wir stehen an der Schwelle einer neuen sozialen Gesetzgebung, und nicht der leichteste Punkt derselben wird die Behandlung unseres Armenwesens sein. Ich bin der Letzte, der die Bedenken, die hin und wieder im Lande laut werden, als ungegründet erscheinen lässt; aber wir sollen und dürfen uns nicht darauf verlassen, dass durch Gesetzesparagrafen auch in dieser Richtung das Richtige getroffen wird und dass man den Gemeinden die große Last, die man jetzt noch im Auge hat, durch Gesetze, und seien es auch noch so gute Gesetze, abwenden könne. Hier muss auf anderem Wege geholfen werden, hier müssen Kräfte geweckt werden, die aus sich selbst, auch ohne Staatshilfe die Mittel schaffen können, ihre Zukunft zu sichern, und deshalb dürfen wir nicht warten, bis wir nach so langer Zeit endlich das Material zum Gesetze bekommen. Es ist richtig, dass in Bayern derartige Genossenschaften bestehen und sich einer sehr großen Blüte zu erfreuen haben.

Wir haben in Nürnberg einen sogenannten Creditverein mit einen monatlichen Umsatze von 50.000 bis 60.000 fl. Und die Sache geht so ruhig und still vorüber, dass wenn Sie heute nach Nürnberg kommen, Sie viele Leute erst fragen müssen, wo der Verein besteht und wie er seine Wirksamkeit entfaltet. Sie werden mir vielleicht entgegen: Gut wenn das schon jetzt geschehen kann, so liegt ein Grund vor, dass eine gesetzliche Umänderung des Genossenschaftswesens jetzt nicht absolut notwendig ist. Meine Herren! Gerade daraus nehme ich meinen Grund, dass sie notwendig ist.

Mit der größten Anstrengung und Aufopferung gehen die Leute zu Werke. Sie glauben nicht, welche Hindernisse sie zu bekämpfen haben, um ihr Ziel zu erreichen. Nicht überall im Lande werden am Ende dieselben Erscheinungen hervortreten, und wird die Bildung solcher Vereine zur Notwendigkeit werden, und nun warten, bis die soziale Gesetzgebung fertig, oder warten, bis in dem Obligationsrecht irgend einmal in der zweiten Lesung eine derartige Bestimmung getroffen wird, die hier eine Erleichterung schaffen wird, das hieße von unserer Seite diesen Bestrebungen gegenüber so viel als sagen: Wir nehmen eigentlich doch keine Notiz davon. Das würde ich für sehr gefährlich halten, deshalb, weil hier von dem Staats Nichts verlangt wird, als was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Ich muss im Namen aller Beteiligten, soweit ich sie kenne, Verwahrung einlegen, dass sie sich je dazu herbeilassen werden, aus Staatsmitteln Zuschüsse zu nehmen. Unser Arbeiterstand und derjenige kleine Gewerbestand, der hier in Mitleidenschaft kommt, verschmäht es, sich dem Prinzip unterordnen zu sollen, Hilfe von dem Staate in Anspruch zu nehmen. Sie wollen aus sich selbst heraus Hilfe schaffen mit Aufopferung der äußersten Mittel, um dieses Ziel zu erreichen,- und dem gegenüber wird jetzt nichts weiter verlangt, als dass Sie aussprechen, dass es ein dringendes Bedürfnis ist, die beschwerenden gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so tun Sie damit nichts anderes, als dass Sie diesen Bestrebungen die Anerkennung zu Teil werden lassen, die sie verdienen. Ich freue mich, dass die königliche Staatsregierung ausgesprochen hat, dass man diesen Gegenstand reichlich überlege und sich damit beschäftige. Früher wenn man sich damit beschäftigte, war es um einen Arbeiter-

bildungsverein unter die politischen Vereine zu zählen und ihm einen Polizeikommissär auf den Hals zu schicken. Wenn jetzt, wo wir in anderen Bahnen vorgehen, wo selbst bei der Staatsregierung der Gedanke durchringt, dass es hier anders werden müsse, dieses dankbarst hinzunehmen ist, so darf ich Sie wohl bitten, aus den von mir entwickelten Gründen dem Ausschussantrage, wie er liegt, die Zustimmung zu erteilen.

I. Präsident: Es hat sonst Niemand über den Antrag des Ausschusses das Wort verlangt, ich kann daher die Diskussion schließen, vorbehaltlich der Schlussäußerung des Antragsstellers, des Herrn Referenten und des Ministertisches.

Stenglein (Referent): Es scheint mir, in der vorliegenden Frage die eigentümliche Erscheinung obzuwalten, dass der Antragssteller und ein ihn unterstützender Redner von demselben Ausgangspunkte ausgegangen ist, von dem auch das Ausschussreferat ausgeht, und genau zu demselben Ziele gelangt ist, trotzdem dass sie sich unterwegs ein klein wenig von einander trennen. Wenn man die Motivierung dieser beiden Reden hört, so sollte man glauben, das naturgemäße Petitum würde sein, augenblicklich einen solchen Gesetzentwurf zu provozieren; es wird die Dringlichkeit in einer Weise betont, dass in diesem Sinne der Zeitraum, der uns von der nächsten Kammersitzung trennt, kaum zu ertragen sein würde. Wie Sie in § 6 des Ausschussantrages lesen, war der Ausschuss selbst nicht ganz dieser Ansicht; denn es schien uns, dass man einen solchen Gesetzesentwurf, der sich einer ganzen Reihe von gesetzlichen Bestimmungen anpassen muss, nämlich dem Zivilgesetze, einigermaßen dem Prozesse, dem Handelsgesetzbuch und, - ich kann hier sogleich auf einen bereits beregten Punkt kommen, - auch der sozialen Gesetzgebung, dass man, sage ich einen solchen Gesetzentwurf nicht sogleich aus dem Ärmel schütteln kann. Es wurde angeführt, dass die soziale Gesetzgebung nicht abgewartet werden kann, bis ein solcher Gesetzesentwurf über die Genossenschaften zu Tage gefördert wird; nun scheint mir in einem Punkte eine sehr bedeutende Berührung zwischen der sozialen Gesetzgebung und dem Rechtsverhältnisse der Genossenschaften zu bestehen. Es ist der Punkt bezüglich der Gewerbegesetzgebung. Ich kann mir kein gedeihliches Wirken der Genossenschaften denken, wenn nicht ein freier Standpunkt in der Gewerbegesetzgebung gewonnen ist, wenn die Genossenschaften ihre Tätigkeit nicht frei entfalten können. So hoffe ich dann, dass bis zur nächsten Versammlung des Landtags sowohl die eine Frage, worauf die Staatsregierung das Hauptgewicht gelegt hat, nämlich die Frage, ob das Obligationsrecht zu Stande kommt, und ob es rechtzeitig zu Stande kommt, soweit entschieden sein wird, dass wir wissen, ob wir darauf rechnen können oder nicht. Ich hoffe aber auch, dass die soziale Gesetzgebung bis dahin einen genügenden Abschluss gefunden hat.

Früher als bis zur nächsten Versammlung des Landtags mit einem Gesetzentwurf über die Genossenschaften hervorzutreten scheint eine Sache der Unmöglichkeit zu sein, und diese Unmöglichkeit wurde auch von dem Herrn Antragssteller nicht bekämpft. Ich will ferner hoffen, dass die dichte Atmosphäre, von welcher der Herr Antragssteller gesprochen hat, sich bis dahin auch als eine kleine Täuschung zeigt. Wenn diese dichte Atmosphäre bestünde, so könnte ich mir nicht denken, wie das Genossenschafts- und Vereinswesen überhaupt eine große Wirksamkeit entfalten sollte. Ich glaube nicht, dass es

einem Gesetzesparagraphen gelingen würde, eine solche dichte Atmosphäre zu zerstreuen, und dass er es möglich machen würde, das Vereinswesen zu einer solchen Entfaltung zu bringen, wie es haben soll. Hoffen wir, dass hierin der Herr Antragssteller sich täuscht und das Gesetz wenn es kommt, eine reine Atmosphäre für das Genossenschaftswesen antrifft. Jedenfalls sind wir im Schlussantrag einverstanden, eine baldige Regelung nicht länger verschieben, als bis zum nächsten Landtag, und wir können hoffen, dass die k. Staatsregierung diesem Wunsche Genüge leisten wird. Ich kann Ihnen daher den Ausschussantrag nur wiederholt empfehlen.

I. Präsident: Ich kann zur Abstimmung schreiten. Ich frage, ob Sie dem Antrage Ihres Ausschusses, der in dem Ausschussprotokolle niedergelegt ist, nämlich, zu beschließen, dass an Seine Majestät den König die alleruntertänigste Bitte gestellt werde, dem Landtage sobald als möglich einen Gesetzesentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt wird, Ihre Zustimmung gegen wollen. Ich ersuche diejenigen Herren, welche dieses wollen, sich zu erheben.

(Die Mehrzahl erhebt sich.)

Der Antrag ist angenommen.

c. 1868 Januar 24: Regierungsentwurf zu einem bayerischen Genossenschaftsgesetz mit Motiven

(VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten 1866/68 Beil. Bd. 3., S. 371)

Art.1.

Vereinigungen zu wirtschaftlichen, Wohltätigkeits-, Bildungs-, religiösen und geselligen oder sonstigen erlaubten Zwecken, welche nicht auf einzelne bestimmte Mitglieder beschränkt sind, denen vielmehr unter den in den Satzungen bestimmten Voraussetzungen Jeder beitreten kann und welche weder Aktiengesellschaften, noch öffentliche Korporationen sind (Genossenschaften), erwerben die Rechte juristischer Personen durch die nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes erfolgte Eintragung der Genossenschaft in das bei dem betreffenden Bezirksgerichte zu führende Genossenschaftsregister.

Motive zu Art.1:

Hier war vor Allem zu bestimmen, welche Arten von Vereinigungen unter den sowohl in der Überschrift als im Texte des vorliegenden Entwurfs gebrauchten technischen Ausdruck „Genossenschaften“ fallen, auf welche Arten von Vereinigungen mithin das Gesetz, von späteren besonderen Bestimmungen abgesehen, Anwendung finden soll. Der Entwurf tut dies dadurch, dass er einerseits das charakteristische Merkmal, durch welches sich die hier in Rede stehende Vereinigungen von den nach dem Zivil- oder Handelsrechte zu beurteilenden Gesellschaften unterscheiden, hervorhebt und andererseits die Aktiengesellschaften und öffentlichen Korporationen zur Differenzierung ausschließt. Das charakteristische Merkmal, durch welches die hier in Rede stehenden

Genossenschaften von den civil- und handelsrechtlichen Gesellschaften sich unterscheiden, liegt darin, dass sich bei den letzteren zwei oder mehrere bestimmte Personen zur gemeinschaftlichen Vornahme von Geschäften oder zu einem sonstigen gemeinschaftlichen Zwecke vereinigen, während bei den Genossenschaften eine solche Beschränkung auf individuell bestimmte Personen nicht besteht, denselben vielmehr unter den in den Satzungen bestimmten Voraussetzungen Jeder beitreten kann. Der Umstand, dass nach den Satzungen etwa nur Personen von bestimmten Eigenschaften beitreten können oder der Beitritt in sonstiger Weise beschränkt, z.B. von dem Beschlusse der bisherigen Genossenschaftsmitglieder abhängig gemacht ist, benimmt natürlich der Vereinigung die Eigenschaft einer Genossenschaft nicht, da auch in diesen Fällen das charakteristische Merkmal der zivil- oder handelsrechtlichen Gesellschaften, die vertragsgemäße Vereinigung einzelner bestimmter Personen, nicht vorliegt. Der Entwurf spricht deshalb auch nicht von einer unbedingten Befugnis des Beitritts, sondern von dem Beitritte unter den in den in den Satzungen bestimmten Voraussetzungen. Zur Vermeidung von Zweifeln waren die Aktiengesellschaften und öffentlichen Korporationen auszuschließen. Bei ersteren, die allerdings mit den Genossenschaften eine gewisse Ähnlichkeit haben bestehen manche eigentümliche Verhältnisse, so dass ihre Regelung durch besondere gesetzliche Bestimmungen nötig erscheint, wie dies denn auch bezüglich derjenigen Aktiengesellschaften, bei denen der Gegenstand des Unternehmens in Handelsgeschäften besteht, bereits im Handelsgesetzbuche geschehen ist und bezüglich der übrigen nunmehr in einem eigenen Gesetze geschehen soll, was aber natürlich nicht hindert, alle die Aktiengesellschaften betreffenden Bestimmungen, welche auch für die Genossenschaften passen, in das gegenwärtige Gesetz aufzunehmen. Bei den öffentlichen Korporationen, nämlich den Gemeinden, Distrikten, öffentlichen Kirchengesellschaften, u.s.w., ist dagegen der öffentliche Charakter, der Umstand, dass sie vorzugsweise öffentlichen Zwecken zu dienen haben, so überwiegend, dass sie unmöglich nach dem gegenwärtigen Gesetze behandelt und beurteilt werden können.

Zu einer weiteren Beschränkung des Gesetzes, insbesondere zu einer Beschränkung auf die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, liegen aber bei uns nicht nur keine genügenden Gründe vor, sondern unsere Verhältnisse verlangen vielmehr, dass sich die Wirksamkeit des Gesetzes, von einigen später zu besprechenden besonderen Verhältnissen abgesehen, auf alle Genossenschaften erstrecke, gleichviel welchen Zweck sie verfolgen, wenn derselbe nur einer erlaubter ist. Das Genossenschaftswesen ist in Bayern schon dermalen trotz der bestehenden Hindernisse in erfreulicher Entwicklung begriffen, allein nicht bloß auf dem wirtschaftlichen, sondern auch auf manchen anderen Gebieten. Insbesondere bestehen sehr viele Vereine zu Wohltätigkeits- und Bildungszwecken, die sehr nützlich wirken und bezüglich welcher eine Förderung durch zweckentsprechende Regelung ihrer Privatrechtsverhältnisse überhaupt gewiss ebenso am Platze ist, wie bezüglich der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. So lässt sich, um die Sache an einem Beispiele klarer zu machen, doch wohl kaum ein Grund dafür finden, warum einem Vereine wohnungsbedürftiger Personen zur Herstellung von Wohnungen für seine Mitglieder (§ 1 Ziff. 5 des preußischen Gesetzes vom 27. März 1867)

eine freiere Bewegung gestattet werden sollte, als einem Vereine wohlthätig gesinnter, für ihre Mitmenschen warm fühlender Männer, welche, ohne für sich selbst irgend einen Vorteil zu suchen, den Zweck verfolgen, ihren minder bemittelten Mitbürgern wohlfeilere und gesündere Wohnungen zu verschaffen.

Die dermalen geltende Bestimmung, nach welcher Genossenschaften der vorbezeichneten Art die Rechte juristischer Personen nur durch landesherrliche Bewilligung erlangen können, ist für die Entwicklung des Genossenschaftswesen störend und, wie wohl nicht näher angeführt zu werden braucht, in vielen Fällen nicht angemessen. Der Entwurf bestimmt deshalb, dass jede derartige Genossenschaft durch die nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes erfolgte Eintragung in das bei dem betreffenden Bezirksamte zu führende Genossenschaftsregister die Rechte juristischer Personen erwirbt.

Art.2.

Genossenschaften, welche um die Rechte juristischer Personen zu erwerben, die Eintragung in das Genossenschaftsregister nachsuchen wollen, müssen Satzungen entwerfen und hierüber eine Notariatsrkunde errichten lassen.

Die Satzungen müssen außerdem, was in den folgenden Artikeln besonders bestimmt ist, enthalten:

- 1) den Namen (Firma) und den Sitz der Genossenschaft;
- 2) ihren Zweck
- 3) die Zeitdauer derselben, sofern eine solche im Voraus festgesetzt ist;
- 4) die Art und Größe der von den Mitgliedern für den Zweck der Genossenschaft zu leistenden Beiträge, insbesondere, ob die Verbindlichkeit zu Beiträgen im Voraus auf einen bestimmten Umfang beschränkt sein (beschränkte Haftpflicht), oder ohne solche Beschränkungen nach dem Bedarf sich richten soll (unbeschränkte Haftpflicht), sowie, wenn die Mitglieder gewisse Geschäftsanteile haben, den Betrag, die Art und die Bildung dieser Anteile;
- 5) die Art der Bestellung und Zusammensetzung des Vorstandes, sowie die Formen seiner Legitimation;
- 6) die Form für die Zusammenberufung der Mitglieder der Genossenschaft;
- 7) die Gegenstände, welche der Beschlussfassung einer Versammlung aller Mitglieder der Genossenschaft (Generalversammlung) vorbehalten werden und insbesondere diejenige, über welche nicht durch einfache, sondern nur durch eine größere Stimmenmehrheit oder nach anderen Erfordernissen Beschluss gefasst werden kann;
- 8) Bestimmungen über die Stellung und Prüfung der Rechnung;
- 9) die Form der von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben anzunehmen sind.

Der Name der Genossenschaft muss sich vor den Namen aller am nämlichen Orte bereits bestehenden Genossenschaften deutlich unterscheiden. Er muss in der Regel dem

Zwecke der Genossenschaft entlehnt sein und Namen Mitgliedern oder anderen Personen dürfen dazu nicht benützt werden.

Art. 3.

Die Satzungen sind in einer vom Notar beglaubigten Abschrift dem Bezirksgerichte, in dessen Sprengel die Genossenschaft ihren Sitz hat, mit einem Gesuche um Eintragung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister und um öffentliche Bekanntmachung eines Auszuges aus den Satzungen vorzulegen.

Die Eintragung kann vom Gerichte nur verweigert werden, wenn die Satzungen den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes nicht entsprechen.

Wird die Eintragung verweigert, so steht den Beteiligten hiegegen Beschwerde an das vorgesetzte Appellationsgericht zu. Ein weiteres Rechtsmittel findet nicht statt.

In der Pfalz wird über die in den Abs.1 und 3. erwähnten Gesuche und Beschwerden nach schriftlicher Vernehmung des Staatsanwalts in geheimer Sitzung entschieden.

Motive zu Art. 2. und 3.

In diesen Artikeln ist bestimmt, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Weise die Eintragung in das Genossenschaftsregister erwirken, also die Rechte juristischer Personen erwerben können.

Die Bestimmung des Abs. 1 des Art. 2, nach welcher Genossenschaften zu diesem Behufe vor Allem Satzungen entwerfen müssen, bedarf wohl kaum einer näheren Begründung. Nach dem Systeme des Entwurfs, der den Genossenschaften möglichst freie Bewegung gestattet, können genaue Satzungen nicht entbehrt werden, da die Rechtsverhältnisse der Genossenschaftsmitglieder unter sich und gegenüber von Dritten hauptsächlich, in vielen Fällen ausschließlich nach den Satzungen zu beurteilen sind.

Damit rechtfertigt sich auch die Vorschrift, dass über die Satzungen eine Notariatsurkunde zu errichten ist. Gleiche Bestimmung findet sich übrigens bezüglich der Aktiengesellschaften in Art. 208 des Handelsgesetzbuches.

Die Abs 2. und 3. des Art. 2, welche im Allgemeinen und vorbehaltlich der in den folgenden Artikeln enthaltenen besonderen Vorschriften bestimmen, was die Satzungen enthalten müssen, sind soweit die Verhältnisse dies gestatten, den Art. 18, 20 und 209 des Handelsgesetzbuches nachgebildet.

Eine Bemerkung dürfte nur zu Ziff. 5 nötig sein. Der Entwurf überlässt, abweichend von dem preußischen Gesetze, die Bestimmung darüber, ob die Genossenschafter nur zu bestimmten Beiträgen verpflichtet seien oder für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft unbedingt und solidarisch haften, bezüglich aller, also auch der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, den Genossenschaften selbst. Dies entspricht allein dem an die Spitze gestellten Grundsatz, dass die Genossenschaften befugt sein sollen, ihre Verhältnisse selbst zu regeln, soweit nicht besondere Gründe eine Beschränkung nötig machen. Hiernach erscheint es wohl gerechtfertigt, den Genossenschaften die Verpflichtung aufzuerlegen, in ihren Satzungen Bestimmungen über die Haftpflicht ihrer Mitglieder zu treffen, damit Dritte, die mit ihnen in Geschäftsverkehr treten, nicht in

Ungewissheit darüber sind, an wen sie sich eintretenden Falles halten können. Die Genossenschaften in ihrem Selbstbestimmungsrechte weiter zu beschränken, liegen aber offenbar keine genügenden Gründe vor. Sache der Dritten, welche mit einer Genossenschaft in Geschäftsverkehr treten wollen, ist es, sich aus der nach Art. 4 erfolgten Bekanntmachung zu überzeugen, an wen sie sich eintretenden Falles wegen ihrer Forderungen halten können, und hiernach Kredit zu gestatten oder zu versagen, Sache der Genossenschaften aber ist es, zu erwägen, welche Haftpflicht sie festzusetzen haben, damit ihnen das nötige Vertrauen geschenkt wird. Weder im Interesse der Dritten noch im Interesse der Genossenschaften selbst erscheint deshalb ein weiteres Eingreifen der Gesetzgebung erforderlich oder gerechtfertigt.

Art 3. enthält die erforderlichen Bestimmungen darüber, wie die Eintragung in das Genossenschaftsregister zu erwirken ist. Dass hier die Bezirksgerichte als zuständig bezeichnet sind, bedarf wohl keiner Rechtfertigung. Es handelt sich um die Rechtsfähigkeit der Genossenschaften, also um eine rein zivilrechtliche Frage, und die Einzelgerichte können, abgesehen von anderen Rücksichten, schon um deswillen nicht als zuständig bezeichnet werden, weil sonst eine allzu große und deshalb vielfach störende Zersplitterung herbeigeführt würde. Die Bezirksgerichte haben lediglich zu prüfen, ob die Satzungen den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes entsprechen, und müssen, wenn dies der Fall ist, die Eintragung verfügen. Eine weitere Prüfung, insbesondere darüber, ob die Bestimmungen der Satzungen über solche Punkte, deren Regelung der Genossenschaft überlassen ist, zweckmäßig sind, steht dem Gerichte nicht zu. Allerdings aber haben sie zu prüfen, ob der Zweck der Genossenschaft ein erlaubter ist, da Artikel 1. die Vorteile des gegenwärtigen Gesetzes nur Vereinigungen zu erlaubten Zwecken einräumt. Absatz 3. schützt die Genossenschaften gegen ungerechtfertigte Verweigerung der Eintragung. Absatz 4. ist nötig, weil sonst über diese Gesuche und Beschwerden in öffentlicher Sitzung entschieden werden müsste, was, da eine Verhandlung nicht stattfindet, nicht zweckmäßig ist.

Art. 4

Als bald nach erfolgtem Eintrage in das Genossenschaftsregister hat das Bezirksgericht einen Auszug aus den Satzungen der Genossenschaft öffentlich bekannt zu machen. Diese Bekanntmachung muss enthalten:

- 1) das Datum der Satzungen und des die Eintragung in das Genossenschaftsregister verfügenden Beschlusses des Gerichts;
- 2) den Namen und Sitz der Genossenschaft;
- 3) den Zweck und die Dauer derselben, wenn eine solche im Voraus bestimmt ist;
- 4) die Angabe, ob beschränkte oder unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder der Genossenschaft besteht;
- 5) Namen und Wohnort der zeitigen Vorstandsmitglieder;
- 6) die Form der von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben auszunehmen sind.

Motive zu Art. 4

Die in diesem Artikel vorgeschriebene Bekanntmachung liegt im Interesse sowohl der Genossenschaften als der Dritten, welche mit denselben in Verkehr treten wollen.

Art.5

Die Bestimmungen über die Form und die Führung der Genossenschaftsregister, sowie über die Art der Bekanntmachung des Auszugs aus den Satzungen und die Wahl der zu diesem Zwecke zu benützenden Blätter werden, soweit das Gesetz hierüber Bestimmungen nicht enthält, im Verordnungswege getroffen.

Gleiches gilt auch bezüglich der sonstigen vom Gerichte vorzunehmenden Bekanntmachung

Motive zu Art. 5

Diesem dem Art. 8 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche entsprechenden Bestimmung rechtfertigt sich schon durch den Umstand, dass bei den hier erwähnten Anordnungen eine Änderung öfter, und zwar ohne Verzug, nötig wird, weshalb eine gesetzliche Regelung nicht angemessen erscheint.

Art. 6

Ist in den Satzungen unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder für die Verbindlichkeiten der Genossenschaften bestimmt, so muss mit den Satzungen ein Verzeichnis der Mitglieder dem Gerichte übergeben und in der in Art. 4 erwähnten Bekanntmachung bemerkt werden, dass das Verzeichnis der Mitglieder jeder Zeit bei dem Bezirksgerichte eingesehen werden könne.

Der Vorstand einer solchen Genossenschaft ist verbunden, am Schlusse jedes Quartals dem Bezirksgerichte über den Ein- und Austritt von Mitgliedern schriftliche Anzeige zu machen und alljährlich im Monat Januar ein vollständiges, alphabetisch geordnetes Verzeichnis der Mitglieder einzureichen.

Motive zu Art. 6.

Die in diesem Artikel enthaltene Vorschrift ist im Interesse der Dritten geboten, die sich in Folge dieser Einrichtung jeden Augenblick Kenntnis und den erforderlichen Beweis wenigstens darüber verschaffen können, wer zur Zeit, wo die betreffenden Anzeigen erstattet wurden, Mitglied der Genossenschaft war.

Art.7

Über jede Änderung der Satzungen ist eine Notariatsurkunde zu errichten und eine beglaubigte Abschrift hievon dem Bezirksgerichte vorzulegen.

Die Änderung ist, sofern sie den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes entspricht, in das Genossenschaftsregister einzutragen. Eine Bekanntmachung derselben findet jedoch nur insoweit statt, als sich dadurch die in den früheren Bekanntmachungen enthaltenen Punkte ändern.

Wird die Eintragung verweigert, so steht den Beteiligten hiegegen Beschwerde an das vorgesetzte Appellationsgericht zu. Ein weiteres Rechtsmittel findet nicht statt.

Die Bestimmung des Art. 3 Abs. 4 findet auch in den im gegenwärtigen Artikel vorgesehenen Fällen Anwendung.

Motive zu Art. 7

Was bezüglich der ursprünglichen Satzungen gilt, muss natürlich im Allgemeinen auch bezüglich späterer Änderungen gelten.

Art. 8

Bei jedem Bezirksgerichte, in dessen Sprengel die Genossenschaft eine Zweigniederlassung hat, muss dieses behufs der Eintragung in das Genossenschaftsregister und der öffentlichen Bekanntmachung angemeldet werden. hierbei ist Alles zu beobachten, was die Art. 3-7 für die Genossenschaft selbst vorschreiben.

Motive zu Art. 8

Auch Genossenschaften können Zweigniederlassungen in einem anderen Gerichtsbezirke als dem ihres Sitzes haben. In diesem Falle ist die Eintragung und Bekanntmachung auch in dem Bezirke, wo die Zweigniederlassung ihren Sitz hat, aus denselben Gründen geboten, aus welchen die Eintragung und Bekanntmachung überhaupt vorgeschrieben ist.

Art. 9.

Die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Genossenschaft untereinander richten sich zunächst nach den Satzungen der Genossenschaft, die jedoch, soweit das gegenwärtige Gesetz Bestimmungen enthält, hievon nur in denjenigen Punkten, für welche es im Gesetze gestattet ist, abweichen dürfen.

Motive zu Art. 9

Die Bestimmung dieses Artikels findet in dem, was im Eingange entwickelt wurde, ihre Begründung.

Art.10

Ist die Haftpflicht der Mitglieder beschränkt, so haben diese zu den Zwecken der Genossenschaft und zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten nur die bestimmten Beiträge zu leisten.

Ist die Haftpflicht unbeschränkt, so ist in den Satzungen zwar zu bestimmen, nach welchem Verhältnisse die Mitglieder zunächst ihre Beiträge zu leisten haben, es bleibt aber jedes Mitglied zur Deckung des ganzen von den übrigen Mitgliedern nicht erlangten Bedarfes verpflichtet.

Die eingezahlten Beiträge können, sofern die Satzungen nicht anders bestimmen, nicht zurückgefordert werden.

Motive zu Art. 10

Dieser Artikel bedarf keiner näheren Erläuterungen

Art.11

In den Satzungen ist zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Mitglieder neu eintreten oder ausgeschlossen werden können.

Zum Austritte ist jedes Mitglied berechtigt, auch wenn die Genossenschaft eine bestimmte Zeitdauer hat. Ist über die Kündigungsfrist und den Zeitpunkt des Austrittes in den Satzungen nichts festgesetzt, so findet der Austritt nur mit dem Schlusse des Geschäftsjahres und nach vorheriger, mindestens vierwöchiger Aufkündigung statt. Ferner erlischt die Mitgliedschaft durch den Tod, sofern die Satzungen keine entgegen gesetzten Bestimmungen enthalten.

Mit dem Austritte oder Ausschlusse eines Mitgliedes, sowie mit dessen Tode erlöschen, soweit die Satzungen nicht anders bestimmen, alle Ansprüche desselben aus dem Genossenschaftsverhältnisse.

Motive zu Art.11

In Abs. 1 ist bezüglich der Voraussetzungen, unter welchen Mitglieder in die Genossenschaft neu eintreten oder ausgeschlossen werden können, nur vorgeschrieben, dass die Satzungen Bestimmungen hierüber enthalten müssen, das Weitere aber ganz den Genossenschaften selbst überlassen, da zu erwarten ist, dass die Bestimmungen der Satzungen für alle Fälle ausreichen werden und eine Beschränkung der Genossenschaften in dieser Beziehung nicht gerechtfertigt wäre. Bezüglich des freiwilligen Austritts aber erscheint die im ersten Satze des Abs. 2 enthaltene Bestimmung geboten, da es aus höheren Gründen den Genossenschaften nicht gestattet werden darf, Mitglieder, welche austreten wollen, hieran zu hindern. Die weiteren Bestimmungen dieses Artikels kommen nur in so weit zur Anwendung, als nicht in den Satzungen etwas anderes bestimmt ist.

Art.12

Jede Genossenschaft muss einen Vorstand haben. Derselbe kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen. Die Bestellung darf nur auf höchstens zwei Jahre geschehen und ist außerdem jederzeit widerruflich, unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus bestehenden Beträgen.

Besteht der Vorstand nur aus einen Mitglieder, so muss in den Satzungen wegen der etwa nötig werdenden Stellvertretung Vorsorge getroffen werden.

Art. 13

Die jeweiligen Mitglieder des Vorstandes, sowie die allenfallsigen Stellvertreter müssen sofort nach ihrer Bestellung dem Bezirksgerichte zur Eintragung in das Genossenschaftsregister und zur öffentlichen Bekanntmachung unter Beifügung ihrer Legitimation angemeldet werden. Sie haben ihre Unterschrift vor dem Bezirksgerichte zu zeichnen oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen.

Ist eine in der Vorstandschaft eingetretene Änderung nicht in das Register eingetragen und öffentlich bekannt gemacht, so kann die Genossenschaft dieselbe einem Dritten nur dann entgegen setzen, wenn sie beweist, dass die Änderung letzterem beim Abschlusse des Geschäftes bekannt war.

Ist die Eintragung und Bekanntmachung geschehen, so muss ein Dritter die Änderung gegen sich gelten lassen, sofern nicht durch die Umstände die Annahme begründet wird, dass er die Änderung beim Abschlusse des Geschäftes weder gekannt habe, noch habe kennen müssen.

Art. 14.

Der Vorstand hat die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Er hat der Genossenschaft gegenüber die Beschränkungen einzuhalten, welche in den Satzungen oder durch Beschlüsse der Generalversammlung für den Umfang seiner Befugnis zur Vertretung der Genossenschaft festgesetzt sind. Gegen Dritte haben derlei Beschränkungen keine rechtliche Wirkung.

Die Befugnis der Vorstandes zur Vertretung der Genossenschaft erstreckt sich auch auf diejenigen Geschäfte und Rechtshandlungen, für welche nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht erforderlich ist.

Art. 15.

Die Genossenschaft wird durch die von dem Vorstande auf ihren Namen geschlossenen Verträge berechtigt und verpflichtet. Eide, welche von der Genossenschaft zu schwören sind, werden Namens derselben nach Maßgabe der Bestimmungen der Prozessgesetze durch den Vorstand geleistet.

Art. 16.

Der Vorstand hat in der durch die Satzungen bestimmten Form seine Willenserklärung kund zu geben und für die Genossenschaft zu zeichnen. Die Zeichnung geschieht in der Weise, dass die Zeichnenden dem Namen der Genossenschaft oder der Benennung des Vorstandes ihre Unterschrift hinzufügen. Zur gültigen Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Genossenschaft genügt die Behändigung an ein Mitglied des Vorstandes.

Art. 17.

Der Vorstand hat Sorge zu tragen, dass über die Beschlüsse der Generalversammlung, sowie des Vorstandes, sofern dieser aus mehreren Personen besteht, Protokolle aufgenommen, auch die erforderlichen Bücher geführt werden. Er muss in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres die Rechnung des abgelaufenen Geschäftsjahres ablegen.

Die Protokolle und Bücher sind während zehn Jahren, vom Tage der Aufnahme oder des darin geschehenen letzten Eintrage an aufzubewahren.

Zur Entlastung des Vorstandes bei Ablegung der Rechnung können nicht Personen bestellt werden, welche an der Geschäftsführung Teil genommen haben, wohl aber Personen, welchen die Aufsicht über die Geschäftsführung zusteht.

Art. 18.

Mitglieder des Vorstandes, welche die Grenzen ihres Auftrages überschreiten, oder den Vorschriften dieses Gesetzes oder der Satzungen entgegenhandeln, haften persönlich und solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden.

Motive zu Art. 12-18

Dass eine Genossenschaft, welche die Rechte juristischer Personen besitzt, einen Vorstand haben muss, welcher nicht bloß die Geschäfte der Genossenschaft besorgt, sondern auch dieselbe nach Außen vertritt, und dass Alle, welche ein Interesse daran haben, in der Lage sein müssen, sich jeden Augenblick volle Gewissheit darüber, wie der Vorstand bestellt ist, zu verschaffen, ist selbstverständlich. Bezüglich der Bestellung des Vorstandes lässt Art. 12 den Genossenschaften im Allgemeine freie Hand. In der Bestimmung, dass die Bestellung jederzeit widerruflich sei und nur auf höchstens zwei Jahre geschehen dürfe, liegt ein nach gemachten Erfahrungen nötiger Schutz der Genossenschaftsmitglieder und keine Beschränkung der Genossenschaften, da es von ihrem freien Willen abhängt, ob sie von dem ihnen gesetzlich gestatteten Rechte des Widerrufs Gebrauch machen wollen und die Wiederwahl der abgetretenen Vorstandsmitglieder durch das Gesetz in keiner Weise beschränkt ist.

Die Bestimmungen der folgenden Artikel beruhen im Wesentlichen auf den bereits im Handelsgesetzbuche zur Geltung gekommenen Grundsätzen. Die Bestimmung des Abs. 2 des Art. 14 erleichtert den Verkehr und die Rechtsverfolgung. Die Vorschrift, dass nicht nur über die Beschlüsse der Generalversammlung, sondern auch über jene des Vorstandes, wenn dieser aus mehreren Personen besteht, Protokolle zu errichten sind, rechtfertigt sich durch die Erwägung, dass nur in solcher Weise eine geordnete, das Interesse aller Beteiligten wahrende Geschäftsbehandlung möglich ist.

Art. 19.

Ist nach den Satzungen ein Aufsichtsrat (Verwaltungsrat, Ausschuss) bestellt, so hat derselbe den Vorstand und die Genossenschaftsverwaltung überhaupt zu überwachen, die Jahresrechnung zu prüfen und hierüber alljährlich der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Er hat eine Generalversammlung zu berufen, wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich ist.

Handelt es sich um Führung von Prozessen gegen die Mitglieder des Vorstandes, so hat der Aufsichtsrat die Genossenschaft zu vertreten; ist ein Aufsichtsrat nicht bestellt, so wird in diesem Falle die Genossenschaft durch Bevollmächtigte vertreten, welche in der Generalversammlung gewählt werden. In der letzteren Weise ist auch zu verfahren, wenn gegen die Mitglieder des Aufsichtsrates ein Prozess zu führen ist.

Motive zu Art. 19

Der Entwurf überlässt es dem Ermessen einer jeden Genossenschaft, außer dem Vorstande auch noch einen Aufsichtsrat zu bestellen; für den Fall, dass einer solcher Aufsichtsrat bestellt ist, bestimmt Art. 19 die Rechte und Pflichten desselben der Genossenschaft und namentlich dem Vorstande gegenüber. Selbstverständlich können jedoch die Satzungen dem Aufsichtsrate noch weitere Rechte und Pflichten auferlegen, sofern diese Anordnungen nur den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht widerstreiten.

Art. 20.

Die Rechte, welche den Mitgliedern der Genossenschaft in den Angelegenheiten der Genossenschaft, insbesondere in Beziehung auf die Führung der Geschäfte, die Wahl des Vorstandes, der Beamten und des Aufsichtsrates, sowie die Bestellung und Abberufung der Liquidatoren zustehen, werden von der Gesamtheit der Mitglieder in der Generalversammlung ausgeübt.

Art. 21.

Die Berufung der Generalversammlung hat in der durch die Satzungen bestimmten Weise unter Angabe des Zweckes der Versammlung zu erfolgen. Über Gegenstände, deren Verhandlung nicht in dieser Weise angekündigt worden ist, kann in der Generalversammlung ein gültiger Beschluss nicht gefasst werden. Von letzterer Bestimmung ist jedoch der Beschluss über den in einer Generalversammlung gestellten Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung ausgenommen.

Die Generalversammlung ist außer den in den Satzungen ausdrücklich bestimmten Fällen zu berufen, wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich erscheint.

Sie muss sofort berufen werden, wenn mindestens der zehnte Teil der Mitglieder der Genossenschaft in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe an den Vorstand unter Anführung des Zweckes und der Gründe darauf anträgt. Ist in den Satzungen das Recht, die Berufung der Generalversammlung zu verlangen, einem geringeren Teile der Genossenschaftsmitglieder beigelegt, so hat es hierbei sein Bewenden.

Art. 22.

Enthalten die Satzungen keine anderen Bestimmungen, so hat in der Generalversammlung jedes Mitglied der Genossenschaft eine Stimme.

Die Generalversammlung ist nur beschlussfähig, wenn wenigstens ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder persönlich oder durch Bevollmächtigte erschienen ist.

Bei Genossenschaften, in denen das Stimmrecht der Mitglieder nicht gleich, sondern nach Verhältnis ihrer Beiträge zum Genossenschaftszwecke oder aus anderen Gründen verschieden ist, wird das zur Beschlussfassung erforderliche Viertel der stimmberechtigten Mitglieder nicht nach der Personenzahl, sondern nach der für das Stimmrecht maßgebenden Norm berechnet.

Ist auf die erste Berufung zur Generalversammlung eine beschlussfähige Anzahl von Mitgliedern nicht erschienen, so findet eine abermalige Berufung statt, und es ist alsdann die Beschlussfähigkeit der Generalversammlung von der Anzahl der erschienenen Mitglieder nicht weiter abhängig.

Enthalten die Satzungen keine andere Bestimmung, so ist zu Beschlüssen, durch welche eine Änderung der Satzungen vorgenommen oder die Genossenschaft aufgelöst wird, eine Mehrheit von zwei Drittteilen der Stimmen der persönlich oder durch Bevollmächtigte erschienenen Mitglieder erforderlich.

Motive zu Art. 20-22

Diese Artikel bestimmen, dass die Gesamtheit der Genossenschaftsmitglieder die ihr nach dem Wesen der Genossenschaft und nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zustehenden Rechte in der Generalversammlung auszuüben hat. Die näheren Bestimmungen bezüglich der Art und Weise der Berufung und Abhaltung einer Generalversammlung, sowie des Stimmenverhältnisses in derselben ist im Allgemeinen dem Ermessen einer jeden Genossenschaft anheimgestellt und sind in Art. 21 und 22 nur einige wenige nach den gemachten Erfahrungen zum Schutze der einzelnen Genossenschaftsmitglieder als nötig erkannten, sowie solche Bestimmungen getroffen, welche die Satzungen, falls dieselben darüber nichts enthalten, ergänzen.

Art. 23.

Der Vorstand ist zur Beobachtung und Ausführung aller Bestimmungen der Satzungen und der in Gemäßheit derselben von der Generalversammlung gültig gefassten Beschlüsse verpflichtet und dafür der Genossenschaft verantwortlich.

Jedem Mitgliede der Genossenschaft muss die Einsicht der über die Beschlüsse der Generalversammlung aufgenommenen Protokolle gestattet werden.

Motive zu Art. 23.

Die Bestimmungen dieses Artikels bedürfen keiner Begründung, da sie sich aus dem Wesen der Genossenschaft, insbesondere aus dem Verhältnisse des Vorstandes zu dieser ergeben.

Art. 24.

Für die einer Genossenschaft gegen Dritte obliegenden Verbindlichkeiten haftet, wenn die Haftpflicht der Mitglieder zum Voraus beschränkt ist, nur das Genossenschaftsvermögen. Ist die Haftpflicht unbeschränkt, so haften im Falle der Unzulänglichkeit des Genossenschaftsvermögens die Mitglieder solidarisch.

Art. 25.

Wer einer Genossenschaft, bei welcher einer unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder besteht, beitrifft, haftet gleich den anderen Mitgliedern auch für alle von der Genossenschaft vor seinem Eintritte eingegangenen Verbindlichkeiten. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist gegen Dritte ohne Wirkung.

Die durch Austritt oder Aschkuss ausgeschiedenen Mitglieder mit unbeschränkter Haftpflicht, desgleichen die Erben solcher verstorbenen Mitglieder haften für alle von der Genossenschaft bis zur Zeit des Ausscheidens oder Todes des Mitgliedes gegen Dritte eingegangene Verbindlichkeiten.

Motive zu Artikel 24. und 25.

Der vorliegende Entwurf unterscheidet, wie schon aus Artikel 2. ersichtlich ist, zwischen Genossenschaften, bei welchen die Verpflichtung der Mitglieder zu Beiträgen im Voraus auf einen bestimmten Umfang beschränkt ist, und zwischen solchen, bei wel-

chen sich diese Verpflichtung ohne solche Beschränkung nach dem Bedarfe richtet.³ Mit Rücksicht auf diese Unterscheidung ist in den Art. 24 und 25 bezüglich der Haftpflicht für die einer Genossenschaft gegen Dritte obliegenden Verbindlichkeiten das Nähere bestimmt, während bezüglich der Verpflichtungen der Mitglieder gegen die Genossenschaft selbst das Erforderliche in Art. 10. vorgesehen ist. Dass die bezüglich der Haftpflicht gegen Dritte hier getroffenen Bestimmungen durch die den Dritten schuldigen Rücksichten geboten sind, bedarf wohl keines weiteren Nachweises.

Art. 26.

Die Privatgläubiger eines Mitgliedes sind nicht befugt, zum Behufe ihrer Befriedigung oder Sicherstellung die zu dem Vermögen der Genossenschaft gehörigen Sachen, Forderungen oder Rechte, oder einen Anteil daran in Anspruch zu nehmen. Gegenstand der Vollstreckung des Arrestes oder der Beschlagnahme kann für sie nur dasjenige sein, was das Mitglied selbst zu fordern berechtigt ist oder ihm bei der Auseinandersetzung zukommt.

Art. 27.

Eine Kompensation zwischen Forderungen der Genossenschaft und Privatforderungen eines Genossenschaftsschuldners gegen ein einzelnes Mitglied findet während der Dauer der Genossenschaft weder ganz noch teilweise statt; nach Auflösung der Genossenschaft ist sie zulässig, soweit die Genossenschaftsforderung dem Mitgliede bei der Vermögensteilung überwiesen worden ist.

Motive zu Art. 26 und 27

Diese Artikel sind Ausfluss des Grundsatzes, dass es sich hier um Genossenschaften handelt, welche die Rechte juristischer Personen, mithin von dem Vermögen der einzelnen Mitglieder getrenntes, selbstständiges Vermögen besitzen.

Art. 28.

Die Genossenschaft wird aufgelöst:

- 1) durch den Ablauf der in den Satzungen bestimmten Zeit ihrer Dauer;
- 2) durch einen notariell beurkundeten Beschluss der Generalversammlung
- 3) durch die in Gemäßheit des Art. 9 des Gesetzes über Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 erfolgte Schließung;
- 4) durch die in Gemäßheit des Art. 29. erfolgte gerichtliche Auslösung;
- 5) durch Eröffnung der Gant.

Motive zu Artikel 28

bezeichnet die Fälle, in welchen eine Genossenschaft aufgelöst wird.

Eine jede Genossenschaft entsteht durch freies Übereinkommen ihrer Mitglieder. Deshalb muss es auch dem freien Willen der Mitglieder überlassen bleiben, die Dauer der Genossenschaft auf eine bestimmte Zeit zu beschränken oder dieselbe wieder aufzulö-

³ VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/68 Beil. Bd. 3., S. 374.

sen. Hiervon handeln die Ziff. 1 und 2, während sich die folgenden Ziffern auf die von dem Willen der Mitglieder unabhängige Auflösung der Genossenschaften beziehen.

Ziff. 3 findet nur auf Genossenschaften Anwendung, die zugleich politische Vereine sind und bedarf in dieser Beschränkung keiner weiteren Begründung, da es sich wohl von selbst versteht, dass im Falle der in Gemäßheit des Art. 19 des Vereinsgesetzes erfolgten Schließung die Genossenschaft nicht mehr fortbestehen kann.

Ziff. 4 ist im folgenden Artikel näher zu besprechen und Ziff. 5 bedarf wohl keiner näheren Begründung.

Art. 29.

Genossenschaften können auf Betreiben des Staatsanwalts durch richterliches Urteil aufgelöst werden, wenn sie sich gesetzwidriger Handlungen oder Unterlassungen, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, schuldig machen oder andere als die in ihren im Genossenschaftsregister eingetragenen Satzungen bezeichneten Zwecke verfolgen.

Zuständig ist das Bezirksgericht, in dessen Sprengel die Genossenschaft ihren Sitz hat.

Das Verfahren ist gegen den Vorstand der Genossenschaft zu richten und es finden hierbei sowie bezüglich der Rechtsmittel die für die Untersuchung und Aburteilung der Vergehen geltenden Vorschriften Anwendung.

Motive zu Art. 29.

Nach Art. 2 muss der Zweck der Genossenschaft in den dem Gerichte vorzulegenden Satzungen angegeben sein und nach Art. 7 muss jede Änderung der Satzungen, also auch jede Änderung des Zweckes der Genossenschaft, dem Gerichte zur Eintragung in das Genossenschaftsregister durch Vorlage der betreffenden Urkunde angezeigt werden. Es ist dies schon um deswillen nötig, weil das Gesetz die Eintragung nur dann gestattet, wenn der Zweck der Genossenschaft ein erlaubter ist, das Gericht also in der Lage sein muss, diesen Punkt zu prüfen. Aus der angeführten Vorschrift folgt aber, dass es den Genossenschaften nicht gestattet sein darf, andere als die in den Genossenschaftsregistern bezeichneten Zwecke zu verfolgen und es rechtfertigt sich damit auch die Bestimmung, dass ihre Auflösung erfolgen kann, wenn sie diesen gesetzlichen Vorschriften zuwiderhandeln.

Durch die Bestimmung, dass die Auflösung nur durch Urteil des betreffenden Bezirksgerichts erfolgen kann, sowie durch die Vorschriften über das Verfahren und die Rechtsmittel ist volle Garantie gegen Willkür gegeben.

Art. 30.

Ergibt sich aus den Büchern der Genossenschaften, dass das Vermögen derselben zur Befriedigung der Gläubiger nicht ausreicht, so hat der Vorstand unter eigener Verantwortlichkeit sofort eine Generalversammlung, der über die Lage der Genossenschaft genaue Mitteilung zu machen ist, zu berufen und, falls nicht binnen acht Tagen nach der abgehaltenen Generalversammlung der Ausfall gedeckt wird, bei dem Bezirksgerichte mit Antrag auf Ganteröffnung die Unzulänglichkeit des Genossenschaftsvermögens anzuzeigen.

Motive zu Art. 30

Nach den gemachten Erfahrungen sind zur Sicherung der Gläubiger Bestimmungen nötig, welche die allzu lange Verheimlichung der Überschuldung einer Genossenschaft verhindern.

Art. 31.

Die Auflösung der Genossenschaft muss, wenn sie nicht eine Folge der eröffneten Gant ist, durch den Vorstand zur Eintragung in das Genossenschaftsregister angemeldet und zu drei verschiedenen Malen durch die für die Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blätter bekannt gemacht werden.

Mit dieser Bekanntmachung müssen zugleich die Gläubiger der Genossenschaft zur Liquidation ihrer Ansprüche aufgefordert werden. Die aus den Büchern der Genossenschaft ersichtlichen Gläubiger sind außerdem persönlich aufzufordern, sich zu melden.

Vorerwähnte Anmeldung und Bekanntmachung hat, wenn die Auflösung der Genossenschaft eine Folge der in Gemäßheit des Art.19 des Gesetzes über Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 verfügten Schließung oder der in Gemäßheit des Art. 29. erfolgten richterlichen Auflösung ist, erst nach eingetretener Rechtskraft der betreffenden Verfügung zu geschehen.

Motive zu Art. 31

Wie die Gründung, so muss natürlich auch die Auflösung einer Genossenschaft zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden.

Die Abs. 2 und 3 bedürfen wohl keiner näheren Begründung.

Art. 32.

Vorstandsmitglieder, welche den ihnen nach Art.30 und 31. obliegenden Verpflichtungen nicht nachkommen, sind an Geld bis zu eintausend Gulden zu bestrafen.

Motive zu Art.32

Die Festsetzung dieser Strafe rechtfertigt sich durch die Rücksicht auf den großen Nachteil, der aus der Nichtbeobachtung der Bestimmungen der beiden vorhergehenden Artikel entstehen kann.

Art. 33.

Ist über das Vermögen einer Genossenschaft Gant verfügt worden, so hat das Gantgericht das betreffende Erkenntnis von Amtswegen in das Genossenschaftsregister einzutragen. Eine Bekanntmachung dieser Eintragung findet nicht statt.

Motive zu Art.33

Diese Bestimmung bedarf keiner Rechtfertigung. Eine besondere Bekanntmachung ist nicht nötig, weil die erforderlichen Ausschreiben im Gantverfahren erfolgen.

Art.34.

Nach Auflösung der Genossenschaft, außer dem Falle der Gant, erfolgt die Liquidation durch den Vorstand, wenn nicht dieselbe durch die Satzungen oder durch einen Beschluss der Generalversammlung andern Personen übertragen ist.

Die Bestellung der Liquidatoren ist jederzeit widerruflich.

Motive zu Art. 34

Dass alsbald nach Auflösung einer Genossenschaft behufs Feststellung des Vermögensstandes zur Auseinandersetzung geschritten werden muss, ist selbstverständlich. Ist die Auflösung durch die Eröffnung der Gant erfolgt, so geschieht dies im Gantverfahren, anderen Falles durch die Liquidation.

Der Entwurf überlässt, dem ihm zu Grunde liegenden Prinzipie entsprechend, die Bestimmung darüber, ob die Liquidation durch den Vorstand oder durch besondere Liquidatoren zu erfolgen hat, dem Ermessen der Genossenschaft.

Art.35.

Der Vorstand hat die Liquidatoren, den Austritt eines Liquidators oder das Erlöschen des Auftrages eines solchen zur Eintragung in das Genossenschaftsregister und zur öffentlichen Bekanntmachung nach Maßgabe der in Art. 13. Abs. 1 für die Anzeige der Mitglieder des Vorstandes enthaltenen Vorschriften anzumelden. Die Folgen der geschehenen oder nicht geschehenen Eintragung und Bekanntmachung bestimmen sich nach den Vorschriften des Art.13 Abs. 2 und 3 über die Folgen der geschehenen oder nicht geschehenen Eintragung und Bekanntmachung einer Änderung der Mitglieder des Vorstandes.

Motive zu Art. 35

Da die Liquidatoren in verschiedener Hinsicht an die Stelle des Vorstandes treten, so müssen bezüglich ihrer die Bestimmungen des Art. 13 Platz greifen.

Art. 36.

Sind mehrere Liquidatoren vorhanden, so können sie die zur Liquidation gehörigen Handlungen nur in Gemeinschaft vornehmen,soferne nicht durch die Satzungen oder die Generalversammlung etwas Anderes bestimmt ist. Die Zeichnung seitens der Liquidatoren geschieht in der Weise, dass sie dem bisherigen Genossenschaftsnamen ihren Namen beifügen, wobei jedoch die Genossenschaft als in Liquidation befindlich bezeichnet werden muss.

Motive zu Art. 36

Dieser Artikel bedarf keiner näheren Begründung.

Art. 37.

Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte zu beenden, die Verpflichtungen der aufgelösten Genossenschaft zu erfüllen, die Forderungen derselben einzuziehen und das Vermögen der Genossenschaft zu verwerten. Die Veräußerung unbeweglicher Sachen können sie ohne Zustimmung der Generalversammlung nur im Wege der öffent-

lichen Versteigerung bewirken. Sie haben die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten; sie können für dieselbe Vergleiche schließen und Kompromisse eingehen. Zur gültigen Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Genossenschaft genügt die Behändigung an einen der Liquidatoren.

Eine Beschränkung des Umfangs dieser Geschäftsbefugnisse der Liquidatoren hat gegen Dritte keine rechtliche Wirkung.

Motive zu Art. 37

Hier ist der Wirkungskreis der Liquidatoren, mit Rücksicht auf das Wesen der Liquidation und den Umstand, dass die Liquidatoren, soweit dies zur Liquidation nötig ist, an die Stelle des Vorstandes zu treten haben, näher bestimmt.

Die Bestimmungen des Abs.2 erscheint im Interesse der allgemeinen Rechtssicherheit notwendig.

Art.38.

Auch nach Auflösung der Genossenschaft kann über deren Vermögen die Gant eröffnet werden, sofern die Liquidation und Verteilung des Genossenschaftsvermögens noch nicht erfolgt ist.

Die Liquidatoren haben, wenn sie sich überzeugen, dass das Vermögen der Genossenschaft zur Befriedigung der Gläubiger derselben nicht ausreicht, die nämlichen Verpflichtungen, welche Art.30 für diesen Fall dem Vorstande der Genossenschaft auferlegt.

Motive zu Art. 38

Da eine Überschuldung des Genossenschaftsvermögens oft erst in Folge der Liquidation ersichtlich wird, so muss auch bis dahin noch die Ganteröffnung gestattet werden.

Art. 39.

In Folge der Eröffnung der Gant über das Vermögen einer Genossenschaft ist zugleich über das Privatvermögen eines jeden persönlich haftenden Mitgliedes durch das Bezirksgericht, bei welchem dasselbe seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, die Gant zu eröffnen, wenn ein Genossenschaftsgläubiger dieses beantragt.

Die Genossenschaftsgläubiger können wegen des ihnen in der Gant der Genossenschaft drohenden Ausfalles gleichzeitig in den Ganten der persönlich haftenden Mitglieder als Gläubiger auftreten.

In wie weit und in welchem Verhältnisse sie aus den einzelnen Vermögensmassen zu befriedigen seien und diesen letzteren wegen gänzlicher oder teilweiser Befriedigung derselben er Rückgriff gegen die übrigen zustehe, ist nach der Gant- und Prioritätsordnung und den sonst zur Anwendung kommenden Gesetzen zu beurteilen.

Motive zu Art. 39

Diese dem Einführungsgesetze zum Handelsgesetzbuche entnommene Bestimmung ist notwendig, weil die persönlich haftenden Mitglieder einer Genossenschaft, d.h. Die Mitglieder mit unbeschränkter Haftpflicht im Falle der Unzulänglichkeit des Genos-

schaftsvermögens mit ihrem persönlichen Vermögen solidarisch einzustehen habe.
(Art. 24)

Art. 40.

Die Liquidatoren haben der Genossenschaft gegenüber bei der Geschäftsführung den von der Generalversammlung gefassten Beschlüssen Folge zu geben.

Dieselben haben die schließliche Auseinandersetzung unter den Mitgliedern der Genossenschaft herbei zu führen.

Das nach Bezahlung der Schuldner übrig bleibende Vermögen der aufgelösten Genossenschaft ist, sofern die Satzungen nicht etwas Anderes festsetzen, oder das Vermögen von einem Dritten nicht zu bestimmten Zwecken gegeben worden ist, unter die zur Zeit der Auflösung vorhandenen Mitglieder gleichheitlich zu verteilen.

Motive zu Art. 40

bedarf keiner näheren Erläuterung.

Art. 41.

Die Verteilung des Vermögens darf nicht eher vollzogen werden, als nach Ablauf eines Jahres von dem Zeitpunkte an, an welchem die Bekanntmachung der Auflösung der Genossenschaft in den hiezu bestimmten Blättern zum dritten Male erfolgt ist.

Habe sich die aus den Büchern der Genossenschaft ersichtlichen Gläubiger der an sie ergangenen besonderen Aufforderung ungeachtet nicht gemeldet, so ist der Betrag ihrer Forderungen gerichtlich zu hinterlegen.

Liquidatoren, welche diesen Vorschriften entgegen handeln, sind zur Erstattung der geleisteten Zahlungen solidarisch verpflichtet.

Motive zu Art. 41

Die Bestimmung dieses Artikels ist durch die auf die Gläubiger einer Genossenschaft zu nehmende Rücksicht geboten.

Art. 42.

Nach Beendigung der Liquidation sind die Bücher und Schriften der aufgelösten Genossenschaft an einem sicheren Orte, welcher von dem Bezirksgerichte zu bestimmen ist, zu hinterlegen und zehn Jahre lang aufzubewahren.

Die Mitglieder der Genossenschaft und ihre Rechtsnachfolger behalten das Recht auf Einsicht und Benützung der Bücher und Papiere.

Motive zu Art. 42.

Diese Bestimmung erscheint nötig, weil mit der Auflösung einer Genossenschaft nicht auch alle rechtlichen Beziehungen zu derselben erlöschen.

Art. 43.

Ungeachtet der Auflösung der Genossenschaft kommen bis zur Beendigung der Liquidation in Bezug auf die Rechtsverhältnisse der bisherigen Mitglieder unter einander, sowie zu dritten Personen die Vorschriften dieses Gesetzes zur Anwendung, soweit sich

nicht aus den Bestimmungen desselben und aus dem Wesen der Liquidation ein Anderes ergibt. Der Gerichtsstand, welchen die Genossenschaft zur Zeit ihrer Auflösung hatte, bleibt bis zur Beendigung der Liquidation.

Motive zu Art. 43

Die hier vorgeschlagenen Bestimmungen erleichtern die Liquidation und finden zudem in dem Umstande ihre Rechtfertigung, dass bis zur Beendigung der Liquidation noch ein selbstständiges Genossenschaftsvermögen besteht.

Art. 44.

Klagen gegen ein Mitglied aus Ansprüche an die Genossenschaft verjähren in zwei Jahren nach Auflösung der Genossenschaft oder, wenn dieses Mitglied schon vorher durch Austritt, Ausschluss oder Tod aus der Genossenschaft ausgeschieden ist, nach seiner Ausscheidung, sofern nicht nach der Beschaffenheit der Forderung eine kürzere Verjährung eintritt oder eine bereits angefangene Verjährung früher vollendet wird.

Die Verjährung beginnt mit dem Zeitpunkte, an welchem die Auflösung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister eingetragen oder das Ausscheiden beziehungsweise die Ausschließung des Mitgliedes dem Bezirksgerichte angezeigt ist, oder wenn die Forderung erst später rechtlich geltend gemacht werden kann, mit diesem Zeitpunkte.

Art. 45.

Die Verjährung zu Gunsten eines ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Mitgliedes wird nicht durch Rechtshandlungen gegen ein anderes Mitglied, wohl aber durch Rechtshandlungen gegen die fortbestehende Genossenschaft unterbrochen.

Ebenso wird die Verjährung zu Gunsten eines bei der Auflösung der Genossenschaft zu derselben noch gehörigen Mitgliedes nicht durch Rechtshandlungen gegen ein anderes Mitglied, wohl aber durch Rechtshandlungen gegen die Liquidatoren oder die Gantmasse unterbrochen.

Motive zu Art.44-45.

Diese Artikel handeln von der Verjährung der Klagen gegen Genossenschaftsmitglieder aus Ansprüchen an die Genossenschaft. In Übereinstimmung mit dem preußischem Gesetze vom 27. März 1867 und entgegen den Bestimmungen des Art. 146 Handelsgesetzbuches wurde eine zweijährige Verjährungsfrist festgesetzt, da dieselbe für die Gläubiger zur Geltendmachung ihrer Ansprüche genügend erscheint und eine weitere Ausdehnung derselben den Genossenschaftsmitgliedern möglicherweise großen Nachteil bringen kann.

Durch die Natur der Sache wird es zudem gerechtfertigt, die Verjährung erst mit den in Abs.2 des Art. 44 angegebenen Zeitpunkten beginnen zu lassen.

Nach Art. 24 haften die Genossenschaftsmitglieder mit unbeschränkter Haftpflicht nur im Falle der Unzulänglichkeit des Genossenschaftsvermögens. Der Gläubiger einer Genossenschaft muss also sein Recht zunächst gegen letztere geltend machen. Hieraus folgt, dass die Verjährung gegen die einzelnen Mitglieder auch durch Rechtshandlungen, welche der Gläubiger gegen die Genossenschaft oder ihre Vertreter vornimmt, un-

terbrochen wird. Dagegen kann zur Unterbrechung der Verjährung gegen ein Mitglied eine Rechtshandlung gegen ein anderes Mitglied nicht als genügend erachtet werden, da es dem Gläubiger freisteht, gegen sämtliche Mitglieder zu gleich vorzugehen.

Art. 46.

Die Genossenschaftsregister und die Einträge in dieselben, die Anmeldungen der bestellten Vorstände und Liquidatoren, die nach Art. 6 einzureichenden Mitgliederverzeichnisse und zu erstattenden Anzeigen, sowie die über deren Vorlage stattfindenden Beurkundungen, endlich die zum Zwecke der vorgeschriebenen Veröffentlichungen zu fertigenden Auszüge aus den Satzungen und dem Genossenschaftsregister sind tax- und stempelfrei.

Im Übrigen kommen in Beziehung auf Stempel, Taxen und sonstige Gebühren die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.

Motive zu Art. 46

Diese im Wesentlichen in Übereinstimmung mit Art. 29 des Vereinsgesetzes stehende Bestimmung bietet den Genossenschaften eine Erleichterung und bedarf wohl keiner näheren Begründung.

Art. 47.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes über die Gant finden auf die Pfalz keine Anwendung.

Motive zu Art. 47

Dieser Artikel ist nötig, weil in der Pfalz ein Gantverfahren im Sinne des diesrheinschen Rechts nicht besteht.

Art. 48.

An den Bestimmungen der II. Verfassungsbeilage und des Gesetzes vom 26. Februar 1850, die Versammlungen und Vereine betreffend, wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Die Rechtsverhältnisse der Bergbaugewerkschaften und der Knappschaftsvereine, desgleichen die Rechtsverhältnisse der auf besonderen Gesetzen oder Verordnungen beruhenden Pensions- und Unterstützungsvereine für Staats- und öffentliche Diener, Militärpersonen, Geistliche, Notare, Advokaten und sonstige in ähnlichen Verhältnissen stehende Personen und deren Hinterbliebene sind nach den betreffenden Gesetzen und Verordnungen zu beurteilen.

Motive zu Art. 48

An den Bestimmungen der zweiten Verfassungsbeilage kann schon wegen ihrer Eigenschaft als Verfassungsbestimmungen und wegen ihres untrennbaren Zusammenhangs mit anderen Bestimmungen der Verfassungsurkunde, außerdem aber wegen des überwiegenden öffentlichen Charakters aller Religionsgesellschaften durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert werden. Das Vereinsgesetz aber hat eine ganz andere Aufgabe,

als das vorliegende Gesetz sich mit den Privatrechtsverhältnissen der Genossenschaften zu beschäftigen hat.

Bei den in Abs. 2 aufgezählten Vereinigungen bestehen ganz besondere Verhältnisse, es fehlt ihnen namentlich vielfach die bei den hier behandelten Genossenschaften als wesentlich vorausgesetzte Eigenschaft der freien Willensbestimmung sowohl bei ihrer Bildung als auch bei ihrer Verwaltung. Auf sie können deshalb die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes keine Anwendung finden.

Art. 49.

Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung im Gesetzblatts beziehungsweise Amtsblatte der Pfalz in Wirksamkeit. An den Rechten derjenigen Genossenschaften, welche die juristische Persönlichkeit bereits früher erworben haben, wird durch dasselbe nichts geändert.

Motive zu Art. 49

Dass die Rechte derjenigen Genossenschaften, welche schon früher die juristische Persönlichkeit erworben haben, durch das gegenwärtige Gesetz nicht beeinträchtigt werden dürfen, ist wohl selbstverständlich.

d. 1868 Dez. 23: Denkschrift des pfälzischen Genossenschaftsverbandes: „Die bayerischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihr Verhältnis zum Regierungsentwurf eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes

(Zweibrücken Dez. 1868) (BayHStA Landtag 3661)

Nachdem die Notwendigkeit, die Privatrechtsverhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Bayern, welche in neuerer Zeit einen so erfreulichen Aufschwung genommen, durch ein besonderes Gesetz zu regeln, früher schon vielfach hervorgehoben und im Jahr 1865 durch beide Kammern des Landtags anerkannt worden war, hat die kgl. Staatsregierung am 24. Januar 1868 bei der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzesentwurf eingebracht, durch welche die Privatrechtsverhältnisse aller „Genossenschaften“ angeordnet werden sollen.

Da es nun in jeder Beziehung wünschenswert ist, dass diejenigen, für welche ein Gesetz vorzugsweise bestimmt ist, im gegebenen Falle also die Genossenschaften selbst, vor Erlass des Gesetzes die Bestimmungen derselben prüfen und ihre Ansicht über die Zweckmäßigkeit derselben kundgeben und zur Geltung zu bringen suchen, so haben auch die Vorschussvereine, welche den „pfälzischen Genossenschaftsverband“ bilden, den Entwurf des Genossenschaftsgesetzes auf ihrem Verbandstage beraten und beschlossen, ihren Standpunkt in einer besonderen Denkschrift, deren Ausarbeitung dem Verbandsdirektor übertragen wurde, vertreten zu lassen. (Anm.: Der pfälzische Genossenschaftsverband besteht zur Zeit aus 16 Vereinen, nämlich den Vorschussvereinen in Blieskastel, Dürkheim, Edenkoben, Frankenthal, Grünstadt, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Lambrecht, Landau, Ludwigshafen, Neustadt, Quirnbach, Speyer, St. Ingbert,

Winnweiler, und Zweibrücken. Von diesen Vereinen sind 4 erst im Jahr 1868, die meisten erst in den letzten 5 Jahren, die zwei ältesten erst im Jahr 1862 gegründet worden. Die 12 Vereine, welche schon im Jahr 1867 bestanden, zählten am Ende dieses Jahres 2162 Mitglieder und vermittelten in diesem Jahre einen Umsatz von nahezu 11 Millionen Gulden.)

I.

Der von der kgl. Staatsregierung vorgelegte Entwurf lehnt sich im Allgemeinen an das preußische Genossenschaftsgesetz an, das am 27. März 1867 publiziert wurde und am 4. Juli 1868 mit wenigen Abänderungen im ganzen Gebiete des norddeutschen Bundes Geltung erhielt, in welchem es am 1. Januar 1869 in Kraft tritt und weicht nur in wenigen, aber allerdings prinzipiellen, Punkten von demselben ab.

Deshalb ergibt sich von selbst die Aufgabe, diese Abweichungen und ihre Notwendigkeit zu prüfen. Es ist aber aus demselben Grunde auch notwendig, die Art und Weise, wie das preußische Genossenschaftsgesetz entstanden ist, näher ins Auge zu fassen.

Schon im Jahr 1860, zu welcher Zeit das Genossenschaftswesen in Deutschland bereits in hoher Blüte stand, obgleich es sich später erst recht nach allen Seiten hin ausbreitete,

(Anm.: In seinem letzten Jahresberichte konnte Schulze-Delitzsch die Zahl der auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Deutschland auf 1900 mit 550,000 Mitgliedern anschlagen und berechnen, dass die Summe der von diesen Vereinen vermittelten Geschäfte im Jahre 1867 150-155 Millionen Taler, der Kassenumsatz weit über das Doppelte betrug)

machte Schulze-Delitzsch den deutschen Genossenschaften Vorschläge zur Abhilfe der sich fühlbar geltend machenden Unsicherheit in deren privatrechtlicher Stellung und legte dem allgemeinen Vereinstag einen Entwurf zu einem Genossenschaftsgesetze vor, der den damaligen englischen Einrichtungen nachgebildet war und einfach die Erleichterung der Legitimation bei Rechtsgeschäften und Prozessen bezweckte. Nachdem im Jahr 1861 das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch zu Stande gekommen und in den meisten deutschen Staaten eingeführt worden war, in welchen die Verhältnisse aller Arten von Handelsgesellschaften eine gesetzliche Regelung erhalten hatten verließ derselbe aber den früher eingeschlagenen Weg. Er erkannte die nahe Verwandtschaft, die zwischen den eigentlichen Handelsgesellschaften und den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften besteht und sah ein, es sei das Beste, dass die Gesetzgebung diese letzteren als eine besondere und eigentümliche Gesellschaftsform anerkenne und den Handelsgesellschaften gleichstelle. Deshalb arbeitete er im Jahr 1862 im Anschluss an die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und zwar „gleichsam als zusätzlicher Abschnitt zu demselben, in welchem eine darin übersehene, oder doch jedenfalls verwandte Gesellschaftsform behandelt werden sollte,“ den Entwurf zu einem vollständigen Genossenschaftsgesetze aus. Er fand, wie er sagt, „im Handelsgesetzbuche selbst die Handhabe, um den Genossenschaften einerseits die den Handelsgesellschaften gebotenen großen Vorteile zu sichern, andererseits die für sie unerfüllbaren Bedingungen, an welche dieses Vorteile geknüpft sind, ihren Verhältnissen anzupassen.“

Da aber bezüglich der Stellung nach Außen, der Haftbarkeit der Mitglieder für die Vereinsschulden etc. die im Handelsgesetzbuch enthaltenen Bestimmungen über die offenen Handelsgesellschaften, dagegen in Beziehung auf die inneren Verhältnisse, die Verwaltung der Vereinsangelegenheiten, die Beschlussfassung und den Ein- und Austritt der Mitglieder die Bestimmungen über die Aktiengesellschaften am besten für die Verhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften passen, so gelangte derselbe zu einer Kombination dieser Bestimmungen, welche in Verbindung mit den durch die eigentümliche Natur derselben, als Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, bedingten Ansprüchen dem vorhandenen Bedürfnisse vollkommen entspricht.

(Anm.: Bei der Darlegung des Gedankenganges, den Schulze-Delitzsch leitete, wurden dessen Mitteilungen, welche gewisser Maßen als Motive zu dem preußischen Gesetze gelten können, meist wörtlich wiedergegeben, wie dies auch später, wo auf dessen Kritik des bayerischen Gesetzentwurfes Bezug genommen wird, geschehen soll. Ausführlichere Mitteilungen über die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und die Rechtfertigung der wichtigsten Prinzipien, auf welchen dasselbe beruht, finden sich in dessen Schrift: „Vorschuss- und Kreditvereine als Volksbanken“ und L. Parisius Kommentar zum preußischen Genossenschaftsgesetz.)

Der von Schulze-Delitzsch ausgearbeitete Entwurf wurde denn auch nicht bloß von dem allgemeinen Vereinstag deutscher Genossenschaften gut geheissen, sondern nachdem derselbe im preußischen Abgeordnetenhaus durch eine Kommission, in welcher auch praktische erfahrene Genossenschaftler vertreten waren, nochmals beraten worden war, legte auch die preußische Regierung, die Anfangs demselben entgegen getreten war, die Vorarbeiten von Schulze-Delitzsch und der Kommission dem Gesetzesentwurf zu Grund, den sie bei dem Landtag einbrachte und aus dem dann das preußische Genossenschaftsgesetz hervorging. Schulze-Delitzsch ist also, wie der Gründer der deutschen Genossenschaften überhaupt, so auch der Vater des preußischen Genossenschaftsgesetzes und des aus diesem hervorgegangenen und gleichfalls von ihm angeregten norddeutschen Bundesgesetzes. Es ist aber auch dieses Gesetz zugleich von dem allgemeinen deutschen Genossenschaftsverband, bei dem weitaus die meisten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vertreten sind, wiederholt als den Verhältnissen entsprechend anerkannt worden und in kurzer Zeit werden die im Gebiete des norddeutschen Bundes bestehenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wohl die durch das Gesetz bedingten Abänderungen in ihren Statuten beendet und die Eintragung in die Genossenschaftsregister bewirkt haben. Ja es ist ein großer Teil der in dem Gesetze enthaltenen Bestimmungen nur das Resultat der Erfahrungen, welche auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens gemacht wurden und haben viele Bestimmungen, die sich schon vorher in den Statuten der Genossenschaften vorfanden und über welche man sich in dem vielfachen Meinungsaustausch, der regelmäßig stattfindet, bereits früher geeinigt hatte, nur gesetzliche Sanktionen erhalten.

Unter diesen Umständen darf es wohl nicht erstaunen, wenn die in Bayern bestehenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften den dringenden Wunsch hegen, es möge das aus dem Kreise der Genossenschaften selbst hervorgegangene, vielfach der Kritik

unterworfenen und schließlich alle Beteiligte zufriedenstellende, ja bereits erprobte Gesetz, wie es heute im norddeutschen Bundesgebiet Geltung hat, auch in Bayern möglichst unverändert eingeführt werden. Es wird niemand verletzten, wenn dieselben der Ansicht sind, dass der Vater der deutschen Genossenschaften, der sich die Fortentwicklung derselben zur eigentlichen Lebensaufgabe gemacht hat, die Bedürfnisse derselben am besten zu beurteilen und ihnen am ersten die richtige Stellung auf dem Gebiete der Gesetzgebung anzuweisen vermag. Sowie die preußische Regierung, trotz anfänglichen Widerstrebens und trotz politischer Antipathien dies schließlich anerkannt hat, so wird sich wohl auch bei uns diese Anschauung Bahn brechen.

Es ist aber nicht allein diese Überzeugung, dass das preußische Gesetz im Wesentlichen den Bedürfnissen der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vollkommen entspricht, weil es aus einer richtigen Auffassung der Lebensbedingungen derselben entsprungen ist, welche die pfälzischen Genossenschaften bestimmt hat, für die möglichst unveränderte Einführung derselben einzutreten. Es sprechen hierfür vielmehr noch Gründe von ganz anderer Art.

Die deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche aus einer und derselben Wurzel entsprungen sind, bilden ein Ganzes; sie sind Glieder eines allgemeinen, sich über ganz Deutschland erstreckenden Verbandes, der sich wieder in besondere Unterverbände gliedert und die rasche Ausdehnung sowie die fortschreitende Entwicklung derselben hat nicht zum kleinsten Teil ihren Grund in dieser Organisation, in der lebhaften Geschäftsverbindung, sowie in dem fruchtbaren Meinungs Austausch, welche zwischen ihnen stattfinden, und wenn die Bedingungen des gemeinsamen Handels bleiben, noch eine bedeutende Steigerung erfahren können. Unter diesen Bedingungen befindet sich aber auch die, dass dieselbe Grundlage festgehalten wird und die Fortentwicklung in derselben Richtung stattfindet, und eine der wichtigsten Garantien dafür ist eine gleiche Gesetzgebung.

Nicht weniger kommt noch in Betracht, dass die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, besonders die Vorschuss- und Kreditvereine in ihrer Eigenschaft als Volksbanken, heute schon ein wichtiges Glied des gesamten Verkehrs bilden und nicht bloß untereinander in den lebhaftesten Wechselbeziehungen stehen, sondern auch durch die Natur ihrer Aufgabe unwiderstehlich in den eigentlichen Handelsverkehr gezogen werden. Es besteht deshalb für sie dasselbe Bedürfnis nach einer gleichen deutschen Gesetzgebung wie früher auf dem ganzen Gebiete des Handels, und es wird ebenso wohlthätig auf ihre Entwicklung einwirken, wenn diese in allen deutschen Ländern gleichmäßig reguliert wird, wie dies früher bei den eigentlichen Handelsgesellschaften der Fall war. Es sollte deshalb, wie es keine spezifisch bayerische oder preußische, sondern nur deutsche Genossenschaften gibt, auch gleichartige Gesetzgebung auf diesem Gebiete bestehen, und auch hier, in allen deutschen Ländern möglichst auf Herstellung einer solchen Gesetzgebung Bedacht genommen und von allen doch meist subjektiven Anschauungen beruhenden Besonderheiten abgesehen werden.

Nachdem nun bereits im größten Teile von Deutschland eine übereinstimmende Gesetzgebung besteht und diese zugleich den Wünschen derjenigen entspricht, für die sie bestimmt ist, ist es aber nicht schwer, dieses Ziel zu erreichen, und es hängt dies wohl zum großen Teil von der Gesetzgebung in Bayern ab. Wenn Bayern vorangeht und im Interesse einer gleichartigen deutschen Gesetzgebung die in dem vorliegenden Gesetzesentwurf enthaltenen Abweichungen fallen lässt, so werden ihm wohl die anderen süd-deutschen Staaten auf diesem Wege folgen, Es wird dies aber um so weniger schwer fallen, da die vorhandenen Abweichungen teils gar nicht gerechtfertigt sind, zum Teil das, was dadurch beabsichtigt wird, eben so leicht auf anderem Wege erreicht werden kann.

II.

Die erste und wesentliche Abweichung des bayerischen Entwurfes vom preußischen Genossenschaftsgesetz, welche schon im ersten Artikel hervortritt und durch welche mehrfache andere Verschiedenheiten bedingt werden, besteht darin, dass durch denselben die Verhältnisse einer viel zahlreicheren Klasse von Vereinigungen geregelt werden sollen, als durch das preußische Gesetz. Während sich dieses nur mit den Verhältnissen der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beschäftigt und auf diese, einem Sprachgebrauche folgend, der sich in neuerer Zeit zufolge deren immer mehr hervortretender Bedeutung gebildet hat, ausschließliche Genossenschaften nennt,

(Anm.: § 1 des Gesetzes lautet: Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Kredits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittelst gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken (Genossenschaften), namentlich 1) Vorschuss- und Kreditvereine, 2) Rohstoff- und Magazinvereine, 3) Vereine zur Anfertigung von Gegenständen und zum Verkauf der gefertigten Gegenstände auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktengenossenschaften), 4) Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensbedürfnissen im Großenn und Ablass in kleineren Partien an ihre Mitglieder (Konsumvereine), 5) Vereine zur Herstellung von Wohnungen für ihre Mitglieder, erwerben die im gegenwärtigen Gesetze bezeichneten Rechte einer „eingetragenen Genossenschaft“ unter den nachstehen angegebenen Bedingungen)

will der bayerische Gesetzesentwurf, um in allgemeinerer Weise den vorhandenen Bedürfnissen zu genügen, alle Vereinigungen mit nicht geschlossener Mitgliederzahl, wenn sie nur erlaubte Zwecke verfolgen, die Rechte von juristischen Personen erwerben lassen, wenn sie gewisse gesetzliche Vorbedingungen erfüllen.

Es kann nun gewiss nichts dagegen eingewendet werden, dass auch für Vereinigungen, welche andere als wirtschaftliche Zwecke verfolgen, gesorgt und deren privatrechtliche Stellung gesichert wird, obgleich das Bedürfnis dazu, der Natur der Sache nach, dort weniger dringend ist, als bei den wirtschaftlichen Genossenschaften. Auch könnte diesen wenig daran liegen, ob dieser Zweck in demselben Gesetze, in welchem auch ihre Verhältnisse geregelt werden sollen, oder in einem besonderen Gesetze erreicht werden soll, wenn entweder die Bedingung der gesetzlichen Anerkennung bei beiden Gattungen von Vereinigungen die nämlichen oder dieselben entsprechend ihrer verschiedenen Stellung

in getrennten Abschnitten des Gesetzentwurfs behandelt worden wären. Keines von beiden ist aber der Fall.

Dass Gesellschaften, welche ihrer inneren Natur nach so grundverschieden sind, wie alle im preußischen Gesetz aufgezählten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften auf der einen, gesellige, religiöse und Wohltätigkeitsvereine auf der anderen Seite, nicht über einen Kamm geschoren werden können; dass es insbesondere nicht möglich ist die Garantien, welche von denselben verlangt werden, in gleicher Weise festzusetzen, ohne entweder ganz gerechtfertigte Forderungen an die wirtschaftlichen Genossenschaften aufzugeben oder die anderen Vereinigungen ganz unnötiger Weise zu beschränken, leuchtet wohl von selbst ein. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche vermögensrechtliche Zwecke verfolgen und um dieses zu erreichen, fast immer Rechtsgeschäfte, sehr häufig Handelsgeschäfte vornehmen müssen, welche immer eines eigenen Vermögens bedürfen und größtenteils noch bei Anderen Kredit beanspruchen müssen, stehen eben gleich den Handelsgesellschaften mitten im Verkehrsleben; sie kaufen und verkaufen, borgen Geld und leihen solches aus, stellen Wechsel aus und lassen sich solche ausstellen und müssen sich deshalb auch den Gesetzen, die für diesen Verkehr gelten und die ihr eigentümlicher Geschäftsbetrieb notwendig macht, unterwerfen. Für sie ist die auch bei Handelsgesellschaften geltende Bestimmung geboten, dass der Vorstand in seiner Befugnis, die Genossenschaft zu vertreten, mit rechtlicher Wirkung gar nicht beschränkt werden kann, während eine solche Machtvollkommenheit, wie Schulze-Delitzsch in seiner Kritik des bayerischen Entwurfs mit Recht hervorhebt, bei anderen Vereinigungen ganz unnötig ist. Ebenso hat bei Genossenschaften, die mit fremdem Gelde arbeiten und deshalb einer Kreditbasis bedürfen, die solidarische Haftbarkeit der Mitglieder für die Schulden der Genossenschaft einen guten Grund, während dieser bei nichtwirtschaftlichen Vereinigungen vollständig fehlt. Und in gleicher Weise verhält es sich mit allen Bestimmungen, welche in den wirtschaftlichen Zwecken und der kommerziellen Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ihren Grund haben. Überall zeigt sich die Notwendigkeit, dass das Genossenschaftsgesetz sich nur mit den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften befasse und die Privatrechtsverhältnisse der übrigen Vereine einem besonderen Gesetze überlasse, oder doch die beiden Gattungen in zwei getrennten Abschnitten behandelt werden, so dass dem Bedürfnisse jeder derselben Rechnung getragen werden kann.

Wird diese Trennung auf die eine oder andere Weise bewerkstelligt, so ist aber zugleich ein wichtiger Schritt zur Herstellung einer übereinstimmenden Genossenschaftsgesetzgebung in den verschiedenen deutschen Ländern geschehen.

Es besteht dann in dieser Richtung kein Hindernis mehr, das Gesetz, das schon im größten Teil von Deutschland für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gilt, auch in Bayern anzunehmen.

III.

Eine andere Abweichung des Entwurfs von den Bestimmungen des preußischen Genossenschaftsgesetzes, welche gleichfalls große Tragweite hat und als eine Folge der wei-

ten Fassung des Begriffs „Genossenschaften“ anzusehen ist, besteht darin, dass die Bestimmung des § 10 Abs. 3 des erwähnten Gesetzes, welche auch in das norddeutsche Bundesgesetz übergegangen ist und nach welcher die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Betreff der Kaufleute in der Hauptsache auch für Genossenschaften gelten, nicht aufgenommen wurden.

(Anm.: § 10 des preußischen Gesetzes lautet: Die eingetragene Genossenschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und anderer dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.

Die in Betreff der Kaufleute im Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch gegebenen Bestimmungen gelten in gleicher Weise in Betreff der Genossenschaften, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Vorschriften enthält.

In § 11 des Bundesgenossenschaftsgesetz ist nur Abs. 3 etwas anders gefasst. Es heißt nämlich dort: Genossenschaften gelten als Kaufleute im Sinne des des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Vorschriften enthält.)

Dass diese Bestimmungen in dem Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung keinen Platz finden konnten, versteht sich von selbst. Man konnte natürlich eine gesellige Vereinigung oder eine religiöse Gesellschaft nicht als Kaufmann behandeln. Aber es ist dies eben nur ein neuer Beweis dafür, dass es nicht angeht, die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und alle anderen erlaubten Privatgesellschaften denselben Bestimmungen zu unterstellen, dass vielmehr eine getrennte Behandlung hier unumgänglich notwendig ist. Denn wenn die meisten Vereinigungen, mit denen sich der bayerische Gesetzentwurf befasst, mit dem Handelsverkehr in keine Berührung kommen; wenn die Rechte des Kaufmanns für sie keinen Wert haben und dessen Verpflichtungen ihnen im höchsten Grade lästig werden müssten, so verhält es sich bei den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, insbesondere den Vorschuss- und Kreditvereinen in dieser Beziehung ganz anders. Allerdings verfolgen auch diese Genossenschaften nicht den Zweck, durch den gewerbsmäßigen Betrieb eines Geschäftes mit Mitgliedern einen direkten Gewinn zu erzielen, sondern wollen lediglich ihren Mitgliedern bei ihrem Geschäftsbetrieb oder ihrer Haushaltung gewisse Vorteile verschaffen, die hauptsächlich in einer Ersparnis an Ausgaben bestehen und unterscheiden sich dadurch von den eigentlichen Handelsgesellschaften. Allein sie haben mit diesen doch das gemein, dass sie ihre Zwecke hauptsächlich durch den Betrieb von Handelsgesellschaften erreichen, sie sind Gesellschaften mit Geschäftsbetrieb und stehen daher gleich den Handelsgesellschaften mitten im Handelsverkehr. Wenn deshalb die absolut notwendige Trennung zwischen den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und den übrigen Vereinigungen durchgeführt wird, besteht durchaus kein Grund mehr, den ersteren die ihnen gebührende, und wenn sie ihre Zwecke vollständig erreichen sollen, notwendige Stellung zu versagen.

Auf die Vorteile, welche dadurch denselben, namentlich den Vorschussvereinen erwachsen, hier näher einzugehen, würde zu weit führen. Doch soll wenigstens darauf hingewiesen werden, dass außer der für alle Fälle gesicherten Zuständigkeit der Handelsgerichte für Prozesse und der Beweiskraft der geführten Bücher, der Fähigkeit, Prokuristen und Handelsbevollmächtigte zu bestellen und stille Gesellschafter anzunehmen, die eigentümlichen Rechte der Kaufleute bezüglich der zu besprechenden Zinsen und Provision, sowie die denselben zustehenden Befugnisse bezüglich der Faustpfänder und das kaufmännische Retentionsrecht hier besonders in Betracht kommen.

Mit der Frage, ob den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die Stellung der Kaufleute eingeräumt werden soll, hängt noch die untergeordnetere Frage zusammen, durch welches Gericht die Genossenschaftsregister geführt werden sollen.

Abweichend von den Bestimmungen des preußischen Genossenschaftsgesetzes, nach welchem das Genossenschaftsregister einen Teil des Handelsregisters bildet und deshalb auch durch das Handelsgericht geführt wird, soll nach dem Entwurfe zum bayerischen Gesetz das Genossenschaftsregister durch das Bezirksgericht geführt werden, weil es sich um eine rein zivilrechtliche Frage handle. Erhalten aber die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die Stellung der Kaufleute eingeräumt, so muss wohl auch in dieser Beziehung die Zuständigkeit des Handelsgerichts anerkannt werden.

IV.

Für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche in die Lage kommen, vermögensrechtliche Verpflichtungen einzugehen, ist die Art und Weise, wie die Mitglieder derselben für diese Verbindlichkeiten haften, von ähnlicher Bedeutung wie bei den Handelsgesellschaften, welche bekanntlich gerade nach der Verschiedenheit in der Haftbarkeit der Mitglieder klassifiziert werden und deren Verhältnisse auch im Handelsgesetzbuche mit Rücksicht auf diesen Unterschied in verschiedener Weise geregelt sind. Auch bei ihnen spielt die Frage, ob die Mitglieder persönlich für die Schulden der Genossenschaft haften, oder ihre Haftbarkeit auf die von ihnen gemachten Einlagen beschränkt ist, eine große Rolle. Es ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, wie diese Frage im preußischen Gesetze behandelt ist und wie dieselbe nach dem bayerischen Gesetzesentwurf gelöst werden soll.

Das preußische Genossenschaftsgesetz hält entschieden fest an dem Grundsatz, dass die Mitglieder solidarisch für die von der Genossenschaft eingegangenen Verbindlichkeiten zu haften haben; es ist nur für solche Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche auf dieser Grundlage errichtet sind, bestimmt. Dagegen wird so viel als möglich der Zweck verfolgt, diese persönliche Haftpflicht zu mildern. Dasselbe rückt nämlich die Haftbarkeit der Mitglieder in die zweite Linie, so dass die Genossenschaft selbst stets als Hauptschuldner erscheint, für welche die einzelnen Mitglieder nur nötigenfalls als Bürgen eintreten müssen.

Es wird in demselben ausdrücklich festgesetzt, dass die Genossenschaftsgläubiger ihrer Forderungen bei dem Konkurs der Genossenschaft anmelden müssen und sich an die Mitglieder derselben erst dann halten können, wenn im Falle der Liquidation das

Vermögen der Genossenschaft nicht zu ihrer Befriedigung hinreicht. Auch wird nach demselben das Privatvermögen der Mitglieder durch den Konkurs der Genossenschaft nicht berührt

(Anm.: § 11 Abs. 1 des preußischen Gesetzes sagt: Für alle Verbindlichkeiten der Genossenschaften, insoferne zur Deckung derselben im Falle der Liquidation oder des Konkurses das Vermögen der Genossenschaft nicht ausreicht, haften alle Genossenschaften solidarisch mit ihrem ganzen Vermögen. § 50 sagt in Abs. 4 und 5: Der Konkurs über das Gesellschaftsvermögen zieht den Konkurs über das Privatvermögen der einzelnen Genossenschaften nicht nach sich.

Der Beschluß über Eröffnung des Konkurses hat die Namen der solidarisch haftenden Genossenschaften nicht zu enthalten. Sobald der Konkurs beendet ist, sind die Gläubiger berechtigt, wegen des Ausfalls ihrer Forderungen, jedoch nur wenn solche bei dem Konkursverfahren angemeldet und verifiziert sind, einschließlich Zinsen und Kosten, die einzelnen, ihnen solidarisch haftenden Genossenschaften in Anspruch zu nehmen).

Diese Bestimmungen wurden aber nicht bloß in das Genossenschaftsgesetz des norddeutschen Bundes (§§ 12 und 51) aufgenommen, sondern es fügte dieses Gesetz noch eine weitere Sicherstellung der Mitglieder gegen die Gefahren der Solidarhaft bei, in dem nach demselben

(Anm.: § 52 enthält folgende Bestimmung: Nachdem das Konkursverfahren soweit gediehen ist, daß der Schlußverteilungsplan feststeht, liegt dem Vorstand ob, eine Berechnung (Verteilungsplan) anzufertigen, aus welcher sich ergibt, wie viel jeder Genossenschafter zur Befriedigung der Gläubiger wegen der im Konkurs erlittenen Ausfälle beizutragen hat.

Wird die Zahlung der Beiträge verweigert oder verzögert, so ist der Verteilungsplan von dem Vorstand dem Konkursgericht mit dem Antrag einzureichen, den Verteilungsplan für vollstreckbar zu erklären. In den folgenden §§ wird dann das Verfahren, das der Vollziehbarerklärung vorherzugehen hat, vorgeschrieben.)

bezüglich der Beiträge, welche die einzelnen Mitglieder zur Deckung des sich ergebenden Ausfalles zu entrichten haben, ein Verteilungsplan durch den Vorstand entworfen und durch das Gericht für vollstreckbar erklärt werden kann, wodurch die Gefahr, dass ein Einzelner gezwungen werden könnte, mehr als den auf ihn treffenden Anteil an den Schulden zu zahlen, vollständig beseitigt wird.

Von diesen Bestimmungen ist nun der bayerische Entwurf in doppelter Richtung abgewichen, indem er es einesteils den Genossenschaften selbst überlässt, ob sie das System der auf die Einlagen beschränkten oder das der persönlichen Haft annehmen wollen, andernteils aber denjenigen Genossenschaften, welche am Prinzip der Solidarhaft festhalten, keine der in der norddeutschen Gesetzgebung eingeführten Erleichterungen gewährt, vielmehr in Art. 39 die jenen gerade entgegen gesetzte Bestimmung aufstellt, dass der Gant über das Vermögen der Genossenschaft auch den Gant über das Vermögen der persönlich haftenden Mitglieder nach sich ziehe, wenn ein Genossenschaftsgläubiger dies beantrage.

Bezüglich der Frage der obligatorischen Solidarhaft muss hier vor Allem Bezug genommen werden auf die Kritik des bayerischen Gesetzentwurfs, welche Schulze-Delitzsch in den Nummern 13 und 14 der Blätter für Genossenschaftswesen veröffentlicht hat.

Dort hat derselbe nachgewiesen, dass die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft ihrer Natur als Personalgenossenschaften gemäß und weil eben die Mehrzahl der Mitglieder den unbemittelteren Klassen angehöre, wenn sie überhaupt, Kredit genießen wollen, in der Regel der persönlichen Haft nicht entbehren können und erst dann in der Lage sind, sich als Kapitalgenossenschaften aufzutun, wenn die Kapitalansammlung bei ihnen so weit gediehen ist, dass die Einlagen der Mitglieder den Gläubigern der Genossenschaft eine wirkliche Garantie bieten, welche die persönliche Haft der Mitglieder als Kreditbasis zu ersetzen vermag. Es ist aber dort auch dargetan, dass auf solche Kapitalgenossenschaften dann die Bestimmungen Anwendung finden müssen, welche das Handelsgesetzbuch bei den Aktiengesellschaften getroffen hat und welche zum Zweck haben, dafür zu sorgen, dass die Kapitaleinlagen, welche die einzige Sicherheit der Gläubiger bilden, diesen auch wirklich haften und nicht entzogen werden können. Auch Schulze-Delitzsch hat nichts dagegen einzuwenden, dass die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die unbeschränkte Haft mit der auf gewisse Vermögensteile beschränken vertauschen, sobald die Bedingungen hierfür in einer weiter vorgeschrittenen Kapitalansammlung gegeben sind, nun glaubt er, dass sich dieselben dann den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches zu unterstellen und ihre Organisation derjenigen der bereits bestehenden und dort geregelten Kapitalgenossenschaften anzupassen haben.

Da nach diesen Bestimmungen nicht bloß fest bestimmte und wirklich verfügbare Vermögensteile (Aktien) vorhanden sein müssen, welche das Unterpfand der Gläubiger bilden, sondern auch dafür gesorgt ist, dass diese Vermögensobjekte, an welche sich die Gläubiger allein halten können, in keinem Falle aus dem Gesellschaftsvermögen herausgenommen und den Gläubigern entzogen werden können, so ist eine solche Umwandlung der Genossenschaften allerdings eine missliche Sache, die sich nicht leicht bewerkstelligen lässt ohne wesentliche Zwecke, welche die Genossenschaften verfolgen, aufzugeben. Es haben deshalb auch nur wenige Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften diesen Schritt getan. Es liegt nun die Frage nahe, ob es denn nicht angeht für diejenigen Genossenschaften, welche die beschränkte Haft wählen wollen, die einschlägigen Bestimmungen aus dem Handelsgesetzbuch herüberzunehmen, dieselben den Genossenschaften anzupassen und die Genossenschaften mit persönlicher und mit beschränkter Haft, ebenso wie dies im Handelsgesetzbuch bezüglich der Handelsgesellschaften geschehen, in getrennten Abschnitten zu behandeln. Es ist aber leicht einzusehen, dass dies seine großen Schwierigkeiten hat. Abgesehen davon, dass dies seine großen Schwierigkeiten hat. Abgesehen davon, dass sich die Höhe des Grundkapitals bei Genossenschaften mit wechselnder Mitgliederzahl und allmählig eingezahlten Geschäftsanteilen überhaupt nicht genau feststellen lässt, müsste nämlich, um das eingezahlte Kapital der Gläubiger zu sichern, der Austritt der Mitglieder aus der Genossenschaft ganz verboten oder es dürfte doch im Falle des Austritts sowie bei dem Todesfall eines Mitgliedes

der Geschäftsanteil desselben nicht herausbezahlt werden, wenn die Gläubiger vollständig sicher gestellt sein sollen. Es würde aber damit ein Hauptzweck der wirtschaftlichen Genossenschaften, ihren unbemittelten Mitgliedern Gelegenheit zu Ersparungen zu geben und sie zur Ansammlung eines kleinen Kapitals zu veranlassen, ganz vereitelt oder doch wesentlich beeinträchtigt werden, denn unter den Gründen, welche zur Ansammlung eines solchen Kapitals bestimmen, spielt die Möglichkeit, darüber nach Umständen verfügen zu können, sowie bei Aussicht, dass dasselbe im Todesfalle der Familie zufließt, eine große Rolle. Wie dem aber auch sei, jedenfalls geht es nicht an, die Genossenschaft mit beschränkter Haftbarkeit der Mitglieder denselben Bestimmungen zu unterstellen, welche für die Genossenschaften mit persönlicher Haft gelten; ist vielmehr die Trennung der beiden Gesellschaftsformen ebenso und aus denselben Gründen notwendig, wie dies bei der Gesetzgebung für die verschiedenen Handelsgesellschaften der Fall war. Es kann sich nur fragen, ob die gesetzliche Regelung der Privatrechtsverhältnisse solcher Genossenschaften, welche es mit der beschränkten Haft versuchen wollen, ebenfalls ein Bedürfnis ist, und bejahenden Falles, ob deren Verhältnisse in demselben Gesetze reguliert werden sollen, dass die Verhältnisse der Solidargenossenschaften zu ordnen bestimmt ist?

Praktisch stellt sich die Sache so, dass alle Vorschuss und Kreditvereine, wenn sie die Grundbedingungen ihrer Existenz nicht vollständig verkennen wollen, an der persönlichen Haft als Kreditbasis festhalten müssen. Nur haben dieselben, wenn die Bestimmungen des preußischen Gesetzes angenommen werden, eine große Erleichterung zu erwarten, die sich heute nur auf dem Wege des Vertrags und auch hier nicht immer mit sicherem Erfolg verschaffen können. Eine Opposition gegen die obligatorische Solidarhaft wird sich in der Hauptsache auch wohl nur bei Konsumvereinen finden, welche, da sie in der Regel nur wenig Gläubiger haben, der persönlichen Haft vielfach nicht zu bedürfen glauben. Sowie sich die Konsumvereine in Preußen in immer größerer Zahl unter das Genossenschaftsgesetz stellen und dasselbe als eine große Wohltat empfinden, so würde es wohl auch bei den Konsumvereinen in Bayern der Fall sein, wenn jenes Gesetz hier eingeführt würde, Bestehen doch für die Konsumvereine, eben weil sie nur wenig Gläubiger haben, die Gefahren der Solidarhaft vor denen man vielfach ganz übertriebene Befürchtungen hat und die nach den Bestimmungen der norddeutschen Gesetzgebung beinahe vollständig beseitigt sind, in noch viel geringerem Grade, als für alle anderen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften!

Nichtsdestoweniger werden die Genossenschaften, welche auf die Solidarhaft angewiesen sind, nichts dagegen einzuwenden haben, wenn der Versuch gemacht wird, auch für Genossenschaften mit beschränkter Haft besondere gesetzliche Bestimmungen aufzustellen, welche zu gleicher Zeit das Interesse der mit solchen Genossenschaften Verkehrenden wahren und doch deren Verhältnisse besser entsprechen als die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs. Nur dürfen dieselben wohl verlangen, dass sie nicht mit in diesen Versuch hineingezogen werden und dass die für sie bestimmte Gesetzgebung, welche nicht mit denselben Schwierigkeiten verknüpft ist, durch die Anforderungen derjenigen Genossenschaften, welche die beschränkte Haft anzunehmen oder beizubehal-

ten wünschen, für die Genossenschaften mit beschränkter Haft nicht sofort in einem besonderen Abschnitte des Gesetzes regulieren – und allzu leicht wird man diese Aufgabe, wenn man die berechtigten Anforderungen des Verkehrs im Auge behält, nicht finden – so gebe man doch den Genossenschaften mit persönlicher Haft, die so einfache Gesetzgebung, für welche ein als vorzüglich anerkanntes und vielfach bewährtes Muster vorliegt und ordne die Verhältnisse der übrigen Genossenschaften in einem besonderen Gesetze.

Es ist oben erwähnt worden, dass durch das preußische Genossenschaftsgesetz, sowie durch das Gesetz des norddeutschen Bundes die persönliche Haft der Mitglieder wesentlich gemildert wurde und dass dadurch die Gefahren dieser Haft auf ein möglichst geringes Maß beschränkt worden sind. In der Tat gewähren diese Bestimmungen den Genossenschaften mit persönlicher Haft unschätzbare Vorteile und entsprechen ganz den eigentümlichen Verhältnissen dieser Genossenschaften, denen sie mit großer Geschicklichkeit angepasst sind. Nachdem denselben ausdrücklich die Fähigkeit, auf eigenen Namen Verbindlichkeiten einzugehen, erteilt ist, erscheint es offenbar als ein Resultat dieser veränderten Rechtslage, dass die Haftbarkeit der einzelnen Mitglieder in den Hintergrund tritt und nur mehr als Bürgschaft erscheint, zugleich wird aber durch diesen Mittelweg eben sowohl den Bedürfnissen Gläubiger der Genossenschaft als denen der Mitglieder genügt. Es kann deshalb nicht auffallen, dass die auf dem Prinzip der persönlichen Haft beruhenden Genossenschaft auf die Herübernahme dieser Bestimmungen in das bayerische Genossenschaftsgesetz das größte Gewicht legen und sich dafür mit aller Energie verwenden. Zumal ist die Beseitigung des Art. 39 des Entwurfes, der, wenn er bestehen bleiben würde, das ganze Gesetz für die Genossenschaften mit solidarischer Haft wertlos machen müsste, für dieselben eine Frage von der allergrößten Bedeutung. Schulze-Delitzsch hat in seiner Kritik des Entwurfs bereits nachgewiesen, wie sehr verschieden die Verhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in dieser Beziehung von denen der offenen Handelsgesellschaften sind, für welche das Handelsgesetzbuch dieselben Bestimmungen enthält, welche der Art. 39 des Entwurfes reproduziert. Insbesondere ist es einleuchtend, dass es keinen Sinn hat, wenn eine Genossenschaft durch schlechte Verwaltung oder aus irgend einem Grunde zur Liquidation genötigt ist, nunmehr auch die einzelnen Mitglieder derselben, deren Geschäftsbetrieb von dem der Genossenschaft ganz unabhängig ist, in Konkurs zu erklären und ihr Geschäft zu schließen, selbst vielmehr das Interesse der Gläubiger dem entgegensteht. Dass unter der Herrschaft dieses Artikels die Entstehung und Fortdauer von Genossenschaften mit persönlicher Haft im höchsten Grade erschwert wäre, ist klar und es scheint beinahe, dass die Abneigung und Scheu vor der Solidarhaft dadurch vermehrt werden sollte.

Da diese aber einmal die notwendige Grundlage für die meisten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bildet, so würde dadurch nur bewirkt werden, dass diese von den ihnen im Gesetz gebotenen Vorteilen keinen Gebrauch machen könnten, sondern es vorziehen müssten, in der bisherigen Lage zu verbleiben.

V.

Durch die bisherigen Erörterungen sind die prinzipiellen Abweichungen des bayerischen Entwurfes vom preußischen Genossenschaftsgesetze, welche allein verhindern könnten, dass dieses Gesetz mit den Verbesserungen, welche es erfahren, als Grundlage einer allgemeinen deutschen Genossenschaftsgesetzgebung, wenigstens für die Genossenschaften mit persönlicher Haft angenommen wird, erschöpft. Alle anderen Abweichungen sind nicht von solcher Bedeutung. Da aber immerhin die Möglichkeit ins Auge gefasst werden muss, dass es zu dieser Annahme nicht kommt und die übrigen Abänderungen doch teilweise für die Genossenschaften von Wichtigkeit sind, kann deren Besprechung nicht ganz umgangen werden.

1.

Während das preußische Genossenschaftsgesetz nur schriftliche Abfassung des Gesellschaftsvertrags verlangt, der in das Genossenschaftsregister einzutragen ist (§ 2 und 4) und ebenso für Abänderungen desselben und Auflösung der Genossenschaft schriftliche Abfassung des betreffenden Beschlusses genügt (§ 6 und 33), verlangt der bayerische Entwurf in allen diesen Fällen Errichtung eines Notariatsaktes und Vorlage einer beglaubigten Abschrift desselben an das Bezirksgericht (Art. 2, 3, 7 und 28). Dieselbe Forderung hatte früher die preußische Regierung gestellt, dieselbe aber fallen lassen, als sie sich überzeugte, mit welchen Unbequemlichkeiten und Kosten dieses Verfahren bei Gesellschaften verbunden ist, deren Mitgliederzahl oft in die Hunderte, ja in ganz großen Städten in die Tausenden geht und bei denen Abänderungen der Satzungen nicht selten sind. Aus demselben Grunde dürfte eine Beseitigung dieser Bestimmungen auch bei uns geboten sein, zumal in der Verantwortlichkeit der Vorstände und der großen Zahl von Mitgliedern, welche bei der Beschlussfassung mitwirken und die im Auszuge veröffentlichten Eintragungen zu kontrollieren im Stande sind, der Vervielfältigung der Statuten in vielen Exemplaren, genügende Garantien dafür gegeben sind, dass keine falsche Eintragung veranlasst wird.

2.

Durch Art. 10 des Entwurfes soll bei Genossenschaften mit persönlicher Haft eine bisher ganz unbekannte Solidarität der Mitglieder bezüglich der von denselben zu bezahlenden Beiträge eingeführt werden, indem darin bestimmt ist, dass, wenn ein Teil der Mitglieder seine Beiträge nicht bezahlt jedes Mitglied zur Zahlung des ganzen, von den übrigen Mitgliedern nicht erlangten Bedarfs verpflichtet ist.

Da nun den Gläubigern, falls die Geschäftsanteile der Mitglieder zu deren Befriedigung nicht ausreichen, alle Mitglieder persönlich haften und zu einer solidarischen Haftbarkeit der Mitglieder untereinander gegenüber der Genossenschaft selbst gar kein Bedürfnis besteht, die Nichtzahlung der Beiträge vielmehr in der Regel den Ausschluss zur Folge hat, empfiehlt sich die Streichung der betreffenden Bestimmungen.

3.

Art. 12 des Entwurfs wiederholt die schon im preußischen Gesetz enthaltene Bestimmung, dass die Bestellung des Vorstandes, unbeschadet der Entschädigungsansprüche

aus bestehenden Verträgen, jederzeit widerruflich sei, enthält aber außerdem noch die Vorschrift, dass die Bestellung nur auf höchstens zwei Jahre geschehen dürfe.

Wenn nun auch die erste Bestimmung im Interesse der Genossenschaften liegt, so ist der Schutz den sie gewährt, wohl hinreichend und die Beschränkung, dass der Vorstand nur auf zwei Jahre gewählt werden dürfe, nicht notwendig. Letztere Bestimmung kann aber auch für die Genossenschaften sehr nachteilig sein.

Es ist hier zu beachten, dass es sehr wohl im Interesse der Genossenschaften liegen kann, ein Vorstandsmitglied, das sich als tüchtig erwiesen hat, besonders den Kassier auf längere Zeit vertragsmäßig zu binden. Dies ist aber natürlich nur dann möglich, wenn demselben auch von Seite der Gesellschaft eine längere Dauer des Vertragsverhältnisses oder für den Fall eines unmotivierten Widerrufs doch eine Entschädigung garantiert wird.

Da es nicht immer möglich ist, dass alle Geschäfte der Genossenschaft durch die Mitglieder des Vorstandes besorgt werden, empfiehlt sich auch die Aufnahme einer Bestimmung, wonach dieselben anderen Personen übertragen werden können, wie solche § 29 des preußischen Genossenschaftsgesetzes enthält.

4.

In gleicher Weise liegt die Aufnahme einer weiteren Bestimmung, welche im preußischen Genossenschaftsgesetz enthalten ist, aber nicht in den bayerischen Entwurf herübergenommen wurde, im Interesse der Genossenschaften.

Art. 19 des Entwurfs enthält nämlich eine Reihe von Bestimmungen, welche den §§ 27 und 28 des preußischen Gesetzes entnommen sind, doch wurde der Satz nicht aufgenommen, dass der Aufsichtsrat berechtigt ist, „sobald es ihm notwendig scheint Vorstandsmitglieder und Beamte vorläufig und zwar bis zur Entscheidung der demnächst zu berufenden Generalversammlung von ihren Befugnissen zu entbinden, und wegen einstweiliger Fortführung der Geschäfte die nötigen Anstalten zu treffen.“

Gerade diese Bestimmungen, welche allerdings nicht aus dem Handelsgesetzbuch entnommen, sondern durch die Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses beigelegt wurde, erscheint aber bei der Stellung, welche dem Vorstande zu seinen Befugnissen mit rechtlicher Wirkung gegen Dritten zu beschränken, als höchst zweckmäßig, ja die hier dem Aufsichtsrat erteilte Befugnis kann unter Umständen, z.. wenn der Verdacht einer Veruntreuung vorliegt, unbedingt notwendig sein.

5.

In § 53 des preußischen Gesetzes endlich ist eine Bestimmung enthalten, welche den Zweck hat, den Eintritt der zweijährigen Verjährung auch in allen Fällen zu sichern,

(Anm.: Dieser Paragraph lautet: Die Verjährung läuft auch gegen Minderjährige und bevormundete Personen, sowie gegen juristische Personen, denen gesetzlich die Rechte der Minderjährigen zustehen, ohne Zulassung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, jedoch mit Vorbehalt des Regresses gegen die Vormünder und Verwalter.)

und da ohne diese Vorschrift Art.44 des Entwurfs nur eine unvollständige Wirkung hat, erscheint auch die Aufnahme dieser oder einer ähnlichen Bestimmung als geboten.

VI.

Bisher wurden lediglich solche Bestimmungen des bayerischen Gesetzentwurfes erörtert, welche Abweichungen vom preußischen resp. Norddeutschen Gesetz enthalten; es ist jedoch nötig, noch einige weitere Vorschriften desselben zu besprechen, welche wenigstens teilweise jener Gesetzgebung entnommen sind:

Art. 29 des Entwurfs, der beinahe wörtlich mit § 34 des preußischen und § 35 des norddeutschen Bundesgenossenschaftsgesetzes übereinstimmt, verfügt, dass die Genossenschaften durch richterliches Urteil aufgelöst werden können, wenn sie durch gesetzwidrige Handlungen oder Unterlassungen das Gemeinwohl gefährden oder andere als in ihren Satzungen bezeichnete Zwecke verfolgen. Außerdem erwähnt Art. 28 in Z. 3 und Art. 31 noch als einen Fall der Auflösung der Genossenschaften: „die in Gemäßheit des Art. 19 des Gesetzes über die Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 (an welchem Gesetze nach Art. 48 des Entwurfs durch das Genossenschaftsgesetz nichts geändert werden soll) erfolgte Schließung, erklärt also diesen Artikel ausdrücklich für anwendbar auf die Genossenschaften.“

(Anm.: Art.19 des Vereinsgesetzes lautet: Jede Polizeistelle oder Behörde ist befugt, Vereine zu schließen, wenn dieselben: 1) den Bestimmungen des Art. 14 dieses Gesetzes nicht genügen (Art. 14 verpflichtet die politischen Vereine, Vorsteher zu wählen und Satzungen einzureichen); 2) dem Art. 16 zuwider nicht angezeigte, sohin geheime Versammlungen halten oder 3) die Abgeordneten der Polizeibehörde dem Art. 7 zuwider von Versammlungen ausschließen oder 4) dem Art. 17 oder 18 entgegenhandeln (diese Artikel enthalten ebenfalls Bestimmungen über politische Vereine); 5) die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben drohen oder endlich, 6) wenn ihre Zwecke oder Beschlüsse den Strafgesetzen zuwiderlaufen. In dem letzteren Falle haben die Gerichte, welchen die verfügte Schließung des Vereins binnen acht Tagen anzuzeigen ist, über die Fortdauer der Schließung zu entscheiden.

Rekursen gegen Beschlüsse auf Schließung von Vereinen kommt ein Suspensiv-Effekt nicht zu.

Die Schließung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.)

Bezüglich der ersten Bestimmung ist vor Allem zu erwähnen, dass dieselbe auch im preußischen Abgeordnetenhaus beanstandet und nur angenommen wurde, weil die Regierung darauf bestand und man glaubte, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht in Frage zu stellen, in dieser Beziehung eine Konzession machen zu müssen. Bei der preußischen Regierung scheint aber der Umstand, dass der Gründer der deutschen Genossenschaften zufällig auch eine hervorragende politische Persönlichkeit war, die gewiss unbegründete Befürchtung hervorgerufen zu haben, es könnten unter dem Deckmantel des Genossenschaftswesens politische Zwecke verfolgt werden.

Dass sachliche Gründe zu einer solchen Bestimmung nicht vorliegen, ist leicht nachzuweisen. Beruht doch das preußische Genossenschaftsgesetz, wie schon oben ausgeführt

wurde, auf dem Grundgedanken, die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften seien eine den Handelsgesellschaften verwandte Gesellschaftsform, die eigentlich im deutschen Handelsgesetzbuch zu behandeln gewesen wären, wenn man deren Wesen und Bedeutung damals schon erkannt hätte. Wie sollen also für sie solche Gründe zur Auflösung gelten, von denen das Handelsgesetzbuch nichts weiß und die für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften so wenig als auf die Handelsgesellschaften passen? Immerhin war für Preußen eine derartige Bestimmung insofern nahe liegend, als in dem preußischen Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch die Bestimmung enthalten ist, dass Aktiengesellschaften, wenn sie das Gemeinwohl gefährden, aufgelöst werden können. In Bayern aber, wo eine derartige Bestimmung nicht besteht, ist nicht der mindeste Grund vorhanden, die im preußischen Gesetz enthaltene Bestimmung anzunehmen; vielmehr wird die Beseitigung derselben eine wesentliche Verbesserung dieses Gesetzes enthalten. Sollte man aber auch annehmen, die Sorge für das Gemeinwohl rechtfertige den einen Teil der im Art. 29 enthaltenen Bestimmung – obgleich dasselbe wahrlich durch die wirtschaftlichen Genossenschaften so wenig als durch die verschiedenen industriellen oder Handelsunternehmungen gefährdet wird – so geht doch der zweite Teil dieses Artikels offenbar viel zu weit. Es ist wahrhaft exorbitant, dass eine einfache Abweichung von den in den Satzungen festgestellten Genossenschaftszwecken, selbst wenn sie weder mit den Strafgesetzen noch mit der öffentlichen Ordnung in Widerspruch steht, mit Auflösung derselben bestraft wird, dass eine handelsrechtliche Persönlichkeit, die sich wesentlich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten beschäftigt, vernichtet werden soll, wenn sie von ihren Satzungen abweicht, statt diese erst abzuändern und dann dieselben Handlungen vorzunehmen. Es darf deshalb wohl mit Sicherheit darauf gerechnet werden, dass Art. 29 gestrichen oder doch in der angegebenen Richtung modifiziert wird.

Dass in dem bayerischen Gesetzesentwurf die angeführten Bestimmungen des Vereinsgesetzes auch für die Genossenschaften für anwendbar erklärt wurden, hat wohl darin seinen Grund, dass nach der weiten Fassung des Begriffs „Genossenschaften“ und der Ausdehnung, welche dem Gesetze auf alle möglichen Arten von Vereinen gegeben werden soll, eine große Zahl von Vereinen, welche heute unzweifelhaft dem Vereinsgesetze zu unterstellen sind, den Namen „Genossenschaften“ erhalten würden. Wenn aber die notwendige Trennung zwischen den eigentlichen Genossenschaften im Sinne des neueren Sprachgebrauchs, d.h. den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und den übrigen Vereinigungen durchgeführt wird, so besteht gar kein Grund, diese Genossenschaften anders zu behandeln, als die eigentlichen Handelsgesellschaften, die schon nach Art. 26 des Vereinsgesetzes von den Bestimmungen desselben ausgenommen sind.

(Anm.: Art. 26 des Vereinsgesetzes Abs. 2 sagt: Vereine, welche Kapital durch Aktien aufzubringen, Kreditpapiere in Umlauf zu setzen beabsichtigen, Anstalten für den öffentlichen Verkehr, für Sicherung des Vermögens, für Ersparung und Versorgung für Auswanderung, endlich Vereine, welche den Betrieb von Erwerbsgeschäften zum Zweck

haben, überhaupt alle diejenigen Vereine, welche unter dem Begriff von zivilrechtlichen oder Handelsgesellschaften fallen, unterliegen den hierüber bestehenden Gesetzen und Vorschriften.)

Es ist in keiner Weise geboten, dieselben der polizeilichen Kontrolle und unter Umständen auch der polizeilichen Willkür zu unterstellen.

Nachdem nun seit der Vorlage des Entwurfes beinahe ein Jahr verflossen ist, darf wohl mit Sicherheit darauf gerechnet werden, dass derselbe so bald als möglich zur Beratung kommt und darüber entschieden wird. Möge nur diese Entscheidung in der Weise ausfallen, dass dem gemeinsamen Bedürfnis der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften auch durch eine gleichheitliche Gesetzgebung entsprochen wird. Möge in dieser, für die zunächst und am meisten beteiligten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften so wichtigen Angelegenheit auch deren Stimme Gehör finden.

e. 1869 Januar 15: Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (1.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 1 bis 16)

(VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/69 Beilagen Bd. 5, S. 347)

Der I. Ausschuss schritt heute zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften betr., und leitete, nachdem Herr Ausschussvorstand auf den Stand der Sache hingewiesen und erwähnt hatte, es sei vor Allem eine Erklärung der k. Staatsregierung darüber notwendig, ob sie genehmige, dass die vom Herrn Referenten bearbeiteten Entwürfe der Beratung zu Grunde gelegt würden, oder ob sie auf Beratung des Regierungsentwurfs bestehe, Herr Referent durch Darlegung der seinem Referate zu Grunde liegenden Prinzipien die Debatte ein.

Der Antrag des Herrn Referenten ging dahin:

„Die für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, wie sie in Norddeutschland entstanden seien und sich nach Süddeutschland ausgedehnt hätten, geltenden Bestimmungen in einem eigenen, sich eng an das norddeutsche Gesetz anschließenden Gesetze zu ordnen; das Gesetz über Aktiengesellschaften in der Hauptsache nach dem Entwurfe der k. Staatsregierung anzunehmen; das Gesetz über sonstige Genossenschaften oder Gesellschaften aber, welches er nach dem Entwurfe, seiner Pflicht als Referent gemäß, zusammengestellt habe, zur Zeit nicht anzunehmen.“

Hierauf nahm Herr Staatsminister der Justiz das Wort und erklärte, die k. Staatsregierung wollte der proponierten Ausscheidung nicht entgegenreten, halte aber die gesetzliche Ordnung der Verhältnisse der vom Herrn Referenten zuletzt erwähnten Vereine und der Genossenschaften mit beschränkter Haftung für dringendes Bedürfnis, und könne den hierauf bezüglichen Entwurf nicht fallen lassen. Eine Erklärung der Staatsregierung über die Grundlagen der Beratung könne erst gegeben werden, wenn der Ausschuss darüber sich ausgesprochen habe, ob er eine Ausscheidung der Bestimmungen über Genossenschaften mit Solidarhaft notwendig erachte. Er selbst glaube wenigstens,

eine Behandlung in verschiedenen Abschnitten eines und desselben Gesetzes sei immerhin möglich.

Herr Referent sprach sich wiederholt für die Ausscheidung und zwar in verschiedenen Gesetze aus.

An der fernerer Debatte nahmen teil die Herren Staatsminister der Justiz und des Handels, Herr Referent, Dr. Barth, Dr. v. Pözl, v. Neumayr, Stenglein, und brachte hierauf der Herr Ausschussvorstand Art. 1 des Regierungsentwurfes zur Abstimmung, welcher einstimmig abgelehnt wurde.

Herr Staatsminister der Justiz erklärte hierauf, er betrachte den Sinn der Abstimmung so, dass der Ausschuss einen Wert darauf lege, die Genossenschaften mit solidarischer Haftung in einem besonderen Gesetze zu behandeln, und dass er deshalb nichts dagegen zu erinnern habe, wenn der Entwurf des Herrn Referenten der weiteren Beratung zu Grunde gelegt werde.

Nach weiteren Bemerkungen des Herrn Staatsministers des Handels, des Herrn Referenten, der Abg. Streit und Dr. Barth, des Herrn Staatsministers der Justiz und des I. Herrn Präsidenten wurde in die Beratung des Entwurfes nach Vorlage des Herrn Referenten eingegangen.

Art. 1

An der Debatte nahmen Teil Dr. Barth, Herr Staatsminister der Justiz, Referent, v. Neumayr, Stenglein.

Art. 1 wurde in der Fassung des Herrn Referenten einstimmig angenommen, der Antrag des Herrn Ausschussvorstands, beizusetzen: „ohne Aktiengesellschaften zu sein“ (nach „Mitgliederzahl, welche“) mit 5 gegen 4 Stimmen (Stenglein, Edel, Streit, v. Neumayr) abgelehnt.

Art. 2 und 3

wurden einstimmig in der Fassung des Referenten angenommen.

Art. 4

Auf Anregung des Herrn Staatsministers der Justiz wurde konstatiert, dass das Genossenschaftsregister ein besonderes Register zu bilden habe, und nur nach den Vorschriften über das Handelsregister zu führen sei. An der Debatte nahmen Teil v. Neumayr, Dr. Barth, Dr. v. Pözl, Referent, Dr. Edel, und wurde folgende Fassung des Abs. 1 einstimmig angenommen:

„Der Gesellschaftsvertrag muss bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Genossenschaft ihren Sitz hat, nebst dem Mitgliederverzeichnisse durch den Vorstand eingereicht werden. Der Gesellschaftsvertrag ist in das Genossenschaftsregister einzutragen und im Auszuge zu veröffentlichen.“

Im Übrigen wie im Entwurfe des Herrn Referenten.

Art. 5-7 wurden in der Fassung des Herrn Referenten, Art. 8 aber in folgender Fassung angenommen:

„Das Genossenschaftsregister ist öffentlich und gelten hierbei die im Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch und im Einführungsgesetze zu demselben in Bezug auf das Handelsregister gegebenen Bestimmungen.“

Abschnitt I mit Überschrift wurde ohne Erinnerung angenommen, ebenso Art.9 bis 13.

Art. 14.

An der Diskussion beteiligten sich die Abg. Stenglein, v. Neumayr, Dr. Barth, Herr Staatsminister der Justiz, und ergab sich ein Einverständnis dahin, dass Art. 14 zwar auf das diesseitige Bayern keine Anwendung finden könne, für die Pfalz aber Bedürfnis sei.

Dieser Artikel wurde angenommen, ebenso Art. 15 und 16.

Die Überschrift des Abschnitts II wurde gleichfalls genehmigt.

Hierüber Protokoll (Unterschriften)

f. 1869 Januar 16: Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (2.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 17 bis 39)

(VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/69 Beilagen Bd. 5, S. 348)

In Fortsetzung der Beratung wurde Art. 17 nach Vorschlag des Herrn Referenten angenommen. hierbei entspann sich eine Diskussion, an welcher Herr Staatsminister der Justiz, Abg. Dr. Barth und v. Neumayr, Dr. Edel und Referent, dann Abg. Streit sich beteiligten und wurde sodann auf Antrag v. Neumayrs mit 8 Stimmen gegen 1(Völk) beschlossen, dem Art. 17 folgenden Abs.3 beizufügen:

„Besteht der Vorstand nur aus einem Mitgliede, so muss in dem Gesellschaftsvertrage wegen der etwa nötig werdenden Stellvertretung Vorsorge getroffen werden.“

Art. 18 bis 25 wurden ohne Diskussion in der Fassung des Herrn Referenten angenommen.

Art. 26 wurde diskutiert, wobei sich Herr Referent, v. Neumayr, Herr Staatsminister der Justiz, Dr. Edel und Dr. Barth beteiligten. Er wurde sodann in folgender Fassung angenommen:

„Der Vorstand ist verpflichtet, Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Bücher der Genossenschaft geführt werden.“

„Der Vorstand muss in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres die Bilanz des verflossenen Geschäftsjahres, die Zahl der seit der vorjährigen Bekanntmachung aufgenommenen oder ausgeschiedenen, sowie die Zahl der zur Zeit der Genossenschaft angehörigen Genossenschafter veröffentlichen.“

„Die Bücher der Genossenschaft sind während zehn Jahren vom Tage des darin geschehenen letzten Eintrags an aufzubewahren.“

„Zur Entlastung des Vorstandes bei Ablegung der Rechnung können nicht Personen bestellt werden, welche an der Geschäftsführung teil genommen haben, wohl aber Personen, welchen die Aufsicht über die Geschäftsführung zusteht.“

Art. 27 schlägt Referent in der Fassung des norddeutschen Gesetzes unter Abstrich des Abs. 2 vor. Dagegen beantragt Hr. Staatsminister des Inneren den Abs.2 in veränderter Fassung beizubehalten. Hierüber äußerten sich Herr Referent, Dr. Edel, Stenglein, Dr. Barth, Streit und wurde sodann Abs. 1 in der Fassung des Herrn Referenten, Abs.2 aber mit 7 gegen 2 Stimmen (Dr.Völk, Dr. Edel) in folgender Fassung angenommen:

„Sie sind, wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf keine geschäftlichen Zwecke, sondern auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, wegen Vergehens an Geld bis zu dreihundert Gulden zu bestrafen.“

Art. 28 wurde ohne Diskussion angenommen.

Art. 29 gleichfalls, nur soll der letzte Satz nach Antrag des Abg. Dr. Barth als Abs.3 lauten:

„Jeder Genossenschafter ist befugt, als Intervenient in den im gegenwärtigen Artikel bezeichneten Prozessen auf seine Kosten einzutreten.“

Art.30 bis 33 wurden in der Fassung, welche Herr Referent vorschlug, angenommen, ebenso die Überschrift des Abschnitts III.

Art.34 wurde in der Fassung des Gesetzes des norddeutschen Bundes nach Erinnerungen der Abg. Alwens und Dr. Barth angenommen, jedoch Ziff.3 redigiert:

„3) durch Eröffnung der Gant (des Concurses, Falliments)

letztere Fassung mit 5 gegen 4 Stimmen (Stenglein, Alwens, Umbscheiden, Dr. Edel).

Bei Art. 35 beantragte nunmehr Abg. Völk den Abstrich. An der Diskussion beteiligten sich Abg. Stenglein, Herr Staatsminister des Inneren, Herr Referent, v. Neumayr, Streit, Umbscheiden. Es stellte sich das allgemeine Einverständnis fest, dass zur Auflösung der Genossenschaft nicht der Betrieb verwandter Geschäfte genügt, sondern nur ein völliges Entfremden von dem ursprünglichen und anderen als den unter Art. 1 des Genossenschaftsgesetzes fallenden Zwecken.

Hierauf wurde Abs.1 mit 8 gegen 1 Stimme (Dr. Völk) in folgender Fassung angenommen:

„Wenn eine Genossenschaft andere, als die im gegenwärtigen Gesetze (Art. 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt, so kann sie aufgelöst werden, ohne dass deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet.“

Abs. 2 und 3 nach Antrag des Herrn Referenten.

Als Art. 36 wurde Art. 31 des Regierungsentwurfs angenommen, Abs.3 aber wie folgt redigiert:

„Vorerwähnte Anmeldung und Bekanntmachung hat, wenn die Auflösung der Genossenschaft nach Art. 35 erfolgt ist, erst nach eingetretener Rechtskraft des betreffenden Erkenntnisses zu geschehen.“

Art. 37 wurde ohne Diskussion angenommen.

An der Diskussion über Art. 38 beteiligten sich Herr Referent, Streit, Umscheiden, Behringer, Herr Staatsminister der Justiz, Stenglein, Dr. Barth, v. Neumayr, Herr Staatsminister des Inneren.

Hierauf zog Herr Referent Abs. 1 seines Vorschlags zurück, Abs. 2 wurde mit 5 gegen 4 Stimmen (Völk, Alwens, Behringer, Dr. Barth) abgelehnt und statt dessen folgende Fassung angenommen:

„Zum Austritte ist jeder Genossenschafter berechtigt, sofern er nicht auf bestimmte Zeit beigetreten ist.“

Abs.3 und 4 wurden in der Fassung des Herrn Referenten angenommen, ebenso Art. 39 und die Überschrift des Abschnitts IV. Hierüber Protokoll (Unterschriften)

g. 1869 Januar 19: Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (3.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 40 bis 69)

(VERHANDLUNGEN Kammer der Abgeordneten 1866/69 Beilagen Bd. 5, S. 349)

In Fortsetzung der Beratung wurden die Art. 40 bis 50 ohne wesentliche Diskussion angenommen, wie dieselben Herr Referent vorschlug.

Über Art. 51 äußerten sich Abg. Dr. Barth, Alwens, Herr Staatsminister der Justiz, Stenglein, Umscheiden und wurde sodann nach Antrag des Dr. Barth Abs.1 in folgender Fassung angenommen:

„Über das Vermögen der Genossenschaft ist außer dem Falle des Artikels 48 insbesondere auch dann die Gant eröffnet, wenn die Genossenschaft ihre Zahlungen vor oder nach ihrer Auflösung eingestellt hat.“

und zwar mit 7 gegen 2 Stimmen (Völk, Behringer.)

Abs.2 bis 6 wurden nach Antrag des Herrn Referenten angenommen.

Ebenso Art. 52 bis Art. 62 und die Überschrift des Abschnitt V.

Über Art. 63 äußerten sich Herr Staatsminister der Justiz, v. Neumayr, Stenglein und wurde Abs. 1 auf Antrag v. Neumayrs mit dem Zusatze am Schluss angenommen:⁴

„oder eine bereits angefangen Verjährung früher vollendet wird.“

Abs. 2 und 3 nach Antrag des Herrn Referenten.

Art. 64 und 65 wurden gleichfalls nach Antrag des Herrn Referenten angenommen und bei letzterem konstatiert, dass unterbrochen

„bevormundeten Personen“

⁴ Verh. K.A. 1866/69, Beil. B. 5, S. 349.

sowohl unter Vormundschaft als unter Curatel stehende Personen zu verstehen seien.

Die Überschrift zu Abschnitt VI, sowie Art. 66 wurde nach Vorschlag des Herrn Referenten genehmigt.

Art. 67 wurde auf Antrag des Herrn Dr. Barth in folgender Fassung angenommen:

„Unrichtigkeiten in den nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes dem Vorstande obliegenden Anzeigen oder sonstigen amtlichen Angaben ziehen gegen die Vorstandsmitglieder Ordnungsstrafen bis zu fünfundzwanzig Gulden nach sich.“

Art. 68 wird auf Antrag des Herrn Abg. Alwens wie folgt angenommen:

„Durch die in Art. 67 enthaltenen Bestimmungen wird die Anwendung der Strafgesetze nicht ausgeschlossen.“

Art. 69 wird nach Antrag des Herrn Referenten angenommen, Art. 70 gestrichen und statt dessen Art. 49 des Regierungsentwurfes nach Antrag des Herrn Referenten angenommen, vorbehaltlich anderer Stellung.

Die Überschrift des Gesetzes, sowie dessen Eingang wird weiterer Beschlussfassung vorbehalten. An der Debatte über die weitere Behandlung der vorliegenden Entwürfe beteiligten sich Abg. Stenglein, Herr Staatsminister der Justiz, Dr. Barth, Dr. Völk, v. Neumayr, und wurde sodann zur Beratung des weiteren vom Herrn Referenten ausgeschiedenen eventuell vorgeschlagenen Entwurfs geschritten, und Art. 1 desselben mit fünf gegen vier Stimmen (Dr. Völk, Alwens, Behringer, Dr. Barth) angenommen.

Hierauf wurde die Verhandlung vertagt.

Hierüber Protokoll.

h. 1869 Februar 18 Protokoll des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die (4.) Beratung des Genossenschaftsgesetzes (Art. 70 bis 82)

(VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten 1866/69 Beilagen Bd. 5 S. 350)

Nachdem der Herr Referent über den Gesetzentwurf: die Genossenschaften betr., neuen Vortrag erstattet hatte, schritt heute der Ausschuss zur Fortsetzung der Beratung.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen des Hrn. Referenten und des Staatsministers der Justiz wurde Art. 70 in der Fassung des Hrn. Referenten angenommen, ebenso Art. 71. Art. 72 wurde nach Antrag des Hrn. Dr. Barth in folgender Fassung angenommen:

„Die Bestimmungen der Artikel 2 Abs. 3 und 4, Art 3 Ziff. 1-11, Artikel 4 bis 8, Artikel 10-38, Artikel 39 Abs. 2 und 3, Artikel 40 bis 46, Artikel 48 bis 50, Artikel 51 Abs. 1 bis 4, Artikel 66 bis 69 des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht Anwendung.“

Gleiches gilt vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 75, von den Art. 9 und 47 lit. c.“

Über Art. 73 äußerten sich Herrn Referent und Herrn Staatsminister der Justiz und Dr. Barth und wurde unter Rücksicht auf Art. 70 beschlossen, in diesem den Schlusssatz wie folgt zu fassen:

„dass jeder Gesellschafter nur mit einer bestimmten Einlage und wiederkehrenden Beiträgen bis zu einer bestimmten Höhe haftet, erwerben die in den nachfolgenden Artikeln bezeichneten Rechte einer „registrierten Gesellschaft“ unter den nachstehend angegebenen Bedingungen.“

In Art.73 und 74 Abs. 2 soll in Folge dessen statt „über die Größe der Geschäftsanteile“ gesagt werden, „über die Größe der Einlagen“ und „ferner“ statt „sowieso“ als Verbindung des Schlusssatzes.

Im Übrigen wurden Art. 73, 74, sowie Art. 75 in der Fassung des Referenten angenommen. Art. 76 Abs.1 wurde in folgender Fassung angenommen:

„Im Gesellschaftsvertrage ist zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Geschäftsanteil eines Gesellschafters an einen Andern übertragen werden kann.“

„Jedenfalls bleibt der ausscheidende Gesellschafter subsidiarisch in derselben Weise verhaftet, wie dieses im Art. 76 für den Fall des Ausscheidens eines Gesellschafters angeordnet ist.“

Zu Art. 78 äußerten sich Hr. Referent, Hr. Staatsminister des Inneren und der Justiz, Dr. Barth und wurde nach Antrag des Letzteren beschlossen, denselben nach Fassung des Referats unter Einfügung der Worte „nach Verordnung“ in Abs.1 am Schluss anzunehmen, so dass der Schlusssatz des Abs.1 lautet:

„sowie der nach Verordnung zuständigen Verwaltungsbehörde Anzeige erstatten.“

Art. 79 wurde nach Äußerungen des Referenten, Dr. Barth, Herrn Staatsministers der Justiz in der Fassung des Referats angenommen, ebenso Art. 80. Art.81 wurde nach Referat angenommen, ebenso Art. 82.

Es wurde nunmehr die Beratung des vom Referenten entworfenen Gesetzes über die privatrechtliche Stellung von Vereinen aufgenommen und nach einleitenden Bemerkungen des Herrn Referenten dahin, dass nur die privatrechtliche Seite der Vereine geordnet werden wollte, ohne dass hievon die öffentlich rechtliche Seite berührt werde, dann weiteren Bemerkungen des Herrn Staatsministers des Innern und Herrn Dr. Barth und Entgegnung des Herrn Referenten wurde die allgemeine Debatte geschlossen

Hierüber Protokoll.

(Folgen die Unterschriften.)

i. 1869 Februar 21: Vortrag des Berichterstatters des 1. Ausschusses Dr. Völk für das Plenum der Kammer der Abgeordneten über die Erörterungen und Beschlüsse des 1. Ausschusses zum Genossenschaftsgesetz

(BayHStA Landtag 3661; abgedruckt in Beilage CXCVIII der VERHANDLUNGEN 1866/69)

Die Genossenschaften, namentlich als Vereinigungen zu wirtschaftlichen Zwecken haben schon seit längerer Zeit, besonders in England große Erfolge errungen, und sind im letzten Jahrzehnt auch in Deutschland aus kleinen Anfängen erwachsen und im geschäftlichen und gewerblichen Leben der Nation zu großer Bedeutsamkeit gelangt. Unter diesen Genossenschaften haben sich namentlich die Vorschussvereine durch Zahl, Verbreitung und Geschäftsumfang hervorgetan; auch die Rohstoffs- und Magazinvereine haben sich unter umsichtiger Leitung bewährt. Die Consumvereine haben vielfache Verbreitung gewonnen; größere Schwierigkeiten aber haben sich der Gründung und Entwicklung der Produktivvereine entgegengestellt, obwohl gerade diese bei richtiger Erkenntnis der Bedingungen ihres Gedeihens und bei gehöriger Leitung am Bedeutendsten in die Verhältnisse der Zukunft einzugreifen versprechen. So erwarten denn auch, wie der preußische Abgeordnete Lasker in seinem Berichte vom 10. September 1866 an das preußische Haus der Abgeordneten über den einschlägigen Gesetzesentwurf, der von Schulze-Delitzsch und Genossen eingebracht worden war, anführt, „die besten Kenner des Genossenschaftswesens gerade von den Produktivvereinen eine sehr tief eingreifende und heilsame Rückwirkung auf die Beziehungen der Arbeit zum Kapital und eine Hebung nicht bloß der materiellen Interessen, sondern auch des Bewußtseins der Arbeiter und Handwerker. Besonders für diejenigen unter ihnen, welche durch Fähigkeiten, Fleiß oder andere Vorzüge vor der Menge sich auszeichnen, bietet die Produktivgenossenschaft einen bequemerem Übergang zum selbstständigen Gewerbebetrieb und bessere Aussichten, als deren sonst kapitallose Menschen ohne die Vereinigung zusammenpassender Kräfte sich erfreuen. Der Erfolg Einzelner kommt den Berufsgenossen zu gute, welche durch das Beispiel einen moralischen Halt und in ihm eine erhöhte Widerstandskraft gegen einen unberechtigten Druck gewinnen. Die Produktivgenossenschaft ergänzt das freie Recht der Koalition, welches in unbeschränkter Ausdehnung den Arbeitgebern, wie den Arbeitnehmern eingeräumt werden muss.

Ich füge unter A eine Übersicht der Vereine und deren Geschäftsführung hier an, woraus ersichtlich ist, welche Bedeutung und welchen Geschäftsumfang dieselben schon in den ersten Jahren nach ihrer Entstehung gewonnen haben, und woraus hervorgeht, welche fruchtbaren Keime bei verständiger Leitung und liebender Pflege daraus für die Zukunft der arbeitenden Klassen hervorgehen können.

Schulze-Delitzsch hat schon im Jahre 1855 das Wort gesprochen, dass es in nicht ferner Zeit keine Stadt in Deutschland geben werde, welche nicht ein solches Institut auszuweisen haben würde. Dieses Wort wird tatkräftig durch die Bemühungen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart seiner Erfüllung entgegengeführt.

„Um so mehr Aussicht“, sagt Schulze-Delitzsch in seinem Buche – Vorschuss – und Kreditvereine als Volksbanken, Leipzig, Keil, 1867, S. 224 - „um so mehr Aussicht hat die hoffnungsvoll begonnene Bewegung durchzubringen, je mehr auch die Gebildeten und besitzenden Klassen, ja selbst unsere regierenden Kreise das wahrhaft Konservative derselben würdigen lernen. Gewiß, der systematischen Entzweiung von Arbeit und Kapital, worin man das vielgefürchtete rote Gespenst, den Umsturz alles Bestehenden, den Untergang von Wohlstand und Bildung erblickt, kann nicht wirksamer entgegengetreten werden, als wenn man den Arbeiter selbst der Vorteile des Kapitals teilhaftig werden lässt. Wohlstand und Bildung – das präge man sich ja doch ein, sind nicht gefährdet, wenn sie ihre Segnungen auf solche ausdehnen, die bisher davon ausgeschlossen waren. Vielmehr triumphieren sie am sichersten über alle ihre Feinde, indem sie sich ihnen mitteilen.“

Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie, § 58 sagt darüber: „ Auch kleineren Unternehmen ist es nicht selten möglich durch Assoziationen unter einander sich die Vorteile der großen Unternehmungen zu verschaffen, das nötige Kapital müssen sie dann freilich besitzen: wo nicht als Eigentum, doch auf dem Wege der Anleihe: - Je verständlicher und sittlicher die Teilnehmer sind, je einfacher zugleich das Geschäft um so weiter kann sich die Association ausdehnen, und um so wahrscheinlicher ist ihr Gelingen.“

Je mehr die Genossenschaften sich ausdehnten, desto fühlbarer wurde aber das Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung der Form, in welcher sie sich zu bewegen haben. Zwar das verhältnismäßig Große, das sie in wenigen Jahren erreichten, geschah ohne die mindeste Begünstigung von oben her, nur durch die Energie von Privatpersonen und durch das entgegenkommende Verständnis des beteiligten Publikums. „Stadt und Land“, sagt Lasker am angezeigten Ort, „nahmen an der Wohltat des Genossenschaftswesens Teil, die Überzeugung von seiner Lebensfähigkeit und seiner bedeutenden Zukunft ist allgemein verbreitet und in einer Weise bestritten.“

In Preußen hat die dortige Staatsregierung schon vom Jahre 1863 an durch die Behörden Erkundigungen eingezogen und dann ihre volle Anerkennung ausgesprochen.

Auf Grund ihrer tatsächlichen Ermittlungen äußert die preußische Regierung in den Motiven eines dem Herrenhause im Jahre 1866 vorgelegten Gesetzesentwurfes:

„Durch das Ergebnis der angestellten Ermittlungen findet sich die Regierung in ihrer schon früher bekundeten Überzeugung von der Gemeinnützigkeit der Genossenschaften bestärkt, sie hält eine schnell fortschreitende Ausbreitung und Ausbildung des Genossenschaftswesens in Preußens bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe: der Produktivgenossenschaft namentlich im Interesse der Arbeiter und des kleinen Handwerkerstandes für dringend wünschenswert und erachtet es deshalb für geboten, solche Fortentwicklung durch Beseitigung der derselben zur Zeit noch entgegenstehenden Hindernisse möglichst zu fördern.“

Das Bedürfnis der gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Genossenschaften wurde auch sonst allgemein anerkannt. Schulze-Delitzsch, der Vater der Genossenschaften, hatte einen Gesetzentwurf bei dem preußischen Abgeordnetenhouse eingebracht

und die preußische Regierung war ihrerseits mit einem wesentlich auf denselben Prinzipien beruhenden Gesetzesentwurf entgegengekommen. Angesichts dieser Verhältnisse habe ich bereits am 10. August 1863 bei der Kammer der Abgeordneten einen Antrag gestellt auf Vorlage eines Gesetzesentwurfes, wodurch die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften geregelt werde und habe damit den Schulze'schen Entwurf der Kammer der Abgeordneten in Vorlage gebracht. Unterm 1. September 1863 wurde Dr. Arnheim zum Referenten in dieser Sache ernannt, dieselbe wurde jedoch damals nicht mehr erledigt. Bei dem Wiederzusammentritte des Landtages am 3. April 1865 wurde der Abgeordnete Stenglein zum Referenten ernannt. Derselbe hat auch unterm 25. April 1865 Vortrag erstattet und der Ausschuss der Kammer der Abgeordneten hat an demselben Tage beschlossen, an die Regierung die bitte zu stellen:

„dem Landtag sobald als möglich einen Gesetzesentwurf vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt werde.“

Die Kammer der Abgeordneten ist in ihrer Sitzung vom 1. Mai diesem Antrag beigetreten und die Kammer der Reichsräte hat unterm 24. Mai 1865 ihre Zustimmung erteilt.

Nachdem jedoch ein Gesetzesentwurf nicht eingebracht wurde, habe ich unter dem 10. März 1867 neuerdings den Antrag gestellt auf Vorlage eines Gesetzesentwurfes „über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ und ich habe mit diesem Antrage zugleich den Wortlaut des Gesetzes vorgelegt, wie dasselbe aus der preußischen Kammer der Abgeordneten hervorgegangen war und wie es mit wenig Änderungen am 27. März 1867 die Sanktion der preußischen Krone erhalten hat. Dieses Gesetz ist auch auf die neuen Provinzen Hannover, Churhessen, Nassau und Frankfurt ausgedehnt worden.

Die k. bayerische Staatsregierung hat nun unterm 24. Jänner v.J. Ebenfalls einen Gesetzesentwurf eingebracht, dessen Beurteilung Gegenstand des gegenwärtigen Vortrags ist.

Unterdessen ist unter dem 4. Juli 1868 für den Norddeutschen Bund ein Gesetz desselben Betreffs verkündet worden (Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes Nro. 134). Dieses Gesetz trat mit dem 1. Januar 1869 in Kraft, und es schließt sich im Wesentlichen an das preußische Genossenschaftsgesetz an.

II.

Hält man nun, was natürlich am nächsten liegt, das Norddeutsche Gesetz und den bayerischen Entwurf nebeneinander, so ergibt sich Folgendes:

In beiden Gesetzen wird anerkannt, dass die Bestimmungen unseres Zivilrechts und des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches für die Genossenschaften im Allgemeinen nicht ausreichen; namentlich passen die sogenannten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften unter keine der im Handelsgesetzbuche vorgesehenen und normirten Gesellschaftsformen.

Ein wesentlicher Unterschied aber zwischen dem preußischen Gesetze und dem bayerischen Entwurfe besteht darin, dass das erstere sich auf Gesellschaften beschränkt,

„welche die Förderung des Kredites, des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichem Geschäftsbetriebe bezwecken“ und dass es hierfür den technischen Ausdruck: „Genossenschaften“ schafft. Als hervorragende Beispiele nennt das preußische Gesetz Vorschuss- und Kreditvereine, Rohstoff- und Magazinvereine, Produktivgenossenschaften, Consumvereine und Vereine zur Herstellung von Wohnungen für die Mitglieder der Genossenschaften.

Dem entgegen beschränkt sich der bayerische Entwurf in Art. 1 nicht auf die Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften, sondern zieht in seinen Bereich: „Vereinigungen zu wirtschaftlichen Wohltätigkeits-, Bildungs-, religiösen und geselligen oder sonstigen erlaubten Zwecken“ und der bayerische Entwurf schafft für diesen Umfang von Vereinigungen ebenfalls den technischen Ausdruck: „Genossenschaften.“

Die Hauptfrage ist nun die, ob hierin abweichend vom preußischen Gesetze dem bayerischen Entwurfe zu folgen sei.

Diese Frage ist nun aber entschieden zu verneinen und zwar aus folgenden Gründen.

Es fällt in die Augen, dass Gesellschaften, welche zum Gegenstand haben die Förderung des Erwerbes, des Kredites oder der Wirtschaft ihr Mitglieder, unter ganz anderen Lebens- und Tätigkeitsbedingungen stehen, als Gesellschaften wie sie der Art. 1 des Entwurfs benennt und worunter alle möglichen Vereinigungen fallen, wie Vincentius-, Pius-, Johannes-, Missions-, Gesellen-, Lese-, Kunst-, Sing-, Turn-, Schützen-, Naturforscher-, Stenographen-, Juristen-, Landwirtschafts-, Gewerbe-, Gartenbau-, polytechnische-, Casino-, Frohsinns-, Erheiterungs-, Gemütlichkeits-, Museumsvereine, Studentenverbindungen und viele andere.

Bezüglich solcher kann die Frage entstehen, ob das sofortige dringende Bedürfnis gesetzlicher Regelung für sie gegeben sei. Diese Frage ist später weiterer Erörterung zu unterwerfen. Eines aber ist sicher und geht aus der Anlage des ganzen Entwurfs hervor, dass die Zusammenwerfung so disperater Gegenstände zu Unklarheiten und Unebenheiten in der Fassung des Gesetzes führen muss.

Aufgabe des Entwurfs ist doch wohl hauptsächlich die Regelung der Verhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Welches sind nun aber gerade die Hauptbedürfnisse dieser Genossenschaften? Ihr Geschäftsbetrieb fällt zum größten Teil unter den Begriff der Handelsgeschäfte oder kommt denselben doch außerordentlich nahe. Das Hauptbedürfnis der fraglichen Genossenschaften ist aber die Anerkennung ihrer rechtlichen Persönlichkeit und zwar in Rücksicht auf ihren Geschäftsbetrieb als handelsrechtliche Persönlichkeit. Diese ihre Eigenschaft ist mit ihrem ganzen Wesen verbunden, sie hat sich durch Übung bewährt und gerade in den Statuten der meisten und der bestgeleiteten Genossenschaften als bindende Norm ausgeprägt. Hierdurch erhalten dann die Genossenschaften von selbst die angemessene Vertretung, die nötige Erwerbsfähigkeit und es können ihnen alle Rechte zugeteilt werden, welche nach dem deutschen Handelsgesetzbuch den in die Handelsregister eingetragenen Gesellschaften zukommen. Wenn nun nach der Erfahrung die bisherige Entwicklung des Genossenschaftswesens eben dahin geführt hat, dass das Bedürfnis handelsrechtlicher Persönlichkeit stereoty-

pen Ausdruck in den Statuten der Genossenschaft gefunden hat, so ist es Aufgabe des Gesetzgebers, diese ganze Entwicklung nicht in neue Formen zu drängen, sondern der angebahnten Weiterentwicklung gesetzlich unter die Arme zu greifen. Dies geschieht aber gerade durch den engen Abschluss unserer Genossenschaften an diejenigen Normen, welche bei anderen Handelsgesellschaften Geltung haben. So hat denn auch der bayerische Entwurf eine ganze Reihe von Bestimmungen aus dem Handelsgesetzbuche herübergenommen und es wäre wohl den Genossenschaften ihre vorwiegend handelsrechtliche Stellung belassen worden, wenn nicht die übrigen obengenannten Vereinigungen es nötig gemacht hätten, sie an die Bezirksgerichte zu verweisen und damit vom Handelsrecht größtenteils abzulösen. Die Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften unterscheiden sich aber von den anderen obengenannten Vereinigungen auf das Wesentliche, namentlich in vermögensrechtlicher Beziehung.

Die fraglichen Vereine zu Wohltätigkeits-, Bildungs-, Vergnügungs-, religiösen ec. ec. Zwecken verfolgen keine Erwerbszwecke, überhaupt vorherrschend keine vermögensrechtlichen Zwecke, sie sind, was die Teilnahme ihrer Mitglieder anlangt, nicht auf gemeinschaftlichen Gewinn gegründet. Die Mitglieder haben keine Anteile am Vermögen, es findet kein Gutschreiben der Anteile statt, die Mitglieder erwerben nichts für sich, das Vermögen ist kein Vermögen der Mitglieder, sondern Vereinsvermögen, die Mitglieder haften auch für die Schulden der Gesellschaft nicht.“ Ganz anders ist dies bei den Erwerbsgenossenschaft.

Hier ist ein Vermögen einer gesonderten außer der Genossenschaft stehenden Person gar nicht vorhanden. Die Genossenschafter selbst sind überall die Berechtigten, auch die verpflichteten Personen, sei es, dass diese Verpflichtung in beschränkter oder unbeschränkter Weise, geteilt oder solidarisch eintrete. Ich verweise statt weiterer Ausführungen auf eine offenbar von sehr fachkundiger Hand herrührende Abhandlung „die vermögensrechtliche Stellung der wirtschaftlichen Genossenschaften betr.“ in der Beilage zu der Allg. Zeitung Nr. 53 v. 22 Febr. v. J., worin ausgeführt ist, wie bei den wirtschaftlichen Genossenschaften nach der Entwicklung, welche sie bisher genommen haben, das Vermögen, welches keiner wirklichen physischen Person angehört, vollständig fehlt. Gerade aber das Vorhandensein eines solchen, keiner physischen Person angehörenden Vermögens ist es, woraus andererseits das Bedürfnis der verschiedenen Gesellschaften entspringt, die Eigenschaft einer juristischen Person zu suchen und zu erwerben.

Dieses Bedürfnis nun war es, welches zu den Bestimmungen des Art. 1 des Entwurfes führte, den dort genannten Vereinigungen die Rechte der juristischen Personen unter gewissen Voraussetzungen zu erteilen. Es muss nun zwar anerkannt werden, dass diese Rechte juristischer Personen für manche Gesellschaften, welche religiöse, gesellige, Wohltätigkeits- oder Bildungszwecke verfolgen, wünschenswert, wenn sie auch nicht zur Erfüllung des Zweckes notwendig sind. Dagegen ist es nicht ohne Bedenken, die wirtschaftlichen Genossenschaften als „juristische Personen“ gesetzlich zu erklären und damit eine außer den Personen der Mitglieder bestehende vermögensrechtliche Person zu schaffen. Es würden dadurch die Schuldverhältnisse verrückt und es würde ein Begriff in die Verhältnisse dieser Wirtschaftsgenossenschaften als „juristische Perso-

nen“ gesetzlich zu erklären und damit eine außer den Personen der Mitglieder bestehende vermögensrechtliche Person zu schaffen. Es würden dadurch die Schuldverhältnisse verrückt und es würde ein Begriff in die Verhältnisse dieser Wirtschafts-genossenschaften hineingetragen, welcher rechtlich den verschiedensten Deutungen unterliegt und die verschiedensten Folgerungen zulässt. So hat denn auch das preußische und das norddeutsche Gesetz es vermieden, den Ausdruck „juristische Person“ zu gebrauchen und sich darauf beschränkt, zu statuieren, dass die Genossenschaften, „die im Gesetzes besonders bezeichneten Rechte unter den dort angegebenen Bedingungen erwerben,“ was für ihren Zweck vollständig genügt und im Anschluss an das Handelsgesetzbuches auch keine Unklarheit aufkommen lässt. Gerade dieser Anschluss an die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches ist es aber, was die Genossenschaften brauchen, denn dadurch erhalten ihre Rechtsverhältnisse eine sichere Grundlage, welche allgemein bekannt ist und berücksichtigt wird in dem ganzen großen Gebiete für welches das Handelsgesetzbuch gilt. Das norddeutsche Gesetz bildet gleichsam eine Novelle zum Handelsgesetzbuch und es holt Bestimmungen nach, welche sicher in das Handelsgesetzbuch aufgenommen worden wären, wenn zur Zeit der Erlassung desselben das Genossenschaftswesen schon so entwickelt gewesen wäre, dass das Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung desselben in den Vordergrund getreten wäre. Dies allein schon wäre ein hinreichender Grund, nicht durch Hereinziehen disparater Gesellschaftsformen den Anschluss an das Handelsgesetzbuch unmöglich zu machen oder zu verdunkeln. Man kann aber nicht die für Wohltätigkeits-, Vergnügungs-, Religions- und Bildungszwecke gegründeten Gesellschaften an das Handelsgesetzbuch anschließen. Bei letzteren Gesellschaften sind nach Umständen besondere Rücksichten zu nehmen, was wieder bei den Genossenschaften nicht der Fall ist. Es würde namentlich die Vermengung unserer Genossenschaften mit den zu Wohltätigkeitszwecken gestifteten Vereinigungen zu einer großen Verwirrung führen. Wenn die wirtschaftlichen Genossenschaften gedeihen sollen, so muss namentlich jeder Beigeschmack von Unterstützung vollständig ferne gehalten werden. Wer einem Vereine angehören will, der auf die Selbsthilfe, auf die eigenen Kraft der Mitglieder gegründet ist, muss eben noch in der Lage sein, sich selbst helfen zu können. „Auf den Kreditpunkt angewendet,“ sagt Schulze am angezeigten Ort S. 34 „will dies sagen, dass die Verhältnisse des Aufzunehmenden von der Art sein müssen, dass ihm Vorschüsse von irgend welchem Belang mit der wahrscheinlichen Aussicht auf Wiedererstattung anvertraut werden können. Wer so weit heruntergekommen ist, dass er sich durch einen verhältnismäßigen Vorschuss unter der Bedingung der Verzinsung und Rückzahlung nicht wieder emporzuhelfen vermag, dem muss die Mitgliedschaft versagt werden, denn die Vorschussvereine dürfen, wenn sie dauernden Bestand gewinnen sollen, durchaus nicht mit Almosenanstalten vermengt werden, da sie nicht bestimmt sind, Arme zu unterstützen, sondern was viel wichtiger ist, der Verarmung vorzubeugen. Solange jemand nicht den eigenen und der Seinigen Unterhalt, sei es auch kümmerlich, durch Arbeit zu erschwingen im Stande ist, nehme man ihn auf; sobald ihm aber diese Eigenschaft abgeht, fällt eine solche Person in wirtschaftlicher Hinsicht der öffentlichen oder Privatmilde anheim, deren Organisation nicht unseren Bereich gehört.“

Man kann also nicht dieselben Bestimmungen auf Wohltätigkeitsvereine und wirtschaftliche Genossenschaften anwenden.

Ein weiterer Hauptfaktor des Gedeihens dieser Genossenschaften ist der lebhafte Verband, in welchem sie mit anderen gleichen Genossenschaften zu stehen haben: der Eintritt in die allgemeine Organisation derartiger Genossenschaften und damit die Teilnahme an der Entwicklung an den Erfahrungen und an den Mitteln dieser Organisation. Dies wäre aber nicht möglich, wenn ihre gesetzliche Grundlage eine besondere, nicht die allgemein bekannte wäre.

Wie ich bereits oben bemerkt habe, hat der Ausdruck „Genossenschaften“ in Norddeutschland eine bestimmte, technisch-juristische Bedeutung. Würde nun, wie unser Entwurf vorschlägt, demselben technischen Ausdruck eine davon grundverschiedene Bedeutung gegeben, so könnte dies nur zur Verwirrung, zur Isolierung unserer Genossenschaften führen, und es würde ihnen dadurch die weitere Entwicklung, welche in der Gemeinschaft mit den Genossenschaften eines Rechtsgebietes von mehr als 30 Millionen liegt, abgeschnitten.

Der Verfasser des oben allegierten Artikels der allg. Zeitung sagt hierüber eben so wahr als erschöpfend:

„Die neueren wirtschaftlichen Genossenschaften sind auf norddeutschem Boden aufgewachsen, in ihrer rechtlichen Entwicklung seit ihrem Entstehen von der Hand ihres rechtskundigen Gründers geleitet. So sind dieselben nach dem deutschen Süden verpflanzt worden. Es handelt sich sohin nicht um eine Eigenart Bayerns oder des Südens. Auf den durch Erfahrungen erprobten Grundsätzen des Entwurfs von Schulze-Delitzsch beruht das preußische, den wirtschaftlichen, wie praktischen Anforderungen entsprechende Gesetz vom 27. März 1867, welches bereits ein großes Anwendungsgebiet hat und seiner Annahme im ganzen norddeutschen Bund entgegensteht

Wozu also neue legislatorische Experimente in Bayern, statt das Gute anzunehmen, dass so nahe liegt!“

Macht sonach der Umstand, dass mit dem Anschluss an das norddeutsche Gesetz für die Genossenschaften ein großes gemeinsames Rechtsgebiet eröffnet wird, diesen Anschluss zweckmäßig, ja notwendig, so kommt hierzu als mitentscheidend noch ein weiterer sehr bedeutender Grund, nämlich der, dass für die gedeihliche Wirksamkeit und Entwicklung der wirtschaftlichen Genossenschaften in ihren Hauptformen die Festsetzung der Solidarhaft aller Genossen als notwendig erscheint.

III.

Für solche Festsetzung der Solidarhaft spricht zunächst und bedeutsam die Erfahrung, welche man damit in Norddeutschland gemacht hat.

Diese Solidarhaft aller Mitglieder erscheint als die einzig sichere Basis der Genossenschaften und die unumgänglich notwendige Voraussetzung ihres Kredites, d.h. also ihrer Lebensfähigkeit, wie Lasker in seinem oben allegierten Berichte sich ausdrückt. Schulze am angezeigten Ort S. 52 äußert sich hierüber folgendermaßen:

Er bemerkt, dass das gegen die Solidarhaft Vorgebrachte vollkommen unbegründet sei, und fährt dann fort:

„Das ist keine Sache, die man auf das Belieben der Beteiligten stellen kann, vielmehr trägt sie ihr Gesetz in sich selbst. Aus Liebhaberei übernimmt kein Mensch weder eine solidare noch sonstige Haftung, das ist sicher. Wenn es also wahr ist, wie uns die Förderer der Association in Frankreich sagen: „dass die Handwerker und Arbeiter dort gegen die Solidarhaft sind, und man sie daher nicht einführen sollte,“ so sind die Leute eigentlich gegen die Association selbst, indem sie ihnen den wirksamsten Kredithebel entziehen; und wir werden sehen, wie weit sie damit kommen. Freilich gibt es eine ganze sozialistische Partei, welche gegen die ökonomische Verantwortlichkeit sich erklärt; aber weil sie damit das sittliche und wirtschaftliche Fundament der menschlichen Gesellschaft verleugnet, ist sie niemals zu realen Gestaltungen gelangt und wird auch nie dahin gelangen. Die Übernahme der vollen persönlichen Verantwortlichkeit unter gegenseitigem Entstehen Aller für Einen, das ist nun einmal das einzig rechtlich und wirtschaftlich wirksame Moment, welches der Stamm unserer Genossenschafter im Verkehr einzusetzen vermag. Deshalb nehmen wir die Solidarhaft als Notwendigkeit hin für die Genossenschaften in deren ersten Stadium. Aber, wie der Einzelne dergleichen Notwendigkeiten in Gestaltung seiner eigenen Verhältnisse bei fortschreitender Entwicklung mehr und mehr an sich abzustreifen, seine Verantwortlichkeit, möglichst zu erleichtern bestrebt ist, so wird sich sicher auch in unseren Vereinen allmählich das Streben kundgeben, die genannte Schwere Art der Haft mit einer leichtern, die unbeschränkte mit der auf bestimmte Vermögensteile beschränken zu vertauschen, sobald nämlich die Bedingungen dafür in den weiteren Fortschritten des Vereinsgeschäftes gewonnen sind.

Dies ist aber nicht eher der Fall, als bis die eigene Kapitalansammlung bei der Mehrzahl der Mitglieder soweit gediehen ist, dass ihre Geschäftsanteile vom geschäftlichen Standpunkte aus wirklich als Objekte in Betracht kommen, welche der beschränkten Haftbarkeit die unerlässlich reale Unterlage bieten. Erst dann mag man an eine Umformung eines solchen Vereines denken, der damit aber auch aus dem Kreise unserer persönlichen heraus und in die Reihe der Kapitalgenossenschaften, sei es in Form der Kommandite- oder der Aktiengesellschaft eintritt. Für diese Art Gesellschaften existieren bereits die rechtlichen Formen in den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, welchen die zu ihnen übertretenden Vereine ihre Organisation anzupassen haben. Deshalb war in dem gegenwärtigen Genossenschaftsgesetze darauf nicht zu rücksichtigen. Vielmehr musste dasselbe, wie es getan, die Art der Genossenschaft für die es bisher an einer gesetzlichen Regelung gebrach, die persönliche oder Arbeitsgenossenschaft einzig und allein nach ihren von denen der andern ganz verschiedenen Existenzbedingungen erfassen und durfte beide nicht vermischen, wollte es nicht die äußerste Verwirrung verursachen und Gefahr laufen, dem Bedürfnisse, dem es doch allein seine Entstehung verdankt, nicht gerecht zu werden.“

Man habe zwar, sagt Schulze weiter auf die neuere englische Gesetzgebung hingewiesen, alleine gerade die bei uns gemachten Erfahrungen fußen auf den in England gemachten selbst. Die englischen Genossenschaften seien unter der Herrschaft der So-

lidarhaft groß geworden und das etwa nach der Gesetzgebung von 1862, welche dem Genossenschafter den Eintritt in die Aktiengesellschaften öffnete, ein ganz besonderer Aufschwung in der englischen Genossenschaftsbewegung gegen früher eingetreten sein sollte, davon sei bis jetzt nichts bekannt geworden, vielmehr datieren die bekannten großartigen Unternehmungen in Rochdale und anderswo sämtlich aus der früheren Zeit und es sei dabei gerade so zugegangen, wie es oben angedeutet worden sei. Erst als man nach mehr als zehnjährigem langsamen Emporwachsen aus kleinen mühsamen Anfängen unter der Gesamthaft und dem gegenseitigen Einstehen für einander zu bedeutender Kapitalansammlung gelangt sei, sei man zu großartigen produktiven Fabrikunternehmungen geschritten, indem man sich dazu trotz der unter der früheren Gesetzgebung bestehenden Schwierigkeiten, die zur Bildung einer Aktiengesellschaft (mit beschränkter Haftbarkeit) erforderliche Lizenz zu verschaffen gewusst habe. „Was,“ fragt Schulze „hätte den Pionieren von Rochdale als sie mit ihren historisch gewordenen 56 Pfund Sterling ihr Werk begannen, das neue Gesetz mit der Teilhaft geholfen? Hätte es ihnen das Kapital etwas rascher zugeführt und sie der Anstrengung und der Mühsal ihrer Anfänge überhoben? Hat nicht vielmehr gerade zur Überwindung der Hindernisse die übernommene Verantwortlichkeit das bewusste Einsetzen der Persönlichkeit jedes Einzelnen das Ihrige beigetragen?“

Ich verkenne nun keineswegs die Gründe, welche man dafür geltend macht, dass auch für die wirtschaftlichen Genossenschaften die Entscheidung der Frage, ob die Solidarhaft aller Mitglieder statuiert werden solle oder nicht, den Vereinssatzungen freizulassen sei. Allein hier kommt zu bemerken, dass es gar nicht in der Absicht des Vorschlages liegt durch einen gesetzlichen Zwang den Vereinigungen bestimmte Normen aufzudrängen, das Gesetz soll nicht die Entwicklung hemmen und nicht Rechte entziehen, welche nach Lage des gemeingültigen Rechtes den Genossenschaften schon jetzt zustehen. Nur, wenn die Genossenschaften die Rechte eines Kaufmanns erlangen wollen, wenn sie in die Reihe der eingetragenen Genossenschaften nach Hauptstück I des Gesetzes treten wollen, habe sie, im Anschluss an das Handelsgesetzbuch auch bestimmte Normen, welche die Erfahrung bewährt hat, sich gefallen zu lassen.

Will eine Genossenschaft und kann sie ihre Kreditbasis in dem zusammengeschlossenen Kapitale finden, so kann sie eine Aktien- oder Kapitalgesellschaft bilden und das noch besonders zu besprechende Gesetz „über Aktiengesellschaften, deren Gegenstand nicht Handelsgeschäfte bilden“ sowie das zweite Hauptstück dieses Gesetzes wird in dieser Richtung noch weitere Erleichterungen darbieten.

Wenn in den Motiven zu Art. 1 des Entwurfs gesagt wird, es sei kein Grund vorhanden, warum einem Vereine wohnungsbedürftiger Personen zur Herstellung von Wohnungen für seine Mitglieder eine freiere Bewegung gestattet werden solle, als einem Vereine wohlthätig gesinnter Männer, welche ihren minderbemittelten Mitbürgern wohlfeilere und gesündere Wohnungen verschaffen wolle, so beruht diese Auffassung auf einer Vermengung zweier ganz verschiedener Gegenstände und es lässt sich darauf Folgendes antworten.

Gerade, wenn ein Verein „minderbemittelter Mitbürger“ den Mitgliedern wohlfeilere und gesündere Wohnungen verschaffen will, so wird dieser Verein die nötigen Kapitalien, welche nicht aus eigenen Mitteln beschafft werden können, nur durch Inanspruchnahme des Kredites aufzubringen vermögen und dazu wird meistens die einzig ausreichende Basis die Solidarhaft sein.

Der Verein wohlthätiger und wohlhabender Mitglieder wird die Solidarhaft weder wollen, noch auch brauchen; er wird sie nicht wollen, weil er für seinen Wohltätigkeitszweck kaum sein ganzes Vermögen bei der Teilnahme einsetzen will, er wird sie aber auch nicht brauchen, weil in dem Einschließen der Kapitalien die Sicherheit für das Unternehmen liegt. Für einen solchen Zweck „der Beschaffung wohlfeiler Wohnungen für unbemittelte Mitbürger“ wird die Aktiengesellschaft, von der ich oben sprach, die entsprechende Form geben und es ist also dieserhalb kein Grund vorhanden, von dem Grundsatz der Solidarhaft für die Wirtschaftsgenossenschaften abzugeben. Die Vereinigung Wohlhabender zum Zwecke der Beschaffung von Wohnungen für Arme ist eben gar keine Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaft in unserem Sinne.

IV.

Wenn unsere Genossenschaften aufblühen sollen, so werden sie sich der großen fortschreitenden Bewegung auf diesem Gebiete, der lebendigen fortwährenden Berührung mit den Genossenschaften im übrigen Deutschland nicht entziehen dürfen. Sie werden an den Vorteilen dieser großen Vereinigung Anteil haben, aber sich auch dafür die gleichen Existenz- und Geschäftsbehandlungsnormen geben müssen. Wenn z.B. Vorschussbanken, wenn Rohstoffvereine, wenn Consumvereine auf den Märkten und Messen bei Banken Kredit haben wollen, so wird ihnen die Firma „eingetragene Genossenschaft“ diesen Kredit nur dann verschaffen, wenn man allüberall weiß, welchen Inhalt und welche Bedeutung diese Firma hat. Der Rohstoffproduzent, der Großhändler, der Lederhändler in Leipzig oder Braunschweig, der Banquier, der Kapitalist wird mit der bayerischen Genossenschaft, welche sich als eine eingetragene ausweist, Geschäfte machen und ihr Kredit geben, wenn er damit auch weiß und festhält, dass die Genossenschaft zugleich die Solidarhaft sämtlicher Mitglieder bietet und zwar gerade so, wie die ihm sonst bekannten norddeutschen Genossenschaften. Wenn er sich aber erst über den besonderen Inhalt eines bayerischen Spezialgesetzes zu informieren hat, wenn er erst nachzuforschen hat, ob die Genossenschaft als eine mit Solidarhaft bestehende öffentlich ausgeschriebene sei, und namentlich, wenn er erst noch zu prüfen hat, ob die Solidarhaft nicht später wieder aufgehoben und darüber Bekanntmachungen erlassen wurde, so wird er anstatt alle diese Nachforschungen zu pflegen, mit unseren separat organisierten Gesellschaften lieber gar keine Geschäfte machen. Man vergesse nur nie, dass der Hauptzweck der Wirtschaftsgenossenschaften, überhaupt darin besteht, die Wirtschaft der Minderbemittelten, der Kleinbürger, der kleinen Handwerker, der Arbeiter empor zu bringen, nicht aber darin, größere Kapitalien rentierlich anzulegen, und daraus als Mitglied einer Genossenschaft höhere Dividenden zu ziehen.

Die wirtschaftliche und damit auch der moralischen Tätigkeit der Genossenschaften soll gehoben werden. Es soll Gelegenheit geboten werden, dass innere Tüchtigkeit, Fleiß, energisches Emporarbeiten, durch eigene Anstrengungen und Sparsamkeit, durch das Zusammenfassen der Kräfte durch die Association gefördert werden sollen. Wenn diese sittlichen und ökonomischen Eigenschaften zusammentreffen, wenn sie sich gegenseitig an der Entschlussfähigkeit, an dem Verzicht auf manchen augenblicklichen Genuss, an dem Beispiel der Genossen stärken, an der Aussicht zu eigener Selbstständigkeit, zu eigenem Vermögen zu gelangen, aufrichten, dann haben diese Genossenschaften ihren schönsten Zweck erreicht.

„Ganz besonders“ sagt in dieser Beziehung Schulze bei den Beratungen über das preussische Gesetz „ist die sittliche Einwirkung der Genossenschaften anzuschlagen. Es kostet einen Entschluss wenn man einer solchen Genossenschaft beitrifft, man muss Opfer bringen, muss sich Entbehrungen aller Art auferlegen. Die Gründung und Überwindung der ersten unvollkommenen geschäftlichen Zustände machen gewaltige Ansprüche an die Energie und Entsagungsfähigkeit der Leute und das Bewusstsein, dass man seine Hebung der eigenen Kraft und Tätigkeit verdankt, das Selbstgefühl, welches der Einzelne als Mitglied einer großen und im Verkehre einflussreichen Gesellschaft hat, das bewirkt eine Art von Selbstachtung, es wirkt ein auf die ganze Haltung und nicht nur auf die Energie im technischen Gewerbebetrieb, sondern auf die ganze Lebenshaltung. Wer solche Genossenschaften und ihre Mitglieder einige Jahre beobachtet hat, der wird eine große Veränderung in der angedeuteten Weise innerhalb dieses Zeitraumes wahrnehmen.“

Dies Alles ist aber nicht zu erreichen, wenn der Genossenschafter nicht seine ganze vermögensrechtliche Persönlichkeit einsetzt, sondern nur mit einem der Natur der Sache nach geringem Vermögensteil Vorteile erringen will und dabei noch allenfalls auf Subventionen, Nachlässe, Stundungen, Wohltaten u. dgl. rechnet. Zum Gedeihen jeder Wirtschaftsgenossenschaft gehört, erfahrungsgemäß und nach der Natur der Sache, die strengste Ordnung und Pünktlichkeit im Geschäftsbetrieb und die regste Anteilnahme aller Genossenschafter an demselben. Diese Anteilnahme ist aber im nötigen Maße nur bei den solidarisch Verpflichteten zu erwarten, weil sie gerade ihr eigenes Interesse, ihre eigene eventuelle Haftung darauf anweist. Soll eine Genossenschaft empor kommen, so hat sie gerade ihren Mitgliedern gegenüber die strengste Ordnung zu halten und die genaueste Erfüllung aller Verbindlichkeiten unnachsichtlich zu fordern. Der säumige Genossenschafter findet es am Ende begreiflich, wenn die übrigen, welche mit ihrem ganzen Vermögen allenfallsige Verluste zu decken haben, eben deswegen auch ihm gegenüber auf Ordnung sehen, während er eine Exekution als Härte ansehen würde, wenn der Genosse dadurch höchstens eine etwas geringere Dividende erhielte, oder seine geringe Einlage teilweise oder ganz in Verlust käme.

Es ist also klar, dass die Solidarhaft ein Sporn für alle Genossenschafter ist, sich auf das regste um den Geschäftsbetrieb zu bekümmern, die sorgfältigste Aussicht zu führen, alle gewagten Unternehmungen zu unterlassen, und es ist dies ein Hauptgrund für die Notwendigkeit der Solidarhaft. Sie ist aber auch eine Garantie geordneten und besonnenen

Geschäftsbetriebes und damit wieder der mächtigste Hebel des Kredits, als der Lebensluft und der Seele des ganzen Genossenschaftswesens. Ich glaube, dass alle diese Gründe gebieterisch verlangen, die Solidarhaft unter die notwendigen Bedingungen der Konstituierung einer Genossenschaft aufzunehmen, welche die Rechte einer „eingetragenen Genossenschaft“ erwerben will. Aber gerade diese Statuierung der Solidarhaft als einer notwendigen macht wiederum wesentliche Abänderungen im bayerischen Entwurfe notwendig und fordert ein engeres Anschließen an das norddeutsche Gesetz.

Bei dieser Sachlage erschien es am Besten, dieses Gesetz auch unserer Legislation zu Grunde zu legen und aus dem Entwurfe alle jene Bestimmungen auszuschneiden, welche nur deshalb Aufnahmen gefunden haben, weil derselbe auch anderweitige Genossenschaften in seinen Bereich gezogen hat.

In meiner Auffassung, das norddeutsche Genossenschaftsgesetz auch bei uns zu Grunde zu legen, werde ich noch durch verschiedene eingekommene Vorstellungen unterstützt, nämlich:

- 1) eine des volkswirtschaftlichen Vereines in München vom 25. Februar 1868;
- 2) des Vorschussvereines in Augsburg vom 21. März 1868, welche sich der Herr Abg. Croissant angeeignet hat;
- 3) eine solche des pfälzischen Genossenschaftsverbandes vom 23. Dezember v.J., angeeignet von dem Herrn Abg. Alwens, begleitet von einer bereits verteilten Denkschrift: „Die bayerischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihr Verhältnis zum Entwurf eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes“, welche Denkschrift genau von den eben entwickelten Anschauungen ausgeht;
- 4) eine solche der Vorstandschaft des Freisinger Vorschussvereins, angeeignet von dem Herrn Abg. Krumbach, welche Einführung des im norddeutschen Bunde geltenden Genossenschaftsgesetzes im Sinne der von pfälzischen Genossenschaften eingereichten Denkschrift verlangt;
- 5) eine solche des Kreditvereins in Hof, welche sich auf die erwähnte Denkschrift bezieht, und Einführung des norddeutschen Gesetz erbittet;
- 6) eine solche des Vorschussvereines in Mellrichstadt;
- 7) eine solche des Vorschussvereines in Augsburger
- 8) eine solche des Kreditvereines in Brückenau
- 9) eine solche des Vorschuss- und Sparvereins in Fladungen;
- 10) eine solche der Verwaltung des Kreditvereines in Nürnberg, angeeignet von dem Herrn Abg. Dr. Brater;
- 11) eine solche des Kreditvereins in Schweinfurt, angeeignet von dem Abgeordneten v. Schultes;

welche übereinstimmend bitten:

„dem zu erlassenden Genossenschaftsgesetze das auf vielfacher Erfahrung beruhende und die einschlagenden Verhältnisse nach allen Seiten bestens berücksichtigende

Genossenschaftsgesetz für den norddeutschen Bund den Beratungen zu Grunde zu legen und dasselbe mit den durch unsere Gesetzgebung gebotenen Abänderungen der k. Staatsregierung zur Annahme zu empfehlen.“

Aus diesen Gründen wurde der weiteren Behandlung des Gegenstandes das norddeutsche Gesetz vom 04. Juli 1868 zu Grunde gelegt, und es schlägt der I. Ausschuss der Kammer das erste Hauptstück des unter Beilage B redigirten Gesetzes zur Annahme vor.

Anlangend die einzelnen Artikel dieses ersten Hauptstückes, so kommt zu erörtern:

Zu Art. 1

Hier ist nach obiger Begründung ausgeschieden, was die Wohltätigkeits-, Bildungs-, religiösen, geselligen und zu sonstigen erlaubten Zwecken gebildeten Vereinigungen anlangt werden und folgerecht hat auch der Ausdruck „Genossenschaften“ eine engere, auf die wirtschaftlichen Genossenschaften beschränkte Bedeutung erhalten, was deswegen als geboten erscheint, weil es nicht angeht, zwei technische Ausdrücke der verschiedensten Bedeutung zu haben, wenn die beiden gleichgenannten Rechtssubjekte miteinander in Berührung treten und geschäftliche Beziehungen unterhalten sollen. Es ist ferner davon Umgang genommen worden den Genossenschaften ausdrücklich und wörtlich „die Rechte juristischer Personen“ zur erteilen. Für die wirtschaftlichen Genossenschaften ist solche Erteilung einmal nicht notwendig, wie das norddeutsche Gesetz zeigt, ja sie wäre sogar bedenklich, da, wie oben dargetan, bestritten werden kann, dass die Genossenschaften juristische Personen im Sinne des gemeinen Rechts darstellen, da die juristische Person der Träger eines ihr zustehenden Sondervermögens sei, was bei wirtschaftlichen Genossenschaften deshalb nicht der Fall, weil die Genossenschafter selbst die Träger dieses Vermögens.“ Diese Unterscheidung hätte namentlich in Beziehung auf die Bürgschaft und die gültigen Formen derselben Einfluss. Sofern nämlich die Solidarhaft als Solidarbürgschaft erscheint und sofern diese Bürgschaft für die Schulden der juristischen Person eingegangen würde, könnten sich Zweifel über die Gültigkeit solcher Bürgschaften da ergeben, wo die Gesetze besondere Formen vorschreiben. Da nun überhaupt das Bedürfnis der Erwerbung juristischer Persönlichkeit höchstens bei den ausgeschiedenen Gesellschaftsformen in Frage kommt, so lag kein Bedenken vor, hierin vollständig dem Norddeutschen Gesetze zu folgen. Es wird ferner vorgeschlagen, dass das zu führende Genossenschaftsregister nicht bei dem betreffende Handelsgerichte anzulegen und zu führen sei. Dies rechtfertigt sich in Übereinstimmung mit dem norddeutschen Gesetze nach dem oben Angeführten dadurch, dass das vorliegende Gesetz seinem ganzen Stoffe nach eigentlich eine Novelle zum Handelsgesetzbuch bildet, und dass dieser Stoff wohl seine Bearbeitung im Handelsgesetzbuche gefunden hätte, wenn zur Zeit der Erlassung desselben die Entwicklung des Genossenschaftswesens schon weiter fortgeschritten gewesen wäre. Dazu kommt noch, dass die meisten Arten der Genossenschaften wirklich auch Handelsgeschäfte zum Gegenstande haben, oder doch denselben sehr gleichartig sind, sowie, dass durch das Gesetz die Genossenschaften zugleich mit der Firma auch die Rechte des Kaufmanns erhalten sollen.

Durch den Wortlaut des Gesetzes ist die Bildung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften anderer Beschaffenheit als der aufgezählten, nicht ausgeschlossen, da aus dem Gebrauche des Wortes: „namentlich“ deutlich hervorgeht, dass die Aufzählung nur eine beispielsweise ist. Bilden sich also andere Genossenschaftsformen, welche den allgemeinen Charakter besitzen, den das Gesetz voraussetzt, nämlich Förderung des Kredits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder oder sind solche Genossenschaften jetzt schon vorhanden, so können sie von den Rechten des Gesetzes nicht ausgeschlossen werden.

Was speziell die Vorschuss- und Kreditvereine anlangt, so wurde bei der Beratung des Gesetzes in Preußen anerkannt, dass dieselben auch berechtigt seien, Darlehen an andere als Mitglieder zu geben, weil sonst unter Umständen genötigt wären, ihre Gelder müßig liegen zu lassen, und weil eine solche Beschränkung ebenso unzweckmäßig als undurchführbar wäre.

Dass die Vorschussvereine hierdurch als Handelsgeschäfte treibend sich charakterisieren, steht nicht entgegen, weil ja der Eintrag in das Handelsregister ihnen ohnehin die Rechte des Kaufmanns sichert. Ebenso kann aus den Worten in Ziff. 4: „an ihre Mitglieder“ nicht geschlossen werden, dass Consumvereine, welche auch an Nichtmitglieder verkaufen, von diesem Gesetze ausgeschlossen seien, wie ebenfalls aus dem Worte: „namentlich“ hervorgeht. Es bestand Übereinstimmung im Ausschusse, dass es sich hier nicht um Aktiengesellschaften handle. Da dies aber selbstverständlich, wurde eine Bestimmung darüber für überflüssig gehalten.

Zu Art. 2:

Der Art. 2 des Entwurfes verlangt, dass über die Satzungen der Genossenschaft eine Notariatsurkunde errichtet werde, während nach dem Vorschlage in Übereinstimmung mit dem norddeutschen Gesetze die schriftliche Abfassung des Gesellschaftsstatuts genügt.

Die Motive des Entwurfs beziehen sich für die notarielle Abfassung des Statuts auf Art. 208 des Handelsgesetzbuches. Allein, wenn erwogen wird, dass bei den wirtschaftlichen Genossenschaften das Statut regelmäßig nach einem bestimmten vorliegenden Muster abgefasst werden kann, und dass die Abweichungen davon außerordentlich einfacher Natur sind, dass auch den Genossenschaftern rechtskundiger Beistand hierfür kaum je fehlen wird, so kann von dieser Beschränkung wohl Umgang genommen werden. Bei Commanditgesellschaften erfolgt der Eintrag in das Handelsregister ebenfalls nur auf Grund eines einfachen Vertrags. Auch nach dem bayerischen Entwurf ist für die Form des Beitritts eines Mitgliedes eine notarielle Beurkundung nicht erforderlich und auch nach dem preußischen Gesetze war selbst nach dem Regierungsvorschlag eine solche Beurkundung nicht erforderlich. Der bayerische Entwurf verlangt nicht einmal eine schriftliche Beitrittserklärung, sondern überlässt in Art. 11 Abs.1 die Form dieser Erklärung lediglich den Satzungen. Nun ist aber gerade diese Beitrittserklärung bei den auf Solidarhaft gegründeten Genossenschaften wegen der daraus hervorgehobenen Haftung einer der wichtigsten Akte. Wenn es daher auf der einen Seite notwendig ist, die-

sen Akt durch schriftliche Erklärung sicher zu stellen, und damit gegen Anfechtungen zu sichern, was ja die Genossenschaften selbst durch Zuziehung von Zeugen e.c. Zu bewirken in der Hand haben, so ist es doch andererseits nicht ratsam, durch Verlangen eines notariellen Aktes Kosten und Weitläufigkeiten zu veranlassen. Folgerecht wird auch die schriftliche Verabfassung des Gesellschaftsstatuts genügend und die Einreihung desselben beim Handelsgericht gegen jegliche Verdunkelung schützen. Mangelhafte den Gesetzen nicht entsprechende Statuten können ja von den Gerichten ohnehin zurückgewiesen werden, ja müssten es, und zwar sogar auch dann, wenn sie die Form der Notariatsurkunde hätten. Es rechtfertigt sich bei unseren Genossenschaften überhaupt das Streben, dieselben nur in den notwendigen Dingen zu binden und ihnen namentlich möglichst wenig Kosten zu verursachen.

Was nun die einzelnen Ziffern des Art. 2 des bayerischen Entwurfs anlangt, so kehren dieselben in §. 3 des norddeutschen Gesetzes und Art. 3 des Vorschlages wieder, und in dieser Beziehung ist zu bemerken: Der Entwurf fordert unter Ziffer 2. die Angabe „des Zweckes“ der Genossenschaft.

Allein dieser Ausdruck passt mehr auf die aus Art. 1 ausgeschiedenen Vereinigungen als hierher. Man kann zwar wohl von den unterscheidenden Zwecken der geselligen, Bildungs- oder Wohltätigkeitsvereine sprechen, aber bei den wirtschaftlichen Genossenschaften, bei welchen allen gemeinsam der Zweck ist, die ökonomische Lage der Genossenschafter zu bessern, ist die Angabe Zweckes zu allgemein; zwar ist die Art und Weise der Erreichung dieses Zweckes anzugeben und dies ist der Gegenstand des Unternehmens. Hiernach wird mit dem norddeutschen Gesetze § 3 Ziff. 2 und nach Art. 209 des Handelsgesetzbuchs die Angabe des Gegenstandes des Unternehmens verlangt, und dies offenbar in mehr zutreffender Weise.

In Ziff. 4 des Entwurfs ist die Bestimmung über die beschränkte oder unbeschränkte Haftpflicht der Genossenschafter wegzulassen, weil an deren Stelle die Bestimmungen der Solidarhaft zu treten hat, was in Ziff. 12 § 3 des norddeutschen Gesetzes und Art. 3 des Vorschlags geschehen ist. Im Übrigen rechtfertigt sich die Annahme der Fassung der norddeutschen Gesetzes in Hinblick auf Art. 18 und 20 des Handelsgesetzbuchs von selbst und es kann nicht genügen, dass – wie im Entwurf nur in der Regel der Name Genossenschaft von dem Gegenstand des Unternehmens entlehnt sein muss, sondern es hat dies bei den wirtschaftlichen Genossenschaften immer zu geschehen, und wäre solches im Entwurf sicher verlangt worden, wenn dieser nicht auch auf die ausgeschiedenen Vereinigungen Rücksicht zu nehmen gehabt hätte, bei welchen letzteren freilich auch Ausnahmen zulässig sein müssen, wenn man nicht in Pedanterie verfallen will. Es wird so nach als Art. 2 der § 2 des Norddeutschen Gesetzes vorgeschlagen.

Zu Art. 3

rechtfertigt sich der Vorschlag, den § 3 des norddeutschen Gesetzes anzunehmen aus dem Gesagten, sowie aus Art. 209 des Handelsgesetzbuchs.

Der bayerische Entwurf schlägt hier in Art. 3 nur Bestimmungen vor über die Art und Weise des Eintrags in das Genossenschaftsregister, welche jedoch im Hinblick auf Art. 58 des bayerischen Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche als überflüssig erscheinen, da die fraglichen Einträge in das Genossenschaftsregister gerade so zu behandeln sind, wie andere Einträge in das Handelsregister und der Art. 3 nur notwendig war, in Rücksicht auf die ausgeschiedenen Vereinigungen und deren Eintrag bei dem Bezirksgerichte. Der Art. 3 des Entwurfs ist sonach hier überflüssig.

Zu Art. 4

Hier wird die im Ausschussprotokolle enthaltene Fassung vorgeschlagen, was sich im Anschluss an unsere Gesetzgebung von selbst rechtfertigt.

In Abs. 2 des Art.4 wird vorgeschlagen: statt der Worte: „der Auszug“ zu setzen: „die Bekanntmachung“ und zwar nach Art. 3 des Entwurfs deshalb, weil es sich um den Inhalt des Auszuges fragt, welche öffentlich bekannt zu machen ist. Im Übrigen sind Art.4 des Vorschlags und Art. 4 des Entwurfs nicht wesentlich verschieden.

Zu Art. 5

Derselbe rechtfertigt sich ohne weitere Bemerkung aus Art. 211 des Handelsgesetzbuches.

Zu Art. 6

ist nur zu bemerken, dass der Art. 6 des bayerischen Entwurfs in seinem Abs.1 überflüssig wird und der Abs.2 in Art. 22 des Vorschlags seine Stelle gefunden hat.

Zu Art. 7

ist nichts zu bemerken.

Zu Art. 8

Dieser wird, wie er im Protokolle vorgeschlagen, begutachtet und ist eine besondere Bemerkung nicht notwendig, da sich die Abweichung vom norddeutschen Gesetze hier von selbst rechtfertigt.

Zu Art. 9

wird die Annahme des § 9 des norddeutschen Gesetzes beantragt. Der erste Absatz des Artikels stimmt wörtlich mit dem Abs. 1 des preußischen Gesetzes überein. Dagegen enthalten die beiden weiteren Absätze Abweichungen von den früheren, dem preußischen Gesetze folgenden Vorschläge. Es soll nämlich nach dem norddeutschen Gesetze der Gewinn und Verlust in Ermangelung einer anderen Bestimmung des Gesellschaftsvertrages nicht mehr nach Köpfen verteilt werden. Diese Neuerung im Gesetze motiviert der Bericht der Kommission des norddeutschen Reichstags vom 23. Mai 1868 S. 5. folgendermaßen:

„Das preußische Gesetz schreibt in Ermangelung einer anderen Bestimmung des Gesellschaftsvertrages vor, dass Gewinn und Verlust sich unter den Genossenschaftern schlechthin nach Köpfen verteilen sollen.“

Der Entwurf ändert das, indem er einen Verlust, der das Genossenschaftsvermögen erschöpft, besonders behandelt und wie den Gewinn, nur solchen Verlust zu dessen Deckung die Geschäftsanteile ausreichen, nach Höhe der Geschäftsanteile verteilt, die Deckung eines höheren Verlustes aber allen Genossenschaftlern gleichmäßig auferlegt. Dass in Ermangelung anderer Vertragsbestimmungen Gewinn und Verlust einer Gesellschaft sich nach Verhältnis des Anteils am Gesellschaftsvermögen verteilt, entspricht den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, dass aber, wenn der Verlust das Gesellschaftsvermögen übersteigt und die Genossenschafter mit ihrem übrigen eigenen Vermögen für die Deckung eintreten sollen, die Verteilung der aufzubringenden Deckung nach Köpfen zu geschehen hat, folgt - soweit eben die Statuten nichts anderes bestimmen - aus dem Grunde der Solidarhaft. Will eine Genossenschaft einer anderen Bestimmung den Vorzug geben, so steht ihr das frei, nur muss sie es in ihrem Gesellschaftsvertrage ausdrücklich sagen.

Die Kommission erachtet, dass die vom Antragssteller jetzt vorgeschlagene Fassung den Vorzug verdiene; gleichzeitig ist sie der Ansicht dass es sich empfehle, aus dem § 48 des preußischen Gesetze (§ 49 des Entwurfes) diejenige Bestimmung hieher zu bringen, nach welcher bei einer Auflösung der Genossenschaft kein Mitglied wegen des geringeren Betrages seiner Einzahlungen von anderen Mitgliedern, die auf ihre Anteile mehr eingezahlt haben, in Anspruch genommen werden kann.“

Übrigens steht die Bestimmung, dass der Gewinn nach Höhe der Geschäftsanteile verteilt werden soll, in ihrer Allgemeinheit im Widerspruch mit der Bestimmung in Art. 47 lit. C des Norddeutschen Gesetzes, wonach bei Auflösung der Genossenschaft die Verteilung „weiterer Überschüsse“ nach Köpfen zu erfolgen hat.

S. Parisius, das Norddeutsche Gesetz S. 10 und 33. Ich halte es nun mit den Bestimmungen über Solidarhaft, wonach bei Auflösung der Gesellschaft die Haftung nach Köpfen sich ausschlägt, als folgerecht in Übereinstimmung, dass in diesem Falle auch der Restgewinne nach Köpfen verteilt werde. Um dieses zu bewirken und die beiden Artikel auch äußerlich in Einklang zu setzen, wird eine Einschaltung vorgeschlagen, welche die Bestimmungen des Art. 47 lit. C vorbehält.

hiermit scheint der Antrag auf Annahme dieser beiden Absätze hinreichend begründet.

Zu Art. 10

Ungeändert nach dem Norddeutschen Gesetze.

Zu Art. 11

Wie § 11 des Norddeutschen Gesetzes.

Das aus der Bestimmung in Abs.3 keine Folgerungen auf die Steuerpflichtigkeit der Genossenschaften gezogen werden können, war bei der Beratung dieses Absatzes im Norddeutschen Reichstag allgemein anerkannt und ist um so richtiger, als es sich hier lediglich um civilrechtliche Feststellungen handelt.

Zu Art. 12

Wie § 12 des Norddeutschen Gesetzes.

Es wird hier die Konsequenz der Statuierung des Solidarhaft gezogen und namentlich angeordnet, dass diese Solidarhaft nur eine subsidäre ist, was als eine Erleichterung erscheint, welche den Genossenschaftlern zugestanden werden kann, ohne die Grundlage der Genossenschaften, ihre Kreditbasis, zu stören. Dieselben Bestimmungen enthält in der Hauptsache auch der Art. 25 des bayerischen Entwurfes. Der vierte Absatz rechtfertigt sich Angesichts der Bestimmungen des gemeinen Rechts über das *Senatus consultum Vellejanum*.

Zu Art. 13,14,15,16

ist eine weitere Bemerkung im Hinblick sowohl auf den bayerischen Entwurf (Art. 26 und 27), auf das Norddeutsche Gesetz, das Handelsgesetzbuch und das Ausschußprotokoll nicht erforderlich.

Zu Art. 17

ist zu bemerken, dass der vorgeschlagenen Abs.3 der Deutlichkeit wegen eine Bestimmung über Stellvertretung enthält, wenn der Vorstand nur aus einem Mitglied besteht.

Zu Art. 20.

Hier ist anstatt der Worte des Norddeutschen Gesetzes: „ das Hypothekenbuch“ zu setzen: „ das Hypothekenwesen“, da dieser Ausdruck unserer Gesetzessprache mehr entspricht.

Zu Art. 21.

Dieser Artikel ist im Norddeutschen Gesetze wörtlich gleich dem § 20 des preußischen Gesetzes und entspricht dem Art. 231 des Handelsgesetzbuches.

Dieser letztere Artikel ist jedoch genauer und korrekter redigiert und es ist nicht zu sehen, warum von der Fassung der letzteren abgewichen worden ist.

S. Parisius Kommentar zum preußischen Gesetze S.79

Es wird deshalb vorgeschlagen, den Art. 21 nach der Redaktion des Art. 231 zu fassen

Zu Art.22

Wie § 22 des Norddeutschen Gesetzes.

Zu Art. 23.

Wie § 23 des Norddeutschen Gesetzes, welcher eine Erweiterung und zweckmäßige Ergänzung des preußischen Gesetzes vornimmt. Die von Parisius in seinem Kommentar zum Norddeutschen Gesetze S. 18 angeregten Bedenken scheinen nicht wichtig genug, um von dem Wortlaut des Norddeutschen Gesetzes eine Abweichung zu statuieren. Die Worte: „Allgemeiner deutscher“ vor Handelsgesetzbuch sind hier wie an andern Orten zu streichen, da es nur ein Handelsgesetzbuch gibt.

Zu Art. 24, 25, 26

wie § 24, 25 und 26 des Norddeutschen Gesetzes. Bezüglich des Vorschlages, den Art. 26 in zwei Absätze aufzulösen, verweise ich auf die Motivierung zu Art. 66. Die Abs. 3 und 4 rechtfertigen sich im Hinblick auf Art. 17 des bayerischen Entwurfs, sowie Art. 239 und 246 des Handelsgesetzbuches.

Zu Art. 27

Der erste Absatz dieses Artikels wird gleichlautend mit Abs.1 des § 26 des preußischen und § 27 des Norddeutschen Gesetzes vorgeschlagen und ist conform mit Art. 24 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches.

Dagegen hatte ich vorgeschlagen, den Abs. 2 des Art. 27 zu streichen, weil der bayerische Entwurf eine analoge Strafbestimmung nicht enthalte und auch bei den Beratungen in der Commission des Norddeutschen Reichstages das Bedürfnis dieser besonderen Strafbestimmung fast einstimmig in Zweifel gezogen worden, indem die Bestimmungen der allgemeinen Strafgesetze und der Vereinsgesetze hinreichend Vorsorge trafen. Der Ausschuss hat jedoch den Abs. 2 in der im Protokolle enthaltenen Fassung angenommen, da diese Strafbestimmung die sonst notwendige härtere der Auflösung nötig machen würde.

Zu Art. 28

wie § 28 des Norddeutschen Gesetzesartikels

Zu Art. 29

wird vorgeschlagen, den Abs. 1 des Norddeutschen Gesetzes unverändert und den ersten Satz des zweiten Absatzes als Abs. 2 anzunehmen, ferner aus dem zweiten Satze des Abs. 2, (welcher im Norddeutschen Gesetze lautet: Jeder Genossenschafter ist befugt, als Intervenient in einen solchen Prozess auf seine Kosten einzutreten) einen besonderen dritten Absatz zu bilden, jedoch statt der Worte: „in einem solchen Prozess“ zu setzen: „in die vorerwähnten Prozesse.“

Nach dem Wortlaut des Norddeutschen Gesetzes wäre nämlich jeder Genossenschafter nur befugt, als Intervenient in Prozesse einzutreten, wie sie in Abs.2 gegen die Mitglieder des Aufsichtsrates bezeichnet sind, nicht aber im Prozesse der in Abs.1 bezeichneten Art gegen die Vorstandsmitglieder. Dies wäre jedoch gegen die analogen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches Art. 195 Abs.3 und gegen die Absicht des Antragsstellers Schulze im Norddeutschen Reichstag. Dessen Verhandlungen lassen aber ersehen, dass die fragliche Redaction ihre Entstehung nur einem Versehen verdankt, dessen Verbesserung hier vorgeschlagen wird.

Vergleich Parisius, das Norddeutsche Gesetz S. 23.

Aus diesem Grunde hat der Ausschuss die im Protokolle enthaltene deutlichere Redaction angenommen.

Zu Art. 30

wie § 30 des Norddeutschen Gesetzes.

Zu Art. 31

wie § 31 des Norddeutschen Gesetzes jedoch einmal unter Weglassung der Worte: „größeren oder“, welche sich im Norddeutschen Gesetze vor den Worten: „geringere Teile“ befinden. Zur Motivierung hierfür wird bemerkt: dass dieselben wohl nicht als gerechtfertigt erscheinen. Wäre nämlich in dem Genossenschaftsvertrage bestimmt, dass das Recht, die Berufung der Generalversammlung zu verlangen nur einem größeren Teile der Mitglieder als dem zehnten Teile derselben zustehen soll, so hätte die Bestimmung, dass schon der zehnte Teil oder ein geringerer dieselbe soll verlangen können, keine Bedeutung mehr. Es ist nun aber wohl zweckmäßig, dass in dem Statut zwar bestimmt werden kann, schon eine geringere Quote der Mitglieder solle das fragliche Recht erhalten können, dass aber dies Recht für den zehnten Teil in jedem Fall gewahrt werden soll. Zwar enthalten auch die Art. 188 und 237 des Handelsgesetzbuches die in das preußische Gesetz aufgenommenen Bestimmungen, allein die eminente Beteiligung der Genossenschafter, welche Folge der Solidarhaft ist, erfordert die Ausdehnung der Rechte und die Sicherung derselben in hervorragender Weise, auch wenn sie der Zahl nach in der Minderheit sind, während sie doch vielleicht je nach ihren Vermögensverhältnissen mit größerer reeller Haftung beteiligt sind.

ist also zweckmäßig zu bestimmen, dass auch eine solche Minderheit wenigstens verlangen kann, ihre Anträge und Forderungen einer Generalversammlung zu unterbreiten, außerdem sollte Abs. 3 dieses Artikels dem Art. 188 des Handelsgesetzbuches entsprechen, ist jedoch bei der Redaktion des Norddeutschen Gesetzes entstellt worden. Zur Herstellung der Conformität mit dem Handelsgesetzbuch wird nun vorgeschlagen, in Abs.3 folgende Änderung vorzunehmen:

- 1) statt des Wortes: „sofort“ zu setzen: „auch dann,“
- 2) statt „zu unterzeichnenden“ zu setzen: „unterzeichneten,“
- 3) die Worte: „ an den Vorstand“ wegzulassen,
- 4) anstatt der Worte: „der Berufung einer Generalversammlung“ zu setzen: „die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen.“

Siehe Parisius Commentar zum preußischen Gesetze S. 16 und das Norddeutsche Gesetz S. 25

Zu Art. 32

Hier wird vorgeschlagen, es bei der Fassung des § 31 des preußischen Gesetzes zu belassen, welcher lautet: „Die Berufung der Generalversammlung hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Weise zu erfolgen. Der Zweck der Generalversammlung muss jederzeit bei der Berufung bekannt gemacht werden. Über Gegenstände, deren Verhandlung nicht in dieser Weise angekündigt ist, können Beschlüsse nicht gefasst werden, hiervon ist jedoch der Beschluss über den in einer Generalversammlung gestellten Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung ausgenommen. Zur Stellung von Anträgen und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es der Ankündigung nicht.“ Diese Fassung stimmt wörtlich mit den Art. 189 und 238 des Han-

delsgesetzbuches überein, und es ist nicht abzusehen, warum das was dort für Commanditgesellschaften auf Aktien und für Aktiengesellschaften bestimmt ist und ausreicht, nicht auch für die Genossenschaften zutreffend sein soll. Das Recht über ihre eigene Leitung Beschlüsse zu fassen, hat jede Versammlung so selbstverständlich, dass darüber eine gesetzliche Bestimmung nicht nötig ist.

Zu Art. 33.

Hier wird der Art. 33 des Norddeutschen Gesetzes vorgeschlagen, jedoch beantragt, die Worte desselben vor: „gestattet werden nicht“ nämlich: „der Staatsbehörde“ zu streichen. Es geschieht dies in Übereinstimmung mit Art. 23 des bayerischen Entwurfes, welcher ebenfalls ein solches Recht der Staatsbehörde oder den Regierungsorganen nicht verleiht. Dasselbe besteht auch bezüglich der übrigen Handelsgesellschaften in keiner Weise und ist überhaupt nicht notwendig. Kommen strafbare Übertretungen der Gesetze vor, so reichen die allgemeinen Gesetze vollständig aus; zudem werden strafbare Handlungen oder Überschreitungen der Gesetze sicher nicht in den Protokollen erscheinen. Nach den in Preußen gemachten Erfahrungen erschien dem Referenten Lasker auch eine solche Bestimmung nicht notwendig und wenn die dortigen weiteren Verhandlungen dennoch zur Beibehaltung dieses Rechtes der Staatsbehörde (worunter dort übrigens nicht die Staatsanwaltschaft, sondern die Polizeibehörde verstanden wird) geführt haben, so kann dies für uns kein Grund sein, hierin ein spezielles Aufsichtsrecht für die Staatsbehörde zu schaffen und dadurch gleichsam von vorneherein Mißtrauen gegen die Genossenschaften auszudrücken.

Eine Abweichung von dem norddeutschen Gesetze in diesem Punkte ist um so unbedenklicher und um so mehr angezeigt, als ja auch das Handelsgesetzbuch solcherlei Bestimmungen für die übrigen Handelsgesellschaften nicht enthält.

Zu Art. 34.

Hier und in einigen folgenden Artikeln wird vorgeschlagen, statt der Worte des Nord. Gesetzes „des Concurres (Falliments)“ zu setzen: „der Gant (des Concurres, Falliments)“ um die in verschiedenen Rechtsgebieten vorkommenden Ausdrücke zu gebrauchen.

Dies ist auch zum Teil in Übereinstimmung mit dem bayerischen Entwurf und kommt sonach zur Motivierung dieser Änderung, die sich lediglich unseren Gesetzen anschließt, nichts weiter zu bemerken.

Es enthält nun aber außer den vorgeschlagenen drei Ziffern, in welchen die Auflösung der Genossenschaft nach diesen Vorschlägen stattfinden soll, bayerische Entwurf noch zwei weitere Ziffern. Nach Ziff. 3 soll nämlich die Genossenschaft aufgelöst werden können, durch die in Gemäßheit des Art. 19 des Gesetzes über Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 erfolgte Schließung. Diese Bestimmung erscheint hier nicht als statthaft. Das vorliegende Gesetz befasst sich lediglich mit der privatrechtlichen Stellung derjenigen Genossenschaften, welche eigentlich nur eine neue Gattung von Handelsgesellschaften sind. Das Gesetz über Versammlungen und Vereine wurzelt im öffentlichen Recht. Unsere Genossenschaften sind vermöge des Gegenstandes ihrer Unterneh-

mungen keine politischen Vereine und fallen sonach auch nicht unter die betreffenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes. Sind ihre Handlungen auf andere als die im gegenwärtigen Gesetze erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet, werden in der Generalversammlung Erörterungen gepflogen, welche sich auf öffentliche Angelegenheiten beziehen, so ist dieser Fall bereits im Art. 27 des gegenwärtigen Gesetzes vorgesehen, so dass eine Schließung nach Art. 19 des Vereinsgesetzes schon aus diesem Grunde nicht mehr als notwendig erscheint, da ja die Repression gegen Ausschreitungen in den gegen den Vorstand zu richtenden Strafeinschreitungen zu finden ist. Eine ohne Rücksicht auf Richterspruch zu verfügende Schließung, sofern nur die Bedingungen der Strafeinschreitungen des Art. 26. oder des Vereinsgesetzes vorlägen, würde unsere Genossenschaft fortwährend dem Belieben und den wechselnden Auffassungen der Polizeibehörden anheimgeben. Es würde dadurch eine Unsicherheit in die Geschäftsführung und die ganze Gebahrung der Verbindungen kommen, welche eine gedeihliche Entwicklung nicht zuließe. Einzelne Ausschreitungen in das politische Gebiet gefährden das Staatswohl nicht und gegen sie weichen die allegirten Strafbestimmungen aus.

Zu Art. 35

hatte der Referent den Abstrich beantragt, weil das Handelsgesetzbuch ebensowenig als das bayerische Einführungsgesetz für andere Handelsgesellschaften, namentlich für Aktiengesellschaften eine ähnliche Bestimmung für notwendig erachtet. Bei den Beratungen des Gesetzes in Preußen sei auf die positive Schädlichkeit einer solchen Ausnahmebestimmung nachdrücklichst hingewiesen und nur um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu vereiteln, habe das Abgeordnetenhaus die in Rede stehenden Concession gemacht. (S. Parisius, Comm z. preuß. Ges. S. 101) Seien die „anderen geschäftlichen Zwecke“ gesetzeswidrige Handlungen, durch welche das Gemeinwohl gefährdet würde, so bedürfe es der besonderen Bestimmungen nicht. Seien sie solche Handlungen nicht und schlage überhaupt kein Strafgesetzbuch ein, so sei nicht abzusehen, warum gerade für die Genossenschaften eine Bestimmung geschaffen werden soll, welche für Handelsgesellschaften nicht gelte. Es bedürfe auch der besonderen Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht. Die Bestimmung, wonach von Gefährdung des Gemeinwohls die Sprache sei, sei so allgemein und dehnbar, dass man Anstand nehmen müsse, dem Artikel die Zustimmung zu geben, wie er denn auch in Preußen lebhafteste Bekämpfung gefunden habe, dagegen wurde aber geltend gemacht, dass nur durch eine von dem Richter auszusprechende Auflösung der Eingriff der Polizeibehörde abgehalten werden könne, dass die Garantie des Richterspruches gegen missbräuchliche Anwendung gegeben, und dass es nur auf diese Weise möglich sei, die Genossenschaften der willkürlichen Einschreitung der Polizeibehörden zu entrücken. Die Stellung der Existenz derselben unter den Richterspruch ist aber bei den außerordentlichen Vermögensinteressen, welche hier auf dem Spiele stehen, geradezu notwendig. Es ist auch gewiss unzulässig, mit dem Erkenntnis der Gerichte auf Auflösung auch noch die Befugnis der Polizeibehörden nach dem Vereinsgesetze concurriren zu lassen, umsomehr, als der Mangel an rechtlichem Schutz ein wahres selbstständiges Vereinsleben bei uns unmöglich macht oder unend-

lich erschwert. hiernach wurde Abs. 1 des Art. in der im Protokolle enthaltenen Fassung angenommen und dabei anerkannt, dass die sämtlichen unter Art. 1 des Gesetzes fallenden Zwecke in der Befugnis der Genossenschaften liegen. In Abs.2 war statt der Worte: „der höheren Verwaltungsbehörde“ zu setzen: „des Staatsanwalts“.

Im Übrigen sind im Anschlusse an den bayerischen Entwurf die folgenden Abs.3 und 4 beschlossen worden, welche einer besondere Rechtfertigung nicht bedürfen.

Abs. 3

„Das Verfahren ist gegen den Vorstand der Genossenschaft zu richten und es finden hierbei, sowie bezüglich der Rechtsmittel die für die Untersuchung und Aburteilung der Vergehen geltenden Vorschriften Anwendung.“

Abs. 4

„Das Urteil ist, sofern es die Auflösung der Genossenschaft ausspricht und in Rechtskraft erwachsen ist, von dem aburteilenden Gerichte demjenigen Gerichte, welches das Genossenschaftsregister führt, zur Eintragung und Veröffentlichung mitzuteilen.“

Art. 36.

bedarf keiner besonderen Motivierung.

Art. 37

wird in folgender Fassung vorgeschlagen:

„Ist über das Vermögen einer Genossenschaft Gant verfügt worden, so ist die Gantöffnung von Amtswegen in das Genossenschaftsregister einzutragen und es ist von Seiten des Gantgerichts dem Handelsgerichte, bei welchem das Genossenschaftsregister geführt wird, zur Bewirkung des Eintrags unverzüglich Anzeige zu erstatten. Eine Bekanntmachung dieser Eintragung findet nicht statt.“

Eine weitere Motivierung dieses Vorschlages erscheint entbehrlich.

Zu Art.38

Derselbe sollte nach dem Antrage des Referenten lauten:

„In dem Gesellschaftsvertrag ist zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Mitglieder neu eintreten oder ausgeschlossen werden können.

Zum Austritt ist jeder Genossenschafter berechtigt, auch wenn der Gesellschaftsvertrag auf bestimmte Zeit geschlossen oder der Genossenschafter auf bestimmte Zeit beigetreten ist.

Ist über die Kündigungsfrist und den Zeitpunkt des Austritts im Gesellschaftsvertrage nichts festgesetzt, so findet der Austritt nur mit dem Schlusse des Geschäftsjahres nach vorheriger, mindestens vierwöchentlicher Aufkündigung statt. Die Kündigungsfrist darf die Dauer des Geschäftsjahres nicht übersteigen. Ferner erlischt die Mitgliedschaft durch den Tod, sofern der Gesellschaftsvertrag keine entgegengesetzten Bestimmungen enthält.

In jedem Falle kann die Genossenschaft einen Genossenschafter aus den im Gesellschaftsvertrage festgesetzten Gründen ausschließen; ebenso wegen rechtskräftiger Verurteilung in eine Strafe, womit die in Art. 28 des Strafgesetzbuches vom 10. November 1861 bezeichneten Straffolgen, oder einzelne derselben verbunden sind“

Zur Begründung dieser Vorschläge und Abweichungen vom Norddeutschen Gesetze war bemerkt worden: es sei geboten im Anschluss an den bayerischen Entwurf zu verordnen, dass der Gesellschaftsvertrag Bestimmungen darüber enthalten müsse, unter welchen Voraussetzungen Mitglieder neu eintreten oder ausgeschlossen werden können.

Was ferner das im Art. 11 Abs. 3 des bayerischen Entwurfs und Abs. 1 § 38 des Norddeutschen Gesetzes behandelte Recht, aus der Genossenschaft auszutreten, anlangt, so könnten sich über die Auslegung dieser Bestimmungen erhebliche Zweifel ergeben. (S. Parisius, Commentar zum preußischen Gesetze S. 106) Man könne namentlich fragen, was Rechtens sei, wenn ein Genossenschafter sich ausdrücklich für eine bestimmte Zeit verpflichtet habe, sei es, dass er dies bei der Gründung der Genossenschaft auf eine bestimmte Zeitdauer als Mitgründer oder beim Eintritt in eine Genossenschaft durch Vertrag getan habe?

Der Referent des preußischen Abgeordneten-Hauses, Lasker, und mit ihm die Commission, sprechen sich in diesem Falle gegen die Berechtigung zum Austritt aus, während der Regierungscommissär in dem Gesetze die Absicht klar ausgedrückt findet, den Genossenschaftern den Austritt aus der Genossenschaft innerhalb jeden Jahres zu ermöglichen, auch wenn der Gesellschaftsvertrag auf längere Zeit geschlossen sei. Ein weiterer angeregter Zweifel ging dahin, ob, wenn auch die Festsetzung einer bestimmten Zeit im Gesellschaftsvertrag nicht für die Gründer der Gesellschaft, also die ersten Vertragenden bindend erklärt werden könne, dieses doch der Fall sein könne, wenn einzelne Mitglieder beim Hinzutritt sich für eine bestimmte Zeit zur Teilnahme ausdrücklich verpflichteten. Der Referent glaubte, es liege im Prinzip des Art. 1 des Gesetzes, dass kein Mitglied an die Genossenschaft weiter gekettet werden könne, als dies der Zweck und die Ordnung in der Genossenschaft unumgänglich fordern. Für einzelne Mitglieder eine Ausnahme zuzulassen, sei aber schon deshalb nicht statthaft, weil die Zahl der einzelnen immer eine unbestimmte bliebe und zur Umgehung des Gesetzes führen könnte. Die vorgeschlagene Redaction des Abs. 2 erscheine geeignet, im Zusammenhalte mit Art. 9 die beregten Zweifel auszuschließen.

Dass im Gesellschaftsvertrag eine bestimmte Form der Aufkündigung, z.N. Dass dieselbe schriftlich beim Vorstande geschehe, verlangt werden könne, habe kein Bedenken, dagegen würde es der Absicht des Gesetzes, die Genossenschafter nicht zu lange, z.B. nicht über ein Jahr, zu binden, widersprechen, wenn es dem Gesellschaftsvertrag unbedingt anheimgegeben würde, die Länge der Kündigungsfrist zu bestimmen, da sie dieses gleich der beabsichtigten bestimmten Dauer der Gesellschaft oder doch annähernd derselben festgesetzt werden könnte.

In Abs. 3 § 38 des norddeutschen Gesetzes ist verfügt, dass die Genossenschaft aus den im Gesellschaftsvertrag festgesetzten Gründen einen Genossenschafter ausschließen

kann. Dies stimmt mit Art. 11 Abs. 1 des bayerischen Entwurfes. Es verfügt nun aber das norddeutsche Gesetz noch weiter, dass Genossenschafter auch wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte ausgeschlossen werden können. Der bayerische Entwurf enthält eine solche Bestimmung nicht, und es fragt sich deshalb, ob eine solche in das Gesetz aufzunehmen sei. Man nahm an, dass diese Frage zu bejahen sei. Nach der Auffassung, welche dem Genossenschaftsleben überhaupt zu Grunde liegt, kommt es zur gedeihlichen Entwicklung desselben namentlich auf den sittlichen Halt der Genossenschafter und deren Integrität im bürgerlichen Leben an. Die Genossenschaft muss deshalb das Recht haben, Leute ferne zu halten, welche diese Integrität verloren haben. Es ist deshalb die Bestimmung des preußischen Gesetzes unserem Rechte angepasst worden. So die Vorschläge des Referenten.

Der Ausschuss ist aber auf den in Abs. 2 enthaltenen Vorschlag des Referenten nicht eingegangen. Derselbe hat vielmehr fest gehalten, dass soferne ein Genossenschafter auf bestimmte Zeit beigetreten ist, er diese Zeit bei der Genossenschaft zu verbleiben und die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen habe. Es wurde namentlich hervorgehoben, dass dies im Interesse der Gläubiger der Genossenschaft notwendig sei, da sonst die solidarische Haftung illusorisch gemacht werden könnte.

Zu Art. 39 bis 47

ist nur zu bemerken, dass hier uns sonst bei Allegation des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches die Wort: „allgemeinen deutschen“ weggelassen werden, folgend der Redaction, welche man im Gesetzgebungsausschuss rücksichtlich des Zivilprozessentwurfs angenommen hat.

Art. 48

Derselbe ist aus § 48 des norddeutschen Gesetzes entnommen, und ist unseren Kompetenzverhältnissen entsprechend statt: „des Handelsgerichts“, „das Bezirksgericht“ und statt „des kaufmännischen Konkurses“ (Falliment) „Gant“ zu setzen.

Zu Art. 49 ist eine besondere Bemerkung nicht veranlasst.

Zu Art. 50

Hier ist in Abs.1 des Norddeutschen Gesetzes von einer „gültigen“ Übereinkunft die Rede, während im preußischen Gesetze „gütlichen“ heisst. Die einschlagenden Verhandlungen lassen nicht entnehmen, dass hier eine Änderung des preußischen Gesetzes beabsichtigt war, jedenfalls wäre sie nicht richtig, da eine ungültige Übereinkunft soviel als gar keine ist.

Es scheint also ein Verstoß vorzuliegen, der durch Herstellung der Fassung des preußischen Gesetzes zu korrigieren ist.

Zu Art. 51.

Der Art. 51 des Norddeutschen Gesetzes war mehrfachen Änderungen zu unterstellen, um denselben unserer Gesetzgebung anzupassen.

Dieser Art. 51 sollte nach dem Vorschlag des Referenten lauten:

Abs. 1. Über das Vermögen der Genossenschaft wird auch außer dem Falles des Art. 48 die Gant eröffnet, wenn die Genossenschaft ihre Zahlungen vor oder nach Auflösung eingestellt hat, und sofern zugleich von einem Mitglied oder Gläubiger der Genossenschaft bei dem Bezirksgerichte Antrag auf Ganteröffnung gestellt wird.

Abs.2 wie Abs.2 des Art. 51 des Norddeutschen Gesetzes.

Abs.3 wie Abs. 3 des Norddeutschen Gesetzes, jedoch unter Wegfall der Worte: „dieselben“ bis zum Schlusse des Absatzes, wofür zu setzen: „dieselben sowie die Genossenschafter sind berechtigt, gegen jede angemeldete Forderung Widerspruch zu erheben. Ein Zwangsaccord (Concordat) findet nicht statt.“

Abs. 4 soll lauten: „die Gant über das Genossenschaftsvermögen zieht die Gant über das Privatvermögen der einzelnen Genossenschafter nicht nach sich.“

Abs.5 wie Abs. 5 des Norddeutschen Ges., nur sei statt der Worte: „des Konkurses (resp. die Erklärung des Falliments)“ zu setzen: „die Gant“, und statt der Worte: „dem Konkursverfahren (Falliment)“ zu setzen: „der Gant.“

Abs. 6 wie Abs. 6 des Norddeutschen Ges., nur sei nach „Liquidatoren“ noch einzuschalten: „oder Genossenschaftern“. Hiezu und namentlich Abs.4 kommt nun zu bemerken: Es war mit dem Norddeutschen Gesetz zu bestimmen, dass die Gant über das Genossenschaftsvermögen nicht auch die Gant über das Privatvermögen der einzelnen Genossenschafter nach sich ziehe. Hierin wird materiell von Art. 39 des bayer. Entwurfs und Art. 44 des bayer. Einführungsgesetzes zum H.G.B. Abgewichen, worin bestimmt ist, dass in Folge der Eröffnung der Gant über das Vermögen der Genossenschaft zugleich auch über das Privatvermögen eines jeden persönlich haftenden Mitglieds die Gant zu eröffnen sei. Die Motive berufen sich hierfür auf das genannte Einführungsgesetz und auf die unbeschränkte Haftpflicht ihrer Mitglieder. Allein diese Haftpflicht ist hier ja nur eine subsidiäre, nur eine eventuelle und tritt erst ein, wenn sich die Unzulänglichkeit des Genossenschaftsvermögens in Folge der über dasselbe durchgeführten Gant herausgestellt hat.

Die sofortige Eröffnung der Gant über das Privatvermögen jedes Genossenschafters gleichzeitig mit der Eröffnung der Gant über das Gesellschaftsvermögen würde sehr nachtheilig auf die Bildung der Genossenschaften überhaupt und den Beitritt zu denselben einwirken, da gerade die wohlhabenderen Leute sich solcher Gefahr der Ganteröffnung über ihr Vermögen nicht leicht aussetzen würden. Es war daher hierin dem preußischen und norddeutschen Gesetze und der Erörterung Lasker's zu demselben zu folgen.

Hier ist denn wohl auch der Platz, um zu motivieren, warum eine dem Art. 30 des bayer. Entw. entsprechende Bestimmung keine Aufnahme gefunden hat. Dieser Art. 30 schreibt nämlich vor, dass, wenn sich aus den Büchern der Genossenschaft ergibt, dass das Vermögen derselben zur Befriedigung der Gläubiger nicht ausreiche, dass sodann der Vorstand eine Generalversammlung zu berufen und dieser über die Lage der Genossenschaft genaue Mitteilung zu machen habe, und das ferner, wenn nicht binnen 8 Tagen nach der Generalversammlung der Ausfall gedeckt wurde, bei dem Bezirksgerichte der Antrag auf Ganteröffnung zu stellen sei. Allein es kommt zu berücksichtigen, dass hin-

ter dem Vermögen der Genossenschaft die Solidarhaft der sämtlichen Genossenschafter steht, und dass also aus der Unzulänglichkeit des Genossenschaftsvermögens eine Gefahr für die Gläubiger der Genossenschaft noch nicht erwächst. Wenn nur die Genossenschaft ihre Zahlungen nicht einstellt, sondern fortwährend ihren Verpflichtungen nachkommt, so ist ein Grund zu der in Art. 30 des Entwurfes vorgeschlagenen Maßregel nicht gegeben. Erst wenn die Genossenschaft ihre Zahlungen eingestellt hat, tritt der gedachte Fall ein und dieser ist in Abs. 1 des gegenwärtigen Artikels vorgesehen. Ist die Genossenschaft aber in Liquidation, so haben nach Art. 47 die Liquidatoren die fragliche Verpflichtung, nämlich die der Aufstellung einer Bilanz und im Falle der Unzureichtheit des Genossenschaftsvermögens die weitere der Berufung einer Generalversammlung.

Diese Generalversammlung hat dann allerdings die Verpflichtung den Abgang zu decken, wenn sie den Conkurs abwenden will. Sonach genügen Art. 48 und Art. 51 Abs. 1 vollständig, um die Genossenschaftsgläubiger vor Verlusten zu decken, ohne dass vorzeitig und störend in die Verhältnisse der Genossenschaft eingegriffen zu werden braucht. Die Analogie der Handelsgesellschaften, wie sie im Handelsgesetzbuch aufgeführt sind, schlägt hier deshalb nicht an, weil bei der Aktiengesellschaft die unbeschränkte Solidarhaft fehlt, und weil da, wo die Solidarhaft der Gesellschafter vorhanden ist, wie bei der offenen Handelsgesellschaft diese Haft eine primäre ist, während sie, wie gesagt, bei den wirtschaftlichen Genossenschaften nur eine subsidiäre, eventuelle, eine Bürgschaftshaft ist. Der Ausschuss hat ferner beschlossen, dass von Amtswegen die Gant auch zu eröffnen sei, wenn die Genossenschaft ihre Zahlungen einstellt, weil er solches im Interesse der Gläubiger für geboten hielt.

Die übrigen Änderungen im Art. 51 gegenüber dem § 51 des Norddeutschen Gesetzes sind nur redaktionelle und finden im Vorbemerkten ihre Rechtfertigung von selbst.

Zu Art. 52 bis 62.

Die in diesen Artikeln enthaltenen Bestimmungen sind dem preußischen Gesetze gegenüber neu. Parisius, das Norddeutsche Gesetz S. 36 bezeichnet sie als „die wichtigste Errungenschaft, welche die deutschen Genossenschaften der Beharrlichkeit ihres Anwaltes Schulze-Delitzsch zugleich in seiner Tätigkeit als Reichstagsmitglied verdanken.“ B. Schulze-Delitzsch, die Gesetzgebung über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Berlin 1869.

Über die Anträge Schulze's, welche den fraglichen Artikeln zu Grunde lagen, äußert sich die Kommission des Norddeutschen Reichstags in ihrem Berichte, wie folgt:

„Der § 52 ist neu. In ihm liegt die wichtigste und folgenreichste Ergänzung des preußischen Gesetzes, welche als ein dringendes Bedürfnis für die gedeihliche Entwicklung der Genossenschaften, ja geradezu als eine Forderung des Gemeinwohls von der Kommission einstimmig erkannt ist.“

„Wird schon in den meisten deutschen Prozessordnungen die Vervielfältigung der Prozesse als etwas Gemeinschädliches anerkannt und deshalb mit mannigfaltigen Mitteln zu vermeiden gesucht, so ist kaum ein Fall denkbar, wo diese Rücksicht in solcher

Ausdehnung und so grell hervortritt, als bei der Geltendmachung der Solidarhaft der einzelnen Genossenschafter durch die im Konkurse nicht vollständig befriedigten Genossenschaftsgläubiger.“

„Die Kommission vergegenwärtigte sich einen Fall, wie er bei mäßigen Durchschnittsverhältnissen vorkommen kann, nämlich dass eine Genossenschaft von 300 Mitgliedern einen einzigen Gläubiger hat, der gegen ein bestimmtes, nach seinem Belieben herausgegriffenes Mitglied mit der Klage vorgegangen und so zu seiner Restforderung gekommen ist. Dieses eine Mitglied müsste nun, um zu seinen für die ganze Genossenschaft gemachten Auslagen wieder zu gelangen, den auf jedes andere Mitglied kommenden Teil einklagen und ferner, da voraussichtlich dass eine oder andere Mitglied seinen Anteil wegen Unvermögen nicht zahlt, den zunächst ausfallenden Teil seiner Auslagen nochmals auf die zahlungsfähigen Genossenschafter verteilen und nochmals gerichtlich betreiben. Alles dieses wird freilich nur notwendig, wenn die Genossenschafter nicht aus freien Stücken für Befriedigung sorgen, aber wie viele dies, wenn erst alle Bande des Vereinslebens unter ihnen zerrissen sind, auf bloße Privatumlagen hin tun werden, darüber wird sich wohl niemand täuschen. Wenn nun gar, wie das wohl stets der Fall sein wird, nicht ein einziger, sondern eine Zahl von 20 oder 25 Gläubigern vorhanden ist, und jeder seine Befriedigung selbstständig sucht, so kann über die ganze Einwohnerschaft einer Stadt ein Geist der gegenseitigen Verfeindung und dabei noch ein schrecklicher Aufwand von Zeit und Kosten verhängt werden, so dass sittlich wie wirtschaftlich die schlimmsten Folgen eintreten müssten.“

„Solcher großen Gefahr wird in der Tat durch die vom Antragssteller vorgeschlagene exekutive Zwangsumlage unter den Genossenschaftern ohne jeden Eingriff in die Rechte Dritter und ohne Verletzung irgend eines Rechtsgrundsatzes vorgebeugt, wie sich das aus folgenden Erwägungen ergibt:

„1. das ganze Verfahren ist eine rein innere Angelegenheit der Genossenschafter unter sich und übt auf das Recht der Gläubiger, für ihren im Konkurse erlittenen Ausfall vollständige Deckung zu fordern, keinen Einfluss. Wird von der Genossenschaft nicht zur rechten Zeit Deckung geschafft, so steht dem Gläubiger gegen jedes der solidarisch hafteten Mitglieder sofort nach beendetem Konkurse die Klage zu, und die Verfolgung seines Rechtsanspruchs hängt in keiner Weise davon ab, ob und mit welchem Erfolge dieses Verfahren des § 52 eingeleitet ist oder nicht.“

„2. Das Verfahren hat selbst mit dem Konkurse über das Genossenschaftsvermögen gar nichts gemein, gehört daher vor das persönliche Gericht der Genossenschaft (Abs.3), dagegen ist der Konkursrichter verpflichtet, die nötigen Ausweise über den Stand und die Verteilung der Masse zu geben, damit Vorstand u.s.w. eine rechnungsmäßige Unterlage für die Vorlage erhalte.“

„3. Das Verfahren entspricht dem in den meisten Bundesländern bekannten Mandatsverfahren mit exekutivischer Folge, gegen welches zwar Einwendungen binnen einer kurzen Präklusivfrist zulässig sind, über die der Richter aber dann unverzüglich zu entscheiden hat.“

„Durch das mittels der vorhergegangenen Verifikation im Konkurse gewonnene Fundament für den Betrag und die Rechtsbeständigkeit der Forderungen, welches – insoferne von dem Widerspruchsrechte des § 51 kein Gebrauch gemacht ist – ein stillschweigendes Anerkenntnis der Genossenschaft umfasst, kann man die Einwendungen beschränken, über welche die sofortige Beweisführung und Entscheidung der Natur der Sache nach in jedem Falle möglich ist.“

„Auch in Bezug auf solche Forderungen, gegen welche Widerspruch erhoben ist, erscheint das Interesse der Genossenschaften vollständig gewahrt. Es wird Sache der Generalversammlung sein, sich darüber zu entscheiden, ob man es in Folge des Widerspruchs bei der einen oder andern Forderung zum Prozesse kommen lassen will, und nach dieser Entscheidung werden sich dann die Vorstände u.s.w. zu richten haben. Daraus folgt aber nicht, dass von der Aufbringung des Betrages der bestreitbaren Forderungen durch die Umlage Abstand zu nehmen sei. Vielmehr wird man die Deckung auch solcher Forderungen, über die es zur richterlichen Entscheidung kommen soll, bereit halten müssen, damit nicht, wenn die Entscheidung gegen die Genossenschaft ausfällt, der Zweck der geschehenen Umlage verfehlt sei. Auch würde man in diesem Falle kaum Zeit haben, durch eine neue Umlage die Exekution abzuwenden; während es keine Schwierigkeiten haben kann, im Falle die Genossenschaft den Prozess gewinnt, die für die bestrittene Forderung bereit gehaltenen Deckungsmittel an die Mitglieder zurück zu gewähren.“

Die Vorschläge der Kommission des Reichstages wurden auch der norddeutschen Zivilprozesskommission zur Begutachtung vorgelegt; dieselbe schlug eine neue Redaktion vor, wie sie in das Gesetz übergegangen ist, und äußerte sich zur Begründung derselben:

„Bei ihren diesen Gegenstand betreffenden Vorschlägen, wie solche in den §§ 52-61 enthalten sind, ist die Kommission davon ausgegangen, dass die Repartition derjenigen Summe, welche zur Deckung der von den Gläubigern im Konkurse erlittenen Ausfälle erforderlich ist, auf die einzelnen Genossenschafter sich dem Konkursverfahren naturgemäß anschließe, dass das Konkursgericht und insbesondere derjenige Richter, welcher das Konkursverfahren geleitet hat, bei seiner besonderen Kenntnis von dem Vorstande resp. den Liquidatoren einzureichenden Verteilungsplan zu prüfen und nach einer summarischen Cognition festzustellen. Dieser Feststellung sei die Wirkung beizulegen, dass auf Grund derselben die einzelnen Genossenschafter zur Zahlung ihres Beitrages im Wege der Exekution angehalten werden könnten. Die auf diesem Wege herbeigeführte Ausgleichung unter den Genossenschaftern sei aber in dem Sinne nur als eine vorläufige zu behandeln, dass es dem einzelnen Genossenschafter vorbehalten bleibe, demnächst den Verteilungsplan im Wege der Klage anzufechten, und dabei alle im materiellen Rechte begründeten Einwendungen ohne Beschränkung geltend zu machen.“

Hierin scheint eine genügende Motivierung zur Annahme der fraglichen Artikel zu liegen, welche beantragt wird, einzig allein unter den sich von selbst verstehenden redaktionellen Änderungen. Es ist nur noch hervorzuheben, dass bei den Beratungen im Norddeutschen Reichstage anerkannt wurde, dass der Fall des Art. 57 auch dann gegeben sei: „wenn etwa in Gemäßheit des Art. 56 ein Genossenschafter nachträglich eine

ganze oder teilweise Befreiung von seiner Verpflichtung durch die gerichtliche Klage erwirkt und nun der dadurch entstehende Ausfall verteilt werden muss.“ (. Parisius, das Norddeutsche Gesetz S. 42)

Ebenso betrachtete man es bei Art. 62 als selbstverständlich, dass, wenn einzelne Genossenschafter nach der ihnen obliegenden Solidarpflicht in Gemäßheit des Art. 62 Genossenschaftsgläubiger bezahlt haben, sie in Beziehung auf die nach Art. 63 eintretende Verwendung der zu erhebenden Beiträge ganz an die Stelle der von ihnen befriedigten Gläubiger treten. (Parisius, a.a.O. S. 43)

Zu Art. 63.

Derselbe ist dem § 51 des preußischen Gesetzes und dem Art. 44 des bayerischen Entwurfes entnommen und bedarf in den daraus hergeleiteten Bestimmungen keiner besonderen Rechtfertigung.

Es liegt nämlich in der Natur der Sache, dass die Genossenschafter nach ihrem Austritt aus der Genossenschaft oder nach Auflösung derselben nicht noch eine unabsehbar lange Zeit mit ihrem Vermögen für die Verpflichtungen der Genossenschaft verhaftet bleiben sollen. Die Feststellung einer kürzeren Verjährungszeit als der des gemeinen Rechts ist also notwendig und hat auch schon in den Art. 146 und 147 des HGB ihren Ausdruck gefunden. Dagegen haben sich bei der Anwendung des preußischen Gesetzes erhebliche Schwierigkeiten und Zweifel ergeben. Das preußische Gesetz bestimmt nämlich in Abs. 2 § 51, dass, wenn die Forderung erst nach dem Tage fällig wird, an welchem die Auflösung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister eingetragen wird, oder nach dem Tage, an welchem das Ausscheiden des Genossenschafters dem Handelsgerichte angezeigt wird, sodann die Verjährung erst mit dem Zeitpunkte der Fälligkeit der Forderung beginne.

Der entsprechende Art. 44 Abs. 2 des bayerischen Entwurfes bestimmt eben dasselbe und macht nur den Beginn der Verjährung der Forderung von dem Zeitpunkte abhängig, an welche sie

„erst später rechtlich geltend gemacht werden kann.“

Nun sind unsere Genossenschaften bezüglich ihrer Betriebskapitalien zum großen Teile auf den Kredit angewiesen, d.h. Sie haben denselben zur Aufnahme von Darlehen zu benützen. Diese Kapitalien müssen nun größtenteils auf Kündigung stehen und zwar auf eine nicht zu kurze Kündigungsfrist, da sich ja hiernach auch die Fristen richten müssen, welche den Vorschussnehmenden gewährt werden können. Sonach wird ein großer Teil des Betriebskapitals der Genossenschaften auf vierteljähriger und halbjähriger, nach Umständen noch längerer Kündigung stehen. Nun ergibt sich die Frage: „Wann wird ein auf Kündigung stehendes Kapital fällig, oder wann kann es nach dem bayerischen Entwurfe „rechtlich geltend gemacht werden“? Hier wird man sagen müssen, dass dies erst geschehen kann, wenn die Kündigungsfrist abgelaufen ist und sonach die Klage gestellt werden kann. Hiermit hängt auch die Frage zusammen, wann nach gemeinem Rechte überhaupt die Verjährung bei Darlehen beginne, welche auf Kündigung stehen. Über diese Frage herrscht nun außerordentliche viel Streit und sie ist bei den verschie-

denen obersten Gerichtshöfen Deutschlands auf verschiedenste Weise beantwortet worden. Über die Auslegung des preußischen Gesetzes bringen die Blätter für Genossenschaftswesen 1867 Nr. 45 eingehende Erörterung, worauf in den Nummern 51 und 52 Schulze-Delitzsch geantwortet und vom Standpunkte des preußischen Landrechts und der Rechtsprechung des Berliner Obertribunals die fragliche Gesetzesstelle als eine unschädliche erklärt, dabei aber zugleich anerkannt hat, dass das rechtliche Interesse der solidarisch verhafteten Genossenschafter eine über jeglichen Zweifel erhabene Klarstellung des Gesetzes bezüglich des Zeitpunktes verlange, wann die Verjährung bei kündbaren Darlehen beginne. Ist nun bei einem solchen Darlehen, die Kündigung erfolgt bevor die Auflösung der Gesellschaft in das Handelsgesetzbuch eingetragen oder das Ausscheiden des Genossenschafters bei dem Handelsgerichte angezeigt war, so hat die Sache keinen Anstand. Die Forderung ist mit Ablauf der Kündigungsfrist fällig und mit diesem Zeitpunkte der Fälligkeit beginnt auch die Verjährung. Wenn dagegen die Forderung erst später gekündigt wird, so kann behauptet werden, dass die zweijährige Verjährung auch dann erst mit Ablauf der Kündigungsfrist beginne, weil sie erst von da an rechtlich geltend gemacht werden kann oder fällig werde. Da nun möglicherweise Capitalien erst nach vielen Jahren zur Kündigung gelangen, so ist der Zeitpunkt, an welchem die Haftpflicht der Genossenschafter endet, in diesem Falle ein unbestimmbarer, unabsehbarer und es ist die Wohltat, welche das Gesetz durch die Abkürzung der Verjährungsfrist den Genossenschaftern gewähren will, gerade bei derjenigen Gattung von Verpflichtungen der Genossenschaft illusorisch, welche sich der Summe nach am höchsten belaufen werden.

Zwar ist die fragliche Bestimmung sowohl des preußischen Gesetzes als unseres Entwurfes dem Art 146 des HGB entnommen, allein die Gesellschaft, welche das Handelsgesetzbuch hierbei im Sinne hat, nämlich die offene Handelsgesellschaft zeigt ganz andere rechtliche Verhältnisse. Sie besteht regelmäßig nur aus wenigen Personen, welche bei ihrem Austritt dafür sorgen können, dass ihre Haftpflicht sich nicht bis ins Unabsehbare ausdehne. Frägt man sich nun, was bestimmt werden könne, ohne die wohlbegründeten Interessen der Genossenschaftsgläubiger zu verletzen, so wird man zugeben müssen, dass eine solche Verletzung nicht stattfindet, wenn zu der zweijährigen Verjährungsfrist auch noch die Kündigungsfrist des Capitals gerechnet wird. Hat beispielsweise ein Gläubiger sein Kapital einer Genossenschaft auf halbjährige Kündigung gegeben, so ist er in seinen Rechten nicht verletzt, wenn der zweijährigen Verjährungsfrist noch die halbjährige Kündigungsfrist beigelegt, d.h. die Sache so angesehen wird, als ob am Tage des Eintrags der Auflösung der Genossenschaft oder am Tage der Anzeige des Ausscheidens eines Genossenschafters die Kündigung stattgefunden hätte. Mit diesem Satze hat dann die Rechtsansicht Geltung gewonnen, dass eine Schuldforderung, welche auf Kündigung lautet, nicht erst von jenem Tage an, wo die Kündigung wirklich erfolgt ist, der Verjährung unterworfen sei, sondern dass es vielmehr auf den Tag ankomme, wozu zuerst die Kündigung möglich war und dass mit dem Ablaufe der Kündigungsfrist von diesem Tage an gerechnet die Verjährung der Forderung laufe.

Wenn nun hiernach ein Genossenschaftsgläubiger seinen Kredit auf die Teilnahme besonderer Personen an der Genossenschaft gerichtet hat, so kann er nach deren Ausscheiden – was er ja jeden Augenblick erfahren kann - seine Forderung noch die ganze Verjährungsfrist hindurch gegen diesen geltend machen, da er ja auch die Kündigungsfrist noch außerdem frei hat.

hiernach ist der Fassung des § 68 des Norddeutschen Gesetzes zu folgen. Dies hindert aber nicht, in Abs.1 eine Bestimmung wegen bereits angefangener Verjährung zu treffen, und dem Abs.2 einen Zusatz beizufügen, welcher von dem Abgeordneten Schulze im Norddeutschen Reichstage vorgeschlagen und angenommen wurde und wohl nur aus Versehen im Gesetze weggeblieben ist und welcher dahin geht: „ohne dass gekündet zu sein braucht.“

Zur Vermeidung aller Missverständnisse wird hier noch bemerkt, dass das Gesetz über Verjährung von Forderungen gegen eine Genossenschaft, so lange dieselbe besteht, gar nichts enthält, sonach das gemeine Recht hier geltend bleibt.

Nur für die Endigung der Haftpflicht ausscheidender Genossenschafter für Genossenschaftsschulden sind die fraglichen Verjährungsvorschriften gegeben, sei es, dass sämtliche Mitglieder, wie bei der Auflösung, oder nur einzelne ausscheiden.

Zu Art. 64 und 65

ist eine weitere Bemerkung nicht veranlasst und wird auf die im Ausschussprotokoll enthaltene Konstatierung verwiesen.

Zu Art. 66

In Abs. 1 des Artikels ist der Art. 26 Abs. 2 allegirt. Dieser Art. 26 hat aber aus Versehen im Norddeutschen G nur einen Absatz erhalten, weshalb oben bei Art.26 vorgeschlagen wurde, das Versehen zu verbessern. Bei der Erlassung des Gesetzes hatte man nämlich keineswegs die Absicht, auch die Buchführung, von welcher im ersten Satze des Art. 26 die Sprache, unter die Controle des Handelsgerichts zu stellen.

(S. Parisius, Commentar zum Proc.-Ges.S. 134. Derselbe, Norddeutsches G. S.21 u. 45)

Um dies anzuzeigen, wurde im Gesetz bei der Allegation nur Abs.2 des Art. 26 allegirt. Eben deshalb muss aber der zweite Absatz gebildet werden.

Zu Art. 67, 68

verweise ich lediglich auf das Ausschussprotokoll.

Zu Art. 69

wird Art. 46 des bayerischen Entwurfes vorgeschlagen, nur ist statt Art. 6 zu allegiren Art. 25 und vor: „zu erstattenden“ ist das Wort „die“ zu setzen, um klar zu sagen, dass alle zu erstattenden Anzeigen tax- und stempelfrei sein sollen.

Der Art.70

des Norddeutschen Gesetzes hat, da wir in Bayern überall Handelsgerichte haben, für uns keine Bedeutung, und hat deshalb wegzubleiben.

Zu den Bestimmungen des

Art. 71

des Norddeutschen Gesetzes, welcher lautet:

„In dem Vermögensstande einer schon bestehenden Genossenschaft wird durch deren Eintragung in das Genossenschaftsregister nichts geändert.

Auf nicht eingetragene Genossenschaften kommen die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zur Anwendung,“

bemerkt die Norddeutsche Zivilprozesskommission, und zwar zu Abs.1:

„Diese Vorschrift soll, wie es scheint, der rückwirkenden Kraft des Gesetzes entgegen treten. Allein bei einem Gesetze, wie das vorliegende, ist eine derartige Bestimmung, wenn sie etwa Mehreres sein soll, als was sich ganz von selbst versteht, bedenklich. Die Genossenschafter können die Einwirkung des Gesetzes dadurch verhindern, dass sie die Genossenschaft nicht eintragen lassen. Dass aber die Eintragung, wenn sie erfolgt, an vermögensrechtlichen Verhältnissen der Genossenschaft nichts ändere, kann so unbedingt nicht gesagt, es muss die gehörige Unterscheidung zwischen den verschiedenen möglichen Fällen und die Lösung der dabei entstehenden Fragen der Rechtsprechung überlassen werden.“

„Außerdem könne die Fassung zu dem Irrtum verleiten, als erkenne das Gesetz die bestehenden Genossenschaften, auch abgesehen von deren Eintragung, als selbstständige Rechtssubjekte an.“

Zu Abs. 2 bemerkt die Kommission:

„Die Fassung dieser Bestimmung lässt unberücksichtigt, dass die Genossenschaft durch die Eintragung nicht bloß Rechte erwirbt, sondern auch Verpflichtungen überkommt, und dass es nicht von ihr abhängt, sich unter das Gesetz zu stellen, sondern, dass das Gesetz sie ergreift, sobald die rechtlichen Voraussetzungen seiner Anwendbarkeit vorliegen.“

„Dass das Gesetz auf nicht eingetragene Gesellschaften keine Anwendung findet, geht schon aus § 5 hervor.“

Diese Bemerkungen scheinen vollkommen zutreffend, sie rechtfertigen aber den Vorschlag des Ausschusses:

den § 71 des Norddeutschen Gesetzes in unser Gesetz nicht aufzunehmen.

Was die Überleitung bereits bestehender Genossenschaften in die Form der eingetragenen Genossenschaften anlangt, so ist auf die Schrift Schulze's:

„Vollständige Anweisung für Vorschuss- und Kreditvereine, welche sich unter das Genossenschaftsgesetz stellen wollen,“

sowie auf Parisius:

„Das Genossenschaftsgesetz für den Norddeutschen Bund S. 49“
aufmerksam zu machen und deren Beachtung zu empfehlen.

Art. 72

des Norddeutschen Gesetzes ist für uns überflüssig, da der k. Staatsregierung das Recht eine Instruktion zum Vollzug des Gesetzes, sofern sie nötig, zu erlassen ohnehin zusteht.

Der Vorschlag, als Art. 70 den Art. 49 des bayerischen Entwurfes einzusetzen, bedarf keiner besonderen Motivierung.

Zu bemerken kommt hier noch, dass der Art. 48 des bayerischen Entwurfes hier keine Stelle gefunden hat. Die Bestimmungen der II. Verfassungsbeilage kommen nämlich bei einem Gesetze, das die wirtschaftlichen Genossenschaften behandelt, ohnehin nicht in Frage und werden dadurch also auch nicht alterirt. Was das Gesetz über Versammlungen und Vereine anlangt, so ist ein Vorbehalt bezüglich desselben nach den obigen Ausführungen nicht zu machen. Was die in Abs.2 des Art. 48 des Entwurfes erwähnten Rechtsverhältnisse anlangt, so versteht sich die Nichtanwendung dieser Bestimmungen auf die nicht wirtschaftlichen Vereine von selbst.

Zum zweiten Hauptstück:

Der bayerische Entwurf beschäftigt sich wie eingangs bemerkt, nicht bloß mit den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sondern auch mit Regelung der Privatrechtsverhältnisse anderweitiger Vereinigungen, wie solche in Art. 1 näher bezeichnet sind. Der Entwurf will solchen Vereinigungen „die Rechte juristischer Personen“ erteilen. Nach der Ansicht des Referenten war ein dringendes Bedürfnis, dass die Privatrechtsverhältnisse aller dieser Vereinigungen sofort zu regeln, nicht vorhanden; denselben aber die Rechte juristischer Personen zu erteilen, erscheine sogar bedenklich. Der erste Ausschuss hat jedoch in seiner Mehrheit diese Anschauung nicht geteilt, sondern in seiner Sitzung vom 19. Januar beschlossen, auch für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche sich der Solidarhaft nicht unterworfen, sowie für die übrigen Vereinigungen gesetzliche Normen zu erlassen. Dies ist nämlich die Bedeutung des Ausschussbeschlusses, wonach der Art. 1 eines vom Referenten eventuell vorgeschlagenen Gesetzes angenommen wurde.

hiernach waren weitere Vorschläge nötig geworden; diese gehen nach dem Antrage des I. Ausschusses dahin, dem Gesetze über die Genossenschaften mit Solidarhaft ein weiteres Hauptstück beizufügen, welches von den Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften ohne Solidarhaft handelt. Es wird ferner vorgeschlagen, die übrigen Vereinigungen, welche nicht Erwerbs- und Wirtschaftszwecke verfolgen, ganz auszuschneiden und in einem besonderen Gesetze zu behandeln, worüber auch erfolgt gesonderter Vortrag. Zur Motivierung dieser Vorschläge wird im Allgemeinen angeführt:

A.

Die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, auch wenn sich deren Mitglieder der Solidarhaft nicht unterwerfen, sind in ihren Zwecken und Bedürfnissen so grundverschieden von den übrigen Vereinigungen, dass sie unmöglich nach dem gleichen gesetzlichen Normen behandelt werden können. Ein Zusammenwerfen der betreffenden Normen würde also zu vielen Unzuträglichkeiten führen, der einen Gattung von Vereinen zu viel auflegen und der anderen zu wenig.

Der Regierungsentwurf will „juristische Personen“.

Es war sehr zu erwägen, ob demselben hierin zu folgen sei und eine genaue Prüfung der einschlagenden rechtlichen Verhältnisse führte zur Verneinung dieser Frage, auch bezüglich der Vereinigungen, welche keine Erwerbs- und Wirtschaftszwecke verfolgen. Vor allem war zu beachten, dass der Begriff der juristischen Person bei uns nicht durch einen bestimmten Gesetzesartikel des Zivilrechts feststeht, an den sich unsere Gesetzgebung anschließen könnte. Sodann war als durchschlagend für die Verneinung der Frage der Umstand anzusehen, dass im gemeinen Recht bis in die neueste Zeit unter den bedeutendsten Rechtslehrern Streit darüber besteht, was zur Entstehung einer juristischen Person erforderlich sei, welches die Rechte der Mitglieder auf das Vermögen seien und wie die juristische Person ihre Endschaft erreiche.

Was zunächst die Entstehung anlangt, so lehrt Savigny (System des heutigen römischen Rechts, Bd. II, S. 275 ff.) dass die juristischen Personen nicht durch die bloße Willkür mehrerer zusammentretender Mitglieder entstehen könne.

„Die Notwendigkeit der Staatsgenehmigung zur Entstehung jeder juristischen Person hat, unabhängig von politischen Rücksichten, einen durchgreifenden juristischen Grund. Der einzelne Mensch trägt seinen Anspruch auf Rechtsfähigkeit schon in seiner leiblichen Erscheinung mit sich: weit allgemeiner als bei den Römern, deren zahlreiche Sklaven eine so wichtige Ausnahme bildeten.

Durch diese Erscheinung weiß jeder andere, dass er in ihm eigene Rechte zu ehren, jeder Richter, dass er in ihm solche Rechte zu schützen hat. Wird nun die natürliche Rechtsfähigkeit des einzelnen Menschen durch Fiktion auf ein ideales Subjekt übertragen, so fehlt jene natürliche Beglaubigung gänzlich, nur der Wille der höchsten Gewalt kann dieselbe ersetzen, indem er künstliche Rechtssubjekte schafft, und wollte man dieselbe Macht der Privatwillkür überlassen, so würde unvermeidlich die höchste Ungewissheit des Rechtszustandes entstehen, selbst abgesehen von dem großen Missbrauche, der durch unredlichen Willen möglich wäre. Zu diesem durchgreifenden juridischen Grund treten aber noch politische und staatswirtschaftliche Gründe hinzu.

Die mögliche Gefährlichkeit der Korporationen gibt man zu; allein die Stiftungen in der eben erwähnten Ausdehnung sind keineswegs unbedingt heilsam und unbedenklich.

Wenn eine reiche Stiftung zur Verbreitung staatsgefährlicher, irreligiöser, sittenloser Lehren oder Bücher gemacht würde, sollte der Staat diese dulden? Ja selbst die Errichtung von Armenanstalten dürfte nicht unter allen Umständen der bloßen Willkür zu überlassen sein. Wenn z.B. in einer Stadt, deren Armenwesen wohl geordnet und hinreichend dotiert ist, ein reicher Testator aus missverstandener Wohltätigkeit eine Stiftung von Almosenspenden machte, wodurch die heilsamen Folgen der öffentlichen Armenanstalt gestört und geschwächt würden, so hätte wenigstens der Staat keinen Grund, dieser Stiftung durch Erteilung der Rechte einer juristischen Person größere Konsistenz zu geben.

Hierzu kommt nun, selbst bei unschädlichen Stiftungen, die Rücksicht auf die vielleicht übertriebene Vermehrung des Vermögens in toter Hand. Allerdings kann eine solche Vermehrung auch in Beziehung auf schon bestehende und genehmigte Stiftungen stattfinden; allein eine Aussicht darauf wird ganz unmöglich, wenn es unbedingt der Privatwillkür überlassen bleibt, stets neue zu errichten.

Ebenso kann die Auflösung der einmal begründeten juristischen Personen nicht durch die Willkür der gegenwärtigen Mitglieder allein, von deren Dasein ja die juristische Person selbst unabhängig ist, bestimmt werden, sondern es ist auch dazu die Genehmigung der höchsten Gewalt nötig. Dagegen können sie durch den einseitigen Willen des Staats, wider den Willen der Mitglieder aufgehoben werden, wenn sie der Sicherheit oder dem Wohle des Staats nachteilig werden.

Dieses kann geschehen bei ganzen Klassen von Corporationen, deren Tätigkeit eine gefährliche Richtung genommen hat, also vermittelt einer gesetzlich aufgestellten allgemeinen Regel (§88), außerdem aber auch durch einen politischen Akt, also in einem einzelnen vorübergehenden Fall, ohne bleibende Regel.

Bei solchen Stiftungen, welche die Natur von Staatsanstalten haben (§88), kann die Aufhebung noch weit mehr nach freiem Ermessen geschehen, nämlich nicht blos, weil sich etwa die bestehende Anstalt gefährlich oder schädlich erweisen hat, sondern schon deshalb, weil der allgemeine Zweck in der Form einer neuen Anstalt vollständiger erreicht werden kann.

Aus der oben aufgestellten Regel, dass jeder Corporation auch in einem einzigen Mitglied fortdauern könne, folgern Manche irrig, dass der Tod aller Mitglieder die Corporation notwendig auflösen müsse; wo ihr ein dauernder Zweck von öffentlichem Interesse zum Grunde liegt, muss dieses durchaus verneint werden.

Wenn z.B. in einer Stadt durch Seuchen alle Mitglieder einer Handwerkerzunft kurz nacheinander hinsterven, so wäre es sehr irrig, die Zunft für erloschen und ihr Vermögen für herrenlos oder für Staatsgut zu halten.

Allerdings sind die hier aufgestellten Regeln über den Anfang und das Ende einzelner juristischer Personen nicht ganz ausreichend, allein diese Unvollständigkeit ist in der Natur des Gegenstandes selbst gegründet.

Alles was mehr in das Einzelne eingeht, hängt mit der Verfassung und den Verwaltungsformen der einzelnen Staaten zusammen und liegt also außer den Grenzen des bloßen Privatrechts.“

Dagegen bemerkt Bluntschli in seinem deutschen Privatrecht 1860 S. 66: „Die juristischen Personen sind nicht allein in den einzelnen Formen ihrer Verfassung, sondern auch in ihrem ganzen Dasein und in ihrer Bestimmung so überaus mannigfaltig, dass nur wenige allgemeine Grundsätze für alle gelten.

So entbehrt insbesondere der früher ziemlich allgemein gelehrte Satz, dass alle juristischen Personen zu ihrer Entstehung der Genehmigung des Staats bedürfen einer zureichenden Begründung.

Die Frage, ob diese Genehmigung nötig sei, ob nicht, kann nur in der Erwägung der einzelnen Arten derselben beantwortet werden.“

Und ferner Seite 93 bemerkt derselbe a.a.O.:

„Selbst für die rein privatrechtlichen Corporationen z.B. zu geselligen oder wissenschaftlichen Zwecken fordert eine sehr verbreitete Meinung unserer Rechtsgelehrten die staatliche Genehmigung.

Sie beziehen sich dabei hauptsächlich auf die Vorschriften des späteren römischen Rechts, welche allerdings für alle eigentlichen Corporationen eine Erlaubnis des Staates verlangen.

Allein diese aus politischen Gründen später – in der alten Zeit hatte auch das römische Recht andere Grundsätze darüber – erlassenen „Gesetze, Senatuskonsulte und kaiserlichen Constitutionen“, durch welche das geordnet wird und welche uns nicht einmal näher bekannt sind, haben ihre legale Autorität mit dem Untergang des altrömischen Reiches verloren, und das in ihnen enthaltene politische Prinzip kann um so weniger heute noch anerkannt werden, als das neuere Staatsrecht sogar – was sicherlich für den Staat viel bedenklicher ist als die Entstehung rein vermögensrechtlicher juristischer Personen – politische Vereine und Clubs zulässt ohne alle Genehmigungen der Regierung im einzelnen Fall.

Der Umstand, dass diese eine Vereinskasse haben, welche nicht den einzelnen Mitgliedern zugehört, auch nicht zu ideellen Teilen, dass sie vielleicht als Vereine ein Lokal mieten, dass sie Diener anstellen u. dgl., das allein erhebliche Moment für die privatrechtliche Existenz einer juristischen Person ist für den Staat völlig gleichgültig, die politische Wirksamkeit dagegen solcher Vereine von großem Interesse. Wie wäre nun zu reimen, dass jene Vereine in jener erstern privatrechtlichen Beziehung der Staatsgenehmigung bedürfen sollte, in dieser letzteren politisch-wichtigen dagegen ohne solche entstehen und agieren können?

Auch andere freiwillige Corporationen kennt das Leben in großer Anzahl. Es gibt viele Bibliotheksgesellschaften, Casinos, Museen, rein gesellige Clubs, Freumaurerlogen, Unterstützungsvereine und derartige Verbindungen, die sich statutenmäßig organisiert haben und ein Vermögen besitzen und verwenden, an welchem die einzelnen Mitglieder keine Teil haben, noch haben wollen, welches sie durchaus einheitlich und ausschließend der zuschreiben.; Verbindungen, welche durch ihre Organe – Vorsteher, Versammlungen – den corporativen Willen aussprechen und deren Glieder wechseln, ohne dass dieser Wechsel irgend einen Einfluss übt auf die Existenz der idealen Person, welche von den Mitgliedern selbst und von dritten Personen im Verkehr als das wahre und eigentümliche Rechtssubjekt gedacht wird.

Derlei Verbindungen entstehen heutzutage überall, auch ohne einen besonderen Akt der Staatsautorität durch den constituierenden Willen der Mitglieder und sie sind um ihrer Existenz willen im privatrechtlichen Sinne des Wortes universitates, Corporationen.

Die leider so oft verkannte Aufgabe unserer Jurisprudenz aber ist es, derartige Rechtsbildungen des neuen Lebens zu erkennen und zu schützen, nicht dieselben nach engen

und abstrakten Schulbegriffen zu bemessen und, wenn sie nicht in die alte Formel passen, zu verstümmeln oder zu zerstören.

(Anm.) Die Concession der Regierungen wird in vielen Fällen allerdings erbeten und erteilt, aber um der größeren Sicherheit willen. In der Praxis ist das Begehren einer Concession aber oft zur bloßen Formalität geworden und die Erteilung derselben zu einer Übung bürokratischer Vielregiererei.

Manche Juristen haben dann, um in einzelnen Fällen die Existenz einer nicht ausdrücklich genehmigten einheitlich persönlichen Verbindung der Art zu retten, zu der neuen Fiktion einer stillschweigenden Staatsgenehmigung ihre Zuflucht genommen.

Aber das ist am Ende doch nur eine Ausflucht

Man wagt nicht das Prinzip einer notwendigen Staatsautorisation aufzugeben und will doch der Anwendung des Prinzips entgehen, indem man eine stillschweigende Anerkennung behauptet, die auf eine ganze Klasse von Fällen ausgedehnt, doch für diese das Prinzip aufhebt, auf einen einzelnen Fall bezogen aber meistens nicht wahr ist.

Denn dass der Staat einzelnen schädliche Privatcorporationen verbieten und hemmen darf, das versteht sich auch nach der Meinung, welche eine Erlaubnis des Staates in der Regel für überflüssig hält. Andere haben derlei Corporationen als gewöhnliche Gesellschaften oder als Genossenschaften zu erhalten gesucht, sind aber dann genötigt worden, ein Miteigentum oder Gesamteigentum der Mitglieder anzunehmen, während diese in der Wirklichkeit keinerlei eigenen Rechte an dem Vereinsgute haben noch haben wollen.

Es wird noch eine längere Zeit dauern, bis unser lebendiges Recht in der Rechtswissenschaft volle Anerkennung finden wird. Die Praxis der Regierungen und der Gerichte hat sich jenem bereits mehr genähert, als die verbreitete Doctrin.“

Dagegen lehrt aber wieder Sintenis Zivilrecht 1868, Bd. I S. 106 ff.:

„Was die Entstehung juristischer Personen betrifft, so ist dazu die Genehmigung und Anerkennung der obersten Gewalt im Staate erforderlich.

Sie ist eine staatsrechtliche Handlung ohne privatrechtliche Beimischung und enthält ein Privilegium. Vorausgesetzt dazu ist natürlich der Akt der Vereinigung der Personen, welche eine Corporation bilden werden oder die Bestimmung einer gewissen Vermögensmasse zu dem fraglichen Zweck von Seiten irgend Jemandes; indessen hat der erste keinen privatrechtlichen Charakter, mag die Veranlassung dazu vom Staate ausgegangen sein oder nicht und die zweite kann allerdings, um in sich Bestand zu haben, also etwa als Schenkung oder Fideikommiß rechtlich charakterisiert sein müssen, allein die Entstehung der juristischen Person geschieht nicht durch sie. Nur die Möglichkeit und der Erfolg der Genehmigung des Staats hängt von ihnen ab.

Dieses Erfordernis unterliegt an sich in Anwendung auf erweislich entstandene und künftig entstehende juristische Personen keinem Bedenken.

Es gibt aber viele und überaus wichtige, von welchen ich sich nicht beweisen lässt, wann und wie sie entstanden sind, so die meisten städtischen und Dorfgemeinden, wel-

che Bestandteile des Staates selbst und vielleicht älter als er in seiner dermaligen Gestalt sind.

Von diesen lässt sich nun zwar nicht behaupten, dass die Staatsgewalt bei ihrer Gründung tätig gewesen sei, indessen ist das gleichgültig, da der Staat sie als solche in sich aufgenommen hat und die Anerkennung desselben durch die Tat geschehen ist.

Ähnliches gilt vom Fiskus, welcher mit dem Staat selbst entstanden ist.

Über das Dasein dieser juristischen Persönlichkeiten ist das Entstehen einer Frage nicht denkbar.

Auch für die Korporationen, Kollegien und Stiftungen, welche der Staat aus Staatszwecken und Mitteln selbst begründet hat, lässt sich dasselbe bezweifeln, es wäre denn, dass letztere nur als Staatsanstalten beständen, wo ihre Persönlichkeit mit der des Fiskus zusammenfallen würde, wenn ihnen nicht dieselbe ausdrücklich verliehen ist.

Übrigens aber ist die Genehmigung unbedingt erforderlich, hätte die sich bildende juristische Person auch nur einen Privatzweck; denn eine allgemeine Regel, wonach sie entstünden, gibt es im heutigen Recht nicht und somit kann, da nur dem Staat die Bestimmung der Bedingungen zusteht, unter denen eine Person von ihm anerkannt werden soll, eine juristische Person als Rechtssubjekt nur durch einen Akt der Spezialgesetzgebung ins Leben treten; es bedarf also nicht einmal eines Zurückgreifens auf die durch willkürliche Vereinigung Mehrerer zu einer Korporation oder durch willkürliche Erschaffung eines Rechtssubjekts in Errichtung einer Stiftung zu gewissen Zwecken dem Staate selbst möglicherweise drohende Gefahr, obwohl diesen Gründen gegenüber jeder andere weichen würde.

Die Genehmigung der Staatsgewalt kann nun, wie bemerkt wurde, zwar auch durch tatsächliche Anerkennung geschehen, indessen ist damit nicht bloße Duldung einer Vereinigung von Menschen zu gewissen Zwecken zu verwechseln, sondern die Anerkennung muss durch Handlungen anstatt einer ausdrücklichen Erklärung geschehen sein.

Fehlt es daran, so tritt für solche Vereine und Stiftungen der Begriff und die Eigenschaft juristischer Personen nicht ein; ob ein Versuch der Art strafbar sei, das hängt von dem Umständen ab und gehört in das Kriminalrecht.“

Hiegegen führt nun aber wieder Windscheid in seinem Zivilrecht Band I S. 143 ff. aus:

„Die juristische Person existiert nicht in der Wirklichkeit, sondern nur in der Gedankenvorstellung. Aber diese Gedankenvorstellung hat zur Grundlage etwas Tatsächliches, an welche sie sich anlehnt, ein real existierendes Substrat, welches eben in Gedanken zur Person erhoben wird. Sie entsteht also dadurch, dass ein juristisch personifizierbares Substrat, eine Personenvereinigung, welche als solche Rechtssubjekt sein will, eine Anstalt, ein selbstständiges Vermögen zur concreten Existenz gelangt.

Vielfach wird aber behauptet, dass für die Entstehung gewisser juristischer Personen noch etwas Anderes erforderlich sei, nämlich dass dem vorhandenen Substrat die Rechtsfähigkeit durch einen besonderen Akt der Staatsgewalt verliehen werde. Man geht dabei von dem richtigen Satze aus, dass die Rechtsfähigkeit eines jeden Subjekts Aner-

kennung durch die Rechtsordnung voraussetze. Diese Anerkennung, gibt man zu, könne möglicherweise auch in einer von der Rechtsordnung ein für allemal aufgestellten Regel enthalten sein; und so sei es bei der natürlichen Person (dem Menschen), bei dem Staate (dem Fiskus), den politischen und kirchlichen Gemeinden, der ruhenden Erbschaft. Dagegen wird nicht zugegeben, dass es sich nach gemeinem Rechte in derselben Weise auch mit den Anstalten und Stiftungen und den willkürlichen Personenvereinigungen verhalte; für diese also müsse die Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit in jedem einzelnen Falle von der Staatsgewalt eingeholt werden. Diese Ansicht ist aber nicht zu billigen.

Allerdings findet sich im römischen Rechte die Regel, dass den bezeichneten Klassen der juristischen Personen auch ohne besondere Verleihung Rechtsfähigkeit zukomme, nicht ausdrücklich ausgesprochen; auch nicht für andere juristische und nicht für die natürlichen Personen; sie wird hier wie dort vorausgesetzt. Zu unterscheiden ist übrigens von der Verleihung der Rechtsfähigkeit die polizeiliche Genehmigung, welche zur Bildung eines Vereins und zur selbstständigen Verwendung eines gewissen Vermögens nach dem besonderen Recht des betreffenden Staats erforderlich sein kann. Und ferner ist es eine andere Frage, ob es sich nicht für die Gesetzgebung empfehle, wenigstens bei Personenvereinen die Anerkennung ihrer juristischen Persönlichkeit an eine besondere Verleihung zu knüpfen.

Dafür lässt sich sagen, dass es in einem gegebenen Falle sehr zweifelhaft sein kann, ob die zusammentretenden Personen als diese Einzelnen, oder als Vereinigung, d.h. eben als juristische Person, in Betracht kommen wollen, und doch es für die mit ihnen in Verkehr tretenden von der äußersten Wichtigkeit ist, über diesen Punkt im Klaren zu sein.

Darüber, welche Zahl von Mitgliedern erforderlich, damit ein Personenverein als juristische Person in Betracht kommen könne, lässt sich aus der Natur der Sache eine allgemeine Regel nicht herleiten.“

Was das Ende der juristischen Person anlangt, so lehrt Windscheid a.a.O. S. 146: „Die juristische Person erreicht ihr Ende dadurch, dass ein juristisch personifizierbares Substrat nicht mehr vorhanden ist. Aber auch ohne das erreicht sie ihre Ende dadurch, dass das vorhandene Substrat aufhört ein erlaubtes zu sein, so z.B. durch Zurücknahme der polizeilichen Genehmigung der Stiftung oder des Vereines, wo diese particular-rechtlich erforderlich ist. Es ist dann für den Staat ein von ihm als tauglich anerkanntes Substrat der juristischen Person nicht mehr vorhanden. Mit der polizeilichen Genehmigung des Substrates ist aber auch hier nicht zu verwechseln die Verleihung der Rechtsfähigkeit an dasselbe; da die letztere zur Entstehung der juristischen Person nicht erforderlich ist, so darf man auch nicht sagen, dass durch Zurücknahme derselben die juristische Person ihre Endschaft erreiche.“

Auch Savigny ist, wie oben bemerkt, der Ansicht, dass die Auflösung der juristischen Person nicht ohne Genehmigung des Staates geschehen können, a.a. O. S. 341.

Wenn hiernach der Begriff einer „juristischen Person“ nicht gesetzlich feststeht, wenn unter den angesehensten Rechtsgelehrten bis in die jüngste Zeit Streit darüber besteht, unter welchen Voraussetzungen eine juristische Person überhaupt entstehe, wenn fer-

ner bei juristischen Personen, welche von einer Personenmehrheit dargestellt werden, Zweifel darüber bestehen, in welchem Rechtsverhältnis diese Personen zu dem Vermögen stehen, ob die physischen Personen, oder nur die juristische, abgelöst von den Personen, das Subjekt des Vermögens sei, wenn nicht feststeht, wer über das Vermögen, wer über den Fortbestand oder die Auflösung, und im Falle der letzteren wieder über das vorhandene Vermögen, und in welcher Weise zu entscheiden habe, wenn hiernach durch neue Bestimmungen unübersehbar in bestehende Rechte der bereits vorhandenen Vereinigungen und juristischen Personen eingegriffen würde, so erschiene als in hohem Grade bedenklich, den juristisch-technischen Ausdruck: „juristische Person“ in den betreffenden Gesetzen zu gebrauchen. Es konnte dies um so mehr unterlassen werden, als den Bedürfnissen der fraglichen Vereinigungen dadurch vollkommen abgeholfen werden konnte, wenn ihnen ohne technische Bezeichnung lediglich dem Inhalte nach jene Rechte zugeteilt wurden, welche sie im Rechts- und Verkehrsleben zur Erreichung ihrer Vereinszwecke brauchen

Sonach war von dem Ausdruck „juristische Person“ auch bei denjenigen Vorschlägen abzusehen, welche die Rechtsverhältnisse der Vereinigungen ohne Solidarhaft behandeln.

B.

Eine viel verbreitete und mit trefflichen Gründen, namentlich auch von Schulze-De-litzsch in seiner Schrift über die Genossenschaftsgesetze vertretene Ansicht geht dahin, dass die Spezialgesetzgebung Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften ohne solidarische Haftung der Mitglieder als Personalgenossenschaften gar nicht, sondern nur als Kapitalgenossenschaften zulassen solle, da solche Formen von Vereinigungen nur dazu beitragen, irre zu führen, unsolide und sogar schwindelhafte Unternehmungen zu ermöglichen, dadurch den berechtigten Formen den Boden zu verengern und soferne die unausbleiblichen Verluste bei falsch organisierten Gesellschaften eintrete, dadurch gegen das Genossenschaftswesen überhaupt – auch gegen das gefundene einzunehmen und Vorurteile zu verbreiten. Wenn indes davon abgesehen werden wollte, so erschiene es doch als absolut geboten, für die Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften jene Vorichtsmaßregeln eintreten zu lassen, welche das Publikum sowohl als die Gesellschaften selbst vor Täuschungen und Irrungen zu bewahren geeignet scheinen, und welche wenigstens den Widersinn: „Kapitalhaft ohne Haftkapital“ vermeiden. Es war deshalb den fraglichen Gesellschaften die Bildung eines solchen Haftkapitals durch bestimmte Einlagen neben wiederkehrenden Beiträgen aufzulegen, dafür zu sorgen, dass die Größe desselben bekannt werde, dass es nicht willkürlich der Gesellschaft und den Gläubigern entzogen werden könne, und dass der Geschäftsbetrieb eingestellt werden könne, wenn dies Haftkapital zur Hälfte zu Verlust gegangen. Diese letztere Verfügung war um so mehr zu treffen, als sie auch für Aktiengesellschaften notwendig und gesetzlich ist, obwohl den Aktionären noch weniger Rechte an ihren Aktien zustehen, als den Gesellschaftern an ihren Kapitalsanteilen.

Vgl. Art. 78 des Entwurfes und Art. 200 des Handelsgesetzbuches, welche letztere Bestimmung auch in dem Entwurfe eines Gesetzes über Aktiengesellschaften, bei denen der Gegenstand nicht in Handelsgeschäften besteht, beibehalten ist.

Aus denselben Erwägungen rechtfertigen sich aber für Gesellschaften ohne Solidarhaft auch Bestimmungen über Veröffentlichung der Bilanzen, Anzeige der Insolvenz und (nach dem österreichischen Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Wirtschaftsgenossenschaften) die Verfügung, dass die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht dieses Verhältnis in ihrer Firma dem Publikum bekannt zu geben haben.

Solche das Publikum schützende Vorschriften waren für derlei Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften und ihren Geschäftsbetrieb um so nötiger, als deren Errichtung ohne Staatsgenehmigung stattfindet, und deren Auflösung, abgesehen von dem Falle des Art. 74 nicht von der Polizeibehörde, sondern nur in bestimmten im Gesetze vorgesehenen Fällen von den Gerichten erkannt werden kann, was wiederum aus höheren Rücksichten im Interesse der Genossenschaft als nötig erkannt wurde..

Soviel im Allgemeinen bezüglich der im II. Hauptstück gemachten Vorschläge.

Zu den einzelnen Artikeln kommt zu bemerken:

Zu Art. 70.

Um zu verhüten, dass nicht jegliche Haftbasis fehle, musste festgesetzt werden, dass jeder Gesellschafter eine bestimmte Kapitaleinlage leiste, welche neben wiederkehrenden Beiträgen dasjenige Vermögen zu bilden hat, welches den Gesellschaftsgläubigern verhaftet ist und worüber der Gesellschafter nicht frei, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen verfügen kann. Kapitaleinlage, wiederkehrende Beiträge, Dividenden, Gewinnanteile bilden den Geschäftsanteil, welcher der erwähnten Behandlung zu unterwerfen ist und nach den Normen der Statuten und der gesetzlichen Bestimmungen verhaftet ist.

Zu Art. 71

Dadurch, dass vorgeschrieben wurde, die Firma müsse die Bezeichnung: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“ enthalten, ist der aufmerksame Geschäftsmann im Stande, zu bemessen, in wie weit er bei seinem Kreditgeben gehen kann; um soviel als möglich alle Verwechslung zu vermeiden, wurde auch der Ausdruck „Gesellschaft“ im Gegensatz zu dem Ausdrucke „Genossenschaft“ gebraucht.

Zu Art. 72

Hier ist lediglich auf diejenigen Bestimmungen des Gesetzes verwiesen, welche in gleicher Weise auch für die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht gelten. Anlangend die Verteilung nach Köpfen, so ist dieselbe wohl beim Vorhandensein der Solidarhaft unter gewissen Voraussetzungen zu statuieren, nicht aber bei der hier in Frage kommenden.

Zu Art. 73

ist nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Art. 74

Nach diesen Bestimmungen wird die Größe des Haftkapitals dem Publikum bekannt und es weiss also zu beurteilen, wie weit es in seinen Kreditierungen zu gehen hat.

Zu Art. 75.

ist etwas Besonderes nicht zu bemerken.

Zu Art. 76

Durch die hier getroffenen Bestimmungen soll verhindert werden, dass der Gesellschafter lediglich durch sein Ausscheiden sich seiner vertrags- oder statutenmäßigen Haftung entziehen könne. Eben deshalb darf ihm aber auch der haftende Geschäftsanteil nicht hinausbezahlt werden.

Zu Art. 77.

ist nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Art. 78.

Hier war im Gegensatz zu den Bestimmungen des I. Hauptstückes eine Anzeigepflicht zu statuieren und die Einmischung der Verwaltungsbehörde zuzulassen; letzteres gradeso wie bei den Aktiengesellschaften.

Zu Art. 79

ist nichts Besonderes zu bemerken; ebenso nicht zu Art. 80.

Zu Art. 81.

Es war notwendig, hier eine ergiebige Strafe anzudrohen, um die Gefährdungen des Publikums durch schwindelhafte Fortsetzung bankrotter Geschäfte wo möglich zu verhüten. Dass durch diese Bestimmung die Strafgesetze in ihrer Wirkung nicht ausgeschlossen werden, verstand sich von selbst, war aber zur fortwährenden Warnung der Betreffenden noch besonders auszudrücken.

Dr. Völk

j. 1869 März 11: Beratung und Beschlussfassung der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf „die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften betr.“:

(VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten 1867/69 Bd. 6, S. 21 ff.)

Präsident Dr. von Pözl: Wir gehen zum ersten Gegenstand unserer Tagesordnung: zur Beratung und Beschlussfassung eines Gesetzes: „die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften betr.“

Sie haben aus dem Ausschussvortrag ersehen, dass dieser Gesetzesvorschlag der Regierung vom Ausschuss in zwei Gesetze zerlegt worden ist, wovon der erste Gesetzentwurf die privatrechtliche Stellung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften umfasst.

Ich bringe zuerst diesen Gesetzesentwurf zur Diskussion und bemerke dabei, dass ich das in Übereinstimmung mit den Vertretern der k. Staatsregierung tue.

Ich eröffne zuerst die allgemeine Diskussion. Das Wort hat Herr Referent.

Dr. Völk (Referent): Ich habe die Grundsätze, von welchen ich, teilweise in Übereinstimmung mit dem Ausschuss, bei der Bearbeitung der vorliegenden Entwürfe ausgegangen bin, in meinem Vortrag niedergelegt und kann darauf verweisen.

Was diese Behandlung der Sache anlangt, so lag ein Material vor, welches noch durch ein weiteres Gesetz, nämlich das Gesetz, betreffend die Aktiengesellschaften, welche keine Handelsgeschäfte treiben, ergänzt wurde. Man hatte damit erreicht oder erreichen wollen, dass auf der einen Seite die Personalgenossenschaften und auf der anderen Seite die Kapitalgenossenschaften geregelt werden. Wenn man in deren Mitte andere Genossenschaften gestellt hat, ist man hierbei von gewissen Zweckmäßigkeitsrücksichten ausgegangen, welche noch eine nähere Erörterung finden werden. Im allgemeinen glaube ich, darf man sagen, dass das Streben, das Genossenschaftswesen zu fördern, Anerkennung verdient und zu fördern ist.

Enthält die Regelung des Genossenschaftswesens und die angebahnte Entwicklung desselben auch gewiss nicht die Lösung des Problems der sozialen Fragen, so kann man doch sagen, dass, je mehr die Genossenschaften nach ihren verschiedenen Verzweigungen sich ausbilden und ausbreiten, je mehr sich der Arbeiterstand derselben bemächtigt und sie benützt, je mehr der Grundsatz geltend wird, dass aus diesen Assoziationen heraus eine Heilung der sozialen Übelstände zu erstreben ist, desto weiter man auf diesem Gebiete gelange.

Hier handelt es sich aber zunächst um die rechtliche Stellung der Genossenschaften und ich habe keine Veranlassung, hier weiter auf die wirtschaftliche Seite derselben vorläufig einzugehen.

Was die Vereine anlangt, welche nicht wirtschaftliche sind, welche in einem besonderen Gesetze behandelt werden, werde ich bei Beratung des zweiten Gesetzes darauf nötigen Falles weiter zurückkommen, wenn Anlass durch die Debatte gegeben wird. Weitere Bemerkungen halte ich zur Zeit nicht für veranlasst.

I. Präsident: Es scheint sich niemand an der allgemeinen Diskussion beteiligen zu wollen. Wir gehen daher zur speziellen Diskussion und zwar glaube ich mit Rücksicht darauf, was der Zweck der Ausschussvorschläge ist, dass nämlich dieser Gesetzesentwurf in möglichster Übereinstimmung mit dem betreffenden Gesetze des norddeutschen Bundes gestaltet werde, vorschlagen zu sollen: abschnittsweise das Gesetz zu diskutieren, soweit nicht Modifikationen zu einzelnen Artikeln vorliegen. Ich behalte Eingang und Überschrift der späteren besonderen Feststellung vor und eröffne die Diskussion über Abschnitt I., umfassend die Art. 1-8 des I. Hauptstückes.

Wenn niemand über diese Artikel diskutiert, bitte ich die Herren, welche dieselben annehmen wollen, sich zu erheben (Die Mehrheit erhebt sich.)

Sie sind angenommen.

Abschnitt II. Umfasst die Art. 9-16!

Wenn auch hier niemand diskutiert, bitte ich die Herren, sich zu erheben, welche dieselben annehmen wollen (Die Mehrheit erhebt sich.)

Sie sind angenommen.

Bei Abschnitt III liegt ein Modifikationsantrag des Frh. v. Stauffenberg vor, der dahin geht, für den Fall, dass Abs.2 des Art. 27 nicht abgelehnt werden soll, denselben also zu lassen:

„Sie sind, wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche nicht auf die Zwecke der Genossenschaften, sondern auf politische Angelegenheiten gerichtet sind u.f.f.“

Ich gebe das Wort dem Herrn v. Stauffenberg zur Motivierung seiner Modifikation.

Frhr. v. Stauffenberg: Meine Herren! Meine Modifikation bezweckt die Abänderung des Art. 27 im Abs.2, sie ist eine nur eventuell gestellte, weil ich primär voraussetze, dass, wie ich beantragen werde, Abs. 2 des Art. 27 gestrichen werde. Es scheint mir nämlich, Abs.2 des genannten Artikels eine nicht notwendige Bestimmung zu enthalten. Es ist an und für sich nicht vor auszusetzen, dass die auf Grund dieses Gesetzes etablierten Genossenschaften mit Vorliebe politische Themate in den Kreis ihrer Diskussion ziehen werden. Es ist, meine Herren, gar kein Grund gegeben, um gegen dieses Genossenschaften ein Misstrauen zu hegen, welches man anderen Vereinen, insbesondere den Aktiengesellschaften gegenüber nicht hegt. Sie werden bei den anderen Vereinen, bei den Aktiengesellschaften, derartige Strafbestimmungen nicht finden. Nun, meine Herren, selbst für den Fall, wenn Sie für nötig hielten, eine derartige unnötige Strafbestimmung aufzunehmen, müsste sie, glaube ich, anders gefasst werden, als sie der Ausschuss in seinem Abs. 2 des Art. 27 gefasst hat. Es heißt in diesem Abs.2:

„Wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf keine geschäftlichen Zwecke, sondern auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind etc.“

Mit scheint, meine Herren, in beiden Beziehungen die Fassung an einer bedenklichen Vagheit zu leiden; einmal was heißt „geschäftliche Zwecke?“ Das Wort „geschäftliche Zwecke“ ist kein technischer Ausdruck des vorliegenden Gesetzes, es muss deshalb in der Weise genommen werden, wie es im gewöhnlichen Leben genommen wird. Geschäftliche Zwecke sind eben solche Zwecke, welche auf ein bestimmtes Geschäft, hier in specie auf ein bestimmtes Handels- oder Darlehensgeschäft sich beziehen; es kann aber eine Genossenschaft auch andere Dinge in den Kreis ihrer Beratung ziehen, ohne ihre Kompetenz zu überschreiten und es wird sich deshalb rechtfertigen, wenn man statt des Ausdruckes „keine geschäftlichen Zwecke“ den Ausdruck gebraucht: „welche nicht auf Zwecke der Genossenschaft gerichtet sind.“

Noch viel bedenklicher scheint mir der Ausdruck zu sein, „welche auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind“. Was sind öffentliche Angelegenheiten, meine Herren?

Es kann öffentliche Angelegenheiten geben, welche eine Genossenschaft nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet ist, in den Kreis ihrer Erörterung zu ziehen. Denken Sie sich, z.B. eine Genossenschaft findet, dass eine Bestimmung dieses Gesetzes nicht zweckmäßig ist, dass mit dieser Gesetzesbestimmung die gedeihliche Entwicklung des Genossenschaftswesens nicht möglich ist, sie findet, dass andere Gesetze, ich nenne z.B. das Hypothekengesetz, der Zivilprozess Bestimmungen enthalten, welche die Erreichung des Genossenschaftszweckes hindern. Meine Herren! Mit scheint die Genossenschaft nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet zu sein, Anträge, welche auf Abänderungen solcher gesetzlicher Bestimmungen gerichtet sind, in den Kreis ihrer Besprechung zu ziehen. Es können Anträge gestellt werden, die Genossenschaft möge auf Abänderung solcher gesetzlicher Bestimmungen hinwirken, sie möge Petitionen an die Kammern stellen – niemand wird sagen können, dass die Genossenschaft so etwas nicht tun soll – aber wenn Sie den Abs.2 des Art. 27 so annehmen, wie er jetzt ist, wird allerdings unter Umständen eine ängstliche Interpretation dazu kommen, den Vorstand einer Genossenschaft, wegen des Gestattens solcher Anträge zu strafen. Es sind ja die Abänderung eines Gesetzes, die Abänderung des Genossenschaftsgesetzes, die Abänderung des Zivilprozessgesetzes, die Abänderung des Obligationenrechtes, oder wie derartige Gesetzesbestimmungen heißen mögen, doch auch öffentliche Angelegenheiten, allein, meine Herren, sie sind keine politischen Angelegenheiten, und wenn man die Diskussion politischer Angelegenheiten – und darum handelt es sich doch ganz unbestritten – in diesen Genossenschaften ausschließen will, so soll man ein deutliches Wort gebrauchen und man soll das zweideutige Wort „öffentliche Angelegenheiten“ nicht wählen.

Ich empfehle Ihnen daher sowohl meine primären als eventuellen Antrag; durch den eventuellen würden wenigstens weitgehende Schikanen, die aus der jetzigen Fassung des Gesetzes entnommen werden können, unmöglich gemacht.

I. Präsident: Meine Herren! Sie haben den Antrag des Frh. v. Stauffenberg motivieren hören; ich bitte diejenigen Herren, welche denselben unterstützen wollen, sich zu erheben (Die nötige Anzahl erhebt sich). Es ist genügend unterstützt, kommt also bei Art. 27 zur Diskussion. Das Wort hat Herr Abg. Croissant.

Croissant: Meine Herren! Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, bei der Abstimmung über Art. 27 über beide Absätze gütigst getrennt, abstimmen zu lassen, und ich bitte Sie, meine Herren, dem Abs.2 Ihre Zustimmung zu versagen. Ich für meinen Teil würde, wenn der Abstrich des Abs. 2 nicht beliebt würde, den eventuellen Antrag des Frh. v. Stauffenberg gut heißen.

Abs.2, meine Herren, befindet sich ebenfalls in dem preußischen Gesetz und es ist bekannt, dass die k. Preußische Regierung bei der Beratung dieses Gesetzes sowohl in der preußischen Kammer, als auch in dem norddeutschen Reichstag diesen Absatz in ihren ganz besonderen Schutz genommen hat.

Meine Herren! Man erkennt von Regierungswegen das Prinzip der Selbsthilfe an, man sieht es gerne, wenn die Staatsangehörigen sich selber helfen; man bietet auch, wo möglich, Erleichterungen, die das materielle Wohl des Volkes fördern; denn, meine Herren,

je höher sich der Wohlstand des Volkes stellt, um so größer ist die Steuerkraft, und meine Herren, auf die Steuerkraft kommt es ganz besonders dieser Regierung an. Aber, meine Herren, um Alles in der Welt mögen die Genossenschaften sich nicht um Dinge bekümmern, die sie nicht angehen, nämlich um öffentliche Angelegenheiten. Indem der Artikel ausdrücklich dieses verbietet, reproduziert er den bekannten Satz vom beschränkten Untertanenverstand. Meine Herren! Es wurde in unserem Lande früher eine Verordnung erlassen, welche politische Vereine und Versammlungen verbot, jene Verordnung gab als Motiv dieser Bestimmung folgenden Satz an: „Da das Wohl des Staats und das Beste der Staatsbürger nur durch die Regierung befördert werden kann“. Dieses meine Herren, war im Jahre 1804, und ich bin überzeugt, dass die k. Staatsregierung heute auf einem vorgerückten Standpunkte steht. In Preußen, meine Herren, wo die Bestimmung des Abs.2 erfunden worden ist, scheint man noch auf dem Standpunkt von 1804 in dieser Beziehung zu stehen. Es wurde vor noch nicht langer Zeit in Preußen der Satz ausgesprochen, man sei in Preußen den Süddeutschen zu liberal. Meine Herren! Sie haben heute die beste Gelegenheit, diesen stolzen Satz Lügen zu strafen, und ich glaube, dass auch die k. Staatsregierung sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen wird, in dieser Beziehung zu zeigen, dass sie dem Liberalismus nicht abhold ist.

Ich habe nun aber, meine Herren, noch einen anderen Grund gegen diesen Absatz. Es ist nämlich die Rücksicht auf die Gleichheit der Gesetze. Das Handelsgesetzbuch hat Bestimmungen über die Handelsgesellschaften und es ist der Generalversammlung der Handels- und der Aktiengesellschaften nicht verboten, politische Dinge in das Bereich ihrer Diskussion zu ziehen. Es ist zwar richtig, die Besitzer von Aktien gehören in der Regel den reicheren Schichten der Bevölkerung an, aber, meine Herren, ich frage: was haben die Genossenschaften, soweit sie bis jetzt bestehen, verbrochen, dass man ihnen ein solches Misstrauensvotum gibt, gleichsam durch diese Bestimmung ihnen das Kennzeichen politischer Gefährlichkeit ankleben will?

Ich habe noch einen anderen Grund, ich frage, wird wohl in Zukunft jemand sich finden, welcher Vorstand einer Genossenschaft werden will, wenn ihm das Damoklesschwert dieses Artikels beständig über dem Haupte schwebt? Sie haben schon vom Herrn Abg. Frhr. v. Stauffenberg gehört, wie vage der Ausdruck ist, wie leicht ein Vorstand in Strafe geraten kann. Meine Herren! Wenn man sich aber auf solche Weis hüten wird, Vorstand zu werden, so wird das ganze Gebiet des Genossenschaftswesens vernachlässigt werden.

Wenn ich nun zum Schlusse noch bemerke, meine Herren, dass, wenn Sie auch den Absatz streichen, Gesetzeswidrigkeiten in den Generalversammlungen der Genossenschaften doch nicht vorkommen können, weil die Strafgesetze, ja unter Umständen auch das Vereinsgesetz, auf sie anwendbar sind, so werden Sie wohl mit mir diesem Absatz Ihre Zustimmung verweigern.

I. Präsident: Meine Herren! Das Wort hat in der Diskussion über Art. 27, womit der Antrag des Herrn Abg. Frh. v. Stauffenberg verbunden ist, der Herr Staatsminister des Inneren.

Der k. Staatsminister v. Hörmann: Meine Herren! Der Antrag des Herrn Abg. Frh. v. Stauffenberg geht dahin, im Art. 27, zunächst den Abs.2 zu streichen, eventuell diejenige Fassung anzunehmen, die Ihnen aus der bereits vorliegenden Modifikation bekannt ist. Ich glaube, vom Standpunkte der Staatsregierung aus mich gegen beide Anträge erklären zu müssen. Der Herr Abg. Frh. v. Stauffenberg hat geltend gemacht, es werde nicht in der Absicht der hier in Frage stehenden Genossenschaften liegen, sich mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen, und deshalb sei eine derartige Bestimmung nicht notwendig. Meine Herren! Wenn diese Voraussetzung sich verwirklicht, so ist die Bestimmung des Abs.2 jedenfalls auch unschädlich; wenn die Genossenschaften nicht über ihr eigentliches Gebiet hinausgreifen, können sie sich durch eine derartige beschränkende Bestimmung auch nicht beeinträchtigt fühlen. Allein, meine Herren, es scheint mir denn doch die Wahrscheinlichkeit der Annahme, von welcher der Herr Abg. Frhr. v. Stauffenberg ausgeht, doch nicht so vollständig sicher zu sein. Es lassen sich mir denn doch recht wohl Fälle als möglich denken, in denen Genossenschaften in das politische Gebiet hinüberzugreifen versuchen. Es liegt das auch in der Natur der Sache. Die Begründung der Genossenschaften ist ein Beitrag zur Lösung der großen sozialen Frage, welche zur Zeit die Welt bewegt, und dass diese soziale Frage vielfach ins politische Gebiet hinüberreicht, vielfach auf dem politischen Gebiete die Realisierung ihrer Tendenzen zu finden versucht, ist Ihnen, meine Herren, zu gut bekannt, als dass ich darüber viel sprechen sollte. Ich könnte in dieser Beziehung auf Erscheinungen hinweisen, die erst in neuester Zeit auch in Bayern hervorgetreten sind, ich will aber davon Umgang nehmen, nachdem auch diese Erscheinungen Jedem von Ihnen bekannt geworden sind. Ich kann deshalb auch nicht mit dem Abg. Frhr. v. Stauffenberg darin übereinstimmen, dass der fragliche Abs.2 ein überflüssiger sei. Er ist um so weniger überflüssig, als die Genossenschaften nach der Bestimmung des Gesetzentwurfes, wie er Ihnen vorliegt, außerhalb der Anwendung des Vereinsgesetzes vom Jahre 1850 zu stehen kommen.

Was den eventuellen Antrag betrifft, eine andere Fassung eintreten zu lassen, so glaube ich, dass in der von dem Herrn Abg. v. Stauffenberg beantragten Fassung gar keine Änderung desjenigen gelegen ist, was der Ihnen vorliegende Entwurf vorschlägt. Ich glaube ferner, dass dadurch auch keine Verdeutlichung der Bestimmung erzielt wird, vielmehr sehe ich darin eher eine Verschlimmerung und einen Anlass zur Herbeiführung neuer Zweifel. Wenn Sie, meine Herren, die Güte haben auf den Art. 27 in der vom Ausschusse beantragten Fassung einen Blick zu werfen, so werden Sie sehen, dass den Genossenschaften die Behandlung geschäftlicher Angelegenheiten durchaus nicht genommen ist, sondern dass nur den Übergriffen in öffentlichen Angelegenheiten vorgebeugt werden will. Der Herr Abg. v. Stauffenberg hat nun den Ausdruck „geschäftlich“ bemängelt; allein, meine Herren, im Hinblick auf die gesamte Ökonomie des Entwurfes, auf dessen sonstigen Inhalt, kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass unter geschäftlichen Angelegenheiten eben diejenigen verstanden sind, welche im Gesetze selbst als Aufgabe und Zweck der Genossenschaften vorgetragen werden. Er hat ferner geglaubt, der Ausdruck „öffentliche Angelegenheiten“ könne zu Schikanen in der Praxis führen, er könne die Genossenschaften hindern, legislative Fragen, die mit ihren Zwecken im in-

nigsten Zusammenhänge stehen, in den Kreis ihrer Erörterung zu ziehen; aber, meine Herren, auch diese Furcht habe ich nicht. Ich gebe zu, dass der Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ ein sehr allgemeiner ist, allein in der Ausdehnung wie sie der Herr Abg. Frhr. v. Stauffenberg befürchtet, ist er niemals in Anwendung gebracht worden und dass er hier bei den Genossenschaften niemals in der befürchteten Ausdehnung zur Anwendung gebracht werden wird, dafür bürgt Ihnen noch besonders der Umstand, dass die Entscheidung darüber den Gerichten zusteht und die Gerichte in der Beziehung ganz sicher keinen zu engherzigen Auffassungen huldigen werden. Dagegen ist der Ausdruck „politische Angelegenheiten“ ein Ausdruck, der bisher in unserer Gesetzgebung nicht vorkommt. Wenn Sie das Vereinsgesetz vom Jahre 1850 ins Auge fassen, so werden Sie finden, dass ein Verein zu einem politischen wird, sobald er sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt. Die Gesetzgebung braucht also zur Bezeichnung desjenigen, was der Herr Abg. Frhr. v. Stauffenberg im Auge hat den Ausdruck „öffentliche Angelegenheiten“. Bringen Sie nun den Ausdruck „politische Angelegenheiten“ hinein, so können Sie nur die Wirkung herbeiführen, dass entweder die Begriffe als identisch angesehen, was ganz natürlich sein dürfte, da eben die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten das Charakteristikum eines politischen Vereines bildet, so ist der Antrag der Ihnen vorliegt, ein ganz zweckloser; werden aber die Begriffe nicht als identisch angesehen, so ist damit ein neuer, nicht minder vager Begriff in die Gesetzgebung hinein geworden, über dessen Auslegung Sie dermalen gar keine Sicherheit haben.

Der Herr Abg. Croissant bemerkte, es würde bei dem Damoklesschwert, das durch den Abs. 2 des Art. 27 über den Vorständen aufgehängt werde, die Teilnehmer der Genossenschaften sich abhalten lassen, die Vorstandschaft zu übernehmen. Allein, meine Herren, ich möchte in dieser Beziehung darauf aufmerksam machen, dass gerade in denjenigen Ländern, in welchen dieses Damoklesschwert bereits gesetzlich befestigt ist, die Wirksamkeit und Ausdehnung der Genossenschaften eine weit größere ist, als wie sie je bei uns hervorgetreten ist und dass daher die Einwirkung einer derartigen Bestimmung auf das Gedeihen der Genossenschaften doch nicht so fürchterlich sein kann, als sie geschildert werden. Ich erlaube mir daher wiederholt das Ansuchen zu stellen, dass die Anträge des Herrn Abg. Frhr. v. Stauffenberg abgelehnt werden möchten. In diesem Falle muss ich auf die vom Herrn Abg. Croissant uns angebotene Gelegenheit, liberaler als die k. Preussische Regierung zu sein, verzichten.

Frhr. von Stauffenberg: Meine Herren! Es ist mir im Augenblick, nachdem ich meine Ausführungen beendet hatte, eine Eingabe des volkswirtschaftlichen Vereins zu München zu Händen gekommen, in welcher, ohne dass dieser Verein von meinem Antrage etwas wusste und ohne dass ich von seinen Vorschlägen etwas wusste, in der Hauptsache dieselben Anträge gestellt werden, welche ich eben dem hohen Hause vorgetragen habe. Der genannte Verein bittet, es möge im Genossenschaftsgesetze der Abs. 2 des Art. 27 abgeworfen und eventuell in diesem Absatz statt der Worte „in der Generalversammlung“ die Worte „während der Generalversammlung“ und statt der Worte „öffentliche Angelegenheiten“ „politische Angelegenheiten“ gesetzt werden. Zur Motivierung wird bemerkt:

„Zu Abs.1 und 2 möge zu bemerken gestattet sein, dass der hier in Frage stehenden Strafandrohung eine nahezu verletzende Voraussetzung in Bezug auf die Tätigkeit der Genossenschaften zu Grunde liegt, da nicht abzusehen ist, weshalb sonst eine solche Präventionsmaßregel nicht allen andern Vereinigungen geschäftlicher Art gegenüber ebenso gut am Platze sein sollte. Dass eine gleichartige Bestimmung im norddeutschen Genossenschaftsgesetze enthalten ist, möchte um so weniger ins Gewicht fallen, als durch den Wegfall einer solchen, - lediglich nebensächlichen und polizeilichem Misstrauen entsprossenen Bestimmung die Übereinstimmung unseres Gesetzes mit dem norddeutschen in der Hauptsache nicht im Mindesten alteriert wird.“

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, diese Eingabe zur Kenntnis des hohen Hauses zu bringen.

Was den eventuellen Antrag betrifft, so ist derselbe von Seite des Herrn Staatsministers des Innern primär als unnötig und eventuell sogar als bedenklich bekämpft worden. Sr. Excellenz der Herr Staatsminister haben gesagt, er ist unnötig. Wenn politisch so viel heißen soll, als öffentlich, so will ich das sehr gerne zugeben, wenn diese beiden Begriffe vollständig gleichartig wären, wäre es wirklich kindisch solche Abänderungsvorschläge zu beantragen; allein sie sind nicht gleichartig. Man versteht unter politischen Angelegenheiten im Leben einen viel engeren Kreis als unter öffentlichen Angelegenheiten. Wenn der Herr Staatsminister auf die Terminologie des Vereinsgesetzes hingewiesen und gesagt hat, es sei bei uns eine hinreichende Garantie gegeben da die Gerichte es seien, welche den Begriff der öffentlichen Angelegenheiten festzustellen hätten, so möchte ich darauf hinweisen, dass die jetzige Anwendung des Vereinsgesetzes, die bisjetzige Interpretierung des Ausdrucks „öffentliche Angelegenheiten“ eben nicht geeignet ist, uns diese Beruhigung zu gewähren; welche Vereine sind auf Grund des Vereinsgesetzes, wenn sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt haben, nicht für politische Vereine erklärt worden. Man wird allerdings sagen, das haben nicht die Gerichte, das haben die Administrativbehörden getan, allein, meine Herren, die Gerichte werden in der gleichen Lage sein.

Was versteht man denn unter öffentlichen Angelegenheiten? Unter öffentlichen Angelegenheiten versteht man alle jene Angelegenheiten, welche das große, das gesamte Publikum interessieren. Wenn man mir sagt, dass die Beantragung einer Abänderung der Gesetzgebung über das Genossenschaftswesen, die Beantragung einer Abänderung in den Zivilgesetzen, in den Zivilprozessgesetzen, nicht unter die öffentlichen Angelegenheiten fällt, so ist das etwas, meine Herren, was dem Wortlaut des Gesetzes direkt widerspricht. Das sind eben öffentliche Angelegenheiten, und kein Richter wird im Stande sein, den Begriff der öffentlichen Angelegenheit so zu interpretieren, dass lediglich die rein politischen als öffentliche Angelegenheiten erscheinen. Sie werden, meine Herren, wenn Sie statt „öffentliche Angelegenheiten“ „politische Angelegenheiten“ setzen, jene Gebiete, welche nicht zu dem Wirkungskreise der Genossenschaften gehören, vollständig abgeschieden haben. Sie werden aber den Genossenschaften einen Spielraum gegeben haben, ihre Tätigkeit fruchtbringend auch auf jene Gebiete zu erstrecken, welche naturgemäß zu ihrer gedeihlichen Entwicklung ihnen offen stehen müssen. Ich würde

Sie daher dringend bitten, meinen eventuellen Antrag anzunehmen, da durch denselben nichts weiter bewirkt werden soll und bewirkt werden wird, als den Genossenschaften die natürliche Grenze ihrer Tätigkeit offen zu lassen.

I.Präsident: Es hat niemand weiter zu Art. 27 das Wort begehrt, ich kann daher die Diskussion schließen.

Dr. Völk (Referent): Ich glaube, meine Herren, dass man auf den fraglichen Absatz sowohl auf der einen als auf der anderen Seite viel zu viel Gewicht legt. Ich habe, wie Sie aus dem Protokoll ersehen, seiner Zeit selbst den Abstrich dieses Absatz 2 beantragt, und ich bin dabei von der Erwägung ausgegangen, dass, so wenig man bei den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften einen derartigen Absatz brauchte, man bei den hier in Frage stehenden Wirtschaftsgenossenschaften einen solchen brauche. Die Erwägung, warum im Ausschuss dieser Absatz hier hereingenommen ist, war aber die: man wollte die Wirtschaftsgenossenschaften vollständig außerhalb des Bereiches des Vereinsgesetzes stellen. Das konnten wir aber nicht, wenn wir einen derartigen Absatz nicht in unser Gesetz aufnehmen. Wenn wir nämlich die Behandlung „öffentlicher Angelegenheiten“ in den Generalversammlungen hier nicht besonders treffen, so hätten wir doch damit die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes über Versammlungen und Vereine nicht aufgehoben, welche die Regierung dann ermächtigen würden, wenn „öffentliche Angelegenheiten“ in solchen Generalversammlungen behandelt würden, strafend einzuschreiten. Wir würden damit die Regierung provozieren, gleichsam ein besonderes Augenmerk auf solche Generalversammlungen zu richten, um zu sehen, ob sie über die Grenzen hinausgehen oder innerhalb der Grenzen des Vereinsgesetzes bleiben. Es gibt nur eine Auffassung, meine Herren, und das ist die des Ausschusses, welche dahin geht, es sei vorzuziehen, dass die k. Staatsregierung die betreffenden Genossenschaften von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vollständig frei gibt. Das ist geschehen und deswegen hat der Absatz seine Aufnahme gefunden. Sie haben die Erklärung des Herrn Staatsministers des Inneren gehört, dass die Regierung das Vereinsgesetz nach seinem ganzen Umfange auf unsere wirtschaftlichen Genossenschaften nicht anwendet. Die Administrativbehörden haben bei diesem Gesetze gar nicht darein zu reden und, das ist der Vorzug des Gesetzes, namentlich in Beziehung auf die Schließung der Vereinigungen. Die Staatsregierung hat sich des Rechtes begeben, dass ihr nach dem Vereinsgesetze zu stand, diese wirtschaftlichen Genossenschaften und Gesellschaften aus administrativen Rücksichten zu schließen. Der ursprüngliche Regierungsentwurf hatte die Befugnis der Staatsregierung, auch diese Vereine aus politischen Rücksichten zu schließen. Diese Vereine, wie sie hier vorliegen, kann die k. Staatsregierung Obergerichts- oder Polizeiwegen nun nicht schließen, sondern in den betreffenden Fällen hat dies nur durch die Gerichte zu geschehen. Das war die Rücksicht, warum ich geglaubt habe, man könne den betreffenden Abs.2 aufnehmen. Was die Fassung desselben anlangt, so stimme ich mit dem Herrn Staatsminister des Innern überein, dass eigentlich ein Unterschied zwischen der Fassung des Ausschusses und zwischen der Fassung des Frhr. v. Stauffenberg nicht gegeben ist. Warum hat man im Ausschuss den Ausdruck „öffentliche Angelegenheiten“ gebraucht? In Preußen, wo dem Sinne nach derselbe Passus in dem Gesetze steht, hat

man auf die dortigen Vereinsgesetze verwiesen. Es lag also nahe, dass man auch bei uns auf das Vereinsgesetz verweist. Nun heißt in unserem Vereinsgesetz in Art.14: „Vereine, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, sind verpflichtet etc.

Das sind nun die sogenannten „politischen Vereine“. Der Sinn des Absatzes ist also der, dass, wenn in einer Generalversammlung Anträge gestellt werden, welche der Art sind, dass sie die Versammlung zu einer politischen und den Verein zu einem politischen machen würden, man auch sagen kann, es handle sich um öffentliche Angelegenheiten.

Ich kann überhaupt einen Unterschied zwischen dem Ausdruck „öffentliche Angelegenheiten“ und „politische Angelegenheiten“ nicht finden. Die öffentliche Angelegenheit, welche den Verein zu einem politischen macht, ist selbstverständlich eine politische Angelegenheit und die politische Angelegenheit ist selbstverständlich wiederum eine öffentliche. Dass sich das nicht genau definieren lässt, versteht sich von selbst, allein ich glaube, dass damit, dass man die öffentlichen den politischen und die politischen den öffentlichen entgegensetzt, nichts getan ist. Bedenken Sie nun weiter, meine Herren, dass es sich hier nicht um Diskussionen, sondern dass es sich um förmliche Anträge handelt, welche gestellt werden müssen, welche sich auf „öffentliche Angelegenheiten“ beziehen, so liegt hierin wiederum eine beachtenswerte Restriktion. Wenn in den Generalversammlungen in der Diskussion einmal da oder dort öffentliche oder politische Angelegenheiten in das Bereich der Diskussion gezogen werden, so fällt das nicht unter Art.27; es müssen förmliche Anträge gestellt werden, welche den Verein, wenn sie in demselben vorkommen, zu einem politischen machen würden, dass darunter die geschäftlichen Zwecke nicht verstanden werden, ist gewiss, und zwar versteht man unter geschäftlichen – und es war hierüber Einverständnis im Ausschuss – nicht nur die der bestimmten Gesellschaft, gerade des betreffenden Vereins, sondern die aller Gesellschaften, welche der ganze Umfang des Art. 1 enthält, überhaupt also das ganze wirtschaftliche Gebiet, in dem sich die sämtlichen Genossenschaften bewegen. Man hat im Ausschuss anerkannt, dass, wenn z.B. Vorschuss- oder Kreditvereine sich damit beschäftigen, ob die Hypothekengesetzgebung abzuändern oder besser einzurichten sei, so könne man nicht sagen, dass es sich hier um „öffentliche Angelegenheiten“ im verpönten Sinne handle und dass, wenn ein solcher oder ähnlicher Antrag gestellt würde, z.B. an die Staatsregierung die Bitte zu stellen, eine Revision der Hypothekengesetzgebung vorzunehmen, dies nicht ein Antrag wäre, der sich im obigen Sinne auf öffentliche, politische Angelegenheiten beziehe, also die Strafbestimmung hier nicht zutreffe. Die Untersuchung, wie dem Kredit aufgeholfen werden könne, welche Mittel gegeben seien, um den Kredit zu heben, ist gerade eine eminent geschäftliche Angelegenheit eines Vorschuss- und Kreditvereines. Man wird überhaupt nicht umhin können, immer auf den einzelnen Fall sich zu stellen und dann erst dem vernünftigen Ermessen des Richters anheimzustellen, ob ein Missbrauch, ein Exzess vorliegt oder nicht. Ich wiederhole: entbehrlich ist der fragliche Absatz, aber ob Sie damit, dass Sie ihn streichen, die Genossenschaft besser stellen, ist eine andere Frage; denn Sie können dann nicht verhindern, dass, wenn die Strafe, welche hier in Abs.2 ausgesprochen wird, wegfällt, die königliche Staatsregierung sodann auf derartige Versammlungen, wenn sie sich mit öffentlichen,

und anders ausgedrückt, mit politischen Angelegenheiten beschäftigt, sodann zu dem Vereinsgesetze ihre Zuflucht nimmt und an der Hand des Vereinsgesetzes sodann strafend einschreitet. Insoferne glaube ich, ist es von durchschlagender Bedeutung nicht, ob Sie den Absatz annehmen oder nicht. Ich glaube, dass das Gesetz mit und ohne den Absatz bestehen kann und wenn die Staatsregierung besonderen Wert darauf legt, diesen Artikel hier gerade stehen zu haben, der nach Umständen noch eine mildere Beurteilung der Überschreitungen zulässt, als das Vereinsgesetz sie darböte, so könnte ich dem gerade nicht mit Entschiedenheit entgegentreten. Wenn aber der Artikel wegfällt, so liegt ebenfalls wenig daran. Ich kann ihm die Bedeutung nicht beimessen, die ihm von der einen oder andern Seite gegeben worden ist.

I.Präsident: Wir wollen zunächst den Art. 27 feststellen. Ich bringe den Abs.1 zur Abstimmung. Wer den Abs. 1 „Mitglieder des Vorstandes etc.“ annehmen will, wolle sich erheben.

(Die Mehrheit erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Bei Abs.2 beantragt Herr Abg. Frh. v. Stauffenberg zunächst denselben zu streichen. Ich glaube diesen Präjudizialantrag zuerst zur Abstimmung bringen zu sollen. Wer die Streichung dieses Abs. 2 will, den bitte ich, sich zu erheben. (Nur Wenige erheben sich.)

Ist abgelehnt.

Ich bringe dann den Abs.2 in der modifizierten Fassung des Herrn Frh. v. Stauffenberg zur Abstimmung, die da lautet:

„Sie sind, wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche nicht auf die Zwecke der Genossenschaften, sondern auf politische Angelegenheiten gerichtet sind etc.“

Wer den Abs. 2 in dieser modifizierten Fassung annehmen will, wolle sich erheben. (Die Minderheit erhebt sich.)

Er ist abgelehnt.

Ich bringe den Abs. 2 nach Vorschlag des Ausschusses zur Abstimmung und bitte die Herren sich zu erheben, die ihn in dieser Fassung annehmen wollen.

(Die Mehrheit erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Wir stimmen nun über Abschnitt III insgesamt ab umfassend die Art.17-33. Wer diesen Abschnitt III annehmen will, wolle sich erheben.

(Die Mehrheit erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Ich stelle zur Diskussion den Abschnitt IV umfassend die Art. 34-39. Wenn niemand diskutiert, bitte ich die Herren, die diesem Abschnitte beistimmen wollen, sich zu erheben.

(Die Mehrheit erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Abschnitt V enthält die Art.40-62 einschließlich.

Es diskutiert niemand; ich bitte also die Herren sich zu erheben, die besagte Artikel annehmen wollen. (Die Mehrheit erhebt sich.)

Die Artikel 40 bis 62 sind angenommen.

Abschnitt VI. Die Artikel 63-65 einschließlich umfassend!

Ich bitte die Herren sich zu erheben, welche diese Artikel annehmen wollen.

(Die Mehrheit erhebt sich.)

Auch diese Artikel sind angenommen.

Endlich die Schlussbestimmungen, enthalten in den Artikeln 66-69.

Es scheint auch niemand diskutieren zu wollen, ich bitte daher die Herren, sich zu erheben, welche diese Schlussbestimmungen annehmen wollen.

(Die Mehrheit erhebt sich.)

Auch diese Schlussbestimmungen sind angenommen.

Wenn gegen die Überschrift des I. Hauptstückes und der einzelnen Abschnitte des I. Hauptstückes eine Erinnerung nicht erhoben wird, so nehme ich dieselben für gut geheißen an.

Wir gehen zum II. Hauptstück welches „von den Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht“ handelt.

Dr. Völk (Referent): Meine Herren! Wir sind hier eigentlich bei dem Hauptdifferenzpunkt angekommen. Es gibt nämlich zwei einander sehr entschieden entgegenstehende Auffassungen in der neueren Legislation in Bezug auf die vorliegende Materie.

Die eine geht dahin, dass man Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht gar nicht gestatten soll, dass man wenigstens ihnen in der Gesetzgebung eine Erleichterung nicht zuwenden soll; die andere Auffassung ist die, welche dahin geht, dass man auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht in besondere gesetzliche Formen zu bringen habe, und dass man ihnen damit auch die Unterstützung des Gesetzes angedeihen lasse.

Meine persönliche Auffassung, welche ich zu meiner Rechtfertigung hier vorzubringen habe ist die:

Ich hielte es entschieden für besser, wenn man das ganze II. Hauptstück streichen würde, und wenn man auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht überhaupt die Rücksicht nicht nehmen würde, welche man hier auf sie nimmt. Ich habe deshalb auch ursprünglich einen Antrag darauf gehend gestellt; allein die Regierung ist darauf nicht eingegangen und der Ausschuss hat seiner Zeit mit fünf gegen vier Stimmen beschlossen, die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht ebenfalls in das Bereich des Gesetzes hereinzuziehen, und daraus ist dann dieses II. Hauptstück entstanden.

Erlauben Sie mir, dass ich die hier einander gegenüberstehenden Anschauungen, ich will mich bemühen, mit möglichster Unparteilichkeit einander entgegenstelle. Die eine Auffassung geht dahin, es sei der Personalgenossenschaft lediglich die Kapitalgenossenschaft gegenüber zu stellen. Die Personalgenossenschaft mit der solidaren Haftpflicht der Mitglieder haben Sie in dem soeben angenommenen Gesetzesentwurfe ausgeprägt. Das Gesetz bestimmt, dass die Genossenschafter solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft zu haften haben, und diese solidarische Haft ist die eigentliche Kreditbasis, das eigentliche Lebenselement, die Lebensluft dieser Genossenschaften, ohne welche sie nicht zu existieren vermöchten.

Dem gegenüber steht die Kapitalgenossenschaft oder der Kapitalverein, das ist aber der Aktienverein, und in dem Gesetze, welches heute noch Ihrer Beratung unterstellt werden wird, vervollständigen Sie die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches nach dieser Seite hin, indem Sie ein Gesetz schaffen für die Aktiengesellschaften, welche sich nicht mit Handelsgeschäften befassen. Dort ist also der Kapitalverein ausgeprägt.

Was nun hier im II. Hauptstück in wirtschaftlicher Beziehung gemacht werden soll, ist ein Mittelding; Sie haben auf der einen Seite nicht die persönliche Haftbarkeit, und haben auf der andern Seite nicht die Kapitalhaftbarkeit, das heißt, Sie haben eigentlich beim rechten Licht betrachtet gar nichts, gar keine Haftbarkeit; die Persönlichkeit steht nicht ein, weil die Solidarhaft ausgeschlossen ist, und das Kapital steht nicht ein, weil es in dieser Art Gesellschaften nicht fixiert ist, weil es immer mehr oder minder der Willkür der einzelnen Persönlichkeiten anheimfällt, weil also mit andern Worten nur ein veränderlicher Kapitalteil hier als haftend vorliegt, welcher willkürlich alteriert werden kann. Nun liegt aber, sagen die Verteidiger des Prinzips der Solidarhaft mit Recht gerade für die arbeitenden Klassen die Gefahr darin, dass, wenn ihnen Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht geboten werden, sie irre geführt werden, dass sie die bequemere Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht annehmen; es liegt die Gefahr vor, dass die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht gleichsam das Terrain einnehmen, welches eigentlich von Rechtswegen nur den Genossenschaften mit solidarischer Haftpflicht gehört; ist aber das Terrain einmal eingenommen, und geht die Sache dann nicht vorwärts, wie sie in der Tat nicht gehen kann, so verlieren die Leute dadurch überhaupt das Zutrauen zu den Genossenschaften und man kommt auf dem ganzen Gebiete nicht mehr weiter.

Es wird ferner von den Verteidigern der Solidarhaft gerade auf die moralischen Wirkungen der Solidarhaft ein besonderes Gewicht gelegt. Der Arbeiter, der kleine Mann, welcher nicht Kapitalien einzusetzen hat, sondern seinen Kredit, seinen Verdienst, wird dadurch, dass er in die Genossenschaft eintritt, gleichsam gehoben und gestärkt, er fühlt sich als Glied einer Gesellschaft und deshalb sagen die Verteidiger der Solidarhaft, ist es notwendig, dass um ihm die persönliche Verantwortlichkeit im gesellschaftlichen Leben recht zum Bewusstsein zu bringen, dass man ihm nicht Formen biete, die ihn am Ende täuschen.

Diese Wirkungen der Solidarhaft bei den Genossenschaften mit solidarischer Haftpflicht werden von ihren Verteidigern als die Hauptvorteile der Solidarhaft angesehen.

Ich habe mir vorgenommen, nicht in das Gebiet der Sozialpolitik hinüber zu schweifen, aber um richtig zu stellen, um was es sich hier handelt, um welche Unterschiede es sich handelt, ob man die Solidarhaft oder die beschränkte Haft annehme, muss ich mir doch erlauben, einen einschlägigen sehr treffenden Passus über diesen Gegenstand aus einem neuen Buche „das Genossenschaftsrecht von Otto Giehcke“ Ihnen bekannt zu geben. Ich könnte es nicht besser darstellen als es hier geschehen und ich werde mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten und mit Ihrer Erlaubnis, Ihnen den treffenden Passus hier vorlesen; es heißt in dem Buche:

„Kaum des Hinweises bedarf es, was das freie wirtschaftliche Genossenschaftswesen in den von ihm ergriffenen Kreisen leistet und zu leisten vermag. Höher noch, als der von der Gesamtheit auf die Glieder zurückführende materielle Vorteil, obwohl oft er die Basis voller menschlicher Entwicklung schafft, steht der Zuwachs, der durch die Genossenschaft dem Menschen als Menschen wird. Was hier erreicht wird, lässt sich in dem Satze zusammen fassen, dass der Arbeiter zum Bürger wirtschaftlicher Gemeinwesen erhoben wird. Die Teilnahme an einem wirtschaftlichen Organismus, der ganz von einer freiwillig vereinten Gesamtheit Gleichstrebender getragen wird, verschafft oder rettet den Gliedern nach irgend einer, wenn auch zunächst vielleicht bescheidenen Seite eine wirtschaftliche Persönlichkeit, die sich in der Produktivgenossenschaft selbst für den einfachen Arbeiter zur vollen Persönlichkeit des Unternehmens steigert. Dem Einzelnen bleibt zum Unterschiede von den sozialistischen Gemeinheiten, seine Individualität; aber die Individualität ist auch in wirtschaftlichen Dingen keine schrankenlose, allein sich selbst setzende, sondern sie gibt einen Teil ihres Wesens an das Ganze hin, als dessen Glied sie die Existenzgefahren des isolierten Atoms überwindet. Das Bewusstsein, der eigenen Kraft, aber doch dieser Kraft nur im Verein mit gleichen Kräften der Genossen die Erhebung zu danken, erzeugt jenen zugleich stolzen und hingebenden Bürgersinn, der von je als Muster öffentlicher Tugend galt. Eine Schule für das gesamte öffentliche und private Leben ist die Genossenschaft, vor allem eine Schule der Sittlichkeit. - Hierin aber liegt gleichzeitig die Bedeutung ausgesprochen, welche die Genossenschaft über die Genossen hinaus für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft haben. Dem Staate führen sie tüchtige Bürger zu; in der Wirtschaft erobern sie, gegenüber der Herrschaft des toten Vermögens, der Arbeit das Bürgerrecht, welches ihr als wirtschaftlicher Erscheinung der lebendigen Persönlichkeit gebührt; die Gesellschaft wahren sie vor Gefahren, welche ihr aus der sozialen Verkümmern der numerischen Überzahl ihrer Glieder drohen. Toren nur können wähnen, die Associationsbewegung werde je alle ökonomische Unselbstständigkeit aus der Welt bannen und alles soziale Elend tilgen. Aber die Hoffnung scheint nicht zu kühn, dass sie einen Zustand beenden oder verhüten wird, - in welchem die ökonomische Unselbstständigkeit die Regel und das soziale Elend das Los der Mehrzahl ist. Und käme es auch dazu nicht, wirkte das Genossenschaftswesen, wie man ihm oft vorwirft, nur das, dass es einzelne durch Fähigkeiten und Gunst des Glücks bevorzugte Kreise der arbeitenden Klassen zur Selbstständigkeit erhebt; das Größte und Wichtigste wäre schon damit geleistet. Denn abgewandt ist damit die gefährlichste Krankheit eines gesellschaftlichen Organismus; die Stockung seiner Säfte. Immer

waren die Völker gesund oder ihre Krankheiten heilbar, solange die Kraft lebendig blieb, welche von den unverbrauchten Elementen des Volkes die besten nach oben führt; immer aber krankte der Volkskörper in demselben Maße, in welchem der Kreislauf seines Blutes durch die Abschließung herrschender Schichten unterbunden ward. Mögen es selbst wenige sein, welche durch die Genossenschaften zunächst zur Selbstständigkeit gelangen, mag der Weg lang und sein Ziel ungewiss bleiben; schon das Bewusstsein allein, dass die Möglichkeit jener Erhebung dem auf seine Arbeit angewiesenen Manne nicht fehlt, wirkt unendlich wohlthätig auch auf das Leben derer ein, welche den Weg verfehlen oder das Ziel nicht erreichen.“

Diese Auffassung, meine Herren, geht aber und muss notwendig von den Genossenschaften mit Solidarhaft ausgehen, von den Genossenschaften, bei welchen man nicht nur einige Gulden einsetzt und dann die Sache gehen lässt, wie sie eben geht, sondern von den Genossenschaften, bei welchen man mit seiner ganzen Persönlichkeit ist, welche gleichsam eine Lebenselement für die ganze Wirtschaft des kleinen arbeitenden Mannes bilden. Man kann nun sagen, der arbeitende Mann könne nichtsdestoweniger die Genossenschaft mit Solidarhaft wählen, wenn er wolle. Das kann er wohl, ob er sie aber wählt, ist eine andere Frage; er wird es viel eher tun, wenn ihm nicht auf der anderen Seite die Genossenschaft mit beschränkter Haft geboten wird. Dieses ist eine Seite. Eine andere, welche ebenfalls für die Solidarhaft angeführt wird, ist die, dass mit der beschränkten Haftpflicht eine solide Kreditunterlage nicht möglich ist. In der Tat, meine Herren, kommt zu bemerken, dass Kreditvereine, namentlich Vorschussvereine ohne Solidarhaft und ohne dass sie Aktiengesellschaften mit ergiebigen Kapitale sind, absolut nicht zu prosperieren vermögen. Es liegt eine große Gefahr darin zu glauben, dass unsere Kreditvereine mit ihren Kapitalien von 50 fl., das in sechs Jahren eingezahlt wird, und das man am andern Tage wiederholen kann, irgend einmal etwas Erkleckliches werden leisten können. Man kann allerdings sagen, es werden die Vorschuss- und Kreditvereine, es werden die Vereine der Arbeiter selbst einsehen, dass sie ohne Solidarhaft nichts zu leisten vermögen und wir wollen hoffen, dass die Einsicht sich immer mehr verbreite. Es gibt aber allerdings auch Gesellschaften, die ohne Solidarhaft wirken. Es ist das anzuerkennen namentlich bezüglich der Konsumvereine. Unter den Konsumvereinen aber, meine Herren, bezüglich deren die beschränkte Haftpflicht als ausreichend anerkannt wird, verstehe ich die Konsumvereine nicht, wie sie in unserem Gesetze behandelt werden und wie sie in Norddeutschland vorkommen. Diese Konsumvereine mit Solidarhaftung werden gebildet von Leuten, die isoliert keinen besonderen größeren Kredit haben, welche aber in Gemeinschaft sich ihre Ware kommen lassen und welche durch die Solidarhaft überhaupt in höherem Maße erst kreditfähig werden. Natürlich kommt es bei solcherlei Konsumvereinen nicht vor, dass man dabei Geschäfte macht, um die Austern und den Champagner wohlfeiler zu bekommen; das sind die Konsumvereine, die Schulze-Delitzsch im Auge hatte, nicht. Ich kann aber nicht leugnen, dass es auch angenehm sein kann, derlei Annehmlichkeiten des Lebens wohlfeiler sich zu verschaffen; für derartige Vereine ist uns das II. Hauptstück unseres Entwurfes allerdings angenehm. Nur täusche man sich nicht. Wenn nicht die größte Sorgfalt in der Wirtschaft selbst dieser

Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht vorkommt, so werden auch sie früher oder später zu Grunde gehen; denn eine eigentliche Kreditbasis haben sie auch nicht, wenn sie die Personalhaft und die Kapitalhaft beide nicht haben.

Anlangend nun die Bestimmungen unseres II. Hauptstücks ist es notwendig, um das Publikum vor Beschwindelung nur etwas sicher zu stellen, dass man wisse, mit welcher Art von Gesellschaften man es zu tun habe. Ebendeswegen ist vorgeschlagen, dass die Gesellschaften dieses Hauptstücks nicht den Namen „Genossenschaften“, welcher eine technischer ist und bleiben soll, zu führen haben, sondern den Namen „Gesellschaften“, dass sie registrierte Gesellschaften sind nicht „eingetragene“, und dass sie den Beisatz „mit beschränkter Haftpflicht“ ebenfalls in ihrer Firma aufzuführen haben, dass sie ferner bekannt zu machen haben, welche Zuschüsse und Einlagen sie haben, wie viele Mitglieder da seien, kurz dass diese Gesellschaften so gestellt sind, dass derjenige, welcher ihnen kreditiert, bei dem betreffenden Gerichte immer über das, was auf ihr Vermögen Einfluss hat und an solchem vorhanden ist, sich wenigstens annähernd vergewissern kann. In der Richtung hoffen wir Manches zu erzielen.

Aber von der Täuschung mögen sich alle Vereine von Arbeitern und kleinen Geschäftsleuten, alle Vereine für Vorschüsse ferne halten, als ob sie mit diesem II. Hauptstücke viel oder nur Erkleckliches werden richten können. Das Kapitel ist da, damit derjenige, welcher eine leichtere Form des Zusammenwirkens haben will, auch diese leichtere Form haben könne; es wird aber eine Vermischung einer Gesellschaft mit einer Genossenschaft der andern Gattung durchaus nicht zu vermeiden sein, und ich muss wiederholt darauf aufmerksam machen, es würde verderblich sein, wenn man diese beiden Formen miteinander vermengen und die eine mit der andern verwechseln würde, sowohl von Seite der Teilnehmer als der Gläubiger.

Ich muss es natürlich nach diesen Erörterungen Ihnen überlassen, in wie weit Sie das II. Hauptstück annehmen oder verwerfen wollen.

Als Ausschussreferent habe ich zu beantragen die Pflicht, dass Sie das II. Hauptstück annehmen.

Der k. Staatsminister von Lutz: Meine Herren! Sie haben so eben gehört, welche Stellung der Herr Referent persönlich zum II. Hauptstück einnimmt. Ich halte es nicht für überflüssig, in dieser Richtung einige Bemerkungen beizufügen.

Die k. Staatsregierung hat bei den Ausschussberatungen sehr großen Wert darauf gelegt, dass das Gesetz über die Genossenschaften nicht von der Kammer angenommen werde ohne die Bestimmungen, welche im II. Hauptstück enthalten sind. Sie legt auch jetzt noch sehr großen Wert darauf, dass dieses Hauptstück zur Annahme gelange.

Meine Herren! Was ist der Grund, weshalb man daran denkt, ein Gesetz für die Genossenschaften zu geben? Das praktische Bedürfnis.

Die rechtlichen Verhältnisse der Vereine, welche man mit dem Namen „Genossenschaften“ zu bezeichnen pflegt, sind in unserer jetzigen Gesetzgebung nicht in entsprechender Weise geordnet.

Es ist ein dringendes Bedürfnis, dass unser Recht in Bezug auf diese Vereine ergänzt wird. Das praktische Bedürfnis ist aber nicht allein maßgebend für die Frage, ob die Gesetzgebung sich überhaupt mit dem Gegenstande, der heute auf der Tagesordnung steht, zu befassen habe, sondern unzweifelhaft auch für die Frage, wie weit denn die Gesetzgebung Ergänzungen bieten soll.

Wie stellt sich nun die Sache in Bayern? Der Genossenschaften mit Solidarhaft sind in Bayern verhältnismäßig wenige vorhanden. Nicht weniger, vielleicht mehr Genossenschaften haben sich herausgebildet, welche von der solidarischen Haftbarkeit abgesehen haben. Solche Vereine haben prosperiert und sich als befähigt erwiesen, den Zweck zu erreichen, den sie sich vorgesteckt haben. Um diesen Satz zu begründen, denke ich allerdings nicht daran, die von dem Herrn Referenten vorzugsweise hervorgehobenen Kreditvereine zunächst als Beispiel zu benützen.

Es gibt noch andere Genossenschaften, deren Verhältnisse den Satz, den ich mir aufzustellen erlaubt habe, zu rechtfertigen im Stande sind, und der Herr Referent hat deren selbst erwähnt. Ich darf nur auf die Konsumvereine verweisen. Was sich aber im Leben praktisch herausgebildet und als lebensfähig bewiesen, hat wohl auch ein Recht, vom Gesetzgeber Anerkennung zu erlangen. Es ist schwer einzusehen, weshalb von dem Schutze, den das Gesetz den Genossenschaften bieten soll, diese letzteren Vereine ausgeschlossen bleiben sollen, obwohl sie sich, wie gesagt, nicht minder an Zahl und nicht minder an Erfolg gestaltet haben, als die Vereine mit solidarischer Haftbarkeit. Was der Herr Referent bezüglich des Gegensatzes zwischen den Vereinen, deren Mitglieder mit ihrer Person für die Verpflichtungen der Gesellschaft einstehen, im Verhältnis zu denjenigen bemerkt hat, welche mit einem bestimmten Kapital unter Ausschluss ihrer persönlichen Haftbarkeit einstehen, ist im Grunde nicht zu widerlegen. Theoretisch betrachtet, sind diese Gegenüberstellungen und manche Bedenken, welche mit Rücksicht auf jene Gegenüberstellungen bezüglich der Vereine mit beschränkter Haftbarkeit geltend gemacht wurden, recht wohl fundiert. Wenn aber, wie dies im Entwurfe geschieht, ein Verein, welcher die solidarische Haftbarkeit ausgeschlossen hat, ein Verein, welcher nicht mit einem bestimmten Kapital und auch nicht unbedingt mit dem Vermögen jedes einzelnen Mitgliedes haften will, Jedem, mit dem er zu kontrahieren im Begriffe steht, sich so präsentiert, wie er sich gestaltet hat, wenn schon in der Bezeichnung und auch noch in einer entsprechenden Veröffentlichung der Rechtsverhältnisse des Vereins angedeutet werden muss, welche Haftbarkeit vom Vereine erwartet werden kann, so ist doch nicht einzusehen, wie daraus ein Schaden für das wirtschaftliche Leben des Volkes entstehen kann.

Es weiß jeder, der mit solchen Vereinen in Verbindung tritt, wem er kreditiert und was er an Mitteln zu seiner Deckung zu erwarten hat.

Es ist gewiss nicht unrichtig, wenn ich sage, dass das Bestreben, die Genossenschaften auf solidarische Haftbarkeit zu beschränken, auch eine moralische Beeinflussung des Arbeiterstandes zum Zwecke hat. Man will ihn nötigen, seine wirtschaftlichen Vereinigungen nur auf dem Wege der Bildung von Genossenschaften mit solidarischer Haftbarkeit zu begründen. Einen solchen Zwang zu üben, scheint mir jedoch die Gesetzgebung

kaum berechtigt zu sein. Gegenüber solchen Gebilden, welche, wie ich bereits bemerkt habe, im praktischen Leben sich herausgebildet und sich als lebensfähig erwiesen haben, würde ein solcher Zwang ein wahres Unrecht darstellen. Ich glaube aber auch nicht zu irren, wenn ich annehme, dass die Auffassung der Staatsregierung auch auf dem Boden, auf welchem die ersten gesetzlichen Normen über Genossenschaften mit solidarischer Haftbarkeit entstanden sind, nicht mit so ganz ungünstigen Augen betrachtet wird.

Wenn ich recht unterrichtet bin, trägt man sich auch anderwärts mit der Absicht, gesetzliche Bestimmungen über Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit zu statuieren.

Mir scheint also die Regierung mit gutem Grund für die Aufrechterhaltung des II. Hauptstücks sich aussprechen zu können und ich ersuche Sie daher, dieser Auffassung ihre Zustimmung nicht zu versagen.

I.Präsident: Wir gehen zur speziellen Diskussion über und zwar zunächst zu Art.70, (Art. 1 des laufenden Hauptstücks); das Wort hat der Herr Referent.

Dr. Völk (Referent): Ich möchte mir nur eine aufklärende Bemerkung erlauben. Was die äußere Tätigkeit in Beziehung auf Einführung von Gesellschaften mit der beschränkten Haftpflicht anlangt, so gibt es in England solche Gesellschaften; man hat sie in Sachsen eingeführt, allein auf einer Basis, auf welcher sie wirtschaftlich nicht mehr wirken können, wonach also die eigentlichen Kommerzialgesellschaften genötigt sind, die solidarische Haftbarkeit anzunehmen. Es liegt auch ein österreichischer Entwurf vor, welcher die Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht behandelt. Wie in Österreich die Sache werden wird, kann zur Zeit nicht gesagt werden; dass aber die Einführung der Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht eine sehr lebhafte Opposition in Österreich in der Presse hervorgerufen hat, davon können Sie sich überzeugen, wenn Sie die gestrige oder vorgestrige Nummer der „Neuen freien Presse“ ansehen. Wie die Sache sich dort entwickeln wird, weiß ich nicht; ich kann nur das sagen, es besteht Streit, es lässt sich für die eine und die andere Auffassung allerlei anführen. Wenn nun – und das bemerke ich gegenüber dem Herrn Staatsminister – Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht zur Zeit prosperieren und jetzt schon blühen, so brauchen diese das vorliegende Gesetz gar nicht; dann können sie auch ohne das Gesetz prosperieren und blühen, wenn sie sich auf den Boden des jetzt schon geltenden Rechts stellen, das verbietet ihnen niemand, sie bleiben einfach, was sie sind, und sollen wir dann für sie das Gesetz alterieren?

I. Präsident: Wenn niemand mehr diskutiert über Art. 70, so stimmen wir darüber ab. Ich ersuche die Herren, welche den Art. 70 annehmen wollen, sich zu erheben.

(Die Mehrzahl erhebt sich.)

Er ist angenommen

Wir gehen zu Art. 71-80 über; zu Art. 81 liegt eine Modifikation vor. Ich setze Art. 71-80 zur Diskussion aus. Wenn niemand diskutiert, bitte ich die Herren, welche diese Artikel annehmen wollen, sich zu erheben.

(Die Mehrzahl erhebt sich.)

Zu Art. 81 liegt ein Modifikationsantrag des Herrn Abg. Crämer vor, dahin gehend, den Art.81 im Eingang zu fassen, wie folgt:

„Die Unterlassung der im Art. 78 und 79 vorgeschriebenen Anzeigen, sowie die Verletzung der Ziff. 2 Art. 71 ist vorbehaltlich u.s.w.“

Ich gebe dem Herrn Antragssteller das Wort zur Begründung seines Antrags.

Crämer: Ich habe mich bisher zu diesem ganzen Hauptstück ablehnend verhalten. Nun sind aber die meisten Artikel desselben durch Beschluss der hohen Kammer festgestellt, und ich wünsche daher nur, dass Sie diese kleine Modifikation, die ich vorschlage, annehmen, um dadurch zu erreichen, dass Genossenschaften mit solidarischer Haftpflicht in ihrem Kredite nicht geschädigt werden durch das Nebenanstehen dieser zweiten Kategorie.

Im Inland wird allerdings jeder Geschäftsmann leichter erfahren können, ob er eine Gesellschaft mit solidarischer oder eine mit beschränkter Haftpflicht vor sich hat, aber dem ausländischen Geschäftsmann ist es nicht möglich, erst lange Recherchen darüber anzustellen und er wird also lieber gar kein Geschäft mit solchen Gesellschaften machen. Um also diese Schädigung des Kredits, die dadurch den Genossenschaften mit solidarischer Haft erwachsen könnte, zu beseitigen, schlage ich vor, ausdrücklich vorzuschreiben und eine Strafe darauf zu setzen, dass die in Art.70 Ziff. 2 gegebene Vorschrift eingehalten werde. Ich bitte Sie diesen Antrag anzunehmen.

I. Präsident: Der Herr Antragssteller hat wohl einen Irrtum beim Schreiben begangen, es wird heißen müssen, Art.71 Abs.2, nicht Ziff. 2.

Crämer: Ja es muss Abs.2 heißen. Ich bitte das zu berichtigen.

I.Präsident: Ich habe zuerst die Unterstützungsfrage zu stellen, und ersuche diejenigen Herren, die den Antrag des Herrn Crämer unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Eine genügende Anzahl erhebt sich.)

Der Antrag ist unterstützt.

Dr. Völk (Referent): Ich halte die Modifikation für zutreffend. Es ist in der Tat nach dem, was von Seite des Herrn Staatsministers der Justiz bemerkt worden ist, notwendig, dass man die Verletzung der Vorschrift dieses Abs.2, nämlich dass die Vorstandschaft der Firma nicht beisetzt: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“ unter Strafe stellt; denn sonst ist eine Verwechslung dieser Gesellschaften mit jenen des ersten Hauptstückes sehr leicht möglich.

Nachdem nun einmal diese Genossenschaften ins Leben treten sollen, so wollen wir sie auch, mit der Signatur ihrer Kreditbasis versehen, in die Welt laufen lassen und es dann ihnen überlassen, wie weit sie damit kommen.

Der k. Staatsminister v. Lutz: An und für sich habe ich nichts dagegen zu erinnern, wenn man Alles aufbietet, dass der Abs.2 des Art. 71 wirklich zum Vollzuge gelangt. Mir scheint aber, dass dies bereits hinreichend durch den Art. 72 geschehen ist. Dieser Artikel erklärt die Art.4 bis 8 des ersten Abschnittes für anwendbar auf Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht. hiernach gelangt also eine Gesellschaft welche gegen die Be-

stimmung des Abs. 2 Art. 71 verstoßen würde, nicht zu dem Eintrag durch das Handelsgericht, es ist ihr also von vorneherein gar nicht möglich zur Existenz zu gelangen.

Dr. Völk (Referent): Die Gesellschaft wird gewiss in einem solchen Fall nicht in das Register des Handelsgerichts eingetragen, allein ich habe einen anderen Fall im Auge, nämlich den: der Vorstand schließt ein Geschäft für die Gesellschaft ab, zeichnet die Firma und lässt den Ausdruck: „mit beschränkter Haftpflicht“ weg; hier soll nun der Vorstand einer Strafe verfallen. Auch der Fall könnte vorkommen; der Vorstand schreibt dies oder jenes für die Gesellschaft aus, erlässt irgend eine Bekanntmachung, bedient sich dabei allerdings der Firma, lässt aber dabei den Zusatz: „ mit beschränkter Haftpflicht“ weg. In solchen Fällen soll Strafe eintreten.

Der k. Staatsminister v. Lutz: Wenn Sie das erreichen wollen, so wird die Modifikation kaum so lauten können, wie sie formuliert ist; denn nach derselben würde nicht der Vorstand bestraft, der eine andere Firma zeichnet, als in das Handelsregister eingetragen ist, sondern der, der sich vorneherein eine unrichtige Firma wählt. Es heißt im Abs. 2 des Art. 71 „die Firma muss von dem Gegenstande der Unternehmung entlehnt sein und die zusätzliche Bezeichnung registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht enthalten“

Das wird niemand anders verstehen, als dass es sich auf die ursprüngliche Wahl der Firma beziehe, nicht aber auf die Zeichnung des Vorstandes bei Rechtsgeschäften, die nach der Eintragung der Firma abgeschlossen werden.

Der Fall, den der Herr Referent im Auge hat, ist ein anderer, es ist nämlich der, dass der Vorstand eine andere Firma zeichnet, als die eingetragene.

Dr. Marq. Barth: Ich bringe eine Untermodifikation in Vorschlag, indem ich beantrage, zu Art.81, wie er steht, als Abs.2 beizufügen: „das Gleiche gilt, wenn er bei Zeichnung der Firma die Worte: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“ weggelassen hat.“

Ich werden den Antrag sogleich schriftlich dem Herrn Präsidenten übergeben.

I.Präsident: Sie haben die Untermodifikation des Herrn Dr. Marq. Barth gehört; ich bitte diejenigen Herrn, die dieselbe unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Eine genügende Anzahl erhebt sich.)

Sie ist hinreichend unterstützt.

Dr. Völk (Referent): Ich bin mit dieser Untermodifikation einverstanden, sie trifft die Intention, welche der Herr Abg. Crämer mit seiner Modifikation verbunden hat, noch deutlicher, als dies nach der früheren Fassung der Fall war.

I.Präsident: Ich weiß nicht, ob der Herr Referent etwas zu Art. 82 zu bemerken hat, wir könnten dann einstweilen auf diesen übergehen.

Dr. Völk (Referent): Ich habe hier zu bemerken, dass aus Versehen der 2. Abs. dieses Artikels weggelassen worden ist. Der Ausschuss hat beschlossen, als Art. 82 den Art. 49 des Entwurfes einzusetzen, dieser hat aber folgenden zweiten Absatz:

„An den Rechten derjenigen Genossenschaften, welche die juristische Persönlichkeit bereits früher erworben haben, wird durch dasselbe nichts geändert.“

Dieser Abs.2 muss also hier noch beigelegt werden.

I. Präsident: Dagegen wird wohl nichts zu erinnern sein. Ich muss aber zuerst den Art. 81 feststellen lassen. Hier soll Art.81, wie er hier steht, als erster Absatz stehen bleiben und dazu ein zweiter Absatz hinzu kommen lautend:

„Gleiches gilt, wenn er bei Zeichnung der Firma die Worte: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“ weggelassen hat.

Ich bringe also zuerst den Abs.1, wie er hier im Entwurfe steht, zur Abstimmung und bitte diejenigen Herren, die ihn annehmen wollen, sich zu erheben.

(Die Mehrzahl erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Nun bringe ich den zweiten Absatz, wie er vom Herrn Marq. Barth vorgeschlagen ist, zur Abstimmung.

Wer diesem Absatze zustimmen will, wolle sich erheben.

(Die Mehrzahl erhebt sich.)

Der Barthsche Antrag ist angenommen.

Art.82 mit dem Zusatze, den der Ausschuss dem Entwurfe angefügt hat; nämlich dem Schluss von Art. 49 des Regierungsentwurfes.

Wer den Artikel in dieser Fassung annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Die Kammer erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Ich nehme an, dass gegen die Überschrift des zweiten Hauptstück eine Erinnerung nicht besteht.

Wir haben noch Eingang und Überschrift des Gesetzes festzustellen.

Die Überschrift lautet:

„Die privatrechtliche Stellung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betr.“

Den Eingang haben Sie auf S. 340 vor sich.

Wer Überschrift und Eingang annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Die Kammer erhebt sich.)

Sie sind angenommen.

Wir haben nun den Gesetzesentwurf definitiv festzustellen und ich bitte die Herren, die dem Entwurf, wie er sich gestaltet hat, beitreten wollen, beim Namensaufrufe mit „Ja,“ die Übrigen mit „Nein“ zu antworten.

(Folgt namentliche Abstimmung.)

Mit „Ja“ stimmten die Herren...Mit „Nein“ stimmte niemand.

I. Präsident: Der vorliegende Gesetzesentwurf ist von allen anwesenden Votanten angenommen, das Stimmenverhältnis wird nachträglich festgestellt werden.

Wir gehen zum nächsten vom Ausschuss vorgeschlagenen Gesetzesentwurf über, zur Beratung des Entwurfs, welcher die privatrechtliche Stellung von Vereinen zum Gegenstande hat.

Das Wort hat Herr Referent.

Dr. Völk (Referent): Ich habe nur ein paar juristische Bemerkungen einleitend hier vorzubringen. Man kann die Frage aufwerfen, warum in diesem Gesetze der Ausdruck: „juristische Person“ nicht gebraucht worden ist. Es ist das sowohl in diesem Gesetze als in dem vorigen absichtlich deshalb vermieden worden, weil die Rechtsgelehrten bezüglich des Ausdrucks „juristische Person“ sehr in Streit und Hader liegen, weil wir eine legale Definition von „juristischer Person“ in unseren Gesetzen nicht haben und weil ich geglaubt habe, dass man auf den Ausdruck: „juristische Person“, welcher in der Wissenschaft gleichsam in Fluss ist, ein Gesetz nicht bauen soll. Wir haben vorgezogen, sowohl beim vorigen Gesetze als auch bei diesem nicht zu sagen, dass wir damit juristische Personen im technischen Sinne schaffen, sondern wir wollen ihnen nur bestimmte Rechte geben, bestimmte Pflichten auflegen. Ob die Doktrin hierin eine juristische Person zu erkennen vermöge oder nicht, dass wollen wir den Gelehrten überlassen.

Wir haben nicht gesagt, dass wir eine juristische Person machen wollen; wenn wir sie aber dennoch nach der Anschauung der *doctores utriusque juris* gemacht hätten, so würde das materiell nichts ändern.

Das zur Erklärung, warum der Ausdruck: juristische Person, der im Regierungsentwurf sowohl für diese als für die wirtschaftlichen Genossenschaften gebraucht wurde, hier nicht wiederholt worden ist. Der Ausdruck juristische Person kommt im vorigen Gesetze nur in den Schlussworten vor; dort bezieht er sich aber nicht auf die Genossenschaften, welche nach dem vorigen Gesetze erst entstehen sollen, sondern nur auf diejenigen Genossenschaften und gesellschaftlichen Vereine, welche die Eigenschaft der juristischen Person bereits jetzt besitzen, das was sie bereits jetzt besitzen, soll ihnen vorbehalten bleiben.

Man wird also auch aus diesem letzten Satze nicht in diesem oder dem andern Gesetz schließen, dass wir im technischen Sinn juristische Personen haben schaffen wollen.

Das vorliegende Gesetz soll im Übrigen einem Bedürfnisse abhelfen, namentlich in Bezug auf die Legitimation der verschiedenen Vereine und insoferne, glaube ich, kann es immerhin von einigen Vorteilen sein, wenn ich denselben auch nicht überschätze.

II. Präsident Frhr. v. Pfetten (welcher den Vorsitz übernommen hatte): Es scheint, dass niemand in der allgemeinen Diskussion das Wort ergreifen will; ich schließe daher dieselbe und wir können sofort zur speziellen Diskussion übergehen. Überschrift und Eingang wird vorbehalten.

Ich eröffne zunächst die Diskussion über Art. 1. Eine Modifikation liegt nicht vor.

Dr. Völk (Referent): Ich habe nur zu bemerken, dass rechtlich bestehende oder rechtliche zulässige Vereinigungen vorausgesetzt sind. Eine Vereinigung, welche nach bestehendem Gesetz nicht rechtlich besteht, oder welche nicht rechtlich zulässig ist, sei es auf Grund des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts oder was immer für anderweitiger Bestimmungen, kann die Rechte einer anerkannten Genossenschaft niemals erwerben. Es sollte in dieser Beziehung an dem bestehenden Rechte nichts geändert werden.

II. Präsident: Es ergreift niemand weiter das Wort. Wir stimmen über Art. 1 ab.

Wer denselben annehmen will, möge sich erheben.

(Die Kammer erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Wir können auch hier die Diskussion abschnittsweise vornehmen, um so mehr, da Modifikationen nicht vorliegen.

Ich eröffne die Diskussion über den I. Abschnitt, welcher handelt von der Errichtung der Vereine, Art. 2-7 incl.

Dr. Völk (Referent): Ich möchte mir zu Art. 6 die Erlaubnis erbitten, eine kleine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Es heißt in Art. 6: „Ebenso hat keine Abänderung der Statuten rechtliche Wirkung.“ Ich möchte dafür vorschlagen zu sagen: „Ebenso hat eine Abänderung der Statuten keine rechtliche Wirkung.“

II. Präsident: Wenn diese redaktionelle Änderung von einer Seite eine Beanstandung findet, und auch sonst nicht diskutiert wird, so stimmen wir über Abschnitt I ab.

Der denselben in der Fassung des vorliegenden Entwurfs mit der redaktionellen Änderung, welche Herr Referent zu Art. 6 beantragt hat, annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Die Kammer erhebt sich.)

Der Abschnitt ist angenommen.

Wir gehen weiter zu Abschnitt II, welcher die Art. 8-11 incl. umfasst.

Wenn niemand an der Diskussion sich beteiligen will, stimmen wir darüber ab, und ich bitte die Herren, die ihn annehmen wollen, sich zu erheben.

(Die Kammer erhebt sich.)

Abschnitt II ist angenommen

Abschnitt III umfasst die Art. 12-25 incl. Ich eröffne darüber die Diskussion.

Wenn sich niemand daran beteiligt, können wir abstimmen, und ich bitte die Herren, welche ihn annehmen wollen, sich zu erheben.

(Die Kammer erhebt sich.)

Der Abschnitt III ist angenommen

Abschnitt IV handelt von der Auflösung des Vereins, der Gant über das Vereinsvermögen und Ausscheiden einzelner Mitglieder, und umfasst die Art. 26-33 incl.

Die Diskussion ist eröffnet.

Es beteiligt sich niemand; ich kann daher die Herren, die dem Abschnitt IV zustimmen wollen, bitten, sich zu erheben.

(Die Kammer erhebt sich.)

Abschnitt IV ist angenommen.

Der V Abschnitt enthält die Schlussbestimmungen in Art. 34 – 38 incl.

Es scheint auch hier niemand diskutieren zu wollen; ich bitte daher die Herren, sich zu erheben, welche ihn annehmen wolle.

(Die Kammer erhebt sich.)

Er ist angenommen.

Gegen Eingang und Überschrift des Gesetzes und der einzelnen Abschnitte ist von keiner Seite Anstand erhoben worden; ich nehme daher an, dass demselben zugestimmt ist. Wir stimmen nun über das ganze Gesetz namentlich ab; ich ersuche die Herren, welche dem Gesetz zustimmen wollen, mit „Ja“, die Übrigen mit „Nein“ zu antworten.

(Folgt namentlich Abstimmung.)...

II, Präsident: Das Gesetz ist mit allen gegen 14 Stimmen angenommen worden. Ich ersuche den Herrn Referenten die gefassten Beschlüsse und das an die Kammer der Reichsräte zu erlassene Schreiben zu verlesen.

Dr. Völk (verliest): „Die Kammer der Abgeordneten übergibt der Kammer der Reichsräte:

1) den Entwurf eines Gesetzes:

„die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften betr.“

wie derselbe von der k. Staatsregierung am 24. Januar 1868 der Kammer der Abgeordneten vorgelegt worden,

2) den Entwurf eines Gesetzes:

„die privatrechtliche Stellung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betr.“
und

3) den Entwurf eines Gesetzes:

„die privatrechtliche Stellung von Vereinen betr.“

welch beide letztgenannten Entwürfe mit Zustimmung der k. Staatsregierung an Stelle des unter Ziff. 1 obengenannten Regierungsentwurfes der Beratung in öffentlicher Sitzung der Kammer der Abgeordneten über diesen Gegenstand zu Grunde gelegt worden sind.

Die Kammer der Abgeordneten glaubt, dass die beiden unter Ziff. 2 und 3 genannten Entwürfe unter den beigegeführten Modifikationen anzunehmen seien und zwar:

A.

Der Gesetzentwurf, die privatrechtliche Stellung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betr. Mit nachstehenden Abänderungen:

1. Dem Art. 81 sei ein Abs.2 folgenden Inhaltes beizufügen: „Gleiches gilt, wenn bei der Zeichnung der Firma der Worte: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“ weggelassen wird.“

2. Dem Art 82 sei ein Abs.2 folgenden Inhaltes beizufügen: „An den Rechten derjenigen Genossenschaften, welche die juristische Persönlichkeit bereits früher erworben haben, wird durch dasselbe nichts geändert.“

B.

Der Gesetzentwurf:

„die privatrechtliche Stellung von Vereinen betr.“ mit der einzigen Modifikation, dass in Art. 6 der zweite Satz zu lauten habe:

„ebenso hat eine Abänderung der Statuten keine rechtliche Wirkung, bevor nicht die Einreichung der betreffenden Abschrift vom Gerichte nach Art. 5 bescheinigt ist.“

Die Kammer der Abgeordneten sieht gefälliger Rückäußerung entgegen und besteht in ausgezeichneter Hochachtung.“

(Folgen die Unterschriften.)

II. Präsident: Wenn auf eine nochmalige Verlesung verzichtet wird, kann das Schreiben sofort an die Kammer der Reichsräte abgehen.

k. 1869 April 6 Kammer der Reichsräte: Bericht des Berichterstatters Reichsrat Hau-benschmied für den 1. Ausschuss der Kammer der Reichsräte über den Entwurf eines Gesetzes: „die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften und beziehungsweise der Vereine betreffend.“

(VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte Beilagen, Bd. 6, S. 532 ff.)

Am 24. Jänner 1868 ist von der k. Staatsregierung der Kammer der Abgeordneten ein Gesetzentwurf: „die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften betr.“ vorgelegt worden, welcher sich über alle Vereinigungen zu wirtschaftlichen, Wohltätigkeits-, Bildungs-, religiösen, geselligen und sonst erlaubten Zwecken erstreckte.

Der Entwurf war zwar im Allgemeinen auf die Grundlagen gebaut, welche in dem für die k. Preußischen Staaten am 27. März 1867 erlassenen Gesetze über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zur Geltung gebracht worden waren.

Jedoch wurden wesentliche Abweichungen für den bayerischen Entwurf dadurch veranlasst, dass dieser ein weit größeres Gebiet von Vereinigungen zu umfassen bestimmt war, als das preußische Gesetz, welches eben nur auf wirtschaftliche Verbindungen Bezug hat.

Eben diese erweiterte Tendenz des bayerischen Entwurfes war es aber zunächst, welche der Kritik begegnete. Schon in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 22. Februar 1868 erschien ein Aufsatz, in welchem unter eingehender Begründung die Zusammen-

fassung der eigentlichen Wirtschaftsgenossenschaften mit den gerade in privatrechtlicher Beziehung wesentlich davon verschiedenen Vereinen anderer Art in einen einzigen gemeinsamen Gesetzgebungsakt als unzweckmäßig und eine Ausscheidung nach dem Vorbild des preußischen Gesetzes als wünschenswert bezeichnet wurde.

Dieselbe Anschauung wurde in einer zu Zweibrücken im Jahre 1868 gedruckten Denkschrift des Pfälzischen Genossenschaftsverbandes mit dem Titel: „Die bayerischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihr Verhältnis zum Entwurf eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes“ ausgeführt.

Mittlerweile hatte auf dem Reichstage des Norddeutschen Bundes der Abgeordnete Schulze-Delitzsch, durch den schon die Erlassung des preußischen Gesetzes veranlasst worden war, am 16. April 1868 den Antrag eingebracht, das für Preußen geltende Gesetz für das gesamte Gebiet des Norddeutschen Bundes einzuführen und hatte zu diesem Zwecke eine zuerst nur in wenigen Punkten veränderte Redaktion des gedachten Gesetzes als Entwurf vorgelegt, dem erst nachträglich eine Ergänzung beigelegt worden ist.

Diese Vorlagen sind dann auch vom Reichstage mit ganz geringfügigen Änderungen angenommen und unterm 4. Juli 1868 als Gesetz des norddeutschen Bundes verkündet worden.

Bei dieser Sachlage fand sich der Referent im I. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (Herr Dr. Völk) veranlasst, die im bayerischen Entwurf behandelten Materien zu sondern, über die eigentlichen Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften einen selbstständigen, durchgängig dem norddeutschen Bundesgesetze folgenden Gesetzesentwurf herzustellen, dagegen die privatrechtlichen Verhältnisse aller anderen erlaubten Vereine in einem zweiten Gesetzesentwurf getrennt zu behandeln.

Mit ausdrücklicher Zustimmung des k. Staatsministers der Justiz wurden der Beratung des I. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten diese beiden gesonderten Entwürfe zum Grunde gelegt, bildeten auch in der Kammer selbst den Gegenstand der Verhandlung, wurden am 11. März 1869 mit wenigen Änderungen angenommen und der Kammer der Reichsräte mitgeteilt.

Es ist hiernach selbstverständlich, dass auch die Beratung dieser hohen Kammer die beiden getrennten Gesetzesentwürfe zum Gegenstande hat.

Der Erörterung darüber ist im Allgemeinen die Bemerkung voraus zu schicken, dass die vorgenommene Ausscheidung und getrennte Behandlung sich auch als zweckmäßig darstellt.

Das deutsche Genossenschaftswesen hat zuerst in den nördlichen Gebieten seine Entwicklung und Ausbreitung gefunden und das hieraus entsprungene Bedürfnis hat die Quelle der einschlägigen Gesetze für die k. Preussischen und für die norddeutschen Bundesstaaten gebildet.

Diese Gesetze befassen sich nur mit den eigentlichen Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, das heißt, mit solchen Vereinigungen von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche auf irgend eine Art von Vermögensgewinn für die Teilnehmer berechnet sind,

wie z.B. die Kredit-, Rohstoffbeschaffungs-, Produktions-, Konsum- Wohnungsvereine und dgl.

Bei dem Fortschreiten des Genossenschaftswesen von Nord nach Süd hat sich auch hier das Bedürfnis der Herstellung einer gesetzlichen Grundlage für solche Vereinigungen geltend gemacht.

Es ist nun zwar richtig, dass unter allen Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl in mancher Beziehung eine gewisse Ähnlichkeit besteht.

Gleichwohl ist der große und wesentliche Unterschied der Verbindungen zu Wirtschaftszwecken von allen übrigen nicht zu verkennen.

Die Wirtschaftsgesellschaften – ihrer Natur zufolge in Handel und Wandel allenthalben eingreifend, - umfassen nicht nur die Privatrechtssphäre ihrer Mitglieder viel allgemeiner und fester als alle andern Vereinigungen, sondern stehen auch mit den privatrechtlichen Verhältnissen anderer, außer dem Vereine stehender Personen in weit vielfacherer, lebhafterer und engerer Verbindung.

Die Wirtschaftsvereinigungen reihen sich demnach vermöge ihrer Natur den Handelsgesellschaften an und die gesetzlichen Bestimmungen darüber erscheinen als eine Ergänzung des Handelsgesetzbuches.

Durch gesonderte Behandlung der innerlich verschiedenen Arten von Gesellschaften muss die Gesetzgebung darüber, obgleich sie zur Spaltung in zwei Gesetze und damit zu größerer Weitwendigkeit genötigt wird – an Schärfe und Bestimmtheit entschieden gewinnen.

Überdies hat sich durch die Gesetzgebung der norddeutschen Gebiete eine bestimmte, bisher die einzige in Deutschland allgemein anerkannte Terminologie gebildet, nach welcher die Bezeichnung: „Genossenschaften“ ausschließlich von Vereinigungen zu wirtschaftlichen Zwecken (und auch von diesen nur bei solidarischer Haftung ihrer Mitglieder) gebraucht wird.

Bei der großen Ausbreitung, welche dem Verkehre solcher Vereinigungen in Aussicht steht, ist es im hohen Grade wünschenswert, über die möglichst weiten Gebiete für die gleichen Begriffe auch die gleichen Bezeichnungen festzuhalten.

Das Genossenschaftswesen ist eine Einrichtung, welche durch Vereinigung zerstreuter Kräfte insbesondere für den Geschäftsbetrieb der minderbemittelten Bevölkerung nach der Natur der Sache und nach bisher gemachten Erfahrungen segensreich wirkt und deren soziale Bedeutung für die Zukunft zur Zeit noch gar nicht vollständig ermessen werden kann.

Um der Ausbreitung desselben den Boden zu ebnen, erscheint es als das Zweckmäßige, die auf den Entstehungs- und Ausbreitungsgebiete des Genossenschaftswesen begründete Gesetzgebung, welche sich so viel bekannt, dort bisher bewährt und zu keinem Missständen Veranlassung gegeben hat, so weit als möglich unverändert nach Bayern zu übertragen.

Die Verschiedenheit der in Bayern geltenden Zivilgesetze von den norddeutschen, sowie unter sich selbst kann ein gegründetes Hindernis nicht darbieten.

Das Genossenschaftswesen ist überhaupt eine Schöpfung der jüngsten Zeit und fügt sich jeder Gesetzgebung als eine neue, fremde Materie an.

Auch in den Staaten des norddeutschen Bundes musste das bezügliche Gesetz mit verschiedenen Zivilgesetzen verbunden werden und es ist nicht bekannt geworden, dass sich hieraus besondere Schwierigkeiten ergeben haben.

Ebenso wird sich in Bayern das neue Gesetz an die bestehenden Zivilgesetze ohne Nachteil anknüpfen lassen.

Indem übrigens noch im Allgemeinen auf den erschöpfenden Vortrag des Herrn Referenten der Kammer der Abgeordneten Bezug genommen wird, schreitet der unterfertigte Berichterstatter zur gesonderten Erörterung der beiden Gesetzesentwürfe.

I. Gesetz die privatrechtliche Stellung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betreffend.

Allgemeine Bemerkungen

Der Entwurf besteht aus 2 Hauptstücken

Das erste Hauptstück Art. 1 bis 69 reproduziert die entsprechenden Paragraphen des norddeutschen Bundesgesetzes, welchem dieser Teil des Entwurfes in der Anordnung der Materien und Reihenfolge der entsprechenden Bestimmungen mit Einhaltung der Zahlenbezeichnung der einzelnen Artikel folgt und deren Inhalt überall, wo nicht durch besondere Gründe Änderungen veranlasst waren, wörtlich wiederholt.

Dagegen stellt sich die Anreihung des zweiten Hauptstückes „von den Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht“ als eine Abweichung vom norddeutschen Bundesgesetze dar.

Dieses fasst nämlich den Begriff: „Genossenschaft“ absolut und ausnahmslos als wirtschaftliche Vereinigung mit solidarischer Haftung der Mitglieder auf und sieht von Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht gänzlich ab.

Der Ausschuss der Kammer der Abgeordneten und diese selbst erachteten es aber für sachdienlich, auch für Gesellschaften der letzteren Art durch Anfügung des zweiten Hauptstückes eine gesetzliche Norm zu schaffen.

Dabei ist indessen die Übereinstimmung mit dem norddeutschen Bundesgesetze in so ferne gewahrt, als auch in dem bayerischen Gesetze die Bezeichnung „Genossenschaften“ nur für wirtschaftliche Vereinigungen mit solidarischer Haftung der Teilnehmer gebraucht, dagegen für andere wirtschaftliche Verbindungen sowohl in der Überschrift als in den einzelnen Bestimmungen des zweiten Hauptstückes der Ausdruck „Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht“ angewendet werden soll.

Spezielle Erörterung.

§ 1.

Die Überschrift des Gesetzes trifft bei dem Inhalte, welchen dasselbe nach den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten erhalten soll, nicht genau zu.

Es soll nämlich Bestimmungen über die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften im Allgemeinen erteilen, unterscheidet aber dabei wieder zwischen den Verbindungen mit solidarischer Haftpflicht, die allein als Genossenschaften bezeichnet werden, und zwischen Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, so dass sich die Genossenschaften zu den sämtlichen, im Gesetze behandelten Vereinigungen wie die Art zur Gattung verhalten.

Wenn daher das zweite Hauptstück des Gesetzes beibehalten werden soll, wird es sich empfehlen, für die im letzteren vorgesehenen Verbindungen statt der Bezeichnung einer Spezies den Gattungsnamen zu setzen.

Demnach wird als Überschrift des Gesetzes in Vorschlag gebracht:

„Gesetz die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betreffend“.

§ 2.

Der Eingang des Gesetzes unterliegt keinem Anstande.

§ 3.

Die Überschrift des ersten Hauptstückes wird nach der Überschrift des ganzen Gesetzes in der Art zu ändern sein, dass damit die Behandlung der reinen Spezies im Gegensatz sowohl zur Gattung als zur anderen, im zweiten Hauptstücke vorgesehenen Art bezeichnet wird.

Es wird daher beantragt, die Überschrift zu fassen:

Von den Gesellschaften mit solidarischer Haftpflicht (Genossenschaften)

Das I. Hauptstück teilt sich in VI. Abschnitte, gegen deren Überschriften nichts zu erinnern ist.

§4

Im ersten Absatze des Art. 1 dürfte das in Klammern stehende Wort: „Genossenschaften“ wegzulassen sein.

Die vorausgehende Begriffsbestimmung passt nämlich auf alle Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, mithin auch auf die im zweiten Hauptstücke behandelten, welche nicht unter den Begriff der Genossenschaften fallen.

Der Schlusssatz des Artikels spricht erst aus, dass diese Gesellschaften unter den weiter im Gesetze gestellten Bedingungen die Eigenschaft „eingetragener Genossenschaften“ annehmen.

§5

In Art. 2 des ursprünglichen Regierungsentwurfes wurde die notarielle Beurkundung der Satzungen gefordert, während der Art. 2 Abs.1 Ziff.1, wie er hier vorliegt, in Übereinstimmung mit dem norddeutschen Gesetze nur die schriftliche Abfassung des Gesellschaftsvertrages anordnet.

Es wird die Zustimmung zum Beschlusse der Kammer der Abgeordneten beantragt, weil es angezeigt ist, das Entstehen solcher Genossenschaften möglichst zu erleichtern und innere Gründe für die Notwendigkeit der Errichtung einer Notariatsurkunde hier nicht vorliegen.

§ 6.

Zu den Art. 3 bis 15, welche mit den entsprechenden Paragraphen des norddeutschen Gesetzes theils wörtlich, theils mit unbedeutenden Abweichungen übereinstimmen, ist nichts zu erinnern und es wird die Beistimmung zu denselben beantragt.

§ 7.

Auch der Art. 16 stimmt mit § 16. des norddeutschen und auch § 15. des preußischen Gesetzes wörtlich überein.

Im ersten Absatze, in welchem sich der Ausdruck „Exekution“ kurz nacheinander wiederholt, dürfte er das zweite Mal mit dem Worte: „Einweisung“ zu ersetzen sein, zumal es mit dem hierländischen Sprachgebrauche nicht vollkommen übereinstimmt, von Exekution in ein Guthaben zu reden.

§ 8.

Die Art. 17 bis 27 reproduzieren größtentheils wörtlich die Bestimmung der entsprechenden Paragraphen des norddeutschen Gesetzes.

Die wenigen Zusätze und Abweichungen, wovon die letzteren meistens nur redaktioneller Natur sind, erscheinen jedenfalls als begründet.

Es wird daher die unveränderte Annahme beantragt.

§ 9.

Die Artikel 28 und 29 stimmen mit den Paragraphen 28 und 29 des norddeutschen Gesetzes bis auf eine kleine Redaktionsverschiedenheit am Schlusse des letzteren Artikels buchstäblich überein.

Doch scheint das Material in diesen beiden Artikeln nicht ganz logisch geordnet und die Bestimmung der zweiten Stelle nicht ganz erschöpfend zu sein.

Während nämlich der Art 28 von den Befugnissen des Aufsichtsrates (Verwaltungsrates) handelt, hat der folgende Artikel die Prozesse der Genossenschaft gegen die Mitglieder sowohl des Vorstandes als des Aufsichtsrates zum Gegenstande.

Die in Art. 29 vorgetragene Befugnis des Aufsichtsrates, die Genossenschaft bei Abschließung ihrer mit dem Vorstande einzugehenden Verträge zu vertreten, dürfte daher

passender zu dem Art. 28 gezogen werden, wo dann auch sogleich die Anordnung wegen der Legitimationsführung beizufügen sein wird.

In Art. 29 dagegen wird eine Anordnung für den in Art. 19 Abs.2 des ursprünglichen bayerischen Regierungsentwurfs vorgesehenen Fall vermißt, dass ein Prozess gegen Vorstandsmitglieder in einer Genossenschaft veranlasst ist, welche keinen Verwaltungsausschuss eingesetzt hat.

Es wird demnach beantragt, die Art 28 und 29 folgendermassen zu fassen:

Art. 28.

Abs. 1, 2, 3 und 4 unverändert nach dem Beschluss der Kammer der Abgeordneten.

Abs. 5:

„Er ist ermächtigt, die Genossenschaft bei Abschließung der von ihr mit ihrem Vorstände einzugehenden Verträge zu vertreten.“

Abs. 6:

„Wegen der Form der Legitimationsführung hat der Gesellschaftsvertrag das Erforderliche zu bestimmen.“

Art. 29.

„Zur Führung der in der Generalversammlung beschlossenen Prozesse gegen Vorstandsmitglieder ist, - wenn ein Aufsichtsrat bestellt ist – dieser ermächtigt.

In Ermangelung eines Aufsichtsrates wird in solchen Prozessen die Genossenschaft durch ihre in der Generalversammlung zu wählenden Bevollmächtigten vertreten.

Letzteres gilt auch in Prozessen der Genossenschaft gegen Mitglieder des Aufsichtsrates.

Jeder Genossenschafter ist befugt, in den im gegenwärtigen Artikel bezeichneten Prozessen auf seine Kosten als Intervenient aufzutreten.“

Es wird dann als selbstverständlich zu erachten sein, dass der Abs. 6 des Art. 28 auch auf die Prozesslegitimation des Verwaltungsausschusses zu beziehen ist.

§ 10.

Art.30 ist identisch mit dem §. 30 des norddeutschen Gesetzes und es ist nichts dagegen zu erinnern.

Dagegen bietet der Art. 31 in seinem letzteren Absatz nach dem Vorgange des Art. 21 Abs. 3 des ursprünglichen Regierungsentwurfes eine wesentliche Abweichung von der entsprechenden Anordnung des norddeutschen Gesetzes dar.

Während nämlich nach diesem Gesetze zwar ein motivierter Antrag des zehnten Teiles der sämtlichen Genossenschafter zur Veranlassung einer Generalversammlung genügt, ist doch diese Regel nur für den Fall aufgestellt, als der Gesellschaftsvertrag nicht eine geringere oder sogar auch eine größere Verhältniszahl aufstellt.

Dagegen gestattet der bayerische Entwurf, indem er gleichfalls die Notwendigkeit der Generalversammlung auf Antrag des zehnten Teiles der Genossenschafter als Regel vor-

schreibt, eine Ausnahme davon nur nach der einen Seite, indem er zulässt, dass durch den Gesellschaftsvertrag auch schon einem kleineren Teile der Genossenschafter das Recht gewährt werde, eine Generalversammlung durch ihren Antrag herbei zu führen, so, dass es hiernach den Beteiligten gesetzlich untersagt oder unmöglich gemacht wäre, vertrags- und statutenmäßig erst einer größeren Zahl als dem zehnten Teil der Genossenschafter die Befugnis der Erzwingung einer Generalversammlung einzuräumen.

Nach der Ansicht des Referenten liegen keine genügenden Gründe vor, von der Disposition des norddeutschen Gesetzes abzuweichen und der freien Vertragsbestimmung der Beteiligten eine polizeiliche Schranke zum ungesuchten Schutze vor möglicher Benachteiligung Einzelner entgegen zu setzen.

Das öffentlich Wohl nimmt eine Vorsorge in der fraglichen Richtung nicht in Anspruch. Hievon abgesehen wird aber das Genossenschaftswesen dann am besten gedeihen, wenn der freien Vereinigung der Beteiligungslustigen der uneingeschränkste Spielraum gestattet wird.

Anhaltspunkte dafür, dass in Norddeutschland die dort den Genossenschaften in dieser Richtung gestattete freiere Bewegung Missstände hervorgerufen hätte, liegen nicht vor.

Demnach wird beantragt, den letzten Satz des Absatzes 3 in Art. 31 in folgender Art zu fassen:

„Ist in dem Gesellschaftsvertrag das Recht, die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, einem größeren oder geringeren Teile der Genossenschafter beigelegt, so hat es hierbei sein Bewenden.“

In dem von der Kammer der Abgeordneten mitgeteilten Exemplare des Entwurfes heisst es am Eingange des Absatzes 1 des Artikels 31:

„Die Generalversammlung der Genossenschaften.“

Wie sich aus dem Sinne der Stelle und aus der Vergleichung mit dem norddeutschen Gesetze ergibt, liegt hier ohne Zweifel ein Druckfehler vor, indem es heißen muss:

„Die Generalversammlung der Genossenschafter etc.“

Es wird genügen, dies hier zu bemerken.

§ 11.

In Beziehung auf die Art. 32, 33 und 34 ist nicht zu erinnern und wird die unveränderte Annahme nach dem Beschluss der Kammer der Abgeordneten empfohlen.

Der Art. 35 nähert sich, abweichend von der betreffenden Stelle des norddeutschen Gesetzes, - dem Art. 29 des ursprünglichen bayerischen Gesetzesentwurfes, ohne jedoch auch diesem vollständig zu folgen.

Gesetzeswidrige Handlungen oder Unterlassungen, wie sie der ursprüngliche Regierungsentwurf als Schließungsgrund aufführt, fallen ohnehin unter die allgemeinen Strafgesetze.

Im Übrigen bedarf der Inhalt des Artikels keiner weiteren Begründung und es wird dessen unveränderte Annahme nach dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten beantragt.

Der gleiche Antrag wird gestellt bezüglich der Art. 36 und 37, deren Abweichung von den entsprechenden Paragraphen des norddeutschen Gesetzes sich theils durch die angenommene Fassung des vorausgehenden Art. 35, theils durch die bayerischen Gerichtseinrichtungen von selbst rechtfertigt.

§ 12.

Der von der Kammer der Abgeordneten beschlossene Absatz 1 des Art. 38 beugt einer Kontroverse vor, welche sich über Abs. 1 des §. 37 des preußischen und des § 38 des norddeutschen Gesetzes ergeben hat.

Es kann nämlich nach der von der Kammer der Abgeordneten angenommenen Fassung des Abs.1 nicht zweifelhaft sein, dass auch bei Genossenschaften, welche auf eine bestimmte Zeitdauer geschlossen sind, den Genossenschaftlern der Austritt unter den weiter im Artikel angeführten Bedingungen freisteht, sofern sie sich nicht vertragsmäßig auf eine gewisse Zeit zur Teilnahme verpflichtet haben.

Im letzten Absatz ist der Artikel der bayerischen Strafgesetzgebung angepasst.

Derselbe wird zur unveränderten Annahme empfohlen.

§. 13.

Über Art. 39 bis 49 ist nichts zu bemerken, als dass in Art. 42 Abs. offenbar durch einen Druckfehler der Art. 26 statt des Art. 46 des Handelsgesetzbuches angeführt ist, was zu verbessern sein wird.

§. 14.

Im Abs. 1 des Art. 50 hat die Kammer der Abgeordneten statt des in § 50 des norddeutschen Gesetzes vorkommenden, allerdings wahrscheinlich auf einem Versehen beruhenden Ausdruckes: „gültigen Übereinkunft“ reproduziert.

In Wahrheit ist sowohl das eine als das andere Beiwort überflüssig.

Was nicht freiwillig, dass heißt gütlich vereinbart wird, ist aber überhaupt keine Übereinkunft.

Es wird daher beantragt, das Beiwort gänzlich zu streichen und im Übrigen den Artikel ohne weitere Veränderung anzunehmen.

Auch ist im zweiten Satze des ersten Absatzes ein Druckfehler zu berichtigen, indem es statt: „die Genossenschaftler“ heißen muss: „der Genossenschaftler.“

§ 15.

Gegen die von der Kammer der Abgeordneten beschlossene Fassung des Art. 51 ist nichts zu erinnern.

Die prinzipiellen Abweichungen von den Art. 30 und 39 des ursprünglichen Regierungsentwurfes sind dadurch gerechtfertigt, dass einesteils bei Unzulänglichkeit des Gesellschaftsvermögens die sämtlichen Genossenschafter mit ihrem Privatvermögen solidarisch haften, andernteils aber diese persönliche Gesamtverbindlichkeit doch nur eine eventuelle ist, welche erst in Anspruch genommen werden kann, wenn das gemeinsame Vermögen der Genossenschaft zur Erfüllung der Verbindlichkeiten derselben nicht hinreicht.

§. 16.

Die Art. 52 bis 62, welche den entsprechenden Paragraphen des norddeutschen Gesetzes folgen und im preußischen Gesetze nicht enthalten sind, stellen ein System von Bestimmungen auf, durch welche bei Überschuldung der Genossenschaft die Gesamtverbindlichkeit der Genossenschafter den Gläubigern gegenüber zur Vermeidung von möglicherweise in das Unendliche sich vervielfältigenden Einzelprozessen in einem gemeinsamen Verfahren zur Geltung gebracht werden soll.

Wie überaus nützlich diese Anordnungen sowohl für die Gläubigerschaft, als für die einzelnen Gesellschafter sind, ist einleuchtend und es wird in dieser Beziehung auf das Allegat im Vortrage des Herrn Referenten der Kammer der Abgeordneten (insbes. S 332) verwiesen.

Demzufolge wird die unveränderte Annahme dieser Artikel empfohlen und nur eines Druckfehlers im Art. 53 erwähnt, indem es dort Zeile 2 statt: „Genossenschaften“ vielmehr „Genossenschafter“ heissen muss, was zu berichtigen sein wird.

§ 17.

Art. 63, welcher von der Verjährung der Klagen gegen Genossenschafter nach Auflösung der Genossenschaft oder nach ihrem Austritte aus der Genossenschaft handelt, wird zur unveränderten Annahme empfohlen.

Der Zusatz am Schluss des Abs. 2, welcher im Texte des norddeutschen Gesetzes nur aus einem Versehen weggeblieben zu sein scheint, dient jedenfalls zu größerer Deutlichkeit.

§ 18.

Gegen die Art. 64 bis 69 ist nichts zu erinnern und es wird beantragt, der Fassung derselben beizustimmen. Nur ist zu bemerken, dass in Art. 69 offenbar aus Versehen die Allegation des Art.6 (gemäß Art.46 des ursprünglichen Regierungsentwurfes) stehen geblieben ist, während die Bestimmung, auf welche hingewiesen werden soll, im Gesetzentwurf, wie er gegenwärtig zur Beratung vorliegt, in Art. 25 enthalten ist, weshalb in Art. 69 statt des angezogenen Art. 6 der Art. 25 zu substituieren ist.

§ 19.

Ehe zur Betrachtung der Bestimmungen des zweiten Hauptstückes übergegangen wird, ist es veranlasst, in Erwägung zu ziehen, ob das Gesetz überhaupt auf Wirtschafts-

und Erwerbsgesellschaften mit beschränkter Haftpflicht gegen den Vorgang der preußischen und norddeutschen Gesetze ausgedehnt werden soll.

Die Beziehung der eben gedachten Gesetze auf solche Gesellschaften ist ohne Zweifel darum unterblieben, weil die eigentlichen auf der Samtverbindlichkeit aller Teilnehmer beruhenden Genossenschaften als die bei weitem wichtigere Art wirtschaftlicher Vereinigungen erscheinen und durch Ausdehnung der gesetzlichen Bestimmungen auf Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, welche gewissermaßen ein Mittelglied zwischen Personal- und Kapitalgesellschaften bilden und die Sicherheit weder der einen noch der andern Art von Vereinigungen vollständig darbieten, Irrungen und Verwechslungen im Publikum sich ergeben, Beschädigungen einzelner Gläubiger veranlasst werden und die eigentlichen Genossenschaften in ihrem Kredite und ihrer Prosperität leiden könnten.

Dagegen wird jedoch zu erwägen sein, dass dem freien Willen der Beteiligten, die solidarische Haft bei ihrer Vereinigung zu einem wirtschaftlichen Zwecke auszuschließen, auch in Norddeutschland kein gesetzliches Verbot entgegengestellt, sondern nur die Erteilung besonderer gesetzlicher Bestimmungen darüber nicht für notwendig erachtet worden ist.

Damit ist aber die Entstehung solcher Gesellschaften nicht gehindert.

Es wird auch das Entsprechende sein, dem freien Willen der Einigungslustigen uneingeschränkt Raum zu gestatten.

Wenn dabei auch für die Verbindungen mit beschränkter Haftpflicht gesetzliche Normen aufgestellt werden, kann darunter das öffentliche Wohl auf keinen Fall leiden.

Zur Sicherung des Publikums vor schädlichen Irrungen wird es nur veranlasst sein, für die Vereinigungen mit samtverbindlichen Mitgliedern die Bezeichnung: „Genossenschaften“ absolut ausschließend festzuhalten und Sorge zu treffen, dass andere Verbindungen überall sich als Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht deutlich und zweifellos kundgeben müssen. Demnach wird die Anfügung des zweiten Hauptstückes begutachtet und gegen die Überschrift desselben nichts erinnert.

§ 20.

Der Art.70 bestimmt einerseits die Merkmale, wodurch diese Vereinigungen sich von den Genossenschaften unterscheiden, andererseits die Bedingungen, unter welchen sie die besonderen Rechte „registrierter Gesellschaften“ erwerben.

Unter diese Bedingungen gehört insbesondere eine bestimmte Kapitaleinlage, was zu einiger Sicherheit des mit der Gesellschaft in Verkehr tretenden Publikums angezeigt ist.

Damit ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass sich ähnliche Gesellschaften auch ohne Kapitaleinlage bilden können.

Sie erlangen aber dann nicht die Rechte registrierter Gesellschaften und sind nicht nach diesem Gesetze, sondern nach den allgemeinen Bestimmungen der jeden Ortes geltenden bürgerlichen Gesetzes zu beurteilen.

Es wird die unveränderte Annahme des Artikels empfohlen.

Nur wird der in Zeile 3 von unten nach dem Worte: „erworben“ durch einen Druckfehler eingesetzte Beistrich zu beseitigen sein.

§ 21.

Der Art. 71 reproduziert hieher die Bestimmungen des Abs. 1 Ziff. 1 und 2, dann Abs. 2 des Art. 2 des Gesetzes letzteren Absatz mit entsprechender Änderung.

Die zweite Hälfte des Art. 2, nämlich Abs. 3 und 4 wird dagegen in Art. 72 unter denjenigen Bestimmungen des ersten Hauptstückes vorgetragen, welche auch auf das zweite Hauptstück Anwendung finden sollen.

Es dürfte angezeigt sein, in Art. 71 auch den Text der zwei letzten Absätze des Art. 2 zu wiederholen, zumal auch bei diesen für ihre Stellung im zweiten Hauptstücke einige Redaktionsänderungen veranlasst sind.

Demnach wird beantragt: die beiden von der Kammer der Abgeordneten beschlossenen Absätze des Art. 71 unverändert anzunehmen, dagegen noch 2 Absätze beizufügen, nämlich

Abs. 3:

„Der Name von Mitgliedern (Gesellschaftern) oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. Jede neue Firma muss sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden Firmen eingetragener Genossenschaften oder registrierter Gesellschaften deutlich unterscheiden.

Abs. 4:

Zum Beitritte der einzelnen Gesellschafter genügt die schriftliche Erklärung.“

§ 22.

Der Art. 72 führt jene Artikel des Hauptstückes an, welche auch auf Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht Anwendung finden sollen.

Eine buchstäbliche Herüberziehung dieser Artikel in das zweite Hauptstück ist schon darum nicht zulässig, weil fast in allen von den Genossenschaften, Genossenschaftsvermögen und Genossenschaftern gesprochen wird, der Vermengung der Bezeichnungen „Genossenschaften“ und „Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht“ aber durchaus vorgebeugt werden soll.

Um dies auszudrücken, wird es sich empfehlen, für die hieher zu beziehenden Artikel des ersten Hauptstückes lediglich die analoge Anwendung anzuordnen.

Was die herüber zu ziehenden Bestimmungen selbst anbelangt, so wird zunächst in Folge des Antrages zu Art. 71 (§. 21) die Allegation des Art. 2 Abs. 3 und 4 zu streichen sein.

Durch die Anführung der Art. 10 bis 38 würde ferner auch dem Art. 12 auf die im zweiten Hauptstücke behandelten Gesellschaften Anwendung gegeben.⁵

⁵ Verh. K.R., 1868/69, Beil. Bd. 6, S. 551.

Dieser Artikel erteilt aber gerade Vorschriften über die Samtverbindlichkeit der Genossenschaft, steht mit der beschränkten Haftpflicht im unvereinbaren Gegensatz und scheint nur aus Übersehen von der Reihenfolge der hier angezogenen Artikel nicht ausgenommen worden zu sein.

Unter den aus dem ersten Hauptstücke hieher bezogenen Stellen befindet sich auch der Art. 66.

Dieser verweist aber selbst wieder auf die Vorschriften anderer, vorausgehender Artikel, darunter auf die Art. 52 bis 59 und auf Art. 61, welche auf Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht nicht angewendet werden können und auch nach der Reihenfolge der in Art. 71 allegirten Stellen nicht angewendet werden soll.

Es wird daher auch die Herüberziehung des Art. 66 in der entsprechenden Weise zu beschränken sein.

Im zweiten Absatze des Art. 71 wird endlich auch die Geltung der Art. 9 und 47 lit. c ausgesprochen, dabei aber auf die im folgenden Art. 75 verordnete Einschränkung hingewiesen.

Es dürfte sich als empfehlenswert darstellen, die Regel und ihre Einschränkung in unmittelbarer Verbindung vorzutragen.

Demnach wird für den Art. 72 folgende Fassung vorgeschlagen:

„Die Bestimmungen der Artikel 3 Ziff. 1-11, Artikel 4 bis 8, Artikel 10, 11, Artikel 13-38, Artikel 39 Abs. 2 und 3, Artikel 40 bis 46, Artikel 48 bis 50, Artikel 51 Abs. 1 bis 4, Artikel 67 bis 69 des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht analoge Anwendung.“

„Gleiches gilt von der Bestimmung des Artikels 66 mit Ausnahme der dort im ersten Absatze vorkommenden Hinweisung auf die Vorschriften der Artikel 52 bis 59 und Artikel 61.

Ebenso findet hier die analoge Anwendung der Artikel 9 und 47 lit. c statt, jedoch mit der Beschränkung, dass eine Verteilung des Gewinnes und Verlustes nach Köpfen – soweit nicht der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt – ausgeschlossen ist.“

§ 23.

Gegen die Fassung der Art. 73 und 74 ist nichts zu erinnern und es wird die unveränderte Annahme empfohlen.

Art. 75 fällt nach der in § 22. beantragten Fassung des Art. 72 weg, wodurch sich die Ziffern der folgenden Artikel entsprechend ändern.

Gegen die Art. 76 und 77 (nun 75 und 76) besteht kein Bedenken und es wird die unveränderte Annahme beantragt.

Die erhöhten Vorsichtsmaßregeln, welche in Art. 78 (nun 77) angeordnet sind, rechtfertigen sich durch die erhöhte Gefahr vor Beschädigung, welcher das Publikum im Verkehre mit solchen Gesellschaften ausgesetzt ist.

Auch hier wird unveränderte Annahme begutachtet.

Gleiches gilt von den Art. 79 und 80 (nun 78 u. 79).

§ 24.

Der von der Kammer der Abgeordneten zu Art. 81 (nun 80) beschlossene Zusatz rechtfertigt sich nach dem oben in § 19 Vorgetragenen.

Auch gegen den zu Art. 82 (nun 81) beschlossenen mit Art. 49 des ursprünglichen Regierungsentwurfes übereinstimmenden Vorbehalt erworbener Rechte der von früherer Zeit her bestehenden Gesellschaften ist nichts zu erinnern.

Zu beiden Artikeln wird unbedingte Zustimmung beantragt.

Demnach ergibt sich folgender:

Gesamtantrag:

Die Annahme des Gesetzes wird in folgender Fassung empfohlen:

„Gesetz die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betreffend.“

Eingang unverändert.

„Erstes Hauptstück.

„Von den Gesellschaften mit solidarischer Haftpflicht. („Genossenschaften“)

Art.1 :

„Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Kredits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken, namentlich:

1) etc. etc.“

Im Übrigen unverändert.

Art. 2 bis 15 unverändert.

Art. 16.

„Hat ein Privatgläubiger eines Genossenschafters nach fruchtlos vollstreckter Exekution in dessen Privatvermögen die Exekution in das demselben bei der seinerzeitigen Auseinandersetzung zukommende Guthaben erwirkt ec.ec.“

Im Übrigen unverändert.

Art. 17 bis 27 unverändert.

Art. 28

Abs. 1, 2, 3 unverändert; dann weiter:

„Er ist ermächtigt, die Genossenschaft bei Abschließung der von ihr mit ihrem Vorstände einzugehenden Verträge zu vertreten.

Wegen der Form der Legitimationsführung hat der Gesellschaftsvertrag das Erforderliche zu bestimmen.“

Art. 29.

„Zur Führung der in der Generalversammlung beschlossenen Prozesse gegen Vorstandsmitglieder ist, - wenn ein Aufsichtsrat bestellt ist, - dieser ermächtigt.

In Ermangelung eines Aufsichtsrates wird in solchen Prozessen die Genossenschaft durch ihre in der Generalversammlung zu wählenden Bevollmächtigten vertreten.

Letzteres gilt auch in Prozessen der Genossenschaft gegen Mitglieder des Aufsichtsrates.

Jeder Genossenschafter ist befugt, in den im gegenwärtigen Artikel bezeichneten Prozessen auf seine Kosten als Intervenient aufzutreten.“

Art. 30 unverändert.

Art. 31

Abs.1 vorbehaltlich der Berichtigung des Druckfehlers in Zeile 1 und Abs.2 unverändert. Ebenso die erste Hälfte des Abs.3 bis zum Worte „anträgt.“ Dann weiter: „Ist in dem Gesellschaftsvertrage das Recht, die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, einem größeren oder geringeren Teile der Genossenschafter beigelegt, so hat es hierbei sein Bewenden.“

Art. 32 bis 41 unverändert.

Art. 42

ebenso. Jedoch ist hier in Abs. 1 für den irrtümlich allegierten Art. 26 der Art. 46 einzuführen, so, dass das Allegat heisst:

„nach Art. 25 und 46 des Handelsgesetzbuches ec.“

Art. 43 bis 49 unverändert.

Art.50

Abs.1: „Nach Beendigung der Liquidation werden die Bücher und Schriften der aufgelösten Genossenschaft einem der gewesenen Genossenschafter oder einem Dritten in Verwahrung gegeben. Der Genossenschafter oder der Dritte wird in Ermangelung einer Übereinkunft durch das Handelsgericht bestimmt.“

Abs. 2 unverändert.

Art. 51, 52 unverändert.

Art. 53

Hier ist in Abs. 1 Zeile 2 der Druckfehler zu berichtigen, demnach statt: „Genossenschaften“ vielmehr „Genossenschafter“ zu setzen.

Sonst unverändert.

Art. 54 bis 68 unverändert.

Art. 69

In Zeile 3 des ersten Absatzes ist statt Art. 6 berichtigend Art. 25 zu setzen. Sonst unverändert.

Art. 70 unverändert.

Art. 71.

„Zur Gründung einer solchen Gesellschaft bedarf es

- 1) der schriftlichen Abfassung des Gesellschaftsvertrages (Statuts),
- 2) der Annahme einer gemeinschaftlichen Firma.

Die Firma muss von dem Gegenstande der Unternehmung entlehnt sein und die zusätzliche Bezeichnung: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ enthalten.

Der Name von Mitgliedern (Gesellschaftern) oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. Jede neue Firma muss sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden Firmen eingetragener Genossenschaften oder registrierter Gesellschaften deutlich unterscheiden.

Zum Beitritte der einzelnen Gesellschafter genügt die schriftliche Erklärung.“

Art. 72

„Die Bestimmungen der Artikel 3 Ziff.1-11, Artikel 4 bis 8, Artikel 10,11, Artikel 13-38, Artikel 39 Abs.2 und 3, Artikel 40 bis 46, Artikel 48 bis 50, Artikel 51 Abs. 1 bis 4, Artikel 67 bis 69 des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung analoge Anwendung.

Gleiches gilt von der Bestimmung des Artikels 66 mit Ausnahme der dort im ersten Absatze vorkommenden Hinweisung auf die Vorschriften der Artikel 52 bis 59 und Artikel 61.

Ebenso findet hier die analoge Anwendung der Artikel 9 und 47 lit. c statt, jedoch mit der Beschränkung, dass eine Verteilung des Gewinnes und Verlustes nach Köpfen – soweit nicht der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt – ausgeschlossen ist.“

Art. 73 und 74 unverändert.

Art. 75 fällt weg.

Art. 76 bis 82 nun 75 bis 81.

Unverändert nach den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten.

I. 1869 April 15: Plenarsitzung der Kammer der Reichsräte; Beratung des Genossenschaftsgesetzes

(VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte 1868/69, Beil. Bd. 6, S. 557; Sitzungsprotokoll Bd. 7, S. 450)

Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Hohe Herren! Indem ich die Ehre habe, im Namen Ihres ersten Ausschusses über die Gesetzentwürfe, die Wirtschafts- und Erwerbsgesellschaften, die Vereine und Aktiengesellschaften mit anderen als Handelszwecken, Bericht zu erstatten, lege ich dem hohen Hause einen Gegenstand zur Beurteilung vor, welcher zwar zur Zeit in unserm Vaterland noch an den Quellen seiner Entwicklung

steht, dereinst aber von einem noch nicht zu beurteilenden Umfange und einer noch nicht zu überschauenden Bedeutung werden kann, indem er eine der einschneidendsten, wichtigsten Fragen unserer Zeit berührt, nämlich die soziale Frage.

In dem Maße, als die Menschen durch das Wachsen der Bevölkerung näher aneinander gerückt und durch die Steigerung und Verbesserung der Verkehrsmittel mehr untereinander gemengt werden, in dem Maße tritt die Sorge für das Dasein mächtiger und unwiderstehlicher hervor, und es steigert sich naturgemäß das Streben nach Sicherstellung der Bedingungen einer erträglichen Existenz. Durch Zusammenfassung der Kräfte Vierter zu ermöglichen, was in dieser Beziehung der Kraft des Einzelnen immer unerreichbar bliebe, ist der Grundgedanke der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. Diese Vereine haben zuerst in Deutschland in den nördlichen Gebieten Eingang, Ausbildung und Ausbreitung gefunden. Es ist das hohe Verdienst des preußischen Abgeordneten Schulze-Delitzsch, nicht nur die Gesetzgebung in den preußischen Ländern über diesen Gegenstand hervorgerufen, sondern auch die Übertragung derselben auf das gesamte Gebiet des norddeutschen Bundes mit einiger Erweiterung des Stoffes vermittelt zu haben.

Diese nützlichen und zukunftsreichen Verbindungen auch in unserem Vaterland einzubürgern und ihre Ausbreitung zu befördern durch Ordnung ihrer privatrechtlichen Verhältnisse, ist der Zweck und Gegenstand der gegenwärtig vorliegenden Gesetze, insbesondere des Gesetzesentwurfes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften.

Es ist naturgemäß, dass man hierbei der Gesetzgebung jener Länder folgt, in welchen diese Art von Verbindungen bereits Wurzel geschlagen und ihre Ausbildung erlangt hat, der preußischen und norddeutschen Gesetzgebung. Diese beschränkt sich auf das Gebiet jener Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, bei denen eine solidarische Haftung der Mitglieder vorgeschrieben ist, und gebraucht für diese Art Gesellschaften allein und ausschließlich den Ausdruck: Genossenschaften, so dass dieser bereits eine technisch bestimmte, eingeschränkte Bedeutung erlangt hat.

Der bayerische Entwurf erstreckte sich ursprünglich auf alle Verbindungen ohne Rücksicht Zweckes, sofern sie auf einer nicht geschlossenen Zahl der Mitglieder beruhen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde aber zur Ausscheidung des Stoffes geschritten und die Regelung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften in einem besonderen Gesetzesentwurf vorgesehen, dagegen die Ordnung der Rechtsverhältnisse der übrigen Vereine einem zweiten Gesetzesentwurf überantwortet.

Der Gesetzesentwurf über die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften teilt sich in zwei Hauptabschnitte

von denen der erste die Rechtsverhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften mit solidarischer Haftpflicht der Mitglieder bestimmt, der zweite die Rechtsverhältnisse ordnet für die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, bei denen nur das Gesellschaftsvermögen für die Schulden der Gesellschaft haftet.

Der Ausschuss hat es dabei für notwendig erachtet, die Bezeichnung dieser zweiten Art von Gesellschaften von der ersten sorgfältig zu trennen, indem diejenigen Personen, welche mit solchen Gesellschaften in Geschäftsverkehr treten, durch irrtümliche Vor-

aussetzung einer solidarischen Haft leicht in Schaden kommen können, dadurch aber möglicherweise der Kredit und die Prosperität der eigentlichen Genossenschaften leiden könnte, der Genossenschaften, welche jedenfalls die wichtigste und zukunftsreichste Art dieser Verbindungen sind.

Im Allgemeinen erlaube ich mir dem Hohen Hause noch zu bemerken, dass in den sämtlichen soeben zur Sprache zu bringenden Gesetzesentwürfen der Ausdruck „juristische Person“ oder „juristische Persönlichkeit“ durchaus vermieden ist.

Die Gesetzesentwürfe folgen in dieser Hinsicht dem Handelsgesetzbuch. Es ist indes diesen sämtlichen Gesellschaften der Inbegriff jener Rechte eingeräumt, welche sonst unter „juristischer Persönlichkeit“ begriffen zu werden pflegen. Es ist ihnen nämlich die Befugnis gegeben, im allgemeinen Verkehr mit dinglichen und persönlichen Rechten als Rechtssubjekte zu erscheinen und aufzutreten, so dass zwar der Name vermieden, die Sache aber vollkommen in den Entwurf aufgenommen ist.

Hiermit glaube ich, das, was ich im Allgemeinen über die Entwürfe zu sagen habe, schließen zu dürfen.

Der erste Herr Präsident: Ich eröffne die allgemeine Diskussion.

Wenn niemand von den Hohen Herren das Wort wünscht, so schließe ich dieselbe, und wir gehen zur speziellen Beratung der einzelnen Artikel über.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Das erste zur Beratung kommende Gesetz ist das Gesetz über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. So lautet die Überschrift des Entwurfes, wie sie aus den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten hervorgegangen ist.

Ihrem Ausschuss schien dieser Titel nach dem Inhalte, der im Entwurf gegeben ist, nicht mehr genau zuzutreffen. Auch in dem hier vorliegenden bayerischen Entwurf ist der Ausdruck und die Bezeichnung: „Genossenschaft“ in einem bestimmten eingegrenzten Sinne gebraucht, nämlich für solche Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, welche eine solidarische Haftung ihrer Mitglieder voraussetzen.

Der Entwurf enthält aber auch Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse anderer Erwerbsgesellschaften, nämlich solcher, bei denen eine beschränkte Haftpflicht der Mitglieder stattfindet. Es wird deshalb zweckmäßig sein, statt eines Ausdruckes, der nur die Spezies solcher Verbindungen bezeichnet, die Gattungsbezeichnung zu setzen, das Gesetz also zu betiteln: „Gesetz, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betreffend.“ Diese Bezeichnung wird vom Ausschuss vorgeschlagen.

Der erste Herr Präsident: Sind die Hohen Herren hiermit einverstanden, so darf ich annehmen, dass der Überschrift des Gesetzes in dieser Fassung die Zustimmung erteilt werden wolle.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Gegen den Eingang des Gesetzes hat der Ausschuss nichts zu erinnern.

Der erste Herr Präsident: Haben die Hohen Herren Nichts zu bemerken, so gilt der Eingang für genehmigt.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Die Überschrift des I.Hauptstückes lautet:

„Von den Genossenschaften mit solidarischer Haftpflicht.“

In Übereinstimmung mit dem Titel des ganzen Gesetzes wird diese Überschrift des I.Hauptstückes abzuändern sein, anstatt: „von den Genossenschaften“ „von den Gesellschaften mit solidarischer Haftpflicht (Genossenschaften)“, weil die Genossenschaften hier nur als eine Spezies der Gesellschaften aufgefasst werden, und als Kriterium gerade die solidarische Haftpflicht hervorgehoben wird.

Der erste Herr Präsident: Hat die hohe Kammer hiergegen Nichts zu erinnern, so gilt für zugestimmt.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Abschnitt I handelt von der Errichtung der Genossenschaften.

Hier hat der Ausschuss in Übereinstimmung mit den Überschriften des ganzen Gesetzes und des I.Hauptstückes lediglich im ersten Absatz des I. Artikels den Abstrich des eingeklammerten Wortes „Genossenschaften“ in Vorschlag zu bringen, so dass im Übrigen Artikel 1 vollkommen unverändert bleibt mit Ausnahme dieses Abstriches in der vierten Zeile.

(Anm.: Art. 2-51 blieb unbeanstandet, lediglich Druckfehler wurden geändert)

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Ich komme nun zu Artikel 52- 62 und erlaube mir über diese Artikel einige Bemerkungen dem Hohen Hause vorzutragen.

Diese Artikel fehlen im preußischen Gesetze, sind aber in die norddeutsche Gesetzgebung aufgenommen, und aus dieser in den bayerischen Entwurf nahezu wörtlich übergegangen. Diese Artikel enthalten ein ebenso sinnreiches, als nützliches System zur Geltendmachung der solidarischen Haftpflicht

Bei dieser Einrichtung der Genossenschaften, nach welcher Einer für Alle und Alle für Einen haften, kann nämlich aus der Geltendmachung dieser Haftpflicht eine ganz unabsehbare Reihe von Prozessen sich ergeben.

Ich erlaube mir in dieser Beziehung nur ein Beispiel anzuführen.

Im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Genossenschaft tritt ein Gläubiger derselben auf und macht seine Ansprüche gegen denjenigen Genossenschafter, der er für den zahlungsfähigsten hält, geltend. Er treibt von diesem seine Forderung ein. Dieser einzelne Genossenschafter ist nun genötigt, seinen Regreß gegen die sämtlichen übrigen Mitglieder in eben so vielen Prozessen geltend zu machen, als Mitglieder in der Genossenschaft sind. Im Falle er nun von einem Einzelnen dieser Genossenschafter mit dem betreffenden Anteile nicht befriedigt wird, muss er diesen Betrag wieder in so viele Teile zerschlagen, als die Zahl der übrigen Genossenschafter beträgt, und den betreffenden Anteil mit jedem Einzelnen der übrigen Genossenschafter ausstreiten.

Wollen sich die Hohen Herren statt des einen Gläubigers aber eine größere Anzahl vorstellen, so wird leicht zu ermessen sein, dass aus der Geltendmachung der solidarischen Haftpflicht ein wahres Wirrsal von Prozessen entsteht.

Um nun diese Unzuträglichkeit abzuschneiden, ist in Artikel 52 – 62 ein gemeinsames Verfahren angeordnet, wodurch das Organ der Genossenschaft selbst, entweder der Vorstand oder bei eingetretener Liquidation die Liquidationsorgane, den Betrag, welcher zur völligen Deckung der Schulden notwendig ist, feststellen, den auf jeden einzelnen Genossenschafter zur Deckung entfallenden Teil auszuschlagen, von dem Genossenschafter die Beträge beitreiben, und damit die sämtliche Schuld befriedigen, wobei jedem einzelnen Genossenschafter, der bei der Repartition in seinem Rechte beeinträchtigt zu sein glaubt, die Betretung des Rechtsweges vorbehalten bleibt. Dieses überaus nützliche System ist eigentlich erst der wahre Schlussstein der Ordnung der Rechtsverhältnisse der Genossenschaften. Ihr Ausschuss empfiehlt zu diesen Artikeln unveränderte Zustimmung.

(Anm. Art. 53 bis 70 blieb unbeanstandet)

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: In dem gesamten Hauptstück I kommen, wie die Hohen Herren bereits entnommen haben, Bestimmungen für die Zahlungsfähigkeit der Genossenschafter, für die Gantmäßigkeit derselben vor. Es ist in den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten ausdrücklich erwähnt worden, dass selbstverständlich zur Zeit diese Bestimmungen, welche auf die Gant der Genossenschaften Bezug haben, in der Pfalz keine Anwendung finden können, weil dort ein Gantverfahren, wie es diesseits des Rheins besteht, nicht existiert. Es versteht sich von selbst, dass demnach alle diese einschlägigen Bestimmungen auch zur Zeit für die Pfalz keine Anwendung finden können, jedoch nur so lange, bis das neue Prozeßbuch, welches bereits von beiden Kammern angenommen worden ist, auch in der Pfalz Einführung findet, indem dieser allgemeinen Prozessordnung das Gantverfahren aufgenommen ist, also auch in der Pfalz in Wirksamkeit tritt, und von dieser Zeit an auch die hier aufgenommenen Bestimmungen für die Gant in der Pfalz ihre Wirksamkeit äußern müssen.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Bei der Erörterung über Artikel 71 muss ich zugleich auch schon einigermaßen auf Artikel 72 übergehen. Artikel 71 reproduziert nämlich hier die Bestimmungen des Artikels 2 aus dem I. Hauptstücke mit der entsprechenden Änderung, wie diese nach dem veränderten Bestimmungen dieser zweiten Art von Gesellschaften notwendig war. Doch ist in Artikel 71 nur die Hälfte des Artikels 2 aufgenommen. Der Artikel 72 nun reproduziert, und zwar nicht wörtlich, sondern nur nach Anführung der Artikel-Zahl jene Bestimmungen aus dem I. Hauptstücke, welche auch auf Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht anwendbar sein sollen, und bestimmt am Anfange, dass hier auch Artikel 2 Absatz 3 und 4 eingereiht werden solle, so dass Artikel 2 zur Hälfte nach seinem materiellen Inhalte in Artikel 71, zur anderen Hälfte lediglich durch Allegation in Artikel 72 hier herüber gezogen ist. Der Ausschuss hat es für zweckmäßig erachtet, sämtliche Absätze dieses Artikels 2 nach ihrem ganzen materiellen Inhalte in den Art. 71 aufzunehmen, um so mehr, als auch Absatz 3 und 4 einige materielle Änderungen zu erleiden haben, namentlich der Absatz 3. Ihr Hoher Ausschuss empfiehlt Ihnen daher, den Artikel 71 in der Art anzunehmen, dass Abs. 1 und 2 unverändert, und Abs. 3 und 4 in folgender Fassung angenommen werden:

„Der Name von Mitgliedern (Gesellschaftern) oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. Jede neue Firma muss sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden Firmen eingetragener Genossenschaften oder registrierter Gesellschaften deutlich unterscheiden.“

Zum Beitritte der einzelnen Gesellschafter genügt die schriftliche Erklärung.“

Der erste Herr Präsident: Haben die Hohen Herren Nichts zu erinnern, so gilt auch hier Ihrem Ausschusse beigestimmt.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: Was Artikel 72 anbelangt, habe ich bereits erwähnt, dass hier diejenigen Bestimmungen des I. Hauptstückes angeführt werden, deren Geltung auch für das II. Hauptstück herüber gezogen werden soll. Nach dem soeben gefassten Beschlusse zu Artikel 71 wird aus diesem Artikel 72 zunächst die Allegirung des Artikels 2 Absatz 3 und 4 zu streichen sein, weil die materiellen Bestimmungen dieser Gesetzesstelle bereits in Artikel 71 aufgenommen sind.

Der erste Herr Präsident: Haben die Hohen Herren Nichts zu erinnern, so gilt für zugestimmt.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent: In der Reihenfolge der weiteren Artikel 10 bis 38, welche herübergezogen werden sollen, befindet sich auch Artikel 12 des I. Hauptstückes. Dieser Artikel 12 handelt aber ganz spezifisch von der solidarischen Haftpflicht der Genossenschaften; es ist also ganz unmöglich ihn herüber zu ziehen in das II. Hauptstück, in die Bestimmungen über Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, da er mit denselben in einem vollkommen unvereinbaren Gegensatze steht. Es ist auch ganz zweifellos nur ein Versehen, dass aus den vom I. Hauptstücke herüber gezogenen Artikeln der Artikel 12 nicht ausgeschieden wurde. Ihr Hoher Ausschuss schlägt daher die Ausscheidung dieses Artikels vor, und ich werde noch eine Gesamtreaktion des Artikels 72 verlesen, wie solcher vorgeschlagen wird.

Der erste Herr Präsident: Haben die Hohen Herren Nichts zu bemerken, so gilt für zugestimmt.

Herr Reichsrat Haubenschmied, als Referent:

Unter den herüber gezogenen Artikeln befindet sich auch der Artikel 66. Dieser Artikel, welcher gegen das Ende des I. Hauptstückes steht, hat aber keinen ganz selbstständigen Inhalt, sondern weist selbst wieder auf andere Artikel hin; er bezieht sich unter Andern auf die Artikel 52 bis 59 und 61. Diese sind gerade die Artikel, welche von der Geltendmachung der solidarischen Haft handeln, daher für den Abschnitt über die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht unmöglich Anwendung finden können. Es wird deshalb notwendig sein, die Allegirung des Artikels 66 mit der entsprechenden Einschränkung zu begleiten, und es wird dies in der Fassung, wie sie Ihr Ausschuss vorschlägt, geschehen. Es ist ferner im II. Absatz des Artikels 72 auch Bezug genommen auf die Artikel 9 und 47 lit. c und es sind die Bestimmungen dieser Artikel auch hieher gezogen worden. Es ist aber zugleich auf die im folgenden Artikel 75 verordnete Einschränkung hingewiesen. Ihr Ausschuss hat es für zweckmäßig erachtet, die Regel und ihre

Einschränkung in unmittelbare Verbindung zu setzen. Der Gesamtartikel 72 wird daher den Hohen Herren in folgender Fassung vorgeschlagen:

„Artikel 72.

Die Bestimmungen der Artikel 3 Ziff.1-11, Artikel 4 bis 8, Artikel 10,11, Artikel 13-38, Artikel 39 Abs.2 und 3, Artikel 40 bis 46, Artikel 48 bis 50, Artikel 51 Abs. 1 bis 4, Artikel 67 bis 69 des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht Anwendung.

Gleiches gilt von der Bestimmung des Artikels 66 mit Ausnahme der dort im ersten Absatze vorkommenden Hinweisung auf die Vorschriften der Artikel 52 bis 59 und Artikel 61.

Ebenso findet hier die Anwendung der Artikel 9 und 47 lit. c statt, jedoch mit der Beschränkung, dass eine Verteilung des Gewinnes und Verlustes nach Köpfen – soweit nicht der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt – ausgeschlossen ist.“

Es ist hiernach der Inhalt des Artikels 75 in Artikel 72 aufgenommen, und es wird demnach später Artikel 75 zum Abstriche empfohlen.

Der erste Herr Präsident: Wenn die Hohen Herren damit einverstanden sind, so gilt diesem Artikel 72 in der Fassung des Ausschusses für zugestimmt.

(Anm.: Art. 73 und 74 blieben unbeanstandet, Art. 75 wurde gestrichen, die folgenden Art. 76-82 blieben unbeanstandet, die Zählung wird um eine Ziffer zurückgesetzt)

Der erste Herr Präsident: Ich stelle nun die Hauptfrage an die Hohe Kammer, ob dem Gesetze nach den Anträgen Ihres Ausschusses zugestimmt werden wolle?

(Folge namentliche Abstimmung).

Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Schreiben an die Kammer der Abgeordneten

Die Kammer der Reichsräte hat über den ihr mit geehrtem Schreiben vom 11. vorigen Monats übergebenen, anliegend zurückfolgenden Gesetzesentwurf, „die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften

betr.“ heute beraten und beschlossen:

1) nach dem Antrage der Kammer der Abgeordneten den Gesetzesentwurf in zwei Entwürfe zu scheiden – und bezüglich des von derselben formulierten Gesetzesentwurf's über die Privatrechtsverhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, solchem unter nachfolgenden Modifikationen zuzustimmen, dass die Überschrift laute: „Gesetz, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betr.;"

2) die Überschrift des Hauptstückes I zu fassen wie folgt: Von den Gesellschaften mit solidarischer Haftpflicht (Genossenschaften);

3) in Artikel 1 das in Klammern stehende Wort: „Genossenschaften“ zu streichen;

4) in Artikel 31 das Wort „Genossenschaften zu ersetzen durch „Genossenschafter;"

5) zum Artikel 42 die Allegation des „Artikels 26 des Handelsgesetzbuches“ durch: „Artikel 46“ zu ersetzen.

6) zu Artikel 50 Absatz 1 am Beginne des zweiten Satzes das Wort: „die“ zu ersetzen durch „der;“

7) ebenso im Artikel 53 im ersten Satze das Wort „Genossenschaften“ zu ersetzen durch: „Genossenschaftler;“

8) in Artikel 69 statt des Allegats: „Artikel 6“ zu setzen: „Artikel 25;“

9) dem Artikel 71 nachstehende beiden Absätze anzufügen:

„Absatz 3: „Der Name von Mitgliedern (Gesellschaftern) oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. Jede neue Firma muss sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden Firmen eingetragener Genossenschaften oder registrierter Gesellschaften deutlich unterscheiden.“

Absatz 4: „Zum Beitritte der einzelnen Gesellschafter genügt die schriftliche Erklärung;“

10) Artikel 72 zu fassen wie folgt: „Die Bestimmungen der Artikel 3 Ziff.1-11, Artikel 4 bis 8, Artikel 10,11, Artikel 13-38, Artikel 39 Abs.2 und 3, Artikel 40 bis 46, Artikel 48 bis 50, Artikel 51 Abs. 1 bis 4, Artikel 67 bis 69 des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht Anwendung.

Gleiches gilt von der Bestimmung des Artikels 66 mit Ausnahme der dort im ersten Absätze vorkommenden Hinweisung auf die Vorschriften der Artikel 52 bis 59 und Artikel 61.

Ebenso findet hier die Anwendung der Artikel 9 und 47 lit. c statt, jedoch mit der Beschränkung, dass eine Verteilung des Gewinnes und Verlustes nach Köpfen – soweit nicht der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt – ausgeschlossen ist.“

11) den Artikel 75 in Folge Beschlusses zu Artikel 71 abzustreichen;

12) den Artikeln 76 bis 82 (nun 75 bis 81) zuzustimmen, in den Artikeln 77, 78, 80 und 81 in Folge des Abstriches des Artikels 75 die Allegation der Artikel 76, 78 und 79 zu ändern in: Artikel 75, 77, und 78“.

.....

Die Kammer der Reichsräte sieht der gefälligen Rückäußerung entgegen und verharret mit ausgezeichneter Hochachtung.

München, den 15.April 1869 (Folgen die Unterschriften.)

m. 1869 April 29: Gesetz die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betr.

(Gesetzblatt für das Königreich Bayern 1866-1869 No. 58, S. 1153 ff., WEBER, Gesetz- und Verordnungen-Sammlung, Bd. 8, S 56)

Ludwig II.

von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben etc. etc.

Wir haben nach Vernehmung unseres Staatsrats, mit Beirat und Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen was folgt:

Erstes Hauptstück
Von den Gesellschaften mit solidarischer Haftpflicht (Genossenschaften)
Abschnitt I.

Von Errichtung der Genossenschaften

Artikel 1

Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Kredits, des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken, namentlich:

Vorschuss- und Kreditvereine,

Rohstoff- und Magazinvereine,

Vereine zur Anfertigung von Gegenständen und zum Verkauf der gefertigten Gegenstände auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktivgenossenschaften),

Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensbedürfnissen im Großen und Ablass in kleineren Partien an ihre Mitglieder (Konsumvereine),

Vereine zur Herstellung von Wohnungen für ihre Mitglieder,
erwerben die im gegenwärtigen Gesetze bezeichneten Rechte einer „eingetragenen Genossenschaft“ unter den nachstehend angegebenen Bedingungen.

Artikel 2.

Zur Gründung der Genossenschaft bedarf es:

der schriftlichen Abfassung des Gesellschaftsvertrages (Statuts);

der Annahme einer gemeinschaftlichen Firma.

Die Firma der Genossenschaft muss vom Gegenstande der Unternehmung entlehnt sein und die zusätzliche Bezeichnung „eingetragene Genossenschaft“ enthalten.

Der Name von Mitgliedern (Genossenschaftern) oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. Jede neue Firma muss sich, von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden Firmen eingetragener Genossenschaften deutlich unterscheiden.

Zum Beitritt der einzelnen Genossenschafter genügt die schriftliche Erklärung.

Artikel 3.

Der Gesellschaftsvertrag muss enthalten:

- die Firma und den Sitz der Genossenschaft;
- den Gegenstand des Unternehmens;
- die Zeitdauer der Genossenschaft, im Falle dieselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll;
- die Bedingungen des Ein- und Austritts der Genossenschafter;
- den Betrag der Geschäftsanteile der einzelnen Genossenschafter und die Art der Bildung dieser Anteile
- die Grundsätze, nach welchen die Bilanz aufzunehmen und der Gewinn zu berechnen ist, und die Art und Weiße, wie die Prüfung der Bilanz erfolgt;
- die Art der Wahl und Zusammensetzung des Vorstandes und die Formen für die Legitimation der Mitglieder des Vorstandes und der Stellvertreter derselben;
- die Form, in welcher die Zusammenberufung der Genossenschafter geschieht;
- die Bedingungen des Stimmrechts der Genossenschafter und die Form, in welcher dasselbe ausgeübt wird;
- die Gegenstände, über welche nicht schon durch einfache Stimmenmehrheit der auf Zusammenberufung erschienen Genossenschafter, sondern nur durch eine größere Stimmenmehrheit oder nach anderen Erfordernissen Beschluss gefasst werden kann.;
- die Form, in welcher die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind;
- die Bestimmung, dass alle Genossenschafter für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen haften.

Artikel 4.

Der Gesellschaftsvertrag muss bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Genossenschaft ihren Sitz hat, nebst dem Mitgliederverzeichnisse durch den Vorstand eingereicht werden. Der Gesellschaftsvertrag ist in das Genossenschaftsregister einzutragen und im Auszuge zu veröffentlichen, vom Gerichte in des Genossenschaftsregister, welches, wo ein Handelsregister existiert, einen Teil von diesem bildet, eingetragen und im Auszuge veröffentlicht werden.

Die Bekanntmachung muss enthalten:

- das Datum des Gesellschaftsvertrages;
- die Firma und den Sitz der Genossenschaft;
- den Gegenstand des Unternehmens;
- die Zeitdauer der Genossenschaft, im Falle dieselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll;
- die Namen und den Wohnort der zeitigen Vorstandsmitglieder;

die Form, in welcher die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

Zugleich ist bekannt zu machen, dass das Verzeichnis der Genossenschafter jeder Zeit bei dem Handelsgerichte eingesehen werden könne.

Ist in dem Gesellschaftsvertrage eine Form bestimmt, in welcher der Vorstand seine Willenserklärungen kund gibt und für die Genossenschaft zeichnet, so ist auch diese Bestimmung zu veröffentlichen.

Artikel 5.

Vor erfolgter Eintragung ins das Genossenschaftsregister hat die Genossenschaft die Rechte einer eingetragenen Genossenschaft nicht.

Artikel 6.

Jede Abänderung des Gesellschaftsvertrages muss schriftlich erfolgen und dem Handelsgerichte unter Überreichung zweier Abschriften des Genossenschafts-Beschlusses angemeldet werden.

Mit dem Abänderungsbeschlusse wird in gleicher Weise wie mit dem ursprünglichen Vertrage verfahren. Eine Veröffentlichung desselben findet nur insoweit statt, als sich dadurch die in den früheren Bekanntmachungen enthaltenen Punkte ändern.

Der Beschluss hat keine rechtliche Wirkung, bevor derselbe bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Genossenschaft ihren Sitz hat, in das Genossenschaftsregister eingetragen worden ist.

Artikel 7.

Bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Genossenschaft eine Zweigniederlassung hat, muss diese Behufs der Eintragung in das Genossenschafts-Register angemeldet werden, und ist dabei Alles zu beobachten, was bis Art. 4 bis 6 für das Hauptgeschäft vorschreiben.

Artikel 8.

Das Genossenschaftsregister ist öffentlich und gelten hierbei die im Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch in Bezug auf das Handelsregister und im Einführungs-gesetze zu demselben gegebenen Bestimmungen.

Abschnitt II.

Von den Rechtsverhältnissen der Genossenschafter unter einander, sowie den Rechtsverhältnissen derselben und der Genossenschaft gegen Dritte.

Artikel 9.

Das Rechtsverhältnis der Genossenschafter unter einander richtet sich zunächst nach dem Gesellschaftsvertrage. Letzterer darf von den Bestimmungen der nachfolgenden Paragraphen nur in denjenigen Punkten abweichen, bei welchen dies ausdrücklich für zulässig erklärt ist.

In Ermangelung einer anderen Bestimmung des Gesellschaftsvertrages wird der Gewinn unter die Genossenschafter vorbehaltlich der Bestimmungen in Art. 47. lit.c nach Höhe von deren Geschäftsanteilen verteilt, ebenso der Verlust, soweit diese Anteile zusammen zu dessen Deckung ausreichen, wogegen ein nach Erschöpfung des Genossenschaftsvermögens noch zu deckender Rest gleichmäßig nach Köpfen von sämtlichen Genossenschaftern aufgebracht wird.

Genossenschafter, welche auf ihre Geschäftsanteile die ihnen statutenmäßig obliegenden Einzahlungen geleistet haben, können von anderen Genossenschaftern nicht aus dem Grunde, weil letztere auf ihre Anteile mehr eingezahlt haben, im Wege des Rückgriffs in Anspruch genommen werden, sofern nicht der Gesellschaftsvertrag ein Anderes festsetzt.

Artikel 10.

Die Rechte, welche den Genossenschaftern in Angelegenheiten der Genossenschaft, insbesondere in Beziehung auf die Führung der Geschäfte, die Einsicht und Prüfung der Bilanz und die Bestimmung der Gewinnverteilung zustehen, werden von der Gesamtheit der Genossenschafter in der Generalversammlung ausgeübt.

Jeder Genossenschafter hat hierbei eine Stimme, wenn nicht der Gesellschaftsvertrag ein Anderes festsetzt.

Artikel 11.

Die eingetragene Genossenschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte,
in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.

Genossenschaften gelten als Kaufleute im Sinne des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Vorschriften enthält.

Artikel 12.

Insoweit die Genossenschaftsgläubiger aus dem Genossenschaftsvermögen nicht befriedigt werden können, haften ihnen alle Genossenschafter, ohne dass diesen die Einrede der Teilung zusteht, für die Ausfälle solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen. Diese Solidarhaft kann von einem Genossenschaftsgläubiger nur geltende gemacht werden, wenn im Falle des Konkurses die Voraussetzungen des Art. 51 vorliegen, oder wenn die Eröffnung der Gant nicht erfolgen kann.

Wer in eine bestehende Genossenschaft eintritt, haftet gleich den anderen Genossenschaftern für alle von der Genossenschaft auch vor seinem Eintritte eingegangenen Verbindlichkeiten.

Ein entgegenstehender Vertrag ist gegen Dritte
ohne rechtliche Wirkung.

Die einer Genossenschaft beigetretenen Frauenspersonen können in Betreff der dadurch eingegangenen Verpflichtungen auf die in den einzelnen Staaten geltenden Rechtswohlthaten der Frauen sich nicht berufen.

Artikel 13.

Die Privatgläubiger eines Genossenschafters sind nicht befugt, die zum Genossenschaftsvermögen gehörigen Sachen, Forderungen oder Rechte, oder einen Anteil an denselben zum Behufe ihrer Befriedigung oder Sicherstellung in Anspruch zu nehmen. Gegenstand der Exekution, des Arrestes oder der Beschlagnahme kann für sie nur dasjenige sein, was der Genossenschafter selbst an Zinsen und an Gewinnanteilen zu fordern berechtigt ist und was ihm im Falle der Auflösung der Genossenschaft oder des Ausscheidens aus derselben bei der Auseinandersetzung zukommt.

Artikel 14.

Die Bestimmung des vorigen Artikels gilt auch in Betreff der Privatgläubiger, zu deren Gunsten eine Hypothek oder ein Pfandrecht an dem Vermögen eines Genossenschafters kraft des Gesetzes oder aus einem anderen Rechtsgrunde besteht. Ihre Hypothek oder ihr Pfandrecht erstreckt sich nicht auf die zum Genossenschaftsvermögen gehörigen Sachen, Forderungen und Rechte, oder auf einen Anteil an denselben, sondern nur auf dasjenige, was in dem letzten Satze des vorigen Paragraphen bezeichnet ist.

Jedoch werden die Rechte, welche an dem von einem Genossenschafter in das Vermögen der Genossenschaft eingebrachten Gegenstände bereits zur Zeit des Einbringens bestanden, durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Artikel 15.

Eine Kompensation zwischen Forderungen der Genossenschaft und Privatforderungen des Genossenschaftsschuldners gegen einen Genossenschafter findet während der Dauer der Genossenschaft weder ganz noch teilweise statt. Nach Auflösung der Genossenschaft ist sie zulässig, wenn und soweit die Genossenschaftsforderung dem Genossenschafter bei der Auseinandersetzung überwiesen ist.

Artikel 16.

Hat ein Privatgläubiger eines Genossenschafters nach fruchtlos vollstreckter Exekution in dessen Privatvermögen die Exekution in das demselben bei der demnächstigen Auseinandersetzung zukommende Guthaben erwirkt, so ist er berechtigt, die Genossenschaft mag auf bestimmte oder unbestimmte Zeit eingegangen sein, Behuts seiner Befriedigung, nach vorher von ihm geschehener Aufkündigung, das Ausscheiden jenes Genossenschafters zu verlangen.

Die Aufkündigung muss mindestens sechs Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres der Genossenschaft geschehen.

Abschnitt III.**Von dem Vorstande, dem Aufsichtsrate und der Generalversammlung**

Artikel 17.

Jede Genossenschaft muss einen aus der Zahl der Genossenschafter zu wählenden Vorstand haben. Sie wird durch denselben gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Der Vorstand kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen, diese können besoldet oder unbesoldet sein. Ihre Stellung ist zu jeder Zeit widerruflich, unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen.

Besteht der Vorstand nur aus einem Mitglied, so muss in dem Gesellschaftsvertrag wegen der etwa nötig werdenden Stellvertretung Vorsorge getroffen werden

Artikel 18.

Die jeweiligen Mitglieder des Vorstandes müssen alsbald nach ihrer Bestellung zur Eintragung in das Genossenschaftsregister angemeldet werden. Die Anmeldung ist durch den Vorstand unter Beifügung seiner Legitimation entweder in Person zu bewirken oder in beglaubigter Form einzureichen. Zugleich haben die Mitglieder des Vorstandes ihre Unterschrift vor dem Handelsgerichte zu zeichnen oder die Zeichnung ebenfalls in beglaubigter Form einzureichen.

Artikel 19.

Der Vorstand hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Form seine Willenserklärungen kund zu geben und für die Genossenschaft zu zeichnen. Ist nichts darüber bestimmt, so ist die Zeichnung durch sämtliche Mitglieder des Vorstandes erforderlich. Die Zeichnung geschieht in der Weise, dass die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft oder zu der Benennung des Vorstandes ihre Unterschrift hinzufügen.

Artikel 20.

Die Genossenschaft wird durch die vom Vorstande in ihrem Rahmen geschlossenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet. Es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der Genossenschaft geschlossen worden ist, oder ob die Umstände ergeben, dass es nach dem Willen der Kontrahenten für die Genossenschaft geschlossen werden sollte.

Die Befugnis des Vorstandes zur Vertretung der Genossenschaft erstreckt sich auch auf diejenigen Geschäfte und Rechtshandlungen, für welche nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht erforderlich ist. Zur Legitimation des Vorstandes bei allen, das Hypothekenbuch betreffenden Geschäften und Anträgen genügt ein Attest des Handelsgerichts, dass die darin zu bezeichneten Personen als Mitglieder des Vorstandes in das Genossenschaftsregister eingetragen sind.

Artikel 21.

Der Vorstand ist der Genossenschaft gegenüber verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, welche in dem Gesellschaftsvertrag oder durch Beschlüsse der Generalversammlung für den Umfang seiner Befugnis, die Genossenschaft zu vertreten, festgesetzt sind. Gegen dritte Personen hat jedoch eine Beschränkung des Vorstandes, die Genos-

senschaft zu vertreten, keine rechtliche Wirkung. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Vertretung sich nur auf gewisse Arten von Geschäften erstrecken oder nur unter gewissen Umständen oder für eine gewisse Zeit oder an einzelnen Orten stattfinden soll, oder dass die Zustimmung der Generalversammlung, eines Verwaltungsrats, eines Aufsichtsrats oder eines anderen Organs der Genossenschafter für einzelne Geschäfte erfordert ist.

Artikel 22.

Eide Namens der Genossenschaft werden durch den Vorstand geleistet.

Artikel 23.

Jede ganze oder teilweise Änderung im Personal des Vorstandes muss von dem ganz oder teilweise erneuten Vorstände gemeinschaftlich in Person oder in beglaubigter Form dem Handelsgerichte zur Eintragung in das Genossenschaftsregister und öffentlichen Bekanntmachung angemeldet und dabei wegen Einreichung der Legitimation und Zeichnung seitens der neu Eintretenden das in Art. 18 Verordnete beobachtet werden.

Dasselbe gilt für den Fall, dass interimistische Stellvertreter eines oder mehrerer Vorstandsmitglieder gewählt werden.

Dritten Personen kann die Änderung nur insofern entgegengesetzt werden, als in Betreff dieser Änderung die in Artikel 46 des Handelsgesetzbuches in Betreff des Erlöschens der Prokura bezeichneten Voraussetzungen vorhanden sind.

Artikel 24.

Zur Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Genossenschaft genügt es, wenn dieselbe an ein Mitglied des Vorstandes, welches zu zeichnen oder mitzuzeichnen befugt ist, geschieht.

Artikel 25.

Der Vorstand ist verbunden, dem Handelsgerichte am Schlusse jedes Quartals über den Eintritt und Austritt von Genossenschaltern schriftlich Anzeige zu machen und alljährlich im Monat Januar ein vollständiges, alphabetisch geordnetes Verzeichnis der Genossenschafter einzureichen.

Das Handelsgericht berichtigt und vervollständigt danach die Liste der Genossenschafter.

Artikel 26.

Der Vorstand ist verpflichtet, Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Bücher der Genossenschaft geführt werden.

Der Vorstand muss in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres die Bilanz des verflossenen Geschäftsjahres, die Zahl der seit der vorjährigen Bekanntmachung aufgenommenen oder ausgeschiedenen, sowie die Zahl der zur Zeit der Genossenschaft angehörigen Genossenschafter veröffentlichen.

Die Bücher der Genossenschaft sind während zehn Jahren vom Tage des darin geschehenen letzten Eintrags an aufzubewahren.

Zur Entlastung des Vorstandes bei Ablegung der Rechnung können nicht Personen bestellt werden, welche an der Geschäftsführung Teil genommen haben, wohl aber Personen, welchen die Aufsicht über die Geschäftsführung zusteht.

Artikel 27.

Mitglieder des Vorstandes, welche in dieser ihrer Eigenschaft außer den Grenzen ihres Auftrages oder den Vorschriften dieses Gesetzes oder des Gesellschaftsvertrages entgegen handeln, haften persönlich und solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden.

Sie sind, wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf keine geschäftlichen Zwecke, sondern auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, wegen Vergehens an Geld bis zu dreihundert Gulden zu bestrafen.

Artikel 28.

Der Gesellschaftsvertrag kann dem Vorstande einen Aufsichtsrat (Verwaltungsrat, Ausschuss) an die Seite setzen, welcher von den Genossenschaftern aus ihrer Mitte, jedoch mit Ausschluss der Vorstandsmitglieder, gewählt wird.

Ist ein Aufsichtsrat bestellt, so überwacht derselbe die Geschäftsführung der Genossenschaft in allen Zweigen der Verwaltung. Er kann sich von dem Gange der Angelegenheiten der Genossenschaft unterrichten, die Bücher und Schriften derselben jederzeit einsehen, den Bestand der Genossenschaftskasse untersuchen und Generalversammlungen berufen. Er kann, sobald es ihm notwendig erscheint, Vorstandsmitglieder und Beamte vorläufig, und zwar bis zur Entscheidung der demnächst zu berufenden Generalversammlung, von ihren Befugnissen entbinden und wegen einstweiliger Fortführung der Geschäfte die nötigen Anstalten treffen.

Er hat die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnverteilung zu prüfen und darüber alljährlich der Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Er hat eine Generalversammlung zu berufen, wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich ist.

Artikel 29.

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, gegen die Vorstandsmitglieder die Prozesse zu führen, welche die Generalversammlung beschließt, und die Genossenschaft bei Abschließung von Verträgen mit dem Vorstande zu vertreten. Wegen der Form der Legitimationsführung hat der Gesellschaftsvertrag das Erforderliche zu bestimmen.

Wenn die Genossenschaft gegen die Mitglieder des Aufsichtsrates einen Prozess zu führen hat, so wird sie durch Bevollmächtigte vertreten, welche in der Generalversammlung gewählt werden. Jeder Genossenschafter ist befugt, als Intervenient in einen solchen Prozess auf seine Kosten einzutreten.

Artikel 30.

Der Betrieb von Geschäften der Genossenschaft, sowie die Vertretung der Genossenschaft in Beziehung auf diese Geschäftsführung, kann auch sonstigen Bevollmächtigten

oder Beamten der Genossenschaft zugewiesen werden. In diesem Fall bestimmt sich die Befugnis derselben nach der ihnen erteilten Vollmacht, sie erstreckt sich im Zweifel auf alle Rechtshandlungen, welche die Ausführung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt.

Artikel 31.

Die Generalversammlung der Genossenschafter wird durch den Vorstand berufen, soweit nicht nach dem Gesellschaftsvertrage oder diesem Gesetze auch andere Personen dazu befugt sind.

Eine Generalversammlung der Genossenschafter ist außer den im Gesellschaftsvertrage ausdrücklich bestimmten Fällen zu berufen, wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich erscheint.

Die Generalversammlung muss auch dann berufen werden, wenn mindestens der zehnte Teil der Genossenschafter in einer von ihnen zu unterzeichnenden Eingabe unter Anführung des Zweckes und der Gründe darauf anträgt. Ist in dem Gesellschaftsvertrage das Recht die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, einem geringeren Teile der Genossenschafter beigelegt, so hat es dabei sein Bewenden.

Artikel 32.

Die Berufung der Generalversammlung hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Weise zu erfolgen.

Der Zweck der Generalversammlung muss jederzeit bei der Berufung bekannt gemacht werden. Über Gegenstände, deren Verhandlung nicht in dieser Weise angekündigt ist, können Beschlüsse nicht gefasst werden; jedoch die Beschlüsse über Leitung der Versammlung, sowie über Anträge auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung ausgenommen.

Zur Stellung von Anträgen und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es der Ankündigung nicht.

Artikel 33.

Der Vorstand ist zur Beobachtung und Ausführung aller Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und der in Gemäßheit desselben von der Generalversammlung gültig gefassten Beschlüsse verpflichtet und dafür der Genossenschaft verantwortlich.

Die Beschlüsse der Generalversammlung sind in ein Protokollbuch einzutragen, dessen Einsicht jedem Genossenschafter gestattet werden muss.

Abschnitt IV. Von der Auflösung der Genossenschaft und dem Ausscheiden einzelner Genossenschafter.

Artikel 34.

Die Genossenschaft wird aufgelöst:

durch Ablauf der im Gesellschaftsvertrage bestimmten Zeit;

durch einen Beschluss der Genossenschaft
durch Eröffnung der Gant (des Konkurses, Falliments).

Artikel 35.

Wenn eine Genossenschaft andere, als die im gegenwärtigen Gesetze (Art. 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt, so kann sie aufgelöst werden, ohne dass deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet.

Die Auflösung kann in diesem Falle nur durch gerichtliches Erkenntnis auf Betreiben des Staatsanwaltes erfolgen. Als das zuständige Gericht ist dasjenige anzusehen, bei welchem die Genossenschaft ihren ordentlichen Gerichtsstand hat.

Das Verfahren ist gegen den Vorstand der Genossenschaft zu richten und es finden hierbei, sowie bezüglich der Rechtsmittel die für die Untersuchung und Aburteilung der Vergehen geltenden Vorschriften Anwendung.

Das Urteil ist, sofern es die Auflösung der Genossenschaft ausspricht und in Rechtskraft erwachsen ist, von dem aburteilenden Gerichte demjenigen Gerichte, welches das Genossenschaftsregister führt, zur Eintragung und Veröffentlichung mitzuteilen.

Artikel 36.

Die Auflösung der Genossenschaft muss, wenn sie nicht eine Folge der eröffneten Gant ist, durch den Vorstand zur Eintragung in das Genossenschaftsregister angemeldet werden und zu drei verschiedenen Malen durch die für die Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blätter bekannt gemacht werden.

Mit dieser Bekanntmachung müssen zugleich die Gläubiger zur Liquidation ihrer Ansprüche aufgefordert werden. Die aus den Büchern der Genossenschaft ersichtlichen Gläubiger sind außerdem persönlich aufzufordern, sich zu melden.

Vorerwähnte Anmeldung und Bekanntmachung hat, wenn die Auflösung der Genossenschaft nach Art. 35 erfolgt ist, erst nach eingetretener Rechtskraft des betreffenden Erkenntnisses zu geschehen.

Artikel 37.

Ist über das Vermögen einer Genossenschaft Gant verfügt worden, so ist die Ganteröffnung von Amtswegen in das Genossenschaftsregister einzutragen und es ist von Seiten des Gantgerichts dem Handelsgerichte, bei welchem das Genossenschaftsregister geführt wird, zur Bewirkung des Eintrags unverzüglich Anzeige zu erstatten. Eine Bekanntmachung dieser Eintragung findet nicht statt.

Artikel 38.

Zum Austritte ist jeder Genossenschafter berechtigt, sofern er nicht auf bestimmte Zeit beigetreten ist.

Ist über die Kündigungsfrist und den Zeitpunkt des Austritts im Gesellschaftsvertrag nicht festgesetzt, so findet der Austritt nur mit dem Schluss des Geschäftsjahres nach vorheriger, mindestens vierwöchentlicher Aufkündigung statt. Ferner erlischt die Mit-

gliedschaft durch den Tod, sofern der Gesellschaftsvertrag keine entgegengesetzten Bestimmungen enthält.

In jedem Falle kann die Genossenschaft einen Genossenschafter aus den im Gesellschaftsvertrag festgesetzten Gründen ausschließen; ebenso wegen rechtskräftiger Verurteilung in eine Strafe, womit die in Art. 28 des Strafgesetzbuches vom 10. November 1861 bezeichneten Straffolgen, oder einzelne derselben verbunden werden können.

Artikel 39.

Die aus der Genossenschaft ausgetretenen oder ausgeschlossenen Genossenschafter, sowie die Erben verstorbener Genossenschafter bleiben den Gläubigern der Genossenschaft für alle bis zu ihrem Ausscheiden von der Genossenschaft eingegangenen Verbindlichkeiten bis zum Ablauf der Verjährung (Art. 63) verhaftet.

Wenn der Gesellschaftsvertrag nichts Anderes bestimmt, habe sie an den Reservefonds und an das sonst vorhandene Vermögen der Genossenschaft keinen Anspruch, sind vielmehr nur berechtigt, zu verlangen, dass ihnen ihr Geschäftsanteil, wie er sich aus den Büchern ergibt, binnen drei Monaten nach ihrem Ausscheiden ausgezahlt werde.

Gegen diese Verpflichtung kann sich die Genossenschaft nur dadurch schützen, dass sie ihre Auflösung beschließt und zur Liquidation schreitet.

Abschnitt V. Von der Liquidation der Genossenschaft.

Artikel 40.

Nach Auflösung der Genossenschaft außer dem Falle des Konkurses (der Gant) erfolgt die Liquidation durch den Vorstand, wenn nicht dieselbe durch den Gesellschaftsvertrag oder einen Beschluss der Genossenschaft an andere Personen übertragen wird. Die Bestellung der Liquidatoren ist jederzeit widerruflich.

Artikel 41.

Die Liquidatoren sind von dem Vorstande beim Handelsgerichte zur Eintragung in das Genossenschaftsregister anzumelden; sie haben ihre Unterschrift persönlich vor dieser Behörde zu zeichnen oder die Zeichnungen in beglaubigter Form einzureichen.

Das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen ist gleichfalls zur Eintragung Genossenschaftsregister anzumelden.

Artikel 42.

Dritten Personen kann die Ernennung von Liquidatoren, sowie das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen nur insofern entgegengesetzt werden, als hinsichtlich dieser Tatsachen die Voraussetzungen vorhanden sind, unter welchen nach Art. 25 und 46 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs hinsichtlich einer Änderung der Inhaber einer Firma oder des Erlöschens einer Prokura die Wirkung gegen Dritte eintritt.

Sind mehrere Liquidatoren vorhanden, so können sie die zur Liquidation gehörenden Handlungen mit rechtlicher Wirkung nur in Gemeinschaft vornehmen, sofern nicht ausdrücklich bestimmt ist, dass sie einzeln handeln können.

Artikel 43.

Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte zu beenden, die Verpflichtungen der aufgelösten Genossenschaft zu erfüllen, die Forderungen derselben einzubeziehen und das Vermögen der Genossenschaft zu versilbern; sie haben die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, sie können für dieselbe Vergleiche schließen und Kompromisse eingehen. Zur Beendigung schwebender Geschäfte können die Liquidatoren auch neue Geschäfte eingehen.

Die Veräußerung unbeweglicher Sachen kann durch die Liquidatoren sofern nicht der Gesellschaftsvertrag oder ein Beschluss der Genossenschaft anders bestimmt, nur durch öffentliche Versteigerung bewirkt werden.

Artikel 44.

Eine Beschränkung des Umfangs der Geschäftsbefugnisse der Liquidatoren (Art. 43.) hat gegen dritte Personen keine rechtliche Wirkung

Artikel 45.

Die Liquidatoren haben ihre Unterschriften in der Weise abzugeben, dass sie der bisherigen, nunmehr als Liquidationsfirma zu bezeichnenden Firma ihren Namen beifügen.

Artikel 46.

Die Liquidatoren haben der Genossenschaft gegenüber bei der Geschäftsführung den von der Generalversammlung gefassten Beschlüssen Folge zu geben, widrigenfalls sie der Genossenschaft für den durch ihr Zuwiderhandeln erwachsenen Schaden persönlich und solidarisch haften.

Artikel 47.

Die bei Auflösung der Genossenschaft vorhandenen und die während der Liquidation eingehenden Gelder werden wie folgt verwendet:

a) es werden zunächst die Gläubiger der Genossenschaft je nach der Fälligkeit ihrer Forderungen befriedigt und die zur Deckung noch nicht fälliger Forderungen nötigen Summen zurückbehalten.

b) aus den alsdann verbleibenden Überschüssen werden die Geschäftsanteile an die Genossenschafter zurückgezahlt. Reicht der Bestand vollständigen Deckung nicht aus, so erfolgt die Verteilung desselben nach Verhältnis der Höhe der einzelnen Guthaben, wenn der Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt;

c) aus dem nach Deckung der Schulden der Genossenschaft, sowie der Geschäftsanteile der Genossenschafter (Art. 39) noch verbleibenden Bestand wird zunächst der Gewinn des letzten Rechnungsjahres an die Genossenschafter nach den Bestimmungen

des Gesellschaftsvertrages gezahlt. Die Verteilung weiterer Überschüsse unter die Genossenschafter erfolgt in Ermangelung anderer Vertragsbestimmungen nach Köpfen.

Artikel 48.

Die Liquidatoren haben sofort beim Beginn der Liquidation eine Bilanz aufzustellen. Ergibt diese oder eine später aufgestellte Bilanz, dass das Vermögen der Genossenschaft (einschließlich der Reservefonds und der Geschäftsanteile der Genossenschafter) zur Deckung der Schulden der Genossenschaft nicht hinreicht, so haben die Liquidatoren eine Generalversammlung zu berufen und hierauf, sofern nicht Genossenschafter binnen acht Tagen nach der abgehaltenen Generalversammlung den zur Deckung des Ausfalles erforderlichen Betrag bar einzahlen, bei dem Handels (Bezirks)gerichte die Eröffnung des Konkurses (Falliments) über das Vermögen der Genossenschaft zu beantragen.

Artikel 49.

Ungeachtet der Auflösung der Genossenschaft kommen bis zur Beendigung der Liquidation im Übrigen in Bezug auf die Rechtsverhältnisse der bisherigen Genossenschafter untereinander, sowie zu dritten Personen, die Vorschriften des zweiten und dritten Abschnitts dieses Gesetzes zur Anwendung, soweit sich aus den Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnittes und aus dem Wesen der Liquidation nicht ein Anderes ergibt.

Der Gerichtsstand, welchen die Genossenschaft zur Zeit ihrer Auflösung hatte, bleibt bis zur Beendigung der Liquidation für die aufgelöste Genossenschaft bestehen. Zustellungen an die Genossenschaft geschehen mit rechtlicher Wirkung an einen der Liquidatoren.

Artikel 50.

Nach Beendigung der Liquidation werden die Bücher und Schriften der aufgelösten Genossenschaft einem der gewesenen Genossenschafter oder einem Dritten in Verwahrung gegeben. Der Genossenschafter oder der Dritte wird in Ermangelung einer gütlichen Übereinkunft durch das Handelsgericht bestimmt.

Die Genossenschafter und deren Rechtsnachfolger behalten das Recht auf Einsicht und Benutzung der Bücher und Papiere.

Artikel 51.

Über das Vermögen der Genossenschaft wird auch außer dem Falle des Artikels 48 insbesondere auch dann die Gant zu eröffnen sein, wenn die Genossenschaft ihre Zahlungen vor oder nach ihrer Auflösung eingestellt hat.

Die Verpflichtung zur Anzeige der Zahlungseinstellung liegt dem Vorstände der Genossenschaft und, wenn die Zahlungseinstellung nach Auflösung der Genossenschaft eintritt, den Liquidatoren derselben ob.

Die Genossenschaft wird durch den Vorstand beziehungsweise die Liquidatoren vertreten. Dieselben sind persönlich zu erscheinen und Auskunft zu erteilen in allen Fällen verpflichtet, in welchen diese für den Gemeinschuldner selbst vorgeschrieben ist. Dieselben sowie die Genossenschafter sind berechtigt, gegen jede angemeldete Forderung Widerspruch zu erheben. Ein Zwangsakkord (Concordat) findet nicht statt.

Die Gant über das Genossenschaftsvermögen zieht die Gant über das Privatvermögen der einzelnen Genossenschafter nicht nach sich.

Der Beschluss über Eröffnung der Gant hat die Namen der solidarisch verhafteten Genossenschafter nicht zu enthalten. Sobald die Gant beendet ist, sind die Gläubiger berechtigt, wegen des Ausfalles an ihren Forderungen, jedoch nur, wenn solche bei der Gant angemeldet und verifiziert sind, einschließlich Zinsen und Kosten, die einzelnen, ihnen solidarisch haftenden Genossenschafter in Anspruch nehmen.

Die Genossenschafter können, wenn sie wegen solcher Ausfälle verklagt werden, nur gegen solche Forderungen Einwendungen machen, bei welchen der oben erwähnte Widerspruch (Abs. 3) von dem Vorstände, beziehungsweise den Liquidatoren oder Genossenschaltern vor der Verifikation erhoben ist.

Artikel 52.

Nachdem die Gant so weit gediehen ist, dass der Schlussverteilungsplan feststeht, liegt dem Vorstände ob, eine Berechnung (Verteilungsplan) anzufertigen, aus welcher sich ergibt, wie viel jeder Genossenschafter zur Befriedigung der Gläubiger wegen der in der Gant erlittenen Ausfälle beizutragen habe.

Wird die Zahlung der Beiträge verweigert oder verzögert, so ist der Verteilungsplan von dem Vorstände dem Gantgerichte mit dem Antrage einzureichen: den Verteilungsplan für vollstreckbar zu erklären. Dem Antrage ist eine Abschrift oder ein Abdruck des Gesellschaftsvertrages und ein Verzeichnis der Ausfälle der Gläubiger, sowie der nach dem Plane zu einem Beitrage verpflichteten Genossenschafter beizufügen.

Artikel 53.

Bevor das Gericht über den Antrag Beschluss fasst, sind die Genossenschafter mit ihren etwaigen Erinnerungen gegen den Plan in einem Termine zu hören. Mit Abhaltung des Termins wird, wenn das Konkursgericht ein Kollegialgericht ist, ein Mitglied des letzteren (Richterkommissär) beauftragt. Bei der Vorladung der Genossenschafter ist eine Mitteilung des Planes nicht erforderlich; es genügt, dass derselbe drei Tage vor dem Termine zur Einsicht der Genossenschafter bei dem Gerichte offen liegt und dass dies denselben bei der Vorladung angezeigt wird. Von dem Termine ist auch der Vorstand in Kenntnis zu setzen. Die nochmalige Vorladung eines Beteiligten, welcher in dem Termine nicht erscheint, ist nicht erforderlich.

Werden Erinnerungen erhoben, so ist das betreffende Sach- und Rechtsverhältnis in dem Termine tunlichst insoweit aufzuklären, als zur vorläufigen Beurteilung der Erheblichkeit der Erinnerungen erforderlich ist.

Artikel 54.

Nach Abschluss des im Art. 53 bezeichneten Verfahrens unterzieht das Gericht auf Grundlage der beigebrachten Schriftstücke und der von dem Richter aufgenommenen Verhandlungen den Verteilungsplan einer näheren Prüfung, berichtet den Plan, soweit nötig, und erlässt hierauf den Beschluss, durch welchen derselbe für vollstreckbar erklärt wird. Das Gericht kann vor Abfassung des Beschlusses von dem Vorstand jede nähere

Aufklärung und die Beibringung der in dem Besitze desselben befindlichen, zur Erledigung von Zweifeln dienenden Urkunden fordern.

In der Pfalz wird der Beschluss in der Ratskammer auf den Vortrag eines Berichtstatters gefasst.

Gegen den Beschluss ist ein Rechtsmittel nicht zulässig.

Artikel 55.

Eine Ausfertigung des Planes, sowie des Beschlusses, durch welchen derselbe für vollstreckbar erklärt ist, wird dem Vorstande mitgeteilt.

Die Urschrift oder eine zweite Ausfertigung ist bei dem Gerichte zur Einsicht der Genossenschafter offen zu legen; sämtliche Genossenschafter hiervon in Kenntnis zu setzen.

Der Vorstand ist befugt und im Falle der Weigerung oder Zögerung verpflichtet, die Beiträge, welche nach dem für vollstreckbar erklärten Verteilungsplane von den einzelnen Genossenschaftern zu zahlen sind, im Wege der Exekution betreiben zu lassen.

Artikel 56.

Jeder Genossenschafter ist befugt, den Verteilungsplan im Wege der Klage anzufechten; die Klage ist gegen die übrigen beteiligten Genossenschafter zu richten; diese werden in dem Prozesse von dem Vorstande vertreten. Für die Klage ist das Gericht zuständig, bei welchem die Genossenschaft ihren allgemeine Gerichtsstand hatte. (Art. 11.) Durch die Anstellung der Klage und die Einleitung des Prozesses wird die Exekution nicht gehemmt.

Artikel 57.

Ist die Exekution gegen einzelne Genossenschafter fruchtlos, so hat der Vorstand den dadurch entstehenden Ausfall in einem anzufertigenden neuen Plane unter die übrigen Genossenschafter zu verteilen. Das weitere Verfahren bestimmt sich nach den Vorschriften der Art. 52 bis 56.

Artikel 58.

Der Vorstand ist zur Erhebung der von dem Genossenschaftern zu entrichtenden Beiträge berechtigt und zur bestimmungsmäßigen Verwendung derselben verpflichtet.

Artikel 59.

Wenn das Vermögen der Genossenschaft zur Befriedigung der Gläubiger sich als unzureichend erweist, ohne dass die Eröffnung des Konkurses erfolgen kann (Art. 12), so kommen in Ansehung der Einziehung der zur Deckung der Ausfälle erforderlichen Beiträge die Bestimmungen der Art. 52 bis 58 in entsprechender Weise mit der Maßgabe zur Anwendung, dass an Stelle des Gantgerichts das Gericht tritt, bei welchem die Genossenschaft ihren allgemeinen Gerichtsstande hatte.

Artikel 60.

Wenn der Vorstand die ihm nach den Art. 52 bis 59 obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen außer Stande ist oder deren Erfüllung versäumt, so kann das Gericht auf den

Antrag eines beteiligten Genossenschafters einen oder mehrere Genossenschaftler oder auch andere Personen mit den Verrichtungen des Vorstandes beauftragen.

Artikel 61.

Sind an die Stelle des Vorstandes Liquidatoren getreten, so gelten die Bestimmungen der Art. 52 bis 60, insoweit sie den Vorstand betreffen, für die Liquidatoren.

Artikel 62.

Durch das in den Art. 52 bis 61 angeordnete Verfahren wird an dem Rechte der Genossenschaftsgläubiger, wegen der an ihren Forderungen erlittenen Ausfälle die Genossenschaftler solidarisch in Anspruch zu nehmen, nichts geändert.

Abschnitt VI.

Von der Verjährung der Klagen gegen die Genossenschaftler.

Artikel 63.

Die Klagen gegen einen Genossenschaftler aus Ansprüchen gegen die Genossenschaft verjähren in zwei Jahren nach Auflösung der Genossenschaft oder nach seinem Ausscheiden oder seiner Ausschließung aus derselben, sofern nicht nach Beschaffenheit der Forderung eine kürzere Verjährungsfrist gesetzlich eintritt oder eine bereits angefangen Verjährung früher vollendet wird.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die Auflösung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister eingetragen oder das Ausscheiden, beziehungsweise die Ausschließung des Genossenschafters dem Handelsgerichte angezeigt ist. Wird die Forderung erst nach diesem Zeitpunkt fällig, so beginnt die Verjährung mit dem Zeitpunkte der Fälligkeit. Bei kündbaren Forderungen tritt die Kündigungsfrist der Verjährungsfrist hinzu, ohne dass gekündigt zu sein braucht.

Ist noch ungeteiltes Genossenschaftsvermögen vorhanden, so kann dem Gläubiger die zweijährige Verjährung nicht entgegengesetzt werden, sofern er seine Befriedigung nur aus dem Genossenschaftsvermögen sucht.

Artikel 64.

Die Verjährung zu Gunsten eines ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Genossenschafters wird nicht durch Rechtshandlungen gegen einen anderen Genossenschaftler, wohl aber durch Rechtshandlungen gegen die fortbestehende Genossenschaft unterbrochen.

Die Verjährung zu Gunsten eines bei der Auflösung der Genossenschaft zu derselben gehörigen Genossenschafters wird nicht durch Rechtshandlungen gegen einen anderen Genossenschaftler, wohl aber durch Rechtshandlungen gegen die Liquidatoren, beziehungsweise gegen die Konkursmasse, unterbrochen.

Artikel 65.

Die Verjährung läuft auch gegen Minderjährige und bevormundete Personen, sowie gegen juristische Personen, denen gesetzlich die Rechte der Minderjährigen zustehen,

ohne Zulassung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, jedoch mit Vorbehalt des Regresses gegen die Vormünder und Verwalter.

Schlussbestimmungen.

Artikel 66.

Das Handelsgericht hat den Vorstand der Genossenschaft, beziehungsweise die Liquidatoren, zur Befolgung der in den Art. 4, 6, 18, 23, 25, 26 Absatz 2, Art. 31 Absatz 3, Art. 33 Absatz 2, Art. 36, 41, 48, 52-59, 61 enthaltenen Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Für das hierbei zu befolgende Verfahren sind die in den Artikeln 10 bis 24 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch vom 10. November 1861 getroffenen Bestimmungen maßgebend.

Artikel 67.

Unrichtigkeiten in den nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes dem Vorstände obliegenden Anzeigen oder sonstigen amtlichen Angaben ziehen gegen die Vorstandsmitglieder Ordnungsstrafen bis zu fünfundzwanzig Gulden nach sich.

Artikel 68.

Durch die in Art. 67 enthaltene Bestimmung wird die Anwendung der Strafgesetze nicht ausgeschlossen.

Artikel 69.

Die Genossenschaftsregister und die Einträge in dieselben, die Anmeldungen der bestellten Vorstände und Liquidatoren, die nach Art 25 einzureichenden Mitgliederverzeichnisse und die zu erstattenden Anzeigen, sowie die über deren Vorlage stattfindenden Beurkundungen, endlich die zum Zwecke der vorgeschriebenen Veröffentlichungen zu fertigenden Auszüge aus den Satzungen und dem Genossenschaftsregister sind tax- und stempelfrei.

Im Übrigen komme in Beziehung auf Stempel, Taxen und sonstige Gebühren die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.

Zweites Hauptstück.

Von den Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht

Artikel 70.

Gesellschaften, welche zwar unter den Art.1 des gegenwärtigen Gesetzes fallen, welche aber die Bestimmung, dass alle Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Gesellschaften solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen haften, nicht in ihren Gesellschaftsvertrag aufnehmen, sondern bestimmen, dass jeder Gesellschafter nur mit einer bestimmten Einlage und wiederkehrenden Beiträgen bis zu einer bestimmten Höhe haf-

tet, erwerben die in den nachfolgenden Artikeln bezeichneten Rechte einer „registrierten Gesellschaft“ unter den nachstehend angegebenen Bedingungen.

Artikel 71.

Zur Gründung einer solchen Gesellschaft bedarf es

- 1) der schriftlichen Abfassung des Gesellschaftsvertrages (Statuts),
- 2) der Annahme einer gemeinschaftlichen Firma.

Die Firma muss von dem Gegenstande der Unternehmung entlehnt sein und die zusätzliche Bezeichnung: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“ enthalten.

Der Name von Mitgliedern (Gesellschaftern) oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. Jede neue Firma muss sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden Firmen eingetragener Genossenschaften oder registrierter Gesellschaften deutlich unterscheiden.

Zum Beitritte der einzelnen Gesellschafter genügt die schriftliche Erklärung.

Artikel 72.

Die Bestimmungen der Artikel 3 Ziff. 1-11, Artikel 4 bis 8, Artikel 10,11, Artikel 13-38, Artikel 39 Abs.2 und 3, Artikel 40 bis 46, Artikel 48 bis 50, Artikel 51 Abs. 1 bis 4, Artikel 67 bis 69 des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht Anwendung.

Gleiches gilt von der Bestimmung des Artikels 66 mit Ausnahme der dort im ersten Absatze vorkommenden Hinweisung auf die Vorschriften der Artikel 52 bis 59 und Artikel 61.

Ebenso findet hier die Anwendung der Artikel 9 und 47 lit. c statt, jedoch mit der Beschränkung, dass eine Verteilung des Gewinnes und Verlustes nach Köpfen – soweit nicht der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt – ausgeschlossen ist.

Artikel 73.

Der Gesellschaftsvertrag muss auch Bestimmungen über die Größe der Einlagen und der wiederkehrenden Beiträge enthalten, bis zu welchen jeder Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet, ferner Bestimmungen über die Bildung des Geschäftsanteils und die Art der Erhebung der Beiträge.

Artikel 74.

Das in Art. 4 bezeichnete Register ist für die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht bei dem Handelsgericht gesondert zu führen.

Die dortselbst angeordnete Bekanntmachung muss auch die Bestimmung über die Größe der Einlagen und der wiederkehrenden Beiträge enthalten, bis zu welchen jeder

Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet, ferner Bestimmungen über die Bildung der Geschäftsanteile und die Art der Erhebung der Beiträge.

Artikel 75.

Im Falle des Ausscheidens eines Gesellschafters dauert die vertragsmäßige Haftung desselben noch zwei Jahre nach Ablauf des Geschäftsjahres, in welchem das Ausscheiden erfolgt ist, fort.

Diese Haftung erstreckt sich auf alle Verbindlichkeiten, welche von der Gesellschaft bis zum Ausscheiden des Gesellschafters eingegangen waren.

Vor dem Erlöschen dieser Haftung darf der Geschäftsanteil des ausgeschiedenen Gesellschafters und das sonst demselben auf Grund des Gesellschaftsvertrages gebührende Guthaben nicht hinausbezahlt werden.

Artikel 76.

Im Gesellschaftsvertrage ist zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Geschäftsanteil eines Gesellschafters an einen Andern übertragen werden kann.

Jedenfalls bleibt der ausscheidende Gesellschafter subsidiarisch in derselben Weise verhaftet, wie dieses im Art. 75 für den Fall des Ausscheidens eines Gesellschafters angeordnet ist.

Artikel 77.

Ergibt sich aus einer Bilanz (Artikel 26), dass die Hälfte des Betrages der Geschäftsanteile der zur Zeit der Bilanzerrichtung der Gesellschaft angehörenden und in Gemäßheit des Artikels 75 noch in Haftung stehenden Mitglieder verloren gegangen ist, so muss der Vorstand unverzüglich eine Generalversammlung berufen und dieser, sowie der nach Verordnung zuständigen Verwaltungsbehörde Anzeige erstatten.

Die Verwaltungsbehörde kann in diesem Falle von den Büchern der Gesellschaft Einsicht nehmen und nach Befinden der Umstände die Auflösung der Gesellschaft verfügen.

Artikel 78.

Ergibt sich, dass das Vermögen der Gesellschaft nicht mehr die Schulden deckt, so muss der Vorstand hievon dem Gericht behufs der Eröffnung der Gant Anzeige machen.

Artikel 79.

Mitglieder des Vorstandes, welche den in den Artikeln 75 Abs. 3, 77 und 78 enthaltenen Anordnungen entgegen handeln, haften persönlich und solidarisch für den hiedurch entstandenen Schaden.

Artikel 80.

Die Unterlassung der in Art. 77 und 78 vorgeschriebenen Anzeigen ist, vorbehaltlich der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, an den schuldtragenden Mitgliedern des Vorstandes als Vergehen mit dem Geld bis zu tausend Gulden zu bestrafen.

Schlussbestimmung.

Artikel 81.

Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung im Gesetzblatt, beziehungsweise Amtsblatt der Pfalz, in Wirksamkeit.

Gegeben München, den 29. April 1869.

n. Kommentar WEBER, Gesetz- und Verordnungen-Sammlung, Bd. 8, S. 56:

I. Das erste (69 Artikel enthaltende) Hauptstück ist dem Norddeutschen Gesetze v. 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften (Bd. VII S. 370) nachgebildet und entspricht den §§. 1 bis 69 dieses Gesetzes. Durch die Einführung des letzteren als Reichsgesetz in Bayern ist das I. Hauptstück des vorwüfigen Gesetzes v. 29. April 1869, vorbehaltlich seiner ferneren Anwendbarkeit auf die im II. Hauptstück behandelten registrierten Gesellschaften, ersetzt und aufgehoben worden. Die Bestimmungen im I. Hauptstück sind mit den entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes v. 4. Juli 1868 größtenteils wörtlich gleichlautend. Von den Verschiedenheiten sind – abgesehen von einigen stilistischen und sonstigen unbedeutenden oder solchen Änderungen, die sich daraus ergaben, dass das vorwüfige Gesetz v. 29. April 1869 für Bayern allein, das Gesetz v. 4. Juli 1868 aber für eine Mehrheit von Staaten erlassen wurde – folgende hervorzuheben:

a) Art. 17 hat folgenden dritten Absatz: „Besteht der Vorstand nur aus einem Mitglied, so muss in dem Gesellschaftsvertrag wegen der etwa nötig werdenden Stellvertretung Vorsorge getroffen werden.“

b) Art. 26 bildete aus § 26 zunächst zwei Absätze und enthält außerdem noch folgenden Absatz 3 und 4: „Die Bücher der Genossenschaft sind während zehn Jahren vom Tage des darin geschehenen letzten Eintrags an aufzubewahren.“

Zur Entlastung des Vorstandes bei Ablegung der Rechnung können nicht Personen bestellt werden, welche an der Geschäftsführung Teil genommen haben, wohl aber Personen, welchen die Aufsicht über die Geschäftsführung zusteht.“

c) Abs. 2 des Art. 27 lautet, wie folgt: „Sie sind, wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf keine geschäftlichen Zwecke, sondern auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, wegen Vergehens an Geld bis zu dreihundert Gulden zu bestrafen.“

d) Abs. 3 des Art. 31 hat folgenden Wortlaut: „Die Generalversammlung muss auch dann berufen werden, wenn mindestens der zehnte Teil der Genossenschafter in einer von ihnen zu unterzeichnenden Eingabe unter Anführung des Zweckes und der Gründe darauf anträgt. Ist in dem Gesellschaftsvertrag das Recht die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, einem geringeren Teile der Genossenschafter beigelegt, so hat es dabei sein Bewenden.“

e) In Art. 33 Abs. 2 ist die „Staatsbehörde“ nicht aufgezählt.

f) Die Art. 35-38 lauten, wie folgt:

„ Art. 35. Wenn eine Genossenschaft andere, als die im gegenwärtigen Gesetze (§ 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt, so kann sie aufgelöst werden, ohne dass deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet.

Die Auflösung kann in diesem Falle nur durch gerichtliches Erkenntnis auf Betreiben des Staatsanwaltes erfolgen. Als das zuständige Gericht ist dasjenige anzusehen, bei welchem die Genossenschaft ihren ordentlichen Gerichtsstand hat.

Das Verfahren ist gegen den Vorstand der Genossenschaft zu richten und es finden hierbei, sowie bezüglich der Rechtsmittel die für die Untersuchung und Aburteilung der Vergehen geltenden Vorschriften Anwendung.

Das Urteil ist, sofern es die Auflösung der Genossenschaft ausspricht und in Rechtskraft erwachsen ist, von dem aburteilenden Gerichte demjenigen Gerichte, welches das Genossenschaftsregister führt, zur Eintragung und Veröffentlichung mitzuteilen.

Art. 36. Die Auflösung der Genossenschaft muss, wenn sie nicht eine Folge der eröffneten Gant ist, durch den Vorstand zur Eintragung in das Genossenschaftsregister angemeldet werden und zu drei verschiedenen Malen durch die für die Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blätter bekannt gemacht werden.

Mit dieser Bekanntmachung müssen zugleich die Gläubiger zur Liquidation ihrer Ansprüche aufgefordert werden. Die aus den Büchern der Genossenschaft ersichtlichen Gläubiger sind außerdem persönlich aufzufordern, sich zu melden.

Vorerwähnte Anmeldung und Bekanntmachung hat, wenn die Auflösung der Genossenschaft nach Art. 35 erfolgt ist, erst nach eingetretener Rechtskraft des betreffenden Erkenntnisses zu geschehen.

Art. 37. Ist über das Vermögen einer Genossenschaft Gant verfügt worden, so ist die Gantöffnung von Amtswegen in das Genossenschaftsregister einzutragen und es ist von Seiten des Gantgerichts dem Handelsgerichte, bei welchem das Genossenschaftsregister geführt wird, zur Bewirkung des Eintrags unverzüglich Anzeige zu erstatten. Eine Bekanntmachung dieser Eintragung findet nicht statt.

Art. 38. Zum Austritt ist jeder Genossenschafter berechtigt, sofern er nicht auf bestimmte Zeit beigetreten ist.

Ist über die Kündigungsfrist und den Zeitpunkt des Austritts im Gesellschaftsvertrage nicht festgesetzt, so findet der Austritt nur mit dem Schlusse des Geschäftsjahres nach vorheriger, mindestens vierwöchentlicher Aufkündigung statt. Ferner erlischt die Mitgliedschaft durch den Tod, sofern der Gesellschaftsvertrag keine entgegengesetzten Bestimmungen enthält.

In jedem Falle kann die Genossenschaft einen Genossenschafter aus den im Gesellschaftsvertrage festgesetzten Gründen ausschließen; ebenso wegen rechtskräftiger Verurteilung in eine Strafe, womit die in Art. 28 des Strafgesetzbuches vom 10. November 1861 bezeichneten Straffolgen, oder einzelne derselben verbunden werden können.“

Durch Art. 79 des Ausf. Gesetzes zur RPrO vom 23. Februar 1879 erhielt Abs. 3 des Art. 38 folgende Fassung: „In jedem Falle kann die Genossenschaft einen Genossenschafter aus den im Gesellschaftsvertrage festgesetzten Gründen, sowie wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte ausschließen“ - wodurch Gleichlaut mit § 38 Abs. 3 des Gesetzes v. 4. Juli 1868 hergestellt wurde.

g) Die Art. 66-69 haben folgenden Wortlaut:

Art. 66. Das Handelsgericht hat den Vorstand der Genossenschaft, beziehungsweise die Liquidatoren, zur Befolgung der in den §§ 4, 6, 18, 23, 25, 26 Absatz 2, § 31 Absatz 3, §§ 33 Absatz 2, §§ 36, 41, 48, 52-59, 61 enthaltenen Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Für das hierbei zu befolgende Verfahren sind die in den Artikeln 10 bis 24 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch vom 10. November 1861 getroffenen Bestimmungen maßgebend.

Art. 67. Unrichtigkeiten in den nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes dem Vorstande obliegenden Anzeigen oder sonstigen amtlichen Angaben ziehen gegen die Vorstandsmitglieder Ordnungsstrafen bis zu fünfundzwanzig Gulden (45 M) nach sich.

Art. 68. Durch die im § 67 enthaltene Bestimmung wird die Anwendung der Strafgesetze nicht ausgeschlossen.

Art. 69. Die Genossenschaftsregister und die Einträge in dieselben, die Anmeldungen der bestellten Vorstände und Liquidatoren, die nach Art 25 einzureichenden Mitgliederverzeichnisse und die zu erstattenden Anzeigen, sowie die über deren Vorlage stattfindenden Beurkundungen, endlich die zum Zwecke der vorgeschriebenen Veröffentlichungen zu fertigen Auszüge aus den Satzungen und dem Genossenschaftsregister sind tax- und stempelfrei.

Im Übrigen komme in Beziehung auf Stempel, Taxen und sonstige Gebühren die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.

II. Bei Einführung des mehrerwähnten Gesetzes v. 4. Juli 1868 in Bayern wurde in § 2 des Gesetzes v. 23. Juni 1873 bestimmt, dass für die rechtlichen Verhältnisse der auf Grund des vorwüfigen Gesetzes v. 29. April 1869 vor dem 1. August 1873 eingetragenen „registrierten Gesellschaften“ die Bestimmungen dieses Gesetzes v. 29. April 1869 maßgebend bleiben. Dieselben lauten:

Zweites Hauptstück.

Von den Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht

Artikel 70.

Gesellschaften, welche zwar unter den Art.1 des gegenwärtigen Gesetzes fallen, welche aber die Bestimmung, dass alle Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Ge-

sellschaften solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen haften, nicht in ihren Gesellschaftsvertrag aufnehmen, sondern bestimmen, dass jeder Gesellschafter nur mit einer bestimmten Einlage und wiederkehrenden Beiträgen bis zu einer bestimmten Höhe haftet, erwerben die in den nachfolgenden Artikeln bezeichneten Rechte einer „registrierten Gesellschaft“ unter den nachstehend angegebenen Bedingungen.

Artikel 71.

Zur Gründung einer solchen Gesellschaft bedarf es

- 1) der schriftlichen Abfassung des Gesellschaftsvertrages (Statuts),
- 2) der Annahme einer gemeinschaftlichen Firma.

Die Firma muss von dem Gegenstande der Unternehmung entlehnt sein und die zusätzliche Bezeichnung: „registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ enthalten.

Der Name von Mitgliedern (Gesellschaftern) oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. Jede neue Firma muss sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden Firmen eingetragener Genossenschaften oder registrierter Gesellschaften deutlich unterscheiden.

Zum Beitritte der einzelnen Gesellschafter genügt die schriftliche Erklärung.

Artikel 72.

Bestimmungen der Artikel 3 Ziff.1-11, Artikel 4 bis 8, Artikel 10,11, Artikel 13-38, Artikel 39 Abs.2 und 3, Artikel 40 bis 46, Artikel 48 bis 50, Artikel 51 Abs. 1 bis 4, Artikel 67 bis 69 des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung Anwendung.

Gleiches gilt von der Bestimmung des Artikels 66 mit Ausnahme der dort im ersten Absatz vorkommenden Hinweisung auf die Vorschriften der Artikel 52 bis 59 und Artikel 61.

Ebenso findet hier die Anwendung der Artikel 9 und 47 lit. c statt, jedoch mit der Beschränkung, dass eine Verteilung des Gewinnes und Verlustes nach Köpfen – soweit nicht der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt – ausgeschlossen ist. (Fußnote: An Stelle der hier allegierten Artikel siehe die mit den Ziffern versehenen Paragraphen des Gesetzes v. 4. Juli 1868 (Bd. VII S. 370) mit den vorstehend zu Ziff. I bezeichneten Änderungen)

Artikel 73.

Der Gesellschaftsvertrag muss auch Bestimmungen über die Größe der Einlagen und der wiederkehrenden Beiträge enthalten, bis zu welchen jeder Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet, ferner Bestimmungen über die Bildung des Geschäftsanteils und die Art der Erhebung der Beiträge.

Artikel 74.

Das in Art. 4 bezeichnete Register ist für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung bei dem Handelsgericht gesondert zu führen.

Die dortselbst angeordnete Bekanntmachung muss auch die Bestimmung über die Größe der Einlagen und der wiederkehrenden Beiträge enthalten, bis zu welchen jeder Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet, ferner Bestimmungen über die Bildung der Geschäftsanteile und die Art der Erhebung der Beiträge.

Artikel 75.

Im Falle des Ausscheidens eines Gesellschafters dauert die vertragsmäßige Haftung desselben noch zwei Jahre nach Ablauf des Geschäftsjahres, in welchem das Ausscheiden erfolgt ist, fort.

Diese Haftung erstreckt sich auf alle Verbindlichkeiten, welche von der Gesellschaft bis zum Ausscheiden des Gesellschafters eingegangen waren.

Vor dem Erlöschen dieser Haftung darf der Geschäftsanteil des ausgeschiedenen Gesellschafters und das sonst demselben auf Grund des Gesellschaftsvertrages gebührende Guthaben nicht hinausbezahlt werden.

Artikel 76.

Im Gesellschaftsvertrage ist zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Geschäftsanteil eines Gesellschafters an einen Andern übertragen werden kann.

Jedenfalls bleibt der ausscheidende Gesellschafter subsidiarisch in derselben Weise verhaftet, wie dieses im Art. 75 für den Fall des Ausscheidens eines Gesellschafters angeordnet ist.

Artikel 77.

Ergibt sich aus einer Bilanz (Artikel 26), dass die Hälfte des Betrages der Geschäftsanteile der zur Zeit der Bilanzerrichtung der Gesellschaft angehörenden und in Gemäßheit des Artikels 75 noch in Haftung stehenden Mitglieder verloren gegangen ist, so muss der Vorstand unverzüglich eine Generalversammlung berufen und dieser, sowie der nach Verordnung zuständigen Verwaltungsbehörde Anzeige erstatten. (Fußnote: Als die zuständige Verwaltungsbehörde wurde mit V. v. 3. Oktober 1869, den Vollzug des Gesetzes über Erwerbs- und Wirtschafts-Gesellschaften und des des Gesetzes über Aktiengesellschaften, deren Unternehmen nicht in Handelsgeschäften besteht, betr. (Reg. Bl. S. 1825), das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten bestimmt, an dessen Stelle inzwischen das Staatsministerium des Inneren getreten ist.)

Die Verwaltungsbehörde kann in diesem Falle von den Büchern der Gesellschaft Einsicht nehmen und nach Befinden der Umstände die Auflösung der Gesellschaft verfügen.

Artikel 78.

Ergibt sich, dass das Vermögen der Gesellschaft nicht mehr die Schulden deckt, so muss der Vorstand hievon dem Gericht behufs der Eröffnung der Gant Anzeige machen.

Artikel 79.

Mitglieder des Vorstandes, welche den in den Artikeln 75 Abs. 3, 77 und 78 enthaltenen Anordnungen entgegenhandeln, haften persönlich und solidarisch für den hiedurch entstandenen Schaden.

Artikel 80.

Die Unterlassung der in Art. 77 und 78 vorgeschriebenen Anzeigen ist, vorbehaltlich der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, an den schuldtragenden Mitgliedern des Vorstandes als Vergehen mit dem Geld bis zu tausend Gulden zu bestrafen. (Fußnote: Nun bis zu 1800 Mark, gemäß Gesetz v. 8. November 1875)

o. Verordnung vom 3. Oktober 1869 über den Vollzug des Gesetzes über Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften und des Gesetzes über Aktiengesellschaften, deren Unternehmen nicht in Handelsgeschäften besteht

(Regierungsblatt des Königreichs Bayern, Samstag, den 16. Oktober 1869, Spalte 1825)

Ludwig II. etc.

Wir haben im Hinblick auf Artikel 77 des Gesetzes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Gesellschaften vom 29. April d. Js. und auf Artikel 14 des Gesetzes vom gleichen Tage über die Aktiengesellschaften, bei welcher der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht, beschlossen und verordnen was folgt:

Als diejenige Verwaltungsbehörde, welcher in Gemäßheit des Artikels 77 beziehungsweise Artikels 14 der genannten Gesetze Anzeige erstattet werden muss, wenn sich aus der Bilanz ergibt, dass bei einer Erwerbs- und Wirtschafts-Gesellschaft die Hälfte des Betrags der Geschäftsanteile der Mitglieder verloren gegangen ist, oder bei einer Aktiengesellschaft das Grundkapital derselben sich um die Hälfte vermindert hat, - und welcher in einem solchen Fall das Recht zusteht, von den Büchern der Erwerbs- und Wirtschafts-Gesellschaft oder Aktiengesellschaft Einsicht zu nehmen oder nehmen zu lassen, sowie nach Befinden der Umstände die Auflösung der Gesellschaft zu verfügen, wird hiermit Unser Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten bestimmt.

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung im ganzen Umfange des Königreiches in Wirksamkeit

Gegeben Schloss Berg, den 3. Oktober 1869

2. Zeittafel

1848 Februar-Revolution in Paris; 3.-6. März revolutionäre Unruhen in München

1848 März 6 Märzproklamation Ludwigs I. mit liberalen Versprechungen

1848 März 20 König Ludwig I. dankt zugunsten seines Sohnes Maximilian ab

1848-1864 König Max II.

1848 März 22 Eröffnung des Reformlandtags. Wahl eines „linken“ Landtags und Ver- tagung durch den König; die provisorische pfälzische Landesregierung sagt sich am 17. Mai von Bayern los und verbündet sich mit den badischen Aufständischen.

1848 Juli 4 Grundlagengesetz (über die Grundlagen der Gesetzgebung, die Gerichtsord- nung, das Verfahren in Zivil- und Strafsachen und über das Strafrecht); Gesetz über die Aufhebung der standes- und gutherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixie- rung und Ablösung von Grundlasten.

1848 Dezember 1 Neues Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten.

1849 April 18 Mit dem Rücktritt des Ministeriums Bray-Steinburg und dem neuen Mi- nisterpräsidenten und Außenminister Ludwig Frh. von der Pfordten endet die Zeit der liberalen Reformen. Ablehnung der Reichsverfassung durch die bayerische Regierung; Mai: Aufstand in der Pfalz und Niederschlagung.

1849 Dezember 22 Durch Verordnung wird vom König auf Veranlassung des Beraters Karl von Abel für Außenminister von der Pfordten die Stelle eines Vorsitzenden im Mi- nisterrat geschaffen.

1850 Februar 26 Vereins- und Versammlungsgesetz (GBL.) regelt das Vereins- und Ver- sammlungsrecht nach einer Zeit des Nichteinschreitens wieder im Sinne des vormärzli- chen Überwachungsstaates.

1852 Auf Betreiben des reaktionären Beraters des Königs, des ehemaligen Ministers Abel, nimmt von der Pfordten den ultrakonservativen Innenminister Reigersberg ins Kabinett.

1854 Eine Umbildung des Wahlrechts und eine Rückkehr zum Wahlsystem von 1818 scheitert am heftigen Widerstand des Landtags. Die Regierung und der König wagen es nicht, wie in Preußen das Gesetz durch einen Putsch zu oktroyieren. Der nun von Rei- gersberg wie vor 1848 praktizierte Polizeistaat wird in den Kammern als „oktroyierte Verwaltung“ bezeichnet.

1855 Der König löst aus politischen Gründen die Abgeordnetenversammlung auf. Neuwahlen

1858 Der König löst aus politischen Gründen die Abgeordnetenversammlung auf. Neuwahlen

1859 März 26 Landtagsabschied (19. Landtag): „Mit Schmerzen erfüllt Uns der Rück- blick auf den Gang und die Art der in der Kammer der Abgeordneten gepflogenen Ver- handlungen, in welchen so sehr alles Maß überschritten worden ist...“

1859 Mai 1 Entlassung des Kabinetts von der Pfordten, um den Stillstand bei der Gesetzgebung im Landtag zu beenden. König Max II.: „Ich möchte Frieden mit meinem Volke und den Kammern“ An der Spitze des neuen Ministeriums steht Karl Frh. von Schrenck-Notzing, das Innenministerium übernimmt Max Ritter von Neumayr.

1859 Juli 20 Eröffnung des 20. Landtags, vertagt am 9. August

1860 Dezember 15 In der Münchner Bürger-Sänger-Zunft wird das von Michael Öchsner 1860 ohne konkreten Anlaß gedichtete und im Herbst des Jahres von Konrad Max Kunz vertonte Lied „Für Bayern“ erstmals gesungen.

1860 Dezember 29 Der 20. Landtag tritt wieder zusammen.

1861 Hermann Schulze-Delitzsch veröffentlicht sein Werk: „Vorschuss- und Kreditvereine als Volksbanken“.

1861 Nov. 10 Landtagsabschied: Gesetz die Gerichtsverfassung betr. (Trennung von Justiz und Verwaltung); Gesetz die Einführung des Strafgesetzbuches und des Polizeigesetzbuches betr.; Notariatsgesetz; Gesetz über die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches betr.(GBl. 1861/62, S. 425; Weber 5, S. 397 ff. Finanzgesetz für die 8. Finanzperiode (1861-1867)

1861 Nov. 12 Feierlicher Schluß des 20. Landtags

1862 Juli 1 Das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch tritt in Bayern in Kraft.

1862 Juli 12 Gründung des Münchner Darlehen-Vereins mit Solidarhaftung (später Münchner Bank)

1863 Juni 15 Feierliche Eröffnung des 21. Landtags (Vertagung am 26. September 1863)

1863 August 10 Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk in der Kammer der Abgeordneten auf Erlass eines bayerischen Genossenschaftsgesetzes. Legt den von Schulze-Delitzsch verfassten Entwurf eines preußischen Genossenschaftsgesetzes vom gleichen Jahr als Vorbild für eine bayerische Gesetzgebung vor.

1863 August 29 Die Kammer der Abgeordneten beschließt die Zulässigkeit des Antrags und verweist ihn an den 1. Ausschuss. Dort wird am 1. September Dr. Arnheim zum Referenten bestellt.

1863 Gründung der Bayerischen Fortschrittspartei

1864 März 10 Tod von König Maximilian II.

1864-1886 König Ludwig II. (geb. am 25. August 1845)

1864 August 1 Bestellung von zwei neuen Ministern für Kultus (Nikolaus von Koch) und Justiz (Eduard von Bomhard, amtiert bis 26. April 1867). Am 4. Dezember wird Schrenck-Notzing durch den schon bis 1859 amtierenden Ludwig Freiherr von der Pfordten ersetzt, der Vorsitzender im Ministerrat wird (amtiert bis 29. Dezember 1869).

1865 März 27 Der 21. Landtag tritt wieder zusammen (tagt bis zum 11. Juli 1865)

1865 April 3/5 Nach dem Tod des Abgeordneten Dr. Fischel Arnheim (+31.1.1864) wird der Abgeordnete Melchior Stenglein zum Berichterstatter (Referenten) für den Antrag des Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863 ernannt.

1865 April 25 (Positive) Stellungnahmen des Berichterstatters und Abgeordneten Melchior Stenglein vor dem 1. Ausschuss zum Antrag des Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863. Der Vertreter der Staatsregierung erklärt, dass die zur Zeit in Dresden tagende Kommission zur Beratung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches von der Staatsregierung angewiesen sei, auch auf die gesetzliche Regelung der Genossenschaftsverhältnisse hinzuwirken. Man solle also zunächst die dortigen Ergebnisse abwarten. Trotz dieser Einwände werden die Anträge des Berichterstatters vom 1. Ausschuss in der vorgelegten Form einstimmig zum Beschluß erhoben, nämlich dem Landtage sobald als möglich einen Gesetzentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wodurch die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und Vereine geregelt wird.

1865 April 27 Schreiben des volkswirtschaftlichen Vereins in München (Vorstand Dr. Julius Knoll) an den Landtag, dieser möge alles tun, damit noch in dieser Landtagsperiode ein Genossenschaftsgesetz zustande kommt.

1865 Mai 1 Diskussion des Gesetzentwurf in der Kammer der Abgeordneten, die dem Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863 in der Formulierung des 1. Ausschusses zustimmt.

1865 Mai 5 die Kammer der Abgeordneten übermittelt den Beschluss vom 1. Mai der Kammer der Reichsräte zur Rückäußerung

1865 Mai 7 Der 1. Ausschuss der Kammer der Reichsräte wählt für den Antrag von Dr. Völk als Referenten Graf Ludwig v. Lerchenfeld.

1865 Mai 12 Lerchenfeld trägt im ersten Ausschuss der Kammer der Reichsräte vor

1865 Mai 22 Der nach Tit VII § 22 der Verfassungsurkunde nach 2 Monaten, also am 26. Mai zu Ende gehende Landtag wird vom König bis zum 26. Juni verlängert (und später noch einmal bis zum 11. Juli)

1865 Mai 24 Die Kammer der Reichsräte stimmt dem Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863 (Vortrag durch Reichsrat Lerchenfeld) ohne Änderungsanträge zu

1865 Mai 27 Gesamtbeschluss des Landtags mit Antrag an den König, entsprechend dem Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. August 1863 ein Genossenschaftsgesetz zu erlassen.

1866 Juli 10 Landtagsabschied (21. Landtag): In § 32 wird auf den Gesamtbeschluss des Landtags zur baldigen Vorlage eines Gesetzentwurfs über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften eine auswei-

chende Antwort gegeben: Mit dem Gegenstand habe sich die Regierung schon bisher eingehend beschäftigt...

1865 Juli 11 Beendigung des zweimal verlängerten 21. Landtags

1866 Mai 27 Eröffnung des 22. Landtags (tagt mit großen Unterbrechungen von 1866 Mai 27 bis 1869 April 29), wird am 21. Juni vertagt

1866 Juli 2 Die Schlacht von Königgrätz entscheidet den deutschen Bruderkrieg zugunsten Preußens. Niederlage Bayerns an der Seite Österreichs. Bayern muss 30 Millionen Taler Kriegsentschädigung zahlen.

1866 August 22 (Geheimes) Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Bayern.

1866 August 23 Friede von Prag. Ende des Deutschen Bundes

1866 August 26 Wiedereinberufung des 22. Landtags, am 31. August vertagt.

1866 Oktober 20 Königliche Ermächtigung an die Regierung zur Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs zum Genossenschaftsgesetz

1866/67 Ministerialrat Prof. Dr. Ludwig Weis (1813-1880) verfasst einen Entwurf zum Genossenschaftsgesetz und die Motive

1866 Dezember 12 Johannes Lutz wird zum Ministerialrat im Justizministerium und gleichzeitig zum Leiter des Kabinettssekretariats Ludwig II. ernannt (mit Wirkung zum 1. Januar). Am 16. Dezember wird ihm der persönliche Adel verliehen.

1866 Dezember 29 Ludwig Frh. von der Pfordten als Außenminister und Vorsitzender des Ministerrats entlassen.

1866 Dezember 31 Chlodwig Karl Viktor Fürst von Hohenlohe Schillingsfürst wird neuer Außenminister und Vorsitzender des Ministerrats (bis 7. März 1870)

1867 Januar 5 Wiedereinberufung des 22. Landtags, am 23. März vertagt.

1867 Februar 12 Wahl eines konstituierenden Norddeutschen Reichstages (Eröffnungssitzung am 24. Februar). Die Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes erfolgte am 16. April.

1867 März 10 Neuer Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk unter Hinweis auf seinen Antrag vom 10. August 1863.

1867 März 16 Der Abgeordnete Krumbach nimmt Stellung zum Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. März 1867

1867 März 22 Der Abgeordnete Melchior Stenglein wird zum Referenten im Gesetzgebungsausschuss für den Antrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk vom 10. März 1867 bestimmt.

1867 März 23 Vertagung des 22. Landtags, am 28. September wieder einberufen

1867 März 27 Preußisches Genossenschaftsgesetz (GS S. 501)

1867 April 26 Justizminister Eduard v. Bomhard wird entlassen.

1867 Sept. 16 Der Leiter des königlichen Kabinettssekretariats Johannes Ritter von Lutz wird (mit Wirkung zum 1. Oktober) zum Justizminister ernannt.

1867 Sept. 28 Wiedereinberufung des 22. Landtags, am 2. Mai 1868 vertagt.

1868 Januar 3 Justizminister Lutz legt den Gesetzentwurf und die Motive König Ludwig II. mit dem Antrag vor, die Vorberatung im Staatsrat und die Vorlage vor dem jetzt tagenden Landtag genehmigen zu wollen (MJu 17059). Als Referent wird Dr. Weis (Justizministerium bestellt)

1868 Januar 10 Signat König Ludwigs II. mit der Genehmigung für eine Beratung im Staatsrat und der Vorlage vor den Landtag, falls (im Staatsrat) keine wesentlichen Änderungen beschlossen werden (MJu 17059)

1868 Januar 12 Justizminister Lutz überweist den von Weis ausgearbeiteten Gesetzentwurf und die Motive an das Generalsekretariat des Staatsrats (mit dem Vermerk „dringend“) (MJu 17059)

1868 Januar Der Gesetzentwurf wird vom Justizminister im Staatsrat vorgelegt, dort beraten und mit geringfügigen Änderungen (Art. 1: Erweiterung der Betroffenen Vereine um „religiöse“) beschlossen (MJu 17059)

1868 Januar 24 Der Gesetzentwurf wird in der Kammer der Abgeordneten vorgelegt.

1868 Januar 24 Der Abgeordnete Dr. Joseph Völk wird für den Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868 als Referent im Gesetzgebungsausschuss (1. Ausschuss) bestimmt.

1868 Februar 22 Artikel in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung, in dem die Zusammenfassung von Wirtschaftsgenossenschaften mit den Vereinen als unzumutbar bezeichnet wird

1868 Februar 25 Vorstellung (Eingabe) des volkswirtschaftlichen Vereins in München zum Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868. Die Vorstellung (Eingabe) des Vereins wird von den Abgeordneten Croissant und Frh. von Stauffenberg übernommen (Aneignung) und dem 1. Ausschuss zur Berücksichtigung überwiesen. Spricht sich für die Übernahme des preußischen Genossenschaftsgesetzes vom 27.3.1867 aus.

1868 März Vorstellung (Eingabe) des Augsburger Vorschussvereins zum Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868. Die Vorstellung (Eingabe) des Vereins wird vom Abgeordneten Croissant übernommen (Aneignung) und dem 1. Ausschuss zur Berücksichtigung überwiesen. Spricht sich für die Übernahme des preußischen Genossenschaftsgesetzes vom 27.3.1867 aus.

1868 März 17 Vortrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk als Berichterstatter des 1. Ausschusses zum Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868 (Beilagen u.a.: Die beiden Eingaben

des volkswirtschaftlichen Vereins München und des Augsburger Vorschussvereins, sowie ein eigener Gesetzentwurf).

1868 Mai 2 Vertagung des 22. Landtags

1868 Juli 4 Gesetz des Norddeutschen Bundes betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften (BundesGBL. Nr. 24, S. 415) übernimmt im Wesentlichen das preußische Genossenschaftsgesetz vom 27. März 1867

1868 Dezember 7 Wiedereinberufung des 22. Landtags

1868 Dezember 23 Der pfälzische Genossenschaftsverband legt der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten eine Denkschrift zum Regierungsentwurf vom 24. Januar 1868 vor und bittet um die weitgehend unveränderte Annahme des Gesetzes des Norddeutschen Bundes

1869 Januar 6 (Zweiter) Vortrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk als Berichterstatter des 1. Ausschusses zum Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868 (nicht in den Verhandlungen abgedruckt). Legt dem Ausschuss zwei eigene Entwürfe vor, einen für ein Gesetz über die Wirtschaftsgenossenschaften, angelehnt an das preußische Gesetz, und einen anderen über Vereine. Mit Genehmigung des Ministeriums wird im Ausschuss nicht mehr über den ursprünglichen Entwurf des Ministeriums, sondern über die beiden von Völk vorgelegten Entwürfe beraten

1869 Januar 15 Beratungen zum Genossenschaftsgesetz (Art. 1 bis 16) im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (Beilage 5, S. 347)

1869 Januar 16 Beratungen zum Genossenschaftsgesetz (Art. 17 bis 39) im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (Beilage 5, S. 348)

1869 Januar 19 Beratungen zum Genossenschaftsgesetz (Art. 40 bis 69) im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (Beilage 5, S. 349)

1869 Februar 9 (Dritter) Vortrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk als Berichterstatter des 1. Ausschusses zum Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868 (nicht in den VERHANDLUNGEN abgedruckt)

1869 Februar 18 Schlussberatungen zum Genossenschaftsgesetz (Art. 70 bis 79) im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (Beilage 5, S. 350)

1869 Februar 20 Beratungen zum Vereinsgesetz (alle Artikel) im 1. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten (Beilage 5, S. 355)

1869 Februar 21 Vortrag des Abgeordneten Dr. Joseph Völk als Berichterstatter des 1. Ausschusses zum Gesetzentwurf vom 24. Januar 1868

1869 März 11 Diskussion im Landtag über die zwei Entwürfe, Beschluß und Mitteilung des Entwurfs an die Kammer der Reichsräte

1869 April 6 In der Kammer der Reichsräte referiert Reichsrat Ferdinand Haubenschmied im ersten Ausschuss über den Gesetzentwurf

1869 April 12 Diskussion und Beschluss in der Kammer der Reichsräte

1869 April 15 Der erste Ausschuss der Kammer der Abgeordneten billigt die Änderungen der Kammer der Reichsräte (außer bei Art. 32 Abs. 1 des Vereinsgesetzes)

1869 April 20 Diskussion in der Kammer der Abgeordneten über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräte. Beschluss wie 1. Ausschuss

1869 April 26 Zustimmung der Kammer der Reichsräte zu dem Änderungsvorschlag der Kammer der Abgeordneten

1869 April 26 Gesamtbeschluss des Landtags über die beiden Gesetze

1869 April 29 Landtagsschluss und Landtagsabschied. Zahlreiche vom Landtag beschlossene Gesetze, etwa die Gemeindeordnung, die Maß- und Gewichtsordnung (Einführung des Metermaßes), Zivilprozessordnung, Armengesetz oder ein Militärstrafgesetzbuch erhalten die königliche Zustimmung. In § 16 des Landtagsabschieds heißt es unter der Überschrift: „Die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, dann von Vereinen betreffend“: Die von den beiden Kammern zu dem Gesetzentwürfe, die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften betreffend, beschlossenen Modifikationen sind von Uns genehmigt worden und lassen Wir die hiernach ausgefertigten beiden Gesetze, „die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften betr.“ dann „die privatrechtliche Stellung der Vereine betreffend“, unter Ziffer X und XI verkünden.

1869 April 29 Gesetz, die privatrechtliche Stellung der Erwerb- und Wirtschafts-Gesellschaften betr. (Beilage X zum Landtagsabschied) (GBL. für das Königreich Bayern 1869, Sp. 1153-1154.) Das Gesetz sieht zwei Arten von Genossenschaft vor: 1. Die eingetragenen (ausdrücklich als Genossenschaft bezeichneten) mit unbeschränkter Haftpflicht und 2. die registrierten Erwerb- und Wirtschaftsgesellschaften mit beschränkter Haftpflicht (Haftung nur mit den Einlagen und Beiträgen). Der erste Teil des Gesetzes (§§ 1-69) entspricht im Wesentlichen dem Norddeutschen Gesetz vom 4. Juli 1868, mit folgenden Abänderungen bzw. Zusätzen (vgl. dazu Weber, Bd. 8, S. 56 f.) erfolgten in Art 17 (zusätzlicher Absatz 3), Art. 26 (zusätzlich Abs. 2 und 4), Art. 27 Abs. 2, Art. 31 Abs. 3, in Art. 33 Abs. 2 ist die „Staatsbehörde“ nicht aufgezählt, Art. 35 bis 38 und Art. 66 bis 69 sind etwas anders formuliert.

1869 Dezember 20 Der Justizminister Johannes von Lutz übernimmt auch das Kultusministerium (Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten), das er bis zum 31. Mai 1890 behält.

1870 März 7 Außenminister Hohenlohe wird als Außenminister und Vorsitzender im Ministerrat entlassen und durch Bray-Steinburg ersetzt, der nur bis zum 25. Juli 1871 amtiert.

1870 August 4 Im Deutsch-Französischen Krieg zeichnen sich die bayerischen Truppen in der Schlacht von Weißenburg aus.

1870 September 2 Deutsch-Französischer Krieg; Gefangennahme Kaiser Napoleons III. in Sedan). Bayerische, süddeutsche und preußische Truppen kämpfen gemeinsam.

1870 November 23 Nach der Niederlage Frankreichs tritt Bayern dem Norddeutschen Bund bei und erhält einige Sonderrecht (Reservatrechte): Die bayerische Armee bleibt selbstständig und steht im Frieden unter dem Oberkommando des bayerischen Königs. Bayern behält seine Post und seine Eisenbahn und darf auswärtige Vertretungen unterhalten. Es darf weiterhin die Bier- und Branntweinsteuer selbstständig erheben und sein eigenständiges Ansässigmachungs- und Verehelichungsrechts (Heimatrecht) behalten; mit dem „Kaiserbrief“ bietet im Dezember Ludwig II. dem preußischen König die Kaiserkrone (und den Titel „Deutscher Kaiser“, an

1871 Januar 18 Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles

1871 Januar 21 Die bayerische Kammer der Abgeordneten stimmt den Novemberverträgen zu.

1871 März 21 Eröffnungssitzung des Reichstags des Deutschen Reichs

1871 April 16 Verfassung des Deutschen Reiches auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes: Zentrales Verfassungsorgan und Träger der Souveränität ist der Bundesrat. Von dessen 58 Stimmen führt Preußen 17. Bayern (6), Württemberg (6), Sachsen (4) und Baden (3) führen zusammen ebenfalls 17 Stimmen. Die Stimmen eines Staates müssen geschlossen abgegeben werden. Ohne Zustimmung des Bundesrats ist kein Reichstagsbeschluss gültig. Der Reichstag wird in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl nach dem Mehrheitssystem gewählt. Gesetzinitiative beim Bundesrat und beim Reichstag. Zuständigkeit des Reiches in Art. 4: Staatsbürgerrecht, Zoll- und Handelsfragen, Eisenbahn, Wasserstrassen und post, Strafrecht, Handelsrecht und Gerichtsverfahren (seit 1873 auch Zivilrecht), Militärwesen, Press- und Vereinsrecht;

1871 Mai 19 Deklaration (RGBl. S. 101). Das Gesetz des Norddeutschen Bundes betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften vom 4. Juli 1868 wird Reichsgesetz

1871 August 21 Nach der Entlassung von Graf Camille von Bray-Steinburg am 25. Juli wird Graf Friedrich Adam Justus von Hegenberg-Dux neuer Außenminister und Vorsitzender im Ministerrat (+2. Juni 1872)

1871 Oktober 10 Gründung der Baugenossenschaft München, einer der ältesten Wohnungsbaugenossenschaften Deutschlands

1873 Juni 23 Gesetz betr. die Einführung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften vom 4. Juli 1868 im Königreich Bayern (GBl. für das Königreich Bayern von 1873 Sp. 3 ff.). Das Gesetz kennt nur Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht. Die in Bayern be-

reits errichteten Gesellschaften mit beschränkter Haftung bleiben bestehen (insgesamt 26, vgl. Sten. Ber. 73, 1160 ff.). Für diese registrierten Gesellschaften galten laut § 2 die Bestimmungen des Gesetzes vom 29. April 1869 weiter (also die Art. 70-81). Um diese Zeit bestehen in Bayern bereits 109 Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht.

1875 August 10 Konkurs der Düsseldorfer Gewerbebank (Genossenschaftsbank). In der Folge werden Zweifel an der Solidarhaftung der Mitglieder laut.

1876 Nov. 7 Antrag von Schulze-Delitzsch auf Abänderung des Reichsgesetzes

1889 Mai 1 Reichsgesetz betr. die Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften (RGBl. S. 55). Nach bayerischem Vorbild (Genossenschaftsgesetz von 1869) werden nun auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung zugelassen. Die zweite grundlegende Änderung gegenüber dem Gesetz vom 23. Juni 1873 ist die Einführung einer Prüfungspflicht.

1898 Mai 20 Gesetz, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (RGBl. S. 810)

UNGEDRUCKTE QUELLEN

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

a) Bestand Justizministerium (MJu)

1984, 10233, 10333, 17090, 17059, 17062,

b) Bestand Innenministerium (MInn)

1862, 52714

c) Bestand Wirtschaftsministerium (MWi)

1317, 1446

d) Bestand Landtag (Landtag)

564 Antrag Dr. Völk 1865 (Kammer der Reichsräte)

569 Gesetzentwürfe Genossenschaft 1866-1869) (Kammer der Reichsräte)

3657 Antrag des Abgeordneten Dr. Völk Gesetzentwurf über die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Wirtschaftsgenossenschaften 1863/65 (Kammer der Abgeordneten, 1. Ausschuss)

3660 (Völk 1867)

3661 Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes (Referentenentwurf 1868 bis Entwurf Völk 1869 (Kammer der Abgeordneten, 1. Ausschuss)

GEDRUCKTE QUELLEN

Alphabetisches Repertorium über die VERHANDLUNGEN des bayerischen Landtags 1863/65

Alphabetisches Repertorium über die VERHANDLUNGEN des bayerischen Landtags 1866/69

Alphabetisches Repertorium über die VERHANDLUNGEN des bayerischen Landtags 1889/90

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1863 Sten. Ber. Band 1, S. 196 – Antrag des Abg. Dr. Völk : Vorlage eines Gesetzesentwurfs

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1863 Sten. Ber. Band 1, S. 236-237 – Vortrag des Abg. Krumbach als Sekretär

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1863
Sten. Ber. Band 1, S. 265 – Dr. Arnheim wird zum Referenten ernannt

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1865
Sten. Ber. Band 2, S. 25 – Stenglein wird das Referat übertragen.

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1865
Sten. Ber. Bd. 2, S. 170 – Vortrag Stengleins

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1865
Sten. Ber. Bd. 2, S. 109 – Beratung und Beschlussfassung

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1865
Sten. Ber. Bd. 2, S. 117 – Übergabe an die Kammer der Reichsräte

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1865
Sten. Ber. Bd. 2, S. 218 – Gesamtbeschluss

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1865
Sten. Ber. Bd. 2, S.109 – Petition des Münchner volkswirtschaftlichen Vereins.

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1865
Sten. Ber. Bd. S. 179 – Landtagsabschied

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags,
1866/67 Sten. Ber. Bd. 1, S. 363, Antrag des Dr. Völk

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags,
1866/67 Sten. Ber. Bd. 1, S. 385-387 – Vortrag des VI. Ausschusses und Ernennung
Stengleins zum Referenten.

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags,
1866/68 Sten. Ber. Bd. 2, S. 558 - Vorlage eines Gesetzes, die Privatrechtsverhältnisse der
Genossenschaften betr., durch den k. Staatsminister v. Lutz

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags,
1866/68 Beil. Bd 3, S. 367 und. Sten. Ber. Bd. II S. 577 (Der Gesetzentwurf mit Motiven)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags
1866/69, Sten. Ber. Bd. II, S. 571 (Ernennung des Abg. Dr. Völk zum Referenten)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags,
1866/69, Beil. Bd V, Seite 321- 351 und Seite 609 (Vortrag des Abgeordneten Dr. Völk als
Berichterstatte r über den Entwurf eines Gesetzes, die Privatrechtsverhältnisse der Ge-
nossenschaften betreffend, 21. Februar 1869)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags,
1867/69 Sten. Ber., Bd. VI, S. 21, 272- 274 (Beratung und Beschlussfassung)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags 1867/69, Sten. Ber., Bd. 6, S. 32 (Beschluss)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags 1867/69, Sten. Ber., Bd. 3, S. 283, Bd. 6, S. 53 (Vorstellung des volkswirtschaftlichen Vereins in München, den oben genannten Gesetzesentwurf betr., ang. v. Abg. Croissant. und vom Abg. Frhrn. v. Stauffenberg.)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags 1867/69, Sten. Ber., Bd. III. S. 407, 468. Bd. V. S. 133 (Vorstellung des Augsburger Vorschussvereins, gleichen Betr., ang. vom Abg. Croissant)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags 1867/69, . Sten. Ber. Bd. V. S. 114, 133. (Bitte des „pfälzischen Genossenschaftsverbandes“, den Gesetzentwurf über das Genossenschaftswesen betr)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags 1867/69, Sten. Ber. Bd. V. S. 134, 183, 196, 197. Bd. VI. S. 19 (Weitere Vorstellungen).

VERHANDLUNGEN der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 186 Sten. Ber. Bd. 6, S. 387/390 (Gesamtbeschluss)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, 1865, Beil. B. 2, S. 192-198 (Vortrag des Reichsrats Grafen von Lerchenfeld als Referent über den Antrag des Dr. Völk)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, 1865, Pr. Bd. 2, S. 214 – 219 (Vortrag des Reichsrats Grafen von Lerchenfeld als Referent über den Antrag des Dr. Völk)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, 1865, Pr. Bd. 2, S. 215 ff. (Beratung und Beschlussfassung)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, 1865, Pr. Bd. 2, S. 218 (Mitteilung des Beschlusses an die II. Kammer)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, Bitte des pfälzischen Genossenschaftsverbandes: die Einführung des im norddeutschen Bunde geltenden Genossenschaftsgesetzes in Bayern betr. Pr.-Bd. VI S. 24

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte 1868/69, Beil. Bd. VI. S. 532 – 538 (Vortrag des Reichsrats Haubenschmied)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, 1868/69, Pr. Bd. VII. S. 450 und Bd. VIII: S. 468

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, Pr.-Bd. VII: S. 476. Beil. -Bd. VI. S. 571, Pr.-Bd. VIII. S. 472. Beil.-Bd. VII. S. 676 (Beschlüsse.)

VERHANDLUNGEN der Kammer der Reichsräte, Beil.Bd. VII. S. 677 (Gesamtbeschluss)

LITERATURVERZEICHNIS

Aldenhoff, Rita	Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984
Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 31	Armenfürsorge und Daseinsfürsorge, Dokumente zur Geschichte der Sozialgesetzgebung und des Sparkassenwesens in Bayern, München 1997
Arnold W. Lamparter	Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Einer für alle - alle für einen, Neuhausen-Stuttgart 1985
Baer, Eugen	Zur Vorgeschichte der deutschen Kreditgenossenschaften, Diss. Heidelberg 1907 (Neudruck Paderborn 2011)
Bäsler, Hans Joachim	Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nach bayerischem Recht, Diss. jur., Erlangen 1910
Baumann, Horst, Falkenstein, Lorenz	Die Volksbanken und Raiffeisenbanken, Frankfurt 1976
Brentano, D. von	Grundsätzliche Aspekte der Entstehung von Genossenschaften, Berlin 1980
Coing, Helmut	Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, Band III, München 1986
Cordes, Albrecht, Rückert, Joachim	Festschrift für Gerhard Dilcher zum 70. Geburtstag, Berlin 2003
Dehkordi, Peter Alavi	Die Entwicklung des genossenschaftlichen Prüfungswesens von der ersten gesetzlichen Regelung im Jahre 1889 bis zur Gegenwart, München 2009
Deumer, Robert	Das Recht der eingetragenen Genossenschaften, München-Leipzig 1912
Deutscher Genossenschaftsverband	Festschrift zur 100-Jahrfeier des Deutschen Genossenschaftsverbands (Schulze-Delitzsch) e.V., 1960

Doeberl, Michael	Entwicklungsgeschichte Bayerns, 3 Bde., München 1906-1931
Doeberl, Michael	Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918
Döllinger, Georg	Sammlung der im Gebiete der inneren Staatsverwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, 23 Bde., München 1835-1839
Draheim, Georg	Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1955
Draheim, Georg	Grundfragen des Genossenschaftswesens, Frankfurt 1983
Eisenberg, Christiane	Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften, Bonn 1985
Fassbender, Martin	Friedrich Wilhelm Raiffeisen in seinem Leben, Denken und Wirken im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung des neuzeitlichen Genossenschaftswesens in Deutschland, Berlin 1902
Faust, Helmut	Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Ursprung und Weg der Genossenschaftsbewegung in England, Frankreich und Deutschland sowie ihre weitere Entwicklung im deutschen Sprachraum, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1977
Faust, Helmut	Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, Frankfurt/M. 1971
Faust, Helmut	Die Zentralbank der deutschen Genossenschaften. Vorgeschichte, Aufbau und Entwicklung der Deutschen Genossenschaftskasse, Frankfurt/M 1967
Finck, Richard	Das Schulze-Delitzsch'se Genossenschaftswesen und die modernen Entwicklungstendenzen, Jena 1909

Gierke, Otto von	Das Deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. 1-4, Berlin 1868 ss.; ND Graz 1954
Gierke, Otto von	Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung, Berlin 1887
Götschmann, Dirk	Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz. Die Ständeversammlung des Königreichs Bayern 1818-1848, Düsseldorf 2002
Granzow, Walter	Das Recht der deutschen Genossenschaften. Denkschrift des Ausschusses für Genossenschaftsrecht der Akademie für Deutsches Recht (Arbeitsberichte der Akademie für Deutsches Recht 16), Tübingen 1940
Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG)	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG) 1. Aufl., 5 Bde., Berlin 1971-1998, 2. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 2004 ff. (zuletzt 19. Lieferung 2014)
Hasselmann, Erwin	Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, Frankfurt/M. 1971
Hauser, Lorenz	Die neueste bayerische Gesetzgebung über Vereine, Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, in: Goldschmidts Zeitschrift für Handelsrecht 14 (1870), S. 341-368
Hesser, Horst	Gesetzgeber und Gesetzgebung in Bayern 1848-1870, 2 Bde., Weilheim 1984/87
Heyder, Heinz	Die Entstehung und der Wandel von Kreditgenossenschaften. Ein Beitrag zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der gewerblichen Kreditgenossenschaften, Göttingen 1966
Historische Commission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften, 56 Bde.,	Allgemeine Deutsche Biographie (ADB), Leipzig 1875-1912
Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften	Neue deutsche Biographie (NDB), bisher 23 Bde., Berlin 1953-2013

Historischer Verein bayerischer Genossenschaften e. V.	Die Anfänge der modernen Genossenschaftsbewegung in Bayern, Österreich und Südtirol (Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte 1, München 1998)
Hohenegg, Ernst	Raiffeisen in Bayern. 1893-1968. 75 Jahre Raiffeisenverband, Bayerische Raiffeisen-Zentralkasse, München 1968
Hummel, Karl-Joseph	München in der Revolution von 1848/49, Göttingen 1987
Hüttl, Ludwig	Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Leben und Werk, München 1988
Hüttl, Ludwig	1893-1993. Genossenschaftsverband Bayern (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V., München. Eine Chronik der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftsverbände in Bayern seit dem 19. Jahrhundert, München 1993
Hüttl, Ludwig	Hermann Schulze-Delitzsch: Politiker und Genossenschaftspionier im Zeitalter Bismarcks - ein Lebensbild, in: Renner, Manfred/Strieder, Thomas, (Hrsg.): Genossenschaften im Umbruch. Festschrift für Dr. Jürgen Brink, S. 25-56, Wiesbaden 2002
Hüttl, Ludwig	Schulze-Delitzsch als Parlamentarier, in: Förderverein Schulze-Delitzsch (Hrsg.): Hermann Schulze-Delitzsch. Weg-Werk-Wirkung, S. 196-211, Delitzsch 2008,
Jaeger, Hans	Staatliche „Sozialpolitik“ in Bayern um die Mitte des 19. Jahrhunderts (1840-1869). In: Zeitschrift für bayerische Sparkassengeschichte Jg. 3, S. 34-53, München 1989
Jörg, Joseph Edmund	Briefwechsel 1846-1901, bearbeitet von Dieter Albrecht, Mainz 1988
Kah, Bernhard	Beiträge zum Recht der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Mannheim 1881

Kaltenborn, Wilhelm	Ein vergessener Hermann Schulze-Delitzsch (Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch und Gedenkstätte des deutschen Genossenschaftswesens e.V., Heft 16) Delitzsch 2009
Kluthe, Klaus	Genossenschaften und Staat in Deutschland, Berlin 1985
Krauss, Marita	Herrschaftspraxis in Bayern und Preußen im 19. Jahrhundert. Ein historischer Vergleich (Historische Studien 21), Frankfurt/Main - New York 1997
Kulemann, Wilhelm	Die Genossenschaftsbewegung, 2. Bde., Berlin 1922
Laufs, Adolf	Genossenschaftsdoktrin und Genossenschaftsgesetzgebung vor hundert Jahren, in: Juristische Schulung, S. 311 – 313, München 1968
Liebig, Eugen Freiherr von	Die Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht und ihre Behandlung im Konkurse, München 1892
Löffler, Bernhard	Die bayerische Kammer der Reichsräte, 1848 bis 1918, Grundlagen, Zusammensetzung, Politik, München 1996
Lorenzen, Joh.	Geschichte des Verbandes pfälzischer Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften 1867 bis 1917, Zweibrücken 1917
Lukas, Klaus	Der Deutsche Genossenschafts-verband. Entwicklung Struktur und Funktion (Untersuchungen über Gruppen und Verbände 10), Berlin 1972
Lukas, Klaus	Der Deutsche Raiffeisenverband. Entwicklung Struktur und Funktion (Untersuchungen über Gruppen und Verbände 11), Berlin 1972.

Mascher, H.A.	Das Gesetz vom 27.3.1867, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften in Preußen nebst Ministerial-Instruktion. Nach Geschichte, Recht und Volkswirtschaft, Potsdam 1868
Müller, Friedrich	Die geschichtliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland von 1848/49 bis zur Gegenwart, Leipzig 1901
Müller, Birgit Susanne	Kreditgenossenschaften in Bayern: eine rechtsgeschichtliche Untersuchung der Kreditvergabe, der Kreditsicherung und der Kreditabwicklung von den Anfängen bis 1914, Münster 2008
Müller, Günther	König Max II. und die soziale Frage, München 1964
Müller, Günther	König Maximilian II. und die soziale Frage. In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hrsg.), König Maximilian II. von Bayern 1848-1864, S. 175-186, Rosenheim 1988
Parisius, Ludolf	Das Preußische Gesetz betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs-Wirtschafts-genossenschaften vom 27. März 1867, Berlin 1868
Parisius, Ludolf	Das Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, vom 1. Mai 1889, Berlin 1895
Parisius, Ludolf	Das Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, vom 1. Mai 1889, Kommentar, bearb. von Hans Crüger Adolf Crecelius/Fritz Citron, Berlin-Leipzig 1928
Paulick, Heinz	Das Recht der eingetragenen Genossenschaft (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster 9), Karlsruhe 1956
Paulick, Heinz	Die eingetragene Genossenschaft als Beispiel gesetzlicher Typenbeschränkung, jur. Habilschrift Tübingen 1954

Pfeiffer, Eduard	Über Genossenschaftswesen, Leipzig 1863
Pözl, Joseph von	Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, 3. Aufl., München 1860
Priesack, August	Die bayerischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung mit besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung zur deutschen Frage und ihres Verhältnisses zu König Max II.. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus, Diss. Würzburg 1929/30, München 1930
Puck, Arnold	Geschäftsanteil und Haftsumme der Kreditgenossenschaften. Wandlungen in der Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, Köln 1936
Rall, Hans	Die Symposien Maximilians II.. In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hrsg.), König Maximilian II. von Bayern 1848-1864, S. 63-70, Rosenheim 1988
Reitlinger, Frédéric	Les sociétés coopératives en Allemagne et le projet de loi français, Paris 1867
Riehn, Reinhold	Das Konsumvereinswesen in Deutschland: Seine volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung, Stuttgart 1902
Riess, Alfons	Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Ehrenbergs Handbuch des gesamten Handelsrechts III/2), Leipzig 1922
Rosenthal, Joseph	Die Credit-, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Systematische Darstellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften des (Nord-) Deutschen Bundes in fortlaufender Vergleichung mit der offenen Handels- und Actiengesellschaft und unter Berücksichtigung der übrigen Deutschen Gesetzgebung auf diesem Gebiete, Freienwalde/Oder-Berlin 1874
Rosin, Heinrich	Das Recht der öffentlichen Genossenschaft, Freiburg/Br. 1886.

Rotthege, Georg	Die Beurteilung von Kartellen und Genossenschaften durch die Rechtswissenschaften (Schriften zur Kooperationsforschung C 16), Tübingen 1982
Ruhland, Antonie	Die Anfänge der gewerblichen Genossenschaftsbewegung in Bayern (an ausgewählten Beispielen), in: Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte, hg. vom Historischen Verein bayerischer Genossenschaften e.V., Bd. 1: Die Anfänge der modernen Genossenschaftsbewegung in Bayern, Österreich und Südtirol, S. 32-51, München 1998
Schärl, Walter	Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 - 1918, (Münchner Historische Studien Abt. Bayerische Geschichte, Bd. 1), Kallmünz 1955
Schieder, Theodor	Die deutsche Fortschrittspartei in Bayern und die deutsche Frage 1863-1871, Diss., München 1936
Scholz Löhnig, Cordula	Bayerisches Eherecht von 1756 bis 1875 auf dem Weg zur Verweltlichung, Diss., München 2004
Schubert, Werner	100 Jahre Genossenschaftsgesetz: Quellen zur Entstehung und jetziger Stand, Tübingen 1989
Schulze-Delitzsch, Hermann	Associationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter, Leipzig 1853
Schulze-Delitzsch, Hermann	Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland, Berlin 1870
Schulze-Delitzsch, Hermann	Die Gesetzgebung über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit besonderer Rücksicht auf die Haftpflicht bei kommerziellen Gesellschaften, Berlin 1869
Seydel, Max von	Bayerisches Staatsrecht, Bd. 2, München 1885; Bd. 4. Freiburg im Breisgau 1889

Sicherer, Hermann von	Die Genossenschaftsgesetzgebung in Deutschland. Kommentar zu dem Reichsgesetz über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften unter Berücksichtigung des bayerischen Genossenschaftsgesetzes, Erlangen 1872
Sohm, Rudolf	Die deutsche Genossenschaft, Leipzig 1889
Spindler, Max	Handbuch der Bayerischen Geschichte, Vierter Band, Das Neue Bayern, Erster Teilband, Staat und Politik, neu hg. von Alois Schmid, München 2003
Staatsministerium der Justiz (Hrsg.)	Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, 2.Bde., 1. Teil (1818-1854), 2.Teil (1854-1918), München 1931
Steding, Rolf	Das Genossenschaftsgesetz - das „Meisterstück“ von Hermann Schulze-Delitzsch in: Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch (Hrsg.), Hermann Schulze-Delitzsch Weg-Werk-Wirkung - Festschrift zum 200. Geburtstag am 29.August 2008, Delitzsch 2008
Steding, Rolf	Die Genossenschaftsidee bei Otto von Giercke, Otto Rabe, Karl Geiler sowie Ernst Grünfeld und ihre Umsetzung heute in: Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch und Gedenkstätte des deutschen Genossenschaftswesens e.V., Heft 17, Delitzsch 2009
Steinsdorfer, Helmut	Die Liberale Reichspartei (LRP) von 1871, Stuttgart 2000
Stradal, Helmuth	Genossenschaft, in HRG, 1. Aufl., Bd. 1, Sp. 1522-1527, Berlin 1971
Tornow, Ingo	Das Münchner Vereinswesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit einem Ausblick auf die zweite Jahrhunderthälfte, München 1977

Vogt, Wilhelm	Josef Völk, in: Allgemeine Deutsche Biographie, 40. Band, S. 230-232, Leipzig 1869
Waldecker, Ludwig	Die eingetragene Genossenschaft. Ein Lehrbuch, Tübingen 1916
Weber, Karl	Neue Gesetz- und Verordnungssammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung, 42 Bde., Nördlingen, München 1880-1919
Wesel, Uwe	Geschichte des Rechts, Stade 2001
Westermann, Harry	Rechtsprobleme der Genossenschaften (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster 20), Karlsruhe 1969
Wiesend, Gabriele	Das Ausschußwesen des Bayerischen Landtags (Beiträge zum Parlamentarismus, hg. von Harry Andreas Kremer), München 1989
Wilckens, Karl	Der juristische Charakter der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, Mannheim-Heidelberg 1873
Zeidler, Hugo	Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens der Neuzeit (Staats- und socialwissenschaftliche Beiträge, ed. Miaskowski, I. 3), Leipzig 1893

Bereits erschienen

Rechtskultur Wissenschaft

Band 1; Martin Löhnig, Die Justiz als Gesetzgeber: Zur Anwendung nationalsozialistischen Rechts in der Nachkriegszeit; 2010; ISBN: 978-3-86646-401-8; 29,90 Euro

Band 2; Martin Löhnig (Hrsg.), Zwischenzeit: Rechtsgeschichte der Besatzungsjahre; 2011; ISBN: 978-3-86646-403-2; 39,00 Euro

Band 3; Lena Stern, Der Strafgrund der Bekenntnisbeschimpfung; 2011; ISBN: 978-3-86646-404-9; 39,00 Euro

Band 4; Ricardo Gómez Rivero, Die Königliche Sanktion der Gesetze in der Verfassung von Cádiz; 2011; ISBN: 978-3-86646-405-6; 39,00 Euro

Band 5; Ignacio Czeguhn/Sánchez Aranda (Hrsg.), Vom Diener des Fürsten zum Diener des Rechts: Zur Stellung des Richters im 19. Jahrhundert; Del servicio al Rey al servicio de la Justicia: el cargo de juez en el siglo decimonónico; 2011; ISBN: 978-3-86646-406-3; 39,00 Euro

Band 6; Achim Geisenhanslüke/Martin Löhnig (Hrsg.), Infamie - Ehre und Ehrverlust in literarischen und juristischen Diskursen ; 2012; ISBN: 978-3-86646-407-0; 30,00 Euro

Band 7; Georg Heiß, Dr. Karl Friedrich Ritter von Heintz - Königlich Bayerischer Staatsminister der Justiz 1848/49 Leben und Wirken, 1. Auflage 2012; ISBN: 978-3-86646-408-7; 49,00 Euro

Band 8; Hans-Georg Hermann/Hans-Joachim Hecker (Hrsg.), Rechtsgeschichte des ländlichen Raums in Bayern, 1. Auflage 2012; ISBN: 978-3-86646-410-0; 39,00 Euro

Band 9; Antonio Sánchez Aranda/Martin Löhnig (Hrsg.), Justizreform im Bürgerlichen Zeitalter - Rechtsentwicklungen in Spanien und Deutschland, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646-412-4; 35,00 Euro

Band 10; Alexandra Maier, Geschiedenenunterhalt in Deutschland im 19. Jahrhundert, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646411-7; 49,00 Euro

Band 11; Franz Birndorfer, Der erstinstanzliche Prozessalltag 1938 bis 1949 anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646415-5; 59,00 Euro

Band 12; Nikolas Smirra, Die Entwicklung der Strafzwecklehre in Frankreich - Vom Vorabend der Revolution bis zum Ende des 1. Weltkrieges, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-418-6; 49,00 Euro

Band 13; Markovic Dejan, „Nicht erforderlich, überspannt, bürokratisch und daher verfehlt“? Beschränkungen der Verfügungsbefugnis über landwirtschaftliche Flächen in Bayern im 20. Jahrhundert, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-419-3; 49,00 Euro

Band 14; Löhnig/Czeguhn (Hrsg.), Die spanische Verfassung von 1812: Der Beginn des europäischen Konstitutionalismus; La Constitución española de 1812: El comienzo del constitucionalismo europeo; 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-421-6; 49,00 Euro

Band 15; Sonnenschein Manuela, Entnazifizierung nationalsozialistischen Arbeitsrechts - Die Rechtsprechungstätigkeit nord-rhein-westfälischer Arbeitsgerichte 1945-1949, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-423-0; 39,00 Euro

Band 16; Löhnig/Preisner/Schlemmer (Hrsg.), Krieg und Recht - Die Ausdifferenzierung des Rechts von der ersten Haager Friedenskonferenz bis heute, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-424-7; 49,00 Euro

Rechtskultur Dogmatik

Band 1; Florian Weichselgärtner, Das AGG im Sport: Diskriminierungen im Sport, 1. Auflage 2011; ISBN: 978-3-86646-402-5; 39,90 Euro

Band 2; Marina Schäuble, Erwerbsobliegenheit im Betreuungsunterhalt, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646-413-1; 39,90 Euro

Band 3; Rebecca Zeller, Haftungsbeschränkungen des BGB - Funktion und Wirkungsweise, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646-416-2; 49,00 Euro

Band 4; Andreas Pichlmeier, Schnittmengen und Wechselwirkungen von Zugewinnausgleich und Unterhalt - Zum Problem der doppelten Verwertung von Vermögenspositionen, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-86646-422-3; 39,90 Euro

Band 5; Andreas Gietl, Abstammung - Dogmatik einer normativen Kategorie, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-426-1; 49,00 Euro

Edition Rechtskultur

Harald Derschka, Rainer Hausmann, Martin Löhnig (Hrsg.); Festschrift für Hans-Wolfgang Strätz zum 70. Geburtstag; 2009; ISBN: 978-3-86646-400-1; 198,00 Euro

Hans-Jürgen Becker; Festschrift zum 75. Geburtstag: Aspekte weltlicher und kirchlicher Rechtskultur - Ausgewählte rechtshistorische Aufsätze, 2014; ISBN: 978-3-86646-425-4; 179,00 Euro

Leserservice & Bestellungen

www.Edition-Rechtskultur.de
eine Reihe der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regenstein
E-Mail: info@Edition-Rechtskultur.de
Fax. 09402/9337 - 24 • Tel. 09402/9337 - 0